



40

Bar

103-1853









# Amts - Blatt



Der

## Königlich Preussischen Regierung

zu

### Merseburg.



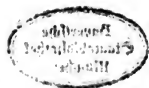
Abgegeben v. d.  
Bibliothek d.  
Auswärtigen Amtes

---

## 1853.

---

**Merseburg,**  
gedruckt bei Robitzschens Erben.



1881

1881

1881

1881

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

## 1. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 8. Januar 1853.



- Das 48. Stück der Gesetz-Sammlung vom Jahre 1852 enthält unter:
- Nr. 3676. Statut des Roppen-Schnauer Deichverbandes. Vom 29. November 1852.
- Das 49. Stück der Gesetz-Sammlung von demselben Jahre enthält unter:
- Nr. 3677. Allerhöchster Erlaß vom 14. August 1852, betreffend die Rechtsverhältnisse der Fürstlich Hohenzollernschen Häuser.
- Nr. 3678. Allerhöchster Erlaß vom 24. September 1852, betreffend die Auflösung der Königlich Eisenbahn-Direction zu Stettin.
- Nr. 3679. Allerhöchster Erlaß vom 13. December 1852, betreffend die Ermäßigung der Lippeschiffahrts-Abgaben.

Nr. 1.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 26. October d. J. wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Realschule zu Halle als zur Ertheilung annehmbarer Entlassungs-Zeugnisse für die Candidaten des Baufachs befähigt anerkannt ist.

Nr. 2.  
Befähigung der  
Realschule zu  
Halle zur Er-  
theilung von  
Entlassungs-  
Zeugnissen.

Die aufgestellten Entlassungs-Zeugnisse dieser Anstalt werden demnach, wenn durch diese Zeugnisse nachgewiesen wird, daß der Entlassene die zweijährigen Curse in Prima und Secunda vorschriftsmäßig vollendet und die Abgangsprüfung bestanden hat, von der Königlich technischen Baudeputation und dem Directorium der Königlich Bau-Academie ebenfalls als genügend angenommen werden.

Berlin, den 30. November 1852.

Der Minister für Handel, Gewerbe und  
öffentliche Arbeiten.  
(gez.) von der Heydt.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts-  
und Medicinal-Angelegenheiten.  
(gez.) von Raumer.

An Stelle des Fuhrmanns Daniel Böckner sen. zu Rosbach ist dem Sohne desselben, Johann Daniel Böckner jun., hieher Orts die Concession zum Ueberfahren über die Saale bei Rosbach mittelst größerer Fahrzeuge nach dem nachfolgenden Tarife verliehen worden.

Nr. 3.  
Tarif für die  
Fährkraft bei  
Rosbach an  
der Saale.

Merseburg, den 3. December 1852.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

# T a r i f,

nach welchem das Ueberfahrtsgehd für das Ueberfeggen über die Saale bei Roßbach zu erheben ist.

Es wird entrichtet für das Ueberfeggen:

## I. von Personen, einschließlich dessen, was sie tragen:

- a) wenn die gewöhnliche Ueberfahrt abgewartet wird, für jede Person — sgr. 3 pf.
- b) für eine besondere unverzügliche Ueberfahrt mittelst eines Kano's, welche auf Verlangen geschehen muß, wird von den überfegenden Personen zusammen wenigstens . . . . . 1 . . . . . entrichtet, wenn die Abgabe nach dem Satze zu a. nicht, von den einzelnen erhoben, mehr beträgt.

Personen, welche zu einem Fuhrwerke, oder als Treiber, Reiter oder Führer zu Thieren gehören, wofür die Abgabe nach den Sätzen zu II. und III. entrichtet wird, sind frei.

## II. Von Thieren:

- a) für ein Pferd oder einen Maulesel . . . . . 1 . . . . .
- b) für ein Stück Rindvieh oder einen Esel . . . . . — . . . . . 6 .
- c) für ein Fohlen, Kalb, Schaaf, Ziege, Schwein oder anderes kleines Vieh, welches frei geführt oder getrieben wird . . . . . — . . . . . 3 .
- d) Federvieh, welches getrieben wird, für jede 10 Stück . . . . . — . . . . . 3 .

Wenn Federvieh in geringerer Zahl als 10 Stück, oder auf einem Fuhrwerk, oder in einem Tragforbe übergesetzt wird, so wird dafür keine besondere Abgabe erhoben.

## III. Vom Fuhrwerke, neben der Abgabe für das Gespann zu II.:

- a) für ein beladenes . . . . . 2 . . . . .
- b) für ein unbeladenes . . . . . 1 . . . . .
- c) für einen Handwagen, Handschlitten, Handlarren, beladen oder unbeladen . . . . . — . . . . . 3 .

## IV. Von unverladenen Gegenständen wird die Abgabe erhoben, welche die Personen, das Fuhrwerk und die Thiere betreffen würde, wodurch sie zur Fährstelle gebracht worden sind.

### Allgemeine Bestimmung.

Die obigen Sätze sind bei jedem Wasserstande, ohne Rücksicht auf dessen Höhe, zu entrichten.

Bei vorhandener Eisbahn dagegen, für deren gehörigen Zustand von der Hebestelle zu sorgen ist, wird nur die Hälfte der obigen Sätze jedoch so gezahlt, daß der halbe Bruchpfennig für voll gerechnet, und z. B. statt 1½ Pf., der Hälfte von 3 Pfennigen, 2 Pfennige gegeben werden.

### B e f r e i u n g e n.

Von der Entrichtung der Abgabe befreit sind:

- 1) Equipagen und Thiere, welche den Hoffaltungen des Königl. Hauses, imgleichen den Königl. Geflüten angehören.

- 2) Commandirte Militairs, einberufene Rekruten, Fuhrwerke und Thiere, welche der Armee oder den Truppen auf dem Marsche angehören, Kriegsvorspann- und Kriegslieferungsfuhren.
- 3) Oeffentliche Beamte und deren Fuhrwerk und Thiere bei Dienststreifen, wenn sie sich durch Freikarten deshalb gebüßig legitimiren.
- 4) Transporte, die für unmittelbare Rechnung des Staats geschehen.
- 5) Ordinaire Posten, einschließlic der Schnell-, Cabriot-, Reit- und Fußboten-Posten nebst Beiwagen, imgleichen die öffentlichen Couriere und Kشافetten, und die von allen Postbeförderungen leer zurückkehrenden Wagen und Pferde.
- 6) Hülfefuhren bei Feuersbrünsten und ähnlichen Nothständen.

Nachdem die im Jahre 1849 erschienene Auflage der Arzneitaxe vergriffen ist, Nr. 4. habe ich unter Berücksichtigung der seitdem eingetretenen und der jetzt nothwendig gewordenen Aenderungen in den Tarpreisen eine neue Auflage der Arzneitaxe ausarbeiten lassen, welche mit dem 1. Januar 1853 in Wirksamkeit tritt.

Berlin, den 4. December 1852.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-  
Angelegenheiten.  
(gez.) von Raumer.

Vorstehendes Publicandum bringen wir hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die neue Arzneitaxe in allen inländischen Buchhandlungen zu dem Preise von 10 Sgr. zu bekommen ist.

Merseburg, den 20. December 1852.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Bei der am 24./25. v. M. stattgefundenen Wahl der Mitglieder und Stellvertreter der Handelskammer für die Stadt Halle und die Saalörter sind für die Stadt Halle an Stelle der ausscheidenden Mitglieder:

1) des Kaufmanns Fritsch sen. und

2) des Fabrikanten Nebert,

sowie des ausscheidenden Stellvertreters,  
des Kaufmanns Fürstenberg sen.;

zu Mitgliedern:

1) der Fabrikant W. Nebert sen. und

2) der Kaufmann Kilian;

zum Stellvertreter wieder

der Kaufmann Fürstenberg sen.;

für die Saalörter aber an Stelle des ausscheidenden Mitgliedes, Kaufmanns Th. Schreiber in Bettin der Kaufmann F. Schulze in Altleben erwählt worden.

Merseburg, den 22. December 1852.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 5.  
Die städtische  
Wahl der Mit-  
glieder und  
Stellvertreter  
für die Handels-  
kammer der  
Stadt Halle  
und der Saal-  
örter.

**Nr. 6.**  
Die Rückgabe  
der Staats-  
Schuld-Ver-  
schreibungen  
de 1848 mit  
neuen Coupons  
betr.

Die bis einschließlich den 30. December v. J. bei uns eingegangenen Staatsschuld-  
Verschreibungen, worüber wir bis incl. Nr. 801. quittirt haben, sind, mit den neuen  
Zinscoupons versehen, von Berlin zurückgekommen und fordern wir deren Einreicher  
mit Hinweisung auf die Bekanntmachungen pag. 304., 405. zc. auf, solche schleunigst  
von uns wieder in Empfang zu nehmen; diejenigen Besitzer von Schuldverschrei-  
bungen de 1848 aber, welche solche zur Beifügung neuer Coupons noch nicht einge-  
reicht haben, dies schleunigst zu bewirken, da das Geschäft endlich geschlossen werden  
muß. Merseburg, den 4. Januar 1853.

Königliche Regierungs-Hauptkasse.

**Nr. 7.**  
Die Einrei-  
chung von  
Uebersichten,  
die Adressen  
der Schieds-  
männer betr.

Die im Departement des unterzeichneten Appellationsgerichts fungirenden  
Schiedsmänner haben alljährlich an die betreffenden landrätlichen resp. Magistrats-  
Behörden die Nachweise ihrer Thätigkeit durch Einreichung von Uebersichten zu liefern.

Diese müssen mit folgenden Rubriken versehen sein:

- 1) Im Jahre 1851 sind unbeendigt geblieben.
- 2) Im Jahre 1852 sind anhängig geworden.
- 3) Hauptsummen.
- 4) Davon sind abgemacht:
  - a) durch Vergleich,
  - b) durch Zurücknahme der Klage,
  - c) durch Verweisung an den Richter.
- 5) Am Schlusse des Jahres 1852 sind anhängig geblieben.

Die betreffenden landrätlichen und Magistrats-Behörden werden daher hierdurch  
veranlaßt, diese Nachweisung mittelst gutachtlicher Berichte über den Nutzen des In-  
stituts der Schiedsmänner bis zum 15. Januar f. J. bei uns einzureichen.

Halberstadt, den 27. December 1852.

Königliches Appellationsgericht.

**Nr. 8.**  
Ausgeloste  
Leipziger  
Stadtsschul-  
scheine.

Bei der heute öffentlich erfolgten Ausloosung von Capitalscheinen der hiesigen  
Französischen Kriegsschulden-Tilgungsanleihe vom Jahre 1830 sind die in nachfol-  
gender Liste sub I. verzeichneten Nummern gezogen worden, deren Nominalbeträge  
sammt den davon bis ultimo Juni 1853 laufenden Zinsen, vom 1. gedachten Monats  
an, gegen Rückgabe dieser Scheine nebst Talons und Coupons auf hiesigem Rathhause  
bei unserer Schöpfstube an die Inhaber ausgezahlt werden sollen. Wir fordern daher  
die letztern hiezu mit dem Bedeuten auf, daß ihnen nach Ablauf einer achtwöchentlichen  
vom 1. Juni 1853 anhebenden Einlösungsfrist, die etwa auf spätere Termine, mithin  
indebite gezahlten und erhobenen Zinsen dieser Capitalien an letzteren bei deren künf-  
tiger Erhebung werden gefürzt werden.

Daß Nämliche findet in Abticht auf dergleichen indebite erhobene Zinsen der Ca-  
pitalbeträge der sub II. verzeichnen, in vorigen Auslosungsterminen herausgekome-  
nen Nummern statt, an deren Präsentation zur Einlösung die säumigen Interessen-  
sen wiederholt hiermit erinnert werden.

Leipzig, den 16. December 1852.

Der Rath der Stadt Leipzig.



**I.**

**Liste der ausgelosten Stadt-Scheine.**

**1000 Thaler Capital Litt. A.**

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
53	164	211	225	276	293	463	514	658	799
63	168	214	261	286	311	485	538	717	813
144									

**500 Thaler Capital Litt. B.**

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
13	134	240	372	478	794	970	1145	1262	1372
18	148	308	380	540	840	981	1160	1293	1405
23	152	322	406	614	849	1081	1175	1318	1440
57	169	336	460	684	874	1105	1177	1346	1679
66	181	346	473	709	908	1144	1260	1367	1683
96	186								

**200 Thaler Capital Litt. C.**

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
1	215	377	589	947	1135	1448	1606	1775	1862
12	232	427	592	976	1136	1457	1624	1793	1968
42	249	429	681	998	1139	1489	1625	1807	1969
50	279	438	719	1009	1150	1512	1705	1814	1983
119	287	460	801	1033	1312	1552	1706	1819	1988
135	310	562	839	1126	1330	1592	1728	1833	2006
205	328	580	932	1128	1422	1596	1756	1854	2010

**100 Thaler Capital Litt. D.**

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
37	338	488	682	918	1021	1150	1461	1739	1990
54	352	494	699	923	1068	1231	1515	1740	2010
66	371	525	739	938	1071	1303	1538	1801	2018
152	407	533	768	946	1090	1313	1590	1808	2098
187	448	554	773	957	1094	1374	1609	1899	2114
209	462	626	786	978	1103	1436	1674	1944	2123
253	473	673	909	989	1120	1453	1730	1952	2151
318	484								

**50 Thaler Capital Litt. E.**

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
44	163	207	319	348	517	565	668	825	835
82	175	243	340	499	564	610	677	827	908

**25 Thaler Capital Litt. F.**

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
65	337	395	485	616	672	862	1059	1098	1173
80	366	426	516	621	818	933	1063	1166	1183
271	383	454	575	671	848	994	1071	1169	1197
277	387								

## II.

### Liste der früher ausgelassen, jedoch noch nicht zur Einlösung präsentirten Leipziger Stadtschuldscheine.

Litt. A. No. 361, 611 und 689.

• B. • 44, 224, 277, 392, 490, 523, 526, 699, 713 und 1322.

• C. • 237, 384, 422, 450, 648, 652, 797, 1048, 1064, 1322, 1358, 1530, 1576, 1682 und 2061.

• D. • 30, 84, 210, 279, 325, 426, 539, 767, 818, 1101, 1278, 1441, 1503, 1646, 1755 und 1843.

• E. • 64, 145, 312, 317, 356, 613, 694, 816 und 931.

• F. • 4, 15, 44, 322, 674, 767, 845, 853, 854, 887, 890, 913, 931, 996, 1037 und 1132.

## Personal-Chronik.

Nr. 9. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten ist der Königl. Kreisphysikus Dr. Wagner in Schlieben am 6. December v. J. von den Dienstgeschäften eines Physikus für den Schweiniger Kreis entbunden und mit denselben der Königl. Kreisphysikus Dr. Deutschbein in Herzberg betraut worden.

Nr. 10. Nachdem der Auktions-Commissarius Adolph Rapp in Zeitz die ihm bisher übertragen gewesene Agentur der Feuer-Versicherungsanstalt Borussia in Berlin freiwillig niedergelegt hat, ist unter dem 17. November v. J. der Gastwirth Adolph Linde in Zeitz als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden.

Nr. 11. Die zweite Lehrerstelle in Beesen-Laublingen, Ephorie Eönnern, Privat-Patronats, ist durch das freiwillige Ausscheiden ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Nr. 12. Die Schul- und Küsterstelle in Gerbisdorf, Ephorie Gollme, Königl. Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt, auch deren Wiederbesetzung bereits eingeleitet.

Nr. 13. Dem Reservejäger Donath ist die Floßauffseherstelle zu Annaburg vom 1. December v. J. ab interimistisch übertragen worden.

Nr. 14. Durch Rescript des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten Herrn von der Heydt Excellenz vom 12. December a. pr. ist als Nachfolger des aus dem Staatsdienste freiwillig ausgeschiedenen Geschwornen Thümler der Geschworne Meyer im Bezirke des Königl. Vergamtes zu Wettin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Halle, angestellt worden.

Gedruckt bei Robitschens Erben in Diersburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

## 2. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 15. Januar 1853.

Nach unserer Bekanntmachung vom 5. Juni d. J. (Amtsblatt de 1852 S. 198.) hat die Kaiserlich Oesterreichische Regierung gestattet, daß zur Erleichterung des Grenzverkehrs mit Böhmen, Mähren und Oesterreichisch Schlesien den Bewohnern der Regierungsbezirke Liegnitz, Breslau, Oppeln und Merseburg der Eintritt in die gedachten Oesterreichischen Landestheile und ein 14 tägiger Aufenthalt darin auch gegen Paßkarten erlaubt werde. Es ist dabei aber auch zugleich darauf hingewiesen, daß diese Paßkarten, wenn sie für den von den jenseitigen Behörden aufzudrückenden Stempel nicht mehr den genügenden freien Raum darböten, als Reiselegitimation auf Oesterreichischem Gebiete nicht mehr benutzt werden dürften. Wegen dieses Umstandes sind von den Kaiserlich Oesterreichischen Grenzbehörden schon wiederholt Reisende zurückgewiesen worden und da eine Vergrößerung des Formats der Paßkarten im Allgemeinen nicht statthaft erscheint, so werden Inhaber von Paßkarten, welche im Laufe eines Jahres vielleicht wiederholt nach den gedachten Oesterreichischen Landestheilen reisen wollen, wohlthun, ihre Paßkarten, insoweit es nothwendig ist, für den Zweck der im Oesterreichischen erforderlichen Stempelung bei Zeiten zu erneuern, also sich von der Behörde, von welcher sie die erste Paßkarte erhielten, gegen Rückgabe dieser sich eine zweite Paßkarte für dasselbe Jahr und für dieselben Gebühren ausfertigen zu lassen.

Merseburg, den 30. December 1852.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Mit Allerhöchster Genehmigung ist die Kalender-Verwaltung mit dem statistischen Bureau in Berlin vereinigt worden und diese Vereinigung vom 1. d. M. ab in Kraft getreten.

Wir bringen dies hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß hierdurch in der Bestimmung nichts geändert worden ist, nach welcher alle das Kalenderwesen betreffenden Anträge direct an „die Kalender-Deputation“ zu richten sind.

Merseburg, den 3. Januar 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 15.

Gebrauch der Paßkarten als Legitimation zum Eintritt in die Oesterreichischen Landestheile Böhmen, Mähren und Oesterreich. Schlesien.

Nr. 16.

Die Vereinigung der Kalender-Verwaltung mit dem statistischen Bureau betr.

**Nr. 17.** Es wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die Paßkarten für Eisenbahn-Reisende nur für das Kalenderjahr, auf welches dieselben lauten, gültig und daß daher für das laufende Jahr neue Paßkarten zu lösen sind.

Die Polizeibehörden haben die desfallsigen Bestimmungen (sfr. Amtsblatt pro 1845 pag. 38.) zu beachten.

Mercsburg, den 3. Januar 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

**Nr. 18.** Bei der im Monat November 1850 angeordneten Mobilmachung der Armee hat vielen Wehrmännern die Einberufungsbordre nicht zugestellt werden können, weil dieselben der Controße sich entzogen hatten, was ihnen hauptsächlich nur dadurch möglich geworden war, daß von den Ortsbehörden die Bestimmungen der Circular-Verfügung des Königlich Ministerii des Innern vom 16. November 1846, abgedruckt im Amtsblatt de 1846 S. 246., nicht genau befolgt worden sind. Nach der gedachten Circular-Verfügung müssen die Orts-Polizeibehörden, wenn Personen sich bei ihnen wegen des am Orte zu nehmenden Aufenthalts melden, jedesmal von dem sich Meldenden vollständigen Ausweis über das Militairverhältniß fordern, und wenn der verlangte Ausweis nicht vollständig geführt werden sollte, das Militairverhältniß von Amtswegen erörtern, auch nach Umständen wegen Bestrafung einer etwaigen Umgehung der Militairdienstpflicht das Nöthige einleiten.

Wir sehen und durch die vorgenommenen Versäumnisse veranlaßt, den sämtlichen Ortsbehörden unseres Verwaltungsbezirks die genaue Befolgung jener Circular-Verfügung hierdurch erneuert mit dem Bemerken zur Pflicht zu machen, daß jede etwa einer Ortsbehörde hierunter zur Last fallende Verschuldung zum Gegenstand einer besonderen Untersuchung gemacht und nach der Strenge des Gesetzes geahndet werden wird.

Es werden hierbei zugleich unsere Amtsblatts-Verordnungen vom 25. Juni 1831 (Amtsbl. de 1831 S. 189.), vom 12. Februar 1834 (Amtsbl. de 1834 S. 42.) und vom 6. Juli 1846 (Amtsbl. de 1846 S. 177.), welche nach der Amtsblatts-Verordnung vom 31. October 1847 (Amtsbl. de 1847 S. 257.) mit der einzigen Ausnahme noch in Kraft bestehen, daß die Erlaubniß zur Niederlassung an einem anderen Orte nicht von dem Nachweis der bereits bewirkten vorschriftsmäßigen An- und Abmeldung bei dem betreffenden Bezirksfeldwebel abhängig gemacht werden darf, in Erinnerung gebracht. Ueber diese An- und Abmeldung gelten zur Zeit folgende Verordnungen:

- 1) Jeder Landwehrmann kann seinen Wohnort ungehindert verändern, ist aber verpflichtet, von der Wohnortsveränderung dem Landwehr-Bezirksfeldwebel des verlassenen, sowie des neubezogenen Wohnorts Anzeige zu machen.
- 2) Diese Meldung, mit bestimmter Angabe des neuen Wohnorts, kann bei beiden Bezirksfeldwebeln schriftlich oder mündlich — jedoch nicht durch einen Dritten — erfolgen, worauf die Bescheinigung der geschehenen Meldung ohne den geringsten Aufenthalt erteilt werden wird.
- 3) Die Landwehrmänner können verreisen, sind indeß verpflichtet, wenn dies außer Landes, in entfernter Provinzen, auf länger als 4 Monate oder während einer Uebungsperiode geschieht, dem Landwehrfeldwebel zuvor Meldung zu machen.

Keinem Landwehrmann darf ein Paß zu einer Reise außerhalb des Landes, in entfernte Provinzen, auf länger als 4 Monate oder während der Zeit der größeren Landwehrübung erteilt werden, wenn derselbe sich nicht durch eine Bescheinigung über die geschehene Meldung an den Landwehr-Bezirkfeldwebel ausweist. Obige Bestimmungen finden auch auf die in die Heimath entlassenen Kriegesreserve-Mannschaften Anwendung. (Amtsbl. d. 1846 S. 277.)

4) Ein beurlaubter Landwehrmann oder Reservist, welcher bei seiner Aufenthaltsveränderung die Anmeldung in dem neuem Aufenthaltsorte länger als vierzehn Tage versäumt hat, wird disciplinarisch mit Geldstrafe von zwei bis fünf Thalern, oder mit Gefängnißstrafe von drei bis acht Tagen belegt. Hat er jedoch nur die vorschriftsmäßige Abmeldung versäumt, so trifft ihn nur Geldstrafe von einem bis zwei Thalern, oder Gefängnißstrafe von einem bis zwei Tagen. (§§. 39. und 41. der Verordnung über die Disciplinar-Bestrafung in der Armee vom 21. October 1841, Gef. S. d. 1841 S. 325.)

5) Nachdem diese Strafen für die unterlassene An- oder Abmeldung von dem betreffenden Commando des Landwehr-Bataillons festgesetzt sind, erfolgt die Strafvollstreckung auf Requisition des Bataillons-Commando durch den Kreislandrath. (Allerh. Erlaß vom 29. Mai 1852, Gef. S. d. 1852 S. 441.)  
Mersburg, den 8. Januar 1853.

Rönlgl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nachstehendes Schreiben des Rönlgl. General-Commandos 4. Armee-Corps an das Rönlgl. Ober-Präsidium der Provinz Sachsen, in welchem Ersteres seinen Dank für die gastfreundliche Aufnahme ausdrückt, deren sich die Truppen während des verfloßenen Herbstmanövers Seitens der Quartiergeber zu erfreuen gehabt haben, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.  
Mersburg, den 9. Januar 1853.

Rönlgl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Auf Grund der mir zugegangenen Berichte beehre ich mich, dem Rönlgl. Ober-Präsidium die ganz ergebnisse Anzeige zu machen, daß sowohl die Truppen der 7. wie der 8. Division während des verfloßenen Herbstmanövers sich einer gastfreundlichen Aufnahme Seitens der quartiergebenden Gemeinden in hohem Grade zu erfreuen gehabt haben, und nehme ich hieraus Veranlassung, denselben hierdurch im Namen der Truppen meinen Dank dafür auszudrücken.

Magdeburg, den 9. December 1852.

(gez.) Radziwill.

An das Rönlgl. Ober-Präsidium der Provinz Sachsen hier.

Durch den §. 67. des Tarifs zum Gesetze betreffend den Ansaß und die Erhebung der Gerichtskosten vom 10. Mai 1851 ist bestimmt, daß alle von den Gerichten abgehende Sachen und veranlaßte Insinuationen, soweit es die Posteinrichtung gestattet,

Nr. 19.

Die Aufnahme der Truppen der 7. und 8. Division während des verfloßenen Herbstmanövers Seitens der quartiergebenden Gemeinden betr.

Nr. 20.

Die Anwesenheit der portofreien

freien Rubriken  
innvermögen-  
den Partei- und  
Dienstfachen,  
wenn diese  
durch ausländi-  
sche Postbe-  
höörden zu be-  
fordern sind.

tet, portofrei befördert werden sollen und in der Instruction zu diesem Paragraphen Absatz 5. ist zu diesem Zwecke angeordnet, daß die von den Gerichten abgehenden Sachen mit dem Vermerke „Portofreie Justizsache“ zu versehen sind. Die Fürstlich Thurn- und Taxischen Postanstalten wollen die mit einem solchen Vermerke versehenen, bei ihnen einkommenden Sachen portofrei nicht befördern, weil sie davon ausgehen, daß dieselben an sich portopflichtig seien, das Porto dafür im dieseitigen Staate auch erhoben und nur nicht im Einzelnen, sondern mittelst des Pauschquantums einbezogen werde. Sie verlangen daher, daß in zahlbaren Sachen die dorthin gelangenden Erlasse frankirt, in nicht zahlbaren und in Dienstfachen die früher gebrauchten Vermerke: unvermögende Untersuchungs- oder Vormundschafts-, herrschaftl. Dienst-Sachen u. s. w. wieder eingeführt und gebraucht werden.

Der Herr Justiz-Minister hat sich auf unsern Antrag damit einverstanden erklärt: daß bei der Correspondenz mit ausländischen Behörden die vor der Einführung des neuen Gesetzes vom 10. Mai 1831 zulässigen Rubriken auch fernerhin angewendet werden, da der Schlußsatz der Instruction zu §. 67. des Kosten-Tarifs dies gestattet.

Die sämtlichen Gerichte unseres Departements werden daher angewiesen, in unvermögenden Partei- und in öffentlichen Dienstfachen, wenn diese durch ausländische Postbehörden befördert werden, die in der Beilage M. zum Bureau-Reglement vom 3. August 1841 angegebenen portofreien Rubriken auch fernerhin anzuwenden, in zahlbaren Parteisachen aber das vorgeschriebene Rubrum: „Portofreie Justizsache“ zu gebrauchen. Den ausländischen Postanstalten bleibt dann überlassen: ob und in welcher Weise sie das Porto liquidiren und einziehen wollen. Wird die Erstattung von dem Gerichte gefordert, so hat dasselbe die Zahlung zu leisten und den Betrag von den Parteien nach §. 67. des Tarifs wieder einzuziehen.

Naumburg, den 24. December 1852.

Königliches Appellationsgericht.

Nr. 21.  
Vertheilung  
einer Braunkohlengrube.

Mitteltst der unter dem 21. d. M. höhern Orts vollzogenen Urkunde ist die Braunkohlengrube „N Nr. 57.“ bei Teutschenthal an den Grubenbesitzer Eisengräber daselbst mit 1 Fundgrube und 8  $\frac{1}{2}$  Maassen verliehen worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Halle, den 30. December 1852.

Königl. Preuß. Ober-Bergamt für Sachsen und Thüringen.

Nr. 22.  
Vertheilung  
einer Braunkohlengrube.

Mitteltst der unter dem 29. v. M. und Jahres höhern Orts vollzogenen Urkunde ist die Braunkohlengrube „Martha“ bei Teutschenthal an den Kaufmann Spiegel hier selbst mit 1 Fundgrube und 31,631 Maassen verliehen worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Halle, den 6. Januar 1853.

Königl. Preuß. Ober-Bergamt für Sachsen und Thüringen.

In Verfolg der Publicanda vom 23. Juni 1850 (in der außerordentlichen Beilage zum 29. Stücke des Amtsblatts für den Regierungs-Bezirk Merseburg) und vom 14. August desselben Jahres (außerordentliche Beilage zum 37. Stücke desselben Amtsblatts) machen wir hierdurch bekannt, daß die den Ablosungen nach §. 19. sequ. des Ablosungsgesetzes vom 2. März 1850 zum Grunde zu legenden Martini-Durchschnittspreise aus den letzten 24 Jahren, nach Abzug der zwei theuersten und zwei wohlfeilsten Jahre, in dem Zeitraume von Martini 1852 bis dahin 1853 betrauen:

Nr. 23.  
Martini-Durchschnittspreise aus den letzten 24 Jahren von 1829 bis 1852.

**Für den Scheffel**

Weizen.		Roggen.		Gerste.		Hafer.	
16lr. far.	pf.	16lr. far.	pf.	16lr. far.	pf.	16lr. far.	pf.

**A. in den 4 Elbkreisen Liebenwerda, Schweinitz, Torgau und Wittenberg:**

a) für die Kreise Liebenwerda und Torgau der Marktpreis der Stadt Torgau . . .

2 2 8 1 16 3 1 4 8 — 24 2

b) für den Kreis Schweinitz und zwar:

α) für denjenigen Theil, welcher, wenn man der Jüterbogker Straße über Dehna nach Jessen bis zur Elster und der Letzteren stromabwärts bis zur Kreisgrenze folgt, westlich dieser Linie liegt, einschließlich der Ortschaften Dehna und Jessen und des auf dem linken Elbufer belegenen Dorfes Grabo der Marktpreis der Stadt Wittenberg  
β) für den übrigen Theil des Kreises der Marktpreis der Stadt Torgau (wie vorstehend).

2 4 1 1 14 5 1 5 11 — 24 10

2 2 8 1 16 3 1 4 8 — 24 2

**B. in den Kreisen Bitterfeld und Delitzsch:**

a) für den Kreis Bitterfeld, und zwar:

α) für den Theil rechts der Mulde der Marktpreis der Stadt Wittenberg (wie vorsteht)

2 4 1 1 14 5 1 5 11 — 24 10

β) für den Theil links der Mulde der Marktpreis der Stadt Halle (Conf. ad C. a.)

2 1 8 1 15 2 1 2 7 — 22 4

b) für den Kreis Delitzsch, und zwar:

α) für den Theil rechts der Mulde der Marktpreis der Stadt Torgau (wie vorstehend)

2 2 8 1 16 3 1 4 8 — 24 2

2) für den Theil links der Mulde der Marktpreis der Stadt Halle (wie vorstehend).

C. im Stadtkreise Halle, im Saal- und Mansfelder Seekreise:

a) für den Stadtkreis Halle der Marktpreis der Stadt Halle (wie vorstehend)

b) für den Saal- und Mansfelder Seekreis der Durchschnitt des Halleschen Marktpreises in den Monaten April und November

D. im Kreise Sangerhausen und im Mansfelder Gebirgskreise der sich aus den Durchschnittsmarktpreisen der Städte Sangerhausen, Eisleben, Hettstedt, Halle, Nordhausen und Quedlinburg ergebende Durchschnitt

E. in den Kreisen Querfurt, Eckartsberga und Raumburg und zwar:

a) für den Kreis Raumburg der Marktpreis der Stadt Raumburg

b) für den Kreis Eckartsberga, und zwar:

a) für die Dörtschaften Losa, Billroda, Rothenberga, Bernsdorf, Allersfeldt, Vibra, Borgau, Braunsroda, Burgheßler, Burgholzhausen, Marienthal, Burkersroda, Kahlwinkel, Grahwinkel, Dietrichsroda, Eckartsberga mit Malendorf, Frankroda, Gößnitz, Herrngosserstedt, Hohendorf, Hallwitz, Kloster-Häppler, Hirschroda, Millingsdorf, Meiden, Holzhausen, Pleißmar, Saubach, Schimmel, Seena, Steinbach, Steinburg, Taufardt, Thüsdorf, Trommsdorf, Ballroda, Wischeroda,

Für den Scheffel											
Weizen			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
thlr.	gr.	pf.	thlr.	gr.	pf.	thlr.	gr.	pf.	thlr.	gr.	pf.
2	1	8	1	15	2	1	2	7	—	22	4
2	1	8	1	15	2	1	2	7	—	22	4
1	28	1	1	12	7	1	1	—	—	22	4
1	29	8	1	15	6	1	3	—	—	22	2
2	2	10	1	15	10	1	1	6	—	18	11



## Für den Scheffel

	Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
	thlr.	gr.	pf.	thlr.	gr.	pf.	thlr.	gr.	pf.	thlr.	gr.	pf.
der Marktpreis der Stadt Raumburg (wie vorstehend)	2	2	10	1	15	10	1	1	6	—	18	11
3) für die übrigen Ortschaften der Marktpreis der Stadt Nordhausen	2	—	8	1	15	7	1	4	6	—	20	8
c) für den Kreis Querfurt, und zwar:												
α) für die Ortschaften Eilau, Goseck, Markröblich, Dobichau, Pödelitz, Zeuchfeld, Freiburg, Schleberode, Gröb, Almsdorf, Leiba, Pottstedt, Rosbach, Lunsdorf, Nahlendorf, Branderode, Ebersdorf, Müncherode, Gleina, Dornsdorf, Laucha, Balgstädt, Gröblich, Stedten, Großwilsdorf, Kleinwilsdorf, Kaufendorf, Riebmitz, Pöblich, Kirchscheidungen, Burgscheidungen, Thalwinkel, Trebsdorf, Golzen, Steigra, Albersdorf, Jügendorf, Schnellrode, Garsdorf und Reinsdorf, der Marktpreis der Stadt Raumburg (wie vorstehend)	2	2	10	1	15	10	1	1	6	—	18	11
3) für die Ortschaften Rothenschirmbach, Klein- und Groß-Osterhausen, Sittichenbach, Schönewerda, Schmändorf, Böttendorf, Rosleben, Wendstein und Altenrode, der Marktpreis der Stadt Nordhausen (wie vorstehend)	2	—	8	1	15	7	1	4	6	—	20	8
γ) für alle übrigen Orte des Kreises der Marktpreis der Stadt Halle (wie vorstehend)	2	1	8	1	15	2	1	2	7	—	22	4
F. in den Kreisen Merseburg, Weissenfels und Zeitz, und zwar:												
a) für den Kreis Merseburg der Marktpreis der Stadt Merseburg	2	—	6	1	15	10	1	2	2	—	20	11
b) für den Kreis Weissenfels, und zwar:												
α) für den ersten Bezirk, welcher durch eine Linie über die Ortschaften Trebnitz an der Elster, Peterwitz, Weissenborn,												

Romsdorf, Thierbach, Meineweh, Wonnau, Zschellau, Eagenitz, Deuben, Wildschütz, Ködlich, Ködtichau, Steingrimma, Dobergast und Werben nach dem Zeitzer Kreise zu begrenzt wird, einschließlich der genannten Ortschaften, der Marktpreis der Stadt Zeitz.

β) für den zweiten Bezirk, welcher durch eine über die ad α zuerst genannten 8 Ortschaften, also von Trebnitz an der Elster bis Zschellau, und von da über Gröbfuln und Gröbbitz gezogene Linie nach dem Naumburger Kreise zu abgegrenzt wird, einschließlich der beiden letzteren und ausschließlich der 8 ersten Ortschaften der Marktpreis der Stadt Naumburg (wie vorstehend).

γ) für den dritten Bezirk, welcher aus dem Rest des Kreises besteht, der Marktpreis der Stadt Weissenfels.

c) für den Kreis Zeitz der Marktpreis der Stadt Zeitz (wie vorstehend).

Für den Scheffel											
Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
16lr.	1gr.	pf.	16lr.	1gr.	pf.	16lr.	1gr.	pf.	16lr.	1gr.	pf.
2	3	8	1	18	10	1	3	3	—	21	9
2	2	10	1	15	10	1	1	6	—	18	11
2	2	5	1	16	11	1	2	2	—	20	1
2	3	8	1	18	10	1	3	3	—	21	9

Es versteht sich übrigens von selbst, daß die vorstehenden Durchschnittspreise nur mit den in unsern Publicandis vom 23. Juni 1850 und vom 6. März 1851 festgesetzten Ermäßigungen und resp. Erhöhungen zur Anwendung kommen.

Um denjenigen, welchen es auf Kenntniß der 24jährigen Durchschnittspreise ankommt, dazu die Gelegenheit zu geben, wird zugleich ein Verzeichniß derselben hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Stendal, den 22. December 1852.

Königliche General-Commission für die Provinz Sachsen.

**Nachweisung**  
der Martini-Durchschnittspreise des Getreides in den 24 Jahren von  
1829 bis 1852 für die nachgenannten Marktorthe.

		Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
		Eldr.	fgt.	vf.	Eldr.	fgt.	vf.	Eldr.	fgt.	vf.	Eldr.	fgt.	vf.
<b>April- und November-Preise (zusammen- gerechnet) zu Halle.</b>													
Jahr	1829	4	4	4	2	15	—	1	27	6	1	13	8
"	1830	3	28	9	2	13	9	1	20	4	1	6	3
"	1831	4	3	3	3	—	2	1	28	8	1	15	11
"	1832	3	11	3	2	22	—	1	28	5	1	18	—
"	1833	2	19	4	2	1	8	1	18	4	1	9	4
"	1834	2	19	2	2	—	8	1	15	3	1	5	11
"	1835	2	20	—	2	—	7	1	22	9	1	7	10
"	1836	2	20	7	2	—	1	1	22	4	1	6	6
"	1837	2	29	9	2	8	3	1	19	3	1	5	4
"	1838	4	5	11	3	14	5	2	3	10	1	15	6
"	1839	5	5	10	3	24	7	2	24	3	1	26	9
"	1840	3	27	5	2	22	5	2	1	11	1	11	11
"	1841	4	1	11	2	11	3	1	16	3	1	2	6
"	1842	4	7	3	3	10	2	6	—	1	1	22	1
"	1843	4	4	3	3	19	9	2	19	3	2	2	9
"	1844	3	12	8	2	19	10	2	4	9	1	8	9
"	1845	4	9	1	3	6	9	2	9	4	1	19	3
"	1846	5	2	7	4	13	9	2	23	3	2	—	8
"	1847	7	4	11	5	28	4	4	18	2	2	25	5
"	1848	3	27	10	2	8	4	1	29	8	1	11	3
"	1849	3	26	10	1	27	1	1	20	4	1	5	2
"	1850	3	16	3	2	9	4	1	20	1	1	10	—
"	1851	4	4	11	3	22	9	2	19	11	1	24	2
"	1852	4	12	4	4	6	10	2	28	1	1	25	2
<b>Martini-Preise zu Halle.</b>													
Jahr	1829	1	23	10	1	2	3	—	25	2	—	18	3
"	1830	2	8	9	1	16	3	—	27	6	—	20	—
"	1831	1	26	3	1	16	5	—	29	10	—	21	2
"	1832	1	19	5	1	11	11	1	1	11	—	26	8
"	1833	1	10	9	1	—	6	—	23	5	—	18	3
"	1834	1	12	10	1	4	1	—	24	10	—	19	3
"	1835	1	9	10	—	25	—	—	25	8	—	19	3
"	1836	1	22	6	1	4	5	1	—	3	—	18	6
"	1837	1	15	2	1	7	10	—	25	1	—	17	8
"	1838	2	20	11	2	4	7	1	8	4	—	24	6
"	1839	2	17	1	1	25	3	1	11	3	—	25	2
"	1840	1	22	9	1	6	3	—	25	2	—	17	6
"	1841	2	15	2	1	10	7	—	24	1	—	15	—
"	1842	1	27	1	1	25	—	1	12	7	1	5	6

		Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
		Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.
Jahr	1843	2	4	2	1	21	—	1	1	3	—	19	9
"	1844	1	21	3	1	7	6	1	4	5	—	18	10
"	1845	2	23	—	1	29	5	1	9	10	—	27	7
"	1846	2	28	9	2	23	3	1	21	4	1	3	2
"	1847	2	27	10	1	29	9	1	17	10	1	3	8
"	1848	2	1	6	1	2	7	1	2	5	—	18	10
"	1849	1	29	10	1	—	4	—	25	6	—	19	4
"	1850	2	1	3	1	15	5	1	1	1	—	23	9
"	1851	2	14	3	2	10	10	1	20	8	1	—	5
"	1852	2	7	1	2	2	1	1	12	1	—	26	8
<b>Martini-Preise zu Zangerhausen.</b>													
Jahr	1829	1	26	8	1	2	4	—	25	4	—	15	—
"	1830	2	12	6	1	25	8	1	—	10	—	18	—
"	1831	2	1	4	1	17	2	1	1	—	—	17	6
"	1832	1	24	4	1	12	2	1	1	8	—	24	—
"	1833	1	10	8	1	1	8	—	23	8	—	16	4
"	1834	1	12	6	1	2	4	—	24	4	—	16	—
"	1835	1	12	6	1	2	4	—	25	4	—	18	2
"	1836	1	20	—	1	8	—	—	28	2	—	18	2
"	1837	1	17	4	1	8	6	—	27	—	—	17	2
"	1838	2	13	4	1	29	2	1	8	8	—	22	10
"	1839	2	17	4	1	25	—	1	11	—	—	23	—
"	1840	1	17	8	1	7	—	—	26	8	—	18	4
"	1841	2	15	4	1	7	—	—	21	—	—	14	4
"	1842	2	8	—	1	25	8	1	16	—	1	5	—
"	1843	2	11	4	1	19	8	1	—	—	—	19	—
"	1844	1	21	—	1	9	8	—	29	—	—	19	—
"	1845	2	14	—	1	27	—	1	5	8	—	24	—
"	1846	2	25	—	2	21	—	1	21	8	1	1	8
"	1847	2	28	2	1	24	8	1	15	8	1	1	4
"	1848	2	26	8	1	—	—	—	26	—	—	15	8
"	1849	1	28	—	—	29	4	—	22	8	—	18	—
"	1850	2	2	—	1	12	8	1	2	—	—	22	—
"	1851	2	17	—	2	12	6	1	12	6	—	25	6
"	1852	2	7	—	1	25	—	1	8	—	—	25	—
<b>Martini-Preise zu Gisleben.</b>													
Jahr	1829	1	20	—	1	1	6	—	27	2	—	18	4
"	1830	1	28	2	1	15	—	1	—	—	—	20	—
"	1831	1	18	9	1	15	—	1	—	6	—	20	2
"	1832	1	18	9	1	13	2	1	3	9	—	26	3
"	1833	1	5	8	—	29	5	—	22	6	—	17	6
"	1834	1	10	—	1	1	3	—	25	—	—	17	6
"	1835	1	9	5	—	29	5	—	25	8	—	20	—
"	1836	1	19	2	1	3	9	—	27	5	—	18	9
"	1837	1	14	7	1	7	1	—	26	3	—	19	7

Jahr	Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
	Eblr.	far.	pf.	Eblr.	far.	pf.	Eblr.	far.	pf.	Eblr.	far.	pf.
1838	2	13	11	2	1	8	1	11	6	—	24	5
1839	2	13	4	1	21	6	1	12	9	—	25	3
1840	1	21	3	1	8	9	—	27	6	—	19	1
1841	2	10	4	1	40	11	—	24	8	—	15	6
1842	1	26	3	1	24	1	1	12	11	1	3	2
1843	2	2	9	1	20	5	1	1	9	—	20	9
1844	1	17	6	1	8	2	1	1	1	—	19	3
1845	2	18	9	1	28	9	1	7	1	—	27	11
1846	2	28	3	2	21	3	1	20	8	1	4	8
1847	2	23	2	2	2	2	1	13	—	1	2	6
1848	1	28	8	1	2	—	—	29	7	—	17	11
1849	1	24	7	1	—	3	—	24	10	—	19	1
1850	1	23	2	1	14	—	1	1	3	—	22	5
1851	2	5	1	2	5	9	1	15	3	—	27	4
1852	2	9	3	1	29	—	1	9	10	—	27	5
<b>Martini-Preise zu Gertstedt.</b>												
1829	1	27	6	1	5	—	1	—	—	—	20	—
1830	2	3	9	1	21	3	1	5	—	—	22	6
1831	1	21	3	1	20	—	1	2	6	—	23	9
1832	1	27	6	1	20	—	1	—	—	—	23	9
1833	1	7	6	1	1	3	—	22	6	—	17	6
1834	1	10	—	1	7	6	1	1	3	—	18	9
1835	1	7	6	1	1	3	—	25	—	—	20	—
1836	1	26	3	1	5	—	—	27	6	—	20	—
1837	1	15	—	1	7	6	—	25	—	—	20	—
1838	2	22	6	2	—	—	1	5	—	—	26	3
1839	2	10	—	1	25	—	1	11	3	—	26	3
1840	1	20	—	1	7	6	—	27	6	—	26	3
1841	2	10	—	1	15	—	—	26	3	—	18	—
1842	1	26	3	1	23	—	1	16	3	1	7	6
1843	1	25	—	1	15	—	1	—	—	—	25	—
1844	1	20	—	1	15	—	1	3	9	—	21	3
1845	2	10	—	2	—	—	1	10	—	—	28	9
1846	2	25	—	2	20	—	1	20	—	1	7	6
1847	2	23	9	1	27	6	1	17	6	1	5	—
1848	1	26	3	1	1	3	1	—	—	—	26	—
1849	1	22	6	1	—	—	—	20	—	—	26	—
1850	1	24	6	1	12	6	1	—	—	—	25	—
1851	2	6	3	2	6	7	1	13	9	1	—	—
1852	2	5	—	2	1	3	1	12	6	—	27	6
<b>Martini-Preise zu Torgau.</b>												
1829	1	23	4	1	5	1	—	25	8	—	20	—
1830	2	26	9	1	17	—	1	2	2	—	21	7
1831	2	—	2	1	22	5	1	2	1	—	21	4
1832	1	17	11	1	12	2	—	29	11	—	25	9

		Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
		Tblr.	skr.	pf.	Tblr.	skr.	pf.	Tblr.	skr.	pf.	Tblr.	skr.	pf.
Jahr	1833	1	6	6	1	3	8	—	27	—	—	21	4
"	1834	1	17	6	1	9	10	1	1	—	—	22	10
"	1835	1	11	7	1	1	4	—	28	—	—	21	10
"	1836	1	17	9	1	2	9	—	25	6	—	20	5
"	1837	1	18	8	1	10	3	1	—	—	—	21	2
"	1838	2	15	8	2	7	1	1	14	10	—	28	4
"	1839	2	12	8	1	25	11	1	15	4	—	26	4
"	1840	1	21	11	1	8	4	—	28	—	—	22	3
"	1841	2	19	1	1	7	—	—	23	4	—	17	10
"	1842	1	28	9	1	21	10	1	16	3	1	3	2
"	1843	2	1	3	1	14	10	1	—	9	—	20	7
"	1844	1	21	11	1	8	6	1	3	9	—	23	1
"	1845	2	25	2	1	29	7	1	16	6	1	1	8
"	1846	3	—	—	2	25	6	1	27	9	1	8	2
"	1847	3	1	7	2	3	7	1	23	5	1	9	1
"	1848	2	1	4	1	3	10	1	—	—	—	19	—
"	1849	1	28	2	1	1	11	—	27	1	—	18	9
"	1850	2	—	—	1	15	4	1	1	3	—	23	6
"	1851	2	17	6	2	13	8	1	25	9	1	4	—
"	1852	2	8	6	2	6	2	1	10	8	—	25	9

Martini-Preise zu Wittenberg.													
Jahr		Tblr.	skr.	pf.	Tblr.	skr.	pf.	Tblr.	skr.	pf.	Tblr.	skr.	pf.
"	1829	1	26	3	1	4	5	—	25	—	—	20	8
"	1830	2	26	3	1	17	6	—	29	5	—	21	11
"	1831	2	5	—	1	25	—	—	27	6	—	25	—
"	1832	1	20	11	1	12	1	—	27	10	—	26	10
"	1833	1	9	—	1	3	11	—	28	11	—	23	8
"	1834	1	17	9	1	11	4	1	1	6	—	22	1
"	1835	1	12	2	1	2	2	1	2	—	—	21	11
"	1836	1	20	4	1	1	3	1	1	3	—	20	—
"	1837	1	21	5	1	6	6	—	29	6	—	21	3
"	1838	2	15	9	1	27	11	1	14	4	—	27	5
"	1839	2	10	—	1	23	1	1	17	2	—	28	1
"	1840	1	23	10	1	9	5	1	2	—	—	24	7
"	1841	2	26	4	1	10	2	—	27	5	—	18	1
"	1842	1	28	5	1	18	7	1	14	8	1	4	6
"	1843	2	—	9	1	13	—	1	3	—	—	20	8
"	1844	1	19	2	1	4	8	1	4	9	—	20	7
"	1845	2	28	11	1	25	11	1	15	—	1	1	5
"	1846	3	—	9	2	19	5	1	27	9	1	7	11
"	1847	3	—	8	1	26	7	1	23	9	1	7	6
"	1848	2	1	11	1	—	9	1	4	9	—	17	9
"	1849	2	2	2	1	—	—	—	29	10	—	20	10
"	1850	1	27	10	1	13	6	1	4	5	—	24	7
"	1851	2	16	7	2	7	8	1	22	4	1	—	8
"	1852	2	11	11	2	1	7	1	18	—	—	29	9

		Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
		Thlr. sar. pf.			Thlr. sar. pf.			Thlr. sar. pf.			Thlr. sar. pf.		
Martini-Preise zu Naumburg.													
Jahr	1829	1	22	6	1	1	6	—	23	5	—	16	4
"	1830	2	1	7	1	14	20	—	24	10	—	17	4
"	1831	1	29	4	1	13	10	—	28	6	—	17	2
"	1832	1	22	9	1	13	11	—	27	7	—	22	—
"	1833	1	10	2	—	28	11	—	20	7	—	14	2
"	1834	1	20	6	1	2	4	—	23	11	—	14	9
"	1835	1	16	4	1	1	7	—	26	—	—	17	1
"	1836	1	20	8	1	4	5	—	24	11	—	16	6
"	1837	1	20	2	1	14	5	—	29	1	—	15	6
"	1838	2	12	8	2	6	8	1	9	3	—	21	8
"	1839	2	23	7	1	28	7	1	14	6	—	23	11
"	1840	1	24	10	1	5	9	—	23	11	—	14	10
"	1841	2	17	7	1	5	1	—	21	2	—	14	2
"	1842	2	8	5	1	28	10	1	16	5	1	2	7
"	1843	2	5	3	1	23	2	1	4	—	—	18	5
"	1844	1	24	3	1	9	2	1	—	4	—	17	—
"	1845	2	19	10	2	3	8	1	9	10	—	25	11
"	1846	3	3	10	2	29	4	1	20	10	1	1	5
"	1847	2	27	6	1	27	8	1	15	10	—	28	1
"	1848	2	—	—	1	1	11	—	27	8	—	15	5
"	1849	1	29	11	—	29	9	—	23	8	—	15	9
"	1850	1	29	10	1	14	3	—	29	10	—	19	3
"	1851	2	15	4	2	12	10	1	17	4	—	20	2
"	1852	2	7	8	2	—	5	1	5	8	—	21	9
Martini-Preise zu Zeitz.													
Jahr	1829	1	26	2	1	8	6	—	24	3	—	18	6
"	1830	2	4	—	1	13	3	—	24	3	—	19	2
"	1831	2	2	6	1	16	6	—	28	—	—	19	9
"	1832	1	20	11	1	16	3	1	—	11	—	23	9
"	1833	1	11	3	1	1	10	—	25	—	—	18	7
"	1834	1	18	9	1	3	5	—	22	10	—	16	7
"	1835	1	19	3	1	4	3	—	27	6	—	18	9
"	1836	1	19	10	1	5	2	—	24	8	—	17	2
"	1837	1	24	2	1	17	1	1	—	2	—	18	3
"	1838	2	13	9	2	12	2	1	12	1	—	24	8
"	1839	2	21	6	2	3	9	1	16	11	—	22	11
"	1840	1	25	11	1	10	7	—	26	2	—	16	3
"	1841	2	10	5	1	7	9	—	22	—	—	15	—
"	1842	2	8	1	1	29	8	1	14	7	1	4	—
"	1843	2	7	3	1	23	2	1	5	4	—	19	4
"	1844	1	26	5	1	12	9	1	3	4	—	20	8
"	1845	2	17	5	2	4	7	1	14	—	1	—	9
"	1846	3	4	8	3	3	8	1	22	1	1	2	3
"	1847	2	29	1	2	4	3	1	22	1	1	4	7

		Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
		Zblr. sat. pf.			Zblr. sat. pf.			Zblr. sat. pf.			Zblr. sat. pf.		
Jahr	1848	2	1	7	1	4	9	—	28	9	—	19	5
	1849	2	3	10	1	4	3	—	25	6	—	19	4
	1850	2	4	6	1	19	2	1	3	5	—	22	7
	1851	2	18	3	2	12	8	1	21	4	—	27	3
	1852	2	7	10	2	8	4	1	8	6	—	24	6
Martins-Preise zu Weissenfels.													
Jahr	1829	1	23	—	1	4	—	—	24	9	—	15	5
	1830	2	11	3	1	12	1	—	25	10	—	17	—
	1831	1	27	6	1	15	—	—	28	—	—	18	6
	1832	1	21	9	1	12	11	—	29	—	—	22	5
	1833	1	11	9	—	29	9	—	21	10	—	16	3
	1834	1	15	3	1	4	4	—	22	4	—	15	10
	1835	1	14	10	1	3	5	—	27	4	—	17	8
	1836	1	21	9	1	5	9	—	25	11	—	17	4
	1837	1	21	—	1	12	5	—	26	8	—	16	10
	1838	2	12	8	2	6	1	1	7	11	—	21	9
	1839	2	21	10	2	2	8	1	14	4	—	23	5
	1840	1	26	—	1	10	4	—	24	5	—	15	2
	1841	2	9	9	1	6	3	—	23	10	—	13	10
	1842	2	6	3	1	28	8	1	14	—	1	1	11
	1843	2	8	—	1	23	6	1	5	—	—	19	—
	1844	1	24	9	1	11	—	1	2	—	—	18	6
	1845	2	17	2	2	3	3	1	12	7	—	27	8
	1846	3	4	—	2	29	—	1	22	1	1	—	—
	1847	2	26	7	2	1	9	1	17	5	1	—	10
	1848	1	29	6	1	3	5	—	29	9	—	16	3
	1849	1	29	4	1	2	8	—	25	—	—	17	8
	1850	2	—	—	1	17	—	1	—	10	—	21	3
	1851	2	14	8	2	14	4	1	18	11	—	25	—
	1852	2	7	8	2	4	11	1	8	2	—	23	9
Martins-Preise zu Nordhausen.													
Jahr	1829	1	18	4	1	2	4	—	28	—	—	16	8
	1830	2	13	2	1	25	—	1	5	4	—	22	5
	1831	2	2	6	1	19	4	1	6	6	—	19	6
	1832	1	20	4	1	13	4	1	3	—	—	23	1
	1833	1	12	10	1	2	1	—	25	8	—	17	6
	1834	1	16	3	1	2	11	—	27	2	—	16	9
	1835	1	14	4	1	—	10	—	27	2	—	20	8
	1836	1	18	10	1	8	—	1	—	8	—	19	7
	1837	1	15	10	1	9	2	—	28	9	—	18	—
	1838	2	12	3	1	27	8	1	8	9	—	19	8
	1839	2	11	4	1	23	4	1	12	—	—	20	10
	1840	1	24	11	1	7	11	—	29	1	—	18	5
	1841	2	8	10	1	8	6	—	23	3	—	15	—
	1842	2	4	9	1	26	2	1	20	6	1	3	2



	Jahr	Weizen.		Roggen.		Gerste.		Hafer.	
		Fblr.	far. pf.	Fblr.	far. pf.	Fblr.	far. pf.	Fblr.	far. pf.
	1843	2	10 9	1	27 2	1	5 9	—	19 6
	1844	1	22 —	1	9 7	1	1 4	—	17 6
	1845	2	16 7	1	29 9	1	9 —	—	23 11
	1846	2	29 5	2	25 —	1	25 4	1	2 10
	1847	2	18 4	1	26 6	1	17 —	—	29 6
	1848	1	23 3	1	1 —	—	27 10	—	17 3
	1849	1	24 2	—	29 6	—	26 1	—	18 —
	1850	2	— 6	1	16 7	1	5 10	—	21 9
	1851	2	11 11	2	11 2	1	19 —	—	25 —
	1852	2	6 4	1	25 2	1	10 11	—	23 9

**Martini-Preise zu Quedlinburg.**

	Jahr	Weizen.		Roggen.		Gerste.		Hafer.	
		Fblr.	far. pf.	Fblr.	far. pf.	Fblr.	far. pf.	Fblr.	far. pf.
	1829	1	21 11	1	7 2	—	27 2	—	21 —
	1830	2	10 4	1	26 11	—	4 1	—	25 —
	1831	1	26 3	1	21 3	1	2 6	—	22 10
	1832	1	15 4	1	11 4	1	3 —	—	24 3
	1833	1	6 —	1	3 2	—	26 —	—	19 —
	1834	1	7 10	1	5 4	—	26 11	—	18 7
	1835	1	6 3	1	— 8	—	25 10	—	19 2
	1836	1	16 7	1	7 6	1	7 —	—	21 3
	1837	1	13 7	1	8 2	—	25 8	—	17 6
	1838	2	13 2	2	— 4	1	9 6	—	23 11
	1839	2	2 5	1	24 9	1	10 11	—	27 1
	1840	1	17 4	1	10 9	—	29 3	—	21 10
	1841	2	16 2	1	17 —	—	27 9	—	18 10
	1842	1	26 6	1	27 9	1	16 8	1	4 9
	1843	1	26 9	1	20 4	1	1 4	—	22 7
	1844	1	14 11	1	10 4	1	2 1	—	21 3
	1845	2	12 1	2	2 2	1	11 4	—	27 11
	1846	2	21 11	2	21 5	1	22 1	1	6 9
	1847	2	18 —	1	25 6	1	17 8	1	3 8
	1848	1	24 6	1	6 7	—	29 4	—	19 7
	1849	1	24 5	1	3 6	—	25 4	—	20 3
	1850	1	22 6	1	15 8	1	4 8	—	26 10
	1851	2	3 9	2	5 3	1	9 4	—	25 10
	1852	1	28 11	2	— 2	1	12 5	—	28 9

**Martini-Preise zu Merseburg.**

	Jahr	Weizen.		Roggen.		Gerste.		Hafer.	
		Fblr.	far. pf.	Fblr.	far. pf.	Fblr.	far. pf.	Fblr.	far. pf.
	1829	1	23 6	1	4 9	—	23 6	—	17 —
	1830	2	— 9	1	15 3	—	26 11	—	15 —
	1831	1	29 2	1	16 4	1	— 4	—	19 3
	1832	1	19 2	1	13 —	1	1 —	—	24 —
	1833	1	12 6	—	28 9	—	24 5	—	18 9
	1834	1	13 9	1	4 2	—	24 4	—	16 3
	1835	1	14 4	1	1 4	—	27 9	—	16 2
	1836	1	16 9	1	2 7	—	25 6	—	17 3
	1837	1	16 5	1	9 —	—	24 9	—	17 6

	Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
	Eblr.	fg.	vf.	Eblr.	fg.	vf.	Eblr.	fg.	vf.	Eblr.	fg.	vf.
Jahr 1838	2	13	—	2	5	—	1	6	—	24	—	—
„ 1839	2	21	9	1	28	8	1	12	4	—	21	7
„ 1840	1	19	10	1	6	9	—	22	6	—	13	9
„ 1841	2	9	5	1	6	9	—	26	2	—	13	11
„ 1842	2	4	3	1	29	3	1	16	3	1	4	7
„ 1843	1	25	9	1	17	9	1	1	5	—	18	3
„ 1844	1	23	5	1	9	1	1	1	11	—	19	8
„ 1845	2	23	5	2	2	5	1	11	11	1	2	4
„ 1846	3	—	6	2	27	8	1	19	10	1	2	10
„ 1847	2	28	8	2	—	3	1	18	—	1	2	11
„ 1848	1	29	3	1	2	11	—	29	9	—	18	8
„ 1849	1	26	8	1	1	10	—	25	9	—	17	11
„ 1850	1	28	8	1	16	2	1	—	6	—	19	9
„ 1851	2	14	5	2	13	1	1	17	10	—	26	8
„ 1852	2	7	3	2	4	6	1	7	9	—	25	10

### Personal-Chronik.

- Nr. 24. Der practische Arzt Dr. Michaelis in Magdeburg ist von des Herrn Miniſters von Raumer Excellenz zum chirurgischen Assessor bei dem Königl. Medicinal-Collegium der Provinz Sachsen ernannt worden.
- Nr. 25. Der bisherige Kassenschreiber Wohlfarth ist zum Buchhalter bei der hiesigen Regierungs-Hauptkasse befördert worden.
- Nr. 26. Die bisherigen Feldmesser Jacob Friedrich Bachmann zu Liebenwerda und Julius Friedrich Heinrich Ramdohr zu Gisleben sind zu Vermessungs-Revisionen ernannt worden.
- Nr. 27. Auf Grund des §. 52. der Statuten der Preussischen Renten-Versicherungsanstalt wird hiermit bekannt gemacht, daß die durch den Abgang des Färbereibesitzer Schmidt erledigte Special-Agentur zu Wittenfeld dem Stadtschreiber Herrn Sylvanus daselbst übertragen ist.
- Nr. 28. Dem Postexpedienten Schildener in Artern ist die Vorsteherstelle der dasigen Postexpedition definitiv übertragen worden.
- Nr. 29. Der invalide Unteroffizier Friedrich August Heinrich Zinde ist nach bestandener sechsmonatlicher Probezeit als Postbote bei dem Postamt in Raumburg a/S. bestätigt worden.

Gedruckt bei Robitschens Erben in Wittenberg, und herausgegeben und verlegt  
im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

## **3. Stüd.**

Ausgegeben zu Merseburg den 22. Januar 1853.

Das 1. Stüd der Gesez-Sammlung enthält unter:

- Nr. 3680. Allerhöchster Erlaß vom 15. October 1852, betreffend die Reorganisation des St. Johanniter-Ordens.
- Nr. 3681. Allerhöchster Erlaß vom 29. November 1852, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Leobschütz einerseits bis an die Kreisgrenze in der Richtung auf Rosel und anderseits bis an die Landesgrenze in der Richtung auf Jägerndorf durch den Kreis Leobschütz.
- Nr. 3682. Allerhöchster Erlaß vom 13. December 1852, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte in Bezug auf den Bau einer Gemeinde-Chaussee von der Rölln-Luxemburger Bezirksstraße bei Blumenthal über Ingersberg und Eichen bis zur Schleiden-Schmitzheimer Gemeinde-Chaussee.
- Nr. 3683. Allerhöchster Erlaß vom 13. December 1852, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde- und Forst-Chaussee von Dürren über Kettenich und Lindern nach Heinsberg und zweier Zweigstraßen von Kettenich über Niederzier nach Steinstraß und von Lindern nach Bracheln.
- Nr. 3684. Privilegium wegen Emission von 500,000 Thalern Prioritäts-Obligationen der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 27. December 1852.

Nr. 30.

Ungeachtet durch frühere, oftmals in Erinnerung gebrachte Verordnungen, insbesondere durch das Publicandum vom 14. Februar 1810, das Anbringen von ungegründeten und nicht gehörig vorbereiteten Immediat-Beschwerden und Gesuchen verboten worden: so hat dennoch die Zahl derselben in einem so großen Maße zugenommen, daß das Publicum wiederholentlich auf die deshalb bestehenden Bestimmungen verwiesen werden muß.

Zugleich wird aber den Bittstellern auf Allerhöchsten Befehl folgendes bemerkt gemacht:

- 1) Eine Immediat-Entscheidung kann überhaupt nicht erfolgen, bevor nicht der Weg durch die Orts-, Provinzial- und Ministerial-Behörden gehörig ver-

Nr. 31:  
Das Anbringen unbegründeter Immediatgesuche betr.

folgt ist. Gesuche und Beschwerden, in denen dies nicht geschieht, werden ohne Verfügung den betreffenden Ministerien zur Bescheidung der Bittsteller zugefertigt; und auch diese sind demnächst gendörigt, sie den untergeordneten Behörden zuzuwiesen, wenn letztere übergegangen worden. Dadurch aber wird, selbst wenn die Gesuche zulässig sind, zum eigenen Nachtheile der Bittsteller Zeitverlust herbeigeführt.

2) Es ist durchaus erforderlich, daß der Immediat-Eingabe die abschläglichen Bescheide der Ministerien und der denselben untergeordneten Behörden und zwar, da sie gewöhnlich bezugsweise auf einander abgefaßt sind, insgesamt beigelegt werden. — Die Unterlassung dieser Vorschrift veranlaßt in den meisten Fällen Zeitverlust und hindert eine schnelle Erledigung der Sache. Nach Bewandniß der Umstände werden den Bittstellern dergleichen Besuche ohne Bescheid zurückgesandt werden.

3) Eben so sind Wiederholungen bereits zurückgewiesener Immediat-Gesuche, wenn keine neuen Thatfachen angeführt werden, ganz zwecklos und ist künftig darauf gar keine Bescheidung zu erwarten.

4) Die große Zahl derjenigen, welche um fortlaufende Unterstützung oder Verstärkung ihrer Pension bitten, verkennet, daß die Staatsmittel nicht hinreichen, ihre Wünsche zu befriedigen; es ist daher darauf jedesmal abschlägiger Bescheid zu erwarten.

Eben so wird auf Anstellungsgesuche solcher Personen, welche grundsätzlich dazu nicht geeignet sind, jedesmal Zurückweisung erfolgen.

5) Die Einsendung von Kunstproducten, Manufactursachen, Büchern und Musikalien darf niemals ohne vorgängige Anfrage und darauf ertheilte Erlaubniß erfolgen; wenn letztere fehlt, werden den Einsendern dergleichen Sachen ohne Bescheid auf ihre Kosten zurückgesendet werden.

Jeder, welcher beabsichtigt, bei Seiner Königl. Majestät ein Gesuch oder eine Beschwerde anzubringen, hat obige Vorschriften gehörig zu beachten.

Magdeburg, den 10. März 1836.

Der Geheime Staats-Minister von Klerwig.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch in Folge höherer Anweisung wiederholt in Erinnerung gebracht.

Mersburg, den 2. Januar 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nachstehende, bei der unterzeichneten Königl. Regierung in deren Verwaltungsbegriße anhängigen Auseinandersetzungen, als:

- 1) die Ablösung der dem Rentamte Zeitz von Grundstücken des Gemeinbezirks Oberwolschen,
- 2) die Ablösung der dem Rentamte Wittenberg-Geida-Preßsch von Grundstücken der Gemeinde Verbände-Geida, Zennitz, Gadegast, Preßsch, Seerhausen und von diesen sogenannten Grabholze,

- 12) die Ablösung der dem Rentamte Merseburg von Grundstücken der Gemeindebezirke Schaaßfeld und Vorstadt Wittenburg bei Merseburg
- 4) die Ablösung der dem Rentamte Torgau aus den Gemeinde-Verbänden Langenreichenbach, Wildenhayn, Falkenberg, Audenhayn, den Marken Horst und Zubin bei Torgau und von den Elbschiffmühlen bei Torgau, Belgern, Tristewitz, Mehderisch, Loßwitz, Zwerthau, Rosenfeld, Obbern, Taupsch, Rodrig und Polbig,
- 5) die Ablösung der dem Rentamte Liebenwerda aus den Gemeinde-Verbänden Obbeltzig und Röttzig
- 6) die Ablösung der dem Domainen-Rentamte Gräfenhainichen Strohwalde von Grundstücken des Gemeindebezirks Zschornewitz
- 7) die Ablösung der dem Rentamte Schlieben aus der Stadtgemeinde Herzberg
- 8) die Ablösung der dem Rentamte Bitterfeld Zörbig aus den Gemeindebezirken Zörbig und Roßisch
- 9) die Ablösung der dem Rentamte Giesleben von Grundstücken der Gemeinde-Verbände Nicolausdrei und Catharinenrieth
- 10) die Ablösung der dem Rentamte Eisenburg aus der Gemeinde Gallen zu entrichtenden Domainal-Gefälle
- werden zur Ermittlung unbekannter Interessenten und zur Feststellung der Legitimation in Gemäßheit des § 109 der Ablösungs-Ordnung vom 2. März 1850 hiermit öffentlich bekannt gemacht, daß jeder, welcher sich an dem Ablösungs-Verfahren betheiligen will, diejenigen, welche bei diesen Auseinandersetzungen ein Interesse zu haben vermeinen und zu denselben bisher nicht zugezogen sind, werden aufgefordert, sich spätestens bis zum dem 15. Februar 1851, Donnerstags, 10 Uhr, in
- ad 1. im Rentamte zu Zeitz,
- ad 2. im Rentamte zu Wittenberg,
- ad 3. im Rentamte Bitterfeld,
- ad 4. im Rentamte zu Torgau,
- ad 5. im Rentamte zu Liebenwerda,
- ad 6. im Domainen-Rentamte Gräfenhainichen,
- ad 7. im Rentamte zu Schlieben,
- ad 8. im Rentamte zu Giesleben,
- ad 9. im Rentamte zu Eisenburg,
- ad 10. im Rentamte zu Zeitz,
- anmelden, widrigenfalls die Auseinandersetzung, sowie alle das, was mir dem bisher aufgetretenen Inhabern der betreffenden Grundstücke festgestellt worden ist, selbst im Fall einer Verlegung, gegen Abgeltung, lassen müssen, und mit seinen Verbindungen dagegen weiter geführt werden können.
- Merseburg, den 21. December 1850.
- Der königliche Regierungsrath, Abtheilung für die Domainen und Forsten, Herr v. d. Hagen.

Nr. 33.  
Die Prüfung  
der Freiwilligen  
zum einjährigen  
Militair-  
dienst betr.

Die unterzeichnete Commission macht hiermit bekannt, daß die erste diesjährige Prüfung der Freiwilligen zum einjährigen Militairdienst

am 5. März,

die zweite

am 6. Juni,

und die dritte

am 8. August

dieses Jahres im Sitzungsfokale der Abtheilung des Innern hiesiger Königl. Regierung Statt finden und jedesmal früh um 8 Uhr beginnen wird.

Es werden demnach diejenigen jungen Männer, welche in diesem Jahre ihr 20stes Lebensjahr vollenden und die Begünstigung des einjährigen freiwilligen Militairdienstes zu erlangen wünschen, hiermit aufgefordert, ihre desfallsigen schriftlichen Anträge mit nachstehenden Attesten, als:

- 1) ihrem Geburtschein,
- 2) einem Zeugnisse über die in einer öffentlichen Lehranstalt oder durch Privatunterricht erlangte allgemeine Bildung,
- 3) einem amtlichen Atteste über ihre zeitherige sittliche Führung,
- 4) der schriftlichen Einwilligung ihres Vaters oder Vormundes,
- 5) ein Zeugniß ihres Haus-Arztes oder des betr. Kreis-Physikus darüber, daß sie gesund und zum Militairdienst brauchbar sind, und
- 6) einer Bescheinigung des Herrn Landraths ihres heimatlichen Kreises darüber, daß sie demselben die Absicht, sich zum einjährigen freiwilligen Dienst zu melden, angezeigt haben,

unter der Adresse des Unterzeichneten portofrei und jedenfalls vor dem ersten Mai dieses Jahres, bei Vermeidung der Präclusion, einzureichen.

Merseburg, den 8. Januar 1853.

Königliche Departements-Commission zur Prüfung der Freiwilligen zum einjährigen Militairdienst.

v. Brandenstein, Reg. u. Milit. Dep. Rath.

Nr. 34.  
Die Bespre-  
chungen mit  
den Rechtsan-  
wälden an  
Sonn- und  
kirchlichen  
Feiertagen  
betr.

Im §. 11. Tit. 2. Tbl. II. der Allgemeinen Gerichts-Ordnung ist vorgeschrieben, daß die Gerichte Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit an Sonn- und Festtagen, besonders während des Gottesdienstes, nicht ohne Noth vornehmen und wenn es die Umstände gleichwohl erfordern, allen öffentlichen Anstoß oder Störungen mit möglichster Vorsicht vermeiden sollen. Diese Bestimmungen sind nach §. 48. Tit. 7. ebenda selbst und nach §. 45. des Gesetzes vom 11. Juli 1845, Ges. Samml. 487., auch für die Notare resp. Rechtsanwälte maßgebend. Durch die Verordnung der Königl. Regierung zu Merseburg vom 29. März 1852, Amtsblatt pag. 132., ist ferner auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 festgesetzt, daß an Sonn- und kirchlichen Fest- und Feiertagen amtliche Geschäfte überhaupt nicht verrichtet und nur in dringenden Fällen einzelne Ausnahmen gestattet werden sollen, und die Königl. Regierung zu Erfurt hat ebenfalls schon unterm 9. Mai 1851, Erfur-

ter Amtsblatt pag. 173., darauf aufmerksam gemacht, daß an diesen Tagen alle öffentlichen Amtsverrichtungen ruhen müssen.

Von den Notaren und Rechtsanwälten unser<sup>s</sup> Departements dürfen wir die Ueberzeugung haben, daß sie sich nach diesen Vorschriften geachtet und es möglichst vermieden haben, an den gedachten Tagen öffentliche Amtsgeschäfte vorzunehmen: sie werden aber nicht selten durch das Publikum dazu gedrängt, indem es, namentlich bei den Landleuten der hiesigen Gegend, fast zur Gewohnheit geworden ist, ihre Verhandlungen mit den Rechtsanwälten an Sonntagen vorzunehmen und dieselben gerade an diesen Tagen mit ihren Besuchen zu befehlen, welche unbedingt abzuweisen den Verhältnissen nicht angemessen erscheint.

Wir fordern daher auch unsererseits das Publikum hierdurch auf, die Conferenzen und Besprechungen mit den Rechtsanwälten in der Regel während der Wochentage, an Sonn- und kirchlichen Feiertagen aber nur aus triftigen, eine Ausnahme rechtfertigenden Gründen und während des Gottesdienstes nur in ganz dringenden, durchaus keinen Aufschub leidenden Fällen stattfinden zu lassen.

Raumburg, den 31. December 1852.

Königliches Appellationsgericht.

Die bisherigen regulativmäßigen Rückverwiegungsätze für die in den Mühlen verarbeiteten Getreidekörner entsprechen nach den gemachten Erfahrungen nicht überall mehr den wirklichen Ergebnissen der Vermahlung. Es werden daher auf Grund des Rescripts des Königl. Finanz-Ministerii vom 5. November pr. III. 18,036. an Stelle der in den Wahl- und Schlachtsteuer-Regulativen:

für die Stadt Halle vom 24. September 1842 §. 30.,

für Merseburg vom 16. Juni 1844 §. 29.,

für Bittenberg vom 10. Juni 1844 §. 29. und

für Torgau vom 24. November 1846 §. 26.,

für Weizen und Roggen vorgeschriebenen Rückverwiegungsätze vom 1. Februar d. J. ab folgende Sätze in Anwendung kommen, nämlich:

von einem Centner Weizen oder Roggen

geschroottet: 109 Pfund Schroot,

gebeutelt: 90 Pfund Mehl und 18 Pfund Kleie.

Bezüglich der Gerste und des Hafers verbleibt es bei den bisherigen Normalsätzen, nur mit der Maßgabe, daß von einem Centner Gerste

gebeutelt: 91½ Pfund Mehl und 15 Pfund Kleie,

statt der bisherigen 13 Pfund Kleie und 2 Pfund Steinmehl anzunehmen.

Der Satz für Kleie umfaßt das Steinmehl mit, da erfahrungsmäßig Steinmehl nicht gesondert zur Rückverwiegung gestellt zu werden pflegt.

Magdeburg, den 14. Januar 1853.

Der Geheime Ober-Finanz-Rath u. Provinzial-Steuer-Director.

In Vertretung: der Ober-Regierungs-Rath Frieße.

Nr. 35.  
Die Abänderung der regulativmäßigen Rückverwiegungsätze für das in den Mühlen verarbeitete Getreide.

Nr. 36.  
Ausgeloste  
Schaffische  
Rentenbriefe  
pro 1. April  
1850.

In dem am 15. November d. J. zur Auslosung der Schaffischen Rentenbriefe für das laufende Halbjahr (1. October 1852 bis 1. April 1853) in Gemäßheit des Gesetzes vom 2. März 1850 über die Errichtung von Rentenbanken angeordneten Termine sind folgende Rentenbriefe:

- 1) Littera A. über 1000 Thlr.: Nr. 198, 199, 208, 503, 615, 646, 902, u. 904;
- 2) Littera B. über 500 Thlr.: Nr. 165, 168, 172, und 257;
- 3) Littera C. über 100 Thlr.: Nr. 56, 102, 131, 214, 236, 327, 548, 579, 582, und 648;
- 4) Littera D. über 25 Thlr.: Nr. 221, 505, 626, 638, 839, und 857;
- 5) Littera E. über 10 Thlr.: Nr. 46, 78, 526, 787, 850, 932, und 1185, ausgelost worden.

Die Zahlung der Beträge derselben erfolgt vom 1. April 1853 ab auf der Kasse der unterzeichneten Rentenbank, Dampfab Nr. 4, hieselbst, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr gegen Zurüdlieferung der ausgelosten Rentenbriefe und Darstellungsleistung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare.

Mit dem 31. März 1853 hört die weitere Verzinsung der gedachten Rentenbriefe auf, und müssen daher mit denselben die dazu gebührenden 11 Stück Zinscoupons Serie I. Nr. 6. bis 16. unentgeltlich abgeliefert werden, widrigenfalls für jeden fehlenden Coupon der Betrag desselben vom Capital zurückbehalten wird.

Indem wir die Inhaber der ausgelosten Rentenbriefe hierdurch auffordern, vom 1. April 1853 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten in Empfang zu nehmen, bemerken wir noch ausdrücklich, daß sich unsere Rentenbankkasse auf eine Uebersendung des Geldbetrages an Privatpersonen mit der Post nicht einlassen kann.

Mogdeburg, den 17. November 1852.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

Nr. 37.  
Hortelstra-  
Gassen.

Die Hypothekentabelle über die in der Flur Ednern belegenen, der verwittweten Korbmacher Buchmann, Christine Marie Magdalene geborne Hoffmann gebührigen Grundstücke, als:

- 1) ein Morgen Acker hinter dem Steinbruch, und
  - 2) ein Morgen Acker auf der Kuppe
- ist fertig und kann von den Interessenten innerhalb der vorerwähnten Lage nach dieser Bekanntmachung an laufenden zweimonatlichen Frist in der Registratur der unterzeichneten Kreisgerichts-Commission eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen nicht mehr zulässig.

Ednern, den 1. December 1852.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

### Personal-Chronik.

Nr. 38.

Nachdem der Kaufmann Franz Raumann in Delitzsch die ihm übertragen gewesene Agentur der Berlinischen Feuer-Versicherungsbank niedergelegt hat, ist unter dem 7. December d. J. der Buchhändler Carl Eißner, daselbst als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden.



Die erste Lehrer- und Küsterstelle in Trebitz, Ephorie Remberg, Privat-Patronats, ist durch das erfolgte Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt. Nr. 39.

Die Schul- und Küsterstelle zu Polleben, Ephorie Eisleben, Privat-Patronats, ist durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers erledigt, auch deren Wiederbesetzung bereits eingeleitet. Nr. 40.

Dem zum Förster beförderten forstverfügungsberechtigten Jäger Alexander Stüve ist die Försterstelle zu Kleinfesse, der Oberförsterei Zülldorf, definitiv verliehen worden. Nr. 41.

Die Bekanntmachung im Amtsblatte de 1852 Seite 419. Nr. 815. wird hiermit dahin vervollständigt, daß die vacante Pfarrstelle zu Gbrzke auch unter dem Patronate des Gutsbesizers Beckmann zu Gbrzke steht. Nr. 42.

Die erledigte evangelische Pfarradjunctur zu Clettstädt, in der Diöces Langensalza, ist dem bisherigen Predigtamts-Candidaten Rudolph August Otto Richter verliehen worden. Nr. 43.

Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Wolmirleben, in der Diöces Egeln, ist dem bisherigen Pfarrer und Superintendentur-Vicar zu Groß-Rossau, Diöces Osterburg, Albert Eduard Koch, verliehen worden. Die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Groß-Rossau steht unter dem Patronate der Gemeinde daselbst. Nr. 44.

Die erledigte evangelische Pfarradjunctur zu Bühne und Rimbeck, in der Diöces Beltheim, ist dem bisherigen Pfarrer zu Hilmsen, Diöces Salzwedel, Eduard Knoch, verliehen worden. Die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Hilmsen ist Königlichem Patronats. Nr. 45.

Durch das Ableben des Küsters Gerhard zu Calbe a. d. S. ist die Küsterstelle an der Kirche St. Stephani dortselbst erledigt. Patron derselben ist der Magistrat zu Calbe a. d. S. Nr. 46.

Das Pfarramt an St. Jacobi zu Stendal ist durch die Niederlegung desselben Seitens seines bisherigen Inhabers erledigt. Patron desselben ist der Magistrat zu Stendal. Nr. 47.

Die erledigte evangelische Adjunctur der zweiten Dompredigerstelle zu Halberstadt, in der Diöces Halberstadt, ist dem bisherigen Diaconus zu Weissenfee, Martin Hugo Lange, verliehen worden. Patron der dadurch vacant gewordenen Diaconatsstelle zu Weissenfee ist der Magistrat daselbst. Nr. 48.

Der Schullehrer Ernst Albert Vorges zu Klostermansfeld ist zum Schiedsmann für den neugebildeten Schiedsmannsbezirk Klostermansfeld, Thondorf und Sierkeleben im Mansfelder Gebirgskreise gewählt und gehörig verpflichtet worden. Nr. 49.

Zum Schiedsmann für die Stadt Artern ist der Stadtsecretair Hoffmann daselbst und als dessen Stellvertreter in Behinderungsfällen der Kaufmann A. Engelhardt ebendaselbst gewählt und beide gehörig verpflichtet worden. Nr. 50.

Nr. 51. Zum Schiedsmann für die Stadt Hohenmölsen ist der Kaufmann Christian Adolph Hebecker als daselbst und als dessen Stellvertreter in Behinderungsfällen der Kaufmann Carl Wilhelm Schilling ebendaselbst gewählt und beide gehörig verpflichtet worden.

Nr. 52. Der Rittergutsbesitzer Amtmann Wilhelm Meyer zu Lemsel ist zum Schiedsmann für den IV. Landbezirk des Delitzscher Kreises gewählt und gehörig verpflichtet worden.

Nr. 53. Der zur Zeit bei der Königlichen General-Commission zu Stendal beschäftigte seitherige Oekonomie-Commissionsgehilfe Adalbert Schulz ist in Folge bestandener Prüfung zum Oekonomie-Commissarius befördert und als Special-Commissarius in Auseinandersetzungssachen zu Merseburg angestellt worden.

Nr. 54. Der Postexpediteur Johann Friedrich Bieling in Rosla ist am 27. December 1852 gestorben.

Nr. 55. Der invalide Unteroffizier Friedrich Kießlich ist nach bestandener sechsmonatlicher Probedienstzeit als Briefträgergehilfe bei dem Postamte in Zeitz bestätigt worden.

Nr. 56. Der pensionirte Gendarm Louis von Krottnauer ist nach bestandener sechsmonatlicher Probedienstzeit als Postconductor bei dem Postamte in Weissenfels bestätigt worden.

Nr. 57. Unsere Aufforderung an die Herrn Kirchenbuchführer vom 17. April v. J. hat bei den Letzteren eine so erfolgreiche Beachtung gefunden, daß wir nunmehr nur noch eines Nachweises darüber bedürfen:

- 1) Wo der Schuhmacher Johann David Thomas, welcher in der Zeit von 1694 bis 1718 sich verheirathet hat und nach der Angabe seines Sohnes 1745 gestorben ist, getraut.
- 2) Wo der George Andreas Thomas, angebl. eines Andreas Thomas Sohn, in der Zeit von 1700 bis 1704 geboren, 1723 getr. und 1763 gestorben, — geboren worden sei.

Die Herrn Kirchenbuchführer werden daher und zwar wegen der bereits erzielten wesentlichen Ergebnisse nochmals recht dringend ersucht, in ihren Kirchenbüchern für den Zeitraum von 1694 bis 1718 deshalbs nachzusehen, das, was sie in der angegebenen Beziehung etwa vorfinden, dem Herrn Rechtsanwalt A. Wöttger in Leipzig mitzutheilen und haben außer den tarifräßigen Gebühren und Verlägen je nach dem Erfolge des Mitgetheilten eine Belohnung bis zu 3000 Thaler zu erwarten.

Oblig, den 12. Januar 1853.

A. Thomas u. Gen.

Gedruckt bei Robigschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatt-Bureau der Königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**4. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 29. Januar 1853.

Die von der Regierungs-Hauptkasse hieselbst ausgestellten Quittungen über die im III. Quartale 1852 für verkaufte Domainen und Forstgrundstücke, sowie für abgelöste Domainen-Prästationen u. s. w. eingezahlten Kapitalien und Zinsen, sind nach erfolgter Bescheinigung Seitens der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden den betreffenden Spezialklassen zur Ausbändigung übersendet worden.

Letztere werden daher aufgefördert, diese Bescheinigungen gegen Rückgabe der bereits empfangenen Interimssquittungen bei den gedachten Kassen entgegen zu nehmen.

Merseburg, den 15. Januar 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 58.  
Den Umtausch der Quittungen der im III. Quartal 1852 eingezahlten Kapitalien für veräußerte Domainen und Forstgrundstücke und Ab-lösungen betr.

Die evangelische Gemeinde in Brilon, im Regierungsbezirk Arnberg, zählt bei 81 selbstständigen Gemeindegliedern 252 Seelen inmitten katholischer Glaubensgenossen. Bis jetzt ist derselben noch der Mitgebrauch der katholischen Progyrnasialkirche in Brilon eingeräumt, sie muß sich jedoch spätestens bis zum Jahre 1854 ein eigenes Gotteshaus beschaffen, da ihr ein längerer Mitgebrauch der gedachten katholischen Kirche versagt worden, und ein anderweitiges, zur Abhaltung des evangelischen Gottesdienstes geeignetes Lokal miethsweise dort nicht zu erlangen ist. Um sich daher für die Zukunft die Predigt des Wortes Gottes in ihrer Mitte zu sichern, hat die kleine und arme evangelische Gemeinde ein ihren kirchlichen Bedürfnissen angemessenes Project zum Bau eines Gotteshauses aufstellen lassen, dessen Ausführung ungefähr 7600 Thlr. Kosten erfordern wird. Obgleich die Gemeinde nach ihren geringen Leistungskräften zu erheblichen Beiträgen bereit ist, so kann sie doch die erforderlichen Baukosten aus eigenen Mitteln nicht decken. Durch die Opferwilligkeit der Gemeinde und die Liebe einiger Glaubensgenossen, denen die bedrängte und außergewöhnliche Lage der Gemeinde bereits bekannt geworden ist, erscheint ein Baufonds von ungefähr 3000 Thlr. gesichert. Es fehlt sonach noch die größere Hälfte der erforderlichen Baukosten. Die der Gemeinde zum Bau ihrer Kirche noch verbleibende kurze Frist drängt dagegen zum baldigen Bau.

Nr. 59.  
Die Bewilligung einer evangelischen Kirchencollecte für die Gemeinde Brilon betr.

Im Vertrauen auf den hülfreichen Beistand der Glaubensgenossen nah und fern

hat daher die Gemeinde die Bewilligung einer Collecte in den evangelischen Kirchen der Monarchie zu dem beregten Zwecke erbeten, und des Königs Majestät haben ausnahmsweise die Abhaltung der Collecte allergnädigst zu genehmigen geruhet.

Indem wir die Herren Superintendenten der Provinz Sachsen davon hierdurch in Kenntniß setzen, weisen wir dieselben zugleich an, wegen Einsammlung dieser Collecte das Erforderliche zu veranlassen, die demnächst eingehenden Beträge aber im Regierungsbezirke Magdeburg an die Haupt-Collectenkasse zu Magdeburg, im Regierungsbezirke Merseburg an die betreffende Königliche Kreiskasse und im Regierungsbezirke Erfurt an die Königliche Regierungskasse einzufenden.

Magdeburg, den 11. Januar 1853.

Königliches Consistorium für die Provinz Sachsen.

Nr. 60.  
Verleihung  
einer Zumin-  
thung zur  
Braunkohlen-  
grube bei  
Lebendorf.

Durch die unter dem 4. d. M. höhern Ortes vollzogene Urkunde ist eine Zuminthung von 51 Maassen zu der Braunkohlengrube Amalie bei Lebendorf verliehen worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Halle, den 15. Januar 1853.

Königl. Preuß. Ober-Bergamt für Sachsen und Thüringen.

Nr. 61.  
Verleihung  
einer Eisen-  
steinzeche.

Mittels der unter dem 4. d. M. höhern Ortes vollzogenen Urkunde ist die Eisensteinzeche „Conrad“ bei Reideviß an den Zimmermann Christian Müller zu Friedeburg mit 1 Fundgrube und 8 Maassen verliehen worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Halle, den 15. Januar 1853.

Königl. Preuß. Ober-Bergamt für Sachsen und Thüringen.

Nr. 62.  
Die diesjährige  
Besetzung der  
Besoldungs-  
stellen betr.

Den Pferdezüchtern wird hierdurch bekannt gemacht, daß die für die Beschäl-

Belgern, Arien, Preysch, Radith, Gröden, Schönwalde, Delitzsch, Beidersee, Bedra, Merseburg, Gleina, Bernsdorf und Obergörlingen

bestimmten Beschäler des hiesigen Landgestüts am 1. Februar, wenn nicht besondere Hindernisse in den Weg treten, von hier abgehen, und Anfang Juni den Rückmarsch hieher antreten werden.

Die Bedeckung wird, wie gewöhnlich, zwei Tage nach dem Eintreffen der Beschäler an ihren Bestimmungsorten erfolgen.

Hauptgestüt Gradiß, den 14. Januar 1853.

Der Königliche Landstallmeister v. Thielau.

Nr. 63.  
Hypotheken-  
Ersatz.

Die Hypothekentabellen über nachbeschriebene, in der Flur Pödelist belegene Grundstücke, als:

1) ein halbes Viertelandes Dienstgut, bestehend aus: a)  $\frac{1}{2}$  Acker in den Krautstücken Nr. 138. des Flurbuchs, b)  $\frac{1}{2}$  Acker auf dem Rohei Nr. 329. des Flurbuchs, c)  $\frac{1}{2}$  Acker im Grunde Nr. 387. des Flurbuchs, d) 1 Acker am Grundraine Nr. 876. des Flurbuchs, welche Stücke dem August Hohmuth zu Pödelist, e)  $\frac{1}{2}$  Acker auf dem Rohei

Nr. 349. des Flurbuchs, 1)  $\frac{1}{2}$  Ader auf dem Rohei Nr. 352. des Flurbuchs, welche Stücke dem August Schlag zu Pödelitz zugehören, und 2)  $\frac{1}{2}$  Ader Holz im Winkel, genannt Gefänge, Nr. 1911. des Flurbuchs, so dem August Hohmuth zu Pödelitz zugehört,

sind fertig und können in dem Zeitraume von zwei Monaten, von den ersten acht Tagen des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatte ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden.

Nach Ablauf dieser Frist sind Einwendungen dagegen nicht mehr zulässig.

Raumburg, den 28. September 1852.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

Die Hypothekentabelle des Johann Gottfried Buchmann zu Großwillsdorf über einen Streifen Landes in der Flur Großwillsdorf, ohngefähr  $\frac{1}{2}$  Ader haltend, über dem Dorfe, das sogenannte Dachsenstückchen, ist fertig und kann innerhalb 2 Monaten, nach dem achten Tage des Erscheinens im Amtsblatte, in unserer Hypotheken-Registratur eingesehen werden.

Nr. 64.  
Hypotheken-  
Tafeln.

Spätere Erinnerungen dagegen sind unzulässig.

Raumburg, den 5. November 1852.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

### Personal-Chronik.

Der Polizei-Verwalter und Boniteur Carl August Pänder zu Preßsch ist als Kreistarator in landwirthschaftlichen Angelegenheiten für den Weißenfels Kreis angenommen und verpflichtet worden.

Nr. 65.

Der Pfarrer Frank zu Oberbörnede, in der Diöces Aschersleben, tritt mit dem 1. Juli c. in den Ruhestand. Die Pfarrstelle zu Oberbörnede ist Königl. Patronats; der Gemeinde werden 3 Subjecte präsentirt.

Nr. 66.

Durch den Tod des Pastors Lautsch ist die evangelisch-reformirte Pfarrstelle zu Aschersleben, in der Diöcese Aschersleben, erledigt. Die Stelle ist Königl. Patronats.

Nr. 67.

Der Pfarrer Villaret zu Gerstewitz, in der Diöces Weißenfels, tritt aus Rücksicht auf seine Gesundheit in den Ruhestand. Die Stelle ist Königl. Patronats.

Nr. 68.

Durch das Ableben des Pfarrers Kläden ist die Pfarrstelle Erüden mit dem Filiale Bielbaum, in der Diöces Serhausen, erledigt. Patron der Pfarrstelle zu Erüden ist Se. Majestät der König, das Filial Bielbaum steht unter dem Patronate des Kammerherrn von Zagow auf Erüden.

Nr. 69.

Der Bürgermeister Carl Gottlob Franke zu Prettin ist zum Schiedsmann der Stadt Prettin für die nächsten 3 Jahre wieder gewählt und gehörig verpflichtet worden.

Nr. 70.

Nr. 71. Für den IV. Landbezirk im Torgauer Kreise ist der Pfarrer Petri zu Wernitz zum Schiedsmann und der Rittergutsbesitzer Dieckmann in Wennewitz zum Stellvertreter desselben gewählt und beide gehörig verpflichtet worden.

Nr. 72. Der Rittergutsförster Morgenstern zu Naschkau ist zum Schiedsmann für den V. Landbezirk des Delitzscher Kreises gewählt und gehörig verpflichtet worden.

Nr. 73. Der seither als Hülfsarbeiter im Collegio der Königl. General-Commission zu Stendal beschäftigt gewesene Kreisrichter Ehrenberg ist vom 1. Februar d. J. ab als Spezial-Commissarius in Auseinandersetzungssachen zu Halle angestellt worden.

Nr. 74. Die Verwaltung der Postexpedition in Hohenmölsen ist am 7. Januar c. von dem bisherigen Postexpediteur Kopp auf den Postexpeditionsgehülfen Friedrich Jacob Wolff übergegangen.

Nr. 75. Unsere Aufforderung an die Herrn Kirchenbuchführer vom 17. April v. J. hat bei den Letzteren eine so erfolgreiche Beachtung gefunden, daß wir nunmehr nur noch eines Nachweises darüber bedürfen:

Aufforderung  
an die Herren  
Kirchenbuch-  
führer.

- 1) Wo der Schuhmacher Johann David Thomas, welcher in der Zeit von 1694 bis 1718 sich verheirathet hat und nach der Angabe seines Sohnes 1745 gestorben ist, getraut.
- 2) Wo der George Andreas Thomas, angebl. eines Andreas Thomas Sohn, in der Zeit von 1700 bis 1704 geboren, 1723 getr. und 1763 gestorben, — geboren worden sei.

Die Herrn Kirchenbuchführer werden daher und zwar wegen der bereits erzielten wesentlichen Ergebnisse nochmals recht dringend ersucht, in ihren Kirchenbüchern für den Zeitraum von 1694 bis 1718 deshalb nachzusehen, daß, was sie in der angegebenen Beziehung etwa vorfinden, dem Herrn Rechtsanwalt A. Wötger in Leipzig mitzutheilen und haben außer den tarmäßigen Gebühren und Verlägen je nach dem Erfolge des Mitgetheilten eine Belohnung bis zu 3000 Thaler zu erwarten.

Dölig, den 12. Januar 1853.

A. Thomas u. Gen.

Nr. 76. Das alphabetische Namen- und Sach-Register zum Regierungs-Amtsblatte de 1852 ist erschienen und wird durch die Königl. Postanstalten für den Preis von 5 Sgr. pro Stück debittirt werden.

Amtsblatt-  
Register betr.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 4 Bogen stark, für den Quersfurter landrätthlichen Kreis.

Gedruckt bei Robigschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Büreau der Königl. Regierung.

# Extra-Blatt

zum 5. Stück

des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Merseburg.

Ausgegeben zu Merseburg den 5. Februar 1853.

Die seit Einführung der Mahl- und Schlachtsteuer in Raumburg eingetretenen Veränderungen machen es nothwendig, das bisherige Mahl- und Schlachtsteuer-Regulativ vom 15. September 1821 hierdurch mit dem 1. Februar d. J. außer Anwendung zu setzen. Vom gleichen Zeitpunkte ab tritt auf Grund der Finanz-Ministerial-Rescripte vom 5. November v. J. III. 18,036 und vom 31. December v. J. III. 29,868 das nachstehende Regulativ in Wirksamkeit.

## Regulativ

zur Erhebung und Beaufsichtigung der durch das Gesetz vom 30. Mai 1820 angeordneten Mahl- und Schlachtsteuer in Raumburg.

### 1. Abschnitt.

#### Allgemeine Bestimmungen.

##### §. 1.

Die Mahl- und Schlachtsteuer ruht zunächst auf dem Stadtbezirk von Raumburg. Dieser Bezirk wird zur Zeit durch die nachstehend bezeichnete Linie begrenzt.

Die Linie fängt hinter der Gartenmauer des vor dem Jacobsthore auf der Schönburger Straße belegenen Feld-Hospitals an, verfolgt den nach der Weissenfeller Chaussee führenden Feldweg, durchschneidet diese zwischen den Nummersteinen 6,46 und 6,47, geht weiter nach den Krautfeldern unter dem Salzenberge und von da, den Bürgergarten und die Weinberge daselbst einschließend, nach dem Kalten Hügel zur Jagdsäule unweit der Jenaer Chaussee. Von hier läuft sie über die Jenaer Chaussee beim Nummerstein 0,30 am Gläferschen Weinberge zu der Jagdsäule am Michaelsholz, dann in gerader Richtung nach der Frankfurter Chaussee zu dem Nummersteine 6,82, überschreitet diese und verfolgt den Fußweg nach dem Redeschen Weinberge und dem darin befindlichen Wohngebäude. Von hier geht sie nach dem vormaligen Wolfeschen jetzt Weberschen Garten auf den Moritzwiesen, dann weiter über die Krautfelder nach dem Spechsfardt und an der äußern Seite der Weinberge des letzteren bis zur Chaussee an dem Damme nach der Nackten Henne. Von dort läuft sie längs der Mauer am Riednerschen Weinberge nach dem sogenannten kleinen Hause des Schleif, dieses ausschließend, dann weiter nach dem Hause des Eberwald, durchschneidet die Chaussee nach der Henne zwischen den Nummersteinen 0,12 und 0,13, geht bis zum Hause des Berlin und von hier in gerader Richtung über den Ererzierplatz nach dem

A. Dertliche  
Begrenzung  
der Steuer-  
pflichtigkeit.  
1. Stadtbezirk.

Dorfe Grochitz an dem Wenzelschen Hause, dieses anschließend, vorüber auf dem Wege vor dem Schrammschen Garten wieder zur Gartenmauer des Feld-Hospitals auf der Schönburger Straße.

Sämmtliche vorgenannte Wege und Gebäude gehören mit zum Stadtbezirk, insofern sie nicht als davon ausgeschlossen bezeichnet sind.

In dem engern Stadtbezirk liegen demnach gegenwärtig:

- a) die Stadt Raumburg mit ihren Vorstädten, wie solche jetzt durch die Stadtthore, nämlich: das Jacobsth., Wenzels-, Salz-, Michaelis-, Moritz-, Georgen-, Neu- und Marien-Thor, mit den daran stoßenden Stadtmauern, Scheunen, Spalieren und Gartenmauern eingeschlossen ist;
- b) vor dem Jacobsthore:
  - 1) Garten und Haus von Tränhart,
  - 2) die Oekonomie von Freitag,
  - 3) Bohnhäuser und Garten von Becker,
  - 4) Bohnhaus und Garten von Schulze,
  - 5) Garten und Haus von Tellemann,
  - 6) Garten und Haus von Starke's Wittwe,
  - 7) der Gasthof „zum blauen Stern“,
  - 8) Bohnhäuser und Garten von Staff,
  - 9) Bohnhaus und Garten von Pinder,
  - 10) Bohnhaus und Garten von Zieger,
  - 11) das Feld-Hospital mit den dazu gehörigen Gärten von Tausch und Reinlein,
  - 12) Bohnhaus und Garten von Luther,
  - 13) Bohnhaus und Garten von Gersner,
  - 14) Garten und Haus von Luchen,
  - 15) Bohnhaus und Garten von Eined,
  - 16) das Sied-Hospital und Garnison-Lazareth,
  - 17) das Hospital zum H. Geiste,
  - 18) die Oekonomie mit Ziegelei von Krause,
  - 19) das Schützenhaus mit Zubehör,
  - 20) der Bauhof Nr. 1370.;
- a) vor dem Wenzelsthore:
  - 1) Garten und Haus von Hagenest,
  - 2) Bohnhäuser und Garten von Richter,
  - 3) die Krauthütte von Schramm,
  - 4) Bohnhaus mit Zubehör von Müller,
  - 5) der Bürgergarten mit Zubehör,
  - 6) die Weinberge und Weinbergshäuser am Bürgergarten von Ferber, Habermeyer, Gerischer, Prillwitz, von Florencourt und Elschner,
  - 7) Bohnhäuser und Garten von Schenk (sonst Suppe),
  - 8) Haus und Garten von Starke,
  - 9) Haus und Garten von Scheibe und Weniger;



d) vor dem Salzhore:

- 1) die Krauthütte von Schneider,
- 2) Wohnhaus mit Zubehör von Bornschein,
- 3) die Feldmeisterei von Lindner,
- 4) die Ziegelei von Rötterich,
- 5) die Lehmgrube von demselben,
- 6) die Weinberge, Weinbergshäuser und Hütten am Selterhügel von Franke, Hirschfeld, Leichgräber, Höpfer, Geiffert und Gläser,
- 7) die Oekonomiegebäude des Rötterich,
- 8) die Schenkwirtschaft „zum goldenen Hähnchen“, und
- 9) die zwischen den ad 7. und 8. gedachten Gebäuden belegenen Scheunen;

e) vor dem Michaelisthore:

- 1) die Weinberge, Gärten, Weinbergshäuser und Hütten an der Chaussee nach Altenburg, von Vose, Engert, Ritter, Hübner, Rosenhahn, Jähr, Lamprecht, Taschenberg, Papst, Kede und Willmann;

f) vor dem Moritzthore:

- 1) Garten und Wohnhaus auf den Moritzwiesen von Weber, sonst Wolf,
- 2) die Krauthütte daselbst;

g) vor dem Georgenthore:

- 1) die Georgenbergs-Vorstadt, jetzt bestehend aus 40 Häusern von Nr. 942. bis 981. mit dem Voigtschen Schauspielhause Nr. 982.,
- 2) die Scheune von C. Reinhardt,
- 3) die Scheune von Gottl. Gehfuß,
- 4) die Scheune von der Wittwe Menzel,
- 5) die Scheune von Christian Reinhardt,
- 6) die Scheune von August Fröhlich, und
- 7) die Scheune von Christoph Fröhlich;

h) vor dem Neuthore:

- 1) Wohnhaus und Garten von Schlegel, beide zu dem ehemaligen Volleschen Garten gehörend,
- 2) der Freiheitsche Gottesacker, darin das Hospital St. Crucis,
- 3) Wohnhäuser mit Garten von Hirschfeld, dahinter der städtische Gottesacker,
- 4) Wohnhaus und Garten von Landgraf's Wittwe,
- 5) Garten und Treibhaus von Ulrich,
- 6) Garten von Sendewitz,
- 7) Wohnhäuser und Garten von Tepler (dieses Grundstück und die ad 4. 5. und 6. gehörten zu dem ehemaligen Volleschen Garten), dahinter der Freiheitsche Zwinger,
- 8) Wohnhäuser und Garten von Fernschild,
- 9) Wohn- und Aufseher-Haus des Schwarzbach,
- 10) der ganze Speshardt mit den Weinbergen, Gärten, Weinbergshäusern und Hütten, als: von Stockmann, Winter, Wittwe Menzel, Ermisch, Reinhardt, Menzel, Maske, Rasch, Fröhlich, Peter, Fröhlich, Löhnig, Weber, Löhnig,

Vorweg, Bieweger, Oberweg, Niedner Wittwe und Fr. Niedner bis zur Chaussee nach der Henne;

i) vor dem Marienthore:

- 1) die Reitbahn,
- 2) der Pulverthurm und Judentirchhof,
- 3) die Bohnhäuser des H. Eberwald und Denhardt (verbunden),
- 4) Wohnhaus von Berlin.

Zu diesem Stadtbezirke werden auch alle innerhalb desselben künftig etwa neu entstehenden baulichen Anlagen gehören.

§. 2.

2. Ueßerer  
Stadtbezirk.

Alle jetzt vorhandenen oder künftig entstehenden Ortschaften und Etablissements, deren Anfangspunkte von der ihnen nächsten bewohnten Anlage des Stadtbezirks in gerader Richtung nicht über eine halbe Meile entfernt sind, bilden mit dem dazwischen liegenden Raume den äußeren Stadtbezirk, in welchem nur die im §. 1. des Gesetzes vom 2. April 1852 zur Ergänzung des Wahl- und Schlachtsteuer-Gesetzes bezeichneten Personen, neben der Klassen-Steuer und der classificirten Einkommensteuer, die Wahl- und Schlachtsteuer zu entrichten haben.

Es werden für jetzt dahin gerechnet:

a) vor dem Jacobsthore:

- 1) die Weinberge, mit ihren Häusern und Hütten, im Kroppenthale, in der Weinbau, zur Schönbürger und Wethauer Flur gehörend,
- 2) das Bohnhaus von Henschler in der Weinbau,
- 3) das Dorf Schönbürg mit den zur Flur gehörigen Weinbergen, Häusern und Hütten,
- 4) die Neumühle bei Schönbürg,
- 5) die Kroppmühle bei Schönbürg,
- 6) die Panischen Häuser daselbst,
- 7) das Dorf Wethau mit Mühle, mit den zum Dorfe gehörigen Weinbergen, Häusern und Hütten und sonstigen einzelnen Etablissements,
- 8) das Dorf Grochitz mit allen zur Flur gehörigen Weinbergen, Häusern und Hütten;

b) vor dem Wenzelsthore:

- 1) das Dorf Wertendorf;

c) vor dem Salzthore:

- 1) das Dorf Alt-Flemmingen,
- 2) Neu-Flemmingen mit Windmühle;

d) vor dem Michaelsthore:

- 1) die Weinberge, Gärten, Weinbergshäuser und Hütten von Geißler, Teser und Adegast,
- 2) das Weinbergshaus des Schröder,
- 3) das Dorf Altenburg mit Mühle und sämmtlichen zur Flur gehörigen Weinbergen, Häusern und Hütten darin,
- 4) die Landesschule Pforta mit Mühle, dem Fischhause und der Oberförsterei;

a) vor dem Moritzthore:

- 1) das Stallgebäude an der Saale von Handorf,
- 2) der Bahnhof, Station Raumburg der Thüringer Eisenbahn,
- 3) das Dorf Roßbach mit dem Fährhause und den in der Flur belegenen Weinbergen, Häusern und Hütten,
- 4) das Dorf Klein-Jena mit den Weinbergen und einzeln liegenden Häusern etc.;

f) vor dem Neu-Thore:

- 1) das Ziegelhaus von G. Starke,
- 2) das Dorf Groß-Jena mit der Windmühle, den Weinbergen, dem Groß-Jenischen Fährhause und der Felsensähre zwischen Groß- und Klein-Jena;

g) vor dem Marienthore:

- 1) die Windmühle mit dem Wohnhause von Berlin,
- 2) die Windmühle mit dem Wohnhause von Schleif,
- 3) Haus, Weinberg und Garten von Papsche,
- 4) die Ziegelei von Rötterichs,
- 5) der Anger mit den Holzwärter-Häusern, Schuppen und Weinbergen in Lehen's Grund,

h) das Dorf Schellitz mit den Weinbergen,

i) das Fährhaus von Otto,

8) die Nackte Henne,

9) der Felsenkeller von Starke, und

10) die Brauerei von Müller bei der nackten Henne.

§. 3.

B. Beamte.

Beide Bezirke (§. 1. und 2.) mit allen ihren in Bezug auf Mahl- und Schlachtsteuer erlaubten oder verbotenen Eingängen und Straßen, stehen für die Mahl- und Schlachtsteuer unter der Aufsicht der Steuerbeamten.

§. 4.

2) zur Erhebung.

Die Erhebung dieser Steuer geschieht durch die Steuer-Expedition in Raumburg, welche sich im Haupt-Steuer-Amts-Gebäude Nr. 312. am Markte befindet, sowie durch die Thor-Controleure, soweit sie dazu nach den §§. 73. und 85. befugt sind.

§. 5.

C. Steuerstraßen und Eingänge in den Stadtbezirk.

Der Transport aller Fleisch- und Backwaaren, ingleichen der Mühlenfabrikate, vom Eintritt in den Stadtbezirk (§. 1.) an bis zur erlangten schließlichen Abfertigung ist, gleichviel ob dergleichen Gegenstände für den Stadt-Bezirk oder nur zum Durchgange durch diesen bestimmt sind, lediglich auf den nachstehend (§. 6.) bezeichneten Steuerstraßen und zwar ohne Abweichung, ohne Aufenthalt und ohne irgend eine Veränderung, Vermehrung oder Verminderung zulässig.

1) Steuerstraßen.

a) Einhaltung derselben.

Beim Transport des Viehes sind die im §. 73. ertheilten Vorschriften zu befolgen.

§. 6.

b) Bezeichnung der Steuerstraßen.

Die zum Transporte mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände gestatteten Steuerstraßen sind folgende:

aa) vom Eintritt in den Stadtbezirk

- 1) die Weißenfelder Chaussee von dem nach dem Feld-Hospital führenden Feldwege ab, zwischen den Nummersteinen 6,16 und 6,17 nach dem Jac obsthore, in

bis zur  
Steuer-Ex-  
pedition, so-  
wie aus dem  
Stadt-Be-  
zirk und  
durch den-  
selben.

nerhalb der Stadt aber vom Jacobsthore ab, die große Jacobstraße entlang, über den Markt nach der Steuer-Expedition (§. 4.).

- 2) Die Eisenberger Straße vom Buchholze, gegenüber dem Weinberge des Elschner ab, bis auf die Chaussee nach dem Wenzelssthor, von hier durch die Wenzelsstraße nach der Steuer-Expedition.
- 3) Die Pundwitzer Fahrstraße von unweit der Riedgrube ab nach der Eisenberger Straße, von hier auf die Chaussee und weiter wie zu Nr. 2.
- 4) Die neue Jenaer Chaussee von dem Ruthensteine Nr. 0,30 nach dem Salzthore und von diesem innerhalb der Stadt durch die große Salzgasse über den Markt zur Steuer-Expedition.
- 5) Die Frankfurter Chaussee vom Ruthensteine Nr. 6,82 ab, nach dem Michaelis- oder Salzthore; nach letzterem jedoch nur auf zuvor geschehene Anmeldung bei der Expedition im Michaelisthore; innerhalb der Stadt aber, und zwar vom Michaelisthore ab, durch die Michaelisgasse über den Salzberg durch die große Salzgasse über den Markt zur Steuer-Expedition. Vom Salzthore ab wie zu Nr. 4.
- 6) Der Fahrweg von dem vormal's Wolffschen, jetzt Weberschen Garten auf den Moritzwiesen nach dem Georgenbrunnen und von hier die Chaussee entlang nach dem Neuthore; innerhalb der Stadt aber durch die Windmühlen-, Steinerne-, Brunnen- und Herrengasse über den Markt nach der Steuer-Expedition.
- 7) Die Eisenbahnhofs-Chaussee von dem Spechardt ab, nach dem Neuthore, von diesem innerhalb der Stadt wie zu Nr. 6.
- 8) Der Fußsteig vom Spechardt ab,
  - a) durch die sogenannte Hölle, zwischen den Weinbergen von Maske und Reinhardt, jetzt Sturm, und weiter der gerade Fahrweg nach dem Neuthore wie zu Nr. 6.,
  - b) derselbe Fußsteig mit seiner Abweichung, welche nach dem Fahrwege am Wenzelschen Weinberge und dem Georgenbrunnen führt und hier wie zu Nr. 6. vorgeschrieben ist.
- 9) Die Freiburger Chaussee vom Hause des Müllers Berlin ab, zwischen den Nummern 0,13 und 0,12, nach dem Marienthore und von diesem innerhalb der Stadt, die große Mariengasse, über den Markt zur Steuer-Expedition.
- 10) Der Todtenweg über die Chaussee nach dem Marienthore, oder gerade Grochlicher Fahrweg nach dem Jacobsthore; innerhalb der Stadt vom Marienthore ab wie zu Nr. 9., vom Jacobsthore ab wie zu 1.
- 11) Die Schönbürger Straße vom Feld-Hospitale ab, nach dem Jacobsthore; innerhalb der Stadt aber vom Jacobsthore wie zu Nr. 1.

b) Von der  
Dampfmahl-  
mühle des  
Knoblauch in  
der Stadt zu  
dem Haupt-  
Steuer-  
Amte.

Von der Dampfmahlmühle durch die große Salzgasse über den Markt zur Steuer-Expedition.

Wenn wegen Reparatur des Steinpflasters oder wegen anderer Hindernisse, die vorgeschriebenen Steuerstraßen nicht paßirt werden können, dann wird die Steuer-Expedition oder die betreffende Thor-Controle am Eingangsthore auf der dem Deklaranten zu ertheilenden Bezeichnung die einzuhaltende Straße vermerken.

§. 7.

Die Einbringung mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände auf andern Wegen als durch die im §. 6. bezeichneten Thore, nämlich:

das Jacobs-, das Wenzels-, das Salz-, das Michaelis-, das Neu- und das Marien-Thor, ist verboten.

Die im Stadtverschluß vorhandenen Privatthüren müssen, bei Verlust des Rechts zu deren Benutzung, verschlossen gehalten werden.

§. 8.

Beim Eingange mit mahl- oder schlachtsteuerpflichtigen Gegenständen in die Stadt, oder bei zu erweisendem Ausgange aus derselben, ist vom Transportanten an der Thor-Controle unaufgefordert anzuhalten, die Gegenstände sind nach Art, Gattung, Menge und Zahl der Frachstücke genau zu deklariren und mit dazu gehörigen Papieren zur Revision zu stellen.

Die zur Revision oder Vorabfertigung nöthigen Handleistungen hat Deklarant nach der Anweisung des Beamten zu verrichten.

Steuerpflichtige Gegenstände, welche für Bewohner des vor den Thoren belegenen Theils des Stadtbezirks oder für Steuerpflichtig: im äußern Stadtbezirke (§. 2.) eingehen, sind gleichfalls auf den im §. 6. bezeichneten Steuerstraßen ohne Aufenthalt zu den Thor-Controllen zu führen und dort, wie oben vorgeschrieben, zur Abfertigung zu stellen. Vor erfolgter Besteuerung dürfen diese Gegenstände nicht in die Wohnungen der Empfänger aufgenommen oder innerhalb des innern oder äußern Stadtbezirks gewerbsweise verkauft oder feilgehalten oder darin niedergelegt werden.

§. 9.

Die Steuer-Expedition ist täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, für die Abfertigung geöffnet und zwar:

- 1) in den Wintermonaten: October bis Februar einschließlich, Vormittags von 8 bis 12 Uhr und Nachmittags von 1 bis 5 Uhr;
- 2) in den übrigen Monaten: Vormittags von 7 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr.

§. 10.

Die Thor-Controleure geben die Abfertigungen, welche sie vollständig und schließlich, ohne Theilnahme der Steuer-Expedition, erteilen dürfen:

- a) in den Monaten October bis Februar einschließlich von 5 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends,
- b) in den übrigen Monaten von 4 Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends.

§. 11.

Nur innerhalb dieser Dienststunden (§. 9. und 10.) dürfen Gegenstände, jenachdem solche der Abfertigung bei der Steuer-Expedition oder nur bei einer Thor-Controle bedürfen, in den Stadtbezirk eingehen.

Der Eingang muß so zeitig erfolgen, daß die Gegenstände vor Ablauf der Dienststunden bei der Steuer-Expedition, sofern diese die schließliche Abfertigung zu erteilen hat, eintreffen, jedoch kann in der nach §. 2. für die Abfertigung geschlossenen Mit-

2) Verbot aller andern Eingänge.

a) Mäßigung und Stellung steuerpflichtiger Gegenstände bei den Thor-Controllen.

a) Beim Eingange in die Stadt.

b) Beim Eingange für Bewohner des vor den Thoren gelegenen Theils des Stadtbezirks und für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk.

D. Zeit für Eingang und Abfertigung.

1) Bei der Steuer-Expedition.

2) Bei den Thor-Controllen.

3) Bestimmungen für die vorstehend unter 1. und 2. genannten Abfertigungsstellen.

tagzeit und Morgens, eine Stunde vor Anfang der Dienststunden, der Eingang zur Steuer-Expedition erfolgen; die steuerpflichtigen Gegenstände müssen aber dort unverändert bis zum Anfang der Dienststunden verbleiben.

Mühlensfabrikate, bei denen es zweifelhaft ist, zu welchem Steuersatze sie gehören, können bei den §. 9. und 10. genannten Stellen nur abgefertigt werden, so lange das Tageslicht ihre gründliche Revision zuläßt.

## II. Abschnitt.

### M a h l s t e u e r.

#### §. 12.

- A. Mühlen-  
Aufsicht.  
1) deren An-  
ordnung im  
Allgemeinen.

Sämmtliche im Stadtbezirke und im äußern Stadtbezirke (§. 1. und 2.) vorhandenen und später noch entstehenden Mühlen sind der Aufsicht der Steuerbehörde unterworfen, die nach Maßgabe der Lage der Mühle und des Mahlguts, welches sie gewöhnlich fördert, eine besondere oder allgemeine ist.

#### §. 13.

- 2) Nach Ver-  
schiedenheit der  
Mühlen.  
a) Mühlen un-  
ter besonderer  
Aufsicht.

Unter solcher besondern Aufsicht der Steuerbehörde steht für jetzt allein die innerhalb der Stadt belegene Dampfmahlmühle des Delmühlenbesizers Knoblauch.

Was bei der Benutzung und bei dem Betriebe dieser Mühle zu beobachten ist, enthalten die §§. 18. bis 33.

#### §. 14.

- b) Mühlen un-  
ter allgemeiner  
Aufsicht.

Neben dieser unter besondere Controle gestellten Mühle sind alle im äußern Stadtbezirk (§. 2.) belegenen Mühlen einer allgemeinen Aufsicht der Steuerbehörde unterworfen.

Diese Mühlen sind für jetzt namentlich:

- 1) die Windmühle des Berlin vor dem Marienthore;
- 2) die Windmühle des Schleif daselbst;
- 3) die Reumühle bei Schönburg;
- 4) die Kroppenmühle daselbst;
- 5) die Dorfsmühle zu Berthau;
- 6) die Dorfsmühle zu Altenburg;
- 7) die Mühle zu Pforta;
- 8) die Windmühle bei Groß-Jena;
- 9) die Windmühle bei Neu-Flömmingen.

Was bei Benutzung und beim Betriebe dieser Mühlen zu beachten ist, bestimmen die §§. 34., 35. und 55.

#### §. 15.

- c) Privat-  
mühlen.

Für Mühlen zum Privatgebrauch, soweit solche überhaupt zulässig sind, bestehen besondere Vorschriften.

#### §. 16.

- d) Mühlen für  
andere Zwecke.

Mühlen, welche nicht dazu eingerichtet und bestimmt sind, Mahlgut aus Körnern zu bereiten, dürfen dazu ohne Bestimmung der Steuerbehörde auch ferner nicht eingerichtet und benutzt werden, und stehen in dieser Hinsicht unter Aufsicht derselben.

§. 17.

Neue Mühlen dürfen im Stadtbezirk und im äußern Stadtbezirk nur mit Bewissen der Steuerbehörde angelegt werden, welche vorher bestimmen wird, wie solche neue Anlagen in Bezug auf Mahlsteuer zu behandeln sind.

a) Neu entstehende Mühlen.

§. 18.

Von dem steuerpflichtigen Mahlgute, welches auf der unter besonderer Controlo stehenden Mühle (§. 13.) und den künftig darunter zu setzenden Mühlen bereitet werden soll, muß vorher die Körnersteuer nach §. 3. des Mahl- und Schlachtsteuer-Gesetzes vom 30. Mai 1820 entrichtet werden.

B. Verabreichung der unter besonderer Aufsicht stehenden Mühlen.

1) Allgemeine Bestimmungen

a) Form der Steuer-Entrichtung.

b) Mahlscheine.

aa) deren Erfordernisse.

bb) in Bezug auf Menge der Körner.

§. 19.

Alles Mahlgut auf diesen Mühlen ohne Unterschied muß mit genau damit übereinstimmenden Mahlscheinen versehen sein. Diese werden von der Steuer-Expedition (§. 4.) ertheilt.

§. 20.

Ueber weniger als einen Viertel Centner und mehr als 24 Centner Getreide wird ein Mahlschein nicht ausfertigt. Wer gleichzeitig mehr als 3 Centner zur Mühle bringt, kann nach seiner Wahl, einen oder mehrere Mahlscheine nehmen, einzeln jedoch nicht unter 3 Centner.

cc) in Bezug auf Körner-Sattung.

§. 21.

Ueber Getreidearten, welche verschiedenen Steuersätzen unterliegen, werden verschiedene Mahlscheine ausfertigt, also für Getreide zur Hauptsteuer nach dem Satze von 20 Sgr. vom Centner besondere, und für Getreide zur Hauptsteuer von 5 Sgr. für den Centner ebenfalls besondere.

Wer Körner von verschiedenen Steuersätzen in Vermischung mahlen lassen will, muß von dem ganzen Gemenge, auch wenn die Beimengung von Körnern zum ersten Satze nur gering wäre, den höhern Steuersatz entrichten.

§. 22.

Getreide, welches zu Branntwein-Schroot bestimmt ist, muß vor der Absendung zur Mühle mindestens zum sechzehnten Theile mit gemalzten Körnern gemischt sein. Auch muß alles nicht zum Brauen bestimmte und versteuerte Malz mindestens zum sechzehnten Theile mit ungemalztem Roggen gemischt sein. Eine stärkere Mischung zu fordern, bleibt der Steuerbehörde vorbehalten.

§. 23.

Getreide zur Mühle und Mahlgut aus derselben, darf nur in den Stunden, welche §. 56. der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 vorschreibt, angenommen und verabfolgt werden; mit den Erweiterungen, daß in den für die Expedition geschlossenen Mittagsstunden und Morgens eine Stunde vor deren Oeffnung, die Anfuhr zur Steuerexpedition erfolgen kann. Die betreffenden Gegenstände müssen jedoch dort unverändert bis zur Oeffnung der Expedition verbleiben.

c) Transport zu und aus der Mühle

Dieselbe Getreidemenge, worauf ein Mahlschein lautet, muß zusammen zur Mühle und das daraus bereitete Mahlgut zusammen aus der Mühle, und, soweit Verwiegung vorgeschrieben ist, zur Waage geben.

Auch muß das Getreide jedenfalls denselben Tag und zwar, ist es in den Vor-

mittagsstunden versteuert, am Vormittage, und sonst am Nachmittag zur Mühle gebracht werden.

Es darf der Müller ältere Mahlscheine nicht annehmen, wenn die Steuer-Expedition nicht in besondern Fällen eine Ausnahme auf dem Mahlscheine ausdrücklich bewilligt hat.

Der Mahlschein begleitet das gefertigte Mahlgut bis zum Bestimmungsorte, damit dasselbe auf dem Transporte jederzeit legitimirt ist. Der Transportführer hat sich auf dem Transporte der Revision der Beamten, wenn solche verlangt wird, zu unterwerfen.

a) Bezeichnung der Sacke.

§. 24.

Die Sacke mit Körnern oder Mahlgut müssen mit dem vollständig ausgeschriebenen Namen des Mahlgastes und seines Wohnortes, in großen schwarzen Buchstaben deutlich bezeichnet sein.

Die Sacke mit Körnern oder Mahlgut zur Bier- und Branntwein-Bereitung für Brauer und Branntweinbrenner müssen außerdem die Aufschrift „Malzschroot“ führen.

Diese Bezeichnung müssen die Sacke nicht blos in der Mühle und beim Transporte des Getreides zu derselben und zur amtlichen Abfertigung, sondern auch beim Transporte aus der Mühle haben.

Für die Befolgung dieser Vorschrift ist sowohl der Müller als auch der Mahlgast verhaftet.

a) Gewichtsbewertung des fertigen Mahlguts zu den Körnern.

§. 25.

Bei der Verwiegung des gefertigten Mahlguts gelten die folgenden Sätze für das zurückkommende Fabrikat, im Vergleiche zu den versteuerten Körnern, und zwar ohne Rücksicht auf Anfeuchtung:

1) vom Centner Weizen:

geschrootet 109 Pfd. Schroot,  
gebeutelt 90 Pfd. Mehl,  
18 Pfd. Kleie;

2) vom Centner Roggen:

geschrootet 109 Pfd. Schroot,  
gebeutelt 90 Pfd. Mehl,  
18 Pfd. Kleie;

3) vom Centner Gerste:

geschrootet 109 Pfd. Schroot,  
gebeutelt 91½ Pfd. Mehl,  
15 Pfd. Kleie;

4) vom Centner Gerste zu Graupen:

- a) 14 Pfd. feine Graupen, 36 Pfd. Mehl, 40 Pfd. Fatterschroot,
- b) 45 Pfd. mittlere Graupen, 15 Pfd. Mehl, 40 Pfd. Fatterschroot,
- c) 66 Pfd. gewöhnliche Graupen, 10 Pfd. Mehl, 24 Pfd. Fatterschroot,
- d) 40 Pfd. gerissene Graupen, 8 Pfd. Grütze und Grieß, 27 Pfd. Mehl, 20 Pfd. Espelsen;



3) vom Centner Hafer:  
geschroetet 108 Pfd. Schroot.

Findet sich mehr vor, so tritt, den Umständen nach, Versteuerung des Ueberge-  
wichts nach den Sätzen der Eingangssteuer, oder, wenn das Gesamtgewicht an  
Schroot, Mehl oder Graupen mit dem Abgange das auf dem Mahlscheine angegebene  
Körnergewicht überschreitet, Strafverfahren ein.

§. 26.

Der steuerpflichtige Mahlgut auf den unter besonderer Aufsicht stehenden Mäh-  
len (§. 13.) bereiten lassen will, schafft dasselbe zur Steuer-Expedition und meldet  
derselben mündlich oder schriftlich an:

- 1) den Namen des Eigentümers der zur Mühle zu sendenden Körner;
- 2) die Gattung derselben;
- 3) die Zahl der Säcke, in welchen sich die Körner befinden;
- 4) was daraus bereitet werden soll.

§. 27.

Die Uebereinstimmung der Körner mit der Anmeldung (§. 26.) wird von der  
Steuer-Expedition geprüft und das Gewicht durch Verwiegung festgestellt.

Finden sich bei dieser Prüfung Unrichtigkeiten in Menge oder Gattung der Mahl-  
post, oder sonstige Abweichungen, so wird der Schuldige zur Verantwortung und  
Strafe gezogen.

§. 28.

Nach dem Gewichtsbefunde wird von der Steuer-Expedition der über der Steuer-  
Quittung befindliche Waageschein ausgefüllt, hiernächst von dem Steuerpflichtigen  
die Steuer entrichtet, die Steuer-Quittung ausgefüllt und dem Mahlgaste behändigt,  
nachdem zuvor der Waageschein von der Steuer-Quittung abgetrennt und bei der  
Steuer-Expedition zurückbehalten worden.

§. 29.

Das Mahlgut aus den nach §. 28. versteuerten Körnern, muß mit den dazu ge-  
hörigen Mahlscheinen unmittelbar von der Mühle zur Steuer-Expedition gelangen,  
woselbst es nachgesehen, verwogen und mit dem Mahlscheine, auf welchem das Rückge-  
wicht vermerkt worden, dem Transportführer überlassen wird, soweit es in Wichtigkeit  
befunden ist.

§. 30.

Getreide und Malz zu Branntwein- und Frau-Schroot für Einwohner des  
Stadtbezirks ist, nach Vorschrift des §. 26. der Steuer-Expedition, jedoch schriftlich  
anzumelden, welche, dieser Anmeldung gemäß, einen Mahlscheine erteilt, mit  
welchem die Körner zur Mühle gehen.

Das von der Mühle kommende Schroot wird nach §. 29. behandelt und das  
Rückgewicht des Branntwein-Schroots vor dessen Verabsolung an den Deklaranten,  
in das mit vorzuliegende Schroothuch des betreffenden Branntweinbrenners eingetragen.

Bei denjenigen Brauereien, welche Malzschroot-Bestände halten, trägt der  
Beamte der Steuer-Expedition, nachdem die mit Malzschroot gefüllten Säcke von

2) Abfertigung zu den unter besonderer Aufsicht stehenden Mühlen.

a) Steuerpflichtiges Mahlgut.

aa) Anmeldung.

bb) Prüfung der Anmeldung.

cc) Verwertung und Begehung.

dd) Verwiegung des fertigen Mahlguts.

le) Branntwein- und Braumalz-Schroot.

ihm versiegelt worden sind, das Gewicht derselben und ihre Anzahl in das vorzulegende Contobuch ein.

c) Landmahl-  
gut.

§. 31.

Das Mahlgut der zur Entrichtung der Mahlsteuer nicht verpflichteten Bewohner des äußeren Stadtbezirks und der weiter von der Stadt entlegenen Gegend wird Land-Mahlgut genannt.

§. 32.

Geht Land-Mahlgut von außerhalb ein oder verschaffen Land-Bewohner sich innerhalb der Stadt Getreide, um solches in der §. 13. bezeichneten Mühle vermahlen zu lassen, so wird solches nach erfolgter Anmeldung bei der Steuer-Expedition verwogen, revidirt und gegen Einlegung des Betrags der Mahlsteuer als Pfand, ein Mahlfreischin ausgestellt, mit dem das Getreide zur Mühle geht.

§. 33.

Bei der Abfuhr des Mahlguts aus der Mühle wird nach §. 29. verfahren, indeß ist noch Folgendes zu beobachten:

Die Mahlpfost wird am Ausgangsthore angemeldet und auf Grund des vorzulegenden Mahlfreischins revidirt; sofern sich gegen die Beschaffenheit und Menge nichts zu erinnern findet und das zum Ausgange angemeldete Mahlgut namentlich im Vergleich zu den bezzettelten Körnern nicht hinter den im §. 25. vorgeschriebenen Sägen zurückbleibt, wird das Pfand ausgehändigt und der in Gegenwart des Beamteten erfolgte Ausgang bescheinigt.

C. Behandlung  
der unter all-  
gemeiner Auf-  
sicht stehenden  
Mühlen.

§. 34.

Alles steuerpflichtige Mahlgut, welches die unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen (§. 14.) bereiten, wird zur Körnersteuer nicht zugelassen, sondern unterliegt der Eingangssteuer nach §. 15. des Gesetzes vom 30. Mai 1820 und den Vorschriften §. 85. und 86. dieses Regulativs.

1) Form des  
Steuer-  
Entrichtung.

§. 35.

2) Bezeich-  
nung der Sack.

Was im §. 24. über die Bezeichnung der Säcke angeordnet worden, findet auch auf alles Mahlgut Anwendung, welches auf Mühlen, die unter allgemeiner Controße stehen, verarbeitet wird.

1) Pflichten der  
Müller, deren  
Mühlen unter  
besonderer

§. 36.

Der Müller in der unter besonderer Aufsicht stehenden Mühle (§. 13.) ist für die Befolgung der Vorschriften §§. 18., 19., 21., 23., 24. und 25. mit verhaftet. Außerdem gelten für ihn die insbesondere folgenden Bestimmungen.

2) Aufsicht stehenden.  
1) Allgemeine  
Verpflichtun-  
gen.

§. 37.

Sobald die Mühle durch Verkauf, Verpachtung oder auf irgend eine andere Weise an einen andern Inhaber übergeht, ist Letzterer verpflichtet, davon sofort und bevor der Betrieb der Mühle für seine Rechnung beginnt, dem Haupt-Steueramte schriftlich Anzeige zu machen.

2) Anzeige  
vorherrschender  
Besitz-Verän-  
derungen.

§. 38.

In den Mühlenräumen werden von dem Mühlen-Inhaber, unter Bestimmung eines Oberbeamten, verschiedene Abtheilungen bestimmt, und zwar so, wie der Raum diese Absonderung gestattet:

3) Abtheilung  
der Mühlen-  
räume.

- a) für steuerpflichtige Körner nach dem Satze von 20 Sgr. für den Centner;
- b) für steuerpflichtige Körner nach dem Satze von 5 Sgr. für den Centner;
- c) für Mahlgut aus Körnern zu a.;
- d) für dergleichen aus Körnern zu b.;
- e) für Branntwein- und Brau-Schroot und das Getreide dazu;
- f) für Land- oder Freimahlgut;
- g) für mit Beschlag belegtes Getreide und Mahlgut.

An anderen Orten, als in diesen Räumen, darf weder Getreide noch Mahlgut aufbewahrt werden, auch jede Gattung nur in dem dafür bestimmten Raume.

#### §. 39.

Ueber die innere Einrichtung der Mühle, die Zahl ihrer Gänge, zu welchen Gattungen von Mahlgut der eine oder der andere Gang etwa ausschließlich bestimmt ist, über die mit der Mühle im Zusammenhange stehenden Räume, deren Abtheilungen nach den Bestimmungen §. 38., ob der Müller einen Handel mit Mahlgut betreibt und wo dies geschieht, wird eine kurze, durch eine einfache linearische Zeichnung verdeutlichte Beschreibung doppelt aufgenommen, solche von dem Müller und dem Ober-Beamten unterschrieben und ein Exemplar davon an einem von Letzterem zu bestimmenden Orte in der Mühle angeheftet; das zweite aber der Steuer-Expedition abgeliefert.

a) Mühlen:  
Beschreibung.

Die Erneuerung dieser Beschreibung muß geschehen, so oft das Bedürfnis eintritt. Veränderungen gegen diese Beschreibung ist der Müller verpflichtet, vor deren Ausführung der Steuer-Expedition schriftlich anzuzeigen.

#### §. 40.

So wie Körner zur Mühle gebracht werden, muß der Müller den Mahlschein empfangen und nachsehen, ob die Körner der Gattung nach damit übereinstimmen, auch ob die Säcke in der im §. 24. vorgeschriebenen Art bezeichnet sind.

Findet sich, abweichend vom Mahlscheine, eine höher belegte Körnerart allein oder im Gemisch mit einer geringer besteuerten vor, so muß der Müller das Mahlgut vorläufig in Beschlag nehmen und sofort, auf Kosten desjenigen, welcher dasselbe mit unrichtigem Mahlscheine zur Mühle gebracht hat, oder hat bringen lassen, der Steuer-Expedition zur weitern Untersuchung Mittheilung machen.

a) Vergleichung des  
Mahlguts mit  
dem Mahlscheine.

a) nach Gattung.

#### §. 41.

Ingleichen liegt dem Müller ob, die Menge der zur Mühle kommenden Körner gleich bei der Annahme, der Zahl der Säcke nach, mit der Bezeichnung zu vergleichen und etwaige Differenzen der Steuer-Expedition anzuzeigen.

Stimmt die Gattung des Getreides und die Zahl der Säcke mit dem Mahlscheine überein, so ist der Müller in Betreff des Gewichts nicht verantwortlich, sofern nur bei der Mahlpfost nicht ein Mehrgewicht von einem Achtel des ganzen Gewichts, oder ein noch größeres Mehrgewicht vorhanden ist.

Mahlpfosten, bei denen der Gattung oder Menge nach Abweichungen von der Bezeichnung ermittelt worden, darf der Müller nicht verarbeiten, sondern muß sie auf den für die Confiscate bestimmten Platz zurückstellen.

b) nach Menge.

a) Verfahren  
mit den  
Mahlsteinen.

§. 42.

Wenn das Getreide zur Mühle gebracht und richtig befunden worden ist, wird der Mahlstein dem Kropfe eines der zur Mahlpfost gehörigen Säcke angebunden.

Die Säcke, soweit sie zu einem und demselben Mahlsteine gehören, müssen mit ihrer Bezeichnung (§. 24.) nach vorn, so lange stets zusammengestellt sein, als während der Verarbeitung ihres Inhalts durch diese selbst nicht eine Trennung nöthig ist.

Sobald mit der Aufschüttung des Getreides auf den Mahlgang der Anfang gemacht ist, wird der Mahlstein an den Gang befestigt und verbleibt dort während der Bereitung, welche durch Zwischenposen nicht unterbrochen werden darf.

Ist das Mahlgut fertig, so muß der Mahlstein wieder an den Kropf eines der dazu gehörenden Säcke befestigt werden, bis selbiges die Mühle verläßt.

§. 43.

Die unter den Mahlsteinen befindlichen, mit I., II., III. und IV. bezeichneten Abtheilungen werden bei folgenden Handlungen abgeschnitten:

- a) die mit I. bezeichnete Abtheilung, sobald das Getreide zur Mühle gebracht, untersucht und der Gattung und Menge nach richtig befunden ist;
- b) die mit II. bezeichnete Abtheilung, sobald die Bereitung oder das Abmahlen anhebt und die erste Aufschüttung auf den Gang erfolgt;
- c) die mit III. bezeichnete Abtheilung, sobald die Bereitung vollendet ist, und
- d) die mit IV. bezeichnete Abtheilung, wenn das Mahlgut aus der Mühle abgelassen wird.

Wird Getreide zum Spizen aufgeschüttet, so wird die mit II. bezeichnete Abtheilung nur bis zur Hälfte eingeschnitten und erst vom Zettel getrennt, wenn die wirkliche Vermahlung beginnt.

e) Dauer der  
Schliffzeit der  
Mahlsteine  
auf der Mühle.

§. 44.

Die Mahlsteine sind nur für drei Tage gültig, so daß am dritten Tage nach Ausstellung des Zettels das Fabrikat aus der Mühle geschafft werden muß.

Wird das Innehalten dieser Frist durch unvermeidliche Umstände verhindert, so muß der Müller die Verlängerung derselben bei der Steuer-Expedition, unter Vorlegung der betreffenden Mahlsteine nachsuchen, welche das Bedürfniß prüfen und nach dem Befunde desselben die Verlängerungsfrist auf den Scheinen selbst bemerken wird.

f) Eigens  
Mahlgut des  
Müllers.

§. 45.

Für das eigene Mahlgut des Müllers werden nur auf 24 Stunden gültige Mahlsteine gegeben, so daß nach Ablauf derselben die Bereitung vollendet und das Mahlgut aus der Mühle geschafft sein muß.

Für die Graupen- und Gries-Fabrikation kann jedoch eine Ausnahme hiervon in geeigneten Fällen gemacht werden, wenn darum nachgesucht wird.

g) Getreide-  
Bestände des  
Müllers.

§. 46.

Die Getreide-Bestände des Müllers müssen außerhalb der Mühlenräume befindlich sein und unterliegen keiner besondern Controlle, wenn sie nicht in solchen Räumen lagern, welche mit den Mühlenräumen zusammenhängen.

Findet aber eine Lagerung in häuslichen, mit den Mühlenräumen zusammenhän-

genden Räumen statt, so sind die Getreide-Bestände des Müllers, von denen übrigens nach §. 19. niemals etwas im Mühlenraume selbst ohne Wahrschein sich befinden darf, der Controlle unterworfen, und ist in dieser Beziehung der Müller verpflichtet, ein Notizbuch nach Anweisung der Steuer-Expedition über seine Getreide-Bestände zu führen und darin jeden Zu- und Abgang sofort zu bemerken. Auch ist der Müller gehalten, dieses Notizbuch und die betreffenden Getreide-Bestände den revidirenden Steuerbeamten auf Erfordern jederzeit vorzuzeigen und für die etwa nöthigen Ermittlungen der Menge dieser Getreide-Bestände ausreichende Hülfe zu gewähren.

§. 47.

Wird der Mahllohn in Körnern durch die sogenannte Mahlmeze entrichtet, so muß diese, weil sie nicht mit versteuert wird, sondern erst dann der Besteuerung unterliegt, wenn der Müller sie vermahlen will, von den für den Mahlgast zu verarbeitenden Körnern abgesondert zur Steuer-Expedition und zur Mühle gebracht werden.

Bei der Rückverwiegung wird dann auf die Mahlmeze, welche, wenn der Müller sie in den Mühlenraum aufnehmen will, sofort nach der Ankunft in der Mühle, in einem unter Mitverschluß der Steuerbehörde stehenden Meßkasten gebracht werden muß, keine Rücksicht genommen.

Der Meßkasten wird von Zeit zu Zeit, nach vorgängiger Anzeige bei der Steuer-Expedition, in Gegenwart eines Steuerbeamten geleert und dessen Inhalt aus dem Mühlenraum geschafft.

§. 48.

Das Stein- und Staubmehl darf gleichfalls nur in einem unter besonderem Mitverschluß der Steuerbehörde stehenden Kasten in der Mühle aufbewahrt werden. Dieser Kasten wird von Zeit zu Zeit unter amtlicher Aufsicht geleert und die darin vorhanden gewesenen Bestände werden sogleich aus der Mühle entfernt.

§. 49.

Weder für den eigenen Bedarf noch für den Handel mit Mühlenfabrikaten darf letzteres in den Mühlenräumen aufbewahrt werden.

§. 50.

Der Müller hat, wenn er Mohlgut zum Verkauf oder zum Tausch bereiten, oder Bestellung auf Mehl oder auf Getreide zu Mehl annehmen, oder überhaupt mit Mühlenfabrikaten Handel treiben will, die Vorschriften der §§. 94. bis 100. zu beachten.

§. 51.

Die Mühle mit den dazu gehörenden Räumen (§. 38.) muß für die Steuerbeamten in den Stunden von 6 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends stets geöffnet sein.

Außer diesen Stunden. ist den Beamten der Eintritt in die Mühle gestattet, so lange dieselbe im Gange ist.

Wird am Abend oder während der Nacht der Zugang zur Mühle verschlossen, so muß ein Klingelzug oder eine andere Vorrichtung vorhanden sein, durch welche die Steuerbeamten sich ankündigen.

Auf das von denselben gegebene Zeichen ist ihnen ungesäumt zu öffnen.

Der Müller und seine Leute haben den Beamten über alles, worüber sie des

10) Mehl-  
meß.

11) Stein-  
u. Staubmehl.

12) Mahlgut-  
Vorräthe.

13) Handel  
mit Mehl und  
andern Müh-  
lenfabrikaten.

14) Mühlen-  
Revision.

Dienstes wegen Auskunft erfordern, solche zu ertheilen, auch die Vorkehrungen und Handleistungen zu beschaffen, welche für die Mühlenaufsicht der Beamten, einschließ- lich der von ihnen erforderlich zu achtenden Nachwiegungen, nöthig sind.

Insbefondere hat der Müller und seine Leute, wenn die Verwiegung einer im Betriebe befindlichen Mahlpfost nöthig befunden wird, die Mühle auf Verlangen der Steuerbeamten sofort anzuhalten und alle für diesen Zweck erforderlichen Verrichtun- gen unweigerlich zu leisten.

16) Mühlen-  
Register.

§. 52.

Ueber das zur Mühle gelangende Mahlgut hat der Müller ein Register, das „Mühlen-Register“, zu führen. Wird die Mühle auch durch Land-Mahlgut beschickt, so wird dasselbe in zwei Abtheilungen, von denen die eine für das Stadt-Mahlgut, die andere für das Land-Mahlgut bestimmt ist, geführt.

In dieses Register ist jede neue Mahlpfost sofort nach Aufnahme in die Mühle, unter einer fortlaufenden Nummer, mit Hinweisung auf die Nummer des Mahl- scheins, einzutragen und der Abgang sogleich nach der Entfernung aus der Mühle zu vermerken.

16) Mühlen-  
Revisionsbuch.

§. 53.

Das Haupt-Steueramt hält für die unter Steuer-Aufsicht stehende Mühle ein Buch, in welches jede Revision mit demjenigen, was dabei zu bemerken, von den Beamten nach der Zeitfolge niedergeschrieben wird.

Dieses Buch wird an dem vom Oberbeamten dazu bestimmten Orte in der Mühle niedergelegt, und der Müller ist dafür verantwortlich, daß es jederzeit unbeschädigt vorhanden sei.

17) Verschuß  
der Mühle.

§. 54.

Die Mühle kann, wenn sie auf längere Zeit außer Betrieb kommt, unter amt- lichen Verschuß gesetzt werden.

1. Pflichten der  
Müller, deren  
Mühlen unter  
allgemeiner  
Aufsicht stehen.

§. 55.

Für die Inhaber der unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen (§. 14.) kom- men die Bestimmungen der §§. 35., 37., 39., 50., 51. und 53. zur Anwendung, mit der Maßgabe, daß es der im §. 39. angeordneten Bezeichnung der verschiedenen Ab- theilungen der Mühlenräume, wie der §. 38. sie vorschreibt, nicht bedarf.

Es bleibt nach den Umständen vorbehalten, diese Mühlen unter besondere Auf- sicht zu stellen, oder diejenigen Controllen anzuordnen, welche zur Sicherung des Mahlsteuer-Interesses für nothwendig erachtet werden möchten.

### III. Abschnitt.

#### Schlächtere.

§. 56.

A. Im Stadt-  
bezirk.

1) Gewerbi-  
ches Schlachten.

a) Anzeige  
der Gewerbe-  
Name.

Jeder Schlächter giebt der Steuer-Expedition eine schriftliche Anmeldung darü- ber ab, wo seine Viehbestände sich befinden, wo die Schlachtungen geschehen, wo die Fleischbestände und die Felle aufbewahrt werden sollen.

Er ist an genaue Beobachtung seiner Declaration so lange gebunden, als solche

nicht durch fernere schriftliche Anzeige an die Steuer-Expedition abgeändert worden ist, oder diese nicht in besondern Fällen eine Ausnahme ausdrücklich gestattet hat

In gemeinschaftlichen Räumen, z. B. Scharren oder Kellern, hat jeder Schlächter oder Händler mit Fleisch oder Fleischwaaren den ihm gehörenden Raum mit seinem Namen deutlich zu bezeichnen und daß dies geschehen, gleich in der abzugebenden Anmeldung zu bemerken.

§. 57.

Vor dem Antritt eines jeden Kalender-Vierteljahres hat sich jeder Schlächter zu erklären, ob er das zu schlachtende Vieh nach dem Gewichte (§. 63.), oder ob und welche Viehgattungen er nach dem Stücksaße (§. 64.) versteuern will.

Diese Erklärung ist alsdann auf die Dauer des betreffenden Vierteljahres für ihn verbindlich, so daß er in keinem Falle mehr die Wahl hat, ob er nach dem Stücksaße oder nach dem Gewichte versteuern will.

Von demjenigen Gewerbetreibenden, welcher in der bestimmten Frist keine Erklärung abgegeben hat, wird angenommen, daß er von der Zulassung zur Besteuerung nach Stücksaßen keinen Gebrauch machen wolle.

Wenn zwei oder mehrere Schlächter die eine oder die andere Viehgattung gemeinschaftlich schlachten, so müssen sie sämmtlich über Gewichts- oder Stück-Versteuerung der betreffenden Viehgattung eine übereinstimmende Erklärung abgeben.

Das Recht auf Zulassung zur Besteuerung nach dem Stücksaße geht verloren:

- 1) wenn ein Schlächter einzelne Viehstücke derjenigen Gattung, für welche er die Stück-Versteuerung gewählt hat, auf den Namen eines anderen Schlächters, welcher nach Gewicht versteuert, oder
- 2) umgekehrt, wenn er ein Stück von einem Schlächter, der nach Gewicht versteuert, auf seinen Namen zur Stück-Versteuerung abfertigen läßt.

In beiden Fällen kann auch der nach dem Gewichte steuernde Schlächter, welcher dem nach dem Stücksaße steuernden behülflich gewesen ist, von der Stück-Versteuerung ausgeschlossen werden.

§. 58.

Jeder Schlächter erhält ein Schlacht-Revisions- und Besteuerungsbuch, welches von der Steuer-Expedition für jedes Kalender-Vierteljahr unentgeltlich geliefert wird.

Dieses Buch muß in den Gewerbräumen an einem vom Schlächter zu bestimmenden und von der Steuer-Expedition auf dem Titelblatte zu bemerkenden Orte vollständig so vorliegen, daß die Beamten solches, insofern es nicht eben zur Steuer-Hebelle geschieht ist, sogleich zum Gebrauch empfangen können.

§. 59.

Sind die Gewerbräume in der Art örtlich getrennt, daß etwa die Fleischvorräthe an verschiedenen Orten beruhen, so bestimmt der Oberbeamte, wo das Buch sich befinden soll, und es werden in den übrigen getrennten Räumen, zur vollständigen Uebersicht der Bestände, besondere, von der Steuer-Expedition mit dem Amtssiegel bezeichnete Aufschreibebogen niedergelegt, für welche in Bezug auf ihre gehörige Aufbewahrung, dieselben Vorschriften gelten, wie für die Steuerbücher.

b) Angabe, ob nach Stücksaßen oder Gewicht versteuert werden soll.

c) Steuerbuch.

§. 60.

Diese Bücher und Anschreibebogen müssen reinlich gehalten werden; sie dürfen nicht abhanden kommen und darf darin von Seiten des Schlächters nicht geschrieben, radirt oder geändert werden.

Am Schlusse des Vierteljahres werden sie gegen neue umgetauscht, den Schlächtern aber, nachdem sie durchgesehen worden sind, auf Verlangen zurückgegeben, mit der Verpflichtung jedoch, sie ein Jahr lang aufzubewahren und auf Erfordern vorzulegen.

a) Erlaubniß  
zum Schlachten

§. 61.

Keine Schlachtung darf ohne vorgängige Erlaubniß der Steuer-Expedition geschehen, auch nicht anders als genau nach Inhalt dieser im Steuerbuche eingetragenen Erlaubniß. Dafür ist nicht nur der Schlächter verhaftet, sondern auch derjenige, welcher für ihn die Schlachtung verrichtet.

a) Schlacht-  
sch.

§. 62.

Das Schlachten darf in der Regel nur von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang geschehen.

Zum Schlachten außer dieser Tageszeit wird die Steuer-Expedition oder ein Oberbeamter die Erlaubniß mit Bestimmung der Schlachtstunde zwar erteilen, es muß dann aber den Steuerbeamten das Schlachthaus bis zur beendigten Schlachtung offen sein.

f) Anmeldung  
und Ver-  
steuerung.  
aa) Schlacht-  
Anzeige.

§. 63.

Vor der Schlachtung muß der Steuer-Expedition die Zahl und Gattung des zu schlachtenden Viehes, auch angezeigt werden, an welchem Tage und zu welcher Stunde, Vor- oder Nachmittags, geschlachtet werden soll.

Die deklarirte Schlachtstunde ist genau inne zu halten.

bb) Abferti-  
gungen.  
1) nach  
Stücksätzen.

§. 64.

Soll nach Stücksätzen versteuert werden, so erfolgt sofort die Erlegung der Steuer. Die Entrichtung derselben, die angezeigte Schlachtzeit und der Viehabgang wird in dem der Steuer-Expedition vorzulegenden Besteuerungsbuche bemerkt und dies sofort zurückgegeben.

2) nach dem  
Gewichte.

§. 65.

Bei Besteuerungen nach dem Gewichte wird verfahren wie §. 64. bestimmt ist, nur die Gefälle-Entrichtung unterbleibt vorläufig, wogegen Sicherheit dafür gefordert werden kann.

Nach geschabener Schlachtung wird das ausgeschlachtete Vieh, wie es an den Haken zu kommen pflegt, d. h. ohne Fuß, Eingeweide und Darmfett, unzertheilt mit dem Steuerbuche zur Waage der Steuer-Expedition gebracht, dort verwogen und das Gewicht, sowie die nun danach zu erhebende Steuer in das Buch eingetragen.

Die verwogenen Viehstücke müssen durch einen Einschnitt an geeigneter Stelle oder auf eine andere Weise eine von der Steuerbehörde zu wählende Bezeichnung erhalten.

cc) gemein-  
schaftliche  
Schlachtungen.

§. 66.

Wenn Mehrere ein Stück Vieh gemeinschaftlich schlachten, so muß derjenige, welcher die Besteuerung leistet, außer der im §. 63. vorgeschriebenen Meldung, auch



nach angeben, wer die übrigen Theilnehmer sind, wo die Schlachtung und wo und zu welcher Stunde die Theilung des Stückes erfolgen soll.

Bevor die einzelnen Theilnehmer das Fleisch übernehmen, müssen sie den Zugang des Fleisches von der Steuer-Expedition in ihre Steuerbücher eintragen lassen.

§. 67.

1) Kein Schlächter darf geschlachtetes Vieh, weder ganz noch theilweise von einem andern Schlächter kaufen oder übernehmen, wenn nicht vorher beide, sowohl derjenige, welcher ein Stück geschlachtet hat, als derjenige, dem das ausgeschlachtete Stück Vieh ganz oder theilweise abgelassen werden soll, mit ihren Schlachtversteuerungsbüchern sich bei der Steuer-Expedition gemeldet und daselbst die resp. Ab- und Zuschreibung des Fleisches, mit genauer Angabe des Gewichts, in ihre Bücher nachgeschickt und erhalten haben.

ad) Kauf oder Verkauf des Fleisches.

Eine gleiche Meldung muß geschehen, wenn ein Schlächter Fleisch von andern Personen kauft, und es muß dabei der Schlachtversteuerungsschein (§. 69.) und das Steuerbuch vorgelegt werden.

2) Bei Vermehrung des Fleischbestandes in dem Falle ad 1. darf der Zugang an Fleisch nicht in die Gewerberäume des Schlächters aufgenommen werden, bevor die Anmeldung und Zuschreibung im Versteuerungsbuche bei der Steuer-Expedition erfolgt ist.

3) Wer nach Stückzahl steuert und an nach Gewicht steuernde Schlächter ausgeschlachtete Viehstücke im Ganzen, zur Hälfte oder auch zum Viertel abläßt, muß solches vor der Abgabe der Steuer-Expedition anmelden, und es muß, sofern die zu veranlassende Gewichts-Ermittelung einen höhern Steuerbetrag als der Stückzahl ergibt, das Mehr nachversteuert werden.

4) Wer nach Gewicht steuert und an einen nach Stückzahl steuernden Schlächter ausgeschlachtete Viehstücke in gedachter Art abläßt, muß bis zum vollen Stückzahl, wenn dieser höher als die Gewichts-Versteuerung ist, nachsteuern.

§. 68.

Für Schlachtungen zum eigenen Bedarf derjenigen, welche nicht Schlächter sind, finden in Absicht der Schlachtzeit die Bestimmungen §. 62. gleichmäßige Anwendung.

2) Schlachtungen zum eigenen Bedarf.

Wegen der Anmeldung zum Schlachten gilt die Vorschrift §. 63., jedoch ist noch anzugeben:

a) Schlachtanzeige.

- 1) ob die Steuer nach dem Stückzahl oder
- 2) nach dem Gewichte entrichtet werden soll.

§. 69.

Soll die Versteuerung nach Stückzahl geschehen, so ertheilt die Steuer-Expedition, der Anmeldung gemäß, gegen Erlegung der Steuer, einen die Quittung enthaltenden Schlachtschein:

b) Abfertigung.

Wird aber die Versteuerung nach dem Gewichte vorgezogen, so wird nur der obere Theil des Schlachtscheins ausgefertigt und dieser aufgehängt, wobei die Abtragung der Steuer auf Erfordern durch ein Pfand sicher gestellt werden muß.

Gleich nach erfolgter Schlachtung und spätestens am folgenden Vormittage, wird das ausgeschlachtete Stück Vieh in der §. 63. bezeichneten Weise zur Verwiegung ge-

stellt und nach dem ermittelten Gewichte die Steuer entrichtet, gegen Rückempfang des mit der Quittung vervollständigten Scheins, von welchem das Waagensteck zurückbehalten wird.

Ist das zu schlachtende Vieh aus den Beständen des Steuernden und stehen diese unter Controle (§. 72.), so wird der Abgang in dem mit vorzulegenden Vieh-Controlebuche vermerkt.

c) Abgrenzung des Schlachtenden.

§. 70.

Niemand darf eine Schlachtung (§. 64. und 69.) verrichten, ohne vorher den Schlachtschein eingesehen zu haben, auch nicht anders als genau nach Inhalt desselben, in Bezug auf Gattung des Viehes und Zeit und Ort der Schlachtung.

Sobald das Vieh getödtet ist, muß der Schlachtende die obere Hälfte des Schlachtscheins einreißen, der dadurch seine Gültigkeit verliert.

d) Aufrechterhaltung des Schlachtscheins

§. 71.

Den eingerissenen Schlachtschein (§. 70.) ist der Steuernde verpflichtet, noch ein Jahr lang aufzubewahren und auf Erfordern vorzulegen.

a) Vieh-Controle.  
a) Nachweis durch Steuer- und Vieh-Controlebücher

§. 72.

Der Controle der Viehbestände sind unterworfen:

- 1) die Schlächter;
- 2) die Viehhändler, Viehmäster und diejenigen Gewerbetreibenden, welche ihres Gewerbes wegen Vieh halten.

Es wird geführt:

bei den Schlächtern durch die Schlacht-Revisions- und Besteuerungsbücher;  
bei den vorstehend sub 2 genannten Controlepflichtigen durch besondere Vieh-Controle-Bücher.

Für die Vieh-Controlebücher, welche von der Steuer-Expedition geliefert und, wenn sie vollgeschrieben sind, gegen neue ausgetauscht werden, gelten gleichmäßig die Bestimmungen §. 58. bis 60.

In diesen Büchern, sowohl der vorstehend sub 1 als der sub 2 genannten Personen, wird jeder Zu- und Abgang an Vieh amtlich vermerkt und die Inhaber haften für die jederzeitige Richtigkeit ihres Viehbestandes nach dem Inhalte derselben. Sie haben sich daher zu überzeugen, ob die An- und Abschreibungen darin richtig geschehen sind; im Falle des Irrthums aber sofort an Abänderung anzutragen.

b) Eingang des Viehes.

§. 73.

Das Einbringen des Viehes ist nur durch die §. 7. bezeichneten Thore und nur in der §. 10. gedachten Abfertigungszeit für die Thor-Controllenrs erlaubt.

Treten besondere Fälle ein, in denen außer dieser Zeit Vieh eingebracht werden soll, so ist dazu die schriftliche Erlaubniß der Steuer-Expedition oder eines Oberbeamten erforderlich.

Bei der Thor-Expedition wird das einzuführende Vieh angemeldet und von dieser unter Erhebung eines der Steuer angemessenen Pfandes ein Thor-Anmeldechein ausgestellt. Dieser Thor-Anmeldechein ist der Steuer-Expedition zur Besteuerung oder Annotation im Schlachtbesteuerungsbuch oder Vieh-Controlebuch noch an demselben Tage, im Falle des Eingangs Abends nach dem Schlusse der Dienststunden aber,

am nächsten Morgen vorzulegen und hierauf spätestens am dritten Tage nach dessen Ausstellung, bei Verlust des eingelegten Pfandes, der betreffenden Thor-Controle zurückzustellen.

Einzelne für Privaten alsbald zum Schlachten nach dem Stücksage eingehende Schweine, Kälber, Schafe, Ziegen, Lämmer und Ferkel kann die Thor-Controle in Versteuerung nehmen und darüber die erforderliche Abfertigung zum Schlachten (§. 69.) ertheilen.

§. 74.

\*) Zu u. W.  
gangen folgt.

Jeden Viehzugang, er entstehe

1) durch Ankauf in der Stadt, oder

2) aus eigener Zucht,

muß der Schlächter sowohl als der controllepflichtige Viehbesitzer (§. 72.) der Steuer-Expedition anmelden, und zwar muß

ad 1. die Anmeldung und Eintragung geschehen sein, bevor das Vieh im Hause aufgenommen wird, und

ad 2. in den ersten 24 Stunden nach Geburt des Viehes, unter Vorlegung des Versteuerungs- oder Vieh-Controlebuches.

Der Abgang durch Schlachten wird vorher bei der Anmeldung zum Schlachten (§§. 63. und 68.) und Vorlegung des Versteuerungs- oder Vieh-Controlebuches, der Steuer-Expedition angezeigt.

§. 75.

\*) Abgang  
durch Verkauf.

Der Abgang durch Verkauf oder sonstige Entäußerung wird durch eine besondere Anmeldung angezeigt, welche auf Erfordern der Steuerbehörde schriftlich abgegeben werden muß, sonst aber mündlich geschehen kann. Derjenige, an den das Vieh gelangt, ist zuverlässig nachzuweisen.

Geschieht die Veräußerung nach Außen, so wird nach erfolgter Anmeldung im Ausgangsthore von dem richtigen Ausgange Ueberzeugung genommen und, nachdem derselbe bescheinigt ist, die Abschreibung bewirkt.

§. 76.

\*) Abgang  
durch Sterben.

Im Falle des Viehabganges durch Sterben ist das gefallene Stück demjenigen Beamten vorzuzeigen, der damit in Folge der zu machenden Abgangs-Anzeige, beauftragt wird.

Das krepirte Vieh muß hierauf unter amtlicher Aufsicht aus dem Stadtbezirke geschafft und vergraben werden. Den erfolgten Ausgang aus der Stadt hat neben dem begleitenden Beamten auch der Thor-Controllleur des Ausgangsthores zu bescheinigen.

§. 77.

\*) Austrieb  
zur Hütung  
oder Weid auf  
längere Zeit.

Soll der Viehbestand oder ein Theil davon zur auswärtigen Hütung oder Weid auf länger als einen Tag gehen, so ist zuvor der Steuer-Expedition davon Anzeige zu machen, welche den Ausgang aus dem Thore kontrolliren und bescheinigen läßt, sodann aber den Abtrieb im Versteuerungs- oder Vieh-Controlebuch bemerkt.

Schäfer, welche dergleichen Vieh mit dem ibigen zur Weide nehmen und längere Zeit in ihrer Heerde behalten; müssen dieses in ihrem Vieh-Controlebuch in Zugang

bringen lassen. Zugleich haben diese die Verpflichtung, den Aufsichtsbeamten die Ställe, in die das Vieh eingetrieben wird, zu jeder Zeit, mithin auch außer den Stunden von 6 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends, Behufs der Revision zu öffnen und bei dem Zählen des Viehes behülflich zu sein.

§. 78.

a) Täglicher  
Austrieb zur  
Fütterung.

Vieh, welches nur für den Tag zur Fütterung ausgetrieben wird und des Abends zurückkehrt, wird ohne Ab- und Aufschreibung im Steuerungs- oder Vieh-Controllbuche bei dem Aus- und Wiedereingange demjenigen Thor-Controleur gemeldet, bei welchem solches vorübergeht, damit derselbe von der Uebereinstimmung des Ein- und Austriebes Ueberzeugung nehme.

Wer erklärt hat, seinen ganzen Viehbestand täglich zur Weide treiben zu lassen, darf ohne vorherige Anzeige nichts davon zurückbehalten.

§. 79.

b) Veränder-  
ung des Vieh-  
bestandes durch  
Alter.

Veränderungen des Viehbestandes, welche dadurch entstehen, daß ein Stück Vieh durch höheres Alter in eine andere steuerpflichtige Klasse tritt, werden nicht besonders angemeldet. Vorkommenden Falles berichtigen die Beamten die Bücher durch Zu- und Abschreibung.

Schaf- und Ziegenlämmer, ingleichen Spanferkel, werden als solche nur den ersten Sommer hindurch, mithin bis zum 1. October; die außer der gewöhnlichen Zeit geborenen aber, als solche nur ein halbes Jahr lang erachtet, welches letztere auch auf Käber Anwendung findet. Nach Ablauf dieser Fristen tritt das genannte Jungvieh beziehungsweise in die Klasse der Schafe, Ziegen, Schweine, der Stiere und Ferkeln.

§. 80.

c) Controlle-  
rung des frem-  
den Viehes.  
aa) zum  
Verkauf.

Auswärtiges Vieh, welches zum Verkauf eingeführt werden soll, muß der betreffenden Thor-Controle genau angemeldet werden. Nach geschehener Durchzählung stellt diese gegen Deponirung eines angemessenen Pfandes einen Thor-Anmelde-schein aus.

Beim Verkaufe sind die Steuer- und Vieh-Controllbücher nach der Steuer-Expedition zu bringen, welche die Eintragung des gekauften Viehes in den Büchern der Käufer bewirkt und daß solches geschehen, gleichzeitig auch in dem Thor-Anmelde-schein bemerkt. Die Zahl des etwa unverkauft wieder ausgehenden Viehes muß der Einbringer angeben, solche wird von der Steuer-Expedition kurzweg bemerkt und, nachdem der Thorbeamte den wieder ausgehenden Theil durchgezählt hat, bescheinigt derselbe die Richtigkeit des Wiederausganges und zahlt das eingelegte Pfand zurück.

§. 81.

bb) durch-  
gehend.

Vergleichen fremdes Vieh, welches, ohne zum Verkauf bestimmt zu sein, ein- und wieder ausgeführt wird, erhält die gewöhnliche Abfertigung auf Thor-Anmelde-schein.

§. 82.

a) Revision.  
a) der Ge-  
werbsräume  
und Vieh-  
bestände.

Die Beamten sind befugt, von Morgens 6 bis Abends 9 Uhr die angemeldeten Gewerbsräume der Schlächter zu revidiren.

Auch außer dieser Zeit unterliegen dieselben, so lange darin gearbeitet wird, der Revision durch die Beamten. Die Schlächter und deren Gehülfen sind verpflichtet,

sich während der Revision ruhig und bescheiden zu verhalten und den revidirenden Beamten diejenige Hülfe zu leisten oder leisten zu lassen, welche erforderlich ist, um die Revision gehörig vorzunehmen.

Auch sind die Beamten berechtigt, in Betreff der bei Privatpersonen vorkommenden Schlachtungen zum eigenen Gebrauch, sich durch abzuhalten Revisionen von der Richtigkeit der geschehenen Anmeldung und Versteuerung zu überzeugen.

Biehändler, Viehmäster und diejenigen Gewerbetreibenden, welche ihres Gewerbes wegen Vieh halten (§. 72.) haben die Verpflichtung, den Beamten bei der abzuhalten Revision über den Ursprung oder Verbleib ihres Viehes, durch Vorlegung ihrer Vieh-Controlebücher Auskunft zu geben.

§. 83.

Bei Revision der Fleischbestände hat der Schlächter den Revisions-Beamten die vorhandenen Bestände genau anzugeben, auch, wenn gegen das abgeschätzte Gewicht des in Stücken befindlichen Fleisches Widerspruch erhoben wird, dasselbe vorzuwiegen oder zur Steuer-Expeditions-Waage zu schaffen, damit die Revisions-Bemerker richtig und in voller Uebereinstimmung mit dem vorhandenen Fleische in die Fleisch-Controle eingetragen werden können.

Bei den Revisionen der gemeinschaftlich von den Fleischern zur Aufbewahrung des Fleisches benutzten Scharren oder Keller wird das in diesen Räumen vorgeschundene Fleisch von den Steuerbeamten als dem gehörig betrachtet, dessen Namen der Platz, an dem sich das Fleisch befindet, anzeigt.

§. 84.

Die im §. 1. des Gesetzes vom 2. April 1852 bezeichneten Personen im äußern Stadtbezirk, welche von dem Vieh, welches sie schlachten, die Schlachtsteuer entrichten müssen, stehen, in Absicht ihrer Fleisch- und Viehbestände ebenfalls unter der besondern Aufsicht der Steuerbeamten und es kommen rücksichtlich ihrer die §§. 56. bis 67., 72., 74. bis 79., 82. und 83. zur Anwendung.

Entnehmen Schlächter im äußern Stadtbezirke Fleisch von Schlächtern aus der Stadt, so ist das Versteuerungsbuch mit der bereits von der Steuer-Expedition bewirkten Eintragung der Thor-Controle zur Ausgangs-Bescheinigung vorzulegen.

An Sonn- und Festtagen bewirken die betreffenden Thor-Controllen die Eintragung des Zugangs an Fleisch.

#### IV. Abschnitt.

Ein-, Durch- und Ausgang von Mehl-, Back- und Fleisch-Waaren.

§. 85.

Die im §. 1. des Gesetzes vom 2. April 1852 benannten Gegenstände müssen, sobald deren Gewicht zusammen zwei Pfund oder mehr beträgt, sofort beim Eingange in die Stadt, der Thor-Controle angemeldet werden, wo sie, wenn die ganze eingehende Quantität mahlsteuerpflichtiger Gegenstände zwei Centner und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände einen Centner nicht übersteigt, nach erfolgter Revision und gegen Erlegung der Eingangssteuer, die schließliche Abfertigung erhalten

b) der Fleischbestände.

B. Gewerbliches Schlachten im äußern Stadtbezirk.

A. Eingang.  
1) Unversuert.  
a) Anmeldung und Erhebung bei den Thor-Controllen.

b) Anmeldung  
und Versteuerung solcher  
Gegenstände,  
welche am  
Thore nicht  
schleppbar abge-  
fertigt werden.

§. 86.

Beträgt das Gewicht des steuerpflichtigen Gegenstandes mehr als resp. 2 und 1 Centner, oder geht Schroot zu Brannntwein und Bier-Vereitigung ein, so verweist der Thor-Controllleur den Transport zur Abfertigung an die Steuer-Expedition. Er kann die eingehenden Gegenstände unter amtlichen Verschluss legen oder zur Waage begleiten lassen, auch, für die Höhe der Steuer Sicherheit verlangen. Er ertheilt einen Anmeldeschein, in welchem zugleich diese Sicherheitsleistung, der angelegte Verschluss und die Zeit des Eingangs bemerkt werden.

Der Einbringer hat sich zu überzeugen, ob seine Angabe in den Anmeldeschein richtig übernommen sei; etwaige Abweichungen muß er sogleich berichtigen lassen; spätere Behauptung eines Irrthums kann nicht berücksichtigt werden.

Mit diesem Anmeldeschein sind die Gegenstände sofort und ohne Aufenthalt zur Steuer-Expedition zu bringen, wo die Verwiegung und Revision erfolgt und der Befund von dem Revisionsbeamten im Rücken des Anmeldescheins bemerkt wird. Der Steuernde erlegt dann in der Expedition die Steuer.

Die Nummer, unter welcher dieselbe im Heberegister gebucht worden, wird auf dem Anmeldeschein bemerkt und das am Thore eingelegte Pfand erstattet, oder dem Steuernden der Anmeldeschein zurückgegeben, um, gegen Aushändigung desselben an die Thor-Controllleur, die diesem bestellte Sicherheit einzulösen.

§. 87.

Geben mahl- und schlachtsteuerpflichtige Gegenstände mit Versendeschnein in den Stadtbezirk ein, um darin zu verbleiben, so sind diese, unter Vorlegung des Versendungscheins der Thor-Controlle anzumelden und, nach hier bescheinigtem Eingange der Steuer-Expedition zu stellen.

Werden von dieser die eingeführten Gegenstände mit dem zurückzubehaltenden Versendeschein in Uebereinstimmung befunden, so unterbleibt die Steuererhebung.

Sind solche Gegenstände vom Auslande eingegangen und ist davon an der Grenze die Eingangs-Abgabe entrichtet worden, so unterbleibt die Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, wenn die Gegenstände mit dem von dem Grenz-Zollamt angelegten Verschlusse und innerhalb der von demselben festgesetzten Frist eingehen, auch sofern der Eingang über ein Preussisches Grenz-Zollamt stattgefunden hat, neben der Quittung über die Eingangs-Abgabe, ein Versendeschein den Transport begleitet.

§. 88.

Mahl- und schlachtsteuerpflichtige Gegenstände, welche unversteuert oder versteuert mit Versendungscheinen für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk (§. 2.) von außerhalb eingehen, müssen der ihnen zunächst gelegenen Thor-Controlle angemeldet und zur Abfertigung nach der obigen Vorschrift (§§. 85., 86. und 87.) gestellt werden.

§. 89.

Sollen Fleisch- und Badwaaren, ingleichen Mühlenfabrikate, unversteuert oder versteuert mit Versendungschein durch den Stadtbezirk gehen, so werden sie vom Thor-Controllleur, welchem sie anzumelden und zu stellen sind, mit Anmeldeschein nach §. 86. abgefertigt. Sie müssen, sofern ein Aufenthalt in der Stadt bei der Steuer-Expedition oder einem Oberbeamten nicht besonders angemeldet und ver-

a) Versteuert  
mit Versen-  
dungscheinen.

a) Für Steuer-  
pflichtige im  
äußern Stadt-  
bezirk.

B. Durchgang.  
Unversteuert  
oder versteuert  
mit Versen-  
dungscheinen.

stattet worden ist, ohne Verzug durch den Stadtbezirk geführt werden. Vom Thor-Controllleur des Ausgangsthores wird der etwa angelegte Verschluss untersucht, abgenommen und das bei dem Eingange etwa gestellte Pfand nach richtigem Befunde zurückgegeben.

Bei Durchreisenden, welche steuerpflichtige Gegenstände mit sich führen und in dem Stadtbezirke übernachten, wird der betreffende Thor-Controllleur diesen Aufenthalt auf dem zu ertheilenden Thor-Anmeldeschein bemerken.

Verschlissene Packete und Kisten, die angeblich zur Post befördert werden sollen, erhalten die Abfertigung nach Vorschrift §. 86. Der Einbringer hat den empfangenen Anmeldeschein von der Postbehörde absteampeln zu lassen und erhält nur gegen Rückgabe des auf diese Weise erledigten Thor-Anmeldescheins das eingelegte Pfand zurück.

§. 90.

Wenn abgabepflichtige Gegenstände, von denen die Mahl- oder Schlachtsteuer entrichtet ist, nach einer andern mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt gehen sollen, so stellt der Versender dieselben der Steuer-Expedition, meldet sie nach Art, Gattung, Menge und Zahl der Frachstücke, sowie den Bestimmungsort an und empfängt auf Grund vorheriger Revision und nachdem der amtliche Verschluss angelegt worden ist, einen Versendeschein.

Die Steuer-Expedition kann über die geschehene Versteuerung der zu versendenden Gegenstände Nachweis verlangen und wenn dieser nicht befriedigend geführt wird, pfandweise Niederlegung der Steuer bis zu ausgemachter Sache fordern.

Von dem Thor-Controllleur des Ausgangsthores ist der mit amtlichem Verschlusse wirklich erfolgte Ausgang nach richtigem Befunde auf der Rückseite des Versendungscheins zu bemerken.

Auf Weizen- und Roggenmehl in Mengen von mehr als Einem Centner werden gemäß der Allerhöchsten Bestimmung vom 24. October 1832 Versendungscheine nicht ertheilt.

§. 91.

Wer aus dem vor den Thoren der Stadt liegenden Theile des Stadtbezirks mahl- oder schlachtsteuerpflichtige Gegenstände, wozu auch Leig zum Verbacken gehört, in die Stadt bringen will, muß solche dem Thor-Controllleur des Eingangsthores anmelden, zur Revision und Verwiegung stellen und die geschehene Versteuerung derselben nachweisen. Geschieht dieser Nachweis genügend, so wird der Gegenstand steuerfrei eingelassen und der Eingang auf dem beigebrachten Steuerausweise bemerkt. Ist letzterer zweifelhaft, so wird der Gegenstand mit Anmeldeschein an die Steuer-Expedition zu näherer Untersuchung gewiesen.

Kann die Steuer-Entrichtung auch dort nicht zuverlässig dargethan werden, so wird die Eingangsteuer erhoben und derjenige, von dem der Gegenstand kommt, in Anspruch genommen, weil er unversteuertes Gut nicht besitzen durfte.

Sollen dergleichen Gegenstände aus der Stadt in den vor den Thoren belegenen Theil des Stadtbezirks gehen, um wieder zurückzukommen (z. B. Schinken u. zum Räuchern), so muß zum steuerfreien Wiedereingange ein für allemal, oder in jedem einzelnen Falle, zuvor die Erlaubniß der Steuer-Expedition nachgesucht werden. Ist

C. Ausgang nach einer andern mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt.

D. Verkehr zwischen der Stadt und dem vor den Thoren belegenen Theil des Stadtbezirks.

diese erteilt, so werden die Gegenstände bei dem Ausgange dem Thor-Controleur zur Ansicht und Verwiegung gestellt und von ihm in ein besonderes Notizbuch eingetragen; bei der Rückkunft, welche durch dasselbe Thor stattfinden muß, ist der Gegenstand wieder bei der Thor-Controle anzumelden und wird steuerfrei eingelassen, sofern er für den, welcher ausgegangen war, erkannt wird.

§. 92.

E. Verkehr  
zwischen dem  
Stadtbezirk  
u. dem äußern  
Stadtbezirk.

Mehl-, Back- und Fleischwaaren, welche Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk (§. 2.) in den Stadtbezirk einführen, unterliegen der Entrichtung der Eingangssteuer nach den oben gegebenen Regeln (§. 85. und 86.) ebenso, als wenn sie von andern Personen eingeführt werden, mithin ohne Rücksicht auf deren vorhergegangene Besteuerung, deren Nachweis gefordert werden kann.

Den Bewohnern des äußern Stadtbezirks kann, nach Ausweis des Bedürfnisses, von der Steuer-Expedition nachgegeben werden, Brod- und Kuchenteig, welcher zum Verbacken bei den Bäckern des Stadtbezirks bestimmt ist, steuerfrei einzubringen.

Der Teig muß jedoch der betreffenden Thor-Controle am Eingangsthore zur Verwiegung gestellt und sodann die Eingangssteuer nach dem ermittelten Gewicht niedergelegt werden.

Beim Wiederausgange des Brodes oder Kuchens muß wiederholte Verwiegung bei der selben Thor-Controle eintreten, wonächst dem Einbringer, wenn sich keine Unrichtigkeiten herausstellen, das eingelegte Pfand gegen Zurücklassung des beim Eingange erhaltenen Pfandscheins zurückgegeben wird.

§. 93.

F. Transport  
im Stadtbe-  
zirk u. Markt-  
verkehr das.

Wer im Stadtbezirke Fuhrwerk oder Gepäc führt, ist verbunden, die darüber von den Steuerbeamten an ihn gerichteten Fragen aufrichtig und bescheiden zu beantworten und sich der nöthig befundenen Revision zu unterwerfen, oder dem Beamten zur nächsten geeigneten Abfertigungsstelle zu folgen.

Namentlich haben alle, welche haußirend, oder auf Marktplätzen oder an andern Verkaufsstellen steuerbare Gegenstände feilbieten, über die geschehene Entrichtung der Gefälle, auf Erfordern, sich auszuweisen, oder zugewärtigen, daß Vorräthe, über welche sie genügende Auskunft nicht geben können oder wollen, als mit Umgehung der Steuer erworben, angesehen und in Anspruch genommen werden.

## V. Abschnitt.

Controlirung der Gewerbetreibenden im Stadtbezirke und im äußern Stadtbezirke.

§. 94.

A. Allgemeine  
Bestimmungen  
1) Anzeige der  
Gewerbe-  
räume.

Jeder im engern und im äußern Stadtbezirk wohnende oder sich etablirende Bäcker, Mehlhändler, Fleischer und Fleischwaarenhändler hat der Steuer-Expedition eine zweifache schriftliche Anmeldung seiner Gewerbräume und der Aufbewahrungsorte seiner Bestände zu übergeben. Diese Anmeldung ist für den Gewerbetreibenden so lange verbindlich, als er solche durch eine anderweite schriftliche Anzeige nicht abändert.

§. 95.

2) Revisions-  
bäcker.

Jeder der im §. 94. erwähnten Gewerbetreibenden muß außerdem, wenn es ver-



langt wird, über den Zu- und Abgang an mahl- resp. schlichtsteuerpflichtigen Gegenständen ein besonderes Buch nach der vom Haupt-Steueramte zu ertheilenden Anweisung halten und die Vorschriften pünktlich beachten, welche jedem Einzelnen in dieser Beziehung werden bekannt gemacht werden.

§. 96.

Die Erfüllung der §. 94. und 95. gegebenen Vorschriften darf auch von denjenigen im äußern Stadtbezirke wohnenden Händlern mit Graupen, Nudeln, Gries, Stärke, Hirse, Backwaaren u., gefordert werden, deren Verkehr die Handhabung gleicher Controle nach dem Ermessen der Provinzial-Steuerbehörde nothwendig macht.

§. 97.

Die für den Handel bestimmten Vorräthe an Mühlenfabrikaten dürfen weder in den Mühlenräumen selbst, noch in solchen Räumen aufbewahrt werden, welche mit je- nen in Verbindung stehen.

B. Besondere Bestimmungen  
1) Für Müller, welche den Mehlhandel betreiben.

§. 98.

Ueber den Zu- und Abgang von Mühlenfabrikaten, welche für den Handel des Müllers bestimmt sind, ist ein nach näherer Anweisung des Haupt-Steueramts einzu-richtendes Contobuch zu führen.

Jeder Zugang, wenn er durch eigene Fabrikation entsteht, ist, sobald das Fabri- kat bereit und aus der Mühle geschafft worden, unter Bezugnahme auf den betreffen- den Mahlversteuerungsschein, unverzüglich einzutragen.

Zugang fertiger Mühlenfabrikate von außen ist, sobald er erfolgt, zu buchen und sind die empfangenen Steuerquittungen als Belag beim Contobuche aufzubewahren.

Zugang durch Uebernahme versteuerter Fabrikate von andern Mehlhändlern oder dritten Personen, kann nur durch die Steuer-Expedition vermittelt werden, welche die Zu- resp. Abschreibung in den von den beiden Mehlhändlern vorzulegenden Büchern bewirkt, oder, falls die Ueberlassung von Privatpersonen stattfindet, sich zuvörderst die erfolgte Versteuerung der zu überlassenden Quantitäten nachweisen läßt.

Bevor die Zuschreibung im Buche Seitens der Steuer-Expedition erfolgt ist, darf der Müller die Mühlenfabrikate in seine Behausung nicht aufnehmen.

§. 99.

Jeder Verkauf resp. Abgang von einem halben Centner und darüber in Einer Post, ist unter namentlicher Angabe des Empfängers sofort im Contobuche abzuschreiben. Kleinere Verkäufe werden täglich summarisch abgeschrieben und muß diese sum- marische Abschreibung an jedem Tage bis spätestens 6 Uhr Abends erfolgt sein.

Außerdem ist der Müller zu dieser Abschreibung zu jeder Zeit im Laufe des Tages verpflichtet, wenn es Behufs der Revision von dem revidirenden Beamten verlangt wird.

§. 100.

Der Verkauf findet nur nach Gewicht statt; der Verkauf nach Gemäß ist unzulässig.

§. 101.

Für die übrigen Mehlhändler kommen, falls eine Buchführung für dieselben an- geordnet ist, die Vorschriften der §§. 98. bis einschließlich 100. ebenfalls zur Anwendung.

2) Für die übrigen Mehl- händler im Stadtbezirke.

## VI. Abschnitt. S t r a f e n. §. 102.

Wer es unternimmt, sich der schuldigen Wahl- oder Schlachtsteuer durch Uebertretung der dafür gegebenen Bestimmungen zu entziehen, ist nach §. 17. des Gesetzes vom 30. Mai 1820 den Strafen der Steuerverkürzung aus §. 60. bis einschließlich 65. der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 verfallen.

Müller, Bäcker, Schlächter, Viehhalter und Andere, welche wissentlich oder durch Nichtbefolgung der sie treffenden Vorschriften, beabsichtigte Steuerumgehung bestrben, verwirken dieselbe Strafe.

Ander Uebertretungen der in diesem Regulativ enthaltenen Vorschriften werden nach §. 90. der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 mit einer Strafe von 1 bis 10 Thln. geahndet, wenn nicht aus den im §. 17. des Gesetzes vom 30. Mai 1820 bezogenen und für die Wahl- und Schlachtsteuer mit geltend erklärten Bestimmungen schwerere Strafen zu verhängen sind.

Magdeburg, den 5. Januar 1853.

Der Geheime Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Director von Jordan.

## Uebersicht des Inhalts.

### I. Abschnitt.

#### Allgemeine Bestimmungen.

#### A. Dertliche Begrenzung der Steuerpflichtigkeit.

- 1) Stadtbezirk §. 1.
- 2) Außerer Stadtbezirk §. 2.

#### B. Beamte.

- 1) Zur Aufsicht §. 3.
- 2) Zur Erhebung §. 4.

#### C. Steuerstraßen und Eingänge in den Stadtbezirk.

- 1) Steuerstraßen.
  - a) Einhaltung derselben §. 5.
  - b) Bezeichnung der Steuerstraßen.
    - aa) Vom Eintritt in den Stadtbezirk bis zur Steuer-Expedition, sowie aus dem Stadtbezirk und durch denselben §. 6.
    - bb) Von der Dampfmahlmühle des Knoblauch in der Stadt zu dem Haupt-Steueramte §. 6.
- 2) Verbot aller andern Eingänge §. 7.
- 3) Meldung und Stellung steuerpflichtiger Gegenstände bei den Thor-Controllen §. 8.
  - a) Beim Eingange in die Stadt.
  - b) Beim Eingange für Bewohner des vor den Thoren gelegenen Theils des Stadtbezirks und für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk.

**D. Zeit für Eingang und Abfertigung.**

- 1) Bei der Steuer-Expedition §. 9.
- 2) Bei den Thor-Controllen §. 10.
- 3) Bestimmungen für die vorstehend unter 1. und 2. genannten Abfertigungsstellen §. 11.

**II. Abschnitt.**

**M a h l s t e u e r.**

**A. Mühlen-Aufsicht.**

- 1) Deren Ausdehnung im Allgemeinen §. 12.
- 2) Nach Verschiedenheit der Mühlen.
  - a) Mühlen unter besonderer Aufsicht §. 13.
  - b) Mühlen unter allgemeiner Aufsicht §. 14.
  - c) Privatmühlen §. 15.
  - d) Mühlen für andere Zwecke §. 16.
  - e) Neu entstehende Mühlen §. 17.

**B. Behandlung der unter besonderer Aufsicht stehenden Mühlen.**

- 1) Allgemeine Bestimmungen.
  - a) Form der Steuer-Entrichtung §. 18.
  - b) Mahlscheine.
    - aa) Deren Erfordernisse §. 19.
    - bb) In Bezug auf die Menge der Körner §. 20.
    - cc) In Bezug auf die Körnergattung §. 21. und 22.
  - c) Transport zu und aus der Mühle §. 23.
  - d) Bezeichnung der Säcke §. 24.
  - e) Gewichtsverhältniß des fertigen Mahlguts zu den Körnern §. 25.
- 2) Abfertigung zu den unter besonderer Aufsicht stehenden Mühlen.
  - a) Steuerpflichtiges Mahlgut.
    - aa) Anmeldung §. 26.
    - bb) Prüfung der Anmeldung §. 27.
    - cc) Versteuerung und Bezeichnung §. 28.
    - dd) Verwiegung des fertigen Mahlguts §. 29.
  - b) Branntwein- und Braumalzschroot §. 30.
  - c) Land-Mahlgut §. 31., 32. und 33.

**C. Behandlung der unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen**

- 1) Form der Steuer-Entrichtung §. 34.
- 2) Bezeichnung der Säcke §. 35.

**D. Pflichten der Müller, deren Mühlen unter besonderer Aufsicht stehen.**

- 1) Allgemeine Verpflichtungen §. 36.
- 2) Anzeige vorkommender Besitzveränderungen §. 37.
- 3) Abtheilung der Mühlenräume §. 38.
- 4) Mühlenbeschreibung §. 39.
- 5) Vergleichung des Mahlguts mit dem Mahlscheine.

- a) Nach Gattung §. 40.
- b) Nach Menge §. 41.
- 6) Verfahren mit dem Mahlscheine §. 42. und 43.
- 7) Dauer der Gültigkeit der Mahlscheine auf der Mühle §. 44.
- 8) Eigene Mahlgut des Müllers §. 45.
- 9) Getreide-Bestände des Müllers §. 46.
- 10) Mahlmeze §. 47.
- 11) Stein- und Staubmehl §. 48.
- 12) Mahlgut-Vorräthe §. 49.
- 13) Handel mit Mehl- und andern Mühlenfabrikaten §. 50.
- 14) Mühlen-Revision §. 51.
- 15) Mühlen-Register §. 52.
- 16) Mühlen-Revisionsbuch §. 53.
- 17) Verschuß der Mühle §. 54.
- E. Pflichten der Müller, deren Mühlen unter allgemeiner Aufsicht stehen §. 55.

### III. Abschnitt.

#### Schlachtsteuer.

##### A. Im Stadtbezirke.

##### 1) Gewerbliches Schlachten.

- a) Anzeige der Gewerbräume §. 56.
- b) Angabe, ob nach Stückfäßen oder Gewicht versteuert werden soll §. 57.
- c) Steuerbücher §. 58., 59. und 60.
- d) Erlaubniß zum Schlachten §. 61.
- e) Schlachtzeit §. 62.
- f) Anmeldung und Versteuerung.
  - aa) Schlachtanzeige §. 63.
  - bb) Abfertigungen.

1) Nach Stückfäßen §. 64.

2) Nach dem Gewicht §. 65.

c) Gemeinschaftliche Schlachtungen §. 66.

dd) Kauf oder Tausch des Fleisches §. 67.

##### 2) Schlachtungen zum eigenen Bedarf.

- a) Schlachtanzeige §. 68.
- b) Abfertigung §. 69.
- c) Obliegenheiten des Schlachtenden §. 70.
- d) Aufbewahrung des Schlachtescheins §. 71.

##### 3) Vieh-Controlle.

- a) Nachweis durch Steuer- und Vieh-Controllenbücher §. 72.
- b) Eingang des Viehes §. 73.
- c) Zu- und Abgangs-Anzeige §. 74.
- d) Abgang durch Verkauf §. 75.
- e) Abgang durch Sterben §. 76.

- f) Austrieb zur Hütung oder Mast auf längere Zeit §. 77.
- g) Täglicher Austrieb zur Hütung §. 78.
- h) Veränderungen des Viehbestandes durch Alter §. 79.
- i) Controllirung des fremden Viehes.
  - aa) Zum Verkauf eingehend §. 80.
  - bb) Durchgehend §. 81.

4) Revision.

- a) Der Gewerbsräume und Viehbestände §. 82.
- b) Der Fleischbestände §. 83.

B. Gewerbliches Schlachten im äußern Stadtbezirk §. 84.

IV. Abschnitt.

Ein-, Durch- und Ausgang von Mehl-, Bad- und Fleischwaaren.

A. Eingang.

1) Unversteuert.

- a) Anmeldung und Erhebung bei den Thor-Controllen §. 85.
- b) Anmeldung und Versteuerung solcher Gegenstände, welche am Thore nicht schließlich abgefertigt werden §. 86.

2) Besteuert mit Versendungsschein §. 87.

3) Für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk §. 88.

B. Durchgang.

Unversteuert oder versteuert mit Versendungsschein §. 89.

C. Ausgang nach einer andern mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt §. 90.

D. Verkehr zwischen der Stadt und dem vor den Thoren belegenen Theile des Stadtbezirks §. 91.

E. Verkehr zwischen dem Stadtbezirk und dem äußern Stadtbezirk §. 92.

F. Transport im Stadtbezirk und Marktverkehr daselbst §. 93.

V. Abschnitt.

Controllirung der Gewerbetreibenden im Stadtbezirke und im äußern Stadtbezirke.

A. Allgemeine Bestimmungen.

- 1) Anzeige der Gewerbsräume §. 94.
- 2) Revisionsbücher §. 95. und 96.

B. Besondere Bestimmungen.

- 1) Für Mülser, welche den Mehlhandel betreiben §. 97., 98., 99. und 100.
- 2) Für die übrigen Mehlhändler im Stadtbezirke §. 101.

VI. Abschnitt.

Strafen §. 102.

Der Appellationsgerichts-Rath Friedrich Ludwig Adolph Wilhelm Belzig ist zum Obergerichtsrath, der Kreisgerichts-Rath Herrmann Karl Rabe hier ist zum Appellationsgerichts-Rath Allerhöchst ernannt und der Appellationsgerichts-Rath Adalbert Wilhelm Heidenreich zu Bromberg an das hiesige Appellationsgericht versetzt.

Die Justiz-  
Personal-Ver-  
änderungen im  
Departement  
des Appella-

zionsgericht  
zu Naumburg  
betr.

Der Gerichts-Assessor Otto Bernhardt Dächsel ist zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in Erfurt mit der Function, eines Gerichts-Commissarius zu Schimmerda vom 1. Januar c. an ernannt.

Die Auscultatoren Johann Heinrich Ludwig Wolfart und Ernst Herrmann Seidler sind den 6. und 13. Januar c. zu Referendarien befördert und der Referendarius Karl Friedrich Lammé ist den 19. Januar c. vom Appellationsgericht in Greifswald hierher versetzt.

Der Referendarius Wilhelm Ludwig Reinhardt ist den 3. November v. J. gestorben.

Der Rechts-Candidat Richard Wilhelm Henke ist den 5. Januar c. zum Auscultator im hiesigen Departement angenommen.

Der Rechtsanwalt und Notar Ernst Ludwig Drescher zu Zeitz ist den 7. December v. J. gestorben.

Die Civil-Supernumerarien Karl Adolph Emil Villaret zu Delitzsch und Hyronimus Ludwig Fuhrmann in Torgau sind zu etatsmäßigen Bureau-Assistenten, Ersterer beim Kreisgericht zu Delitzsch und Letzterer beim Kreisgericht in Liebenwerda ernannt.

Die bisherigen Hülfsboten Johann Gottlieb Pöbbig in Wittenberg und Johann Christian Liedloff zu Lützen sind als Boten und Executoren, Ersterer beim Kreisgericht zu Wittenberg und Letzterer beim Kreisgericht in Erfurt definitiv angestellt.

Der bisherige Voté und Executor Christoph Neuter beim Kreisgericht zu Erfurt ist wegen Unterschlagung von Geldern seines Amtes entsetzt.

# Amts-Blatt

der  
**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

## 5. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 5. Februar 1853.

Am 28. Januar 1852 ist in Porto Feliz in der Provinz St. Paulo in Brasilien der angeblich in Preußen geborene Johann Berner durch einen Flintenschuß ermordet worden, ohne daselbst Erben oder ein Testament und sonst Papiere zu hinterlassen. Ueber seine Lebensverhältnisse hat nur ermittelt werden können, daß er am 24. October 1825 von Frankreich (Paris) auf dem französischen Schiffe Harpeneur in Brasilien angekommen, am 20. Juni 1846 von Matuba nach St. Paulo gezogen ist, und zuletzt zwei Jahre in Porto Feliz, wo er das Gewerbe eines Goldarbeiters ausübte, gewohnt hat. Bei seinem Tode soll er etwa 45 Jahre alt gewesen sein. Sein Nachlaß besteht außer in einigen Gold-, Silber-, andern Metall-, Glas- und Porzellan-Sachen in Sattel- und Reitzeug und mehren Pferden und Maulthiercn.

Die etwanigen Verwandten des zc. Johann Berner, welche über seine Herkunft, Angehörigkeit und Verwandtschafts-Verhältnisse nähere Auskunft ertheilen können, werden hierdurch aufgefordert, sich, Behufs der deshalb von ihnen zu machenden Mittheilungen, bei der betreffenden Polizeibehörde zu melden.

Berlin, den 11. Januar 1853.

Ministerium des Innern.

Den nachgenannten Forstbeamten sind die Functionen der Polizei-Anwaltschaft bei den betreffenden Gerichten

- 1) zur Verfolgung der in den unter ihrer Verwaltung stehenden Forstrevieren vorkommenden Uebertretungen wider das den Diebstahl an Holz und andern Waldproducten betreffende Gesetz vom 2. Juni 1852 — G. S. p. 305. seq. —
- 2) zur Verfolgung aller anderen in ihren Forstrevieren sich ereignenden Uebertretungen, soweit selbige den Waldkörper und die Waldnutzungsgegenstände betreffen,

und zwar:

- a) dem Oberförster Hoffmann zu Wippa für das gewerkschaftl. Revier Braunschwenke,
- b) dem Oberförster Decke zu Braunrode für das gewerkschaftl. Revier gleichen Namens, und

**Nr. 77.**  
Aufforderung der Erben des in Porto Feliz in Brasilien ermordeten Johann Berner aus Preußen.

**Nr. 78.**  
Die Verwaltung der Polizei-Anwaltschaft in einigen Privat-Forst-Revieren betr.

e) dem Oberförster Burkhardt zu Pansfelde für den Umfang der Forsten des Königl. Ober-Land-Jägermeisters Gr. v. d. Asseburg-Weisdorf und der unter dem Aufsichtsbrecht desselben stehenden Kirchen- und Pfarrhöfzer zu Danterode resp. Weisdorf, übertragen worden.

Merseburg, den 21. Januar 1853.

Der Regierungs-Präsident von Wedell.

**Nr. 79.** Der zwischen Preußen und der Mehrzahl der übrigen Staaten des deutschen Bundes abgeschlossene Vertrag wegen Uebernahme von Auszuweisenden d. d. Gotha, den 15. Juli 1851 (Ges. S. de 1851 Stüd 40.) hat das Bedürfniß einer veränderten Fassung der Heimathscheine herbeigeführt.

Die veränderte Form der Heimathscheine betr.

Der Zweck der von Preussischen Unterthanen zur Erlangung der Aufenthalts-Bewilligung im Auslande beizubringenden Heimathscheine, welcher darin bestand, daß durch dieselben eine besondere Verpflichtung zur Zurücknahme des Inhabers übernommen und damit zugleich die Anwendbarkeit der früheren Conventionen, nach denen ein zehnjähriger Aufenthalt u. die Uebernahme begründete, ausgeschlossen werden sollte,

ist weggefallen, da nach dem Gothaer Vertrage lediglich das Unterthansverhältniß des Inhabers, ohne Rücksicht auf die Aufenthaltsdauer, die Grundlage der Uebernahmepflicht bildet. Die Heimathscheine haben daher fernerhin weder die Stelle besonderer Reverse zu vertreten, noch allgemeine Vertragsbestimmungen auszuschließen. Sie haben vielmehr jetzt nur noch den Zweck, die Unterthanschaft zu bescheinigen und dadurch die Anwendbarkeit der zur Zeit gültigen Convention auf den Inhaber außer Zweifel zu stellen.

Unter diesen Umständen haben sich sämmtliche bei dem Gothaer Vertrage betheiligte Regierungen durch Schriftwechsel mit dem diesseitigen Königl. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, mit alleiniger Ausnahme der Großherzoglich Hessenschen Regierung, dahin einverstanden erklärt,

- 1) daß für die Heimathscheine von Unterthanen der contrahirenden Staaten keine andere Anforderung gestellt werde, als daß darin die Unterthanschaft des Inhabers bescheinigt sei, und
- 2) daß diese Heimathscheine auf einen bestimmten Zeitraum der Gültigkeit nicht beschränkt werden.

Demzufolge ist das diesen Regierungen mitgetheilte, nachstehend folgende Formular von denselben als entsprechend anerkannt worden.

Indem wir die mit Ausstellung von Heimathscheinen beauftragten Behörden des Bezirks — die sämmtlichen Landrathsämter desselben, die beiden Gräfl. Stolberg-schen Polizeiräthe (zu Stolberg und zu Rosla), sowie die Magisträte in Halle und Merseburg — hiermit anweisen, die an Preussische Unterthanen zu ertheilenden Heimathscheine fortan nur nach diesem Formulare auszufertigen, ermächtigen wir dieselben zugleich, diese Heimathscheine künftig ohne Einschränkung und ohne Rücksicht auf die in der Circular-Verfügung vom 22. December 1840 gezogenen Grenzen selbst



zu ertheilen und nur in zweifelhaften Fällen vorher unsere Entscheidung einzuholen. Die abgelaufenen älteren Heimathscheine sind nicht zu prolongiren, sondern neue Heimathscheine dafür auszufertigen. Die Formulare werden, wie bisher, hier gedruckt und von uns vollzogen werden. Die ausfertigende Behörde hat dieselben sodann mit dem Ausfertigungsvermerke unter Siegel und Unterschrift zu versehen.

Es ist anzunehmen, daß auch die Großherzoglich Hessische Regierung, welche ihre Erklärung vorbehalten hat, sowie diejenigen deutschen Regierungen, welche dem Gothaer Verträge noch nicht beigetreten sind, kein Bedenken tragen werden, diese Heimathscheine für genügend zu erachten.

Andererseits sind die von den Staatsangehörigen der übrigen contrahirenden Regierungen künftig beizubringenden Heimathscheine nur dann als ausreichend anzuerkennen, wenn sie dem obengedachten Formular entsprechen, mithin

- 1) die Bescheinigung der Unterthanschaft (Staatsangehörigkeit) enthalten u. zugleich
- 2) ohne Beschränkung auf einen bestimmten Zeitraum ausgestellt sind.

Es versteht sich nach Obigem von selbst, daß die in dieser Form ausgestellten Heimathscheine der in Preußen sich aufhaltenden Angehörigen der bei dem Gothaer Verträge theilhaftigen Staaten keiner Erneuerung bedürfen und daß hinsichtlich ihrer die bisher stattgefundene, auf diese Erneuerung bezügliche Controle künftig wegfällt.

Mehrere Regierungen der contrahirenden Staaten, insbesondere die von Hannover, Nassau, Sachsen-Coburg-Gotha, Braunschweig, Schwarzburg-Rudolstadt, Neuß älterer Linie und Schaumburg-Lippe haben es mit Rücksicht auf die innere Gesetzgebung der betr. Staaten für erforderlich erachtet, daß die von ihren Behörden ausstellenden Heimathscheine außerdem noch den Ort (die Gemeinde), wo der Inhaber wohnberechtigt oder heimathsangehörig ist, bezeichnen. Gegen einen solchen Zusatz kann, da er die eventuelle Uebernahme eher zu erleichtern, als zu erschweren geeignet ist, nichts erinnert werden.

In Ansehung der lediglich zur Vollziehung der Trauung im Auslande für Preussische Unterthanen zu ertheilenden Heimathscheine verbleibt es vorläufig bei der bisherigen Bestimmung, wonach dieselben nur von uns ausgestellt werden.

Bei Aushändigung von Urkunden über Naturalisation in Preußen an Angehörige eines anderen contrahirenden Staates, welcher die Entlassung aus dem bisherigen Unterthansverbande vorangegangen sein muß, ist künftig in allen Fällen darauf zu achten, daß dem Naturalisirten der von seiner bisherigen Heimathsbehörde etwa ertheilte Heimathschein abgenommen und dieser Behörde remittirt werde. Nicht minder ist bei Aushändigung von Entlassungsurkunden an diesseitige Unterthanen darauf zu dringen, daß die in den Händen der letzteren etwa befindlichen Heimathscheine zurückgegeben werden.

Merseburg, den 24. Januar 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

## Formular zu Heimathscheinen.

## H e i m a t s s c h e i n .

Von der unterzeichneten Regierung wird dem (Name, Stand und Wohnort),  
 geboren zu (Ort der Geburt) und . . . Jahre alt, zum Zwecke des Aufenthalts in  
 den Staaten hierdurch bescheinigt, daß derselbe und zwar durch Ab-  
 stammung (Naturalisation, Verheirathung, Legitimation) die Eigenschaft als Preusse  
 besitzt.

den . . . ten . . .  
 Königlich Preussische Regierung.

## P e r s o n a l - C h r o n i k .

- Nr. 80. Der Thierarzt I. Klasse Schirlich aus Ebbewin ist zum Kreis-Thierarzte für  
 den Liebenwerdaer Kreis unter Anweisung seines Wohnsitzes in Liebenwerda er-  
 nannt worden.
- Nr. 81. Dem forstversorgungsberechtigten Oberjäger Dietrich ist unter Ernennung  
 zum Förster die Försterstelle zu Klein-Jena in der Oberförsterei Pödelitz vom  
 1. Januar d. J. ab definitiv übertragen worden.
- Nr. 82. Der Buchdruckereibesitzer Alfred Robitsch zu Merseburg ist zum Schieds-  
 mann für den II. Bezirk der Stadt Merseburg gewählt und gehörig verpflichtet worden.
- Nr. 83. Der Ortsrichter Johann Gottfried Stenzel zu Dölkau ist zum Schiedsmann  
 für den VII. Landbezirk des Merseburger Kreises wieder gewählt und gehörig ver-  
 pflichtet worden.
- Nr. 84. Der invalide Postillon August Schulze ist nach bestandener sechsmonatlicher  
 Probezeit als Wagenmeister bei der Postexpedition in Sachsenburg bestätigt  
 worden.
- Nr. 85. Durch Verfügung des Herrn Justizministers vom 25. Januar c. sind die bisher  
 von dem Staatsanwalt Kollig zu Nordhausen mitverwalteten Geschäfte der  
 Staatsanwaltschaft für das Kreisgericht zu Worbis dem Staatsanwalt Delius zu  
 Heiligenstadt übertragen, zugleich ist der Gerichts-Assessor Ludwig Carl Clemens  
 von Elmendorff aus Hörter zum Staatsanwaltsgehilfen für das Kreisgericht  
 zu Worbis, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Heiligenstadt, ernannt worden.

Hierzu ein Extra-Blatt, 4 Bogen stark.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 1 Bogen stark, für den Mer-  
 seburger landrätlichen Kreis.

Gedruckt bei Robitschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt  
 im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

# Extra-Blatt

zum 6. Stück

des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Merseburg.

Ausgegeben zu Merseburg den 12. Februar 1853.

Mehrere, seit Einführung der Mahl- und Schlachtsteuer in Weissenfels eingetretene Veränderungen machen es nothwendig, das bisherige Mahl- und Schlachtsteuer-Regulativ vom 27. October 1821 nebst seinen Nachträgen, mit dem 1. Februar d. J. außer Anwendung zu setzen. Vom nämlichen Zeitpunkte ab tritt auf Grund der Finanz-Ministerial-Rescripte vom 5. November v. J. III. 18,036 und vom 3. December v. J. III. 29,868 das nachstehende Regulativ in Wirksamkeit.

## Regulativ

zur Erhebung und Beaufsichtigung der durch das Gesetz vom 30. Mai 1820 angeordneten Mahl- und Schlachtsteuer in Weissenfels.

### 1. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

#### §. 1.

Die Mahl- und Schlachtsteuer ruht zunächst auf dem Stadtbezirk von Weissenfels. Dieser Bezirk wird für jetzt durch die nachstehend bezeichnete Linie begrenzt.

Die Linie fängt bei dem auf der Raumburger Chaussee belegenen Ruthensteine 4,55 an, geht von hier zum Conducateur Braunschen Etablissement und weiter zum Chausseewärterhause, läuft dann längs des linken Ufers der Saale nach dem Mühlberge, bis zum Meilensteine welcher nach Markwerben und Mückeln hinweist, und von da zum Ruthensteine 4,23 auf der Merseburger Chaussee.

Von hier geht sie zum Reichhardschen Weinberge, verfolgt dann das rechte Ufer der Saale zum Ruthensteine 0,23 auf der nach Lützen führenden Chaussee, läuft von da nach dem Schirmerischen Steinbruchhause und geht von diesem zum Ruthenstein 0,15 auf der Zeiger Chaussee, weiter über die Gölzenberge zum Haukschen Ackerstück auf dem Hochheimer Weinberge und von dort wieder zum vorgenannten Ruthenstein 4,55 der Raumburger Chaussee.

Die vorgenannten Häuser und Etablissements gehören mit zum Stadtbezirk.

Der Stadtbezirk umfaßt demnach gegenwärtig:

- a) die eigentliche Stadt nebst den Vorstädten;
- b) folgende vor den Thoren belegene Häuser und einzelne Etablissements;

Vor dem Saal-Thore:

- 1) die Brücken-Schleuse,

A. Dertliche  
Begrenzung  
der Steuer-  
pflichtigkeit.  
1. Stadtbezirk.

- 2) die Brück- und Graupenmühle mit den dazu gehörigen Wohnhäusern und Nebengebäuden,
- 3) die Scheune des Rauchwaarenhändlers Köhler,
- 4) die Scheune des Oekonomien Reil,
- 5) die Scheune des Schmiedemeisters Weidling,
- 6) die Scheune der Floßinspector Jostschen Erben,
- 7) die Scheune des Schenkwirths Grosche,
- 8) die Schenkwirthschaft Grosche, genannt „das Feldschloßchen“,
- 9) das Koberische Haus,
- 10) die Scheune des Fleischermeisters Schader sen.
- 11) das Hospital,
- 12) das Weinbergshaus der Wittwe Kleinede,
- 13) das Rollesche Weinbergshaus,
- 14) sämtliche Gebäude des Bahnhofes der Thüringischen Eisenbahn,
- 15) das Weinbergshaus des Bürgermeisters Delzen,
- 16) das Warmannsche Weinbergshaus,
- 17) das Hauerische Weinbergshaus,
- 18) das Triniusche Weinbergshaus,
- 19) das Weinbergshaus der Wittwe Schauer,
- 20) das Reichhardtische Weinbergshaus,
- 21) das Amr'sche Caffee- und Badehaus, genannt das Bad,
- 22) die Herren-Schleuse mit
- 23) dem Schleusenwärterhause daselbst.

Vor der Nicolai-Vorstadt:

- 1) die Kallmeierische Ziegelscheune mit den dazu gehörigen Gebäuden,
- 2) das Flurschützenhaus,
- 3) das Schleusenwärterhaus an der Brückschleuse,
- 4) das Gräfersche Gartenhaus auf dem Hochheimer,
- 5) die Weidenmühle und
- 6) die holländische Windmühle.

Vor der Klingen-Vorstadt:

- 1) die Herrenmühle mit den Wohn- und Wirthschaftsgebäuden,
- 2) das Bolzische Etablissement,
- 3) die Singersche Porzellan-Manufactur nebst Ziegelei, mit zugehörigen Wohn- und Nebengebäuden.

Vor der Zeiger-Vorstadt:

- 1) die Steinbrüche der Maurermeister Schirmer und Singer,
- 2) das Pulverhäuschen,
- 3) das Goldschmidt Müllersche Etablissement beim Magazin,
- 4) das Magazin,
- 5) das Magazin-Wärterhaus,
- 6) das Krausche Gartenhaus,
- 7) das Lazareth,

- 8) das Schillingsche Gartenhaus,
- 9) das Schießhaus mit den Schießständen,
- 10) die Schenkwirtschaft „zum Hölzchen“,
- 11) das Haus des Schuhmachers Lange,
- 12) das Haus des Arbeiters Dünge

Zum Stadtbezirk werden auch alle innerhalb der gedachten Grenzlinie künftig neu entstehenden baulichen Anlagen gehören.

§. 2.

2. Grenzbezirk  
Stadtbezirk.

Alle jetzt vorhandenen oder künftig neu entstehenden Ortschaften und Baulichkeiten, deren Anfangspunkte von der diesen zunächst gelegenen bewohnten Anlage des Stadtbezirks (§. 1.) in gerader Richtung nicht über eine halbe Meile entfernt sind, bilden mit dem dazwischen liegenden Räume den äußeren Stadtbezirk, in welchem nur die im §. 1. des Gesetzes vom 2. April 1852 zur Ergänzung des Wahl- und Schlachtsteuer-Gesetzes bezeichneten Personen, neben der Klassen-Steuer und der klassificirten Einkommensteuer, die Wahl- und Schlachtsteuer zu entrichten haben.

Für jetzt sollen dahin gerechnet werden:

- 1) Uchtritz, Dorf,
- 2) Markwerben, Dorf,
- 3) das Köhlersche Weinbergshaus am Wege nach Markwerben, genannt „der Demhardt“,
- 4) Tagewerben, Dorf,
- 5) das Kindlersche Kaffeehaus an der Merseburger Chaussee, genannt „Glashütte“,
- 6) Burgwerben, Dorf,
- 7) die Brauersche Schenke an der Lützen Chaussee am Schirnhügel,
- 8) das von Wigthumsche Landhaus auf dem Schirnhügel,
- 9) Borsau, Dorf,
- 10) Seelau, Dorf,
- 11) Zorbau, Dorf,
- 12) Gerstewitz, Dorf,
- 13) Wiedebach, Dorf und Rittergut,
- 14) Untergreisau, Dorf und Rittergut,
- 15) Obergreisau, Dorf,
- 16) Mutlau, Dorf,
- 17) Längendorf, Dorf und Rittergut, nebst dem Waisenbause,
- 18) Leisling, Dorf,
- 19) das Gasthaus „zur schönen Aussicht“ an der Raumburger Chaussee,
- 20) das Dorf Beuditz mit der Beuditzmühle,
- 21) das Gut Bente,
- 22) das Kaffeehaus „zum heitern Blick“,
- 23) das Kaffeehaus „zur schönen Aue“ nebst dem Schuhmacher Gerlachschen Etablissement,
- 24) die Scharfrichterei,

- 25) das Frenzelsche Etablissement bei Neuditz,  
26) das Zweigsche Haus ebendaselbst.

B. Beamte.

- 1) zur Aufsicht.

§. 3.

Beide Bezirke (§. 1. und 2.) mit allen in Bezug auf Wahl- und Schlachtsteuer erlaubten und verbotenen Eingängen und Straßen, einschließlich der Saale und der darauf befindlichen Fahrzeuge, stehen für die Wahl- und Schlachtsteuer unter der Aufsicht der Steuerbeamten.

- 2) zur Erhebung.

§. 4.

Die Erhebung der Wahl- und Schlachtsteuer geschieht durch das Steueramt, welches sich zur Zeit in dem Trabertschen Hause Nr. 346. in der Marktstraße befindet, und durch die Thor-Expedition am Saalthore (§. 90.).

C. Steuerstraßen und Eingänge in den Stadtbezirk.

§. 5.

1. Steuerstraßen.

- a) Einhaltung derselben.

Der Transport aller Fleisch- und Badwaaren, ingleichen der Mühlenfabrikate, vom Eintritt in den Stadtbezirk (§. 1.) ab, bis zur erlangten schließlichen Abfertigung ist, gleichviel, ob dergleichen Gegenstände für den Stadt-Bezirk, oder nur zum Durchgange bestimmt sind, nur auf den nachstehend (§. 6.) bezeichneten Steuerstraßen und zwar ohne Abweichung, ohne Aufenthalt und ohne irgend eine Veränderung, Vermehrung oder Verminderung der resp. ein- oder durchzuführenden Gegenstände zulässig. Beim Transport des Viehes zc. ist die im §. 73. ertheilte Vorschrift zu befolgen.

- b) Bezeichnung der Steuerstraßen.

§. 6.

Die zum Transporte mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände gestatteten Steuerstraßen sind folgende:

- aa) vom Eintritt in den Stadtbezirk nach den Thoren und dem Steueramte, sowie aus dem Stadtbezirk und durch denselben.

- 1) die von Raumburg kommende nach dem Nicolai-Thore führende Chaussee, innerhalb der Stadt aber, die Nicolaisstraße und die Straße am Rathskeller vorbei nach dem Markte zum Steueramte.
- 2) die von Zeitz kommende, nach dem Zeitzer Thore führende Chaussee, innerhalb der Stadt die große Burgstraße und die Straße am Rathskeller vorbei, nach dem Markte zum Steueramte.
- 3) die von Lützen kommende, zur Klingen-Vorstadt führende Chaussee, von der Klingen-Vorstadt ab, diese entlang bis zum Klingen-Thore, von hier in gerader Richtung zu dem in der Marktstraße belegenen Steueramte.
- 4) die Merseburger Chaussee, mit welcher sich der von Markwerben, der Brück- und Schneidemühle und der von Freiburg kommende Weg vor der Saalbrücke vereinigt und dann über die Saalbrücke zum Saalthore führt, von hier in der Stadt, die Saalstraße bis zum Gasthof „zum goldenen Ringe“, dann links die Jüdenstraße und bei dem Kaufmann Haupt rechts ab, die Straße nach dem Markte zum Steueramte.

- bb) zwischen den Mühlen und dem Steueramte.

§. 7.

- 1) Von der Neuditzmühle der auf dem rechten Saalufer führende Weg (Eselweg) bis zum Saalthore und von hier wie §. 6. Nr. 4. zum Steueramte.
- 2) Von der Ober- und Pfeffermühle die Langendorfer Straße gerade herunter bis zum Nicolaithore, dann weiter, wie §. 6. Nr. 1. zum Steueramte.

- 3) Von der Herrenmühle in gerader Richtung auf der Chaussee durch die Klingenthorstadt bis zum Klingenthore, von hier wie §. 6. Nr. 3. zum Steueramte.
- 4) Von der Brück- und Graupenmühle in gerader Richtung nach der Saalbrücke, von hier zum Saalthore und von da, wie §. 6. Nr. 4., zum Steueramte.
- 5) Von der holländischen Windmühle der Weg vor der weißen Mauer, am vormal's Gräffchen Hause vorüber, in die nach der Schießhaussole führende Straße, die Straße durch die Zeiger Vorstadt, bis zum Zeiger Thore, von hier wie §. 6. Nr. 2. zum Steueramte.

Wenn wegen Reparatur des Steinpflasters oder anderer Hindernisse, die in den §. 6. und 7. festgesetzten Steuerstraßen nicht passirt werden können, dann wird das Steueramt oder die betreffende Expedition am Eingangsthore auf der dem Deklaranten zu ertheilenden Bezeichnung die einzuhaltende Straße vermerken.

§. 8.

Die Einbringung mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände auf andern Wegen, als durch die im §. 6. und 7. bezeichneten Thore, nämlich:

das Nicolai-, das Zeiger, das Kling- und das Saalthor, auch der Eingange auf der Saale ist verboten.

§. 9.

Beim Eingange mit mahl- oder schlachtsteuerpflichtigen Gegenständen in die Stadt, und bei zu erweisendem Ausgange aus derselben, ist vom Transportanten vor der Thor-Expedition unaufgefordert anzuhalten, die Gegenstände sind nach Art, Gattung, Menge und Zahl der Frachstücke genau zu deklariren und mit dazu gehörigen Papieren zur Revision zu stellen.

Die hierbei nöthigen Handleistungen hat Deklarant nach Anweisung des Beamten zu verrichten.

§. 10.

Steuerpflichtige Gegenstände, welche für Bewohner des vor den Thoren belegenen Theils des Stadtbezirks oder für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirke (§. 2.) eingehen, sind gleichfalls auf den im §. 6. bezeichneten Steuerstraßen ohne Aufenthalt zu den Thor-Expeditionen zu führen und dort, wie oben (§. 9.) vorgeschrieben, zur Abfertigung zu stellen. Vor erfolgter Besteuerung dürfen diese Gegenstände nicht in die Wohnungen der Empfänger aufgenommen oder innerhalb des innern oder äußern Bezirks gewerbsweise verkauft oder feilgehalten oder darin niedergelegt werden.

§. 11.

Das Steuer-Amt ist täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, für die Abfertigung geöffnet und zwar:

- a) in den Wintermonaten: von October bis einschließlich Februar, Vormittags von 8 bis 12 Uhr und Nachmittags von 1 bis 5 Uhr;
- b) in den übrigen Monaten: Vormittags von 7 bis 12 Uhr, Nachmittags von 2 bis 5 Uhr.

§. 12.

Die Thor-Beamten geben die Abfertigungen zum Eingange nur innerhalb der für das Steueramt im vorstehenden §. 11. bestimmten Dienststunden.

2) Verbot aller andern Eingänge.

3) Meldung bei den Thor-Expeditionen.  
a) Beim Eingange in die Stadt.

b) Beim Eingange für Bewohner des vor den Thoren gelegenen Theils des Stadtbezirks und für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk.

1). Zeit für den Eingang und für die Abfertigung.  
1) bei dem Steueramte.

2) Bei den Thor-Expeditionen.

Der Eingang muß so zeitig erfolgen, daß die Gegenstände vor Ablauf der Dienststunden beim Steueramte, welches die schließliche Abfertigung zu theilen hat, eintreffen. Jedoch kann während der nach §. 11. für die Abfertigung geschlossenen Mittagszeit, sowie des Morgens, eine Stunde vor Anfang der Dienststunden der Eingang zum Steueramte erfolgen; die steuerpflichtigen Gegenstände müssen aber dort unverändert bis zum Beginn der Dienststunden verbleiben.

Mühlensfabrikate, bei denen es zweifelhaft ist, zu welchem Steuersaße sie gehören, können bei dem Steueramte nur abgefertigt werden, so lange das Tageslicht ihre gründliche Revision zuläßt.

Zum Durchgange durch den Stadtbezirk bestimmte steuerpflichtige Gegenstände dürfen in denselben eingehen und werden von den Thor-Expeditionen abgefertigt:

- a) in den Wintermonaten vom October bis einschließlich Februar, von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends,
- b) in den übrigen Monaten von Morgens 5 bis Abends 9 Uhr.

## II. Abschnitt.

### M a h l s t e u e r .

#### §. 13.

Sämmtliche im Stadtbezirke und im äußern Stadtbezirke (§. 1. und 2.) vorhandene und später noch entstehende Mühlen sind der Aufsicht der Steuerbehörde unterworfen, die nach Maaßgabe der Lage der Mühle und des Mahlguts, welches sie gewöhnlich fördert, eine besondere oder allgemeine ist.

#### §. 14.

Unter solcher besondern Aufsicht der Steuerbehörde stehen für jetzt sämmtliche im Stadtbezirke (§. 1.) belegene Mühlen, als:

- 1) die Herrenmühle,
- 2) die Brückmühle,
- 3) die Graupenmühle,
- 4) die Pfeffermühle,
- 5) die Obermühle,
- 6) die holländische Windmühle.

Was bei Benugung und bei dem Betriebe dieser Mühlen zu beobachten ist, enthalten die §§. 19. bis 25.

#### §. 15.

Neben diesen unter besondere Controle gestellten Mühlen sind alle im äußern Stadtbezirk (§. 2.) belegenen Mühlen einer allgemeinen Aufsicht der Steuerbehörde unterworfen.

Diese Mühlen sind für jetzt namentlich:

- 1) die Weidtmühle, unter den §. 38. unten aufgeführten besonderen Maaßgaben;
- 2) die Mühle zu Untergreislaß,
- 3) die Mühle zu Obergreislaß,
- 4) die Postwindmühle bei Zorban.

A. Aufsicht auf die Mühlen.

1. deren Ausdehnung im Allgemeinen.

11. Nach Verschiedenheit der Mühlen.

1. Mühlen unter besonderer Aufsicht.

2) Mühlen unter allgemeiner Aufsicht.



Was bei Benutzung und dem Betriebe dieser Mühlen zu beobachten ist, bestimmen die §§. 36., 37. und 58.

§. 16.

Für Mühlen zum Privatgebrauch, soweit solche überhaupt gesetzlich zulässig sind, bestehen besondere Vorschriften.

3) Privat-  
Mühlen.

§. 17.

Mühlen, welche nicht dazu eingerichtet und bestimmt sind, Mahlgut zu bereiten, dürfen dazu ohne Bestimmung der Steuerbehörde auch ferner nicht eingerichtet und benutzt werden, und stehen in dieser Hinsicht unter Aufsicht derselben.

4) Mühlen für  
andere Zwecke.

§. 18.

Neue Mühlen dürfen im Stadtbezirk und im äußern Stadtbezirk nur mit Wissen der Steuerbehörde angelegt werden, welche vorher bestimmen wird, wie solche neue Anlagen in Bezug auf Mahlsteuer zu behandeln sind.

5) Neu ent-  
stehende Mühlen.

§. 19.

Von dem steuerpflichtigen Mahlgute, welches auf den im §. 14. genannten Mühlen bereitet werden soll, muß vorher die Körnersteuer nach §. 3. des Gesetzes vom 30. Mai 1820 entrichtet werden.

6) Behandlung  
der unter be-  
sonderer Auf-  
sicht stehenden  
Mühlen.

§. 20.

Auf den unter besonderer Aufsicht stehenden Mühlen (§. 14.) muß alles Mahlgut mit genau damit übereinstimmenden Mahlscheinen versehen sein.

1. Allgemeine  
Bestimmungen  
1) Form der  
Steuer-Ent-  
richtung.

Diese werden von dem Steueramt erteilt.

§. 21.

Ueber weniger als einen Viertel Centner und mehr als 24 Centner Getreide wird ein Mahlschein nicht ausfertigt.

2) Mahl-  
scheine.

Wer gleichzeitig über 3 Centner zur Mühle bringt, kann, nach seiner Wahl, mehrere Zettel nehmen, den einzelnen jedoch nicht unter 3 Centner.

a) deren Er-  
forderniß.  
b) in Bezug  
auf Menge  
der Körner.

§. 22.

Ueber Getreidearten, welche verschiedenen Steuersätzen unterliegen, werden verschiedene Mahlscheine ausfertigt, also für Getreide zur Hauptsteuer nach dem Satze von 20 Sgr. vom Centner besondere, und für Getreide zur Hauptsteuer von 5 Sgr. für den Centner ebenfalls besondere.

c) in Bezug  
auf Körner-  
Gattung.

Wer Körner von verschiedenen Steuersätzen in Vermischung mahlen lassen will, muß von dem ganzen Gemenge, auch wenn die Vermengung von Körnern zum ersten Satze nur gering wäre, den höhern Steuersatz entrichten.

§. 23.

Getreide, welches zu Branntwein-Schroot bestimmt ist, muß vor der Absendung zur Mühle mindestens zum sechzehnten Theile mit gemalzten Körnern gemischt sein. Auch muß alles nicht zum Brauen bestimmte und versteuerte Malz mindestens zum sechzehnten Theile mit ungemalztem Roggen gemischt sein. Eine stärkere Mischung zu fordern, bleibt der Steuerbehörde vorbehalten.

§. 24.

Getreide zur Mühle und Mahlgut aus der Mühle, darf nur in den Stunden, während welcher das Steueramt geöffnet ist (§. 11.), von den Mültern angenommen und

3) Transport  
zu und von  
den Mühlen.

verabfolgt werden; mit den Erweiterungen, daß in den für das Amt geschlossenen Mittagsstunden und Morgens eine Stunde vor dessen Oeffnung, die Anfuhr zu demselben geschehen kann. Die betreffenden Gegenstände müssen jedoch dort unverändert bis zur Oeffnung des Steueramts verbleiben.

Diejenige Getreidemenge, worauf Ein Mahlschein lautet, muß zusammen zur Mühle und das daraus bereitete Mahlgut zusammen aus der Mühle, und, soweit Verwiegung vorgeschrieben ist, zur Waage gehen.

Auch muß das Getreide jedenfalls denselben Tag und zwar, ist es in den Vormittagsstunden versteuert, am Vormittage, und sonst am Nachmittage zur Mühle gebracht werden.

Es dürfen die Müller ältere Mahlscheine nicht annehmen, wenn das Steueramt nicht in besondern Fällen eine Ausnahme auf dem Mahlscheine ausdrücklich bewilligt hat.

Der Mahlschein begleitet das gefertigte Mahlgut bis zum Bestimmungsorte, damit dasselbe auf dem Transporte jederzeit legitimirt ist.

Der Transportführer hat sich auf dem Transporte der Revision der Beamten, wenn solche verlangt wird, zu unterwerfen.

§. 25.

Die Säcke mit Mahlgut müssen mit dem vollständig ausgeschriebenen Namen des Mahlgastes und seines Wohnortes, in großen schwarzen, mit Farbe aufgetragenen Buchstaben deutlich bezeichnet sein.

Die Säcke mit Mahlgut zur Bier- und Branntwein-Bereitung müssen außerdem die Aufschrift „Malzschroot“ führen.

Diese Bezeichnung müssen die Säcke nicht bloß in der Mühle und beim Transport des Getreides zu derselben und zur amtlichen Abfertigung, sondern auch beim Transporte aus der Mühle haben.

Für die Befolgung dieser Vorschrift ist sowohl der Müller als auch der Mahlgast verhaftet.

§. 26.

Bei der Verwiegung des gefertigten Mahlguts gelten folgende Sätze für das zurückkommende Fabrikat, im Vergleiche zu den versteuerten Körnern, und zwar ohne Rücksicht auf Anfeuchtung:

a) von Einem Centner Weizen:

geschrootet 109 Pfd. Schroot,

gebeutel 90 Pfd. Mehl,

18 Pfd. Kleie;

b) von Einem Centner Roggen:

geschrootet 109 Pfd. Schroot,

gebeutel 90 Pfd. Mehl,

18 Pfd. Kleie;

c) von Einem Centner Gerste:

geschrootet 109 Pfd. Schroot,

gebeutel 91½ Pfd. Mehl,

15 Pfd. Kleie;

4) Bezeichnung der Säcke.

5) Gewichtsverhältnis des gefertigten Mahlguts zu den Körnern.

d) von Einem Centner Gerste zu Graupen:

- 1) 14 Pfd. feine Graupen, 36 Pfd. Mehl, 40 Pfd. Futterschroot,
- 2) 45 Pfd. mittlere Graupen, 15 Pfd. Mehl, 40 Pfd. Futterschroot,
- 3) 66 Pfd. gewöhnliche Graupen, 10 Pfd. Mehl, 24 Pfd. Futterschroot,
- 4) 40 Pfd. gerissene Graupen, 8 Pfd. Grütze und Gries, 27 Pfd. Mehl, 20 Pfd. Spelsen;

e) von Einem Centner Hafer:

geschrootet 108 Pfd. Schroot.

Findet sich mehr vor, so tritt, den Umständen nach, Versteuerung des Ueberge-  
wichts nach den Sätzen der Eingangsteuer, oder, wenn das Gesamtgewicht an  
Schroot, Mehl oder Graupen und Abgang, das auf dem Mahlscheine angegebene  
Körnergewicht überschreitet, Strafverfahren ein.

### §. 27.

Wer steuerpflichtiges Mahlgut auf den unter besonderer Controle stehenden Mäh-  
len (§. 14.) bereiten lassen will, schafft die Körner zum Steueramte und meldet dem-  
selben mündlich an:

- a) den Namen des Eigenthümers der zur Mühle zu sendenden Körner;
- b) die Gattung derselben;
- c) die Zahl der Säcke, in welchen sich die Körner befinden;
- d) zu welcher Mühle dieselben bestimmt sind,
- e) was daraus bereitet werden soll.

11. Abfertigung zu den unter besonderer Controle stehenden Mühlen.

- 1) Steuerpflichtiges Mahlgut.
- a) Anmeldung.

### §. 28.

Die Uebereinkimmung des Mahlguts mit der Anmeldung (§. 27.) wird von dem  
Steueramte geprüft und das Gewicht durch Verwiegung festgestellt.

Finden sich bei der Prüfung Unrichtigkeiten in Menge oder Gattung der Mahl-  
post, oder sonstige Abweichungen, so wird der Schuldige zur Verantwortung und  
Strafe gezogen.

b) Prüfung der Anmeldung

### §. 29.

Nach dem Gewichtsbefunde wird von dem Steueramte der über der Steuer-Quit-  
tung befindliche Waageschein ausgefüllt, hiernächst von dem Steuerpflichtigen die  
Steuer entrichtet, die Steuer-Quittung ausgefüllt und dem Mahlgaste behändig,  
nachdem zuvor der Waageschein von der Steuer-Quittung abgetrennt und bei dem  
Amte zurückbehalten worden ist.

c) Versteuerung und Begehung.

### §. 30.

Das Mahlgut aus den nach §. 29. versteuerten Körnern, muß mit den dazu ge-  
hörigen Mahlscheinen unmittelbar von der Mühle zum Steueramte gelangen, wo-  
selbst es nachgesehen, verwogen und mit dem Mahlscheine, auf welchem das Rückge-  
wicht vermerkt worden, dem Transportführer überlassen wird, soweit es sich in Rich-  
tigkeit befunden hat.

d) Verweisung des fertigen Mahlguts.

### §. 31.

Getreide und Malz zu Branntwein- und Brau-Schroot für Einwohner des  
Stadbezirks ist nach Vorschrift des §. 27. dem Steueramte, jedoch schriftlich anzu-

2) Branntwein- und Brau-Schroot.

melden, welches nach dem Befunde der Revision einen Mahlfreischcin ausstellt, mit welchem dann die Körner zur Mühle gehen.

Das von der Mühle kommende Schroot wird nach §. 30. behandelt und das Rückgewicht des Branntwein-Schroots vor dessen Verabfolgung in das mit vorzulegende Schrootbuch des betreffenden Branntweinbrenners eingetragen.

Bei denjenigen Brauern, welche Malzschroot-Bestände halten, trägt der Waagebeamte, nachdem die mit Malzschroot gefüllten Säcke von ihm versiegelt worden sind, das Gewicht derselben und ihre Anzahl in das vorzulegende Contobuch ein.

§. 32.

Das Mahlgut der zur Entrichtung der Mahlsteuer nicht verpflichteten Bewohner des äußeren Stadtbezirks und der weiter von der Stadt entlegenen Gegend wird „Land-Mahlgut“ genannt.

§. 33.

Alles Land-Mahlgut, welches auf einer der §. 14. genannten Mühlen bereitet werden soll, muß als solches durch eine Bescheinigung des betreffenden Ortsvorstandes legitimirt sein.

Diese Bescheinigung muß enthalten:

- a) den Namen des Eigentümers der zur Mühle zu sendenden Körner;
- b) die Bezeichnung der Gattung und Menge derselben;
- c) die Zahl der Säcke, in welchen die Körner sich befinden;
- d) die Benennung der Mühle, zu welcher dieselben bestimmt sind;
- e) was daraus bereitet werden soll;
- f) Datum und Ort der Ausstellung;
- g) eigenhändige Namensunterschrift des Ortsvorstandes unter Beidrückung des Ortsiegels.

Diese Bescheinigung muß deutlich und leserlich geschrieben sein und es dürfen darin weder Rasuren noch Ausstreichungen vorkommen.

a) Anmeldung

§. 34.

Die Bescheinigung des Ortsvorstandes vertritt die Stelle der Anmeldung (§. 27.). Mit derselben wird das Landmahlgut dem Steueramte zur Revision und Verwiegung gestellt, welches darüber, unter Zurückbehaltung der vorgelegten Bescheinigung, einen Mahlfreischcin ausstellt, mit dem das Getreide alsdann zur Mühle geht.

d) Verwiegung des fertigen Mahlguts und Abfuhr aus der Mühle.

§. 35.

Die Verwiegung des fertigen Landmahlguts geschieht in den Mühlen selbst, in den ein für allemal dazu bestimmten, von der Steuerbehörde festgesetzten Stunden, durch dazu beauftragte Beamte.

Der Beamte vermerkt das Rückgewicht auf dem Rücken des Mahlscheins, so wie des an demselben noch befindlichen Waagescheins, trennt diesen von jenem ab und stellt ihn dem Steueramte zur Austragung des Waageregisters zu, wogegen der untere Theil des Mahlfreischcins das Mahlgut bis nach seinem Bestimmungsorte zu begleiten hat.

Sofern sich bei der Rückverwiegung gegen die Beschaffenheit und Menge des gestellten Mahlguts nichts zu erinnern findet und dasselbe namentlich im Vergleich zu den bezettelten Körnern nicht hinter den im §. 26. vorgeschriebenen Sägen zurück-

bleibt, erfolgt die Abfuhr aus der Mühle unmittelbar, unter amtlicher Ausbegleitung aus dem Stadtbezirke, oder unter der sonst zum Zwecke der Sicherstellung des richtigen Ausgangs von der Steuerbehörde anzuordnenden Controle.

§. 36.

Alles steuerpflichtige Mahlgut, welches aus den unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen (§. 13.) bereitet werden soll, wird zur Körnersteuer nicht zugelassen, sondern unterliegt der Eingangsteuer nach §. 15. des Gesetzes vom 30. Mai 1820 und den Vorschriften im §. 89. und 90., rücksichtlich der Peudigmühle aber den Bestimmungen im §. 38. dieses Regulativs.

§. 37.

Was in §. 25. über die Bezeichnung der Sacke angeordnet worden, findet auch für alles Mahlgut ohne Unterschied Anwendung, welches auf Mühlen, die unter allgemeiner Controle stehen, verarbeitet wird; eine Bezeichnung bedarf dergleichen Mahlgut in der Regel nicht.

§. 38.

Die Peudigmühle wird auch ferner widerruflich zu den unter allgemeiner Controle stehenden Mühlen gezählt.

Es gelten jedoch für dieselbe noch die folgenden besonderen Vorschriften.

Das auf der Peudigmühle zu vermahlende Getreide für Bewohner des Stadtbezirks oder für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk (§. 2.) ist dem Steueramte nach Gattung, Gewicht und Sackzahl anzumelden.

Auf Grund dieser Anmeldung stellt das Steueramt besondere Erlaubnißscheine aus, mit welchen die Körner noch an dem Tage der Ausstellung zur Mühle gehen. Das Landmahlgut muß von Bescheinigungen des betreffenden Ortsvorstandes begleitet sein.

Unmittelbar nach Aufnahme in die Mühle hat der Müller, unter Beobachtung der Vorschriften §. 43. bis 45. die Posten in ein Mühlenregister (§. 55.) einzutragen.

Bei der Abfuhr des Mahlguts aus der Mühle geht das steuerpflichtige Gut mit dem Erlaubnißscheine auf der im §. 7. unter 1. vorgeschriebenen Steuerstraße zur Saalthor-Expedition, welche es auf Thor-Anmeldechein zum Steueramte abläßt. Das Landmahlgut unterliegt, wenn es bis zu seinem Bestimmungsorte den Stadtbezirk nicht berührt, für die Abfuhr keiner Beschränkung. Geht es dagegen zum Theil durch den Stadtbezirk, so ist seine Abfuhr aus der Mühle an bestimmte Stunden gebunden, welche das Steueramt mittelst einer in der Mühle aufzuhängenden Bekanntmachung zur Kenntniß des Publikums bringt. Der Müller hat die Stunde der Abfuhr dieser Posten auf der vom Ortsvorstande erteilten Bescheinigung (§. 33.) zu vermerken, mit welcher dieselben auf der Steuerstraße (§. 7. Nr. 1.) zur Saalthor-Expedition zu befördern sind, von der sie weiter zum Durchgang durch den Stadtbezirk abgefertigt werden.

Rücksichtlich der Mühlen-Revisionen und des Mühlenverschlusses finden die Vorschriften §. 54., 56. und 57. auch auf die Peudigmühle Anwendung.

Für den Fall, daß der Besitzer der Peudigmühle einen Mehlhandel betreibt, ist er den Bestimmungen §. 53., 98. bis 106. unterworfen.

C. Behandlung der unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen.

1. Allgemeine Bestimmungen

a) Form der Steuer-Erhebung.

2) Bezeichnung der Sacke.

II. Besondere Bestimmungen für die Peudigmühle.

**D. Pflichten der  
Müller, deren  
Mühlen unter  
besonderer  
Controle stehen**

§. 39.

Die Müller in den unter besonderer Controlo stehenden, im §. 14. genannten Mühlen, sind für die Befolgung der Vorschriften der §§. 19., 20., 22., 24., 25. und 26. mit verhaftet.

Außerdem gelten für sie insbesondere die folgenden Bestimmungen.

**1) Anzeige  
vorkommender  
Besig-Verän-  
derungen.**

§. 40.

Sobald eine Mühle durch Verkauf, Verpachtung oder auf irgend eine andere Weise an einen andern Inhaber übergeht, ist Letzterer verpflichtet, davon sofort und bevor der Betrieb der Mühle für seine Rechnung beginnt, der Steuerbehörde schriftlich Anzeige zu machen.

**2) Abtheilung  
der Mühlen-  
räume.**

§. 41.

In den Mühlenräumen, zu welchen bei Bodwindmühlen auch der Platz unter den Mühlen und um dieselben, in dem durch Pfähle bezeichneten Bereiche des Rehrbaums gehört, werden von dem Mühlen-Inhaber, unter Beistimmung eines Oberbeamten, verschiedene Abtheilungen bestimmt, und zwar so, wie der Raum diese Absonderungen gestattet:

- a) für steuerpflichtige Körner nach dem Sage von 20 Egr. für den Centner;
- b) für dergleichen, nach dem Sage von 5 Egr. für den Centner;
- c) für Mahlgut aus den Körnern zu a.;
- d) für dergleichen zu b.;
- e) für Branntwein- und Brau-Schroot und das Getreide dazu;
- f) für Land- und Freimahlgut;
- g) für die Fabrikate aus dem Getreide sub f.;
- h) für mit Beschlagnahme belegtes Getreide und Mahlgut.

An anderen Orten, als in diesen Räumen, darf weder Getreide noch Mahlgut aufbewahrt werden, auch jede Gattung nur in dem dafür bestimmten Raume.

**3) Mühlen-  
beschreibung.**

§. 42.

Ueber die innere Einrichtung der Mühle, die Zahl ihrer Gänge, zu welchen Gattungen von Mahlgut der eine oder andere Gang etwa ausschließlich bestimmt ist, über die mit der Mühle im Zusammenhange stehenden Räume, deren Abtheilung nach den Bestimmungen des §. 41., ob der Müller einen Handel mit Mahlgut treibt und wo dies geschieht, wird eine kurze, durch eine einfache linearische Zeichnung verdeutlichte Beschreibung doppelt aufgenommen, solche von dem Müller und dem Ober-Beamten unterschrieben und ein Exemplar davon an einem von dem Letzteren zu bestimmenden Orte in der Mühle angeheftet; das zweite aber dem Steueramte abgeliefert.

Die Erneuerung dieser Beschreibung muß geschehen, so oft, nach dem Ermessen der Steuerbehörde, das Bedürfnis eintritt. Veränderungen gegen diese Beschreibung ist der Müller verpflichtet, vor deren Ausführung dem Steueramte schriftlich anzuzeigen.

**4) Wieg-  
ung des**

§. 43.

So wie Körner zur Mühle gebracht werden, muß der Müller den Wäghchein

empfangen und nachsehen, ob die Körner der Gattung nach mit der Angabe des Zettels übereinstimmen, auch ob die Säcke in der im §. 25. vorgeschriebenen Art bezeichnet sind.

Findet sich, abweichend vom Mahlscheine, eine höher belegte Körnerart allein oder im Gemisch mit einer geringer besteuerten vor, so muß der Müller das Mahlgut vorläufig in Beschlag nehmen und sofort, auf Kosten desjenigen, welcher dasselbe mit unrichtigem Mahlscheine zur Mühle gebracht hat, oder hat bringen lassen, dem Steueramte zur weiteren Untersuchung Nachricht geben.

§. 44.

Ingleichen liegt dem Müller ob, die Menge der zur Mühle kommenden Körner gleich bei der Annahme, der Zahl der Säcke nach, mit der Bezeichnung zu vergleichen und etwaige Differenzen anzuzeigen.

Stimmt die Gattung des Getreides und die Zahl der Säcke mit dem Mahlscheine überein, so ist der Müller in Betreff des Gewichts nicht verantwortlich, sofern nur bei der Mahlpfost nicht ein Mehrgewicht von einem Achtel des ganzen Gewichts, oder ein noch größeres Mehrgewicht vorhanden ist.

Mahlpfosten, bei denen der Menge nach Abweichungen von der Bezeichnung ermittelt werden, darf der Müller nicht verarbeiten, sondern muß sie auf den für die Confiscate bestimmten Platz zurückstellen.

§. 45.

Wenn das Getreide zur Mühle gebracht und richtig befunden worden ist, wird der Mahlschein an dem Kropfe eines der zur Mahlpfost gehörigen Säcke angebunden.

Die Säcke, soweit sie zu einem und demselben Mahlscheine gehören, müssen mit ihrer Bezeichnung (§. 25.) nach vorn, so lange stets zusammengestellt sein, als während der Bereitung selbst nicht eine Trennung nöthig ist.

Sobald mit der Aufschüttung des Getreides auf den Mahlgang der Anfang gemacht ist, wird der Mahlschein an den Gang geheftet und bleibt dort während der Bereitung, welche durch Zwischenposten nicht unterbrochen werden darf.

Ist das Mahlgut fertig, so muß der Mahlschein wieder an den Kropf eines der dazu gehörigen Säcke gebunden werden, bis selbiges die Mühle verläßt.

§. 46.

Die unter den Mahlscheinen befindlichen, mit I., II., III. und IV. bezeichneten Abtheilungen werden bei folgenden Handlungen abgeschnitten:

- a) die mit I. bezeichnete Abtheilung, sobald das Getreide zur Mühle gebracht, untersucht und der Gattung nach richtig befunden ist;
- b) die mit II. bezeichnete Abtheilung, sobald die Bereitung oder das Abmahlen anhebt und die erste Aufschüttung auf den Gang erfolgt;
- c) die mit III. bezeichnete Abtheilung, sobald die Bereitung vollendet ist;
- d) die mit IV. bezeichnete Abtheilung, wenn das Mahlgut aus der Mühle abgelaufen wird.

Wird Getreide zum Spizen aufgeschüttet, so wird die mit II. bezeichnete Abtheilung nur bis zur Hälfte eingeschnitten und erst vom Zettel getrennt, wenn die wirkliche Vermahlung beginnt.

Mahlgut mit dem Mahlscheine.

a) nach Menge.

b) nach Menge.

a) Verfahren mit dem Mahlscheine.

6) Dauer der Gültigkeit der Mahlscheine auf den Mühlen

§. 47.

Die Mahlscheine sind nur für drei Tage gültig, so daß am dritten Tage, von Ausstellung des Zettels an gerechnet, das Fabrikat aus der Mühle geschafft werden muß. Wird das Innehalten der Frist durch unvermeidliche Umstände verhindert, so kann der Müller die Verlängerung derselben nachsuchen. Dies geschieht unter Vorlegung der betreffenden Mahlscheine bei dem Steueramte, welches alsdann das Bedürfniß der Verlängerung prüfen und nach dem Befunde eines solchen Bedürfnisses die Gültigkeit des Mahlscheins auf diesem selbst angemessen verlängern wird.

§. 48.

7) Eigenes Mahlgut der Müller.

Für das eigene Mahlgut der Müller werden nur auf 24 Stunden gültige Mahlscheine gegeben, so daß nach Ablauf derselben die Bereitung vollendet und das Mahlgut aus der Mühle geschafft sein muß.

Für die Graupen- und Gries-Fabrikation kann jedoch eine Ausnahme hiervon in geeigneten Fällen gemacht werden, wenn darum nachgesucht wird.

§. 49.

8) Getreide-Bestände der Müller.

Die Getreide-Bestände der Müller müssen außerhalb der Mühlenräume befindlich sein und unterliegen keiner besondern Controлле, wenn sie nicht in solchen Räumen lagern, welche mit den Mühlenräumen zusammenhängen.

Findet aber eine Lagerung in häuslichen, mit den Mühlenräumen zusammenhängenden Räumen statt, so sind die Getreide-Bestände der Müller, von denen übrigens nach §. 20. niemals etwas im Mühlenraume selbst ohne Mahlschein sich befinden darf, der Controлле unterworfen, und ist der Müller in dieser Beziehung verpflichtet, ein Notizbuch, nach Anweisung des Steueramts, über seine Getreide-Bestände zu führen und darin jeden Zu- und Abgang sofort zu bemerken.

Auch ist der Müller gehalten, dieses Notizbuch und die betreffenden Getreide-Bestände den revidirenden Steuerbeamten auf Erfordern jederzeit vorzuzeigen und für die etwa nöthigen Ermittlungen der Menge dieser Getreide-Bestände ausreichende Hülfe zu beschaffen.

§. 50.

9) Mahlmehl.

Wird der Mahllohn in Körnern, durch die sogenannte Mahlmeze, entrichtet, so muß letztere, weil sie nicht mit versteuert wird, sondern erst dann der Versteuerung unterliegt, wenn der Müller sie vermahlen will, von den für den Mahlgast zu verarbeitenden Körnern abgesehen und zur Steuerstelle und zur Mühle gebracht werden.

Bei der Rückverwiegung wird dann auf die Mahlmeze, welche, wenn der Müller sie in den Mühlenraum aufnehmen will, sofort nach der Ankunft in der Mühle, in einem unter Mitverschluß der Steuerbehörde stehenden Meßkasten gebracht werden muß, keine Rücksicht genommen.

Der Meßkasten wird von Zeit zu Zeit, nach vorgängiger Anzeige bei dem Steueramte, in Gegenwart eines Steuerbeamten geleert und dessen Inhalt aus der Mühle geschafft.

§. 51.

10) Stein- u. Staubmehl.

Das Stein- und Staubmehl darf gleichfalls nur in einem, unter Mitverschluß der Steuerbehörde stehenden Kasten in der Mühle aufbewahrt werden. Dieser



Rasten wird von Zeit zu Zeit unter amtlicher Aufsicht geleert und die darin vorhandenen gewesen Bestände werden sogleich aus der Mühle entfernt.

§. 52.

Weber für den eigenen Bedarf noch für den Handel mit Mühlenfabrikaten darf Mahlgut in den Mühlenräumen aufbewahrt werden.

11) Mahlgut-  
Vorräthe.

§. 53.

Diejenigen Müller, welche Mahlgut zum Verkauf oder zum Tausche bereiten, oder Bestellungen auf Mehl oder auf Getreide zu Mehl annehmen, oder überhaupt mit Mühlenfabrikaten Handel treiben wollen, haben die Vorschriften der §§. 98. bis 106. zu beobachten.

12) Handel  
mit Mehl und  
andern Mül-  
lenfabrikaten.

§. 54.

Die Mühlen mit den dazu gehörigen Räumen (§. 41.) müssen für die Steuerbeamten in den Stunden von 6 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends stets geöffnet sein.

13) Mühlen-  
Revisionen.

Außer diesen Stunden ist den Beamten der Eintritt in die Mühlen gestattet, so lange dieselben im Gange sind.

Wird am Abend oder während der Nacht der Zugang zur Mühle verschlossen, so muß ein Klingelzug oder eine andere geeignete Vorrichtung vorhanden sein, durch welche die Steuerbeamten sich ankündigen. Auf das von denselben gegebene Zeichen ist ihnen ungesäumt zu öffnen.

Die Müller und ihre Leute haben den Beamten über alles, worüber sie des Dienstes wegen Auskunft erfordern, solche zu erteilen, auch die Vorkehrungen und Handleistungen zu beschaffen, welche für die Mühlenaufsicht der Beamten, einschließ- lich der von ihnen erforderlich zu achtenden Nachwiegunen, nöthig sind.

Insbesondere hat der Müller, wenn die Verwiegung einer in Betrieb befindlichen Post nöthig befunden wird, die Mühle auf Verlangen sofort anzuhalten und alle für diesen Zweck erforderlichen Vorrichtungen zu leisten.

§. 55.

Ueber das zur Mühle gelangende Mahlgut hat der Müller ein Register, das „Mühlen-Register“, zu führen. Wird die Mühle auch durch Land-Mahlgut beschickt, so wird dasselbe in zwei Abtheilungen, von denen die eine für steuerpflichtiges, die andere für Land-Mahlgut bestimmt ist, geführt.

14) Mühlen-  
Register.

In dies Register ist jede neue Mahlpast, sofort nach Aufnahme in der Mühle, unter einer fortlaufenden Nummer, mit Hinweisung auf die Nummer des Mahlscheins, einzutragen und der Abgang sofort nach der Entfernung aus der Mühle zu vermerken.

§. 56.

Das Steueramt hält für jede unter Steuer-Aufsicht stehende Mühle ein Buch, in welches jede Revision mit demjenigen, was dabei zu bemerken, von den Beamten nach der Zeitfolge niedergeschrieben wird.

15) Mühlen-  
Revisionsbuch.

Dieses Revisionsbuch sowohl, als die Mühlenregister, werden an dem vom dem Oberbeamten dazu bestimmten Orte in der Mühle niedergelegt, und der Müller ist dafür verantwortlich, daß sie jederzeit unbeschädigt vorhanden sind.

16) Verschluß  
der Mühlen.

§. 57.

Mühlen, welche auf längere Zeit außer Betrieb kommen, können unter amtlichen Verschluß gesetzt werden.

§. 58.

2. Pflichten der  
Müller, welche  
unter allge-  
meiner Auf-  
sicht stehen.

Für die Inhaber der unter allgemeiner Controle stehenden Mühlen kommen, insofern nicht für den einen oder den andern besondere Vorschriften ertheilt sind, die Bestimmungen der §§. 37., 40., 42., 53., 54. und 56. zur Anwendung, und es bleibt nach den Umständen vorbehalten, diese Mühlen unter besondere Aufsicht zu stellen, oder diejenigen Controllen anzuordnen, welche zur Sicherung des Mahlsteuer-Interesses für nothwendig erachtet werden möchten.

### III. Abschnitt.

#### Schlachtsteuer.

§. 59.

A. Im Stadt-  
bezirk.

1. Gewerbs-  
schlächter.

1) Anzeige  
der Gewerbe-  
Name.

Jeder Schlächter giebt dem Steueramte eine schriftliche Anmeldung darüber ab, wo seine Viehbestände sich befinden, wo die Schlachtungen geschehen, wo die Fleischbestände und die Felle aufbewahrt werden sollen.

Er ist an genaue Beobachtung seiner Angabe so lange gebunden, als solche nicht durch fernere schriftliche Anzeige an das Steueramt abgeändert worden ist, oder dieses nicht in besondern Fällen eine Ausnahme ausdrücklich gestattet hat.

In gemeinschaftlichen Räumen, als z. B. Scharren oder Kellern, hat jeder Schlächter oder Händler mit Fleisch oder Fleischwaaren den ihm gehörigen Raum mit seinem Namen deutlich zu bezeichnen und, daß dieses geschehen, gleich in der abzugebenden Anmeldung zu bemerken.

§. 60.

2) Angabe, ob  
nach Städ-  
tsagen oder Ge-  
wicht versteuert  
werden soll.

Vor dem Antritt eines jeden Kalender-Vierteljahres hat sich jeder Schlächter zu erklären, ob er das zu schlachtende Vieh nach dem Gewichte (§. 68.), oder ob und welche Viehgattungen er nach dem Stücksaße versteuern will. Diese Erklärung ist alsdann auf die Dauer des betreffenden Vierteljahres für ihn verbindlich, so daß er in keinem Falle mehr die Wahl hat, ob er nach dem Stücksaße oder nach dem Gewichte versteuern will.

Von demjenigen Gewerbetreibenden, welcher in der bestimmten Frist keine Erklärung abgegeben hat, wird angenommen, daß er von der Zulassung zur Versteuerung nach Stücksaßen keinen Gebrauch machen wolle.

Wenn zwei oder mehrere Schlächter die eine oder die andere Viehgattung gemeinschaftlich schlachten, so müssen sie sämmtlich über Gewichts- oder Stück-Versteuerung der betreffenden Viehgattungen eine übereinstimmende Erklärung abgeben.

Das Recht auf Zulassung zur Versteuerung nach dem Stücksaße geht verloren:

- 1) wenn ein Schlächter einzelne Stücke derjenigen Vieh-Gattung, für welche er die Stück-Versteuerung gewählt hat, auf den Namen eines anderen Schlächters, welcher nach Gewicht versteuert, oder
- 2) umgekehrt, wenn er ein Stück von einem Schlächter, welcher nach Gewicht steuert, auf seinen Namen zur Stück-Versteuerung abfertigen läßt.

In beiden Fällen kann auch der nach dem Gewichte steuernde Schlächter, welcher dem nach dem Stücksaße steuernden behülflich gewesen ist, von der Stücksaß-Versteuerung ausgeschlossen werden.

§. 61.

Jeder Schlächter erhält ein Schlacht-Revisions- und Versteuerungsbuch, welches von dem Steueramte für jedes Kalender-Vierteljahr unentgeltlich geliefert wird.

Dieses Buch muß in den Gewerbräumen an einem vom Schlächter zu bestimmenden und von dem Steueramte auf dem Titelblatte zu bemerkenden Orte beständig so vorliegen, daß die Beamten solches, insofern es nicht eben zur Steuer-Hebestelle geschickt ist, sogleich zum Gebrauch empfangen können.

§. 62.

Sind die Gewerbräume in der Art örtlich getrennt, daß etwa die Fleischvorräthe an verschiedenen Orten beruhen, so bestimmt der Oberbeamte, wo das Buch sich befinden soll, und es werden in den übrigen getrennten Räumen, zur vollständigen Uebersicht der Bestände, besondere, vom Steueramte mit dem Amtssiegel zu bezeichnende Anschreibebogen niedergelegt, für welche, in Bezug auf ihre gehörige Aufbewahrung, dieselben Vorschriften, wie für die Steuerbücher gelten.

§. 63.

Diese Bücher und Anschreibebogen müssen reinlich gehalten werden; sie dürfen nicht abhanden kommen und darf darin von Seiten des Schlächters nichts geschrieben, radirt oder geändert werden. Am Schlusse des Vierteljahres werden sie gegen neue umgetauscht, den Schlächtern aber, nachdem sie duragesehen worden sind, auf Verlangen zurückgegeben, mit der Verpflichtung jedoch, sie ein Jahr lang aufzubewahren und auf Erfordern vorzulegen.

§. 64.

Keine Schlachtung darf ohne vorgängige Erlaubniß des Steueramtes geschehen, auch nicht anders, als genau nach Inhalt dieser im Steuerbuche eingetragenen Erlaubniß.

Dafür ist nicht nur der Schlächter verhaftet, sondern auch derjenige, welcher für ihn die Schlachtung verrichtet.

§. 65.

Das Schlachten darf in der Regel nur von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang geschehen.

Zum Schlachten außer dieser Tageszeit wird unter Umständen das Steueramt, einer der Rassen- oder ein Oberbeamter die Erlaubniß, mit Bestimmung der Schlachtkunde, zwar erteilen, es muß dann aber den Steuerbeamten das Schlachthaus bis zur beendigten Schlachtung offen sein.

§. 66.

Vor der Schlachtung muß dem Steueramte die Zahl und Gattung des zu schlachtenden Viehes, auch angezeigt werden, an welchem Tage und zu welcher Stunde, Vor- oder Nachmittags, geschlachtet werden soll. Die deklarirte Schlachtkunde ist genau inne zu halten.

§. 67.

Soll nach Stücksaßen versteuert werden, so erfolgt sofort die Erlegung der Steuer.

3) Steuer-  
bücher.

4) Erlaubniß  
zum Schlachten

5) Schlacht-  
zeit.

6) Anmeldung  
und Ver-  
steuerung.  
a) Schlacht-  
Anzeige.

b) Abfertigung  
an) nach  
Stücksaßen.

Die Entrichtung derselben, die angezeigte Schlachtzeit und der Viehabgang wird in dem der Hebestelle vorzulegenden Steuerbuche bemerkt und dieß sofort zurückgegeben.

§. 68.

b) nach dem Gewichte.

Bei der Versteuerung nach dem Gewichte wird verfahren, wie im §. 67. bestimmt ist, nur die Gefälle-Entrichtung unterbleibt vorläufig, wogegen Sicherheit dafür gefordert werden kann.

Nach vollzogener Schlachtung wird das ausgeschlachtete Vieh, wie es an den Hacken zu kommen pflegt, d. h. ohne Füße, Eingeweide und Darmfett, unzertheilt mit dem Steuerbuche zur Waage des Steueramts gebracht, dort verwogen und das Gewicht, sowie die nun danach zu erhebende Steuer in das Buch eingetragen.

Die verwogenen Viehstücke müssen durch einen Einschnitt an geeigneter Stelle, oder auf andere Weise eine von der Steuerbehörde zu wählende Bezeichnung erhalten.

§. 69.

c) Ermittelung schaffliche Schlachtung.

Wenn Mehrere ein Stück Vieh gemeinschaftlich schlachten, so muß derjenige, welcher die Versteuerung leistet, außer der im §. 66. vorgeschriebenen Meldung, auch noch angeben, wer die übrigen Theilnehmer sind, wo die Schlachtung und wo und zu welcher Stunde die Theilung des Stückes erfolgen soll.

Bevor die einzelnen Theilnehmer dieses Fleisch übernehmen, müssen sie diesen Zugang von dem Steueramte in ihre Steuerbücher eintragen lassen.

§. 70.

d) Kauf oder Verkauf des Fleisches.

1) Kein Schlächter darf geschlachtetes Vieh, weder ganz noch theilweise von einem andern Schlächter kaufen oder übernehmen, wenn nicht vorher beide, sowohl derjenige, welcher ein Stück geschlachtet hat, als derjenige, dem das ausgeschlachtete Stück Vieh ganz oder zum Theil abgelassen werden soll, mit ihren Schlachtversteuerungsbüchern sich bei dem Steueramte gemeldet und daselbst die resp. Ab- und Zuschreibung des Fleisches, mit genauer Angabe des Gewichtes, in ihren Büchern nachgesucht haben.

Eine gleiche Meldung muß geschehen, wenn ein Schlächter Fleisch von andern Personen kauft, und es muß dabei der Schlachtversteuerungsschein (§. 71.) und das Steuerbuch vorgelegt werden.

2) Bei Vermehrung des Fleischbestandes in dem Falle ad 1. darf der Zugang an Fleisch nicht in die Gewerbsräume des Schlächters aufgenommen werden, bevor nicht die Anmeldung und Zuschreibung im Versteuerungsbuche bei dem Steueramte erfolgt ist.

3) Wer nach Stücksaß versteuert und an nach Gewicht steuernde Schlächter ausgeschlachtete Viehstücke im Ganzen, zur Hälfte oder auch zum Viertel abläßt, muß solches vor der Abgabe dem Steueramte anmelden, und es muß, sofern die zu veranlassende Gewichts-Ermittelung einen höhern Steuerbetrag als der Stücksaß ergibt, das Mehr nachversteuert werden.

4) Wer nach Gewicht steuert und an einen nach Stücksaß steuernden Schlächter ausgeschlachtete Viehstücke in gedachter Art abläßt, muß bis zum vollen Stücksaße, wenn dieser höher als die Gewichts-Versteuerung ist, nachsteuern.

§. 71.

II. Schlachten zum eigenen Bedarf.

Für Schlachtungen zum eigenen Bedarf derjenigen, welche nicht Schlächter sind, finden in Abticht der Schlachtzeit die Bestimmungen des §. 65. gleichmäßige Anwendung.

Gegen der Anmeldung zum Schlachten gilt die Vorschrift §. 66., jedoch ist noch anzugeben:

- a) ob die Steuer nach dem Stücksaße oder
- b) nach dem Gewichte entrichtet werden soll.

§. 72.

Soll die Versteuerung nach Stücksaße geschehen, so ertheilt das Steueramt, der Anmeldung gemäß, gegen Erlegung der Steuer, einen die Quittung enthaltenden Schlachtschein.

Wird aber die Versteuerung nach dem Gewichte vorgezogen, so wird nur der obere Theil des Schlachtscheins ausgefertigt und dieser ausgehändigt, wobei die Abtragung der Steuer auf Erfordern durch ein Pfand sicher gestellt werden muß.

Gleich nach erfolgter Schlachtung und spätestens am folgenden Vormittage, wird das ausgeschlachtete Stück Vieh in der §. 68. bezeichneten Weise zur Verwiegung gestellt und nach dem ermittelten Gewichte die Steuer entrichtet, gegen Rückempfang des mit der Quittung vervollständigten Scheins, von welchem das Waageattest zurückbehalten wird.

Ist das zu schlachtende Vieh aus den Beständen des Steuernden und stehen diese unter Controle (§. 73. und 74.), so wird der Abgang in dem mit vorzulegenden Vieh-Controlebuche vermerkt.

§. 73.

Niemand darf eine solche Schlachtung (§. 71. und 72.) verrichten, ohne vorher den Schlachtschein eingesehen zu haben, auch nicht anders als genau nach Inhalt desselben, in Bezug auf Gattung des Viehes und Zeit und Ort der Schlachtung.

Sobald das Vieh getödtet ist, muß der Schlachtende die obere Hälfte des Schlachtscheins einreißen.

§. 74.

Den eingerissenen Schlachtschein (§. 73.) ist der Steuernde verpflichtet, noch ein Jahr lang aufzubewahren und auf Erfordern vorzulegen.

§. 75.

Der Controle der Viehbestände sind unterworfen:

- a) die Schlächter;
- b) die Viehhändler, Viehmäster und diejenigen Gewerbetreibenden, welche ihres Gewerbes wegen Vieh halten.

§. 76.

Die Controle der Viehbestände wird geführt:

- a) bei den Schlächtern durch die Schlacht-Revisions- und Versteuerungsbücher;
- b) bei den Viehhändlern, Viehmästern und denjenigen Gewerbetreibenden, welche ihres Gewerbes wegen Vieh halten, durch besondere Vieh-Controle-Bücher.

Für letztere, welche von dem Steueramte geliefert und, wenn sie vollgeschrieben sind, gegen neue umgetauscht werden, gelten gleichmäßig die Bestimmungen der §. 61. und 63.

In diesen Steuerbüchern sub a. und b., wird jeder Zu- und Abgang an Vieh zu- und abgeschrieben, und die Inhaber haften für die jederzeitige Richtigkeit ihres Vieh-

1) Schlacht-  
Anzeige.

2) Abfertigung.

3) Abklagen.  
halten des  
Schlachtenden.

4) Aufbewahrung des  
Schlachtscheins

III. Vieh-  
Controle.  
1) wo sie  
stattfindet.

2) Nachweis  
durch Steuer-  
und Vieh-  
Controlebücher

bestandes nach dem Inhalte derselben. Sie haben sich deshalb zu überzeugen, ob die An- und Abschreibungen darin genau geschehen sind; im Falle des Irrthums aber sofort auf Abänderung anzutragen.

3) Eingang  
des Viehes.

§. 77.

Das Einbringen des Viehes ist nur durch die §. 8. angegebenen Thore erlaubt und darf nur stattfinden:

- a) In den Monaten Januar, Februar, October, November und December, in den Stunden von früh 7 bis 8 Uhr Abends;
- b) in den Monaten März, April, Mai, Juni, Juli, August und September, in den Stunden von früh 6 bis Abends 10 Uhr.

Treten besondere Fälle ein, in denen außer dieser Zeit Vieh eingebracht werden soll, so ist dazu die schriftliche Erlaubniß des Steueramts oder eines Oberbeamten erforderlich.

Bei der Thor-Expedition wird das einzuführende Vieh angemeldet und von dieser, nöthigenfalls unter Erhebung eines angemessenen Pfandes, ein Thor-Anmeldeschein ausgestellt. Dieser Thor-Anmeldeschein ist dem Steueramte zur Versteuerung oder Annotation im Versteuerungs- oder Vieh-Controllbuch noch an demselben Tage, im Falle des Eingangs Abends, nach dem Schlusse der Dienststunden aber, am nächsten Morgen vorzulegen und hierauf spätestens am dritten Tage nach dessen Ausstellung, bei Verlust des eingelegten Pfandes, der betreffenden Thor-Expedition zurückzustellen.

4) Zu- u. Ab-  
gangsanzeige.

§. 78.

Jeden Viehzugang, er entstehe

- a) durch Ankauf in der Stadt, oder
- b) aus eigener Zucht,

muß der Schlächter sowohl als der Viehbesitzer (§. 75. und 76.) anmelden und zwar muß

- ad a) die Anmeldung und Eintragung geschehen sein, bevor das Vieh im Hause aufgenommen wird,
- ad b) in den ersten 24 Stunden nach der Geburt, unter Vorlegung des Steuer- oder Vieh-Controllbuches.

Der Abgang durch Schlachten wird vorher bei der Anmeldung zum Schlachten (§§. 66. und 71.) mit Vorlegung des Steuer- oder Vieh-Controllbuches, dem Steueramte angezeigt

§. 79.

5) Abgang  
durch Verkauf.

Der Abgang durch Verkauf oder sonstige Entäußerung wird durch eine besondere Anmeldung angezeigt, welche, auf Erfordern der Steuerbehörde, schriftlich abgegeben werden muß, sonst aber mündlich geschehen kann. Derjenige, an den das Vieh gelangt, ist zuverlässig nachzuweisen.

Geschieht die Veräußerung nach außerhalb der Stadt, so wird nach erfolgter Anmeldung im Ausgangsthore, von dem richtigen Ausgange Ueberzeugung genommen und, nachdem derselbe bescheinigt ist, die Abschreibung bewirkt.

§. 80.

Im Falle des Viehabganges durch Sterben ist das gefallene Stück demjenigen Beamten vorzuzeigen, der dazu, in Folge der eingereichten Abgangs-Anzeige brauftragt wird.

Das krepirte Vieh muß hierauf unter amtlicher Aufsicht aus dem Stadtbezirke geschafft und vergraben werden. Den erfolgten Ausgang aus der Stadt hat außer dem begleitenden, auch der Beamte des Ausgangsthores zu bescheinigen.

§. 81.

Soll der Viehbestand oder ein Theil davon zur auswärtigen Hütung oder Mast auf länger als einen Tag gehen, so ist zuvor dem Steueramte davon Anzeige zu machen, welches den Ausgang aus dem Thore kontrolliren und bescheinigen läßt, sodann aber den Abtrieb im Steuerbuche bemerkt.

§. 82.

Vieh, welches nur für den Tag zur Hütung ausgetrieben wird und des Abends zurückkehrt, wird in den Steuerbüchern nicht ab- und angeschrieben, es muß jedoch beim Aus- und Wiedereingange derjenigen Thoranmeldestelle, wo es vorübergeht, angemeldet werden, damit dieselbe von der Uebereinstimmung des Ein- und Austriebes Ueberzeugung nehme.

Wer erklärt hat, seinen Viehbestand täglich zur Weide treiben zu lassen, darf ohne vorherige Anzeige nichts davon zurückbehalten.

§. 83.

Veränderungen des Viehbestandes, welche dadurch entstehen können, daß ein Stück Vieh durch ein höheres Alter in eine andere steuerpflichtige Klasse tritt, brauchen nicht besonders angemeldet zu werden; vorkommenden Falles berichtigen die Beamten die Bücher durch Zu- und Abschreibung.

Schaf- und Ziegenlämmer, ingleichen Swanferte, werden als solche nur den ersten Sommer hindurch, mithin bis zum 1. October, die außer der gewöhnlichen Zeit geborenen aber, als solche nur ein halbes Jahr lang erachtet, welches letztere auch auf Kälber Anwendung findet.

Nach Ablauf dieser Fristen tritt das genannte Jungvieh beziehungsweise in die Klasse der Schafe, Ziegen, Schweine, und der Stiere und Fersen.

§. 84.

Auswärtiges Vieh, welches zum Verkauf eingeführt werden soll, muß der betreffenden Thor-Expedition genau angemeldet werden. Nach geschehener Durchzählung stellt diese, gegen Deponirung eines angemessenen Pfandes, einen Thor-Anmeldeschein aus.

Beim Verkaufe sind die Steuer- und Vieh-Controllbücher nach dem Steueramte zu bringen, welches die Eintragung des gekauften Viehes in den Büchern der Käufer und gleichzeitig auch in dem Thor-Anmeldeschein bemerkt.

Die Zahl des etwa unverkauft wieder ausgehenden Viehes muß der Einbringer angeben, solche wird von dem Steueramte kurzweg bemerkt und nachdem der Thorbeamte den wieder ausgehenden Theil durchgezählt hat, bescheinigt er die Richtigkeit des Wiederausganges und zahlt das eingelegte Pfand zurück.

6) Abgang durch Sterben.

7) Austrieb zur Hütung oder Mast auf längere Zeit.

8) Täglicher Austrieb zur Hütung.

9) Veränderungen des Viehstandes durch Alter.

10) Controlirung des fremden Viehes.  
a) zum Verkauf.

b, durch:  
gebendes.

§. 85.

Vergleichen fremdes Vieh, welches, ohne zum Verkauf bestimmt zu sein, ein- und wieder ausgeführt wird, erhält die im §. 84. vorgeschriebene Abfertigung auf Thor-Anmeldeschein.

IV. Revision.

§. 86.

1) der Ge-  
werbsräume  
und Vieh-  
bestände.

Die Beamten sind befugt, von Morgens 6 bis Abends 9 Uhr die angemeldeten Gewerbsräume der Schlächter zu revidiren. Auch außer dieser Zeit unterliegen dieselben, so lange darin gearbeitet wird, der Revision durch die Beamten. Die Schlächter und deren Gehülfen sind verpflichtet, sich während der Revision ruhig und bescheiden zu verhalten und den revidirenden Beamten diejenige Hülfe zu leisten oder leisten zu lassen, welche erforderlich ist, um die Revision gebührend vorzunehmen. Auch sind die Beamten berechtigt, in Betreff der bei Privatpersonen vorkommenden Schlachtungen zum eigenen Gebrauch, sich durch abzuhalten-Revisionen von der Richtigkeit der geschehenen Anmeldung und Versteuerung zu überzeugen.

Viehändler, Viehmäster und andere Gewerbetreibende, welche ihres Gewerbes wegen Vieh halten (§. 75.) haben die Verpflichtung, den Beamten bei der abzuhalten-Revision über den Ursprung oder den Verbleib ihres Viehes, durch Vorlegung ihrer Vieh-Controllbücher Auskunft zu geben.

2, der Fleisch-  
bestände.

§. 87.

Bei Revision der Fleischbestände hat der Schlächter den Revisions-Beamten die vorhandenen Bestände genau anzugeben, auch, wenn gegen das abgeschätzte Gewicht des in Stücken befindlichen Fleisches Widerspruch erhoben wird, dasselbe vorzuwiegen, event. zur Steuer-Waage zu schaffen, damit die Revisions-Vermerke richtig und in voller Uebereinstimmung mit dem vorhandenen Fleische in die Fleisch-Controle eingetragen werden können.

Bei den Revisionen der gemeinschaftlich von den Fleischern zur Aufbewahrung des Fleisches benutzten Scharren oder Keller wird das in diesen Räumen vorgefundene Fleisch von den Steuerbeamten als dem gebührend betrachtet, dessen Namen der Platz, an dem sich das Fleisch befindet, anzeigt.

5. Gewerbi-  
bes Schlächten  
im äußern  
Stadtbezirk.

§. 88.

Die im §. 1. des Gesetzes vom 2 April 1852 bezeichneten Personen im äußern Stadtbezirk, welche von dem Vieh, welches sie schlachten, die Schlachtsteuer entrichten müssen, stehen, in Absicht ihrer Fleisch- und Viehbestände ebenfalls unter der besondern Aufsicht der Beamten und es kommen rüchlichlich ihrer die §§. 59. bis incl. 70., 75., 76., 78. bis incl. 83. 86. und 87. zur Anwendung.

Entnehmen Schlächter im äußern Stadtbezirk Fleisch von Schlächtern aus der Stadt, so ist das Steuerbuch mit der bereits von dem Steueramte bewirkten Eintragung der Thor-Expedition zur Ausgangs-Bescheinigung vorzulegen.

An Sonn- und Festtagen bewirken die betreffenden Thor-Expeditionen die Eintragung des Zugangs an Fleisch.



#### IV. Abschnitt.

Ein-, Durch- und Ausgang von Mehl-, Back- und Fleisch-Waaren.

##### §. 89.

Die im §. 1. des Gesetzes vom 2. April 1852 benannten Gegenstände müssen, sobald sie zusammengenommen ihrem Gewichte nach steuerpflichtig sind, sofort beim Eingange der betreffenden Thor-Expedition (§. 8.) angemeldet werden, welche nach ge- nommener Uebergewegung von der Richtigkeit der Anmeldung, einen Thor-Anmelde- schein ausfertigt und damit den Einbringer zur Abfertigung an das Steueramt ver- weist. Die Thor-Expedition kann die steuerpflichtigen Gegenstände unter amtlichen Verschluss legen, oder begleiten, oder auch auf Höhe der Steuer Sicherheit bestellen lassen. In dem Anmeldescheine, welchen die Thor-Expedition ertheilt, wird zugleich diese Sicherheitsleistung oder der angelegte Verschluss und die Zeit des Einganges be- merkt. Der Einbringer hat sich zu überzeugen, ob seine Angabe in dem Anmelde- schein richtig übernommen sei; etwaige Abweichungen muß er sofort berichtigen lassen; spätere Behauptung eines Irrthums kann nicht berücksichtigt werden.

##### §. 90.

Mit diesem Anmeldescheine sind die Gegenstände sofort und ohne Aufenthalt zum Steueramte zu bringen, wo die specielle Revision erfolgt und der Befund von dem Revisionsbeamten im Rücken des Anmeldescheins bemerkt wird. Hierauf erfolgt die Erhebung der Abgabe, die Nummer des Heberegisters, unter welcher die Gefälle ge- bucht sind, wird auf dem Thor-Anmeldeschein notirt und der Anmeldeschein dem Steu- ernden zurückgegeben, um, gegen Ausbändigung desselben an den Thor-Beamten, die bei diesem gestellte Sicherheit innerhalb dreier Tage einzulösen.

Mahl- und schlachtsteuerpflichtige Gegenstände in Mengen bis zu  $\frac{1}{2}$  Centner, welche Eisenbahn-Passagiere bei ihrer Ankunft einführen, können von der Thor-Ex- pedition am Saalthore auf erfolgte Anmeldung (§. 89.) schließlich abgefertigt werden.

Bezüglich derjenigen Personen, welche an Sonn- und Festtagen, sowie an Wo- hentagen nach geschlossenen Dienststunden auf der Eisenbahn ankommen, erweitert sich diese Befugniß auf steuerpflichtige Gegenstände bis zum Gewichte von  $\frac{1}{2}$  Centner.

##### §. 91.

Gehen mahl- und schlachtsteuerpflichtige Gegenstände mit Versendungs Scheinen in den Stadtbezirk ein, um darin zu verbleiben, so sind diese, unter Vorlegung des Versendungs Scheins, der Thor-Expedition anzumelden und, nach hier bescheinigtem Eingange, dem Steueramte zu stellen.

Werden von diesem die eingeführten Gegenstände mit dem zurückzubehaltenden Versendungs Scheine in Uebereinstimmung gefunden, so unterbleibt die Steuererhebung.

Sind solche Gegenstände vom Auslande eingegangen und ist davon an der Grenze der Eingangs-Zoll entrichtet worden, so unterbleibt die Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, wenn diese Gegenstände mit dem von dem Grenz-Zollamte angelegten Verschlusse und innerhalb der von demselben festgesetzten Frist eingehen, auch, sofern der Eingang über ein Preussisches Grenz-Zollamt stattgefunden hat, neben der Dui- tung über die Eingangs-Abgaben, ein Versendungs Schein den Transport begleitet.

A. Eingang.

1. Unver-  
steuert.

1) Anmeldung  
bei den Thor-  
Expeditionen.

2) Versteu-  
erung beim  
Steueramte.

11. Versteuert  
mit Versen-  
dungs Schein.

III. Für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk.

§. 92.

Mahl- und Schlachtsteuerpflichtige Gegenstände, welche unversteuert oder versteuert mit Versendeseheinen, für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk (§. 2.) von außerhalb eingebracht, müssen der ihnen zunächst gelegenen Thor-Expedition angemeldet und zur Abfertigung nach der obigen Vorschrift (§§. 89. bis einschließlich 91.) gestellt werden.

B. Durchgang. Unversteuert oder versteuert mit Versendesehein.

§. 93.

Sollen Fleisch- und Backwaaren, ingleichen Mühlenfabrikate, unversteuert oder versteuert mit Versendesehein durch den Stadtbezirk gehen, so werden sie vom Thor-Beamten, welchem sie anzumelden und zu stellen sind, mit Anmeldesehein nach §. 89. abgefertigt.

Sie müssen, insofern ein Aufenthalt in der Stadt nicht bei dem Steueramte oder einem Oberbeamten angemeldet und verstatet worden ist, ohne Verzug durch die Stadt durchgeführt werden. Vom Thor-Beamten des Ausgangsthores wird der etwa angelegte Verschluss untersucht, abgenommen und das bei dem Eingange gestellte Pfand, nach richtigem Befunde, zurückgegeben.

Bei Durchreisenden, welche steuerpflichtige Gegenstände mit sich führen und in dem Stadtbezirk übernachten, wird der betreffende Thor-Beamte diesen Aufenthalt auf dem nach §. 89. zu ertheilenden Thor-Anmeldesehein bemerken.

Verslossene Packete und Kisten, die angeblich zur Post befördert werden sollen, erhalten die Abfertigung nach Vorschrift des §. 89. Der Einbringer hat den empfangenen Anmeldesehein von der Postbehörde abstemeln zu lassen und erhält nur gegen Rückgabe des auf diese Weise erledigten Thor-Anmeldeseheins das eingelegte Pfand zurück.

C. Ausgang nach einer andern mahl- und Schlachtsteuerpflichtigen Stadt.

§. 94.

Wenn abgabepflichtige Gegenstände, von welchen die Mahl- oder Schlachtsteuer bereits entrichtet ist, nach einer andern mahl- und Schlachtsteuerpflichtigen Stadt gehen sollen, so stellt der Versender dieselben dem Steueramte, meldet sie nach Art, Gattung, Menge und Zahl der Frachstücke, sowie den Bestimmungsort an und empfängt auf Grund vorheriger Revision und nachdem der amtliche Verschluss angelegt ist, einen Versendungschein. Das Steueramt kann über die geschehene Besteuerung der zu versendenden Gegenstände Nachweis verlangen und, wenn dieser nicht befriedigend geführt wird, die Niederlegung der Steuer pfandweise bis zur ausgemachten Sache fordern.

Von der Expedition des Ausgangsthores wird der mit amtlichem Verschlusse wirklich erfolgte Ausgang, nach richtigem Befunde, auf der Rückseite des Versendungscheins bemerkt.

Auf Weizen- und Roggenmehl in Mengen von mehr als Einem Centner werden in Gemäßheit der Allerhöchsten Bestimmung vom 24. October 1832 Versendungscheine nicht ertheilt.

D. Verkehr zwischen der Stadt und dem vor den Thoren

§. 95.

Wer aus den vor den Thoren gelegenen Theilen des Stadtbezirks mahl- und Schlachtsteuerpflichtige Gegenstände, wozu auch Teig zum Verbacken gehört, in die Stadt

bringen will, muß solche beim Eingange der Thor-Expedition anmelden, zur Revision beilegen Theil stellen und derselben die geschehene Besteuerung nachweisen. des Stadtbezirks.

Geschieht dieser Nachweis genügend, so wird der Gegenstand steuerfrei eingelassen und der Eingang auf dem beigebrachten Steuerausweise bemerkt.

Ist letzterer zweifelhaft, so wird der Gegenstand mit Thor-Anmeldeschein an das Steueramt zu näherer Untersuchung verwiesen.

Kann die Steuer-Entrichtung auch dort nicht zuverlässig dargethan werden, so wird die Eingangsteuer erhoben und derjenige, von welchem der Gegenstand kommt, in Anspruch genommen, weil er unversteuertes Gut nicht besitzen durfte.

Sollen steuerpflichtige Gegenstände aus der Stadt in den vor den Thoren belegenen Theil des Stadtbezirks gehen, um wieder zurückzukommen (z. B. Brodtreig zum Backen, Schinken zum Räuchern), so muß, zum steuerfreien Wiedereingange, ein für allemal, oder in jedem einzelnen Falle zuvor die Erlaubniß des Steueramts nachgesucht werden. Ist diese erteilt, so werden die Gegenstände bei dem Ausgange der Thor-Expedition zur Revision gestellt und von ihr in ein besonderes Notizbuch eingetragen. Bei der Rückkunft, welche durch dasselbe Thor stattfinden muß, ist der Gegenstand wieder bei der Thor-Expedition anzumelden und wird steuerfrei eingelassen, sofern er für den, welcher ausgegangen war, erkannt wird.

§. 96.

Mehl-, Fleisch- und Backwaaren und andere Mühlenfabrikate, welche Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk (§. 2.) in den Stadtbezirk einführen, unterliegen der Entrichtung der Eingangsteuer nach den obigen Regeln (§. 89. und 90.) ebenso, als wenn sie von andern Personen eingeführt werden, mithin ohne Rücksicht auf deren vorangegangene Besteuerung, deren Nachweis gefordert werden kann.

F. Verkehr zwischen dem Stadtbezirk u. dem äußern Stadtbezirk.

Den Bewohnern des äußern Stadtbezirks kann, nach Ausweis des Bedürfnisses, von dem Steueramte nachgegeben werden, Brod- und Kuchenteig, welcher zum Verbacken bei den Bäckern des Stadtbezirks bestimmt ist, steuerfrei einzubringen.

Der Teig muß jedoch der betreffenden Thor-Expedition am Eingangsthore zur Verwiegung gestellt und sodann die Eingangsteuer nach dem ermittelten Gewicht niedergelegt werden.

Bei dem Wiedereingange des Brodes und Kuchens muß wiederholte Verwiegung bei derselben Thor-Expedition eintreten, wonächst dem Einbringer, wenn sich keine Unrichtigkeiten herausstellen, das eingelegte Pfand gegen Zurücklassung des beim Eingange erhaltenen Pfandscheins zurückgegeben wird.

§. 97.

Wer im Stadtbezirke Fuhrwerk, Rähne oder Gepäd führt, ist verbunden, die darüber von den Steuerbeamten an ihn gerichteten Fragen aufrichtig und bescheiden zu beantworten und sich der nöthig befundenen Revision zu unterwerfen, oder dem Beamten zur nächsten geeigneten Abfertigungsstelle zu folgen.

F. Transport im Stadtbezirk u. Markterverkehr das.

Kamentlich haben alle, welche hausirend, oder auf Marktplätzen oder an andern Verkaufsstellen steuerbare Gegenstände feilbieten, über die geschehene Entrichtung der Gefälle, auf Erfordern, sich auszuweisen, oder zu gewärtigen, daß Vorräthe, über welche

ne genügende Auskunft nicht geben können oder wollen, als mit Umgehung der Steuer erworben, angesehen und in Anspruch genommen werden.

## V. Abschnitt.

### Controllirung der Gewerbetreibenden im Stadtbezirke und im äußern Stadtbezirke.

#### I. Allgemeine Bestimmungen

##### 1) Anzeige der Gewerberäume.

#### §. 98.

Jeder im engern oder äußern Stadtbezirk wohnende oder sich etablirende Bäcker, Mehlhändler, Fleischer und Fleischwaarenhändler übergiebt dem Steueramte, unter Anzeige des Beginnes seines Gewerbes, eine zweifache schriftliche Anmeldung seiner Gewerberäume und der Aufbewahrungsorte seiner Bestände.

Diese Anmeldung ist für den Gewerbetreibenden so lange verbindlich, als er solche durch eine anderweite schriftliche Anzeige nicht abändert.

#### §. 99.

##### 2) Resonanzbäcker.

Jeder der im §. 98. erwähnten Gewerbetreibenden muß außerdem, wenn es verlangt wird, über den Zu- und Abgang an mahl- resp. schlachtsteuerpflichtigen Gegenständen ein besonderes Buch nach der vom Steueramte zu ertheilenden Anweisung halten und die Vorschriften pünktlich beobachten, welche jedem Einzelnen in dieser Beziehung werden bekannt gemacht werden.

#### §. 100.

Die Erfüllung der in den §§. 98. und 99. gegebenen Vorschriften darf auch von denjenigen im äußern Stadtbezirke wohnenden Händlern mit Graupen, Nudeln, Grieß, Stärke, Hirse, Backwaaren u., gefordert werden, deren Verkehr die Handhabung gleicher Controle, nach dem Ermessen der Provinzial-Steuerbehörde, nothwendig macht.

#### §. 101.

#### II. Besondere Bestimmungen

##### 1) Für die Müller, welche den Mehlhandel betreiben.

Die für den Handel bestimmten Vorräthe an Mühlenfabrikaten dürfen weder in den Mühlenräumen selbst, noch in solchen Räumen aufbewahrt werden, welche mit jenen in Verbindung stehen.

#### §. 102.

Ueber den Zu- und Abgang an Mühlenfabrikaten, welche für den Handel des Müllers bestimmt sind, ist ein nach näherer Anweisung der Steuerbehörde einzureichendes Contobuch zu führen

Jeder Zugang, wenn er durch eigene Fabrikation entsteht, ist, sobald das Fabrikat bereitet und aus der Mühle geschafft worden, unter Bezugnahme auf den betreffenden Mahlsteuerungsschein, unverzüglich einzutragen.

Zugang fertiger Mühlenfabrikate von außen ist, sobald er erfolgt, zu buchen und sind die empfangenen Steuerquittungen als Belag beim Conto aufzubewahren.

Zugang durch Uebernahme versteuerter Fabrikate von andern Mehlhändlern oder dritten Personen, kann nur durch das Steueramt vermittelt werden, welches die Zu- und Abschreibung in den, von den beiden Mehlhändlern vorzulegenden, Büchern bewirkt, oder, falls die Ueberlassung von Privatpersonen stattfindet, sich zuvorberst die erfolgte Besteuerung der zu überlassenden Quantitäten nachweisen läßt.

Bevor die Zuschreibung im Buche Seitens des Steueramts erfolgt ist, darf der Müller die Mühlenfabrikate in seine Behausung nicht aufnehmen.

§. 103.

Jeder Verkauf resp. Abgang von einem halben Centner und darüber in Einer Post, ist unter namentlicher Angabe des Empfängers sofort im Contobuche abzuschreiben.

Kleinere Verkäufe werden täglich summarisch abgeschrieben und muß diese summarische Abschreibung an jedem Tage bis spätestens 6 Uhr Abends erfolgt sein.

Außerdem ist der Müller zu dieser Abschreibung zu jeder Zeit im Laufe des Tages verpflichtet, wenn es Behufs der Revision von dem revidirenden Beamten verlangt wird.

§. 104.

Der Verkauf findet nur nach Gewicht statt; der Verkauf nach Gemäß ist unzulässig.

§. 105.

Der Müller ist verpflichtet, bei Verkäufen von zwei Pfund und darüber, dem Käufer einen mit dem Datum und Stunde der Herausgabe versehenen Verkaufszettel auszuhandigen.

Jeder Bewohner des Stadtbezirks, welcher Mühlenfabrikate von den Müllern entnimmt, ist gehalten, sich vom Müller einen solchen Verkaufszettel ausstellen zu lassen und denselben unmittelbar nach dem Weggange aus der Mühle, bei den der Mühle zunächst gelegenen Thor-Expeditionen abzugeben.

§. 106.

Zu diesen Verkaufzetteln erhält der Müller vom Steueramte Formulare, welche mit fortlaufender Nummer zu versehen sind und vom Müller nur nach der Nummerfolge ausgegeben werden dürfen.

§. 107.

Für die übrigen Mehlhändler kommen, falls eine Buchführung für dieselben angeordnet ist, die Vorschriften der §§. 102. bis einschließlich 104. ebenfalls zur Anwendung.

2) Für die übrigen Mehlhändler im Stadtbezirk.

## VI. Abschnitt.

### S t r a f e n.

§. 108.

Wer es unternimmt, sich der schuldigen Mahl- oder Schlachtsteuer durch Uebertretung der dafür gegebenen Bestimmungen zu entziehen, ist nach §. 17. des Gesetzes vom 30. Mai 1820 den Strafen der Steuerverkürzung aus §. 60. bis einschließlich 65. der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 verfallen.

Müller, Bäcker, Schlächter, Viehhalter und Andere, welche wissentlich oder durch Nichtbefolgung der sie treffenden Vorschriften, beabsichtigte Steuerumgehung befördern, verwirken dieselbe Strafe.

Andere Uebertretungen der in diesem Regulativ enthaltenen Vorschriften werden nach §. 90. der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 mit einer Strafe von 1 bis 10

Thoren geahndet, wenn nicht aus den im §. 17. des Gesetzes vom 30. Mai 1820 bezogenen und für die Wahl- und Schlachtsteuer mit geltend erklärten Bestimmungen schwerere Strafen zu verhängen sind.

Magdeburg, den 5. Januar 1853.

Der Geheime Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Director von Jordan.

## Uebersicht des Inhalts.

### I. Abschnitt.

#### Allgemeine Bestimmungen.

- A. Dereliche Begrenzung der Steuerpflichtigkeit.
  - 1) Stadtbezirk §. 1.
  - 2) Neuerer Stadtbezirk §. 2.
- B. Beamte.
  - 1) Zur Aufsicht §. 3.
  - 2) Zur Erhebung §. 4.
- C. Steuerstraßen und Eingänge in den Stadtbezirk.
  - 1) Steuerstraßen.
    - a) Einhaltung derselben §. 5.
    - b) Bezeichnung der Steuerstraßen.
      - aa) Vom Eintritt in den Stadtbezirk, nach den Thoren und dem Steueramte, sowie aus dem Stadtbezirk und durch denselben §. 6.
      - bb) Zwischen den Mühlen und dem Steueramte §. 7.
  - 2) Verbot aller andern Eingänge §. 8.
  - 3) Meldung bei den Thor-Expeditionen.
    - a) Beim Eingange in die Stadt §. 9.
    - b) Beim Eingange für Bewohner des vor den Thoren belegenen Theils des Stadtbezirks und für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk §. 10.
- D. Zeit für den Eingang und die Abfertigung.
  - 1) Bei dem Steueramte §. 11.
  - 2) Bei den Thor-Expeditionen §. 12.

### II. Abschnitt.

#### M a h l s t e u e r.

- A. Aufsicht auf die Mühlen.
  - 1. Deren Ausdehnung im Allgemeinen §. 13.
  - II. Nach Verschiedenheit der Mühlen.
    - 1) Mühlen unter besonderer Aufsicht §. 14.
    - 2) Mühlen unter allgemeiner Aufsicht §. 15.
    - 3) Privatmühlen §. 16.
    - 4) Mühlen für andere Zwecke §. 17.
    - 5) Neu entstehende Mühlen §. 18.
- B. Behandlung der unter besonderer Aufsicht stehenden Mühlen.
  - 1. Allgemeine Bestimmungen.

- 1) Form der Steuer-Entrichtung §. 19.
- 2) Mahlscheine.
  - a) Deren Erforderniß §. 20.
  - b) In Bezug auf Menge der Körner §. 21.
  - c) In Bezug auf Körnergattung §. 22. und 23.
- 3) Transport zu und von den Mühlen §. 24.
- 4) Bezeichnung der Säcke §. 25.
- 5) Gewichtsverhältniß des gefertigten Mahlguts zu den Körnern §. 26.

II. Abfertigung zu den unter besonderer Controle stehenden Mühlen.

- 1) Steuerpflichtiges Mahlgut.
  - a) Anmeldung §. 27.
  - b) Prüfung der Anmeldung §. 28.
  - c) Besteuerung und Bezeichnung §. 29.
  - d) Verwiegung des fertigen Mahlguts §. 30.
- 2) Branntwein- und Brauschroot §. 31.
- 3) Land-Mahlgut.
  - a) Begriff §. 32.
  - b) Legitimation durch Bescheinigung der Ortsvorstände §. 33.
  - c) Anmeldung §. 34.
  - d) Verwiegung des fertigen Mahlguts und Abfuhr aus der Mühle §. 35.

C. Behandlung der unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen.

I. Allgemeine Bestimmung.

- 1) Form der Steuer-Erhebung §. 36.
- 2) Bezeichnung der Säcke §. 37.

II. Besondere Bestimmungen für die Deudizmühle §. 38.

D. Pflichten der Müller, welche unter besonderer Controle stehen §. 39.

- 1) Anzeige vorkommender Besitzveränderungen §. 40.
- 2) Abtheilung der Mühlenräume §. 41.
- 3) Mühlenbeschreibung §. 42.
- 4) Vergleichung des Mahlguts mit dem Mahlscheine.
  - a) Nach Gattung §. 43.
  - b) Nach Menge §. 44.
- 5) Verfahren mit den Mahlscheinen §. 45. und 46.
- 6) Dauer der Gültigkeit der Mahlscheine auf den Mühlen §. 47.
- 7) Eigenes Mahlgut der Müller §. 48.
- 8) Getreide-Bestände der Müller §. 49.
- 9) Mahlmeße §. 50.
- 10) Stein- und Staubmehl §. 51.
- 11) Mahlgut-Vorräthe §. 52.
- 12) Handel mit Mehl- und andern Mühlenfabrikaten §. 53.
- 13) Mühlen-Revision §. 54.
- 14) Mühlen-Register §. 55.
- 15) Mühlen-Revisionbuch §. 56.

- 16) Verschluß der Mühlen §. 57.  
E. Pflichten der Mäller, welche unter allgemeiner Controle stehen §. 58

### III. Abschnitt.

## Schlachtsteuer.

### A. Im Stadtbezirke.

#### I. Gewerbliches Schlachten.

- 1) Anzeige der Gewerbräume §. 59.
- 2) Angabe, ob nach Stückzügen oder Gewicht versteuert werden soll §. 60.
- 3) Steuerbücher §. 61., 62. und 63.
- 4) Erlaubniß zum Schlachten §. 64.
- 5) Schlachtzeit §. 65.
- 6) Anmeldung und Besteuerung.
  - a) Schlachtanzeige §. 66.
  - b) Abfertigung.
    - aa) Nach Stückzügen §. 67.
    - bb) Nach dem Gewicht §. 68.
  - c) Gemeinschaftliche Schlachtungen §. 69.
  - d) Kauf oder Tausch des Fleisches §. 70.

#### II. Schlachten zum eigenen Bedarf.

- 1) Schlachtanzeige §. 71.
- 2) Abfertigung §. 72.
- 3) Obliegenheiten des Schlachtenden §. 73.
- 4) Aufbewahrung des Schlachtescheins §. 74.

#### III. Vieh-Controle.

- 1) Wo sie stattfindet §. 75.
- 2) Nachweis durch Steuer- und Vieh-Controllenbücher §. 76.
- 3) Eingang des Viehes §. 77.
- 4) Zu- und Abgangs-Anzeige §. 78.
- 5) Abgang durch Verkauf §. 79.
- 6) Abgang durch Sterben §. 80.
- 7) Austrieb zur Hütung oder Mast auf längere Zeit §. 81.
- 8) Täglicher Austrieb zur Hütung §. 82.
- 9) Veränderungen des Viehbestandes durch Alter §. 83.
- 10) Controllirung des fremden Viehes.
  - a) Zum Verkauf eingehend §. 84.
  - b) Durchgehendes §. 85.

#### IV. Revision

- 1) Der Gewerbräume und Viehbestände §. 86.
- 2) Der Fleischbestände §. 87.

### B. Gewerbliches Schlachten im äußern Stadtbezirk §. 88.

### IV. Abschnitt.

Ein-, Durch- und Ausgang von Mehl-, Back- und Fleischwaren.  
A. Eingang.



I. Unversteuert.

1) Anmeldung bei den Thor-Expeditionen §. 89.

2) Besteuerung bei dem Steueramte §. 90.

II. Besteuert mit Versendungsscheinen §. 91.

III. Für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk §. 92.

B. Durchgang.

Unversteuert oder versteuert mit Versendungsschein §. 93.

C. Ausgang nach einer andern mahl- und schachtsteuerpflichtigen Stadt §. 94.

D. Verkehr zwischen der Stadt und dem vor den Thoren belegenen Theile des Stadtbezirks §. 95.

E. Verkehr zwischen dem Stadtbezirk und dem äußern Stadtbezirk §. 96.

F. Transport im Stadtbezirk und Marktverkehr daselbst §. 97.

V. Abschnitt.

Controllirung der Gewerbetreibenden im Stadtbezirke und im äußern Stadtbezirke.

I. Allgemeine Bestimmungen.

1) Anzeige der Gewerbräume §. 98.

2) Revisionsbücher §. 99. und 100.

II. Besondere Bestimmungen.

1) Für die Müller, welche den Mehlhandel betreiben §. 101. bis 106.

2) Für die übrigen Mehlhändler im Stadtbezirke §. 107.

VI. Abschnitt.

Strafen §. 108.

Bei der unterzeichneten Anstalt waren nach der unterm 18. Januar 1852 erlassenen Bekanntmachung ultimo 1851 noch . . . . . 678 Sachen  
anfällig. Den Geschäftsverleß bei der  
Einkassirung  
im Jahre 1852  
betr.

Im Jahre 1852 sind . . . . . 118  
neue Provocationen angebracht.

Summa 796 Sachen

Davon sind . . . . . 75  
dergestalt beendet, daß auf Grund der bestätigten Recesse die Hypotheksbücher berichtigt sind. Es sind mithin gegenwärtig noch anhängig . 721  
und zwar:

aus dem Jahre 1846 . . . .	52 Sachen,
"      "      1847 . . . .	91      "
"      "      1848 . . . .	183     "
"      "      1849 . . . .	23      "
"      "      1850 . . . .	108     "
"      "      1851 . . . .	146     "
"      "      1852 . . . .	118     "

Sn. wie oben 721 Sachen.

Hierunter sind:

- a) 655 Sachen, in welchen die Ausführung bereits erfolgt ist und die stipulirten Renten auf die Anstalt übernommen sind,  
b) 66 . . . welche noch zu reguliren sind.

Im Jahre 1852 sind 507 Reccesse bestätigt.

Die Gesamtsumme der bis jetzt stipulirten Rentenbriefe beträgt:

à 31 g	à 4 g
206,230 Thlr.	859,800 Thlr.

zusammen 1,066,030 Thlr.

Die hierfür an die Tilgungskasse zu zahlenden Renten betragen:

39,976 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf.

Dies bringen wir in Gemäßheit des §. 31. der Geschäfts-Anweisung vom 7. Juni 1845 hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Heiligenstadt, den 25. Januar 1853.

Königl. Direction der Eichsfeldischen Tilgungs-Kasse.

Das 16. Ausschreiben der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät betr.

Den Interessenten der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät wird hierdurch bekannt gemacht, daß heute das 16. Ausschreiben erlassen und zur Deckung der Ausgaben seit dem 1. Juli d. J. der Beitrag pro 100 Thaler des reducirten Beitragskapitals auf 6 Sgr. 8 Pf. festgesetzt worden ist, welches auf die volle Versicherungssumme von je 100 Thaler:

in 1. Klasse . . . . .	2 Sgr. 8 Pf.
2. „ . . . . .	4 „ —
3. „ . . . . .	5 „ 4

beträgt.

Außerdem ist von den im Laufe des verflossenen Jahres genehmigten Interimsversicherungen gleichfalls der volle Beitrag nach dem Reductions-Verhältniß, sowie endlich in eben der Art auch von den im letzten halben Jahre angenommenen extraordinären Versicherungen noch nachträglich der Beitrag zum 15. Ausschreiben vom 30. Juni d. J. (§. 40. des Reglements) zu entrichten.

Der Betrag der von jedem Orte aufzubringenden Beitragssumme wird durch die betr. Kreis-Direction repartirt und eingefordert werden und ist binnen 4 Wochen, nachdem dies geschehen, an die betr. Kreis-Recepturkasse der Societät in Preuß. Courant abzuliefern.

Die Verwendung der Beiträge wird den Interessenten demnächst, nach Abnahme der Societäts-Jahresrechnung, mittelst eines Extracts aus derselben, durch die Amtsblätter nachgewiesen werden.

Altenhausen, den 31. December 1852.

Der General-Director der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät,  
Graf von der Schulenburg.

Gedruckt bei Robigstons Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt  
im Amtsblatt-Büreau der Königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**6. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 12. Februar 1853.

Es wird hierdurch bestimmt, daß vom 1. Februar 1853 ab das Fährgehd für das Ueberfegen über die Saale bei dem Fischhaufe bei Schulpforta und bei der sogenannten „Kage“ unweit Rößen nach den Sätzen der 4. Klasse des für die Fährre in der Provinz Sachsen unter dem 28. Mai 1836 landesherrlich erlassenen Normaltarifs erhoben werden darf.

Berlin, den 18. Januar 1853.

Der Finanz-Minister.  
von Bodelschwingh.

Der Minister für Handel, Gewerbe und  
öffentliche Arbeiten.  
In Vertretung: v. Pommer-Esche.

Nr. 86.  
Tarif für die  
Fähranstalten  
beim Fischhaufe  
bei Schulpforta  
und bei der  
Kage unweit  
Rößen.

## T a r i f

nach welchem das Fährgehd an der Fähranstalt

- 1) beim „Fischhaufe“ bei Schulpforta an der Saale und
- 2) bei der „Kage“ unweit Rößen

zu entrichten ist.

I. Es wird entrichtet:

- a) von Personen, einschließlich dessen, was sie tragen, ohne Unterschied, ob eine oder mehrere Personen zugleich übergesetzt werden, für jede Person 3 Pf.

Bemerkung: das Ueberfegen muß ohne Versäumnis und Abwartung mehrerer Personen sofort erfolgen.

- b) für einen Handwagen, Handschlitten, Handkarren, beladen oder unbeladen, außer dem Fährgehd für den Führer desselben 3 Pf.

II. Befreiungen:

Von Abentrichtung des Fährgeldes sind befreit:

die Königlichen Steuerbeamten, sofern sie im Dienste und in Uniform sich befinden, ferner die Königlichen Fußbotenposten, die commandirten Militärs und einberufenen Recruten, sowie sonstige Königliche Beamte, wenn sie sich im Dienste befinden.

**Nr. 87.**  
Verbot betreffs  
der Beschäfti-  
gung schulpflichtiger Kinder  
während  
der festgesetzten  
Schulstunden.

Das Regulativ für die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken vom 9. März 1839 (Ges. Samml. für 1839 S. 156. bis 158.) gewährt die Mittel, um zu verhindern, daß Kinder schulpflichtigen Alters durch eine regelmäßige Beschäftigung in Fabriken oder bei Berg-, Hütten- und Pochwerken nicht auf eine ihre geistige und religiöse Ausbildung gefährdende Weise dem Schulunterrichte entzogen werden.

Dagegen dauert der Uebelstand fort, daß durch Heranziehung schulpflichtiger Kinder zu Feld- und Gartenarbeiten diese Kinder vom Frühjahr bis zum Herbst dem Schulunterrichte in einer ihre religiöse und geistige Ausbildung gefährdenden Weise entzogen werden. Um diesem Uebel entgegen zu treten, verordnen wir auf Grund der §§. 11. und 6. Litt. i. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Ges. S. S. 265. bis 268.) für den Umfang unseres Verwaltungsbezirks Folgendes:

- 1) Arbeitgeber dürfen schulpflichtige Kinder während der für den Schulunterricht für dieselben festgesetzten Stunden zu Garten-, Feld- und sonstigen landwirthschaftlichen Arbeiten nicht annehmen.
- 2) Arbeitgeber, welche diesem Verbote entgegen handeln, verfallen für jedes Kind, welches sie während der für den Schulunterricht festgesetzten Stunden beschäftigen, in eine Geldstrafe bis zu dem Betrage von 10 Thlr.

Merseburg, den 13. Januar 1853.

Königlich Preussische Regierung.

**Nr. 88.**  
Die Errichtung  
einer Privat-  
Erziehungs-  
und Unter-  
richts-Anstalt  
betr.

Dem Pfarrer Brandt zu Cannawurf, Ephorie Heldrungen, ist die Concession zur Errichtung einer Privat-Erziehungs- und Unterrichts-Anstalt für Knaben, welche den Zweck der Vorbereitung derselben zur Aufnahme in die unteren Klassen eines Gymnasiums hat, erteilt worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Merseburg, den 25. Januar 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

**Nr. 89.**  
Vorladung in  
Ansehung  
Ansehungssachen.

Zur Ermittlung unbekannter Interessenten und zur Feststellung der Legitimation werden folgende, bei der unterzeichneten königlichen Regierung in deren Verwaltungs-Bezirk anhängigen Auseinandersetzungen, nämlich:

- 1) die Ablösung der dem Rentamte Torgau von Grundstücken der Gemeindebezirke Loßwitz und Arzberg,
- 2) die Ablösung der dem Rentamte Zeitz aus dem Gemeindebezirke Breitenbach,
- 3) die Ablösung der dem Rentamte Merseburg von Grundstücken der Gemeindebezirke Lützen und Lauchstädt,
- 4) die Ablösung der dem Rentamte Schlieben aus den Gemeindeverbänden Jesnitz und Malischkendorf,
- 5) die Ablösung der dem Rentamte Heldrungen von Grundstücken des Gemeindeverbandes Großmonra,
- 6) die Ablösung der dem Rentamte Eisleben von Grundstücken der Gemeindebezirke Wolferode und Helfta,

- 7) die Ablösung der dem Domainenamte Friedeburg aus den Gemeindebezirken Zabensfeld, Lochwitz und Freiß,
- 8) die Ablösung der dem Rentamte Wittenberg-Preßsch von Grundstücken des Gemeindebezirks Zahna und von den Parzellen des dismembrirten Hellerschen Hufenguts zu Gehmen,
- 9) die Ablösung der dem Rentamte Bitterfeld von Grundstücken des Gemeindeverbandes Niemeß,

zustehenden Domainialgefälle,  
hiermit öffentlich bekannt gemacht. Alle diejenigen, welche bei diesen Auseinander-  
setzungen ein Interesse zu haben vermeinen und zu dem Verfahren bisher nicht zuge-  
zogen sind, werden aufgefordert, sich spätestens zu dem auf

den 29. März d. J., Vormittags 11 Uhr,

- ad 1. im Rentamte zu Torgau,
- ad 2. im Rentamte zu Zeitz,
- ad 3. im Rentamte hierselbst,
- ad 4. im Rentamte zu Schlieben,
- ad 5. im Rentamte zu Helldringen,
- ad 6. im Rentamte zu Eisleben,
- ad 7. im Domainenamte zu Friedeburg,
- ad 8. im Rentamte zu Wittenberg,
- ad 9. im Rentamte zu Bitterfeld,

anberaumten Termine zu melden, widrigenfalls sie die Auseinandersetzung, sowie  
alles das, was mit den bisher aufgetretenen Inhabern der betreffenden Grundstücke  
festgestellt worden ist, selbst im Falle einer Verletzung gegen sich, gelten lassen müssen  
und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehrt werden werden.

Merseburg, den 2. Februar 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der  
directen Steuern, Domänen und Forsten.

Zur Erleichterung der Briefbestellung im Allgemeinen und um deren Pünktlich-  
keit zu sichern, ist es nothwendig, daß auf allen Briefen und Adressen an Privatperso-  
nen in größeren Städten des In- und Auslandes die Wohnungen der Adressaten so  
genau und deutlich bezeichnet werden, daß darüber kein Zweifel entstehen kann.

Ich mache das correspondirende Publikum hierauf mit dem Bemerken aufmerk-  
sam, daß die Postanstalten Anweisung erhalten haben, streng darauf zu halten, daß  
diesem Erfordernisse genügt werde.

Halle, den 27. Januar 1853.

Der Ober-Postdirector Strahl.

Die Bestimmung, nach welcher recommandirte Briefe, desgleichen Briefe mit  
Documenten oder Geld, ferner Geldscheine, Baarzahlungs-Assignmenten und Pödet-  
Adressen Niemand anders als dem wahren Empfänger oder dessen anerkannten Bevoll-  
mächtigten ausgeliefert werden dürfen, sind nicht immer und zum Theil aus Rücksichten

Nr. 90.  
Bezeichnung  
der Wohnun-  
gen auf den  
Briefen an  
Privatper-  
sonen.

Nr. 91:  
Die Bestellung  
recommandir-  
ter Briefe etc.  
an die Adres-  
saten selbst.

für das Publikum von Briefträgern ausgeführt worden, weshalb denselben deren strenge Befolgung wiederholt eingeschärft worden ist.

Ich bringe dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß und darf die Erwartung aussprechen, daß den Briefträgern zur Erfüllung ihrer Obliegenheit der Zutritt zu den Adressaten nicht erschwert werden wird.

Halle, den 30. Januar 1853.

Der Ober-Postdirector Strahl.

### Personal-Chronik.

- Nr. 92. Nachdem der bisherige Agent der Kölnischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Rentier August Theermann in Wittenberg neuerlich mit Tode abgegangen, ist unter dem 14. December v. J. der Stadtschreiber Friedrich Zahn daselbst als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden.
- Nr. 93. Die Schulkasse in Torna, Ephorie Brehna, Königl. Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.
- Nr. 94. Dem Domainenpächter Meyer zu Notzenburg ist der Character als Königl. Oberamtmann beigelegt worden.
- Nr. 95. Der Pfarrer Heine zu Schadeleben mit Friedrichsau, in der Diöces Aschersleben, tritt am 1. April d. J. in den Ruhestand. Seine Stelle ist Königl. Patronats; der Gemeinde werden drei Subjecte präsentirt.
- Nr. 96. Der Oberamtmann Hanner zu Strohwalde ist zum Schiedsmann für den IV. Bezirk im Bitterfelder Kreise, und der Mühlenbesitzer Karl Franz Leuschner von der Steingrubenmühle zu Gremmin als dessen Stellvertreter gewählt und beide gehdrig verpflichtet worden.
- Nr. 97. Für den I. Bezirk der Stadt Weissenfels ist der Kaufmann Georg Reinhold Ulbricht daselbst und für den II. Bezirk der Actuar Post ebendasselbst zum Schiedsmann gewählt und beide gehdrig verpflichtet worden.
- Nr. 98. Die seit dem 1. Januar c. in Kößleben eingerichtete Postexpedition ist dem als Postexpediteur engagirten Kaufmann Christian Adolph Ludwig Berthold übertragen worden.
- Der Postexpediteur Müller zu Ziegelrode ist in Folge Aufhebung der Postexpedition daselbst von demselben Zeitpunkte ab aus dem Postdienste geschieden.

Hierzu ein Extra-Blatt, 4 Bogen stark.

Gedruckt bei Köblichens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt  
im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

# Extra-Blatt

zum 7. Stück

des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Merseburg.

Ausgegeben zu Merseburg den 19. Februar 1853.

Mehrere, seit Einführung der Mahl- und Schlachtsteuer in Zeitz eingetretene Veränderungen machen es nothwendig, das bisherige Mahl- und Schlachtsteuer-Regulativ vom 30. März 1825 nebst seinen Nachträgen, mit dem 1. Februar d. J. außer Anwendung zu setzen. Vom nämlichen Zeitpunkte ab tritt auf Grund der Finanz-Ministerial-Rescripte vom 5. November v. J. III. 18,036 und vom 31. December v. J. III. 29,868 das nachstehende Regulativ in Wirksamkeit.

## Regulativ

zur Erhebung und Beaufsichtigung der durch das Gesetz vom 30. Mai 1820 angeordneten Mahl- und Schlachtsteuer in Zeitz.

### 1. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

#### §. 1.

Die Mahl- und Schlachtsteuer ruht zunächst auf dem Stadtbezirk von Zeitz. Dieser Bezirk wird für jezt durch die nachstehend bezeichnete Linie begrenzt.

Die Linie fängt bei dem auf der Zeitz-Geraer Chaussee belegenen großen Meilensteine, welcher mit 3 M bezeichnet ist, an, geht zum Schumannschen Weinberge, von hier zu dem, dem Deconomen Spindler gehörigen Färbereigebäude, weiter zu dem langen Stege und läuft dann längs des linken Ufers der Elster bis zu der Aubrücke. Von dieser geht sie zu der neben der Bürgerwiese gelegenen Drehmeschen Fabrik, von da zu dem Pulverturm, dann weiter zu dem an der Altenburger Chaussee befindlichen Nummerstein O, 18, läuft von hier zu dem Hauptschen Weinberge und von diesem wieder zu dem vorgenannten, auf der Zeitz-Geraer Chaussee belegenen Meilenstein.

Die vorbenannten Gebäude und Grundstücke gehören mit zum Stadtbezirk.

Der Stadtbezirk umfaßt demnach gegenwärtig:

- a) die eigentliche Stadt nebst den Vorstädten,
- b) folgende, vor den Thoren belegene Häuser und einzelne Etablissements:  
zwischen dem Stephansthore und der Aubrücke:

- 1) die Scheune des Bäckers Zschiegner,
- 2) das Wohnhaus des Rechtsanwalts Plesch,
- 3) die sämmtlichen Etablissements auf dem Bauplaze an der Geraer Chaussee,
- 4) das Schumannsche Weinbergshäuschen,

A. Dertliche  
Begrenzung  
der Steuer-  
pflichtigkeit.  
1. Stadtbezirk.

- 5) die dem Deconomen Spindler gehörende Färberei,
- 6) die Stephans-Vorstadt,
- 7) die 3 Häuser am Johannistheiche,
- 8) die der Correctionsanstalt gehörenden Gebäude,
- 9) das Deconomie-Gebäude der Scheube und Drehmeschen Fabrik,
- 10) das Scheube und Drehmesche Fabrikgebäude,
- 11) die Scheune des Bäckermeisters Thieme,
- 12) die Scheune des Gasthalters Friedrich Weige,
- 13) die Scheune des Mühlenbesizers Schmidt, und
- 14) die Wasser-Vorstadt;

zwischen der Auhrücke und dem Ralkthore:

- 1) das Cariusche Fabrik-Etablissement,
- 2) das Casiragische Fabrik-Etablissement,
- 3) das Drehmesche Fabrik-Etablissement,
- 4) das Zollhaus am Wiefenschlage,
- 5) das Gasthaus zur goldenen Sonne,
- 6) die Häuser auf dem Wendischen Berge,
- 7) die Scharfrichterei,
- 8) die Wendische Vorstadt,
- 9) der Pulverthurm,
- 10) das Schießhaus,
- 11) die Weberstraße,
- 12) die Vorstadt Sorge an der Altenburger Chaussee;

zwischen dem Ralk- und Stephansthere:

- 1) die Ressource,
- 2) das Armen-Hospital,
- 3) das städtische Krankenhaus,
- 4) das Wohnhaus des Gärtners Krause,
- 5) die Schumannsche Ziegelei,
- 6) das Wohnhaus des Webers Fritsche,
- 7) die Scheune und das Wohnhaus des 1c. Schumann,
- 8) die Wohnung des Zimmermeisters Müller,
- 9) das Wohnhaus des 1c. Marburg,
- 10) das Fillerische Fabrikgebäude,
- 11) die Scheune des 1c. Klaus und Thieme,
- 12) die Ziegelei und das Wohnhaus des 1c. Clemens,
- 13) das Gartenhaus des 1c. Schumann,
- 14) das Wohnhaus des Hospitalverwalters Schröder,
- 15) das Wohnhaus des Gärtners Döbel,
- 16) das Wohnhaus des Webers Pfeiffer,
- 17) die einzelnen unbewohnten Garten- und Weinberggehäuser,
- 18) die Vorstadt vor dem Steintore,
- 19) die Hanfmühle,



- 20) die beiden Ramberg'schen Gartenwohnungen,  
21) sämtliche Bohnhäuser auf dem Kaltenfelde.

Zum Stadtbezirk werden auch alle innerhalb der gedachten Grenzlinie in Zukunft neu entstehenden baulichen Anlagen gehören.

§. 2.

2. Außerer  
Stadtbezirk.

Alle jetzt vorhandenen oder künftig neu entstehenden Ortschaften und Etablissements deren Anfangspunkte von der ihnen nächsten bewohnten Anlage des Stadtbezirks (§. 1.) in gerader Richtung nicht über eine halbe Meile entfernt sind, bilden mit dem dazwischen liegenden Raume den äußern Stadtbezirk, in welchem nur die im §. 1. des Gesetzes vom 2. April 1852 zur Ergänzung des Wahl- und Schlachtsteuer-Gesetzes bezeichneten Personen, neben der Klassen-Steuer und der classificirten Einkommensteuer, die Wahl- und Schlachtsteuer zu entrichten haben.

Für jetzt sollen dahin gerechnet werden: die bewohnten Weinberg's-, Garten- und Wiesenhäuser, der Thiergarten und die Ortschaften:

- 1) Vergisdorf,
- 2) Solben,
- 3) Groß-Oßda,
- 4) Rabe nebst Mühle,
- 5) das Weidighaus,
- 6) Klein-Oßda,
- 7) Salsitz,
- 8) Mannsdorf,
- 9) Grana mit Mühle und Ziegelei,
- 10) Rättern mit Mühle,
- 11) Kretschau mit beiden Mühlen,
- 12) Grottschen,
- 13) die Windmühle und das Bohnhaus bei Weida,
- 14) Chausseehebestelle bei Aue,
- 15) Aue,
- 16) Aylsdorf nebst Bald- und Trompeter-Schloßchen,
- 17) Zangenberg, nebst der zum Rittergute gehörenden Bbschwizmühle,
- 18) Unter-Schwöddig,
- 19) die Mühle bei Börsitz,
- 20) Rasitz,
- 21) Erdgitz,
- 22) die Wolfsmühle bei Tschwitz,
- 23) Burtzschütz,
- 24) Domaine Kloster Posa,
- 25) Stocksdorf,
- 26) Gleina,
- 27) Rasberg mit beiden Mühlen,
- 28) Haynchen, und
- 29) Ruhndorf nebst Mühle.

B. Beamte.  
1) zur Aufsicht.

§. 3.

Beide Bezirke (§. 1. und 2.) mit allen in Bezug auf Mahl- und Schlachtsteuer erlaubten und verbotenen Eingängen und Straßen, stehen für die Mahl- und Schlachtsteuer unter der Aufsicht der Steuerbeamten.

§. 4.

2) zur Erhebung.

Die Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer geschieht durch das Steueramt, welches zwischen dem Gasthofe zum Kronprinzen, der Königl. Domain und der Mittelmühle gelegen ist, sowie durch die Thor-Controleurs am Stephans-, Au- und Kalkthore, so weit letztere nach §. 88. hierzu berechtigt sind.

§. 5.

C. Steuerstraßen und Eingänge in den Stadtbezirk.

1. Steuerstraßen.

a) Einhaltung derselben.

Der Transport aller Fleisch- und Backwaaren, ingleichen der Mühlenfabrikate, vom Eintritt in den Stadtbezirk (§. 1.) ab, bis zur erlangten schließlichen Abfertigung ist, gleichviel, ob dergleichen Gegenstände für den Stadt-Bezirk, oder bloß zum Durchgange bestimmt sind, nur auf den nachstehend (§. 6.) verzeichneten Steuerstraßen und zwar ohne Abweichung, ohne Aufenthalt und ohne irgend eine Veränderung, Vermehrung oder Verminderung der resp. ein- oder durchzuführenden Gegenstände zulässig. Beim Transport des Viehes ist die im §. 76. ertheilte Vorschrift zu befolgen.

§. 6.

b) Bezeichnung der Steuerstraßen.

aa) vom Eintritt in den Stadtbezirk bis zu dem Steueramte, sowie aus dem Stadtbezirk und durch denselben.

Die zum Transporte mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände gestatteten Steuerstraßen sind folgende:

- 1) die von Gera kommende, zum Stephansthore führende Chaussee, innerhalb der Stadt aber die Straße bei dem Gefängniß des Inquisitoriat, dem Schloß, so wie der Mittelmühle vorbei nach dem Steueramte;
- 2) die von Haynsburg kommende Forststraße, welche sich noch vor der Stadt mit der Geraer Chaussee vereinigt und mit dieser zum Stephansthore führt, innerhalb der Stadt wie ad 1. zum Steueramte;
- 3) die von Weißenfels kommende, zur Aubrücke führende Chaussee, von der Aubrücke ab, die Wasservorstadt entlang, die Straße an der Untermühle, an der Scheube und Brehmeschen Fabrik und dem Gasthof zum Kronprinzen vorbei, zum Steueramte;
- 4) die Altenburger Chaussee, mit welcher sich der von Haynchen kommende Weg unterhalb des Ruthensteins 0,18 vereinigt und dann in gerader Richtung bei der Vorstadt Sorge vorbei, zum Kalkthore führt; von hier innerhalb der Stadt durch die Kalkgasse, über den alten Markt, durch die Brüder- und Messerschmidts-gasse, über den Nicolaisplatz, durch die Domherrngasse, die Mittelmühle links lassend, zum Steueramte;
- 5) der von dem Dorfe Rasberg kommende Weg, welcher die Schumannsche Ziegelei links, das städtische Krankenhaus und Armen-Hospital hingegen rechts lassend, kurz vor dem Kalkthore in die Altenburger Straße fällt und mit dieser zum Kalkthore führt, von hier innerhalb der Stadt wie bei Nr. 4. zum Steueramte.

§. 7.

bb) zwischen den Mühlen und dem Steueramte.

- 1) Von der Obermühle durch die Stephansgasse nach dem Stephansthore, von hier wie §. 6. Nr. 1. nach dem Steueramte;

- 2) von der Mittelmühle direct nach dem gegenüberliegenden Steueramte;
- 3) von der Untermühle die nach dem Gasthose „zum Kronprinzen“ führende Chaussee entlang, dem Gasthose zum Kronprinzen vorbei nach dem Steueramte;
- 4) von der Hanfmühle, durch das Steinthor, den Brühl, die Domherrngasse, bei der Mittelmühle vorbei, nach dem Steueramte.

Wenn wegen Reparatur des Steinpflasters oder wegen anderer Hindernisse, die vorgeschriebenen Steuerstraßen nicht passiert werden können, dann wird das Steueramt oder der Thor-Controleur am Eingangsthore auf der dem Dellaranten zu ertheilenden Begeztelung die einzuhaltende Straße vermerken.

§. 8.

Die Einbringung mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände auf andern Wegen, als durch die im §. 6. und 7. bezeichneten Thore, nämlich:

das Stephans-, das Au-, das Kalk- und das Steinthor, ist verboten.

Der Eingang in das Steinthor ist nur für den Eingang der auf der Hanfmühle bereiteten, mit Mahlscheinen versehenen Mühlenfabrikate gestattet.

§. 9.

Bei dem Eingange mit mahl- oder schlachtsteuerpflichtigen Gegenständen in die Stadt, und bei deren zu erweisendem Ausgange aus derselben, ist vom Transportanten vor der Thor-Expedition unaufgefordert anzuhalten, die ein- oder auszuführenden Gegenstände sind derselben nach Art, Gattung, Menge und Zahl der Frachtstücke genau anzufagen und mit den etwa dazu gehörenden Papieren zur Untersuchung und Abfertigung zu stellen, auch die hierbei erforderlichen Handleistungen nach Anweisung der Aufschichtsbeamten zu verrichten oder verrichten zu lassen, es mag eine Steuerentrichtung bei der Thor-Expedition erfolgen können oder nicht.

§. 10.

Steuerpflichtige Gegenstände, welche für Bewohner des vor den Thoren belegenen Theils des Stadtbezirks oder für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirke (§. 2.) eingehen, sind gleichfalls auf den im §. 6. bezeichneten Steuerstraßen ohne Aufenthalt zu den Thor-Controllen zu führen und dort, wie oben vorgeschrieben, zur Abfertigung zu stellen. Vor erfolgter Besteuerung dürfen diese Gegenstände nicht in die Wohnungen der Empfänger aufgenommen oder innerhalb des innern oder äußern Stadtbezirks gewerbeweise verkauft oder feilgehalten oder darin niedergelegt werden.

§. 11.

Das Steuer-Amt ist täglich, mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage, für die Abfertigungen geöffnet und zwar:

- a) in den Wintermonaten October bis einschließlich Februar, Vormittags von 8 bis 12 Uhr, Nachmittags von 1 bis 5 Uhr;
- b) in den übrigen Monaten Vormittags von 7 bis 12 Uhr, Nachmittags von 2 bis 5 Uhr.

§. 12.

Die Thor-Controleure geben die Abfertigungen, welche sie vollständig und schließlich ertheilen dürfen (§. 88.):

2) Verbot aller andern Stadteingänge.

3) Meldung bei den Thor-Expeditionen.  
a) Beim Eingange in die Stadt.

b) Beim Eingange für Bewohner des vor den Thoren gelegenen Theils des Stadtbezirks und für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk.

11. Zeit für Eingang und Abfertigung.

1) bei dem Steueramte.

2) Bei den Thor-Expeditionen.

- a) in den Monaten October bis Februar einschließlich, von Morgens 6 Uhr bis Abends 10 Uhr;  
 b) in den übrigen Monaten von 4 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

2) Bestimmun-  
 gen für die  
 unter 1. und 2.  
 genannten Ab-  
 fertigungs-  
 stellen.

### §. 13.

Nur innerhalb dieser Dienststunden (§. 11. und 12.) dürfen Gegenstände, jenachdem solche der Abfertigung bei dem Steueramte oder nur bei den Thor-Expeditionen bedürfen (§. 83.), in den Stadtbezirk eingehen.

Der Eingang muß so zeitig erfolgen, daß die Gegenstände vor Ablauf der Dienststunden beim Steueramte, sofern dies die schließliche Abfertigung zu erteilen hat, eintreffen.

Jedoch kann während der nach §. 11. für die Abfertigung geschlossenen Mittagszeit, und des Morgens, eine Stunde vor Anfang der Dienststunden, der Eingang zum Steueramte erfolgen; die steuerpflichtigen Gegenstände müssen aber daselbst unverändert bis zum Beginn der Dienststunden verbleiben.

Mühlensfabrikate, bei denen es zweifelhaft ist, zu welchem Steuersatze sie gehören, können bei dem Thor-Expeditionen nur abgefertigt werden, so lange das Landesrecht ihre gründliche Revision zuläßt.

## 11. Abschnitt.

### M a h l s t e u e r.

### §. 14.

Sämmtliche, im innern und äußern Stadtbezirke (§. 1. und 2.) vorhandenen und später noch entstehenden Mühlen sind der Aufsicht der Steuerbehörde unterworfen, die nach Maßgabe der Lage der Mühle und des Mahlguts, welches sie gewöhnlich fördert, eine besondere oder allgemeine ist.

### §. 15.

Unter solcher besondern Aufsicht der Steuerbehörde stehen die innerhalb des Stadtbezirks belegenen Mühlen:

- 1) die Obermühle,
- 2) die Mittelmühle,
- 3) die Untermühle,
- 4) die Hanfmühle.

Was bei Benutzung und bei dem Betriebe dieser Mühlen zu beobachten ist, enthalten die §§. 20. bis 35.

### §. 16.

Neben diesen unter besondere Controle gestellten Mühlen sind alle im äußern Stadtbezirk (§. 2.) belegenen Mühlen einer allgemeinen Aufsicht der Steuerbehörde unterworfen.

Diese Mühlen sind für jetzt namentlich:

- 1) die Mühle zu Rabe,
- 2) die Mühle zu Grana,
- 3) die Mühle zu Rättern,
- 4) die beiden Mühlen zu Kretschau,

A. Aufsicht  
 auf die  
 Mühlen.

1) deren Aus-  
 behnung im  
 Allgemeinen.

2) Verschieden-  
 heit der  
 Mühlen.

a) unter beson-  
 deren Aufsicht.

b) unter allge-  
 meiner  
 Aufsicht.

- 3) die Windmühle bei Weida,
- 6) die Mühle bei Börnig,
- 7) die Wolsfmühle bei Tschwitz,
- 8) die beiden Mühlen zu Raßberg, und
- 9) die Mühle bei Ruhndorf.

Was bei Benutzung und dem Betriebe dieser Mühlen zu beachten ist, bestimmen die §§. 36., 37. und 57.

§. 17.

Für Mühlen zum Privatgebrauch, insoweit solche überhaupt zulässig sind, bestehen besondere Vorschriften.

c) Privat-  
mühlen.

§. 18.

Mühlen, welche nicht dazu eingerichtet und bestimmt sind, Mahlgut aus Körnern zu bereiten, dürfen dazu, ohne Bestimmung der Steuerbehörde, auch ferner nicht eingerichtet und benutzt werden, und stehen in dieser Hinsicht unter Aufsicht der Steuerbehörde.

d) Mühlen für  
andere Zwecke.

§. 19.

Neue Mühlen dürfen im Stadtbezirk und im äußern Stadtbezirk nur mit Vorwissen der Steuerbehörde angelegt werden, welche vorher bestimmen wird, wie solche neue Anlagen in Bezug auf Mahlsteuer zu behandeln sind.

e) Neu ent-  
standene Mühlen.

§. 20.

Von dem steuerpflichtigen Mahlgute, welches auf den unter besonderer Controle stehenden Mühlen (§. 15.) bereitet werden soll, muß vorher die Körnersteuer nach §. 3. des Mahl- und Schlachtsteuer-Gesetzes vom 30. Mai 1820 entrichtet werden.

B. Behandlung  
der unter be-  
sonderer Auf-  
sicht stehenden  
Mühlen.

§. 21.

Auf den unter besonderer Aufsicht stehenden Mühlen (§. 15.) muß alles Mahlgut ohne Unterschied mit genau damit übereinstimmenden Mahlscheinen versehen sein.

1. Allgemeine  
Bestimmungen

Diese werden von dem Steueramte ertheilt.

1) Form der  
Steuer-Ent-  
richtung.

§. 22.

Ueber weniger als einen Viertel Centner und mehr als 24 Centner Getreide wird ein Mahlschein nicht ausgefertigt.

2) Mahl-  
scheine.

Wer gleichzeitig über 3 Centner zur Mühle bringt, kann, nach seiner Wahl, mehrere Mahlscheine nehmen, den einzelnen jedoch nicht unter 3 Centner.

a) deren Er-  
forderniß.

§. 23.

Ueber Getreidearten, welche verschiedenen Steuersätzen unterliegen, werden verschiedene Mahlscheine ausgefertigt, also für Getreide zur Hauptsteuer nach dem Sage von 20 Egr. vom Centner besondere, und für Getreide zur Hauptsteuer von 5 Egr. für den Centner ebenfalls besondere.

b) in Bezug  
auf Menge  
der Körner.

Wer Körner von verschiedenen Steuersätzen in Vermischung mahlen lassen will, muß von dem ganzen Gemenge, auch wenn die Beimengung von Körnern zum ersten Sage nur gering wäre, den höhern Steuersatz entrichten.

c) in Bezug  
auf Körner-  
Gattung.

§. 24.

Getreide, welches zu Branntwein- Schroot bestimmt ist, muß vor der Absendung zur Mühle mindestens zum sechszehnten Theile mit gemaltem Körnern gemischt sein.

Auch muß alles nicht zum Brauen bestimmte und versteuerte Malz mindestens zum sechszehnten Theile mit ungemalztem Roggen gemischt sein. Eine stärkere Mischung zu fordern, bleibt der Steuerbehörde vorbehalten.

§. 25.

3) Transport  
zu Land aus  
der Mühle.

Getreide zur Mühle und Mahlgut aus derselben, darf nur in den Stunden, welche §. 56. der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 vorschreibt, angenommen und verabfolgt werden, mit den Erweiterungen, daß in den für die Expedition geschlossenen Mittagsstunden und Morgens eine Stunde vor deren Oeffnung, die Anfuhr zum Steueramte erfolgen kann.

Die betreffenden Mahlposten müssen jedoch dort unverändert bis zur Oeffnung des Steueramtes verbleiben.

Diejenige Getreidemenge, worauf Ein Mahlschein lautet, muß zusammen zur Mühle und das daraus bereitete Mahlgut zusammen aus der Mühle, und, soweit Verwiegung vorgeschrieben ist, zur Waage gehen.

Auch muß das Getreide jedenfalls denselben Tag und zwar, ist es in den Vormittagsstunden versteuert, am Vormittage, und sonst am Nachmittage zur Mühle gebracht werden.

Es dürfen die Müller ältere Mahlscheine nicht annehmen, wenn das Steueramt nicht in besondern Fällen eine Ausnahme auf dem Mahlscheine ausdrücklich bewilligt hat.

Der Mahlschein begleitet das gefertigte Mahlgut bis zum Bestimmungsorte, damit dasselbe auf dem Transporte jederzeit legitimirt ist.

Der Transportführer hat sich auf dem Transporte der Revision der Beamten, wenn solche verlangt wird, zu unterwerfen.

§. 26.

4) Bezeichnung  
der  
Säcke.

Die Säcke mit Mahlgut müssen mit dem vollständig ausgeschriebenen Namen des Mahlgastes und seines Wohnortes, mit großen schwarzen, mit Farbe aufgetragenen Buchstaben deutlich bezeichnet sein.

Die Säcke mit Mahlgut zur Bier- und Branntwein-Vereitung für Brauer und Branntweinbrenner müssen außerdem die Aufschrift „Malzschroot“ führen.

Diese Bezeichnung müssen die Säcke nicht bloß in der Mühle und beim Transporte des Getreides zu derselben und zur amtlichen Abfertigung, sondern auch beim Transporte aus der Mühle haben.

Für die Befolgung dieser Vorschrift ist sowohl der Müller als auch der Mahlgast verhaftet.

§. 27.

5) Gewichts-  
verhältnis des  
fertigen  
Mahlguts zu  
den Körnern.

Bei der Verwiegung des gefertigten Mahlguts gelten die folgenden Sätze für das zurückkommende Fabrifat, im Vergleiche zu den versteuerten Körnern, und zwar ohne Rücksicht auf Anfeuchtung:

a) vom Centner Weizen:

geschrootet 109 Pfd. Schroot,  
gebeutel 90 Pfd. Wehl,  
18 Pfd. Kleie;

b) vom Centner Roggen:

geschrootet 109 Pfd. Schroot,  
gebeutel 90 Pfd. Mehl,  
18 Pfd. Kleie;

c) vom Centner Gerste:

geschrootet 109 Pfd. Schroot,  
gebeutel 91½ Pfd. Mehl,  
15 Pfd. Kleie;

d) vom Centner Gerste zu Graupen:

- 1) 14 Pfd. feine Graupen, 36 Pfd. Mehl, 40 Pfd. Futterschroot,
- 2) 45 Pfd. mittlere Graupen, 15 Pfd. Mehl, 40 Pfd. Futterschroot,
- 3) 66 Pfd. gewöhnliche Graupen, 10 Pfd. Mehl, 24 Pfd. Futterschroot,
- 4) 40 Pfd. gerissene Graupen, 8 Pfd. Grütze und Gries, 27 Pfd. Mehl, 20 Pfd. Spelsen;

e) vom Centner Hafer:

geschrootet 108 Pfd. Schroot.

Findet sich noch mehr vor, so tritt, den Umständen nach, Besteuerung des Uebergewichts oder, wenn das Gesamtgewicht an Schroot, Mehl oder Graupen und Abgang das auf dem Mahlscheine angegebene Körnergewicht überschreitet, Strafverfahren ein.

§. 28.

Wer steuerpflichtiges Mählgut auf den unter besonderer Controle stehenden Mühlen (§. 15.) bereiten lassen will, schafft dasselbe zum Steueramte und meldet demselben mündlich an:

- a) den Namen des Eigenthümers der zur Mühle zu sendenden Körner;
- b) die Gattung derselben;
- c) die Zahl der Säcke, in welchen sich die Körner befinden;
- d) zu welcher Mühle dieselben bestimmt sind;
- e) was daraus bereitet werden soll.

11. Abfertigung zu den unter besonderer Controle stehenden Mühlen.

1) Steuerpflichtiges Mählgut.  
a) Anmeldung.

§. 29.

Die Uebereinstimmung des Mählguts mit der Anmeldung (§. 28.) wird von dem Steueramte geprüft und das Gewicht durch Verwiegung festgestellt.

Findet sich bei dieser Prüfung eine Unrichtigkeit in Menge oder Gattung der Mahlpfort, oder sonstige Abweichungen, so wird der Schuldige zur Verantwortung und Strafe gezogen.

b) Prüfung der Anmeldung

§. 30.

Nach dem Gewichtsbefunde wird von dem Steueramte der über der Steuerquittung befindliche Waageschein ausgefüllt, hiernächst von dem Steuerpflichtigen die Steuer entrichtet, die Steuerquittung ausgefüllt und dem Mahlgaste behändigt, nachdem zuvor der Waageschein von der Steuerquittung abgetrennt und bei dem Steueramte zurückbehalten worden.

c) Besteuerung und Bezeichnung.

§. 31.

Das Mählgut aus den nach §. 30. versteuerten Körnern, muß mit den dazu ge-

d) Verwiegung des fertigen Mählguts.

hörigen Mahlscheinen unmittelbar von der Mühle zum Steueramte gelangen, woselbst es nachgesehen, verwogen und mit dem Mahlscheine, auf welchem das Rückgewicht vermerkt worden, dem Transportführer überlassen wird, soweit es sich in der Richtigkeit befunden hat.

§. 32.

a) Branntwein- und Braus-Schroot.

Getreide und Malz zu Branntwein- und Braus-Schroot für Einwohner des Stadtbezirks ist nach Vorschrift §. 28. dem Steueramte, jedoch schriftlich anzu-melden. Ueber dasselbe wird nach dem Besunde der Revision ein Mahlfreischin ertheilt, mit welchem die Körner zur Mühle gehen.

Das von der Mühle kommende Schroot wird nach §. 31. behandelt und das Rückgewicht des Branntwein-Schroots vor dessen Verabfolgung in das mit vorzulegende Schrootbuch des betreffenden Branntweinbrenners eingetragen.

Bei denjenigen Brauereien, welche Malzschroot-Bestände halten, trägt der Waagebeamte, nachdem die mit Malzschroot gefüllten Säcke von ihm versiegelt worden sind, das Gewicht derselben und ihre Anzahl in das vorzulegende Contobuch ein.

§. 33.

b) Landmahlgut.

Das Mahlgut der zur Entrichtung der Mahlsteuer nicht verpflichteten Bewohner des äußeren Stadtbezirks und der weiter von der Stadt entlegenen Gegend wird „Land-Mahlgut“ genannt.

§. 34.

Alles Land-Mahlgut, welches auf einer der §. 13. genannten Mühlen bereitet werden soll, muß als solches durch eine Bescheinigung des betreffenden Ortsvorstandes legitimirt sein.

Diese Bescheinigung muß enthalten:

- a) den Namen des Eigenthümers der zur Mühle zu sendenden Körner;
- b) die Gattung und Menge derselben;
- c) die Zahl der Säcke, in welchen sich die Körner befinden;
- d) zu welcher Mühle dieselben bestimmt sind;
- e) was daraus bereitet werden soll;
- f) Datum und Ort der Ausstellung;
- g) eigenhändige Namensunterschrift des Ortsvorstandes unter Beibrückung des Ortsiegels.

Diese Bescheinigung muß deutlich und leserlich geschrieben sein und es dürfen darin weder Rasuren noch Ausstreichungen vorkommen.

§. 35.

Diese Bescheinigung des Ortsvorstandes vertritt die Stelle der Anmeldung (§. 28.). Mit derselben wird das Landmahlgut dem Steueramte zur Revision und Verwiegung gestellt, welches darüber unter Zurückbehaltung jener Bescheinigung und gegen Erlegung des Betrags der Mahlsteuer als Pfand, einen Mahlfreischin ausstellt, mit dem das Getreide alsdann zur Mühle geht.

Bei der Abfuhr des Mahlgutes aus der Mühle wird nach §. 31. verfahren; es ist demnachst noch Folgendes zu beobachten. Die Mahlpott wird im Ausgangsthore angemeldet, auf Grund des vorzulegenden Mahlfreischins geprüft und sofern sich bei der



Vergleichung mit der Bezeichnung nichts zu erinnern findet, das Pfand ausgehändig und der in Gegenwart des anwesenden Beamten erfolgte Ausgang bescheinigt.

§. 36.

Alles steuerpflichtige Mahlgut, welches auf den unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen (§. 18.) bereitet werden soll, wird zur Körnersteuer nicht zugelassen, sondern unterliegt der Eingangssteuer nach §. 15. des Gesetzes vom 30. Mai 1820 und den Vorschriften §. 88. und 89. dieses Regulativs.

§. 37.

Was in §. 26. über die Bezeichnung der Säcke angeordnet worden, findet auch auf alles Mahlgut ohne Unterschied Anwendung, welches auf Mühlen, die unter allgemeiner Controлле stehen, verarbeitet wird; einer Bezeichnung bedarf dergleichen Mahlgut aber nicht.

§. 38.

Die Müller in den unter besonderer Aufsicht stehenden Mühlen (§. 15.) sind für die Befolgung der Vorschriften der §§. 20., 21., 23., 25., 26. und 27. mit verhaftet. Außerdem gelten für sie insbesondere die folgenden Bestimmungen.

§. 39.

Sobald eine Mühle durch Verkauf, Verpachtung oder auf irgend eine andere Weise an einen andern Inhaber übergeht, ist Letzterer verpflichtet, davon sofort und bevor der Betrieb der Mühle für seine Rechnung beginnt, dem Steueramte schriftlich Anzeige zu machen.

§. 40.

In den Mühlenräumen, zu welchen bei Bodwindmühlen auch der Platz unter den Mühlen und um dieselben, in dem durch Pfähle bezeichneten Bereiche des Rehrbaums gehört, werden von dem Mühlen-Inhaber, unter Bestimmung eines Oberbeamten, verschiedene Abtheilungen bestimmt, und zwar so, wie der Raum diese Absonderungen gestattet:

- a) für steuerpflichtige Körner nach dem Sage von 20 Sgr. für den Centner,
- b) für steuerpflichtige Körner nach dem Sage von 5 Sgr. für den Centner;
- c) für Mahlgut aus Körnern zu a.;
- d) für dergleichen aus Körnern zu b.;
- e) für Branntwein- und Brau-Schroot und das Getreide dazu;
- f) für Land- und Freimahlgut;
- g) für die Fabrikate aus dem Getreide sub f.;
- h) für mit Beschlagnahme belegtes Getreide oder Mahlgut.

An anderen Orten, als in diesen Räumen, darf weder Getreide noch Mahlgut aufbewahrt werden, auch jede Gattung nur in dem dafür bestimmten Raume.

§. 41.

Ueber die innere Einrichtung der Mühle, die Zahl ihrer Gänge, zu welchen Gattungen von Mahlgut der eine oder andere Gang etwa ausschließlich bestimmt ist, über die mit der Mühle im Zusammenhange stehenden Räume, deren Abtheilung nach den Bestimmungen §. 40., ob der Müller einen Handel mit Mahlgut treibt und wo dies geschieht, wird eine kurze, durch eine einfache lineare Zeichnung

C. Bezeichnung der unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen.

1) Form der Steuererhebung.

2) Bezeichnung der Säcke.

D. Mühlen der Müller, deren Mühlen unter besonderer Aufsicht stehen.

1) Anzeige vorkommender Beschädigung.

2) Abtheilung der Mühlenräume.

3) Mühlenbestimmung.

verdeutlichte Beschreibung doppelt aufgenommen, solche von dem Müller und dem Ober-Beamten unterschrieben und ein Exemplar davon an einem von dem Letzteren zu bestimmenden Orte in der Mühle angeheftet; das zweite aber dem Steueramte abgeliefert.

Die Erneuerung dieser Beschreibung muß geschehen, so oft das Bedürfnis eintritt. Wann dies der Fall ist, bestimmt ein Oberbeamter der Steuer-Verwaltung. Veränderungen gegen diese Beschreibung ist der Müller verpflichtet, vor deren Ausföhrung dem Steueramte schriftlich anzuzeigen.

§. 42.

- 4) Vergleichung des Mahlguts mit dem Mahlscheine.  
a) nach Gattung.

So wie Körner zur Mühle gebracht werden, muß der Müller den Mahlschein empfangen und nachsehen, ob die Körner der Gattung nach damit übereinstimmen, auch ob die Säckc in der im §. 26. vorgeschriebenen Art bezeichnet sind.

Findet sich, abweichend vom Mahlscheine, eine höher belegte Körnerart allein oder im Gemisch mit einer geringer besteuerten vor, so muß der Müller das Mahlgut vorläufig in Beschlag nehmen und sofort, auf Kosten desjenigen, welcher dasselbe mit unrichtigem Mahlscheine zur Mühle gebracht hat, oder hat bringen lassen, dem Steueramte zur weitem Untersuchung Mittheilung machen.

§. 43.

- 1.) nach Menge.

Ingleichen liegt den Müllern ob, die Menge der zur Mühle kommenden Körner gleich bei der Annahme, der Zahl der Säckc nach, mit der Bezeichnung zu vergleichen und etwaige Differenzen anzuzeigen.

Stimmt die Gattung des Getreides und die Zahl der Säckc mit dem Mahlscheine überein, so ist der Müller in Betreff des Gewichts nicht verantwortlich, sofern nur bei der Mahlpöst nicht ein Mehrgewicht von einem Achtel des ganzen Gewichts, oder ein noch größeres Mehrgewicht vorhanden ist.

Mahlpösten, bei denen der Menge nach Abweichungen von der Bezeichnung ermittelt werden, darf der Müller nicht verarbeiten, sondern muß sie auf den für die Confiscate bestimmten Platz zurückstellen.

§. 44.

- 5) Verfahren mit den Mahlscheinen.

Wenn das Getreide zur Mühle gebracht und richtig befunden worden ist, wird der Mahlschein an dem Kropfe eines der zur Mahlpöst gehörigen Säckc angebunden.

Die Säckc, soweit sie zu einem und demselben Mahlscheine gehören, müssen mit ihrer Bezeichnung (§. 26.) nach vorn, so lange zusammenge stellt sein, als während der Verarbeitung selbst nicht eine Trennung nöthig ist.

Sobald mit der Aufschüttung des Getreides auf den Mahlgang der Anfang gemacht ist, wird der Mahlschein an den Gang geheftet und bleibt dort während der Bereitung, welche durch Zwischenpösten nicht unterbrochen werden darf.

Ist das Mahlgut fertig, so muß der Mahlschein wieder an den Kropf eines der dazu gehörigen Säckc befestigt werden, bis selbige die Mühle verläßt.

§. 45.

Die unter den Mahlscheinen befindlichen, mit I., II., III. und IV. bezeichneten Abtheilungen werden bei folgenden Handlungen abgeschnitten:

- a) die mit I. bezeichnete Abtheilung, sobald das Getreide zur Mühle gebracht, untersucht und der Gattung und Menge nach richtig befunden ist;
- b) die mit II. bezeichnete Abtheilung, sobald die Bereitung, das Abmahlen anhebt und die erste Aufschüttung auf den Gang erfolgt;
- c) die mit III. bezeichnete Abtheilung, sobald die Bereitung vollendet ist;
- d) die mit IV. bezeichnete Abtheilung, wenn das Mahlgut aus der Mühle abgelaufen wird.

Wird Getreide zum Spizen aufgeschüttet, so wird die mit II. bezeichnete Abtheilung nur bis zur Hälfte eingeschnitten und erst vom Zettel getrennt, wenn die wirkliche Vermahlung beginnt.

§. 46.

Die Mahlscheine sind nur für drei Tage gültig, so daß am dritten Tage, nach Ausstellung der Bezeichnung das Fabrikat aus der Mühle geschafft werden muß.

Wird das Innehalten dieser Frist durch unvermeidliche Umstände verhindert, so muß der Müller die Verlängerung derselben bei dem Steueramte, unter Vorlegung der betreffenden Mahlscheine, nachsuchen, welches das Bedürfnis prüfen und nach dem Befunde desselben die Verlängerungsfrist auf dem Scheine selbst bemerken wird.

§. 47.

Für das eigene Mahlgut der Müller werden nur auf 24 Stunden gültige Mahlscheine gegeben, so daß nach Ablauf derselben die Bereitung vollendet und das Mahlgut aus der Mühle geschafft sein muß.

Für die Graupen- und Grieß-Fabrikation kann jedoch eine Ausnahme hiervon in geeigneten Fällen gemacht werden, wenn darum nachgesucht wird.

§. 48.

Die Getreide-Bestände der Müller müssen außerhalb der Mühlenräume befindlich sein und unterliegen keiner besondern Aufsicht, wenn sie nicht in solchen Räumen lagern, die mit den Mühlenräumen zusammenhängen.

Findet aber eine Lagerung in häuslichen, mit den Mühlenräumen zusammenhängenden Räumen statt, so sind die Getreide-Bestände des Müllers, von denen übrigens ohne Mahlschein, nach §. 21. niemals etwas in Mühlenräumen selbst sich befinden darf, der Controlle unterworfen, und ist in dieser Beziehung der Müller verpflichtet, ein Notizbuch, nach Anweisung des Steueramtes, über seine Getreide-Bestände zu führen und darin jeden Zu- und Abgang sofort zu bemerken.

Auch ist der Müller gehalten, dieses Notizbuch und die betreffenden Getreide-Bestände den revidirenden Beamten auf Erfordern jederzeit vorzuzeigen und für die etwa nöthigen Ermittlungen der Menge dieser Getreide-Bestände ausreichende Hülfe zu beschaffen.

§. 49.

Wird der Mahllohn in Körnern durch die sogenannte Mahlmeße entrichtet, so muß diese, weil sie nicht mit versteuert wird, sondern erst dann der Besteuerung unterliegt, wenn der Müller sie vermahlen will, von den für den Mahlgast zu verarbeitenden Körnern abgesehen, erst zum Steueramte und zur Mühle gebracht werden. Bei der Rückverwiegung wird dann auf die Mahlmeße, welche, wenn der Müller

6) Dauer der Gültigkeit der Mahlscheine auf den Mühlen

7) Eigenes Mahlgut der Müller.

8) Getreide-Bestände der Müller.

9) Mahlmeße.

ke in den Mühlenraum aufnehmen will, sofort nach der Ankunft in der Mühle, in einem unter Mitverschluß der Steuerbehörde stehenden Megkasten gebracht werden muß, keine Rücksicht genommen.

Der Megkasten wird von Zeit zu Zeit, nach vorgängiger Anzeige bei dem Steueramte, in Gegenwart eines Steuerbeamten geleert und dessen Inhalt aus dem Mühlenraume geschafft.

10) Stein-  
u. Staubmehl.

§. 30.

Das Stein- und Staubmehl darf gleichfalls nur in einem, unter besonderem Mitverschluß der Steuerbehörde stehenden Kasten in der Mühle aufbewahrt werden. Dieser Kasten wird von Zeit zu Zeit unter amtlicher Aufsicht geleert und die darin vorhanden gewesenen Bestände werden sogleich aus der Mühle entfernt.

11) Mählgut-  
Vorräthe.

§. 31.

Weder für den eigenen Bedarf noch für den Handel mit Mühlenfabrikaten darf Mählgut in den Mühlenräumen aufbewahrt werden.

12) Handel  
mit Mehl und  
andern Müh-  
lenfabrikaten.

§. 32.

Diejenigen Müller, welche Mählgut zum Verkauf oder zum Tausche bereiten, oder Bestellung auf Mehl oder auf Getreide zu Mehl annehmen, oder überhaupt mit Mühlenfabrikaten Handel treiben wollen, haben die Vorschriften §§. 97. bis 105. zu beobachten.

13) Mühlen-  
Revisions.

§. 33.

Die Mühlen mit den dazu gehörenden Räumen (§. 40.) müssen für die Steuerbeamten in den Stunden von 6 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends stets geöffnet sein.

Außer diesen Stunden ist den Beamten der Eintritt in die Mühlen gestattet, so lange dieselben im Gange sind.

Wird am Abend oder während der Nacht der Zugang zur Mühle verschlossen, so muß ein Klingelzug oder eine andere Vorrichtung vorhanden sein, durch welche die Steuerbeamten sich ankündigen. Auf das von denselben gegebene Zeichen ist ihnen ungesäumt zu öffnen.

Die Müller und ihre Leute haben den Beamten über alles, worüber sie des Dienstes wegen Auskunft erfordern, solche zu ertheilen, auch die Vorkehrungen und Handleistungen zu beschaffen, welche für die Mühlenaufsicht der Beamten, einschließ- lich der von ihnen erforderlich zu achtenden Nachweisungen, nöthig sind.

Insbefondere hat der Müller und seine Leute, wenn die Verwiegung einer im Vermahlenwerden befindlichen Mahlpott nöthig befunden wird, die Mühle auf Verlangen der Steuerbeamten sofort anzuhalten und alle für diesen Zweck erforderlichen Vorrichtungen unweigerlich zu leisten.

14) Mühlen-  
Register.

§. 34.

Ueber das zur Mühle gelangende Mählgut hat der Müller ein Register, das „Mühlen-Register“, zu führen. Wird die Mühle auch durch Land-Mählgut beschickt, so wird dasselbe in zwei Abtheilungen, von denen die eine für das Stadt-Mählgut, die andere für das Land-Mählgut bestimmt ist, geführt.

In dieses Register ist jede neue Mahlpott nach Aufnahme in die Mühle, unter einer fortlaufenden Nummer, mit Hinweisung auf die Nummer des Mahl-

scheins, einzutragen und der Abgang gleich nach der Entfernung aus der Mühle zu vermerken.

§. 55.

Das Steueramt hält für jede unter Steuer-Aufsicht stehende Mühle ein Buch, in welches jede Revision mit demjenigen, was dabei zu bemerken, von den Beamten nach der Zeitfolge niedergeschrieben wird.

15) Mühlen-  
Revisionsbuch.

Dieses Revisionsbuch sowohl als die Mühlenregister werden an dem vom Oberbeamten dazu bestimmten Orte in der Mühle niedergelegt, und der Müller ist dafür verantwortlich, daß sie jederzeit unbeschädigt vorhanden sind.

§. 56.

Mühlen, welche auf längere Zeit außer Betrieb kommen, können unter amtlichen Verschuß gesetzt werden.

16) Verschuß  
der Mühlen.

§. 57.

Für die Inhaber der unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen (§. 16.) kommen die Bestimmungen der §§. 37., 39., 41., 52., 53. und 55. zur Anwendung, mit der Maßgabe, daß es der im §. 41. angeordneten Bezeichnung der verschiedenen Abtheilungen der Mühlenräume, wie der §. 40. sie vorschreibt, nicht bedarf, und es bleibt nach den Umständen vorbehalten, diese Mühlen unter besondere Aufsicht zu stellen, oder diejenigen Controllen anzuordnen, welche zur Sicherung des Mahlsteuer-Interesses für nothwendig erachtet werden möchten.

17) Mästen der  
Müller, deren  
Mühlen  
unter allge-  
meiner Auf-  
sicht stehen.

### III. Abschnitt.

#### Schlachtsteuer.

§. 58.

Jeder Schlächter giebt dem Steueramte eine schriftliche Anmeldung darüber ab, wo seine Viehbestände sich befinden, wo die Schlachtungen geschehen, wo die Fleischbestände und die Felle aufbewahrt werden sollen.

Er ist an genauere Beobachtung seiner Angabe so lange gebunden, als solche nicht durch fernere schriftliche Anzeige an das Steueramt abgeändert worden ist, oder dies nicht in besondern Fällen eine Ausnahme ausdrücklich gestattet hat.

In gemeinschaftlichen Räumen, z. B. Scharren oder Kellern, hat jeder Fleischer oder Händler mit Fleisch oder Fleischwaaren den ihm gehörenden Raum mit seinem Namen deutlich zu bezeichnen und daß dies geschehen, gleich in der abzugebenden Anmeldung zu bemerken.

§. 59.

Vor dem Antritt eines jeden Kalender-Quartalsjahres hat sich jeder Schlächter zu erklären, ob er das zu schlachtende Vieh nach dem Gewichte (§. 67.), oder ob und welche Gattungen er nach dem Stücksaße (§. 66.) versteuern will. Diese Erklärung ist alsdann auf die Dauer des betreffenden Quartalsjahres für ihn verbindlich, so daß er in keinem Falle mehr die Wahl hat, ob er nach dem Stücksaße oder nach Gewicht versteuern will.

Von demjenigen Gewerbetreibenden, welcher in der bestimmten Frist keine Er-

18) Im Stadt-  
bezirk.

19) Gemeinlich-  
des Schlachten.  
20) Anzeige  
des Gewerbs-  
Raumes.

21) Angabe, ob  
nach Stück-  
saßen oder nach  
Gewicht ver-  
steuert werden  
soll.

klärung abgegeben hat, wird angenommen, daß er von der Zulassung zur Besteuerung nach Stücksaßen keinen Gebrauch machen wolle.

Wenn zwei oder mehrere Schlächter die eine oder die andere Viehgattung gemeinschaftlich schlachten, so müssen sie sämmtlich über Gewichts- oder Stück-Bebesteuerung der betreffenden Viehgattungen eine übereinstimmende Erklärung abgeben.

Das Recht auf Zulassung zur Besteuerung nach Stücksaßen geht verloren:

- 1) wenn ein Schlächter einzelne Vieh-Stücke derjenigen Gattung, für welche er die Stück-Bebesteuerung gewählt hat, auf den Namen eines anderen Schlächters, welcher nach Gewicht versteuert, oder
- 2) umgekehrt, wenn er ein Stück von einem Schlächter, der nach Gewicht versteuert, auf seinen Namen zur Stück-Bebesteuerung abfertigen läßt.

In beiden Fällen kann auch der nach dem Gewichte steuernde Schlächter, welcher dem nach dem Stücksaße steuernden behülflich gewesen ist, von der Stücksaß-Bebesteuerung ausgeschlossen werden.

3) Steuer-  
bücher.

§. 60.

Jeder Schlächter erhält ein Schlächter-Revisions- und Besteuerungsbuch, welches von dem Steueramte für jedes Kalender-Vierteljahr unentgeltlich geliefert wird.

Dieses Buch muß in den Gewerbsräumen an einem vom Schlächter zu bestimmen und von dem Steueramte auf dem Titelblatte zu bemerkenden Orte beständig so vorliegen, daß die Beamten solches, insofern es nicht eben zum Steueramte geschickt ist, sogleich zum Gebrauch empfangen können.

§. 61.

Sind die Gewerbsräume in der Art örtlich getrennt, daß etwa die Fleischvorräthe an verschiedenen Orten beruhen, so bestimmt der Oberbeamte, wo das Buch sich befinden soll, und es werden in den übrigen getrennten Räumen, zur vollständigen Uebersicht der Bestände, besondere, vom Steueramte mit dem Amtssiegel zu bezeichnende Anschriftbogen niedergelegt. In Bezug auf die gehörige Aufbewahrung dieser Anschriftbogen gelten dieselben Vorschriften, wie für die Steuerbücher.

§. 62.

Diese Bücher und Anschriftbogen müssen reinlich gehalten werden; sie dürfen nicht abhanden kommen und darf darin von Seiten des Schlächters nichts geschrieben, radirt oder geändert werden. Am Schlusse des Vierteljahres werden sie gegen neue umgetauscht, den Schlächtern aber, nachdem sie durchgesehen worden sind, auf Verlangen zurückgegeben, mit der Verpflichtung jedoch, sie ein Jahr lang aufzubewahren und auf Erfordern vorzulegen.

§. 63.

Keine Schlachtung darf ohne vorgängige Erlaubniß des Steueramtes geschehen, auch nicht anders, als genau nach Inhalt dieser im Steuerbuche eingetragenen Erlaubniß.

Dafür ist nicht nur der Schlächter verhaftet, sondern auch derjenige, welcher für ihn die Schlachtung verrichtet.

§. 64.

Das Schlachten darf in der Regel nur von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang geschehen.

4) Erlaubniß  
zum Schlachten

5) Schlacht-  
zeit.

Zum Schlachten außer dieser Tageszeit wird das Steueramt, oder ein Oberbeamter, die Erlaubniß mit Bestimmung der Schlachtstunde zwar ertheilen, es muß dann aber den Steuerbeamten das Schlachthaus bis zur beendigten Schlachtung offen sein.

§. 65.

Vor der Schlachtung muß dem Steueramte die Zahl und Gattung des zu schlachtenden Viehes, auch angezeigt werden, an welchem Tage und zu welcher Stunde. Vor- oder Nachmittags, geschlachtet werden soll. Die Schlachtstunde ist genau inne zu halten.

§. 66.

Soll nach Stückfäßen versteuert werden, so erfolgt sofort die Erlegung der Steuer. Die Entrichtung derselben, die angezeigte Schlachtzeit und der Viehabgang wird in dem dem Steueramte vorzulegenden Besteuerungsbuche bemerkt und dies sofort zurückgegeben.

§. 67.

Bei der Besteuerung nach Gewicht wird verfahren, wie im §. 66. bestimmt ist, nur die Gefälle-Entrichtung unterbleibt vorläufig, wogegen Sicherheit dafür gefordert werden kann.

Nach geschehener Schlachtung wird das ausgeschlachtete Vieh, wie es an den Hafen zu kommen pflegt, d. h. ohne Füße, Eingeweide und Darmsack, unzertheilt mit dem Steuerbuche zur Waage der Hebestelle gebracht, dort verwogen und das Gewicht, so wie die nun danach zu erhebende Steuer in das Buch eingetragen.

Die verwogenen Viehstücke müssen durch einen Einschnitt an geeigneter Stelle, oder auf eine andere Weise eine von der Steuerbehörde zu wählende Bezeichnung erhalten.

§. 68.

Wenn Mehrere ein Stück Vieh gemeinschaftlich schlachten, so muß derjenige, welcher die Besteuerung leistet, außer der im §. 65. vorgeschriebenen Meldung, auch noch angeben, wer die übrigen Theilnehmer sind, wo die Schlachtung und wo und zu welcher Stunde die Theilung des Stückes erfolgen soll.

Vor der einzelnen Theilnehmer das Fleisch übernehmen, müssen sie den Zugang des Fleisches von dem Steueramte in ihre Steuerbücher eintragen lassen.

§. 69.

1) Kein Schlächter darf geschlachtetes Vieh, weder ganz noch theilweise von einem andern Schlächter kaufen oder übernehmen, wenn nicht vorher beide, sowohl derjenige, welcher ein Stück geschlachtet hat, als derjenige, dem das ausgeschlachtete Stück Vieh ganz oder zum Theil abgelassen werden soll, mit ihren Schlachtbesteuerungsbüchern sich bei dem Steueramte gemeldet und daselbst die resp. Ab- und Zuschreibung des Fleisches, mit genauer Angabe des Gewichts, in ihren Büchern nachgesucht haben.

Eine gleiche Meldung muß geschehen, wenn ein Schlächter Fleisch von andern Personen kauft, und es muß dabei der Schlachtbesteuerungsschein (§. 71.) und das Steuerbuch vorgelegt werden.

2) Bei Vermehrung des Fleischbestandes in dem Falle ad 1. darf der Zugang an Fleisch nicht in die Gewerbräume des Schlächters aufgenommen werden, bevor nicht die Anmeldung und Zuschreibung im Besteuerungsbuche bei dem Steueramte erfolgt ist.

3) Wer nach Stückfäßen steuert und an nach Gewicht steuernde Schlächter ausge-

c) Anmeldung und Besteuerung.  
n) Schlachtanzeige.

b) Abfertigung.  
aa) nach Stückfäßen.

bb) nach Gewicht.

c) Gemeinschaftliche Schlachtung.

d) Kauf oder Verkauf des Fleisches.

schlachtete Viehstücke im Ganzen, zur Hälfte, oder auch zum Viertel abläßt, muß solches vor der Abgabe dem Steueramte anmelden, und es muß, sofern die zu veranlassende Gewichts-Ermittelung einen höhern Steuerbetrag als der Stücksatz ergibt, das Mehr nachversteuert werden.

4) Wer nach Gewicht steuert und an einen nach Stücksatz steuernden Schlächter ausgeschlachtete Viehstücke in gedachter Art abläßt, muß bis zum vollen Stücksatze, wenn dieser höher als die Gewichts-Versteuerung ist, nachsteuern.

§. 70.

II. Schlachtung zum eigenen Bedarf.

1) Schlacht-Anzeige.

Für Schlachtungen zum eigenen Bedarf derjenigen, welche nicht Schlächter sind, finden in Absicht der Schlachtzeit die Bestimmungen §. 64. gleichmäßige Anwendung.

Wegen der Anmeldung zum Schlachten gilt die Vorschrift §. 65., jedoch ist noch anzugeben:

- a) ob die Steuer nach dem Stücksatze oder
- b) nach dem Gewichte entrichtet werden soll.

§. 71.

2) Abrechnung.

Soll die Versteuerung nach Stückätzen geschehen, so erteilt das Steueramt, der Anmeldung gemäß, gegen Erlegung der Steuer, einen die Quittung enthaltenden Schlachtschein.

Wird aber die Versteuerung nach dem Gewichte vorgezogen, so wird nur der obere Theil des Schlachtscheins ausgestellt und dieser ausgehändigt, wobei die Abtragung der Steuer, auf Erfordern, durch ein Pfand sicher gestellt werden muß.

Gleich nach erfolgter Schlachtung und spätestens am folgenden Vormittage, wird das ausgeschlachtete Stück Vieh in der §. 67. bezeichneten Weise zur Verwiegung gestellt und nach dem ermittelten Gewichte die Steuer entrichtet, gegen Rückempfang des mit der Quittung vervollständigten Scheins, von welchem das Waageattest zurückbehalten wird.

Ist das zu schlachtende Vieh aus den Beständen des Steuernden und stehen diese unter Controle (§. 73.), so wird der Abgang in dem mit vorzulegenden Vieh-Controlebuche vermerkt.

§. 72.

3) Obliegenheiten des Schlachtenden.

Niemand darf eine solche Schlachtung (§. 70. und 71.) verrichten, ohne vorher den Schlachtschein eingesehen zu haben, auch nicht anders als genau nach Inhalt desselben, in Bezug auf Gattung des Viehes und Zeit und Ort der Schlachtung.

Sobald das Vieh getödtet ist, muß der Schlachtende die obere Hälfte des Schlachtscheins einreißen.

§. 73.

4) Aufbewahrung des Schlachtscheins III. Vieh-Controle.

Den eingerissenen Schlachtschein (§. 72.) ist der Steuernde verpflichtet, noch ein Jahr lang aufzubewahren und auf Erfordern vorzulegen.

§. 74.

Der Controle der Viehbestände sind unterworfen:

- a) die Schlächter;
- b) die Viehhändler, Viehmäster und alle diejenigen Gewerbetreibenden, welche ihres Gewerbes wegen Vieh halten.



§. 75.

Die Controle der Viehbestände wird geführt:

1) Nachweis  
durch Steuer-  
und Vieh-  
Controllbücher

- a) bei Schlächtern durch die Schlacht-Revisions- und Versteuerungsbücher;
- b) bei den Viehhändlern, Viehmästern und denjenigen Gewerbetreibenden, welche ihres Gewerbes wegen Vieh halten, durch besondere Vieh-Controle-Bücher.

Für letztere, welche von dem Steueramte geliefert und, wenn sie vollgeschrieben sind, gegen neue umgetauscht werden, gelten gleichmäßig die Bestimmungen der §. 60. und 62.

In diesen Steuerbüchern sub a. und b., wird jeder Zu- und Abgang an Vieh zu- und abgeschrieben, und die Inhaber haften für die jederzeitige Richtigkeit ihres Viehbestandes nach dem Inhalte derselben. Sie haben sich daher zu überzeugen, ob die An- und Abschreibungen darin genau geschehen sind; im Falle des Irrthums aber auf Abänderung anzutragen.

§. 76.

Das Einbringen des Viehes ist nur durch die §. 8. angeführten drei Thore und nur während der in §. 12. angegebenen Abfertigungszeit für die Thor-Controleurs erlaubt.

2) Eingangs  
des Viehes.

Treten besondere Fälle ein, wo außer dieser Zeit Schlachtvieh eingebracht werden soll, so ist dazu die schriftliche Erlaubniß des Steueramts oder des Ober-Controleurs erforderlich.

Bei der Thor-Controle wird das einzuführende Vieh angemeldet und von dieser, nöthigenfalls unter Erhebung eines angemessenen Pfandes, ein Thor-Anmeldeschein ausgestellt. Dieser Thor-Anmeldeschein ist dem Steueramte zur Versteuerung oder Annotation im Versteuerungs- oder Vieh-Controllbuche noch an demselben Tage, im Falle des Eingangs Abends nach dem Schlusse der Dienststunden aber, am nächsten Morgen vorzulegen und hierauf binnen drei Tagen, bei Verlust des eingelegten Pfandes, der betreffenden Thor-Expedition zurückzustellen.

§. 77.

3) Zu- u. Ab-  
gangsanzeige.

Jeden Viehjugang, er entstehe

- a) durch Ankauf in der Stadt, oder
- b) aus eigener Zucht,

muß der Schlächter sowohl als der Viehbesitzer (§. 74. und 75.) anmelden und zwar muß

- ad a) die Anmeldung und Eintragung geschehen sein, bevor das Vieh aufgenommen wird,
- ad b) in den ersten 24 Stunden, unter Vorlegung des Steuer- oder Vieh-Controllbuches.

Der Abgang durch Schlachten wird vorher, bei der Anmeldung zum Schlachten (§§. 65. und 70.), mit Vorlegung des Steuer- oder Vieh-Controllbuches, dem Steueramte angezeigt.

§. 78.

4) Abgang  
durch Verkauf.

Der Abgang durch Verkauf oder sonstige Entäußerung wird durch eine besondere Anmeldung angezeigt, welche, auf Erfordern der Steuerbehörde, schriftlich abgegeben

werden muß, sonst aber mündlich geschehen kann. Derjenige, an den das Vieh gelangt, ist zuverlässig nachzuweisen.

Geschieht die Veräußerung nach außerhalb der Stadt, so wird, nach erfolgter Anmeldung im Ausgangsthore, von dem richtigen Ausgange Ueberzeugung genommen und, nachdem derselbe bescheinigt ist, die Abschreibung bewirkt.

6) Abgang  
durch Sterben.

§. 79.

Im Falle des Viehabganges durch Sterben ist das gefallene Stück demjenigen Beamten vorzuzeigen, der dazu, in Folge der eingereichten Abgangs-Anzeige beauftragt wird.

Das freipirte Vieh muß hierauf unter amtlicher Aufsicht aus dem Stadtbezirke geschafft und vergraben werden. Den erfolgten Ausgang aus der Stadt hat, neben dem begleitenden Beamten, auch der Controleur des Ausgangsthores zu bescheinigen.

§. 80.

6) Abtrieb  
zur Hütung  
oder Weid auf  
längere Zeit.

Soll der Viehbestand oder ein Theil davon zur auswärtigen Hütung oder Weid auf längere Zeit als einen Tag gehen, so ist zuvor dem Steueramte davon Anzeige zu machen, welches den Ausgang am Thore kontrolliren und bescheinigen läßt, so dann aber den Abtrieb im Steuerbuche bemerkt.

§. 81.

7) Täglicher  
Abtrieb zur  
Hütung.

Vieh, welches nur für den Tag zur Hütung ausgetrieben wird und des Abends zurückkehrt, wird in den Steuerbüchern nicht an- und abgeschrieben, sondern beim Aus- und Wiedereingange derjenigen Thor-Expedition, wo es vorübergeht, angemeldet, damit dieselbe von der Uebereinstimmung des Aus- und Eintriebes Ueberzeugung nehme.

Wer erklärt hat, seinen Viehbestand täglich zur Weide treiben zu lassen, darf ohne vorherige Anzeige nichts davon zurückbehalten.

§. 82.

8) Veränder-  
ungen des  
Viehstandes  
durch Alter.

Veränderungen des Viehbestandes, welche dadurch entstehen können, daß ein Stück Vieh durch ein höheres Alter in eine andere steuerpflichtige Klasse tritt, brauchen nicht besonders angemeldet zu werden; vorkommenden Falles berichtigen die Beamten die Bücher durch Zu- und Abschreibung.

Schaf- und Ziegenlämmer, ingleichen Spanferkel, werden als solche nur den ersten Sommer hindurch, mithin bis zum 1. October, die außer der gewöhnlichen Zeit geborenen aber, als solche nur ein halbes Jahr lang erachtet, welches letztere auch auf die Kälber Anwendung findet.

Nach Ablauf dieser Fristen tritt das genannte Jungvieh beziehungsweise in die Klasse der Schafe, Ziegen, Schweine, und der Stiere und Ferkeln.

§. 83.

9) Controlle-  
rung des frem-  
den Viehes.

Auswärtiges Vieh, welches zum Verkauf eingeführt werden soll, muß der betreffenden Thor-Controle genau angemeldet werden. Nach geschehener Durchzählung stellt diese, gegen Deponirung eines angemessenen Pfandes, einen Thor-Anmelde-schein aus.

a) zum  
Verkauf.

Beim Verkaufe sind die Steuer- und Vieh-Controllbücher nach dem Steuer-

amte zu bringen, welches die Eintragung des gekauften Viehes in den Büchern des Käufers und gleichzeitig auch in dem Thor-Anmeldechein bemerkt.

Die Zahl des etwa unverkauft wieder ausgehenden Viehes muß der Einbringer angeben, solche wird von dem Steueramte kurzweg bemerkt und nachdem der Thorbeamte den wieder ausgehenden Theil durchgezählt hat, bescheinigt derselbe die Richtigkeit des Wiederausganges und zahlt das eingelegte Pfand zurück.

§. 84.

Vergleichen fremdes Vieh, welches, ohne zum Verkauf bestimmt zu sein, ein- und wieder ausgeführt wird, erhält die im §. 83. vorgeschriebene Abfertigung auf Thor-Anmeldechein.

b) durch-  
gesch.

§. 85.

Die Beamten sind befugt, von Morgens 6 bis Abends 9 Uhr die angemeldeten Gewerbsräume der Schlächter zu revidiren. Auch außer dieser Zeit unterliegen dieselben, so lange darin gearbeitet wird, der Revision durch die Beamten. Die Schlächter und deren Gehülfen sind verpflichtet, sich während der Revision ruhig und bescheiden zu verhalten und den revidirenden Beamten diejenige Hülfe zu leisten oder leisten zu lassen, welche erforderlich ist, um die Revision gebührend vorzunehmen. Auch sind die Beamten berechtigt, in Betreff der bei Privatpersonen vorkommenden Schlachtungen zum eigenen Gebrauch, sich durch abzuhalten Revisionen von der Richtigkeit der geschehenen Anmeldung und Versteuerung zu überzeugen.

IV. Revision.  
a) Gewerbs-  
räume und  
Viehbestände.

Viehändler, Viehmäster und andere Gewerbetreibende, welche ihres Gewerbes wegen Vieh halten (§. 74.) haben die Verpflichtung, den Beamten bei der abzuhaltenen Revision über den Ursprung oder den Verbleib ihres Viehes, durch Vorlegung ihrer Vieh-Controllbücher Auskunft zu geben.

§. 86.

Bei Revision der Fleischbestände hat der Schlächter den Revisions-Beamten die vorhandenen Bestände genau anzugeben, auch, wenn gegen das abgeschätzte Gewicht des in Stücken befindlichen Fleisches Widerspruch erhoben wird, dasselbe vorzuwiegen, oder zur Steuer-Waage zu schaffen, damit die Revisions-Bemerkte richtig und in voller Uebereinstimmung mit dem vorhandenen Fleische in die Fleisch-Controll eingetragen werden können.

b) Fleisch-  
bestände.

Bei den Revisionen der gemeinschaftlich von den Fleischern zur Aufbewahrung des Fleisches benutzten Scharren oder Keller wird das in diesen Räumen vorgefundene Fleisch von den Steuerbeamten als dem gebührend betrachtet, dessen Namen der Platz, an dem sich das Fleisch befindet, anzeigt.

§. 87.

Die im §. 1. des Gesetzes vom 2 April 1852 bezeichneten Personen im äußern Stadtbezirk, welche von dem Vieh, welches sie schlachten, die Schlachtsteuer entrichten müssen, stehen, in Absicht ihrer Fleisch- und Viehbestände, ebenfalls unter der besondern Aufsicht der Beamten und es kommen rücksichtlich ihrer die §§. 58. bis 69., 74., 75., 77. bis 82. 85. und 86. zur Anwendung.

b. Gewerbb-  
des Schlächters  
im äußern  
Stadtbezirk.

Entnehmen Schlächter im äußern Stadtbezirk Fleisch von Schlächtern aus der

Stadt, so ist das Besteuerungsbuch mit der bereits von dem Steueramte bewirkten Eintragung der Thor-Controle zur Bescheinigung des Ausganges vorzulegen.

An Sonn- und Festtagen bewirken die betreffenden Thor-Controleure die Eintragung des Zugangs an Fleisch.

#### IV. Abschnitt.

Ein-, Durch- und Ausgang von Mehl-, Back- und Fleisch-Waaren.

##### A. Eingang.

###### 1. Unversteuert.

1) Anmeldung und Bescheinigung bei der Thor-Expedition.

##### §. 88.

Die im §. 1. des Gesetzes vom 2. April 1852 benannten Gegenstände müssen, sobald deren Gewicht zwei Pfund oder mehr beträgt, sofort beim Eingange in die Stadt der betreffenden Thor-Expedition angemeldet werden, woselbst sie, wenn die eingehende Menge Einen Centner nicht übersteigt, nach erfolgter Revision und gegen Erlegung der Eingangsteuer, die Abfertigung erhalten.

##### §. 89.

2) Anmeldung und Bescheinigung solcher Gegenstände, welche am Thore nicht abschließend abgefertigt werden.

Beträgt das Gewicht des steuerpflichtigen Gegenstandes mehr als einen Centner, oder geht Schroot zur Branntwein- oder Bier-Vereitung ein, so verweist der Thor-Controleur den Transport zur Abfertigung an das Steueramt.

Er kann die eingehenden Gegenstände unter amtlichen Verschluss legen, oder zur Waage begleiten, auch für die Höhe der Steuer Sicherheit bestellen lassen. Er erteilt einen Anmeldeschein, in welchem zugleich diese Sicherheitsleistung, der angelegte Verschluss und die Zeit des Einganges bemerkt werden. Der Einbringer hat sich zu überzeugen, ob seine Angaben in den Anmeldeschein richtig übernommen sind; etwaige Abweichungen muß er sofort berichtigen lassen; frätere Behauptung eines Irrthums kann nicht berücksichtigt werden.

Mit diesem Anmeldescheine sind die Gegenstände sofort und ohne allen Aufenthalt zum Steueramte zu bringen, wo die Verwiegung und specielle Revision erfolgt und der Befand von dem Revisionsbeamten im Rücken des Thor-Anmeldescheins bemerkt wird. Hierauf erfolgt die Erhebung der Abgabe, die Nummer des Heberegisters, unter welcher die Gefäße gebudt sind, wird auf dem Thor-Anmeldeschein notirt, der Anmeldeschein aber zurückgegeben, um das eingelegte Pfand binnen drei Tagen wieder einzulösen.

##### §. 90.

B. Versteuert mit Versendungschein.

Geben mahl- und schlachtsteuerpflichtige Gegenstände mit Versendungschein in den Stadtbezirk ein, um darin zu verbleiben, so sind diese, unter Vorlegung des Versendungscheins, der Thor-Expedition anzumelden und, nach hier bescheinigtem Eingange, dem Steueramte zu stellen.

Werden von diesem die eingeführten Gegenstände mit dem zurückzubehaltenden Versendungscheine in Uebereinstimmung gefunden, so unterbleibt die Steuererlegung.

Sind solche Gegenstände vom Auslande eingegangen und ist davon an der Grenze der Eingang-Zoll entrichtet worden, so unterbleibt die Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, wenn die Gegenstände mit dem, von dem Grenz-Zollamte angelegten Verschlusse und innerhalb der von demselben festgesetzten Frist eingehen, auch, sofern der Eingang über ein Preussisches Grenz-Zollamt stattgefunden hat, neben der Zustimmung über den Eingang-Zoll, ein Versendungschein den Transport begleitet.

§. 91.

Mahl- und Schlachtsteuerpflichtige Gegenstände, welche unversteuert oder versteuert mit Versendungsschein, für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk (§. 2.) von außerhalb eingehen, müssen der ihnen zunächst liegenden Thor-Controle angemeldet und zur Abfertigung nach der obigen Vorschrift §§. 88. bis 90. gestellt werden.

III. Für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk.

§. 92.

Sollen Fleisch, Backwaaren, ingleichen Mühlenfabrikate, unversteuert oder versteuert mit Versendungsschein durch den Stadtbezirk gehen, so werden sie vom Thor-Controleur, welchem sie anzumelden und zu stellen sind, mit Anmeldeschein nach §. 89. abgefertigt.

B. Durchgang. Unversteuert oder versteuert mit Versendungsschein.

Sie müssen, insofern ein Aufenthalt in der Stadt nicht bei dem Steueramte, oder einem Oberbeamten angemeldet und demnächst verstatet worden ist, ohne Verzug durchgeführt werden. Vom Thor-Controleur des Ausgangsthores wird der etwa angelegte Verschluss untersucht, abgenommen und das beim Eingange gestellte Pfand, nach richtigem Befunde, zurückgegeben.

Bei Durchreisenden, welche steuerpflichtige Gegenstände mit sich führen und in dem Stadtbezirk übernachten, wird der betreffende Thor-Controleur diesen Aufenthalt auf dem nach §. 89. zu ertheilenden Anmeldescheine bemerken.

Verslossene Packete und Kisten, die angeblich zur Post befördert werden sollen, erhalten die Abfertigung nach §. 89. Der Einbringer hat den empfangenen Anmeldeschein von der Postbehörde abstempeln zu lassen und erhält nur gegen Rückgabe des auf diese Weise erledigten Anmeldescheins das eingelegte Pfand zurück.

§. 93.

Wenn abgabepflichtige Gegenstände, von welchen die Schlacht- oder Mahlsteuer entrichtet ist, nach einer andern mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt gehen sollen, so gestellt der Versender dieselben beim Steueramte, meldet die Art und Gattung, Menge und Zahl der Frachstücke und den Bestimmungsort an und empfängt, auf Grund vorheriger Revision und nachdem der amtliche Verschluss angelegt ist, einen Versendungsschein. Das Steueramt kann über die geschehene Besteuerung der zu versendenden Gegenstände Nachweis verlangen und, wenn dieser nicht befriedigend geführt wird, die Niederlegung der Steuer pfandweise, bis zur ausgemachten Sache, fordern.

C. Ausgang nach einer andern mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt.

Von der Expedition des Ausgangsthores wird der mit amtlichem Verschluss wirklich erfolgte Ausgang, nach richtigem Befunde, auf der Rückseite des Versendungsscheins bemerkt.

Auf Weizen- und Roggenmehl in Mengen von mehr als Einem Centner werden in Gemäßheit der Allerhöchsten Bestimmung vom 24. October 1832 Versendungsscheine nicht ertheilt.

§. 94.

Wer aus den vor den Thoren gelegenen Theilen des Stadtbezirks mahl- oder schlachtsteuerpflichtige Gegenstände, wozu auch Leig zum Verladen gehört, in die Stadt bringen will, muß solche beim Eingange dem Thor-Controleur anmelden, zur Revision und Verwiegung stellen und die geschehene Besteuerung derselben nachweisen.

D. Verkehr zwischen der Stadt und dem vor den Thoren gelegenen Theile des Stadtbezirks.

Geschieht der Nachweis genügend, so wird der Gegenstand steuerfrei eingelassen und der Eingang auf dem beigebrachten Steuerausweise bemerkt.

Ist letzterer zweifelhaft, so wird der Gegenstand mit Anmeldechein an das Steueramt zur näheren Untersuchung und weiteren Bestimmung gewiesen.

Kann die Steuer-Entrichtung auch dort nicht zuverlässig dargethan werden, so wird die Eingangsteuer erhoben und derjenige, von welchem der Gegenstand kommt, in Anspruch genommen, weil er unversichertes Gut nicht besitzen durfte.

Sollen steuerpflichtige Gegenstände aus der Stadt in den vor den Thoren belegenen Theil des Stadtbezirks gehen, um wieder zurückzukommen (z. B. Schinken u. zum Räuchern) so muß zum steuerfreien Wiedereingange ein für allemal, oder in jedem einzelnen Falle, zuvor die Erlaubniß des Steueramts nachgesucht werden.

Ist diese ertheilt, so werden die Gegenstände bei dem Ausgange dem Thor-Controleur zur Ansicht und Verwiegung gestellt und von ihm in ein besonderes Notizbuch eingetragen. Bei der Rückkunft, welche durch dasselbe Thor stattfinden muß, ist der Gegenstand wieder bei der Thor-Controle anzumelden und wird steuerfrei eingelassen, sofern er für den, welcher ausgegangen war, erkannt wird.

#### §. 95.

A. Verkehr  
zwischen dem  
Stadtbezirk  
u. dem äußern  
Stadtbezirk.

Fleisch, Bad- und Mehlwaaren, auch andere Mühlenfabrikate, welche steuerpflichtige im äußern Bezirk (§. 2.) in den Stadtbezirk einführen, unterliegen der Entrichtung der Eingangsteuer nach den obigen Regeln (§. 88. und 89.) ebenso, als wenn sie von andern Personen eingeführt werden, mithin ohne Rücksicht auf deren vorhergegangene Besteuerung, deren Nachweis gefordert werden kann.

Den Bewohnern des äußern Stadtbezirks kann, nach Ausweis des Bedürfnisses, von dem Steueramte nachgegeben werden, Brod- und Ruchenteig, welcher zum Verbrauchen bei den Bäckern des Stadtbezirks bestimmt ist, steuerfrei einzubringen.

Der Teig muß jedoch der betreffenden Thor-Controle am Eingangsthore zur Verwiegung gestellt und sodann die Eingangsteuer nach dem ermittelten Gewichte niedergelegt werden.

Beim Wiedereingange des Brodes oder Ruchens muß wiederholte Verwiegung bei derselben Thor-Controle eintreten, wonächst dem Einbringer, wenn sich keine Unrichtigkeiten herausstellen, das eingelegte Pfand, gegen Zurücklassung des beim Eingange erhaltenen Pfandscheins zurückgegeben wird.

#### §. 96.

B. Transport  
im Stadtbe-  
zirk u. Markt-  
verkehr des.

Personen, welche im innern Stadtbezirk Fuhrwerk oder Gepäc führen, sind verbunden, die darüber von den Steuerbeamten an sie gerichteten Fragen aufrichtig und bescheiden zu beantworten und sich der nöthig befundenen Revision zu unterwerfen, oder dem Beamten zur nächsten geeigneten Abfertigungsstelle zu folgen.

Namentlich haben alle, welche hausirend, oder auf Marktplätzen oder andern Verkaufsstellen steuerbare Waare feilbieten, über die geschehene Entrichtung der Gefälle auf Erfordern sich auszuweisen, oder zu gewärtigen, daß Vorräthe, über welche sie genügende Auskunft nicht geben können oder wollen, als mit Umgehung der Steuer erworben, angesehen und in Anspruch genommen werden.

## V. Abschnitt.

### Controlirung der Gewerbetreibenden im Stadtbezirke und im äußern Stadtbezirke.

#### §. 97.

Jeder im engern oder äußern Stadtbezirk wohnende Bäcker, Mehlhändler, Fleischer und Fleischwaarenhändler hat dem Steueramte den Beginn seines Gewerbes so gleich anzuzeigen und demselben eine zweifache, schriftliche Anmeldung seiner Gewerbräume und der Aufbewahrungsorte seiner Bestände zu übergeben.

Diese Anmeldung ist für den Gewerbetreibenden so lange verbindlich, als er solche durch eine anderweitige schriftliche Anzeige nicht abändert.

#### §. 98.

Jeder der im §. 97. erwähnten Gewerbetreibenden muß außerdem, wenn es verlangt wird, über den Zu- und Abgang an mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Gegenständen ein besonderes Buch nach der vom Steueramte zu ertheilenden Anweisung halten und die Vorschriften pünktlich beachten, welche jedem Einzelnen in dieser Beziehung werden bekannt gemacht werden.

#### §. 99.

Die Erfüllung der in den §§. 97. und 98. gegebenen Vorschriften darf auch von denjenigen im äußern Stadtbezirk wohnenden Händlern mit Graupen, Rüdeln, Gerst, Stärke, Hirse, Backwerk u., gefordert werden, deren Verkehr die Handhabung gleicher Controle, nach dem Ermessen der Provinzial-Steuerbehörde, nothwendig macht.

#### §. 100.

Die für den Handel bestimmten Vorräthe an Mühlenfabrikaten dürfen weder in den Mühlenräumen selbst, noch in solchen Räumen aufbewahrt werden, welche mit jenen in Verbindung stehen.

#### §. 101.

Ueber den Zu- und Abgang von Mühlenfabrikaten, welche für den Handel des Möllers bestimmt sind, ist ein nach näherer Anweisung der Steuerbehörde einzurichtendes Revisions- und Contobuch zu führen.

Jeder Zugang, wenn er durch eigene Fabrication entsteht, ist, sobald das Fabrikat bereitet und aus der Mühle geschafft worden, unter Bezugnahme auf den betreffenden Mahlsteuerungsschein, unverzüglich einzutragen.

Zugang fertiger Mühlenfabrikate von außen ist, sobald er erfolgt, zu buchen und sind die empfangenen Steuerquittungen als Velag beim Contobuche aufzubewahren.

Zugang durch Uebernahme versteuerten Fabrikate von andern Mehlhändlern oder dritten Personen, kann nur durch das Steueramte vermittelt werden, welches die Zu- und Abschreibung in den, von den beiden Mehlhändlern vorzulegenden, Büchern bewirkt, oder, falls die Ueberlassung von Privatpersonen stattfindet, sich zuvörderst die erfolgte Besteuerung der zu überlassenden Quantitäten nachweisen läßt.

Bevor die Zuschreibung im Buche Seitens des Steueramts erfolgt ist, darf der Möller die Mühlenfabrikate in seine Behausung nicht aufnehmen.

#### I. Allgemeine Bestimmungen

a) Anzeige der Gewerbräume.

b) Revisionsbuch.

#### II. Besondere Bestimmungen

a) Für die Möller, welche den Mehlhandel betreiben.

b) Führung eines eigenen Revisionsbuches.

§. 102.

Jeder Verkauf resp. Abgang von einem halben Centner und darüber in Einer Post, ist unter namentlicher Angabe des Empfängers sofort im Contobuche abzuschreiben. Kleinere Verkäufe werden täglich summarisch abgeschrieben und muß diese summarische Abschreibung an jedem Tage bis spätestens 6 Uhr Abends erfolgt sein.

Außerdem ist der Müller zu dieser Abschreibung zu jeder Zeit im Laufe des Tages verpflichtet, wenn es Beauftragter der Revision von dem revidirenden Beamten verlangt wird.

§. 103.

Der Verkauf findet nur nach Gewicht statt; der Verkauf nach Gemäß ist unzulässig.

§. 104.

Der Müller ist verpflichtet, bei Verkäufen von zwei Pfund und darüber, dem Käufer einen mit dem Datum und Stunde der Herausgabe versehenen Verkaufszettel auszuhändigen.

Jeder Bewohner des Stadtbezirks, welcher Mühlenfabrikate von den Mültern entnimmt, ist gehalten, sich vom Müller einen solchen Verkaufszettel ausstellen zu lassen und denselben unmittelbar nach dem Weggange aus der Mühle bei der zunächst gelegenen Thor-Expedition abzugeben.

§. 105.

Zu diesen Verkaufszetteln erhält der Müller vom Steueramte Formulare, welche mit fortlaufender Nummer zu versehen sind und vom Müller nur nach der Nummerfolge ausgegeben werden dürfen.

§. 106.

Für die übrigen Mehlhändler kommen, falls eine Buchführung für dieselben angeordnet ist, die Vorschriften der §§. 101. bis einschließlich 103. gleichfalls zur Anwendung.

c) Für die übrigen Mehlhändler im Stadtbezirk.

## VI. Abschnitt.

### S t r a f e n .

§. 107.

Wer es unternimmt, sich der schuldigen Mahl- und Schlachtsteuer durch Uebertretung der dafür gegebenen Bestimmungen zu entziehen, ist nach §. 17. des Gesetzes vom 30. Mai 1820 den Strafen der Steuerverkürzung §. 60. bis einschließlich 65. der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 verfallen.

Müller, Bäcker, Schlächter, Viehhalter und Andere, welche wissentlich oder durch Nichtbefolgung der sie treffenden Vorschriften, beabsichtigte Steuerumgehung befördern, verwirken dieselbe Strafe.

Anderer Uebertretungen der in diesem Regulativ enthaltenen Vorschriften werden nach §. 90. der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 mit einer Strafe von 1 bis 10 Thln. geahndet, wenn nicht aus den im §. 17. des Gesetzes vom 30. Mai 1820 bezogenen und für die Mahl- und Schlachtsteuer mit geltend erklärten Bestimmungen schwerere Strafen zu verhängen sind.

Magdeburg, den 5. Januar 1853.

Der Geheimen Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Director von Jordan.



## Uebersicht des Inhalts.

### I. Abschnitt.

#### Allgemeine Bestimmungen.

##### A. Dertliche Begrenzung der Steuerpflichtigkeit.

- 1) Stadtbezirk §. 1.
- 2) Neuerer Stadtbezirk §. 2.

##### B. Beamte.

- 1) Zur Aufsicht §. 3.
- 2) Zur Erhebung §. 4.

##### C. Steuerstraßen und Eingänge in den Stadtbezirk.

- 1) Steuerstraßen §. 5. bis 7.
- 2) Verbot aller andern Eingänge §. 8.
- 3) Meldung bei den Thor-Expeditionen §. 9. bis 10.

##### D. Zeit für den Eingang und die Abfertigung.

- 1) Bei dem Steueramte §. 11.
- 2) Bei den Thor-Expeditionen §. 12.
- 3) Bestimmungen für die unter ad 1. und 2. genannten Abfertigungsstellen §. 13.

### II. Abschnitt.

#### M a h l s t e u e r.

##### A. Aufsicht auf die Mühlen.

- 1) Deren Ausdehnung im Allgemeinen §. 14.
- 2) Verschiedenheit der Mühlen §. 15. bis 19.

##### B. Behandlung der unter besonderer Aufsicht stehenden Mühlen.

###### 1. Allgemeine Bestimmungen.

- 1) Form der Steuer-Einrichtung §. 20.
- 2) Mahlscheine §. 21. bis 24.
- 3) Transport zu und aus der Mühle §. 25.
- 4) Bezeichnung der Säcke §. 26.
- 5) Gewichtsverhältniß des fertigen Mahlguts zu den Körnern §. 27.

###### II. Abfertigung zu den unter besonderer Controle stehenden Mühlen.

- 1) Steuervichtiges Mahlgut §. 28. bis 31.
- 2) Branntwein- und Brauschroot §. 32.
- 3) Land-Mahlgut §. 33. bis 35.

##### C. Behandlung der unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen

- 1) Form der Steuer-Erhebung §. 36.
- 2) Bezeichnung der Säcke §. 37.

##### D. Pflichten der Müller, deren Mühlen unter besonderer Aufsicht stehen §. 38.

- 1) Anzeige vorkommender Besitzveränderungen §. 39.
- 2) Abtheilung der Mühlenräume §. 40.
- 3) Mühlenbeschreibung §. 41.
- 4) Vergleichung des Mahlguts mit den Mahlscheinen §. 42. bis 43.
- 5) Verfahren mit den Mahlscheinen §. 44. bis 45.

- 6) Dauer der Gültigkeit der Mahlscheine §. 46.
- 7) Eigene Mahlgut der Müller §. 47.
- 8) Getreide-Bestände der Müller §. 48.
- 9) Mahlmeze §. 49.
- 10) Stein- und Staubmehl §. 50.
- 11) Mahlgut-Vorräthe §. 51.
- 12) Handel mit Mehl- und andern Mühlenfabrikaten §. 52.
- 13) Mühlen-Revision §. 53.
- 14) Mühlen-Register §. 54.
- 15) Mühlen-Revisionsbuch §. 55.
- 16) Verschuß der Mühlen §. 56.
- E Pflichten der Müller, deren Mühlen unter allgemeiner Aufsicht stehen §. 57.

### III. Abschnitt.

#### Schlachtsteuer.

#### A. Im Stadtbezirke.

##### I. Gewerbliches Schlachten.

- 1) Anzeige der Gewerbsräume §. 58.
- 2) Angabe, ob nach Stückfüßen oder Gewicht versteuert werden soll §. 59.
- 3) Steuerbücher §. 60. bis 62.
- 4) Erlaubniß zum Schlachten §. 63.
- 5) Schlachtzeit §. 64.
- 6) Anmeldung und Versteuerung.
  - a) Schlachtanzeige §. 65.
  - b) Abfertigung.
    - aa) Nach Stückfüßen §. 66.
    - bb) Nach dem Gewicht §. 67.
  - c) Gemeinschaftliche Schlachtungen §. 68.
  - d) Kauf oder Tausch des Fleisches §. 69.

##### II. Schlachten zum eigenen Bedarf.

- 1) Schlachtanzeige §. 70.
- 2) Abfertigung §. 71.
- 3) Obliegenheiten des Schlachtenden §. 72.
- 4) Aufbewahrung des Schlachtescheins §. 73.

##### III. Vieh-Controle §. 74.

- 1) Nachweis durch Steuer- und Vieh-Controlebücher §. 75.
- 2) Eingang des Viehes §. 76.
- 3) Zu- und Abgangs-Anzeige §. 77.
- 4) Abgang durch Verkauf §. 78.
- 5) Abgang durch Sterben §. 79.
- 6) Austrieb zur Hütung oder Mast auf längere Zeit §. 80.
- 7) Täglicher Austrieb zur Hütung §. 81.
- 8) Veränderungen des Viehbestandes durch Alter §. 82.
- 9) Controlirung des fremden Viehes §. 83. bis 84.

#### IV. Revision.

a) Gewerbräume und Viehbestände §. 85.

b) Fleischbestände §. 86.

B. Gewerbliches Schlachten im äußern Stadtbezirk §. 87.

#### IV. Abschnitt.

Ein-, Durch- und Ausgang von Mehl-, Back- oder Fleischwaaren.

A. Eingang.

I. Unversteuert.

1) Anmeldung und Versteuerung bei der Thor-Expedition §. 88.

2) Anmeldung und Versteuerung solcher Gegenstände, die am Thore nicht schließlich abgefertigt werden §. 89.

II. Versteuert mit Versendungsschein §. 90.

III. Für Steuerpflichtige im äußern Stadtbezirk §. 91.

B. Durchgang.

Unversteuert oder versteuert mit Versendungsschein §. 92.

C. Ausgang nach einer andern mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt §. 93.

D. Verkehr zwischen der Stadt und dem vor den Thoren belegenen Theile des Stadtbezirks §. 94.

E. Verkehr zwischen dem Stadtbezirk und dem äußern Stadtbezirk §. 95.

F. Transport im Stadtbezirk und Marktverkehr daselbst §. 96.

#### V. Abschnitt.

Controllirung der Gewerbetreibenden im Stadtbezirke und im äußern Stadtbezirke.

I. Allgemeine Bestimmungen.

a) Anzeige der Gewerbräume §. 97.

b) Revisionsbücher §. 98. bis 99.

II. Besondere Bestimmungen.

a) Für Müller, welche den Mehlhandel betreiben §. 100.

b) Einführung eines eigenen Revisionsbuches §. 101. bis 105.

c) Für die übrigen Mehlhändler im Stadtbezirke §. 106.

#### VI. Abschnitt.

Estrafen §. 107.

Von dem unterzeichneten General-Director der Feuer-Societät für das platte Land des Herzogthums Sachsen wird Behufs des Ausschreibens der Feuer-Societäts-Beiträge pro II. Semester pr. bekannt gemacht, daß zur Deckung des Societäts-Aufwandes für das abgelaufene II Semester 1852 ein Beitrag von 1 Silbergroschen 8 Pfennigen pro 100 Thlr. reiner Beitragssumme oder

Des Ausschreibens der Feuer-Societäts-Beiträge pro II. Semester pr. dtt.

— Sgr. 10 Pf. von 100 Thlr. Versicherungssumme in Klasse 1.,

1 : 12 : : 100 : : : 2.,

1 : 43 : : 100 : : : 3.,

1 : 8 : : 100 : : : 4.,

von welchen Sätzen die Kirchen nur die Hälfte zu tragen haben, nöthig ist.

Zur Erläuterung wird beigegeben nachstehende

**Allgemeine Uebersicht:**

**I. Stand der Versicherung im II. Semester 1852.**

Klasse.	Versiche- rungs- Summe im I. Semester 1852.	Durch Nachträge entstand		Versiche- rungs- Summe im II. Semester 1852.	Reducirte Beitrags- Summe im II Semester 1852.	Bemerkungen.
	Thlr.	Zugang.	Abgang.	Thlr.	Thlr.	
I.	2,289,160	21,640	—	2,310,800	1,155,400	Unter der redu- cirten Beitrags- summe der IVten Klasse sind 28,710 Thlr. für solche Gebäu- de begriffen, wel- che das Doppelte dieser Klasse bei- zutragen haben.
II.	10,297,410	163,365	—	10,460,775	6,973,850	
III.	19,740,612	195,552	—	19,936,164	16,613,470	
IV.	11,084,440	1,210	—	11,085,650	11,114,360	
Summa	43,411,622	381,767	—	43,973,389	35,857,080	

Also: 35,857,080 Thlr. reducirte Beitragsumme, davon ab:

903,360

Remis auf die Kirchenbeitragsumme, mithin

34,953,720 Thlr. reine Beitragsumme pro II. Semester 1852.

**II. Brandschäden.**

In der Zeit vom 1. Juli bis ult. December 1852 und 44 Brände zur  
Liquidation gekommen, wovon:

14 durch Blitz,

8 durch mutmaßliche Brandstiftung,

1 durch fehlerhafte Bauart,

2 durch mutmaßlich fehlerhafte Esse,

2 durch ermittelte Verwahrlosung (durch Streichzündhölzchen,

8 durch mutmaßliche Verwahrlosung (wovon 1 mutmaßlich durch  
Streichzündhölzchen),

9 durch unermittelte Ursache,

Summa wie oben

veranlagt wurden.

Hierdurch sind beschädigt:

	total	pro II.
a) Wohnhäuser . . . . .	15	29
b) Ställe, Schuppen und Seitengebäude . . . . .	23	20

Latus . . . 38 49

	total	partiell.
Transport . . .	38	49
c) Scheunen . . . . .	17	12
d) Backhäuser . . . . .	—	1
e) Grözmühlen . . . . .	1	—
f) Roßmühlen . . . . .	1	—
g) holländische Windmühlen . . . . .	—	1
h) Bodwindmühlen . . . . .	—	1
i) Kirchen und Thurmgeläude . . . . .	—	6

Summa 127 beschädigte Gebäude,  
welche 70 Gebäudebesitzern gehörig waren und an Brandvergütungsgeldern einen  
Aufwand von 21,223 Thlr. 13 Sgr. — Pf. verursacht haben.

Die verschiedenen Klassen in den einzelnen Kreisen haben vorstehende Brand-  
vergütungsgelder angewiesen erhalten, wie folgt:

Name der Kreise.	I. Klasse.	II. Klasse.	III. Klasse.	IV. Klasse.	Summa der angewie- senen Brand- vergütungs- gelder.
	Thlr. Sgr. Pf.	Thlr. Sgr. Pf.	Thlr. Sgr. Pf.	Thlr. Sgr. Pf.	Thlr. Sgr. Pf.
Bitterfeld . . . . .	—	14 6 6	310 29 7	200 — —	525 6 1
Delitzsch . . . . .	—	—	88 19 2	—	88 19 2
Angermünde . . . . .	—	61 7 6	—	—	61 7 6
Piebowwerda . . . . .	1 8 4	—	11 25 3	4179 2 2	4,192 31 9
Merseburg . . . . .	—	—	58 24 —	947 24 2	986 18 2
Naumburg . . . . .	—	131 1 10	—	—	131 1 10
Querfurt . . . . .	—	3 18 —	—	40 — —	43 18 —
Sangerhausen . . . . .	—	—	—	1134 6 2	1,134 6 2
Schleisingen . . . . .	—	—	42 22 6	579 29 1	622 21 7
Schweinitz . . . . .	225 21 4	4757 29 4	16 — —	860 — —	5,859 20 8
Torgau . . . . .	51 20 7	456 28 6	870 29 11	1042 4 10	2,421 23 10
Wittenberg . . . . .	—	22 22 6	150 — —	4480 — —	5,682 22 6
Zeitz . . . . .	—	24 — —	—	—	24 — —
Biegenitz . . . . .	—	—	399 21 9	—	399 21 9
Mansfelder See- kreis . . . . .	—	—	—	50 — —	50 — —
Summa . . . . .	278 20 3	5,471 24 21	1,939 22 24	13,513 6 51	21,223 13 —

In den übrigen Kreisen sind Brandschäden nicht vorgekommen.

**III. Aufwand für die Zeit vom 1. Juli bis ult. December 1852.**  
21,223 Thlr. 13 Sgr. — Pf. angewiesene Brandvergütungsgelder,  
750 : — : — : an Prämien zur Anschaffung von Feuersprizen und  
für ausgezeichnetere Brandhülfeleistung, sowie an  
Vergütung für Feuerlöschgeräte.

1,881 : 29 : 3 : Kosten für Taxationen,

**23,855 Thlr. 12 Sgr. 3 Pf. Latus.**

23,855	Tblr.	12	Egr.	3	Pf.	Transport.
150	"	—	"	—	"	Druckkosten für die nöthigen Formulare,
194	"	5	"	9	"	Lantieme-Anschlag,
3	"	6	"	—	"	Prozeßkosten,
15	"	10	"	—	"	Insgemein,
1,464	"	21	"	10	"	zu bekannten, aber noch nicht angewiesenen Ausgaben,
211	"	14	"	7	"	zur Vermeidung der Bruchpfennige beim Ausschreiben, resp. zur Befreiung jezt noch nicht bekannter Ausgaben, event. zur Uebnahme in das nächste Semester,
2,125	"	—	"	—	"	Gehalt der Beamten der General-Direction nebst Hilfsarbeitern und der Kasse,
100	"	—	"	—	"	Büreaukosten,
1,405	"	15	"	—	"	Gehalt an sämtliche Kreis-Directoren,

29,524 Tblr. 25 Egr. 5 Pf. Summa.

Bemerkung. Der eiserne Fonds der Societät besteht jezt in 50,000 Tblr. — Egr. — Pf. Preuß. Staatsschuld-scheinen und baar, einschließlich der für das II Semester v. J. von obigen Staatsschuld-scheinen bezogenen Zinsen, von welchen für das Jahr 1852 437 Tblr. 15 Egr. zu den durch das Gesetz vom 28. Juli v. J. angeoroneten Bauhilfsfonds verwendet worden sind.

#### IV. Deckung des betreffenden Aufwandes sub III.

Zur Deckung des obigen Aufwandes von 29,524 Tblr. 25 Egr. 5 Pf. ist, nach Abrechnung von

10,101	Tblr.	3	Egr.	5	Pf.	Ueberschuß aus dem I. Semester 1852,
5	"	—	"	—	"	Einnahme aus Tit. II. der Rechnung,
						(zurückerstattete Brandvergütungsgelder),

Summa	10,106	Tblr.	3	Egr.	5	Pf.,	also noch erforderlich
	19,418	"	22	"	—	"	Betrag des Ausschreibens à 1 Egr. 8 Pf. pro 100 Tblr. reiner Beitragssumme (cfr. sub I.).

Summa ut supra.

Schloß Bedra, den 25. Januar 1853.

Der General-Director der Land-Feuer-Societät des Herzogthums Sachsen v. Heildorff.

Gedruckt bei Robitzschs Erben in Merseburg, und herausgegeben und vorlegt im Amtsblatt-Büreau der Königlichcn Regierung.

# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

7. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 19. Februar 1853.

## Nachstehendes Rescript:

Durch die Circular-Verfügung vom 8. Juni v. J. ist mit Rücksicht auf die im Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin bestehenden Gesetze über den Verlust der dortigen Staatsangehörigkeit angeordnet worden, daß allen Mecklenburg-Schwerinschen Unterthanen die Fortsetzung ihres Aufenthalts in den Preussischen Staaten, sowie der Eintritt in dieselben nur gegen Verbringung unbedingter Heimaths-scheine zu gestatten sei.

Durch die Circular-Verfügung vom 5. September v. J. ist die Ausführung dieser Maßregel in Betracht der von der Großherzoglichen Regierung gestellten Aussicht auf deren Beitritt zu dem zwischen Preußen und vielen anderen deutschen Regierungen bestehenden Verträge wegen Uebernahme von Auszuweisenden d. d. Gotha, den 15. Juli 1851 bis zum 15. d. M. suspendirt worden.

Nachdem die gedachte Regierung diesen Beitritt nunmehr unterm 9. d. M. erklärt hat, wird die erst erwähnte Circular-Verfügung hiermit außer Kraft gesetzt.

Berlin, den 13. Januar 1853.

Ministerium des Innern.

Im Auftrage: v. Manteuffel.

wird unter Bezugnahme auf die Amtsblatts-Bekanntmachung vom 5. Juli v. J. (Amtsbl. d. 1852 S. 249.) hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 8. Februar 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

In der Nacht vom 22. zum 23. Januar 1849 wurde nebst mehreren anderen Gebäuden des Dorfes Panthenau, Kreis Nimptsch, auch die alte historisch denkwürdige, mit einem Thurm und drei Glocken versehene Fürstenthums-Grenzkirche, welche ein? in den Zeiten religiöser Verfolgung vielen Tausend Evangelischen des benachbarten Reichenbacher Kreises als Zufluchtsstätte gedient hatte, eben so wie das Pfarrhaus mit den Nebengebäuden ein Raub der Flammen. Mit dem Neubau der Pfarrgebäude mußte bald der Anfang gemacht werden, weil der Pfarrer mit seiner Familie kein genügendes Unterkommen im Dorfe fand. Aber auch mit dem Wiederaufbau der Kirche durfte nicht gezögert werden, weil von den drei interimistischen Lokalen, in welchen

Nr. 99.

Den Aufenthalt der Mecklenburg-Schwerinschen Unterthanen in den Preussischen Staaten betr.

Nr. 100.

Kirchen-Collecte für die Gemeinde Panthenau.

der Gottesdienst einstweilen abgehalten wird und welche von dem Kirchorte sehr entfernt sind, keines einen dem Bedürfnis entsprechenden Raum darbietet, so daß die Parochianen ihre kirchlichen Bedürfnisse mühsam in fremden Kirchen befriedigen. Mit großen Opfern hat die Kirchengemeinde den Neubau im vorigen Jahre begonnen, dieselbe ist jedoch nicht im Stande, denselben aus eigenen Kräften zu vollenden, besonders ist der ganze innere Ausbau der Kirche, sowie der Thurmbau noch auszuführen.

Die Gesamtkosten für den Bau der Kirche und der Pfarrei betragen nämlich 13,500 Thlr., wovon durch Entnahme aus dem Kirchenarar 500 Thlr. und durch Feuersocietätsbülfe 4,123 Thlr., im Ganzen 4,623 Thlr. gedeckt worden, so daß noch 8,877 Thlr. zu decken bleiben. Hiervon kommt auf die Gemeinde 2,959 Thlr., außerdem aber die zu Geld zu berechnenden Fuhrn und Handdienste mit 2,933 Thlr., im Ganzen also 5,892 Thlr.

Der Kirchengemeinde fällt es nach der aufgestellten Subrepartition schwer, mehr als 3,133 Thlr. 9 Sgr. 9 Pf. aufzubringen, so daß ihr mit 2,708 Thlr. 20 Sgr. 3 Pf. zu Hülfe zu kommen gewünscht wird. Des Herrn Cultus. Ministers Excellenz hat daher der genannten Gemeinde eine Collecte in den evangelischen Kirchen der sechs östlichen Provinzen der Monarchie bewilligt.

Indem wir die Herren Superintendenten der Provinz Sachsen hierdurch davon in Kenntniß setzen, weisen wir dieselben zugleich an, wegen Einsammlung der Beiträge das Erforderliche zu veranlassen und die letzteren an die bezüglichen Rassen abzuführen.

Magdeburg, den 10. Februar 1853.

Königliches Consistorium für die Provinz Sachsen.

Nr. 101.

Bestellung und  
Vereidigung  
mehrerer  
Kreis-  
Boniteuren.

Seit unserer Bekanntmachung vom 26. Januar v. J. sind von uns zu Kreis-Boniteuren bestellt und als solche vereidigt worden in den Kreisen:

- 1) Eckartsberga: der Ortschulze Friedrich Ritter zu Bernsdorf;
- 2) Liebenwerda: a) der Amtmann Friedrich Traugott Gersdorf zu Schönborn im Kreise Ludau, Frankfurter Regierungsbezirks, und b) der Amtmann Heinrich Balthasar Hübler zu Elsterwerda;
- 3) Mansfelder See: der Dekonom David Moritz Lüdecke zu Teutschenthal;
- 4) Sangerhausen: a) der Dekonom Friedrich Wölbert zu Riethordhausen, b) der Schulze Ludwig Christian Friedrich Beder zu Breitung, c) der Deconom Heinrich Karl Borch zu Hainn; d) der Dekonom und Schulze Heinrich Moritz Ernst zu Dieterdorf;
- 5) Torgau: der Amtmann Wilhelm August Eduard Roppe zu Granichau.

Von den bisher bestellt und vereidigt gewesenen Kreis-Boniteuren sind gestorben in den Kreisen:

- 1) Liebenwerda: der Rittergutsbesitzer Johann Friedrich Lamm zu Gr. Rnehlen;
- 2) Merseburg: der Gutsbesitzer und Kreistarator Carl Friedrich Selmann zu Rodden.

Stendal, den 29. Januar 1853.

Königliche General-Commission für die Provinz Sachsen.



Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 26. Januar 1852 wird hierdurch zur Kenntniß des theilhaftigen Publikums gebracht, daß bei den in Folge der Allerhöchsten Verordnung vom 30. Juni 1834 gewählten Kreisverordneten für den Kreis Merseburg der Baugutbesitzer und Kreis-Voniteur August Bock zu Klein-Schorlapp neben dem schon bejahrten bürgerlichen Kreisverordneten, Ortsrichter Neubarth zu Wünschendorf gewählet und von uns bestätigt worden ist.

Stendal, den 29. Januar 1853.

Königliche General-Commission für die Provinz Sachsen.

Re. 102.  
Bestätigung  
eines Kreis-  
verordneten für  
den Kreis  
Merseburg.

Es sind in letzterer Zeit wiederholtentlich frevelhafte Versuche gemacht worden, die Fahrten auf den Eisenbahnen durch Auflegen hindernder Gegenstände auf das Fahr-Planum unberechenbaren Unfällen auszusetzen, welche jedoch durch die stete Wachsamkeit des Aufsichtspersonals glücklich abzuwenden gelungen ist.

Die gesetzlichen Verordnungen bedrohen dergleichen Attentate je nach deren Umfang und Folgen mit Geldstrafen und bis zu lebenswärtiger Zuchthausstrafe.

Um nun die Entdeckung so gemeingefährlicher Handlungen desto sicherer herbeizuführen, haben wir uns zu folgenden Maßregeln entschlossen.

Re. 103.  
Die Entdeckung  
von Freveln  
gegen den Be-  
trieb auf der  
Berlin-  
Anhaltischen  
Eisenbahn  
betr.

§. 1.

Wer, ohne selbst dem Beamtenpersonale der Bahngesellschaft anzugehören, den Urheber eines dem Bahnbetriebe bereiteten Hindernisses, wodurch für Menschen, Fahrzeuge oder deren Ladung Gefahr entsteht, oder den Urheber einer Verletzung der Telegraphenleitung zu erst dergestalt zur Anzeige bringt, daß dadurch die Bestrafung des Thäters herbeigeführt werden kann, empfängt eine Belohnung von 50 bis 100 Thlr.

§. 2.

In Fällen, wo eine Verabredung Mehrerer zu den gedachten verbrecherischen Zwecken, oder eine besonders verdienstliche Thätigkeit und Umsicht des Entdeckers stattgefunden hat, soll die obige Belohnung bis auf 200 Thlr., und nach Umständen noch höher gesteigert werden.

§. 3.

Die Bemessung der Belohnungen innerhalb der angegebenen Grenzen, sowie deren Verteilung unter mehrere bei der Entdeckung der Verbrecher thätig gewesenen Personen, bleibt der Bahnverwaltung vorbehalten.

§. 4.

Wer auf eine Belohnung der vorgedachten Art Anspruch machen zu können glaubt, hat die desfallige Anzeige bei dem ihm zunächst stationirten Bahnhof-Inspector oder Bahnmeister schriftlich oder zu Protocoll zu machen.

Berlin, den 24. December 1853.

Die Direction der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Die Tabellen über zwei in dem vormals der Pfarre zu Schmilkendorf zugehörig gewesenen, daselbst belegenen Garten von den Einwohnern Christian Müller und Gottlieb Dannenberg neuerbaute Wohnhäuser sind fertig und können in unserm 1. Bureau

Re. 104.  
Hypotheken-  
Sachen.

vom 26. Februar bis 26. April 1853 eingesehen werden. Spätere Einwendungen dagegen sind unzulässig.

Wittenberg, den 29. October 1852.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung

Nr. 105. Die Tabelle über ein Haus nebst Stallgebäude (Nr. 21 c.), welches der Stellmachmeister August Koch hier auf der in der hiesigen Kupfergasse belegenen wüsten Baustelle Nr. 27. neu aufgebaut hat, ist fertig und kann in unserm I. Bureau vom 26. Februar bis 26. April 1853 eingesehen werden. Spätere Einwendungen dagegen sind unzulässig.

Wittenberg, den 16. November 1852.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

### Personal-Chronik.

Nr. 106. Nachdem der Kaufmann Otto Ludwig in Halle die ihm seither übertragen gewesene Agentur der Leipziger Brandversicherungsbank für Deutschland freiwillig niedergelegt hat, ist unter dem 13. Januar c. der Maurermeister Berner in Halle als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden.

Nr. 107. Das Rectorat an der Stadtschule zu Mühlberg, Ephorie Liebenwerda, Privat-Patronat, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Nr. 108. Die Schulstelle in Bockwitz, Ephorie Belgern, Privat-Patronat, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Nr. 109. Zu Schiedsmännern und Stellvertretern im Bitterfelder Kreise sind gewählt und zwar:

im VIII. Bezirke: a) zum Schiedsmann der Gutbesitzer Jasper zu Ködern,  
b) zum Stellvertreter der Gutbesitzer Berner zu Dölsdorf;

im IX. Bezirke: c) zum Schiedsmann der Gutbesitzer und Richter Pfeiffer zu Rütten, und d) zum Stellvertreter der Gutbesitzer und Richter Schmidt zu Drobitz,

und als solche gehörig verpflichtet worden.

Nr. 110. Der invalide Feldwebel Traugott Harnisch ist nach bestandener sechsmonatlicher Probezeit als Packbote bei dem Postamte in Weissenfels angestellt worden.

Hierzu ein Extra-Blatt, 4 Bogen stark.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 1 Bogen stark, für den Schwel-niger landrätlichen Kreis.

Gedruckt bei Robitschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**S. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 26. Februar 1853.

Gemeinschaftliche Thätigkeit und gegenseitiger Austausch der aus speciellen Untersuchungen gewonnenen Resultate und Ansichten ist auf keinem Gebiete der geistigen Thätigkeit nothwendiger als auf dem der Naturwissenschaften. Aus diesem Bedürfnisse ging der hiesige Naturwissenschaftliche Verein hervor und das schnelle Aufblühen desselben — er zählt bereits 112 Mitglieder — seit den wenigen Jahren seines Bestehens giebt Zeugniß, daß er einem wirklichen und großen Bedürfnisse genügt. Seine Thätigkeit ist auf die theoretische und angewandte Naturwissenschaft gerichtet und hat sich sowohl die ernste Forschung als allgemeine Belehrung und Unterhaltung zur Aufgabe gestellt. Von dem thatkräftigen Wirken zeugen die fünf bisher im Druck erschienenen Jahresberichte. (Berlin 1848 — 52. Wiegand und Grieben.)

Schon bei Constituirung des Vereines wurde besonders die Erforschung der natürlichen Verhältnisse der Provinz Sachsen und Thüringens ins Auge gefaßt und die Hoffnung auf eine lebhaftere Betheiligung Seitens der in der Provinz zerstreuten Kräfte gezeugt. Bereits haben auch aus verschiedenen Städten wie Magdeburg, Merseburg, Quedlinburg, Zeitz u. a. Freunde der Naturwissenschaften dem Vereine sich angeschlossen; aber die Zahl der auswärtigen Mitglieder ist noch verhältnißmäßig gering. Am Sitz der Wissenschaft in der Universitätsstadt tagend darf der Verein hoffen, die Bedürfnisse auswärtiger Mitglieder zu befriedigen, die Thätigkeit derselben am vortheilhaftesten zu concentriren und für das Allgemeine sowohl als für jeden Einzelnen nützlich zu machen.

Der unterzeichnete Vorstand und Beirath des hiesigen Naturwissenschaftlichen Vereines wendet sich daher an alle Fachgenossen, an alle nähere und entferntere Freunde der Naturwissenschaften, an alle Gönner und Verehrer dieser in alle Lebensverhältnisse und die allgemeine geistige Bildung tief eingreifenden Wissenschaften die freundliche Bitte, den Verein in seiner Thätigkeit zu unterstützen und durch zahlreichen Beirath die Bildung eines sächsisch-thüringischen Vereines für Naturwissenschaften zu ermöglichen.

Die Erledigung wissenschaftlicher Fragen, die Benützung einer fortwährend im Wachsthum begriffenen Bibliothek und Sammlung, die Mittheilung eines an wissenschaftlichen Abhandlungen mannigfaltigen Jahresberichtes sind die Vortheile, welche

Nr. 111.  
Einladung zur  
Bildung eines  
sächsisch-  
thüringischen  
Vereines für  
Naturwissen-  
schaften in  
Halle.

schon jetzt der hiesige Verein seinen auswärtigen Mitgliedern für den jährlichen Beitrag von zwei Thaler bietet. Bei einer vermehrten Zahl der auswärtigen Mitglieder werden sich jene wissenschaftlichen Hülfsmittel schneller vervollständigen, der jetzt in vierteljährlichen Heften erscheinende Jahresbericht wird in monatlichen Heften ausgegeben werden können, um alle neuern Untersuchungen schnell zur Kenntniß der Mitglieder zu bringen, und in dann abzuhaltenden auswärtigen allgemeinen Sitzungen, deren Ort vornämlich die auswärtigen Mitglieder zu bestimmen hätten, wird der persönliche Verkehr das Interesse beleben und Belehrung und Unterhaltung in weitem Kreise erzielt werden. Mit zunehmender Zahl der auswärtigen Mitglieder wird sich auch das Bedürfnis von Zweigvereinen herausstellen, welche von dem allgemeinen unterstützt, zur Förderung des allgemeinen Zweckes wesentlich beitragen werden. Unsere hinsichtlich ihrer natürlichen Verhältnisse reich ausgestattete Provinz wird in Gemeinschaft mit dem durch die Natur selbst innig verbundenen Thüringen dann nicht mehr hinter den andern Provinzen des Preussischen Staates und des deutschen Vaterlandes zurückstehen. Ein Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen in Halle wird für die Wissenschaft wie für das eigene Land und seine Bewohner gewiß reiche Früchte tragen.

Speciellere Auskunft über die gegenwärtigen Verhältnisse des hiesigen Vereins werden die Unterzeichneten auf gefällige Anfragen gern ertheilen, auch die Statuten desselben auf Verlangen übersenden.

Halle, im December 1852.

Der Vorstand des Naturwissenschaftlichen Vereines.

(gez.) Siebel. Heinh. Kohlmann. Kaiser.

Der Weirath.

(gez.) Martins. Graf v. Seckendorff. Krahmer. Schaller.

Vorstehende Einladung zur Förderung der Wirksamkeit des Naturwissenschaftlichen Vereines in Halle wird hiedurch der Theilnahme des sich für solche Bestrebungen interessirenden Publikums angelegentlichst empfohlen.

Magdeburg, den 9. Februar 1853.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen v. Wigleben.

Nr. 112.  
Die Auszahlung der Capitalbeträge der am 4. September 1852 ausgelassenen Schuldverschreibungen der Staatsanleihen aus den Jahren 1848, 1849 und 1850.

Zufolge unserer Bekanntmachung vom 4. September v. J. können die durch dieselbe gekündigten Schuldverschreibungen der freiwilligen Staatsanleihe vom Jahre 1848 und der Staatsanleihen aus den Jahren 1850 und 1852 schon vom 1. März d. J. ab bei der Staatsschulden-Ailungskasse hieselbst (Taubenstraße Nr. 30. parterre rechts) in den Vormittagstunden von 9 bis 1 Uhr, und in den Provinzen bei den Regierungs-Hauptkassen eingereicht und dagegen, nach erfolgter Prüfung der Documente, die Capitalbeträge in Empfang genommen werden.

Wir bringen diese Bekanntmachung hiermit in Erinnerung und wiederholen zugleich, daß vom 1. April d. J. ab die Verzinsung der gekündigten Schuldverschreibungen ausbitt, und daher mit den Obligationen der freiwilligen Anleihe vom Jahre 1848 die dazu gehörigen 7 Zinscoupons der zweiten Serie Nr. 2, bis 8, über die Zinsen vom 1. April 1853 bis zum 1. October 1856,

mit den Obligationen der Anleihe vom Jahre 1850  
 die 3 Zinscoupons Ser. I. Nr. 6. bis 8. über die Zinsen vom 1. April 1853  
 bis zum 1. October 1854,  
 und mit den Obligationen der Anleihe vom Jahre 1852  
 die 6 Zinscoupons Ser. I. Nr. 3. bis 8. über die Zinsen vom 1. April 1853  
 bis zum 1. April 1856  
 unentgeltlich zurückgeliefert werden müssen, widrigenfalls der Betrag der fehlenden  
 Coupons vom Capital zurückbehalten wird.  
 Berlin, den 16. Februar 1853.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch unter Hinweisung auf die in dem  
 39. Stücke des Amtsblatts pro 1852 Seite 303. unter Nr. 668. abgedruckte Bekannt-  
 machung der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden vom 4. September  
 1852 zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 21. Februar 1853.

Königlich Preussische Regierung.

Die Großherzoglich Sachsen-Weimarsche Regierung hat sich neuerlich bereit er-  
 klärt, den in Preußen concessionirten Viehschneidern die Ausübung ihres Gewerbes  
 in den Großherzoglich Weimarschen Grenzkreisen ohne vorgängige Prüfung, jedoch  
 unter der Maßgabe zu gestatten, daß denselben ihre Dienste anzubieten untersagt  
 und ihnen nur nachgelassen werde, ihr Gewerbe an dem Vieh derjenigen Personen  
 auszuüben, von welchen sie zu diesem Zwecke bestellt sind.

Höherer Anordnung zufolge soll in gleicher Weise auch den im Großherzogthum  
 Sachsen-Weimar concessionirten Viehkastrirern die Ausübung ihres Gewerbes in  
 den Preussischen Grenzkreisen, ohne vorgängige Prüfung unter den nämlichen Modifi-  
 cationen, wie solche für den Gewerbebetrieb der diesseits concessionirten Viehkastrirer  
 im Großherzogthum Sachsen-Weimar festgestellt worden sind, gestattet sein.

Merseburg, den 9. Februar 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nicht bloß der Debit von Kalendern, welcher bisher namentlich schon den Kreis-  
 und ständischen Beamten, sowie den Gendarmen verboten war, sondern auch das  
 Subscribenten-Sammeln für Kalender wird hiermit auf höhere Anordnung allen  
 Beamten unseres Departements ausdrücklich untersagt.

Merseburg, den 9. Februar 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

In Gemäßheit eines Rescripts des Königl. Ministerii des Innern vom  
 13. October 1847 und unserer Circular-Verfügung vom 22. November desselben  
 Jahres wurden bisher für diejenigen Preussischen Unterthanen, welche sich im Aus-  
 lande, ohne ihren Wohnsitz daselbst zu nehmen, trauen lassen wollten und dazu eines  
 Reverses bedurften, Heimathscheine nach einem besonderen Formular ausgestellt, resp.

Nr. 113.

Den Gewerbe-  
 betrieb der  
 Viehkastrirer  
 aus dem Groß-  
 herzogthum  
 Sachsen-  
 Weimar betr.

Nr. 114.

Den Debit  
 von Kalendern  
 seitens der  
 Beamten betr.

Nr. 115.

Die für diesseits  
 tige Unterthanen  
 zur Ab-  
 fassung eines  
 Hei- im Aus-

lande zu ertheilende Bescheinigung betr. dem bereits ertheilten Heimathscheine ein diesem Formular fast gleichlautender Zusatz beigefügt.

Dieses Formular ist jetzt aufgehoben und angeordnet worden, den Preussischen Unterthanen zur Abschließung einer Ehe im Auslande eine Bescheinigung des Inhaltes zu ertheilen:

„daß nach der Preussischen Gesetzgebung dießseitige Unterthanen zur Abschließung einer Ehe im Auslande, sei es mit einer Inländerin oder Ausländerin, einer obrigkeitlichen Genehmigung nicht bedürfen, und daß daher in soweit der Verehelichung des N. N. mit der N. N. ein gesetzliches Bedenken nicht entgegensteht.“

Diese Bescheinigung ist bei den mit Ausstellung von Heimathscheinen beauftragten, in der Amtsblatts-Bekanntmachung vom 24. Januar d. J. Nr. 79. bezeichneten Behörden nachzusuchen und von diesen auf von uns vollzogenen Formularen, welche ihnen binnen Kurzem zugestellt werden sollen, auszufertigen.

Merseburg, den 16. Februar 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 116. Dem Uhrmacher E. Engelhardt zu Berlin ist unter dem 9. Januar 1853 ein Patent auf einen Apparat zur Controllirung der Droschkentutscher, soweit solcher für neu und eigenthümlich erkannt worden ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 117. Dem Fabrikanten Heder zu Görlitz ist unter dem 29. Januar 1853 ein Patent auf eine Hobelmaschine zur Herstellung von runden Zündhölzern in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung, und ohne Jemanden in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

### Personal-Chronik.

Nr. 118. Nachdem der Kaufmann Frenkel in Halle die ihm bisher übertragen gewesene Agentur der Schlesischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt hat, ist unter dem 20. Januar e. der Kaufmann Theodor Meyer daselbst als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden.

Nr. 119. Der Kaufmann Carl Thienemann in Raumburg hat die ihm bisher übertragen gewesene Agentur der Preussischen Versicherungsbank zu Berlin neuerdings wieder niedergelegt.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 4 Bogen stark, für den Sangerhäuser landrätthlichen Kreis.

Gedruckt bei Robinschons Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 9. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 5. März 1853.

Nachdem die Wahlperiode für den im Jahr 1846 in Gemäßheit des Regulativs über die interimistische Verwaltung des Landarmenwesens in der Provinz Sachsen vom 17. November 1845 in Wirksamkeit getretenen ständischen Ausschuss für den Landarmen-Verband der beiden Mansfelder Kreise, des Saalkreises und der Stadt Halle abgelaufen ist, und eine Neuwahl der Mitglieder für die nächste sechsjährige Periode vorschriftsmäßig stattgefunden hat, sind von dem neu gewählten ständischen Ausschuss dieses Verbandes

der Landrath a. D., Kammerherr Freiherr von Friesen auf Rammelburg zum Vorsitzenden des Ausschusses, und  
der Landrath von Krosigk zu Mansfeld zum Director der Landarmen-Verwaltung

gewählt resp. wieder gewählt, und ist diese Wahl meinerseits bestätigt worden.

Dies bringe ich unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 28. April 1846 und 20. Juni 1850 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Magdeburg, den 8. Februar 1853.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen v. Bisleben.

Der §. 11. des Vertrags zwischen Preußen und mehreren andern deutschen Regierungen wegen gegenseitiger Verpflichtung zur Uebernahme der Auszuweisenden vom 15. Juli 1851 (Ges. S. S. 711.) bestimmt, daß, wenn der Ausgewiesene, um seiner Heimath in einem dritten Staate zugeführt zu werden, durch das Gebiet eines andern contrahirenden Theils transportirt werden muß, die in diesem letzteren entstehenden Kosten des Durchtransports zur Hälfte von dem ausweisenden Staate ersetzt werden sollen.

Zur Herstellung eines angemessenen und gleichmäßigen Verfahrens wegen Einziehung solcher Kosten von dem ausweisenden Staate ist von dem Königl. Ministerio des Innern bestimmt worden, daß in einem solchen Falle die im Inlande auflaufenden Kosten von jeder Transportstation der hinterliegenden fortgesetzt bis zu derjenigen Station zu erstatten sind, von welcher die Ablieferung des Individuums an den dritten Staat bewirkt wird. Diese, also die letzte preussische Transportstation, hat

Nr. 120.

Die Verwaltung des Landarmen-Verbandes der Mansfelder Kreise, des Saalkreises u. der Stadt Halle betr.

Nr. 121.

Die Kosten des Transports ausgewiesener Individuen betr.

demnächst die fraglichen Kosten bei ihrer vorgesetzten Regierung zu liquidiren, welche den ganzen Betrag zu erstatten und die weiteren Schritte zur Einziehung der Kostenhälfte von dem ausweisenden Staate zu thun hat.

Wenn solche Transportkosten zwei oder mehrere Preuß. Regierungsbezirke betreffen, also der Festsetzung durch mehrere Regierungen unterliegen, so werden die Transportstationen wohl thun, solche Kosten nach Regierungsbezirken getrennt mit-  
teltst besonderen Berichts hier zur Liquidation zu bringen.

Bei diesem Anlaß wird im Allgemeinen auf die Nothwendigkeit hingewiesen, daß der Einleitung eines jeden Transports ohne Unterschied die Erwägung der Frage vorangehen muß, auf wessen Kosten derselbe veranlaßt wird. Schon durch das Circular-Rescript vom 3. October 1818 (v. Rammß Annalen S. 1092.) ist vorgeschrieben, daß im Transportzettel genau bemerkt werde, ob der Transport auf Rechnung des Regierungsfonds gehe. Es wird nun mittelst Rescripts des Königl. Ministerii des Innern vom 14. November v. J. N. 5323. allgemein festgesetzt, daß jede Behörde, welche einen Transport einleitet, in dem Transportzettel zu bemerken hat, auf wessen Kosten dieser Transport bewirkt werde.

Dieser Vermerk ist insbesondere dann erforderlich, wenn der Transport aus dem Inlande in das Ausland dirigirt wird. Es sind hierbei die mit der betreffenden auswärtigen Regierung abgeschlossenen Kartel-Conventionen und sonstigen Verträge mit Rücksicht auf den Umstand, ob es sich um eine Auslieferung oder um eine im diesseitigen Interesse erfolgende Ausweisung handelt, zu beachten.

Auch bei Transporten aus dem Auslande in die diesseitigen Staaten hat die übernehmende Transportstation, wenn sie findet, daß der Transportat angenommen und mittelst Transports weiter geschafft werden müsse, sorgfältig zu prüfen, auf wessen Kosten der Transport im Inlande fortzusetzen ist, und das Erforderliche auf dem Transportzettel zu bemerken. Sollten die Grenzbehörden Individuen zum Durchtransporte durch die königlichen Staaten aus dem Auslande zugeführt werden, aus dem diesfälligen Begleitungsschreiben oder dem Transportzettel aber nicht hervorgehen, ob der Transport auf ausdrückliche Requisition des übernehmenden Staats erfolge — welchenfalls dieser sämtliche Kosten zu tragen haben würde — oder ob der Eingangs gedachte Fall des §. 11. des Gothaer Vertrags vorliege, so ist die Annahme des Transports bis zur Feststellung des Kostenpunkts zu verweigern.

Sollte die den Transport einleitende oder an der Grenze übernehmende Behörde den auf den Kostenpunkt bezüglichen Vermerk unterlassen haben, so ist dieselbe für alle aus einer solchen Unterlassung entstehenden Nachtheile und Weiterungen verantwortlich.

Endlich wird den Behörden noch in Erinnerung gebracht, daß die Kosten derjenigen Transporte, welche lediglich der Staatskasse zur Last fallen, nicht über den Regierungsbezirk hinaus zu erstatten, sondern von der letzten Station eines jeden Bezirks bei der vorgesetzten Regierung zu liquidiren sind. (Amtsblatts-Bekanntmachung vom 8. August 1817 Nr. 34.)

Diesjenigen Kosten dagegen, welche eine Gemeinde oder ein anderer Verband, oder die ausländische übernehmende Behörde zu tragen hat, sind der hinterliegenden Station von der vorliegenden durchweg bis zur Ankunft am Bestimmungsorte zu er-



statten. Liegt dieser jenseits der Grenze und verweigert die übernehmende auswärtige Behörde die Erstattung, so ist an uns zu berichten.

Merseburg, den 18. Februar 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Zur Verhütung der Veraubungen, namentlich der Salz-Transporte von Seiten der Schiffer, finden wir uns veranlaßt, die Allerhöchste Verordnung vom 5. Mai 1809 (Gesetz-Sammlung vom Jahre 1806 bis 1810 S. 573.) nachstehenden Inhalts:

Da die Schiffer und Schiffsknechte öfters die ihnen anvertraute Ladung veruntreuen, auch wohl, durch deren Anfeuchtung, ihre Schwere zu vergrößern suchen, damit sie das alsdann sich ergebende Uebergewicht, unter dem Namen von Ueberlahn oder Sprott, verkaufen können, so verordnen Wir, wie folgt:

- 1) Was der Schiffer von seiner Ladung verkauft, ist in der Regel als gestohlen zu betrachten.
- 2) Besonders gilt dies von dem Falle, wenn der Schiffer dem Getreide und ähnlichen Ladungen, durch Anfeuchtung, ein Uebergewicht zu verschaffen sucht, oder dieses durch die natürliche Feuchtigkeit bewirkt wird, und er sodann den, das bestimmte Gewicht übersteigenden Theil der Ladung, unter dem Namen von Sprott, Ueberlahn u. s. w. verkauft.
- 3) Wer den Schiffen oder den Schiffsknechten von der Ladung der Rähne oder Stromschiffe wissentlich etwas abkauft, wird, wie ein Diebeshehler, dem Diebe gleich, gestraft. (Allgem. Landrecht Th. II. Tit. 20. §. 1238.)
- 4) Da Schiffer in der Regel nicht für Getreide- und Holzhändler, oder Landwirthe, Kaufleute oder Krämer gehalten werden können, so ist auch der als ein Diebeshehler anzusehen, welcher unbekannten Schiffen oder Schiffsknechten Getreide, Heu, Holz, Kaufmannswaaren und andere gewöhnliche Schiffsladungen abkauft, wenn auch diese Sachen sich außer dem Rähne befinden.
- 5) Auch der, welcher weiß, daß der Schiffer in seiner Heimath Holz, Garten- oder Feldfrüchte anbauet, wird doch, wegen des Ankaufs solcher Sachen von dem Schiffer, nur alsdann entschuldigt, wenn die übrigen Umstände des Kaufs an der einen, und des Verkaufs von der andern Seite, seinen gegründeten Verdacht erregen können.

hierdurch wiederholt zur genauesten Beachtung bekannt zu machen.

Merseburg, den 24. Februar 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Zur Ermittlung unbekannter Interessenten und zur Feststellung der Legitimation werden folgende, bei der unterzeichneten Königlichen Regierung in deren Verwaltungs-Bezirke anhängigen Auseinandersetzungen, nämlich:

- 1) die Abldung der dem Rentamte Torgau von Grundstücken der Gemeindebezirke Loßwitz und Arzberg,
- 2) die Abldung der dem Rentamte Zeitz aus dem Gemeindebezirke Breitenbach,

Nr. 122.

Der verbotene Ankauf von Holz und andern Schiffsladungen von Schiffen und deren Rentn betr.

Nr. 123.

Vorladung in Auseinandersetzungsachen.

- 3) die Ablösung der dem Rentamte Merseburg von Grundstücken der Gemeindebezirke Lützen und Lauchstädt,
- 4) die Ablösung der dem Rentamte Schlieben aus den Gemeindeverbänden Jesnitz und Malischkendorf,
- 5) die Ablösung der dem Rentamte Heldrungen von Grundstücken des Gemeindeverbandes Großmonra,
- 6) die Ablösung der dem Rentamte Eisleben von Grundstücken der Gemeindebezirke Wolferode und Helfta,
- 7) die Ablösung der dem Domainenamte Friedeburg aus den Gemeindebezirken Zabenstedt, Lochwitz und Freist,
- 8) die Ablösung der dem Rentamte Wittenberg-Preßsch von Grundstücken des Gemeindebezirks Zahna und von den Parzellen des dismembrirten Hellerschen Hufenguts zu Gehmen,
- 9) die Ablösung der dem Rentamte Bitterfeld von Grundstücken des Gemeindeverbandes Niemegk,

zustehenden Domainialgefälle,  
hiermit öffentlich bekannt gemacht. Alle diejenigen, welche bei diesen Auseinandersetzungen ein Interesse zu haben vermeinen und zu dem Verfahren bisher nicht zugezogen sind, werden aufgefordert, sich spätestens zu dem auf

den 29. März d. J., Vormittags 11 Uhr,

- ad 1. im Rentamte zu Torgau,
- ad 2. im Rentamte zu Zeitz,
- ad 3. im Rentamte hieselbst,
- ad 4. im Rentamte zu Schlieben,
- ad 5. im Rentamte zu Heldrungen,
- ad 6. im Rentamte zu Eisleben,
- ad 7. im Domainenamte zu Friedeburg,
- ad 8. im Rentamte zu Wittenberg,
- ad 9. im Rentamte zu Bitterfeld,

anberaumten Termine zu melden, widrigenfalls sie die Auseinandersetzung, sowie alles das, was mit den bisher aufgetretenen Inhabern der betreffenden Grundstücke festgestellt worden ist, selbst im Falle einer Verletzung gegen sich, gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehbt werden werden.

Merseburg, den 2. Februar 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 124.  
Verleihung  
einer Braun-  
kohlengrube.

Mitteltst der unter dem 11. d. M. höhern Orts vollzogenen Urkunde ist die Braunkohlengrube „Adolph“ bei Lebendorf an den Rector Köcher zu Magdeburg mit 1 Hundertheil und 844 Maassen 128,886 Quadratlachter verliehen worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Halle, den 21. Februar 1853.

Königl. Preuß. Ober-Bergamt für Sachsen und Thüringen.

Mitteltst der unter dem 11. d. M. höheren Orts vollzogenen Urkunde ist die **Nr. 125.**  
Braunfohlengrube „Rosalie Louise“ bei Weidersee an den Gutsbesitzer Schladebach Verleihung  
daselbst mit 1 Fundgrube und 448 Maassen 163,39 Quadratlachtern verliehen worden, einer Braun-  
was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird. tohlengrube.

Halle, den 21. Februar 1853.

Königl. Preuß. Ober-Bergamt für Sachsen und Thüringen.

Mitteltst der unter dem 11. d. M. höhern Orts vollzogenen Urkunde ist die **Nr. 126.**  
Braunfohlengrube „Bernhard“ bei Zwintschna an den Amtmann Stahlschmidt zu Verleihung  
Canena mit 1 Fundgrube und 1116 Maassen 74,37 Quadratlachtern verliehen worden, einer Braun-  
was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird. tohlengrube.

Halle, den 21. Februar 1853.

Königl. Preuß. Ober-Bergamt für Sachsen und Thüringen.

### V e r z e i c h n i s s

der Vorlesungen für das Sommer-Semester 1853 auf der Königlichen Höhern  
landwirthschaftlichen Lehranstalt zu Proskau in Ober-Schlesien.

1) Landwirthschaftliche Betriebslehre . . . . .	Geh. Reg. Rath Heinrich.	) Administrator Sette, Semester 1853. gaß.
2) Specieller Pflanzenbau . . . . .		
3) Wiesenbau . . . . .		
4) Schaafzucht . . . . .		
5) Anleitung zur Wirthschaftsführung größerer Güter mit Demonstrationen . . . . .		
6) Landwirthschaftliche Zoologie . . . . .		) Professor Dr. Heinzel.
7) Landwirthschaftliche Botanik : . . . . .		
8) Ueber Krankheiten der Pflanzen . . . . .		
9) Practische Uebungen in anatomisch-physiologischen Untersuchungen an landwirthschaftl. Kultur-Pflanzen . . . . .		
10) Botanische Excursionen und Demonstrationen . . . . .		) Professor Dr. Krodter.
11) Organische Chemie . . . . .		
12) Landwirthschaftliche Technologie . . . . .		
13) Bodenkunde . . . . .		
Analytische Chemie mit Uebungen in chemischen Arbeiten im Laboratorium . . . . .		
14) Uebungen im Feldmessen und Niveliren . . . . .	Rendant Schneider.	) Dr. John. Oberförster Wagner. Institutzgärtner Stoll. Departements-Thierarzt Kniebusch.
15) Ueber Krottenlegung den Felder mit Berücksichtigung der Abtreddrainirung mit Demonstrationen . . . . .		
16) Waldbau und Forstschuß mit Excursionen . . . . .		
17) Obstbaumzucht mit Demonstrationen im Institutsgarten . . . . .		
18) Thierheilkunde . . . . .		

Die Vorlesungen des Sommer-Semesters beginnen den 6. April. Anmeldungen  
zur Aufnahme Studirender, oder sonstige, die landwirthschaftliche Lehranstalt betref-

sende Anfragen sind entweder mündlich oder schriftlich an den Unterzeichneten zu richten, der jede gewünschte Auskunft gern ertheilen wird.

Proskau in Ober-Schlesien, den 14. Februar 1853.

Der Geheime Registrations-Rath und Director Heinrich.

Nr. 128.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die Hypothekentabelle über das in der Rautschüßer Flur belegene, der Gemeinde zu Rautschütz gehörige Grundstück Planstück Nr. 40. der Karte, 4 Morgen 93 DK., ist fertig und kann innerhalb zweier Monate, vom 8. Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung im Amtsblatte an gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen sind unzulässig.

Osterfeld, den 1. October 1852.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Nr. 129.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die Hypothekentabellen über folgende Grundstücke:

1) das zu Großhelmsdorf unter Nr. 37. belegene, unter Nr. 120. des Brandkatasters verzeichnete Brauhaus mit Zubehör, dem Gutbesitzer Traugott Hanf zu Großhelmsdorf gehörig, 2) die sogenannte Ochsenwiese in Großhelmsdorfer Flur am Tünshüßer Wege, Flurbuch Nr. 242., dem Gutbesitzer Karl Gottlob Hendreich dem Älteren gehörig,

sind vollendet und können innerhalb zweier Monate, vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen müssen unberücksichtigt bleiben.

Osterfeld, den 14. December 1852.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Nr. 130.  
Hypotheken-  
Sachen.

Das Hypotheken-Folium über den in der Beilage zum 32. Stück des Amtsblatts pro 1852 näher beschriebenen Platz, welchen das Königl. Provinzial-Schulcollegium zu Magdeburg von dem hiesigen Magistrate erworben hat, ist in das Hypothekenbuch übertragen, daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesem Grundstücke lediglich nach den Vorschriften der Preuss. Gesetze zu beurtheilen ist.

Weissenfeld, den 3. November 1852.

Königliche Kreisgerichts-Commission I. Bezirks.

Nr. 131.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die Hypothekentabelle über die vor der Spittelbrücke zu Düben belegenen, der verwittweten Frau Justiz-Commissar Anders zu Düben gehörigen Einviertel Scheune, welche deren Ehemann früherhin von dem Kirchenvorsteher Arndt zu Düben erkaufte hatte, ist fertig und kann innerhalb zwei Monaten an Gerichtsstelle eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen werden nicht weiter berücksichtigt.

Düben, den 27. November 1852.

Königliche Kreisgerichts-Commission

Nr. 132.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die Hypothekentabelle über das in Holzweißiger Flur gelegene, der Gemeinde Holzweißig gehörige Grundstück, das Mühlbergstück genannt, von circa 10 Ruthen Flächengehalt, ist fertig und kann innerhalb der 8 Tage nach dem Erscheinen dieser

Bekanntmachung laufenden zweimonatlichen Frist in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen sind unzulässig.

Bitterfeld, den 7. December 1852.

Königliche Kreisgerichts-Commission II.

Den Fabrikanten Hanueß und Kraatz zu Berlin ist unter dem 30. Januar 1853 ein Patent auf einen durch Modell und Beschreibung nachgewiesenen Zähl-Apparat für Gasmesser, soweit derselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden. Nr. 133.  
Patent-  
Ertheilung.

Das dem Kaufmann W. Elliot in Berlin unterm 28. Februar 1852 ertheilte Einführungs-patent auf eine Maschine, um Zucker vom Schnup zu befreien, ist erloschen. Nr. 134.  
Patent-  
Erloschung.

### P e r s o n a l - C h r o n i k .

Nachdem der Kaufmann Louis Gast in Wittenberg die ihm bisher übertragen gewesene Agentur der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt hat, ist unter dem 27. Januar c. der Kaufmann Ernst Mann daselbst als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden. Nr. 135.

Die Lehrerstelle an der Armenschule in Gräfenhainichen, Ephorie Bitterfeld, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt. Nr. 136.

Die Lehrer- und Küsterstelle in Rothenburg, Ephorie Ebnern, Königl. Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt, auch deren Wiederbesetzung bereits eingeleitet. Nr. 137.

Die Elementarlehrerstelle an der Stadtschule zu Elsterwerda, Königl. Patronats, wird durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt. Nr. 138.

Die erledigte evangelische Pfarrstelle an St. Marien zu Stendal, in der Dices Stendal, ist dem bisherigen Pfarrer zu Staffelde, Dices Langermünde, Ernst Weihe verliehen worden. Die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Staffelde wird, in Ausübung des Patronatsrechtes der Königl. Universität zu Breslau, vom Königl. Consistorium zu Magdeburg besetzt. Nr. 139.

Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Giebichenstein, in der 2ten Halleschen Landdices, ist dem bisherigen Superintendenten Zahn zu Neu-Stettin verliehen worden. Nr. 140.

Durch das Ableben des Pfarrers Galle ist das unter dem Patronate des Rittersgutsbesizers zu Pösig, in der Dices Brehna, stehende Pfarramt daselbst vacant geworden. Nr. 141.

Durch das Ableben des Pfarrers Kötter ist die unter Königl. Patronate stehende Pfarrstelle zu Bretleben, in der Dices Heldrungen, erledigt. Nr. 142.

- Nr. 143. Durch das am 12. Februar c. erfolgte Ableben des Superintendenten und Consistorial-Raths D. Heubner ist das Pastorat an der Stadt- und Pfarrkirche zu Wittenberg vacant geworden. Dasselbe wird durch das Directorium des Prediger-Seminars, den Magistrat und die Bürgerschaft daselbst wieder besetzt.
- Nr. 144. Der Amtmann Gustav Pessch auf Cossa ist zum Schiedsmann und der Richter Gottlieb Barthol zu Schwemsaal zum Stellvertreter für den I. Bezirk des Wittenfelder Kreises gewählt und beide vorschriftsmäßig verpflichtet worden.
- Nr. 145. Zum Schiedsmann für Leuchern ist der Commissionair Eduard Richter daselbst gewählt und gehörig verpflichtet worden.
- Nr. 146. Der Bürgermeister Johann Christoph Windisch aus Schkölen ist zum Schiedsmann für die Stadt Schkölen, und der Magistrats-Assessor Friedrich Wilhelm Körner aus Stößen zum Schiedsmann für die Stadt Stößen gewählt und sind beide gehörig verpflichtet worden.
- Nr. 147. Der Stadthauptkassen-Rendant Hartmann zu Alsleben ist zum Stellvertreter des Schiedsmanns der Stadt Alsleben gewählt und als solcher vorschriftsmäßig verpflichtet worden.
- Nr. 148. Zum Schiedsmann für die Stadt Nebra ist der Stadtkassen-Rendant Ottomar Eduard Sachs daselbst wieder gewählt und verpflichtet worden.
- Nr. 149. Der Bürgermeister Heinrich August Ronke zu Querfurt ist zum Schiedsmann für die Stadt Querfurt wieder gewählt und verpflichtet worden.
- Nr. 150. Der Stadtkassen-Rendant Fridolin Berger zu Schleuditz ist zum Schiedsmann für die Stadt Schleuditz wieder gewählt und gehörig verpflichtet worden.
- Nr. 151. Der Staatsanwalt Schaum in Torgau ist zum Director des Kreisgerichts in Lpt vom 1. März d. J. ab ernannt und der Gerichts-Assessor von Arnstedt mit der Verwaltung der Staatsanwaltschaft bei dem Kreisgerichte in Torgau durch Ministerial-Rescript vom 18. Februar c. beauftragt.
- Nr. 152. Durch Rescript des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten von der Heydt Excellenz vom 5. Februar c. ist als Nachfolger des zu Löbejün verstorbenen königlichen Berggeschwornen Weißborn der Berggeschworne Haus, mit vorläufiger Anweisung seines Wohnsitzes in Wettin, ernannt worden.
- Nr. 153. Der invalide Sergeant Heinrich Carl Merkwitz ist nach bestandener sechsmonatlicher Probefrist als Postbote bei dem Postamte in Halle bestätigt worden.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 1 Wegen Hart, für den Querfurter landrätthlichen Kreis.

Gedruckt bei Robigschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**10. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 12. März 1853.

Es sollen mehrere, zur königlichen Elstermühle bei Ebben, unweit Annaburg, gehörige Gebäude, Garten, Wiesen, Gewässer, Hof- und Baustellen von überhaupt 16 Morgen 154 Ruthen auf die Zeit vom 1. April 1853 bis dahin 1854 öffentlich an den Meistbietenden verpachtet werden. Gleichzeitig sollen 3 zu gedachter Mühle gehörig gewesene Wirthschaftsgebäude, nachdem die Mühle wegen der Elsterregulirung außer Betrieb gesetzt und die Mühlengebäude abgebrochen werden mußten, zum Abbruch verkauft werden. Hierzu ist Termin auf

den 31. März 1853, Vormittags 10 Uhr, in dem Mühlenhause zu Ebben vor dem königlichen Domainen-Rentmeister Mai aus Annaburg anberaumt.

Die Bedingungen der gedachten Verpachtung und die Bedingungen des Verkaufs der zum Abbruch bestimmten Gebäude können entweder vor dem Termine im Bureau des Rentamtes zu Annaburg oder im Termine selbst eingesehen werden.

Merseburg, den 4. März 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domänen und Forsten.

Der in unserer amtsblattlichen Bekanntmachung vom 7. October v. J. nachgewiesene Betrag der Collecte zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse in der evangelischen Landeskirche Preußens aus der Dices Wittenberg: von 79 Thlr. 25 Sgr. 11 Pf. hat sich durch nachträglich eingegangene Beiträge auf 96 Thlr. erhöht.

Magdeburg, den 25. Februar 1853.

Königliches Consistorium für die Provinz Sachsen.

Vom 1. April d. J. wird in dem 1½ Meile von Raumburg a. d. S. und 2½ Meilen von Zeitz belegenen Städtchen Stößen eine Postexpedition II. Klasse eingerichtet, welche vermittelt der zwischen Raumburg und Zeitz bereits bestehenden täglichen Personenpost Verbindung erhält.

Das correspondirende und reisende Publikum wird hiervon in Kenntniß gesetzt. Halle, den 8. März 1853.

Der Ober-Postdirector.

In dessen Vertretung: der Postrath Rudolphi.

Nr. 154.  
Die Verpachtung von Gebäuden, Ländereien der Ebbener Mühle, u. den Verkauf einiger zum Abbruch bestimmter Gebäude: derselben betr.

Nr. 155.  
Erstattung einer Postexpedition in Stößen.

Nr. 156;  
Erstattung einer Postexpedition in Stößen.

Nr. 157.

Amortisirte  
Staatspapiere  
betr.

# L i s t e

der aufgerufenen und der königlichen Controlle der Staatspapiere im Rechnungsjahre 1852 als mortificirt nachgewiesenen Staatspapiere.

Des Document's			Datum des rechtskräftigen Erkenntnißes.	Des Document's			Datum des rechtskräftigen Erkenntnißes.
Nr.	Litt.	Betrag. Rthlr.		Nr.	Litt.	Betrag. Rthlr.	
I. Staats-Schuldscheine de 1811.							
118,342	J.	100	vom 27. Mai 1852.	49,747	J.	25	vom 27. Mai 1852.
37,734	F.	50		118,323	T.	25	
II. Staats-Schuldscheine de 1842.							
101,910	F.	100	vom 10. Juli 1851.	51,927	H.	25	v. 8. Januar 1852.
139,882	"	100		102,713	F.	100	v. 30. Octbr. 1851.
139,883	"	100	v. 8. Januar 1852.	14,048	E.	200	v. 8. Januar 1852.
90,453	"	100		31,430	G.	50	
90,454	"	100		31,432	"	50	v. 8. Januar 1852.
90,455	"	100		31,434	"	50	
90,456	"	100		31,435	"	50	v. 8. Januar 1852.
90,457	"	100		161,509	F.	100	
90,458	"	100	v. 30. Octbr. 1851.	44,695	"	100	v. 26. Febr. 1852.
21,361	G.	50		44,696	"	100	
24,813	H.	25		8,274	G.	50	v. 8. Januar 1852.
24,814	"	25		179,867	F.	100	v. 4. Decbr. 1851.
24,815	"	25		8,357	D.	300	v. 30. Octbr. 1851.
3,699	F.	100		18,416	E.	200	
20,055	G.	50	v. 30. Octbr. 1851.	180,820	F.	100	v. 30. Octbr. 1851.
84,703	F.	100	v. 8. Januar 1852.	180,821	"	100	
12,502	H.	25	v. 8. Januar 1852.	38,770	G.	50	v. 27. Mai 1852.
23,772	"	25		38,771	"	50	
43,648	"	25		31,816	"	50	v. 27. Mai 1852.
51,924	"	25		40,048	"	50	
III. Kurmärkische Schuldverschreibung.							
2,310	F.	100	durch Verfügung der Königl. Haupt-Verwaltung der Staats-schulden vom 17. December 1851 in Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung vom 16. Juni 1819 §§. 2. u. 3. (Gesetz-Sammlung Seite 157.) als amortisirt erklärt.				

Berlin, den 2. Februar 1853.

Königliche Controlle der Staatspapiere.



Im Auftrage der Königl. Regierung zu Merseburg bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß höhern Orts die Aufhebung des hiesigen Gewerbegerichts angeordnet worden ist, und den 8. d. M. in Ausführung gebracht wird. Nr. 158.  
Die Aufhebung  
des Gewerbe-  
gerichts in  
Halle betr.

Demzufolge tritt für die Stadt Halle der §. 137. der Allg. Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 wieder in Kraft, welcher bestimmt:

„Streitigkeiten der selbstständigen Gewerbetreibenden mit ihren Gesellen, Gehülfen oder Lehrlingen, die sich auf den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses, oder auf die gegenseitigen Leistungen während der Dauer desselben beziehen, sind, soweit für diese Angelegenheiten besondere Behörden bestehen, bei diesen zur Entscheidung zu bringen.

Insoweit solche besondere Behörden nicht bestehen, erfolgt die Entscheidung,

1) wenn der selbstständige Gewerbetreibende Mitglied einer Innung ist, durch die Innungsvorsteher, unter dem Vorsitze eines Mitgliedes der Communalbehörde,

2) in andern Fällen durch die Ortspolizei-Obrigkeit.

Gegen diese Entscheidung steht den Theilnehmenden die Berufung auf den Rechtsweg binnen zehn Tagen präklusivischer Frist offen; die vorläufige Vollstreckung wird aber hierdurch nicht aufgehalten.

Die übrigen nach §. 2. der Verordnung über die Einführung von Gewerbegerichten vom 9. Februar 1849 den letztern überwiesenen Streitigkeiten gehören künftig wieder zur Competenz der ordentlichen Gerichte.

Halle, den 3. März 1853.

Der Oberbürgermeister, Geheimer Regierungsrath Bertram.

## P e r s o n a l - C h r o n i k .

Der Kaufmann Karl Lange in Osterfeld ist unter dem 30. Januar c. als Agent der Nachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft befristet worden. Nr. 159.

Nachdem der Kaufmann Dammann in Hettstadt die ihm übertragen gewesene Agentur der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt hat, ist unter dem 15. Februar c. der Königl. Postexpediteur Karl Schwarz daselbst als Agent der gedachten Gesellschaft befristet worden. Nr. 160.

Die Organisten- und Mädchenlehrerstelle in Dankerode, Ephorie Ermäleben, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt. Nr. 161.

Die Schul- und Rasterstelle in Pleißmar, Ephorie Eckartsberga, Privat-Patronats, wird durch das freiwillige Ausscheiden ihres bisherigen Inhabers erledigt. Nr. 162.

Die zweite Lehrerstelle an der Bürger-Knabenschule zu Naumburg, Privat-Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt. Nr. 163.

Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Ampfurth, in der Diöcese Wanzleben, ist dem bisherigen Pfarrer in Groppendorf, Diöcese Bornstedt, Carl Georg Her-

meß, verliehen worden. Die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Groppendorf wird dies Mal vermöge Reverses vom Königl. Consistorio zu Magdeburg besetzt.

Nr. 165. Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Emden, in der Diöces Neuha-  
densleben, ist der bisherige Predigamt-Candidat Hans Otto Carl Friedrich Sanno  
berufen und vom Königl. Consistorio zu Magdeburg bestätigt worden.

Nr. 166. Die erledigte evangelische Pfarrstelle an St. Jacobi zu Stendal, in der Diöces  
Stendal, ist dem bisherigen Hülfsprediger daselbst, Friedrich Wilhelm Gbrnemann  
verliehen worden. Die dadurch vacant gewordene Hülfspredigerstelle zu Stendal  
wird von dem Magistrate daselbst besetzt.

Nr. 167. Die erledigte evangelische Archidiaconatsstelle zu Schleusingen, in der Diöces  
Schleusingen, ist dem bisherigen Predigamt-Candidaten Johann Heinrich Lange-  
thal verliehen worden.

Nr. 168. Die erledigte evangelische Pfarradjunctur zu Möglichen, in der zweiten Halleschen  
Landdiöces, ist dem bisherigen Domdiaconus zu Merseburg, Jacob Carl Wilhelm  
Bernhard Simon, verliehen worden. Die dadurch vacant gewordene Domdiaconat-  
stelle zu Merseburg wird dies Mal von dem dortigen Domcapitul besetzt.

Nr. 169. Der Hauptmann a. D. Heinrich Gottlieb Menner zu Löbejün ist zum Schieds-  
mann für die Stadt Ebbjün wieder gewählt und als solcher vorschriftsmäßig ver-  
pflichtet worden.

Nr. 170. Zu Schiedsmännern der Stadt Raumburg für die Jahre 1853/55 sind für  
den I. Bezirk der Bandagist Gottlob Herrmann Lufner,  
den II. Bezirk der Commissionair Friedrich Fürchtegott Pfeiffer,  
den III. Bezirk der Oekonom Eduard Stockmann, und  
den IV. Bezirk der Rentier Carl Bofe,  
neu resp. wieder gewählt und als solche gehörig verpflichtet worden.

Nr. 171. Zu Schiedsmännern für die Stadt Eisleben sind gewählt und zwar:  
für die Sct. Annen-Parochie der Gastwirth Ferdinand Böhmer daselbst, und  
für die Sct. Andreas-Parochie der Kaufmann Gustav Hempel daselbst,  
und gehörig verpflichtet worden.

Nr. 172. Der vormalige Packmeister Johann Gottbelf Fürchtegott Hoppe in Zeitz ist  
als Packbote bei dem Postamte in Halle wieder angestellt worden.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 1 Bogen stark, für den Merse-  
burger landrätthlichen Kreis.

Gedruckt bei Robigschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt  
im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

## **II. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 19. März 1853.

Bei der mit dem 1. April d. J. ins Leben tretenden Reorganisation der Bauverwaltung im hiesigen Regierungsbezirke werden die Geschäftsbezirke der Königl. Baubeamten, mit Aufhebung der früheren unterm 2. Januar 1827 durch unser Amtsblatt veröffentlichten Einteilung, in folgender Weise abgegrenzt werden.

**1) Wasserbau-Inspection Torgau.**

Der Wasserbau-Inspector Zimmermann zu Torgau hat die Wasserbauten an der Elbe und schwarzen Elster im Bereiche des ganzen Regierungsbezirks wahrzunehmen. Außerdem ist derselbe Mitglied der Prüfungs-Commission für Bauhandwerker zu Torgau.

**Bemerkung.** Mit den jetzt in der Ausführung begriffenen Regulirungsarbeiten der schwarzen Elster ist der Baumeister Rbder zu Liebenwerda beauftragt. Demselben sind auch für die Zeit dieses Commissariums die strombaupolizeilichen Functionen an diesem Flusse übertragen; es tritt daher die desfallsige Wirksamkeit des Bau-Inspectors Zimmermann erst nach beendigtem Regulirungs-Geschäfte ein.

**2) Bau-Inspection Eisleben.**

Der Bau-Inspector Franke zu Mansfeld hat den gesammten Landbau und die in baupolizeilicher Hinsicht bei Land- und Wasserbauten vorkommenden Geschäfte in den beiden Mansfelder Kreisen wahrzunehmen.

**3) Wegebaubezirk Eisleben.**

Dem Wegebaumeister Nordmeyer zu Eisleben verbleibt die Verwaltung des Chaussee- und fiskalischen Straßenbaues in den beiden Mansfelder Kreisen.

**4) Bau-Inspection Wittenberg.**

Der Bau-Inspector Gause zu Wittenberg hat den Landbau, sowie den Bau der fiskalischen Straßen im Kreise Wittenberg und in dem westlichen Theile des Herzberger Kreises bis zu dem von Annaburg über Schweinitz nach Jüterbogk führenden Wege zu versehen. — Die Wahrnehmung des Chausseebaues in dieser Inspektion wird vorläufig dem Kreisbaumeister Klaproth — siehe Bitterfelder Baubezirk — übertragen.

**5) Bau-Inspection Torgau.**

Die Bau-Inspection Torgau besteht aus dem Kreise Torgau und dem westlich

Nr. 173.

Einteilung  
der Geschäfts-  
bezirke der  
Königl. Bau-  
beamten des  
Regierungsbe-  
zirks Merse-  
burg.

der Chaussee von Liebenwerda bis zur Sächs. Grenze und südlich der fiskalischen Straße von Torgau nach Liebenwerda gelegenen Theil des Liebenwerdaer Kreises, mit Aus- schluß der Städte Liebenwerda und Elsterwerda und des Schlosses und der Domaine Elsterwerda nebst Zubehör.

Dem Bau-Inspector Dolcius zu Torgau sind in dieser Inspection die sämtlichen Landbauarschäfte übertragen — Siehe Bezirk Herzberg. — Derselbe hat ferner den Bau der Chausseen und fiskalischen Straßen in diesem Bezirke, mit Aus- nahme der die Inspection b. grenzenden Liebenwerda-Dresdener Chaussee, wahrzu- nehmen, auch ist derselbe Mitglied der Prüfungs-Commission für Bauhandwerker zu Torgau. Dem Bau-Inspector Dolcius sind ferner die Bauten des Stiftsgutes Pehrig im Delitzscher Kreise anvertrauet.

#### 6) Bau-Inspection Raumburg.

Dem von Delitzsch nach Raumburg versetzten Bau-Inspector Schönwald sind die Landbauten in der Bau-Inspection Raumburg übertragen, welche aus dem Kreise Raumburg, dem östlichen Theile des Eckartsbergauer Kreises bis zu dem über die Orlaß-Höhe in der Richtung von Carlsdorf nach Raitenkreis führenden Wege und aus dem südlichen Theile des Querfurter Kreises, von Großwangen die Unstrut bis Nebra, welches diesem Baubezirke zugetheilt wird, verfolgend, dann in gerader Linie auf Querfurt übergehend und endlich sich auf der Chaussee von Querfurt nach Schaaf- stadt bis zur Merseburger Kreisgrenze hinziehend, besteht. Die Wahrnehmung der Schulportaischen Bauten mit den Schulzögern Grändenu, Cuculau, Memleben und Hechendorf sind demselben gleichfalls anvertrauet, sowie er auch Mitglied der Prüfungs-Commission für Bauhandwerker zu Raumburg wird. Im Chausseebau ge- hören die Straßen von der Weimarschen Grenze bis Weissenfels, von Raumburg nach Querfurt und von Raumburg bis zur Meinischen Grenze und im Wasserbau die Bauten an der Saale bis Weissenfels und an der Unstrut von der Nebraer Schleuse, diese mitbeurtheilt, bis zu ihrer Mündung der Inspection Raumburg an.

#### 7) Bau-Inspection Halle.

Die Bau-Inspection Halle umfaßt den Stadtkreis Halle, den Saalkreis und vom Merseburger Kreise die nördliche Spitze bis Holleben.

Dem Bau-Inspector Steudener zu Halle sind in diesem Bezirk die ge- sammtten Wasserbauten an der Saale von der Schlopauer Chaussee-Brücke abwärts, und im Landbau die Bauten übertragen, welche westlich der von Leipzig über Halle nach Magdeburg führenden Chaussee vorkommen. Der ic. Steudener ist zugleich Mit- glied der Prüfungs-Commission für Bauhandwerker in Halle, sowie Universitäts- Baumeister und Baumeister der Brandeschen Stiftungen. Die städtischen Bauten in Halle sind dem Stadtbaumeister Weise daselbst übertragen.

8) Dem Kreis-Baumeister Wolff zu Halle wird der Landbau in der Inspection Halle östlich der Leipzig-Halle-Magdeburger Chaussee, einschließlich der Bauten in Cönnern, ferner der Chaussee-Aufsachen der Berlin-Casseler Straße von Hohenturm bis zur Grenze des Saalkreises und der Lauchstädter Straße von Halle bis Lauchstädt und endlich der Aufsachen der fiskalischen Straßen übertragen. Der Kreis-Baumeister Wolff wird zugleich Mitglied der Prüfungs-Commission für Bau- handwerker zu Halle.

### 9) Bau-Inspection Merseburg.

Bau-Inspector Lüddecke zu Merseburg. Die Bau-Inspection Merseburg begriff den Kreis Merseburg, mit Ausnahme der ad 7. bereits erwähnten nördlichen Spitze und des auf dem rechten Ufer der Elster gelegenen Theils. In diesem Bezirke hat der ic. Lüddecke den gesammten Landbau, den Chausseebau der Strecken von der Grenze des ad 7. gedachten Baubezirks bis Weissenfels, von der Sächsischen Grenze über Merseburg nach Querfurt, von Ballendorf nach Burgliebenau und von Dürrenberg nach Lützen, sowie den Bau der fiskalischen Straßen, und im Wasserbau den Theil der Saale von der Weissenfelder Brücke — diese mitbegriffen — bis zur Schloppauer Brücke wahrzunehmen. Der Bau-Inspector Lüddecke ist zugleich Mitglied der Prüfungs-Commissionen für Bauhandwerker, Feldmesser und einjährige Freiwillige.

### 10) Bau-Inspection Artern.

Diese Stelle wird durch den Kreis-Baumeister Voigtel in Artern verwaltet.

Die Bau-Inspection Artern besteht aus dem Eckartsbergaer Kreise, mit Ausnahme des östlichen Theiles, dem nordwestlichen Theile des Querfurter Kreises — siehe Inspection Raumburg — und der südlichen Spitze des Sangerhäuser Kreises bis Ederleben. Der Kreisbaubeamte hat in diesem Bezirke, einschließlich der Stadt Querfurt, den gesammten Landbau, den Chausseebau von Querfurt über Artern bis zur Grenze des Regierungsbezirks, in der Richtung auf Erfurt, von Artern nach Ederleben, die von Frankenhäusen über Chleda in der Richtung nach Weimar und die von Wiehe nach Lössa führende Straße, ferner den Bau der fiskalischen Straßen und endlich im Wasserbau die Unstrut bis zur Nebraer Schleuse, ex l. der Leßtern.

### 11) Bau-Inspection Zeitz.

Dem von Weissenfels nach Zeitz versetzten Kreis-Baumeister Laacke werden der gesammte Landbau in dem aus den Kreisen Zeitz und Weissenfels bestehenden Bezirke, der Chausseebau der Straßenstrecken von Weissenfels über Zeitz in der Richtung nach Gera, von Zeitz nach Altenburg, von Zeitz nach Leipzig, der von Zeitz nach Wetau führenden, sowie der Zeitz-Hainberger Forststraße, der Weineweb-Eisenberger und Eisenberg-Geraer Straße, ferner der Bau der fiskalischen Straßen und endlich im Wasserbau die Bauten an der weißen Elster und am Floßaraben übertragen. Außerdem ist der Kreis-Baumeister Laacke noch mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Floß-Inspectorstelle beauftragt.

### 12) Baubezirk Delitzsch.

Der Kreis-Baumeister Schulze l. wird von Merseburg nach Delitzsch versetzt und ihm der Baubezirk Delitzsch übertragen, der aus dem Delitzscher Kreise und dem am rechten Elsterufer gelegenen Theile des Merseburger Kreises besteht. In diesem und eintheilen auch noch im Bitterfelder Baubezirk hat derselbe den gesammten Landbau wahrzunehmen. Der Chausseebau und der der fiskalischen Straßen liegt ihm dagegen nur im Delitzscher Baubezirke ob. Im Wasserbau werden die Bauten an der Mulde von der Sächsischen bis zur Dessauer Grenze diesem Bezirke zugetheilt. Endlich ist der Kreis-Baumeister noch Mitglied der Prüfungs-Commission für Bauhandwerker zu Delitzsch.

### 13) Baubezirk Sangerhausen.

Der Wegebaumeister Jung von Torgau wird als Kreis-Baumeister nach Sangerhausen versetzt.

Der Baubezirk besteht aus dem Kreise Sangerhausen, mit Ausnahme der südlichen Spitze. — Siehe Bau-Inspection Artern. — Der Kreis-Baumeister hat den Landbau, den Chaussée- und fiskalischen Straßenbau und den Wasserbau an der Helme zu besorgen.

Für die Stollbergischen Grafschaften ist ein eigener Baudeamte angestellt, der auch die baupolizeilichen Geschäfte wahrzunehmen hat.

### 14) Baubezirk Herzberg.

Dem Kreis-Baumeister Schulze II. zu Herzberg wird der gesammte Landbau in diesem Bezirk übertragen, der aus dem östlichen Theile des Herzberger Kreises bis zu dem von Schweinitz nach Züterbogl führenden Wege und aus dem nordöstlichen des Liebenwerdaer Kreises, bis zur fiskalischen Straße von Torgau nach Liebenwerda und zur Chaussée von Liebenwerda bis zur Sächsischen Grenze, einschließlich der Städte Liebenwerda und Elsterwerda und des Schlosses und der Domaine Elsterwerda nebst deren Vorwerken besteht. Im Chausséebau gehört die Chaussée von Züterbogl über Herzberg bis zur Sächsischen Grenze diesem Kreise an, in welchem der Kreis-Baumeister zugleich den Bau der fiskalischen Straßen und im Wasserbau die Bauten am Floßgraben wahrzunehmen hat.

### 15) Baubezirk Bitterfeld.

Im Baubezirke Bitterfeld, der aus dem landrätblichen Kreise gleiches Namens besteht, hat der Kreis-Baumeister Schulze I. zu Delitzsch einstweilen den Landbau zu verwalten. Der bisherige Wegebaumeister, jetzige Kreis-Baumeister Klaproth zu Wittenberg übernimmt dagegen den Chausséebau in diesem Bezirk und vorläufig auch in der Bau-Inspection Wittenberg und den fiskalischen Wegebau im Baubezirk Bitterfeld.

16) Der bisherige Baumeister Steinbeck zu Sangerhausen wird als Landbaumeister nach Merseburg versetzt und zunächst zur technischen Aushülfe der unterzeichneten Regierung bestimmt.

Merseburg, den 9. März 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 174.

Die Anwen-  
dung der zusä-  
tzlichen Stra-  
ßenbestim-  
mungen  
des Chaussée-  
geldtarifs vom  
29. Febr. 1840  
auf mehrere  
regulirte  
Straßen.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 23. März v. J. — Amtsblatt pro 1852 pag. 121. — bringen wir hiermit ein anderweites Verzeichniß derjenigen Straßen unseres Verwaltungsbezirks zur öffentlichen Kenntniß, welche inzwischen so weit regulirt und ausgebaut worden sind, daß nunmehr auf dieselben im Sinne der Allerh. Cabinets-Ordre vom 31. August 1832 (Gef. S. de 1832 S. 214.) die zusätzlichen polizeilichen Bestimmungen sub 7. — 23. (mit Ausschluß der Nr. 20.) des Chausséegeldtarifs vom 29. Februar 1840 (Gef. S. S. 98.) für anwendbar erklärt worden sind.

Merseburg, den 9. März 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

## V e r z e i c h n i s s

derjenigen Straßen des Regierungsbezirks Merseburg, auf welche die zusätzlichen polizeilichen Bestimmungen des Chausseergeldtarifs vom 29. Februar 1840 von jetzt ab Anwendung finden sollen.

### I. Im Baukreise Herzberg.

Die Poststraße von Elsterwerda über Plessa nach Müdenberg auf 845½ Ruthen Länge und zwar von der Gräflich Einsiedelschen Grenze bis zur Stadt Müdenberg.

### II. Im Baukreise Merseburg.

1) Die Weissenfels-Gielesener Straße auf der Strecke zwischen Zorbau und Stöbnitz in Zorbauer Flur.

2) Die Raumburg-Freiburg-Lauchauer Straße auf der Strecke zwischen dem Bahnhofe bei Raumburg bis Roßbach a./S.

### III. Im Baukreise Sangerhausen.

Die Straße zwischen Mansfeld und Riestedt von der holländischen Windmühle bei Annarode bis zur Kreisgrenze an der Klopfgasse.

### IV. Im Baukreise Zeitz.

1) Die letzte Strecke der in Nr. 4, 15 der Weissenfels-Zeitz-Giebelrother Chaussee links abgehenden Straße von Giebelroth nach Pölzig und Ronneburg durch das Dorf Heudewalde bis zur Landesgrenze.

2) Die sogenannte Stolzenhainer Kohlenstraße: von der Weineweh-Eisenberger Chaussee in Nr. 1, 25 + 9 bei Linda ab bis zur Altenburgschen Landesgrenze an der neuen Schenke in Rudelsdorfer Flur, 219,8 Ruthen lang.

Zur Ermittlung unbekannter Interessenten und zur Feststellung der Legitimation werden folgende, bei der unterzeichneten Königl. Regierung in deren Verwaltungsbezirk anhängige Auseinandersetzungen: Nr. 175.  
Vorladung in  
Auseinander-  
setzungssachen.

- 1) die Ablösung der dem Rentamte Schlieben aus den Gemeindeverbänden Langen-  
grasau und Delsig;
- 2) die Ablösung der dem Rentamte Torgau von Grundstücken des Gemeindebezirks  
Großwig;
- 3) die Ablösung der dem Rentamte Zeitz aus dem Gemeinde-Verbande Raßberg;
- 4) die Ablösung der dem Rentamte Mühlberg aus dem Gemeinde-Verbande  
Dschätschen;
- 5) die Ablösung der dem Domainenamte Friedeburg aus dem Gemeinde-Verbande  
Heiligenthal,

zustehenden Domainial-Gefälle

hiermit öffentlich bekannt gemacht. Alle diejenigen, welche bei diesen Auseinandersetzungen ein Interesse zu haben vermeinen und zu denselben bisher nicht zugezogen sind, werden aufgefordert, sich spätestens zu dem auf

den Dritten Mai l. Jz., Vormittags Elf Uhr,

ad 1. im Rentamte zu Schlieben,

" 2. im Rentamte zu Torgau,

" 3. im Rentamte zu Zeitz,

ad 4. im Rentamte zu Liebenwerda,  
5. im Domainenamte zu Friedeburg

anberaumten Terminen zu melden, widrigenfalls sie die Auseinandersehung, so wie alles das, was mit den bisher aufgetretenen Inhabern der betreffenden Grundstücke festgestellt worden ist, selbst im Fall einer Verletzung gegen sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können.

Merseburg, den 10. März 1853.

Rönlgl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 176.

Die Ausfüh-  
rung u. Unter-  
weisung in den  
Drainirungs-  
Arbeiten betr.

Das unterzeichnete Directorium der Königl. landwirthschaftlichen Lehranstalt zu Proskau macht hierdurch bekannt, daß in Folge höherer Anordnung auch in dem bevorstehenden Sommer denjenigen Beamten der Königl. General-Commissionen oder landwirthschaftlichen Abtheilungen der Regierungen, welche sich über das Röhren-Drainiren und die praktische Ausführung derartiger Meliorationen näher zu unterrichten wünschen, durch die hiesige Lehranstalt in ähnlicher Weise, als dies im verfloßenen Sommer geschehen, Gelegenheit hierzu dargeboten werden soll.

Diejenigen, welche davon Gebrauch zu machen wünschen, werden daher hierdurch ersucht, dies dem unterzeichneten Directorium rechtzeitig anzuzeigen, mit dem Bemerkten, daß im Monat Juni d. J. (vom 13. Juni ab) der Hr. Jobn nicht nur einen theoretischen etwa 2 Wochen währenden Vortrag über Drainirung halten, sondern gleichzeitig diesen Vortrag durch praktische Demonstrationen zu erläutern suchen wird.

Jungen Oeconomie-Beamten und Geometern, welche an diesen Unterweisungen sich zu betheiligen geneigt sein möchten, wird dies sehr gern gestattet werden, doch bemerkt das unterzeichnete Directorium, daß ein Zeitraum von wenigen Wochen niemals ausreichend erscheinen kann, um diejenige technische Ausbildung sich anzueignen, welche bei selbstständiger Uebnahme größerer Drain-Anlagen überall vorausgesetzt werden muß, weshalb auch Qualifications-Zeugnisse von dem unterzeichneten Directorium nicht weiter ausgestellt werden können.

Proskau, den 4. März 1853.

Das Directorium der Königl. landwirthsch. Lehranstalt.

Nr. 177.

Hypotheken-  
Sachen.

Die Tabelle über folgende Grundstücke, als:

a) das vormalige Gemeinde-Hirtenhaus in Eubisch, welches der Schäfer Gottlieb Hübsch im Wege nothwendiger Subhastation von den Hüfnern und Kössäthen in Eubisch weißbietend erstanden hat, b) die Schmiede in Dabrun, welche der Schmiedemeister Johann Gottfried Kov daselbst erkauf hat, ist fertig und kann in unserm 1. Bureau vom 26. März bis 26. Mai d. J. eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen sind unzulässig.

Wittenberg, den 26. December 1852.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.



## Personal-Chronik.

Die commissarische Verwaltung des Königl. Landrathsamts zu Liebenwerda ist vom 1. März c. ab dem Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer von Schaper auf Falkenberg übertragen worden. Nr. 178.

Der Kaufmann Gustav Weisner in Hettstadt hat die Agentur der Preuss. National-Versicherungsgesellschaft in Stertin niedergelegt. Nr. 179.

An Stelle des bisherigen Agenten der vaterländischen Feuer-Versicherungsgesellschaft zu Eibfeld, Kaufmann Karl Dorwest in Torgau ist unter dem 15. Februar c. der Kaufmann J. G. Schmidt daselbst als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden. Nr. 180.

Die erledigte evangelische erste Predigerstelle an der reformirten Hofgemeinde zu U. L. Frauen in Halberstadt ist dem bisherigen Pfarr-Vicar Adolph Krumacher verliehen worden. Nr. 181.

Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Tromsdorf mit Millingsdorf und Thüsdorf, in der Diöces Eckartsberga, ist dem bisherigen Pfarrer zu Braunsroda, in derselben Diöces, Johann Christian Gottfried Cossmann, verliehen worden. Patron der dadurch vacant gewordenen Pfarrstelle zu Braunsroda ist der Rittergutsbesitzer von Münchhausen aus Herrengosserstedt, welchen vom Königl. Consistorio zu Magdeburg für dies Mal vier Candidaten präsentirt werden. Nr. 182.

Zu Schiedsmännern und Stellvertretern im Bitterfelder Kreise sind gewählt Nr. 183.  
und zwar:

für die Stadt Bitterfeld: zum Stellvertreter des Schiedsmanns der Polizei-Anwalt, Postmeister a. D. Georg Adolph Wendrich daselbst;

für den I. Bezirk: zum Stellvertreter des Schiedsmanns der Ortsrichter Johann Gottlieb Päß zu Gossa;

für den II. Bezirk: zum Schiedsmann der Schiffmühlenbesitzer Robert Hille zu Rbfa;

für den III. Bezirk: zum Schiedsmann der Seilermeister Carl Dietrich zu Gossa, zum Stellvertreter der Mühlenbesitzer Ferdinand Lange zu Gossa;

für den V. Bezirk: zum Schiedsmann der Gastwirth Gottlob Häder zu Mühlbeck, zum Stellvertreter der herrschaftliche Förster Zschingsch in Friedersdorf;

für den VI. Bezirk: zum Schiedsmann der Fleischermeister Zeising zu Roßsch, zum Stellvertreter der Ortsrichter Schlüter zu Roßsch;

für den X. Bezirk: zum Schiedsmann der Gutsbesitzer Gottfried Reichert zu Mbst, zum Stellvertreter der Gerichtschöffe August Keller zu Schierau;

für den VII. Bezirk: zum Schiedsmann der Rittergutsbesitzer Kluge in Wolfen, zum Stellvertreter der Richter Röge zu Reuden, .

und als solche gebührg verpflichtet worden.

Hierbei wird ein im 9. Stüd pag. 58. Nr. 144. enthaltener Irrthum berichtigt,

indem der Richter Gottlieb Barthol zu Schwemsal nicht für den I. sondern für den II. Bezirk des Bitterfelder Kreises zum Schiedsmannsvertreter bestellt worden ist.

Nr. 184. Der Seilermeister Gottlob Schwerdt zu Wittenberg ist zum Schiedsmann für den I. Bezirk dieses Orts erwählt und gehörig verpflichtet worden.

Nr. 185. Zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern im Edartßbergaer Kreise für den Zeitraum vom 1. Januar 1853 bis dahin 1856 sind gewählt:

- 1) der Magistrats-Meffor Johann Carl Pfeiffer aus Vibra als Schiedsmann für die Stadt Vibra;
  - 2) der Steuer-Erheber Christian Gottfried Hennicke daher als dessen Stellvertreter;
  - 3) der Bürgermeister Johann Gottlieb Vieling als Schiedsmann für die Stadt Edartßberga;
  - 4) der Magistrats-Meffor Johann Carl Riehlmann als dessen Stellvertreter;
  - 5) der Gutsbesitzer Christian Ferdinand Zahner aus Saubach als Schiedsmann für den VI. District;
  - 6) der Schulze Johann Gottfried Opel daher als dessen Stellvertreter;
  - 7) der Schulze Carl Friedrich Wilhelm Mauer aus Schimmel als Schiedsmann für den VII. District;
  - 8) der Schulze Adam Pomniz aus Steinbach als dessen Stellvertreter;
  - 9) der Schulze Carl Friedrich Edler aus Tromsdorf als Schiedsmann für den VIII. District;
  - 10) der Schulze Johann Friedrich Kriependorf aus Sezna als dessen Stellvertreter;
  - 11) der Schulze Johann Gottfried Schmidt aus Vorgau als Schiedsmann für den XV. District;
  - 12) der Schulze Johann Michael Tröbs aus Wallrode als Stellvertreter desselben;
  - 13) der Schenkhirth Christian Gottlob Porse aus Burkersrode als Stellvertreter des Schiedsmanns für den XVI. District,
- und gehörig verpflichtet worden.

Nr. 186. Zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern im Kreise Edartßberga für den Zeitraum vom 1. Januar 1853 bis dahin 1856 sind gewählt:

- a) für die Stadt Wiehe: zum Schiedsmann der Bürgermeister Rudolph, zum Stellvertreter der Magistrats-Meffor Stuybach daselbst;
  - b) für den IV. District: zum Schiedsmann der Schulze Laub zu Lossa, zum Stellvertreter der Schulze Künzler zu Rothenberga;
  - c) für den V. Bezirk: zum Schiedsmann der Kaufmann Walther zu Donndorf, zum Stellvertreter der Schulze Sachse daselbst;
  - d) für den XIII. District: zum Schiedsmann der Schulze Vieling zu Bucha, zum Stellvertreter der Schulze Stuybach zu Allerstedt,
- und als solche gehörig verpflichtet worden.

---

Gedruckt bei Robitzschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**12. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 26. März 1853.

Die Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinsche Regierung ist dem zwischen Preußen und vielen anderen deutschen Regierungen abgeschlossenen Verträge wegen gegenseitiger Verpflichtung zur Uebernahme der Auszuweisenden d. d. Gotha, den 15. Juli 1851 (Gesetz-Sammlung S. 711.) mit dem 1. März d. J. beigetreten, wie dies durch das 4. Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung bekannt gemacht worden ist.

Dieser Beitritt ist unter der Vereinbarung erfolgt, daß der §. 13. jenes Vertrages, welcher dessen Anwendbarkeit auf frühere Fälle betrifft, zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin unter folgender Einschränkung zur Ausführung gebracht werden soll:

Nr. 187.  
Den Beitritt  
der Großherzoglich  
Mecklenburg-  
Schwerinschen  
Regierung zu  
dem Vertrage  
wegen Ueber-  
nahme der Aus-  
zuweisenden  
betr.

- 1) Keine der beiden contrahirenden Regierungen wird von ihrem vertragsmäßigen Rechte, ehemalige Unterthanen (Angehörige) des andern Staates dorthin zurückzuweisen, in Ansehung solcher Personen Gebrauch machen,
  - a) welchen während der Jahre 1849 — 1851 der Wohnsitz im Lande in der Art ausdrücklich oder stillschweigend gestattet worden ist, daß sie in demselben in der Ehe gelebt und eine eigene Wirthschaft geführt haben, ohne einen Heimathschein zu besitzen;
  - b) welche sich im Lande, ohne einen die Zurücknahme des Inhabers mit der Familie zusichernden Heimathschein (Domicil-Schein) zu besitzen, verheirathet und ihren Aufenthalt in diesem Lande bis zur Zeit der Beitritts-Erklärung der Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Regierung vom 9. Januar d. J. fortgesetzt haben.
- 2) Die vorstehend unter 1a. gedachte, auf den fortgesetzten dreijährigen Wohnsitz während der Jahre 1849 bis 1851 bezügliche Einschränkung findet auf solche Personen keine Anwendung, welche sich als Diensthboten, Handwerksgefelln, Fabrikarbeiter, Handlungsdiener oder sonst in Privatdienst- oder Arbeitsverhältnissen oder zur Erziehung oder zur Ausbildung in ihrem Berufe im Lande aufgehalten haben, auch wenn diese Personen in Verhältnisse getreten sind, welche die Aufschlagung eines eigenen Wohnsitzes begründen.

In Ansehung dieser Personen, sofern nicht etwa der unter 1b. gedachte Fall bei ihnen vorhanden ist, kommen vielmehr lediglich die Bestimmungen des §. 13. des Vertrages zur Anwendung.

Die vorstehende zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin wegen Anwendung des §. 13. des obgedachten Vertrages getroffene besondere Vereinbarung wird den betreffenden diesseitigen Behörden hierdurch zur Nachachtung bekannt gemacht.

Berlin, den 5. März 1853.

Der Minister-Präsident und Minister der  
auswärtigen Angelegenheiten.  
(gez.) Mantuffel.

Der Minister des Innern.  
(gez.) v. Westphalen.

Nr. 188.

In Folge unserer Bekanntmachung vom 1. d. M. sind bei der heutigen öffentlichen Verloosung die in den anliegenden drei Verzeichnissen aufgeführten Schuldverschreibungen über:

1,430,000 Thlr. von der freiwilligen Staatsanleihe vom Jahre 1848,
100,000 Thlr. „ „ Staatsanleihe vom Jahre 1850,
85,000 Thlr. „ „ „ „ 1852

Die ausgelosten  
Schuldverschreibungen  
der Staatsanleihe  
den 1848,  
1850 u. 1852.

gezogen worden.

Dieselben werden hierdurch ihren Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, den verschriebenen Capitalbetrag am 1. October d. J. in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr entweder bei der Staatsschulden-Zilgungskasse, Taubenstraße Nr. 30. parterre rechts, oder bei der nächsten Regierungshauptkasse, gegen Duitung (wogu Formulare bei den erwähnten Kassen unentgeltlich verabfolgt werden) und gegen Rückgabe der Schuldverschreibungen baar in Empfang zu nehmen.

Mit dem 30. September d. J. hört die weitere Verzinsung dieser Schuldverschreibungen auf, und müssen daher mit den Obligationen der freiwilligen Anleihe vom Jahre 1848:

die dazu gehörigen 6 Zins-Coupons der zweiten Serie Nr. 3. bis 8. über die Zinsen vom 1. October 18 $\frac{1}{2}$ ,

mit den Obligationen der Anleihe vom Jahre 1850:

die 2 Zins-Coupons der ersten Serie Nr. 7. und 8. über die Zinsen vom 1. October 18 $\frac{1}{2}$

und mit den Obligationen der Anleihe vom Jahre 1852:

die 5 Zins-Coupons der ersten Serie Nr. 4. bis 8. über die Zinsen vom 1. October 1853 bis zum 1. April 1856,

unentgeltlich abgeliefert werden, widrigenfalls der Betrag der fehlenden Coupons vom Capital zurückbehalten wird.

Da übrigens die Schuldverschreibungen nicht sämmtlich an Einem Tage geprüft und ausgezahlt werden können, so werden dieselben schon vom 1. September d. J. ab zur Prüfung angenommen werden.

Sollten sich unter den verloosten Schuldverschreibungen der freiwilligen Anleihe vom Jahre 1848 solche befinden, welche nicht mit dem Convertirungsstempel versehen sind, so können dieselben nach Maassgabe der Bekanntmachung vom 20. Januar v. J. jederzeit unter Beifügung der Zins-Coupons Serie I. Nr. 8, bei der Con-

trolle der Staatspapiere, Taubenstraße Nr. 29. parterre links, zur baaren Auszahlung eingereicht werden.

Berlin, den 7. März 1853.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Die Inhaber der in der ersten Verloosung gezogenen und durch unsere Bekanntmachung vom 9. September 1851 zur Rückzahlung am 1. April 1852 gekündigten Schuldverschreibungen der Staatsanleihe vom Jahre 1850 werden hiermit wiederholt aufgefordert, zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes die Kapitalbeträge entweder hier bei der Kontrolle der Staatspapiere, Taubenstraße Nr. 30. zwei Treppen hoch, oder bei der nächsten Regierungs-Hauptkasse, unter Rückgabe der Obligationen nebst den fünf Zinscoupons Ser. I. Nr. 4. bis 8., und gegen Quittung, wozu Formulare bei den erwähnten Kassen unentgeltlich verabfolgt werden, in Empfang zu nehmen.

Berlin, den 10. März 1853.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Den Schiffseignern und Schiffsbefrachtern Carl Podrang und Leberecht Hoffmann in Bremen, als Inhabern der Firma Carl Podrang et Comp., sowie den Kaufleuten D. Wagner und E. Wichelhausen, als Inhabern der Firma F. J. Wichelhausen et Comp. ebendaseibst, ist höhern Orts die Erlaubniß erteilt worden, innerhalb des Preussischen Staats das Geschäft der Beförderung von Auswanderern zu betreiben.

Gleichzeitig sind die Kaufleute und zwar Heinrich Volkmann in Bielefeld für erstere und E. Detjen in Edln für letztere Firma als Hauptagenten für den Umfang des Preussischen Staats bestätigt worden. Unteragenten derselben dürfen in unserm Departement nur mit unserer Genehmigung bestellt werden.

Merseburg, den 14. März 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Die nachstehend aufgeführten Geschenke an Kirchen und Schulen werden hierdurch als Beweise kirchlichen Sinnes in unserem Verwaltungsbezirke belobend zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

1) Ephorie Belgern.

In Wessnig hat die Frau Pastor Petri einen Taufsteinbehang, Jungfrau Minna Voccard eine Spitzengarnirung zur Altarbekleidung geschenkt.

2) Ephorie Bitterfeld.

In Gossa schenkte Frau Expeditur Weishuhn aus Leipzig der Kirche eine Altar- und Kanzelbekleidung, die Frau des Chaussee-Aufseher's Schmidt eine doppelte Bekleidung für das Lesepult und einen Klingelbeutel.

3) Ephorie Brehna.

a) In Duez wurden der Kirche zwei Altarkerzen geschenkt.

b) In Brehna hat der Kaufmann Erdmann Haade die Kirchenuhr herstellen lassen.

4) Ephorie Ebnern.

a) In Döfel hat die Wittve Voigt der Kirche eine neue Fußdecke auf die Stufen des Altars geschenkt.

Nr. 189.  
Die Einlösung der gekündigten Schuldverschreibungen der Staatsanleihe des 1850 betr.

Nr. 190.  
Die Ertheilung von Concessionen zum Betriebe des Geschäftes der Beförderung von Auswanderern betr.

Nr. 191.  
Geschenke an Kirchen und Schulen.

b) Durch freiwillige Beiträge des Patrons und der Pfarrgenossen ist für die Kirche in Krositz eine Orgel angeschafft worden.

c) In Krositz hat der Patron der Kirche eine neue Altar- und Kanzelbekleidung nebst einem gußeisernen Crucifix, ein Ungenannter einen Taufstisch nebst Taufbecken,

d) in Kaltenmark hat ein Ungenannter der Kirche ein Paar Altarleuchter mit Wachslöchern und ein Crucifix nebst einem Klingelbeutel geschenkt.

e) In Priester ist der Kirche eine Altar- und Kanzelbekleidung, ferner ein gußeisernes Crucifix, vom Gutbesitzer Steinbeck ein Altargeländer, von der verstorbenen Frau Hädicke eine Altarbibel geschenkt, und der Laufftein neu bekleidet, die verwitwete Gutbesitzerin Brandt hat Thür und Thorweg des Friedhofs neu herstellen lassen.

f) In Wieskau hat die verstorbene Amtrathin Braumann der Kirche eine Altar- und Kanzelbekleidung und einen Teppich geschenkt.

g) Der Kirche zu Trebnitz sind folgende Geschenke gemacht: vom Finanzrath Degener der Kirche zur Anschaffung einer Orgel 200 Thlr., von den Gemeinden Trebnitz mit Mätewitz 141 Thlr. zu demselben Zweck, vom Amtrath Roth eine Abendmahlskanne von Silber, von der Frau des Anspanners Rother eine Taufstischdecke, von Jungfer Auguste Hellwig eine Decke mit Goldschrift, von Ungenannten eine Altarsteinbank mit Decke und 2 Altarkerzen.

Die Schule in Trebnitz erhielt als Geschenk zu ihrem Neubau 100 Thlr. von dem Finanzrath Degener.

h) In Strenz-Raundorf hat die Frau des Anspanners Weißner der Kirche ein Altargedek, einen Altarfußteppich, eine neue Kanzelbekleidung, drei neue polirte Tafeln mit Liedernummern geschenkt.

#### 5) Euphorie Delitzsch.

a) In Delitzsch ist die Anschaffung einer neuen Orgel für die Gottesackerkirche größtentheils durch freiwillige Beiträge der Gemeindeglieder bewirkt worden.

b) In Paupitzsch hat ein Ungenannter der Kirche eine zinnerne Weinkanne geschenkt.

#### 6) Euphorie Elsterwerda.

a) In Würdenhain haben die verwitwete Frau Mühlbesitzer Müller aus Prischla und deren Sohn der Kirche eine Altarbekleidung, eine Bekleidung des Lauffsteins und der Kanzel, eine Fußdecke zu den Stufen des Altars geschenkt und das Altarcrucifix neu vergolden, sowie die Malerei an Altar, Kanzel und Lauffstein herstellen lassen.

b) Der Graf von Einsiedel hat die Schule zu Grünewalde mit einem eisernen Ofen und die Kirche zu Bockwitz mit 2 Leuchtern für Kanzel und Altar beschenkt. Dieselbe Kirche erhielt von einem Ungenannten 2 neue Klingelbeutel.

c) In Hirschfeld sind der Kirche ein Paar bronzene Altarleuchter, zwei Bekleidungen des Raumes am Schallhimmel über der Kanzel verehrt. Desgleichen wurde von mehreren Gemeindegliedern eine neue Glocke beschafft.

d) In Dredka hat der Auszügler Kofel aus Kraupa der Kirche eine Altarbibel, eine ungenannte Familie aus Krumpa ein gußeisernes Crucifix geschenkt.

e) In Pleßla hat der Schullehrer Wend der Kirche eine Altarbibel,

f) desgleichen die Jungfrau Amalie Hummel ein gußeisernes Crucifix geschenkt.

7) Ephorie Ermsleben.

In Alterode haben die Frauen in der Gemeinde den Altar der Kirche, Kanzel, Taufstein und Lesepult mit einer Bekleidung versehen. Ebenda hat eine ungenannte Frau ein Paar gußeiserne Altarleuchter geschenkt.

8) Ephorie Freyburg.

a) In Gröbzt hat der Schneidermeister Gottfried Werner aus Bengelsdorf der Kirche eine Altar- und Kanzelbekleidung,

b) in Almsdorf der Deconom Gottfried Lüttich eine Altar-, Kanzel- und Taufsteinbekleidung, desgleichen ein Ungenannter zwei Altarwachskerzen der Kirche zum Geschenk gemacht.

c) In Gröbznitz haben Patron und Gemeinde eine neue Orgel angeschafft. Desgleichen hat die Frau von Sperling der Kirche eine Altarbekleidung geschenkt.

d) In Städten hat die Gemeinde der Kirche eine neue Bibel,

e) der Anspänner Heinecke einen neuen Talar für den Prediger geschenkt.

9) Ephorie Gerbstedt.

a) In Ihlewig sind der Kirche eine Bekleidung des Altars, der Kanzel und des Lesepults geschenkt.

b) c) und d) In Rumpin, in Heiligenthal und in Lochwitz haben die Gemeinden ihre Kirchenorgeln herstellen lassen.

10) Ephorie Gollme.

Es sind den Kirchen:

a) in Gollme ein Paar Altarkerzen,

b) in Landsberg vom Rector emer. Dr. Thos die Büste Sr. Majestät des Königs,

c) in Gerbisdorf ein Paar neu silberne Altarleuchter geschenkt.

11) Ephorie Heldrungen.

a) In Heldrungen haben die Parochianten eine Festbekleidung des Altars, Taufsteins und der Kanzel geschenkt.

b) In Ekleben sind der Kirche eine Bekleidung des Altars, des Taufsteines und der Kanzel,

c) in Bilzingsleben von der Wittwe Bergmann eine Kanzelbekleidung geschenkt.

12) Ephorie Herzberg.

a) In Herzberg hat die Kirche zwei Altarleuchter und eine Communion-Collectenbüchse erhalten.

b) In Arensnesa hat ein ungenanntes Ehepaar der Kirche zwei Leuchter mit Wachskerzen verehrt, die Kirchengemeinde allda den Taufstein erneuern lassen.

c) In Buckau haben einzelne Gemeindeglieder bei Gelegenheit des 150 jährigen Kirchweihfestes die Kirche durch Anstrich und Malerei verschönern lassen.

d) In Zülzdorf hat die Frau P. J. der Kirche eine Taufstein-Bekleidung geschenkt.

13) Ephorie Lauchstedt.

In Dörstewitz hat die Gemeinde zur Verbesserung ihrer Schule einen Kostenbeitrag von etwa 300 Thlr. freiwillig geleistet.

14) E phorie Liebenwerda.

In Martinskirchen hat H. Stephan jun. der Kirche eine Altar- und Kanzelbekleidung geschenkt.

15) E phorie Lügen.

- a) In Altranstedt hat der Patron der Kirche zwei prachtvolle Porzellan-Vasen,
- b) in Detsch derselbe der Kirche ein gußeisernes Crucifix geschenkt.
- c) In Kößschau hat der Patron der Kirchenkasse 123 Thlr. 11 Sgr. 3 Pf. geschenkt.
- d) In Hohenlohe der Kirche ein Crucifix von Argentan,
- e) in Schkeißen eine Taufstein-Bekleidung, desgleichen eine Fußdecke und ein Veststundentischen geschenkt.

f) In Reuschberg haben mehrere Parochianen der Kirche eine rothsammetene Taufstein-Bekleidung, ein neusilbernes Taufbecken und ein neues Lesepult geschenkt.

g) In Muschwitz hat der Nachbar Christian Wöfinger das Begräbnißkreuz erneuern und vergolden lassen, die Jungfrau Clara Reichelt aber der Kirche eine Altardecke geschenkt. Desgleichen die Jungfrauen von Muschwitz und Ebhesten 2 Thlr. zur Erneuerung und Vergoldung des Altarcrucifixes, und ein Ungenannter ein Paar Abendmahlstücher.

h) In Pobles ist der Kirche ein Altartuch geschenkt; desgleichen ein Anderer ein Paar Altarkerzen.

i) In Starsidel der Pfarre ein Altenschränk geschenkt.

16) E phorie Mansfeld.

a) In Leimbach haben die Frauen der Gemeinde das Taufbecken der Kirche aufzuheben lassen und eine Altarfedende, sowie einen neusilbernen Taufkelch geschenkt.

b) In Piscaborn haben die Gemeinden Piscaborn und Wimmelrode eine schwarz-tuchene Altar-, Kanzel- und Taufstein-Bekleidung, ein Ungenannter einen Taufstein geschenkt.

17) E phorie Raumburg.

In Abtöbnnitz ist der Kirche ein Collectenteller zum Geschenk gemacht.

18) E phorie Quedfurt.

Es sind geschenkt den Kirchen:

- a) in Nieder-Eichstedt ein gußeisernes Crucifix,
- b) in Kleinwangen ein vergolderter Altarkelch von Neusilber,
- c) in Obbausen St. Johannis von der Frau Rittergutsbesitzer Lange ein Tisch zum Gebrauche bei den Taufen, sowie ein Taufstisch und außerdem eine Kanzel-, Altar- und Taufstein-Bekleidung verehrt.

19) E phorie Sangerhausen.

Ferner sind geschenkt den Kirchen:

- a) in Ederleben von der Wittwe Beyer 5 Thlr., von einem Ungenannten ein Altarcrucifix,
- b) in Oßerröblingen von Madame Schreiber der Kirche ein Communionlöffel,
- c) in Riestedt von einem Ungenannten 2 Thlr.,
- d) in Riethnordbausen vom Pächtermeister Gottlob Hippe zu Breslau in dankbarer Erinnerung an seinen Geburtsort ein messingener Kronleuchter mit Zubehör.



20) Ephorie Schkeuditz.

In Zöschen hat die Patronin ein neues Eingangsthor zu dem Gottesacker auf-  
richten lassen und der Armenkasse 15 Thlr. überwiesen.

21) Ephorie Schlieben.

In Proßmark sind der Kirche zwei Collectenbeden und eine Taufftein-Beklei-  
dung geschenkt.

22) Ephorie Schraplau.

a) In Bennstedt hat der Rittergutsbesitzer Koch der Kirche einen schönen Tauf-  
tisch und Ungenannte eine Kanzelbekleidung und eine Kanzelbibel geschenkt.

b) in Unterdeuschenthal sind der Kirche 4 Altarlichte und eine Bekleidung des  
Altarpultes geschenkt. Ferner hat der verstorbene Kirchenkasten-Rendant Stoye ein  
Legat ausgesetzt, wovon die Zinsen zum Besten zweier armen Confirmanden verwen-  
det werden sollen.

23) Ephorie Weissenfels.

a) In Götzhewitz hat die Gemeinde der Kirche eine Altarbekleidung verehrt, und  
ein Ungenannter das Innere der Kirche mit neuem Anstrich versehen lassen.

b) In Mutschau sind der Schule Bräm's große Wandkarte des heiligen Landes,  
Wille's 16 große Bildertafeln geschenkt.

24) Ephorie Zeitz.

a) In Döschwitz sind der Kirche ein Paar Altarkerzen, der Schule eine auf Lein-  
wand gezeichnete Wandkarte von Deutschland, desgleichen

b) in Predel vom Kirchenpatron der Schule ein Erdglobus,

c) in Rippicha vom Ortsvorsteher Sonntag aus Frauenheim der Kirche ein  
Paar große Altarkerzen geschenkt.

d) In Silbitz erhielt die Kirche 1 Thlr. 15 Sgr. als Geschenk. Ebendasselbst  
haben die Kirchenpatrone die Kirche im Innern erneuern lassen und der General-Major  
von Rappenfels und dessen Gemahlin derselben zwei gußeiserne Candelaber und ein  
Paar Altarkerzen verehrt.

e) In Gleina haben die dort eingepfarrten Gemeinden die Glocken der Kirche  
umgießen, die Kirche von Außen und Innen repariren und verschönern, dabei einen  
neuen Glockenthurm herstellen lassen. Ebendasselbst hat Jungfrau Pauline Preßsch  
zu Kadischen der Kirche die Stunden der christlichen Andacht geschenkt.

Merseburg, den 11. Februar 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-  
und Schulwesen.

In der Grafschaft Stolberg-Rosla hat ein Ungenannter der Kirche zu Thürun-  
gen eine zinnerne Abendmahlsanne geschenkt.

Gräfl. Stolberg'sches Consistorium.

## Personal-Chronik.

Nachdem der Kaufmann Gerischer in Raumburg die ihm bisher übertragen Nr. 192.,  
gewesene Agentur der Wächener und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft nieder-

gelegt hat, ist unter dem 15. Februar c. der Kaufmann Heinrich Christoph Habermeyer daselbst als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden.

Nr. 193. Die Cantorstelle zu Schaafstädt, Ephorie Lauchstädt, Privat-Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Nr. 194. Die Schulstelle in Dörstewitz, Ephorie Lauchstädt, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Nr. 195. Der Königl. Förster Brede zu Freyburg ist vom 1. Mai c. ab in gleicher Eigenschaft nach Schleberode versetzt worden.

Nr. 196. Der Königl. Förster Caulwell zu Hohelinde ist vom 1. Mai d. J. ab in gleicher Eigenschaft nach Pödeli versetzt worden.

Nr. 197. Der Königl. Förster Jhn zu Bettelrode ist vom 1. Mai c. ab in gleicher Eigenschaft nach Hohelinde versetzt worden.

Nr. 198. Der Candidat des Predigtamtes Carl Wilhelm Gustav Weber ist zum Gehülfen des Herrn General-Superintendenten der Provinz Sachsen, Dr. Möller in dessen Predigtkirche und Seelsorge ernannt worden.

Nr. 199. Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Hilmsen, in der Diöcese Salzwedel, ist dem bisherigen Dompfalsprediger zu Halberstadt, Friedrich Wilhelm Gottlieb Delmann, verliehen worden.

Nr. 200. Für den II. District des Eckartsbergaer Kreises auf die Zeit vom 1. Januar 1853 bis dahin 1856 sind der Gasthofbesitzer Wilhelm Seyer zu Reinsdorf zum Schiedsmann und der Anspanngutsbesitzer Friedrich Dittmann daselbst zum Stellvertreter gewählt und vorschriftsmäßig verpflichtet worden.

Nr. 201. Der Schulze Christian Gottlob Verbig zu Hirschroda ist zum Schiedsmann für den XVI. District des Eckartsbergaer Kreises für die Zeit vom 1. Januar 1853 bis dahin 1856 wieder gewählt und verpflichtet worden.

Nr. 202. Für die Stadt Gräfenhainichen ist der Dr. med. Geißler daselbst zum Schiedsmann und der Apotheker Licht ebendasselbst zum Stellvertreter gewählt und verpflichtet worden.

Nr. 203. Der vormalige Civil-Supernumerar Franz Theodor Herrmann Gerhard ist nach zurückgelegter Probienzeit als Postexpedient bestätigt und bei dem Postamte in Halle angestellt worden.

Nr. 204. Der invalide Trompeter August Friedrich Wilhelm Vätge ist nach bestandener Probienzeit als Packbote bei dem Postamte in Merseburg bestätigt worden.

Gedruckt bei Robigschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**13. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 2. April 1853.

Es wird hierdurch in Erinnerung gebracht:

daß nachden für die Militair-Witwen-Pensionirungs-Societät bestehenden Vorschriften kein Interessent dieser Societät, welcher in den Dienst eines fremden Staates übertritt, Mitglied derselben bleiben kann, und daß daher in solchen Fällen mit dem Monate, in welchem der Uebertritt in den fremden Dienst erfolgt, das Ausscheiden aus der Societät unbedingt stattfindet.

Berlin, den 11. März 1853.

Kriegs-Ministerium, Militair-Deconomie-Departement.

Nr. 205.

Die Mitgliedenschaft bei der Militair-Witwen-Pensionirungs-Societät betr.

Die Inhaber von nicht convertirten Schuldverschreibungen der freiwilligen Staatsanleihe vom Jahre 1848 werden hiermit wiederholt aufgefordert, zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes die durch die Bekanntmachung vom 13. September 1851 zum 1. April 1852 gekündigten Kapitalbeträge entweder hier bei der Controlle der Staatspapiere, Laubenstraße Nr. 30., oder bei der nächsten Regierungshauptkasse, unter Rückgabe der Obligationen nebst dem Zins-Coupon Ser. 1. Nr. 8. und gegen Quittung, wozu Formulare bei den erwähnten Kassen unentgeltlich verabfolgt werden, in Empfang zu nehmen.

Berlin, den 15. März 1853.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Nr. 206.

Die Einlösung von nicht convertirten Schuldverschreibungen der freiwilligen Staatsanleihe vom Jahre 1848 betr.

Durch Verträge, welche vor einiger Zeit zwischen der Preussischen Post-Verwaltung und der General-Direction der Königlich Belgischen Posten und Eisenbahnen, ferner zwischen der Letzteren einerseits und der Französischen Nordbahn-Gesellschaft, sowie der Britischen und Continental-Agentur von Piddington in Brüssel und Friend in Dover, andererseits, abgeschlossen worden sind, ist die Preussische Post-Verwaltung in den Stand gesetzt, Paket-Sendungen nach Belgien, Frankreich, Großbritannien und solchen Ländern und Plätzen, nach welchen von England aus regelmäßige Dampfschiffs-Verbindung besteht, als: nach Spanien, Portugal, Amerika, Indien u. s. w., unmittelbar zur Beförderung an die Adressaten zu übernehmen.

Nr. 207.

Postbeförderung für Paketsendungen zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Amerika u. s. w.

Die Vermittelung der Preussischen Post-Verwaltung kann nicht allein bei Sendungen aus Preußen selbst, sondern auch bei Sendungen aus anderen Deutschen Staaten eintreten, welche bei den dortländischen Post-Anstalten zur Post gegeben werden.

Nach Belgien selbst, sowie nach Frankreich können Päckereien aller Art bis zur Größe eines Kubikmeter (32½ Kubikfuß Rheinl.), ferner Geld- und Werth-Sendungen ohne Beschränkung des Werthes, angenommen werden. Nach Großbritannien und den weiterhin belegenen Ländern werden nur Muster-Päckete, deren Werth nicht zu einem bestimmten Betrage declarirt ist, jedoch ohne Beschränkung des Gewichts und des Umfanges, ferner Päckete mit Büchern und gedruckten Sachen bis zum Gewichte von 20 Pfund, und Päckete mit solchen Gegenständen, die für den persönlichen Gebrauch des Adressaten und nicht zum Verkauf bestimmt sind, in kleinen Quantitäten, endlich Waaren-Päckete bis zum Werthe von 5 Liv. Stl. (33 Thaler Pr.) zur Beförderung zugelassen.

Jedes Colli muß mit deutlichen Buchstaben oder Zahlen und dem vollständigen Namen des Bestimmungsortes bezeichnet, der Seite des Transports entsprechenden emballirt und dergestalt versiegelt sein, daß die Siegelabbrüche deutlich hervortreten. Die Begleit-Adressen sind in französischer Sprache abzufassen. Die Päckereien nach Belgien selbst können von verschlossenen Adressen (Briefen) bis zum Gewichte von 1 Loth (15 Grammes), die weiterhin bestimmten Sendungen hingegen nur von offenen Adressen begleitet werden. Im Innern der Colli dürfen sich Briefe nicht befinden.

Außer der Begleit-Adresse sind den Sendungen in französischer Sprache abgefaßte Zoll-Declarationen mitzugeben, welche bei den über Belgien hinaus bestimmten Sendungen in zweifacher Ausfertigung vorhanden sein müssen.

Die betheiligten Verwaltungen und Agenturen bieten für die ihnen übergebenen Sendungen die schnellsten Beförderungs-Gelegenheiten. Die Einrichtungen sind sowohl in Preußen, als auch in Belgien, so getroffen, daß jeder Aufenthalt für die Sendungen zum Zwecke der Umspeidition vermieden und daß die Zoll-Absfertigung an der Grenze während des Durchganges der Züge bewirkt wird. Auch sind die Portosätze so gering als möglich gestellt. Das Porto bis zur Preussisch-Belgischen Grenze wird, je nachdem die Sendungen im Preussischen oder in anderen Deutschen Postbezirken zur Post gegeben sind, nach dem Preussischen oder nach dem Vereins-Fahrpost-Tarife berechnet. Dieses Porto kann bei allen Sendungen, nach der Wahl der Absender entweder vorausbezahlt oder von den Empfängern eingehoben werden. Eine Vorausbezahlung des Porto von der Preussisch-Belgischen Grenze ab ist dagegen nur zulässig bei Päckereien aus Preußen, die nach Belgien selbst bestimmt sind (mit Ausschluß der Geld- und Werth-Sendungen), ferner bei Proben-Sendungen aus Preußen nach Frankreich, nach Großbritannien und den weiterhin belegenen Staaten. Sofern die Post-Anstalten sich nicht in der Lage befinden, dieses Porto im Voraus bis zum Bestimmungsorte berechnen zu können, — was bei Sendungen nach den nicht an der Eisenbahn belegenen Orten Belgiens, ferner bei Proben-Sendungen nach Frankreich, die nicht nach einem der Orte: Amiens, Boulogne, Calais, Douai, Dunquer-

que, Lille, Paris und Valenciennes bestimmt sind, endlich bei Proben-Sendungen nach überseeischen Staaten, der Fall ist, — wird das fehlende Porto entweder vom Empfänger erhoben, oder nachträglich vom Absender eingezogen, vorausgesetzt, daß Letzterer sich bei Aufgabe der Sendung zu dessen Nachzahlung schriftlich verpflichtet. — In ähnlicher Weise kann auch bei Sendungen der obigen Art, welche in anderen Deutschen Vereinsstaaten, als Preußen, entsprungen sind, das Porto von der Preussisch-Belgischen Grenze bis zum Bestimmungsorte nachträglich von den Absendern erhoben werden, wenn Letztere eine schriftliche Verpflichtung zu dessen nachträglicher Berichtigung abgeben.

Berlin, den 1. März 1853.

G e n e r a l - P o s t a m t.

Um der Forstwirtschaft einen wirksamern Schutz zu gewähren, erlassen wir für unsern Verwaltungsbezirk auf Grund der §§. 6h., 11. und 13. des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Ges. Samml. de 1850 S. 265.) und unter Zustimmung der Königl. General-Commission für die Provinz Sachsen an Stelle des Bezirksraths (Circular-Rescript der Minister des Innern, der Finanzen und für landwirtschaftliche Angelegenheiten vom 13. März 1852, Minist. Blatt für die innere Verwaltung de 1852 S. 84.) nachstehende polizeiliche Verordnung zum Schutze der Königlichen, Gemeinde-, Corporations-, Instituten- und Privat-Försten, oder anderer hauptsächlich zur Holznutzung bestimmten Grundstücke, wobei wir bemerken, daß auf solche Försten oder Grundstücke, die im nachstehenden Regulativ für Wald oder Waldgrundstücke gegebenen Bestimmungen überall zu beziehen sind und Anwendung finden.

Nr. 208.

Polizeiliche  
Verordnung  
zum Schutze  
der Försten im  
Regierungsbezirk  
Mersburg  
betr.

#### §. 1.

Mit dem Zeitpunkte, mit welchem diese Verordnung in Kraft tritt, werden alle forstpolizeilichen Strafbestimmungen, die Materien betreffen, worüber die gegenwärtige Verordnung Vorschriften enthält, außer Wirksamkeit gesetzt, so weit in letzterer nicht ausdrücklich auf jene Strafbestimmungen verwiesen wird.

Die besondern Bestimmungen, welche bei den forstpolizeilichen Uebertretungen in Ansehung der Confiscation, der Pfändung, des Schadenersatzes, des Verlustes der Werkzeuge oder der Berechtigung, der Erstattung des Werths von nicht zu ihren bestimmten Zwecken verwendeten Naturalien bestehen, werden durch diese Verordnung nicht geändert.

#### §. 2.

Mit einer Geldbuße von 2 Thlr. bis zu 10 Thlr. wird bestraft, wer unbefugter Weise

In Ansehung  
der Hütung,

- 1) Ziegen auf solche Plätze bringt, wo Beschädigung am Holze, an Bäumen oder Hecken zu besorgen ist,
- 2) unreines und mit ansteckenden Krankheiten behaftetes Vieh oder das sogenannte Schmiervieh auf die Waldhütung bringt.

§. 3.

Mit einer Geldstrafe von 1 Thlr. bis zu 10 Thlr. wird belegt,

- 1) wer vorsätzlich unbefugter Weise in einem fremden Walde hütet;
- 2) der Hütungsoberechtigten, welcher vorsätzlich den Umfang seiner Berechtigung in Ansehung der Viehgart, der Stückzahl des Viehes oder sonst überschreitet.

§. 4.

Eine Geldbuße von 10 Sgr. bis zu 5 Thlr. trifft auch schon den Eigenthümer des Viehes, welches auf einem fremden Waldgrundstücke betroffen wird, auf welchem solches überhaupt oder zur Zeit nicht geweidet werden darf, sofern er nicht nachzuweisen vermag, daß der Ueberschritt ganz ohne seine Schuld veranlaßt worden ist.

§. 5.

Wer Kraft irgend eines Rechts oder einer Vergünstigung zur Hütung in fremden Waldrevieren befugt ist, wird mit einer Geldstrafe von 15 Sgr. bis zu 10 Thlr. belegt,

- 1) wenn er das Vieh, ohne es der Aufsicht eines tüchtigen Hirten zu übergeben, im Walde umherlaufen läßt. Unmündige oder Altersschwache sind in keinem Falle als tüchtige Hirten anzusehen;
- 2) wenn er ohne ausdrückliche Genehmigung des Waldeigenthümers oder des sonst zu deren Ertheilung Ermächtigten das Vieh einzeln oder in einzelnen von der gemeinschaftlichen Herde abgeforderten Haufen hütet;
- 3) wenn er das Vieh außerhalb der bestimmten Zeiten in den Wald bringt oder im Walde beläßt.

§. 6.

Ohne besonders erworbene Berechtigung ist zur Nachtzeit alles Hüten des Viehes im Walde untersagt. (§. 5. und 28.)

Wer sein Vieh zur Nachtzeit im Walde zu lassen befugt ist, muß solches während derselben in Buchten oder eingezäunte Coppelnen eingetrieben halten, widrigenfalls er in die §. 3. angedrohte Strafe verfällt.

§. 7.

Mit einer Geldbuße von 1 Thlr. bis zu 10 Thlr. werden bestraft,

- 1) der zur Beaufsichtigung des Viehes bestellte an sich tüchtige Hirte, wenn er dasselbe unbeaufsichtigt gehen läßt oder wenn er die Aufsicht einer hierzu untüchtigen Person überträgt;
- 2) der an sich tüchtige Hirte, wenn er die Aufsicht über das ihm anvertraute Vieh vernachlässigt, sodaß dasselbe in fremde Reviere oder in ausgeschlossene Districte übertritt, Gräben, Zäune, Wische oder Grenzzeichen beschädigt, oder sonst Unordnungen verursacht;
- 3) Hirten, welche beim Hüten in einem fremden Walde mit Aexten, Beilen, Sägen, oder andern zum Fällen, Sammeln oder Wegschaffen des Holzes gebräuchlichen Werkzeugen betroffen werden, ohne sich durch Genehmigung des Waldeigenthümers oder des sonst zu deren Ertheilung Ermächtigten darüber rechtfertigen zu können.

§. 8.

In Ansehung der Waldstreuberechtigung und der bei Ausübung dieser Nutzung

vorkommenden Uebertretungen und Strafen wird auf die Verordnung vom 3. März 1843 (Ges. Samml. de 1843 S. 105.) hingewiesen.

Wer die Waldstreuberechtigung an den ein für allemal bestimmten Tagen, jedoch zur Nachtzeit (§. 28.) ausübt, wird mit einer Geldbuße von 10 Sgr. für jede in Traglasten oder auf Schubkarren oder Handwagen abgeführte Streuquantität,

1 Thlr. für jedes ein- oder zweispännige Fuder,

2 Thlr. für jedes drei- oder mehrspännige Fuder

bestraft.

Wer, ohne im Besitze der betreffenden Grundgerechtigkeit zu sein, aus einem andern Rechtsgrunde Waldstreu in einem fremden Walde holt, ist den in den §§. 10. und 11. verordneten Vorschriften, resp. den daselbst für den Fall der Uebertretung angedrohten Strafen unterworfen.

#### §. 9.

Außer den in den §§. 222. und 223., 237. und 238. des A. E. R. I. 22., so wie in den §§. 6. und 7. der Verordnung vom 3. März 1843 vorgesehene Fällen darf derjenige, welcher irgend eine Nutzung in einem fremden Walde zum Bedarf auszuüben berechtigt ist, bei Vermeidung einer Geldbuße von 1 Thlr. bis zu 10 Thlr. weder von den entnommenen Walderzeugnissen, noch von den auf eigenen Grundstücken gewonnenen Erzeugnissen gleicher Art und Bestimmung zur Verschwendung des Waldes etwas verkaufen, vertauschen, verschenken oder sonst zu andern Zwecken, als wozu sie nach der Natur der Sache oder der Berechtigung bestimmt sind, verwenden.

In Ansehung aller Berechtigungen.

#### §. 10.

Wer Kraft irgend eines Rechts oder irgend einer Vergünstigung die Gräferei, das Raff- und Leseholzsammeln oder die Stockrodung in einem fremden Walde ausüben darf, muß auf Verlangen des Waldeigentümers Behufs der Ausübung der Nutzung für jede Nutzungsperiode einen Zettel zu seiner Legitimation lösen. Wo diese Einrichtung besteht, oder eingeführt wird, darf der Zettel an Andre, als an die Hausangehörigen des Nutzungsberechtigten, sofern diese die Nutzung für ihn ausüben, nicht abgetreten werden, auch muß der die Nutzung Ausübende bei der Ausübung derselben den Zettel jederzeit bei sich führen und ihn auf Verlangen vorzeigen. Wer wider diese Einrichtung oder wider vorstehende Bestimmungen handelt, verfällt für jeden Fall der Uebertretung in eine Geldstrafe von 15 Sgr. bis zu 5 Thlr.

In Ansehung der Gräferei, des Raff- und Leseholzes und der Stockrodung.

Die Einführung des Zettelsystems hat auf die civilrechtlichen Verhältnisse keinen Einfluß, dem Berechtigten ist der Zettel kostenfrei auszufertigen, auch darf ihm die Ausfertigung des Zettels ohne gesetzlichen Grund nicht verweigert werden.

Nach Ablauf der jedesmaligen Nutzungsperiode, für welche der Zettel ausgestellt ist, muß der Inhaber denselben bei Vermeidung einer Geldstrafe von 2½ Sgr. wieder zurüclieferu.

#### §. 11.

In allen Fällen, die Zettleinrichtung mag bestehen oder nicht, muß derjenige, welcher die im §. 10. bezeichneten Nutzungen in einem fremden Walde befugter Weise ausübt, bei Vermeidung einer Geldbuße von 15 Sgr. bis zu 5 Thlr.

1) die für die Nutzung ein für allemal bestimmten Tage oder die sonst feststehende

Zeit beobachten, sich aber der Nutzung unbedingt an Sonn- und Festtagen, so wie zur Nachtzeit (§ 28) enthalten;

- 2) die für die Nutzung nicht geöffneten Districte meiden;
- 3) die gesetzlich, contractlich oder nach Maßgabe der Berechtigung oder Vergünstigung nicht zulässigen Werkzeuge oder Transportmittel weder gebrauchen, noch mit in den Wald nehmen.

Wird Gras oder Holz in Schonungen, welche zur Hütung noch nicht freigegeben sind, erlaubt Weise gewonnen, so darf dasselbe bei einer gleichen Strafe mit Wagen, wenn deren Gebrauch sonst auch gestattet ist, daraus nicht abgefahren, vielmehr muß es bis außerhalb der Schonungen getragen werden.

§. 12.

Insbefondere  
in Ansehung  
der Ordserei.

Wer die Gräsernuzung in einem fremden Walde befugter Weise ausübt, darf dabei das etwa vorhandene junge Holz bei einer Geldstrafe von 15 Sgr. bis zu 5 Thlr. nicht beschädigen.

§. 13.

Insbefondere  
in Ansehung  
des Rast- und  
Leseholzes.

Auch außer dem Falle des §. 44. des Gesetzes vom 2. Juni 1852 (Ges. Samml. de 1852 S. 305.) wird derjenige mit einer Geldstrafe von 15 Sgr. bis zu 5 Thlr. belegt, welcher nur zum Sammeln des Rast- und Leseholzes in einem fremden Walde berechtigt ist und sich dennoch in demselben mit Aeren, Beilen, Sägen oder andern Werkzeugen, durch welche stehende Bäume oder Aeste herunter gebracht werden können, betreffen läßt.

§. 14.

Wer Abraum, Asterschlag, Wind-Schnee und Duftbrüche, sowie trockene Aeste oder trockene Stangen in einem fremden Walde zu holen befugt ist, hat bei Ausübung dieser Nutzungen dieselben Vorschriften, wie der Rast- und Leseholz-Sammelnde, bei Vermeidung der für diesen angedrohten Strafen zu beobachten. Doch ist beim Herunterholen des Bruchholzes, sowie beim Brechen der trockenen Aeste und trockenen Stangen der Gebrauch von hölzernen Haken gestattet.

§. 15.

Insbefondere  
in Ansehung  
der  
Stodtrodung.

Wer in einem fremden Walde befugter Weise Stöcke oder Riehn rodet, ist gehalten,

- 1) die entstandenen Löcher sozgleich wieder mit Erde auszufüllen und zu ebenen, widrigenfalls er für jedes offen gelassene oder nicht gehdrig oder nicht rechtzeitig ausgefüllte und geebene Stodloch eine Geldstrafe von 10 Sgr. zu erlegen hat;
- 2) bei Vermeidung einer Geldbuße von 15 Sgr. für jeden Stamm in den zur Cultur bestimmten Districten vom Augenblicke ihrer Inculturlegung an, zu welcher der Waldeigenthümer nach Ablauf des auf den Holzbieb folgenden Jahres berechtigt ist, die Nutzung nicht weiter auszuüben.

§. 16.

Insbefondere  
in Ansehung  
des Holzes zum  
Selbsthiebe.

Wer berechtigt ist, aus einem fremden Walde Holz durch den Selbstbieb sich anzueignen, ist bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1 Thlr. bis zu 10 Thlr. gehalten,

- 1) das Holz nicht ohne Vorwissen des Waldeigenthümers oder dessen Stellvertreters und nicht eher zu fällen, als bis ihm dasselbe besonders angewiesen ist;
- 2) das gefällte Holz nicht ohne Vorwissen des Waldeigenthümers oder dessen Stell-



vertreter, niemals aber zur Nachtzeit (§. 28.) oder an Sonn- und Festtagen zu verladen und abzuführen;

- 3) die Abführung des angewiesenen Holzes innerhalb 8 Wochen nach der Anweisung zu bewirken.

Eben dieselbe Strafe trifft den zu Lagerholz oder zu Windfällen Berechtigten, wenn er der zu 2 gegebenen Vorschrift zuwider handelt.

§. 17.

Wer Kraft irgend eines Rechts oder einer Vergünstigung in einem fremden Walde geworbenes Bau-, Brenn-, Nutz- oder Schirrh Holz sich aneignen darf, ist bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1 Thlr. bis zu 10 Thlr. gehalten,

- 1) die Abfuhr des Holzes nicht eher zu bewirken, als bis ihm vom Waldeigenthümer oder dessen Stellvertreter ein Holzanzeige- oder Holzverabfolgungszettel aus- geantwortet worden ist;
- 2) das Verladen und Abführen des Holzes nur nach Abgabe dieseszettels an den die Aufsicht führenden Beamten oder Aufseher und nach dessen Anweisung, niemals aber zur Nachtzeit (§. 28.) oder an Sonn- und Festtagen zu bewirken;
- 3) die Abführung des angewiesenen Holzes innerhalb 8 Wochen nach der Anweisung zu bewerkstelligen, insofern für verkaufte Hölzer nicht ein früherer Abfuhrtermin als Verkaufsbedingung festgestellt worden ist;
- 4) Holz, dessen Nummer mit der auf dem Zettel angegebenen nicht übereinstimmt, nicht an sich zu nehmen.

Insbefondere in Ansehung des Bau-, Brenn-, Nutz- und Schirrhholzes.

§. 18.

In Betreff der Controlle der Hölzer, welche unverarbeitet transportirt werden, hat es bei der darüber ergangenen Verordnung vom 30. Juni 1839 (Ges. Samml. de 1839 S. 223.), welche nach unserer Bekanntmachung vom 19. November 1841 (Amtsblatt de 1841 S. 286.) im diesseitigen Regierungsbezirke zur Anwendung kommt, sein Bewenden.

§. 19.

Wer Kraft irgend eines Rechts oder einer Vergünstigung aus einem fremden Walde Steine, Lehm, Thon, Kalk oder andere Fossilien entnehmen darf, muß ebenfalls auf Verlangen des Waldeigenthümers Beschuß der Ausübung der Nutzung für jede Nutzungsperiode einen Zettel zu seiner Legitimation lösen. Hinsichtlich dieser Einrichtung, sowie hinsichtlich der Ausübung der Nutzung überhaupt kommen die in den §§. 10. und 11. enthaltenen Vorschriften und die für den Fall der Uebertretung daselbst angedrohten Strafen zur Anwendung.

Insbefondere in Ansehung des Entnehmens von Steinen, Lehm u.

Sind zum Entnehmen der bezeichneten Gegenstände besondere Gruben geöffnet, so muß der Nutzungs-Berechtigte bei Vermeidung einer Geldstrafe von 15 Sgr. bis zu 5 Thlr. im Abbau derselben wirtschaftlich verfahren, namentlich hat er die Reihfolge zu beobachten und nicht auf Raub zu bauen.

Sind keine besondern Gruben geöffnet, so muß der Nutzungs-Berechtigte bei einer gleichen Geldbuße sich zuvor bei dem Waldeigenthümer oder dessen Stellvertreter melden und die Anweisung eines schicklichen Ortes gewärtigen, sofern nicht bestimmte Districte ein für allemal dazu ausgesetzt sind. Auch hat derselbe bei einer gleichen

Geldstrafe, wenn die Gegenstände nicht aus besondern Gruben entnommen werden, jedesmal die im Erdboden entstandenen Löcher sogleich wieder auszufüllen und zu ebenen.  
§. 20.

Insbefondere  
in Ansehung  
des Einsam-  
melns von  
Waldfrüchten.

Wer berechtigt ist, Holzsämereien oder Früchte in einem fremden Walde zu sammeln, muß gleichfalls auf Verlangen des Waldeigentümers Befuß der Ausübung der Nutzung für jede Nutzungsperiode einen Zettel zu seiner Legitimation lösen. Hinsichtlich dieser Einrichtung, sowie hinsichtlich der Ausübung der Nutzung überhaupt gelten die in den §§. 10. und 11. enthaltenen Vorschriften, bei deren Uebertretung der Nutzungs-Berechtigte einer Geldstrafe von 10 Sgr. bis zu 3 Thlr. unterliegt.

Wer, ohne im Besitze einer bezüglichen Berechtigung zu sein, Holzsämereien oder Früchte, namentlich Schwämme oder Waldbeeren in einem fremden Walde einsammeln will, hat sich nach unserer Bekanntmachung vom 20. August 1837 (Amtsblatt de 1837 S. 207.) zu achten.

§. 21.

Insbefondere  
in Ansehung  
der  
Ameisenener,  
Vogelnester u.

Mit einer Geldbuße von 10 Sgr. bis zu 3 Thlr. wird bestraft, wer unbefugter Weise in einem fremden Walde

- 1) Ameisenener sammelt oder Ameisenhaufen zerstört oder zerstreut;
- 2) Eier oder Junge von nicht jagdbaren Vögeln ausnimmt oder deren Nest zerstört. Hinsichtlich des Ausnehmens von Jungen und Eiern jagdbarer Vögel verordnet das Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 im §. 347. Nr. 12. die eintretende Strafe.

§. 22.

In Ansehung  
anderer Hand-  
lungen und  
Unterlassungen.

Mit einer Geldstrafe von 10 Sgr. bis zu 3 Thlr. wird belegt, wer unbefugter Weise

- 1) die zur Sperrung von Wegen oder von Eingängen in eingefriedigte Plätze oder Schonungen dienenden Gatterthore, Pforten, Hecken u. s. w. öffnet, ohne sie wieder zu schließen;
- 2) außerhalb der geöffneten resp. dazu bestimmten Wege oder Tristen in einem fremden Walde reitet, fährt oder Vieh treibt (vergl. §. 64. des A. L. R. I. 22.).

§. 23.

Mit einer Geldbuße von 15 Sgr. bis zu 5 Thlr. wird belegt, wer unbefugter Weise auf einem fremden Waldgrundstücke

- 1) Leinwand, Wäsche oder ähnliche Gegenstände zum Bleichen, Trocknen u. s. w. ausbreitet oder niederlegt;
- 2) Holz, Steine, Dünger, Streu, Futter oder Erde ablagert;
- 3) gefallenes Vieh vergräbt oder Kartoffelgruben anlegt;
- 4) Holz verarbeitet, beschlägt, bewaldrachtet oder beschält.

§. 24.

Mit einer Geldbuße von 1 Thlr. bis zu 10 Thlr. wird bestraft, wer unbefugter Weise

- 1) in einem fremden Walde das zur Bewässerung von Waldgrundstücken dienende Wasser ableitet, oder darin Gräben zur Wasserleitung resp. zu andern Zwecken anlegt;

- 2) Gräben, Bälle, Rinnen oder andere zur Ab- oder Zuleitung des Wassers dienende Anlagen in einem fremden Walde beschädigt oder verändert;
- 3) die Einfriedigungen von Waldgrundstücken oder von Wegen in denselben, Baum- oder Presspfähle oder Brücken beschädigt oder zerstört;
- 4) Steine, Pfähle, Tafeln, Wische, Gräben oder andere zur Abgrenzung, Absper- rung oder Vermessung von Waldgrundstücken oder von Wegen in denselben die- nende Mark- oder Warnungszeichen fortnimmt, vernichtet oder unkenntlich macht;
- 5) das Zeichen des Waldhammers, die Stamm- oder Klasternummern vernichtet, unkenntlich macht oder verändert;
- 6) die Klastern, die Haufen, die verarbeiteten Stämme oder die aufgeschichtete Lohse umstößt, beschädigt oder der Stützen beraubt;
- 7) die Rinde oder die Wurzeln stehender Bäume verlegt, stehende Bäume, Pflan- zungen oder sonstige Culturanlagen auf irgend eine Weise beschädigt; im Wachs- thume stört oder unbrauchbar macht. Für eine solche Beschädigung ist es auch zu achten, wenn Birken ohne besondere Erlaubniß des Waldeigentümers oder des zu deren Ertheilung Ermächtigten angebohrt werden, um den Saft daraus zu entnehmen, oder wenn nach erhaltener Erlaubniß die Bohrlöcher nicht ge- b- rig wieder zugestopft werden.

§. 25.

Mit einer Geldbuße von 1 Thlr. bis zu 10 Thlr. wird ferner bestraft, wer

- 1) in Waldbrevieren oder in deren gefährlicher Nähe ohne Erlaubniß der zuständigen Polizeibehörde Torfmoore abbrennt, oder Haidekraut, Wälden oder ähnliche Gegenstände anzündet;
- 2) in den innerhalb der Waldungen belegenen oder durch dieselben fließenden Ge- wässern ohne Erlaubniß der zuständigen Polizeibehörde bei Feuer oder Riehn fischt oder krebst;
- 3) in den zu 1. und 2. bezeichneten Fällen nach erhaltener Erlaubniß, so wie in dem Falle, wenn das Feuer an nicht gefährlichen Stellen oder in nicht gefährlicher Nähe (§. 347. Nr. 7. des Strafgesetzbuchs vom 14. April 1851) angezündet ist, die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln versäumt, insbesondere das ange- machte Feuer bei seiner Entfernung vollständig zu löschen und resp. die Feuer- stätte mit Erde zu überwerfen unterläßt.

§. 26.

Köhler, welche in einem fremden Walde ohne Erlaubniß und Anweisung des Waldeigentümers oder dessen Stellvertreters eine Meilerstelle zurichten, die erfor- derlichen Sicherheitsmaßregeln vernachlässigen oder sich von einem in Feuer stehenden Meiler entfernen, verfallen in eine Geldstrafe von 5 Thlr. bis zu 10 Thlr.

§. 27.

In Wäldern ist, in so weit nicht unten ein Anderes bestimmt ist, außerhalb der Communicationswege das Tabakrauchen, sofern es nicht aus Pfeifen mit Deckeln ge- schieht, so wie das Wegwerfen von noch glimmenden Tabaks- oder Cigarren- Resten oder von brennendem Zunder bei einer Geldstrafe von 10 Sgr. bis zu 2 Thlr. verboten.

Bei Vermeidung einer gleichen Geldstrafe darf in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September einschließlich in Nadelholzwäldern außerhalb der Communicationswege überhaupt nur nach besonders erhaltener Erlaubniß des Waldeigenthümers oder des zu deren Ertheilung Ermächtigten Tabak geraucht werden.

§. 28.

Allgemeine  
Bestimmung-  
gen.

Die in den vorstehenden Paragraphen angedrohten Strafen werden jedesmal um die Hälfte erhöht, wenn

1) der Contravenient wegen einer gleichen Uebertretung bereits bestraft worden ist, oder wenn

2) die Uebertretung

a) zur Nachtzeit, d. h. während des Zeitraums von einer Stunde nach Sonnenuntergang bis eine Stunde vor Sonnenaufgang, oder

b) an Sonn- oder Festtagen verübt worden ist.

Ist dagegen die Uebertretung in Schonungsdistricten oder in Schonungszeiten geschehen, so wird die Strafe verdoppelt.

In dieser Beziehung sind den Schonungsdistricten diejenigen Waldblächen gleich zu achten, welche für die Ausübung einzelner Gerechtsame geschlossen oder noch nicht geöffnet sind (vergl. §. 15. Nr. 2.), namentlich in Ansehung der Hütung die Rast- schonungen, und in Ansehung des Rast- und Leseholzes die Holzschläge, welche noch nicht völlig aufgearbeitet und daher zum Rast- und Leseholz sammeln noch nicht frei gegeben sind (Bekanntmachung vom 12. Februar 1832, Amtsblatt de 1832 S. 49.).

Eben dahin gehören rüchichtlich aller Nutzungen Dämme, Deiche, Buhnen, Deckwerke, Pflanzlämpen, Grabenränder von Ent- oder Bewässerungs- oder Einfriedigungs-Anlagen, Ufer der Flößbäche, zu Wiesen reservirte Forstflächen, gedeckte Sandflächen, durch Wische u. s. w. als Schonungen bezeichnete, wenngleich nicht gedeckte oder angebaute Sandschellen.

Zu den Schonzeiten gehören in dieser Beziehung die Jahreszeiten, in welchen bestimmte Gerechtsame nicht ausgeübt werden dürfen, namentlich die Sag- und Brunstzeit, sofern die Schonung dieser Zeit vorgeschrieben oder in Gebrauch ist.

§. 29.

Die auf Grund dieser Verordnung zu verhängende Strafe darf niemals den Betrag von 10 Thlr. übersteigen.

Merseburg, den 19. Februar 1853.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 209.  
Die Empfeh-  
lung einer  
Schrift über  
ländische Ge-  
sehung betr.

In der Verlagsbuchhandlung von Heymann in Berlin ist eine neue Folge des Werks: „Die ländliche Gesetzgebung der Preussischen Staaten“, herausgegeben von R. F. Rauer, erschienen, worauf wir wegen der Brauchbarkeit des Werks besonders aufmerksam machen.

Merseburg, den 17. März 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Für die Bepflanzung der Straßen und öffentlichen Plätze mit Bäumen hat sich auch im Jahre 1852 ein erfreuliches Interesse in unserem Verwaltungsbezirke bemerklich gemacht. Nr. 210.  
Die Baumpflanzungen  
pro 1852 betr.

Unter Anerkennung des dabei Seitens der Kreis- und Ortsbehörden bewiesenen Eifers bringen wir nachstehend eine Uebersicht der erzielten Resultate zur öffentlichen Kenntniß.

Es sind gepflanzt worden:

1) im Kreise Vitterfeld . . . .	3683 Obstb.,	493 Pappeln,	15507 Baldb.
2) „ „ Delitzsch . . . . .	1045 „	— „	13 „
3) „ „ Eckartsberga . . . .	11652 „	2368 „	3235 „
4) „ „ Liebenwerda . . . .	4503 „	768 „	2145 „
5) „ Mansfelder Gebirgskr. . .	4194 „	493 „	321 „
6) „ „ Saalkreise . . . . .	12145 „	1039 „	1300 „
7) „ Kreise Merseburg . . . .	7418 „	3992 „	17902 „
8) „ „ Naumburg . . . . .	13680 „	3796 „	4618 „
9) „ „ Querfurt . . . . .	11013 „	374 „	500 „
10) „ Saalkreise . . . . .	7055 „	1847 „	9593 „
11) „ Kreise Sangerhausen . .	6581 „	901 „	227 „
12) „ „ Schweinitz . . . . .	4317 „	3511 „	3085 „
13) „ „ Torgau . . . . .	2276 „	1578 „	1674 „
14) „ „ Weißenfels . . . . .	5782 „	583 „	10395 „
15) „ „ Wittenberg . . . . .	233 „	431 „	228791 „
16) „ „ Zeitz . . . . .	4011 „	130 „	482 „
17) in der Grafschaft Stolberg- Rosla . . . . .	5426 „	263 „	508 „
18) in der Grafschaft Stolberg- Stolberg . . . . .	3434 „	733 „	1500 „

Zusammen . . . 108448 Obstb., 23300 Pappeln, 301796 Baldb.

Merseburg, den 12. März 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Kaufmann J. H. F. Drillwig zu Berlin ist unterm 5. Februar 1853 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, in ihrer ganzen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkannte lösbare Kuppelung für Eisenbahnfahrzeuge auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden. Nr. 211.  
Patent-  
Ertheilung.

Den Orgelbauern Gebrüdern Theodor und Ludwig Walther in Guhrau ist unter dem 20. Februar 1853 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Octav-Kuppelung an Orgelwerken, soweit dieselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden. Nr. 212.  
Patent-  
Ertheilung.

Nr. 213. Dem Büchsenmachermeister Rudolph Boch zu Potsdam ist unter dem 20. Februar 1853 ein Patent auf eine durch Modell nachgewiesene, als neu und eigenthümlich erkannte Vorrichtung am Visir der Scheibnbüchsen, um sich der richtigen Lage derselben zu versichern, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 214. Dem Schlossermeister Joseph Kreuz zu Aachen ist unter dem 3. März 1853 ein Patent auf ein durch Modell nachgewiesenes Thüschloß, welches in seiner ganzen Zusammensetzung als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 215. Das dem Kaufmann J. H. F. Prillwitz in Berlin unterm 27. December 1851 ertheilte Patent auf eine Vorrichtung an Eisenbahnwagen, wodurch den Reisenden der Name der Stationen angezeigt werden soll, ist erloschen.

### Personal-Chronik.

Nr. 216. Der vormalige Fürstl. Sondershausensche Wirkliche Geheime Rath und Königl. Regierungsrath a. D. v. Holleufer ist mit der commissarischen Verwaltung des Königl. Landrathsamts in Zeitz beauftragt worden.

Nr. 217. Nachdem der bisherige Agent der Kölnischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Kammerer Gotthilf Hönack in Ortrand, mit Tode abgegangen, ist unter dem 18. v. Mts. der Kaufmann E. W. Kittler daselbst als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden.

Nr. 218. Die Schulstelle in Marxdorf, Ephorie Liebenwerda, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Nr. 219. Die Schul- und Küsterstelle in Annaburg wird durch freiwillige Emeritirung ihres Inhabers erledigt. Sie ist Königl. Patronats.

Nr. 220. Die Schulstelle in Schafau, Ephorie Eartsberga, Privat-Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Nr. 221. Der Tertius Leidenroth an der Klosterschule Rosleben ist vom 1. April c. ab in den Ruhestand versetzt, dem Oberlehrer Schmidt ist die 4. und dem Oberlehrer Sichel die 5. ordentliche Lehrerstelle, an dieser Lehranstalt verliehen.

Nr. 222. Der Postexpedient Rudolph Tiebe II. ist vom 1. März cr. beim Postamte in Eisleben bestätigt worden.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 4 Bogen stark, für den Eartsbergarr landrathslichen Kreis.

Gedruckt bei Kobitzschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.

## 14. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 9. April 1853.

Nr. 223.

Das 2. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

- Nr. 3685. Allerhöchster Erlaß vom 8. November 1852, betreffend die Ausprägung von Guldenstücken und Theilstücken von Gulden im 24½ Guldenfuße für die Hohenzollernschen Lande.
- Nr. 3686. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Obligationen des Goseler Kreises im Betrage von 70,000 Rthlrn. Vom 29. Novbr. 1852.
- Nr. 3687. Allerhöchster Erlaß vom 27. December 1852, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussée von der Wonn-Schleidener Bezirksstraße in Essig über Rheinbach, Medenheim und Verlum bis zur Köln-Mainzer Staatsstraße in Mehlem mit einer Zweig-Chaussée von Rheinbach über Gelsdorf bis zur Ohrstraße in Hemmessen.
- Nr. 3688. Allerhöchster Erlaß vom 29. December 1852, betreffend die Bedingungen der Arrestanlegung gegen Baiersche Unterthanen.
- Nr. 3689. Allerhöchster Erlaß vom 5. Januar 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussée von der Biersen-Aldekerker Bezirksstraße in Borst bis Anrath.
- Nr. 3690. Allerhöchste Bestätigungs-Urkunde d. d. Berlin, den 22. Januar 1853, betreffend die Statuten der unter der Firma „Actien-Gesellschaft der Nachener Spiegel-Manufactur“ errichteten Actien-Gesellschaft, nebst dem Deutschen Text dieser Statuten.

Das 3. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 3691. Verordnung, die Einführung einer interimistischen neuen Deichrolle für das Ober-Oderbruch betreffend. Vom 17. Januar 1853.
- Nr. 3692. Gesetz, betreffend die Einführung der Klassensteuer in Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer in den Städten Alt-Damm und Greifswald. Vom 5. Februar 1853.

Das 4. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 3693. Allerhöchster Erlaß vom 24. Januar 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte und des Chausséegeld-Erhebungsrechts für den Bau und die Unterhaltung der Chausséestrecke von Dramburg nach Augustenhoff.

- Nr. 3694. Bekanntmachung, betreffend den Beitritt der Herzoglichen Regierungen von Anhalt-Deßau mit Cöthen und von Anhalt-Bernburg zu dem Vertrage zwischen Preußen und Großbritannien wegen gegenseitigen Schutzes der Autorenrechte gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung vom 13. Mai 1846. Vom 12. Februar 1853.
- Nr. 3695. Allerhöchster Erlass vom 14. Februar 1853, betreffend die Ausdehnung des Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Unternehmens auf die Anlage und Benützung einer Eisenbahn von Schweidnitz nach Reichenbach.
- Nr. 3696. Bestätigungs-Urkunde, betreffend den fünften Nachtrag zu dem Statute der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 14. Februar 1853.
- Nr. 3697. Privilegium wegen Ausgabe von 800,000 Rthln. auf den Inhaber lautender Prioritäts-Obligationen der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 14. Februar 1853.
- Nr. 3698. Bekanntmachung über den Beitritt der Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Regierung zu dem Vertrage d. d. Gotha den 15. Juli 1851, wegen gegenseitiger Verpflichtung zur Uebernahme der Auszuweisenden. Vom 26. Februar 1853.

Nr. 224. Der Anfang der diesjährigen Wahlfähigkeits-Prüfungen bei dem Königl. Schullehrer-Seminare zu Weissenfels ist auf den 9. Mai (Montag nach Traudi) festgesetzt worden. Die außerhalb des Weissenfeler Seminars vorbereiteten, im Edartsb ergaer, Raumburger, Zeiger, Quersfurter, Merseburger, Delitzscher und Liebenwerdaer Kreise wohnhaften Schulamtsbewerber haben sich zu dem Ende den 8. Mai, Nachmittags 2 Uhr, die Candidaten der Theologie und diejenigen Literaten, welche ihre Universitätsstudien vollendet haben, den 9. Mai, Nachmittags 2 Uhr, und die zur abermaligen Prüfung Beschiedenen den 10. Mai, Nachmittags 2 Uhr, bei der Seminar-Direction in Weissenfels zu melden. Im Uebrigen wird auf die Bekanntmachung vom 25. November 1837 (Amtsbl. 1838 St. 3. Nr. 41.) verwiesen.

Merseburg, den 5. April 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 225. Zur Ermittlung unbekannter Interessenten und zur Feststellung der Legitimation werden folgende, bei der unterzeichneten Königl. Regierung in deren Verwaltungsbezirke anhängige Auseinandersetzungen:

- 1) die Ablösung der dem Rentamte Schlieben aus den Gemeindeverbänden Langen-  
grasau und Delzig;
- 2) die Ablösung der dem Rentamte Torgau von Grundstücken des Gemeindebezirks  
Großwig;
- 3) die Ablösung der dem Rentamte Zeitz aus dem Gemeinde-Verbande Rasberg;
- 4) die Ablösung der dem Rentamte Mühlberg aus dem Gemeinde-Verbande  
Dschägen;



5) die Ablösung der dem Domainenamte Friedeburg aus dem Gemeinde-Verbande Heilighenthal,

zustehenden Domainial-Gefälle

hiermit öffentlich bekannt gemacht. Alle diejenigen, welche bei diesen Auseinandersetzungen ein Interesse zu haben vermeinen und zu denselben bisher nicht zugezogen sind, werden aufgefordert, sich spätestens zu dem auf

den Dritten Mai l. Jg., Vormittags Elf Uhr,

- ad 1. im Rentamte zu Schlieben,
- 2. im Rentamte zu Torgau,
- 3. im Rentamte zu Zeitz,
- 4. im Rentamte zu Liebenwerda,
- 5. im Domainenamte zu Friedeburg

anberaumten Terminen zu melden, widrigenfalls sie die Auseinandersetzung, so wie alles das, was mit den bisher aufgetretenen Inhabern der betreffenden Grundstücke festgestellt worden ist, selbst im Fall einer Verletzung gegen sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können.

Merseburg, den 10. März 1853.

Rdnigl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Die Uebnahme von Renten auf die hiesige Provinzial-Rentenbank pro 1. April 1853 ist jetzt geschlossen und sind die theilhaftigen Berechtigten und Verpflichteten von der erfolgten Uebnahme in jedem einzelnen Falle, mit Angabe des Reccesses und des übernommenen Rentenbetrages, von uns benachrichtigt worden. Wir bringen dies mit dem Bemerkn zur öffentlichen Kenntniss, daß aus den bis jetzt etwa noch abgeschlossenen Reccessen, wegen welcher eine derartige Benachrichtigung an die Berechtigten und Verpflichteten von uns nicht ergangen ist, die Renten-Uebnahme auf die Rentenbank zum 1. April d. J. nicht mehr hat stattfinden können, sondern die in diesen Reccessen stipulirten Renten, nach Vorschrift der §§. 15. bis 17. des Rentenbank-gesetzes vom 2. März 1850, bis auf Weiteres von den Verpflichteten an die Berechtigten zu entrichten sind.

Wegen Ausbändigung der Abfindungen für die zum 1. April d. J. auf die Rentenbank übernommenen Renten von Privaten wird den Berechtigten die diesseits vorbehaltene nähere Eröfning noch im Laufe dieses Monats zugehen. Anlangend die Abfindungen aus solchen Reccessen, nach denen die Kapital-Ablösung durch Vermittelung der Staatskasse und der Rentenbank erfolgt, so können dieselben erst ausgebändigt werden, wenn die Ablösungs-Kapitalien wirklich bei den Königl. Regierungshauptkassen eingegangen sind, und uns dies durch die Königl. Regierung mitgetheilt worden ist. Ueber den Zeitpunkt der Verabfolgung auch dieser Abfindungen wird jedem Berechtigten eine besondere Benachrichtigung von uns zu seiner Zeit gleichfalls zugehen.

Magdeburg, den 1. April 1853.

Rdnigl. Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

Nr. 226.  
Den Schluß  
der Renten-  
Uebnahme  
auf die  
Provinzial-  
Rentenbank  
pro  
1. April c.  
betr.

Nr. 227. In Gemäßheit des §. 99. des Reglements der Feuer-Societät für das platte Land des Herzogthums Sachsen vom 18. Februar 1838 wird bekannt gemacht:

**I. G r :**  
aus den von der General-Land-Feuer-Societäts-Kasse in

Zeitrabschnitte.	Versicherungs-Summen.					Beiträge nach den Heberollen.		
	Klasse I.	Klasse II.	Klasse III.	Klasse IV.	in Summa.			
	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	gr.	pf.
pro 1. Semester 1850	2,046,100	9,647,745	19,136,220	11,102,350	41,932,415	46,697	25	5
" 2. " "	2,078,260	9,797,760	19,243,764	11,112,090	42,231,874	28,201	12	8
" 1. " 1851	2,140,980	9,995,925	19,445,904	11,120,910	42,703,719	28,490	12	9
" 2. " "	2,239,640	10,064,415	19,569,024	11,095,060	42,968,139	19,088	26	5
Summa						122,478	17	3

Zeitrafschnitte.	U u ß .														
	Brandvergütungsgelder.														
	Klasse I.			Klasse II.			Klasse III.			Klasse IV.			Summa.		
	Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.
pro 1850	2,450	8	3	16,808	17	2	14,012	2	10	27,646	25	9	60,908	24	—
" 1851	1,178	9	3	13,328	11	4	11,371	3	7	12,951	21	2	38,829	15	4
Summa	3,619	17	6	30,136	28	6	25,383	6	5	40,589	16	11	99,738	9	4

# tract

Merseburg auf die Jahre 1850 und 1851 gelegten Rechnungen.

Nachträgliche Feuer-Societäts-Beiträge.	Ord-nungs-strafen.	Zinsen von aus-geliehenen Capitalien.	Im Wege des Civil-Prozesses gewonnene Entschädigungen.	Von Versicherten anteilig zu tragen ge-wiesene Gebühren für Gebäudeabschätzungen.	An eingegangenen Activ-Capitalien.	An eingegangenen Passiv-Capitalien.	Zinsge-mein.	Summa.
Tblr. gr. pf.	Tblr. gr. pf.	Tblr. gr. pf.	Tblr. gr. pf.	Tblr. gr. pf.	Tblr. gr. pf.	Tblr. gr. pf.	Tblr. gr. pf.	Tblr. gr. pf.
Bestand ult. 1849 laut Bekanntmachung vom 13. März 1852, Amtsbl. pro 1852, Nr. 14.								
29,204	20	4						
3	5	5	1330	5	1	10	4200	80,443
7	17		1400	5	3	5		48,995
10	17	5	5	2730	10	4	15	4200
								158,643
								10

## g a b e.

Gehälter der Beamten des General- Directoriums nebst Hilfs- arbeitern und der Kasse.	Bureau- Aufwand.	An Druckkosten.	Gehälter der Kreis- Directoren.	Entschädi- gung für Feuerlösch- geräte und an Prämien.	Gebühren der Abschätzungs- Commissarien und Bau- beamten.	Lantieme für Erhebung der Feuer- Societäts- Beiträge.
Tblr. gr. pf.	Tblr. gr. pf.	Tblr. gr. pf.	Tblr. gr. pf.	Tblr. gr. pf.	Tblr. gr. pf.	Tblr. gr. pf.
3,617 15 —	200 — —	179 12 6	2,811 — —	1,483 14 10	2,053 6 10	1,201 28 11
3,610 — —	200 — —	199 20 —	2,802 20 —	1,500 — —	1,743 19 8	563 29 3
7,227 15 —	400 — —	379 2 6	5,613 20 —	2,983 14 10	3,796 26 6	1,765 28 2

Zeitabschnitte.	N u s s .														
	An Capitalien, welche bei der kö- niglichen Bank be- legt worden resp. für angekaufte Staatsschuldsscheine			Diäten und Fuhrkosten in Landes-Feuer- Societäts- Angelegenheiten			An zurück- erstatteten Feuer-Societäts- Beiträgen			An Proceß-Kosten			An Zinsen von aufgenommenen Passiv- Capitalien		
	Thlr.	sg.	pf.	Thlr.	sg.	pf.	Thlr.	sg.	pf.	Thlr.	sg.	pf.	Thlr.	sg.	pf.
pro 1850	6,662	23	4	16	—	—	—	15	—	6	22	6	140	23	—
„ 1851	—	—	—	36	7	6	—	—	—	31	14	7	—	—	—
Summa . .	6,662	23	4	52	7	6	—	15	—	38	7	1	140	23	—

## 2. N a c h :

über den eisernen Fonds bei der Feuer-Societät für das platte

Nr.	D e t a i l.
	Bestand am Schluß des Jahres 1849
1.	Im Jahre 1850 war Zugang . . . . .
2.	In Staatsschuldsscheinen wurden angelegt nach Pag. 286. der Rechnung pro 1850 . . . . .
	Summa
	Abgang
	Bleibt Bestand
3.	Nach den ständischen Beschlüssen soll der Bestand des eisernen Fonds nur auf 50,000 Thlr. gebracht werden. Um diesen Beschlüssen zu genügen, scheiden aus diesem Baarbestande aus . .
4.	In Staatsschuldsscheinen wurden angelegt . . . . .
5.	In dergleichen wurden angelegt . . . . .
6.	In dergleichen ferner desgleichen . . . . .
7.	Aus dem Restenfonds der allgemeinen Brandversicherungs-Societät . . . . .
8.	An Zinsen von vorstehenden zusammen 10,000 Thlr. betragenden Staatsschuldsscheinen . . . . .
	Summa
	Abgang ab
	Bleibt Bestand

g a b e.										Bemerkungen.
An zurückgezahlten Passiv = Capitalien		An nieder- geschlagenen Resten		Zur Complettirung des eiserne Fonds		Insgemein		Summa		
Tblr.	gr. pf.	Tblr.	gr. pf.	Tblr.	gr. pf.	Tblr.	gr. pf.	Tblr.	gr. pf.	
14,850	— —	2	8 9	—	— —	—	— —	94,134	14 8	
—	— —	1	16 9	12,428	17 2	100	— —	62,047	10 3	
14,850	— —	3	25 6	12,428	17 2	100	— —	156,181	24 11	
Abschluß: Einnahme								158,643	10 —	
Ausgabe								156,181	24 11	
Bestand								2,461	15 1	und hiervon ab
Bleibt								2,731	15 1	
etatsmäßige Ausgabe = Posten, die aber noch nicht wirklich verausgabt sind								237	12 8	
Bleibt Bestand baar								2,494	2 5	
und in Königlich Preussischen Staatsschuld-scheinen (siehe beigelegte Nachweisung.)								50,000	— —	

## we i s u n g

Land des Herzogthums Sachsen pro 1850 und 1851.

Activ = Capitalien		B a a r						Bemerkungen.
Zugang	Abgang	Zugang			Abgang			
Tblr.	Tblr.	Tblr.	gr.	pf.	Tblr.	gr.	pf.	
32,000	—	17,441	4	2	—	—	—	Die unter Nr. 8. bemerkten 175 Tblr. Zinsen bestehen aus:
8,000	—	4,598	10	8	6,662	23	4	
40,000	—	22,039	14	10	6,662	23	4	90 Tblr. 21 Sgr. 3 Pf. Zinsen, welche am Tage des Ankaufs der Activ = Capitalien gefällig, also mit denselben gleichzeitig angekauft und daher hier dem eiserne Fonds zugerechnet waren, und
—	—	6,662	23	4	—	—	—	
40,000	—	15,376	21	6	—	—	—	84 = 8 = 9 = Zinsen, die während des in das Jahr 1851 fallenden Besisses der Societät gefällig wurden, und, unter Genehmigung der Provinzialstände, dem eiserne Fonds ausnahmsweise zugerechnet sind.
—	—	—	—	—	2,948	4	4	
4,000	—	—	—	—	3,601	26	8	
2,500	—	—	—	—	2,282	6	8	
2,500	—	—	—	—	2,293	29	2	
1,000	—	1,457	20	4	—	—	—	
—	—	175	—	—	—	—	—	
50,000	—	17,009	11	10	11,128	6	10	Summa wie oben.
—	—	11,128	6	10	—	—	—	
50,000	—	5,881	5	—	—	—	—	

Schloß Wehra, den 24. Februar 1853.

Der General-Director der Land-Feuer-Societät des Herzogthums Sachsen  
H. G. von Dellborff.



Nr. 228. Den Fabrikanten C. und B. Schürmann zu Barmen ist unterm 6. März 1853 ein Patent auf eine durch Modelle und Beschreibung nachgewiesene Zusammen-  
 Patent- setzung von überzogenen Knöpfen, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Hülfsmittel zu ähnlichen Zwecken zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.  
 Ertheilung.

Nr. 229. Dem Mechaniker Louis Schönherr zu Chemnitz in Sachsen ist unter dem 6. März 1853 ein Patent auf eine Vorrichtung zum Definiren der Klemme an mechanischen Spannstücken in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Ausführung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 230. Dem Dr. H. Bleibtreu in Beuel bei Bonn ist unter dem 7. März 1853 ein Patent auf ein Verfahren, Cement zu bereiten, insoweit dasselbe als neu und eigenthümlich anerkannt worden ist, ohne Jemand in dem Gebrauche der zur Darstellung verwendeten Materialien zu behindern, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 231. Dem Privatlehrer Friedrich Wilhelm Philipp zu Ahweiler ist unter dem 7. März 1853 ein Patent auf eine durch Zeichnung, Beschreibung und Modell nachgewiesene Art des Saitenbezuges bei zwei- und vierhörigen Instrumenten, soweit sie als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

### Personal-Chronik.

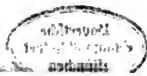
Nr. 232. Die Schul- und Küsterstelle in Ristritz, Exhorie Lissen, Privat-Patronats, wird durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Nr. 233. Die Schulstelle in Grodtedt, Exhorie Quersfurt, Königl. Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt, auch deren Wiederbesetzung bereits eingeleitet.

Nr. 234. Dem Kantor Brathuhn zu Eldden ist die Forst-Unterreceptur für den Unterforst Eldden der Oberförsterei Annaburg an Stelle des bisherigen Unterrechebers Fessel daselbst interimistisch übertragen worden.

Nr. 235. Dem Seminar-Director Thilo in Erfurt ist durch Rescript des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 19. Februar c. die Direction des Seminars für Stadtschulen zu Berlin übertragen worden.

Gedruckt bei Köhligschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt  
 im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.



# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**15. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 16. April 1853.

Das 5. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

- Nr. 3699. Privilegium wegen Emission von Prioritäts-Obligationen der Ebln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft zum Gesamtbetrage von 2,000,000 Rthln. Vom 14. Februar 1853.

Nr. 236.

Das 6. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 3700. Allerhöchster Erlaß vom 8. Februar 1853 nebst Tarif zur Erhebung der Gebühren für die Benutzung des schiffbar gemachten Erst-Kanals zwischen der Stadt Neuß und dem Rheine.
- Nr. 3701. Allerhöchster Erlaß vom 24. Februar 1853, betreffend die von den Gehältern der Hauptleute und Rittmeister 3. Klasse zur Befriedigung der Gläubiger zu machenden Abzüge.

Das 7. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 3702. Allerhöchster Erlaß vom 31. Januar 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussée von Züterbog nach Varuth.
- Nr. 3703. Gesetz, die Abänderung der §§. 56., 219., 240. und 250. des Strafgesetzbuches betreffend. Vom 9. März 1853.
- Nr. 3704. Bekanntmachung über den Beitritt der Großherzoglich Mecklenburg-Strelitzschen Regierung zu dem Vertrage d. d. Gotha den 15. Juli 1851, wegen gegenseitiger Verpflichtung zur Uebernahme der Auszuweisenden. Vom 11. März 1853.

Das 8. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 3705. Allerhöchster Erlaß vom 14. Februar 1853, betreffend die Genehmigung des Tarifs zur Erhebung der Schifffahrts-Abgaben auf dem Kanale von der Weichsel nach dem frischen Haff.
- Nr. 3706. Allerhöchster Erlaß vom 14. Februar 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Rechte für den Bau und die Unterhaltung der Straßen von Eölin nach Publig, von Eölin über Groß-Möln nach dem Ostseestrande und von Colberg bis an die Greifenberger Kreisgrenze bei Neubrück.

- Nr. 3707. Allerhöchster Erlaß vom 21. Februar 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte Behufs des Baues und der Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von Malmedy nach Eupen.
- Nr. 3708. Allerhöchster Erlaß vom 21. Februar 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Rechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Bütow, im Regierungsbezirk Cöslin, nach der Kreisgrenze in der Richtung auf Lauenburg und auf Rummelsburg durch den Kreis Bütow.
- Nr. 3709. Gesetz, betreffend die Anwendung der für den Verkehr auf den Kunststraßen bestehenden Vorschriften über die Breite der Radfelgen auf andere Straßen und Wege. Vom 12. März 1853.
- Nr. 3710. Allerhöchster Erlaß vom 14. März 1853, betreffend die in Gemäßheit des Gesetzes vom 7. December 1849 aufzunehmende Staatsanleihe von fünf Millionen Thalern.

Das 9. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 3711. Verordnung, Erleichterungen des Verkehrs zwischen den Staaten des Zollvereins und den Staaten des Steuervereins betreffend. Vom 29. März 1853.

Nr. 237.  
Ausgebot der  
Verschiffung  
des Salzes der  
Niedersächsisch-  
Thüringischen  
Salinen.

Die Verschiffung des Salzes der Niedersächsisch-Thüringischen Salinen, welches den damit zu versorgenden Salzfactorien zu Wasser zuzuführen ist, und zwar des Salzes der Saline Schönebeck von dieser Saline ab, des Salzes der übrigen Salinen aber von den Expeditiöns-Magazinen in Berlin und Spandau ab, soll nach Ablauf des für diese Unternehmung jetzt bestehenden Vertrages vom 1. Januar 1854 ab anderweit geeigneten Unternehmern übertragen werden. Die Bedingungen, welche dabei maßgebend sein werden, sind in der Geheimen Registratur des Finanz-Ministeriums, sowie bei den Herren Provinzial-Steuer-Directoren in Magdeburg und Breslau niedergelegt und können daselbst eingesehen oder gegen Erstattung der Schreibgebühren abschriftlich in Empfang genommen werden. Mit Hinweisung auf den Inhalt dieser Bedingungen werden Unternehmungslustige aufgefordert, die Frachtbeträge, für welche sie die Beförderung des Salzes nach den einzelnen Salzfactorien zu übernehmen bereit sind, zusammenzustellen und mir in einer versiegelten Nachweisung spätestens am 14. Juni d. J. vorzulegen. Die Eröffnung der eingegangenen Submission wird darauf am 15. Juni d. J. erfolgen.

Berlin, den 25. März 1853.

Der Finanz-Minister.  
(gez.) von Bodelschwingh.

Nr. 238.  
Die Beförderung von Auswanderern betr.

Den Kaufleuten Valentin Lorenz Meyer und Gustav Heinrich Behn in Hamburg, Inhabern der Firma: Balt. Lorenz Meyer daselbst, ist hohern Orts die Erlaubniß ertheilt worden, innerhalb des Preussischen Staats das Geschäft der Beförderung von Auswanderern zu betreiben.

Merseburg, den 30. März 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.



Den Kaufleuten Wilhelm Fehrman und John Henry Dreyer, Inhabern der Firma Lüdering et Comp. zu Bremen, ist hñhern Orts die Erlaubniß ertheilt, innerhalb des Preussischen Staats das Geschäft der Beförderung von Auswanderern zu betreiben. Gleichzeitig ist der Kaufmann Friedrich Carl Ferdinand Thienemann, Inhaber der Firma Friedrich Bretschneider in Raumburg, als General-Agent der genannten Unternehmer bestätigt worden.

Nr. 239.  
Die Beförderung von Auswanderern betr.

Merseburg, den 2. April 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Am 6. vor. Mts. in den Abendstunden ist in der Stadt Ortrand ein Brand, durch welchen vier Scheunen zerstört worden sind, unter Umständen zum Ausbruch gekommen, welche auf eine böswillige Brandstiftung schließen lassen.

Nr. 240.  
Prämie für Ermittlung eines Brandankstifers.

Demjenigen, welcher, ohne durch seine Amtspflicht dazu verbunden zu sein, den Anstifter dieses Brandes bergestalt ermittelt und zur Anzeige bringt, daß derselbe zur Untersuchung gezogen werden kann und bestraft wird, sichern wir hiermit eine Prämie von Fünfzig Thalern zu.

Merseburg, den 2. April 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Unter Hinweisung auf unsere Amtsblatt-Bekanntmachung vom 17. August 1852 bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß mit Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenrathes und im Einverständnisse mit dem Herrn Cultus-Minister die bisherige Superintendentur Kirchheilingen im Regierungsbezirke Erfurt künftig den Namen „Sundhausen“ führen wird.

Nr. 241.  
Veränderung des Ortsnamens einer Superintendentur.

Magdeburg, den 8. April 1853.

Königliches Consistorium für die Provinz Sachsen.

Diejenigen jungen Leute, welche dies Jahr in das Königliche Schullehrer-Seminar zu Weissenfels aufgenommen zu werden wünschen, haben mit Beachtung unserer Erlasse in den Merseburger Amtsblättern, Jahrgang 1829 Seite 106. — 109. und Jahrgang 1836 Seite 170. folgende Papiere bis zum 30. April an die Direction des Seminars portofrei einzusenden, als: 1) einen Tauffchein, 2) einen Revaccinationschein, welcher die Revaccination in den letzten zwei Jahren nachweist, 3) einen Gesundheitschein, 4) die schlüssellosen Bildungs- und Sittenzugnisse von der Confirmation an bis zur Zeit der Meldung, 5) eine von dem betreffenden Landrathsamte oder Magistrate auszustellende Bescheinigung darüber, daß die Eltern oder sonstigen Angehörigen im Stande und willig sind, 150 Thlr. zur Ausbildung des Melbings während seines Aufenthalts im Seminare auf ihn zu verwenden. In allen Zeugnissen ist auch der Name der Kreisstadt beizufügen und sind nach dem Merseburger Amtsblatte 1839 Seite 354. die erwähnten Documente ohne Anwendung des Stempelpapiers auszufertigen.

Nr. 242.  
Die Aufnahme der Zöglinge in das Schullehrer-Seminar zu Weissenfels betr.

Die, welche ihre Zeugnisse eingesendet haben, finden sich, ohne Bescheid abzuwarten, an dem 1. Mai, Nachmittags 2 Uhr, im Seminare ein und werden nach

abgehaltener Prüfung am 3. ejusd. über ihre Aufnahme beschieden. Die zur Aufnahme Ausgewählten müssen den 13. ejusd. in die Anstalt eintreten.

Sollte sich später finden, daß ein Aufgenommener die zu seinem Unterhalte nöthigen Mittel nicht hat, so wird das Seminar genöthigt sein, ihn wieder zu entlassen. Es ist daher auch aus diesem Grunde das unter Nr. 5. vorgeschriebene Attest nur nach sorgfältiger Prüfung der bezüglichen Verhältnisse auszustellen.

Magdeburg, den 5. April 1853.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Nr. 243.

Hypotheken-  
Sachen.

Die Hypothekentabelle über die in Annaburger Flur und zwar am Soudamme sub Nr. 456. belegene 9 Morgen große Wiese, der Hanne Rosine verwittweten Laurig zugehörig, ist nunmehr regulirt worden, was hiermit mit der Aufforderung bekannt gemacht wird, die etwaigen Erinnerungen gegen diese in unserer Hypotheken-Registatur einzuführende Tabelle binnen 2 Monaten vorzubringen, unter der Verwarnung, daß nach Ablauf dieser Frist Erinnerungen nicht mehr angebracht werden können.

Torgau, den 8. Januar 1853.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

Nr. 244.

Hypotheken-  
Sachen.

Die Hypothekentabelle über das neuerbaute Wohnhaus Nr. 333. des Tischler Friedrich Grosch und seiner Frau Christiane geb. Liebmann in Prettin ist fertig und liegt innerhalb der 8 Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung laufenden 2 monatlichen Frist in unserer Registratur zur Einsicht der Interessenten bereit.

Prettin, den 22. Januar 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

### Personal-Chronik.

Nr. 245.

Der Kaufmann Ludwig Demelius in Hettstädt hat die ihm bisher übertragen gewesene Agentur der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Borussia in Königsberg i. P. niedergelegt und dagegen mit Genehmigung Königlicher Regierung die von dem Kaufmann Otto Schubert daselbst aufgegebenen Agentur der vaterländischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Elberfeld übernommen.

Nr. 246.

Nachdem der Kassen-Assistent Peter Ködel in Bitterfeld die Agentur der Königl. Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt hat, ist der Kaufmann Julius Stüper daselbst unter dem 9. Februar c. als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden.

Nr. 247.

Der Kaufmann Bernhard Schmidt, früher zu Saubach, hat die Agentur der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt.

Nr. 248.

Die Schulstellen in Gallen und Gostewitz, Exhorie Eilenburg, Privat-Patronats, sind durch Weiterbeförderung ihrer bisherigen Inhaber erledigt, auch ist die Wiederbesetzung der ersteren bereits eingeleitet.

Die Schul- und Küsterstelle in Holdenstedt, Ephorie Sangerhausen, Königl. Nr. 249. lichen Patronats, wird durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Die zweite Elementarlehrerstelle an der Stadtschule zu Bitterfeld, Privat- Nr. 250. Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Die Lehrer- und Küsterstelle in Annaburg, Ephorie Jessen, Königl. Nr. 251. Patronats, wird durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Dem forstversorgungsberechtigten Jäger Schulze ist die Forstauffseherstelle in Nr. 252. der Oberförsterei Falkenberg definitiv übertragen worden.

Mitteltst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 12. März d. J. sind ernannt worden Nr. 253. die Superintendenten-Bicar

Fulda zu <u>Edartsberga</u>	zum Superintendenten der Diöces <u>Edartsberga</u> ,
Grabe zu <u>Langensalza</u>	„ „ „ „ <u>Langensalza</u> ,
Hübner zu <u>Sundhausen</u>	„ „ „ „ <u>Sundhausen</u> ,
Reimann zu <u>Salzwehel</u>	„ „ „ „ <u>Salzwehel</u> ,
Schirlitz zu <u>Quersfurt</u>	„ „ „ „ <u>Quersfurt</u> ,
Steinbrecht zu <u>Langermünde</u>	„ „ „ „ <u>Langermünde</u> ,
Urtel zu <u>Merseburg</u>	„ „ „ „ <u>Land-Diöces Merseburg</u> .

Durch das Ableben des Pfarrers Ziegler ist die Pfarrstelle zu Klein-Röden Nr. 254. in der Diöces Herzberg erledigt. Patron der Stelle ist der Rittmeister a. D. v. Hellwig auf Gr. und Kl. Röden.

Die evangelische Pfarrstelle zu Berg vor Eilenburg ist durch das Ableben Nr. 255. des Pfarrers Lindner erledigt. Sie ist Königl. Patronats.

Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Egersdorf, in der Diöces Agen- Nr. 256. dorf, ist dem bisherigen Pfarrer zu Cobbel, Diöces Wolmirstedt, Georg Ludwig Friedrich Kirchheim, verliehen worden. Die Pfarrstelle zu Cobbel wird diesmal vermdg. Reverses von dem Königl. Consistorium besetzt.

Zu der erledigten evangelischen Diaconatsstelle an der Schloß- und Domkirche zu Nr. 257. Merseburg, in der Diöces Merseburg, ist der bisherige Archidiaconus in Remberg, Theodor Opitz, berufen und kirchenregimentlich bestätigt worden. Patron der dadurch vacant gewordenen Archidiaconatsstelle zu Remberg ist der Magistrat daselbst.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Lehrer am Pädagogium Nr. 258. des Klosters Unser Lieben Frauen zu Magdeburg, Dr. Wehrmann, zum Rector des Stifts-Gymnasii zu Zeitz zu ernennen.

An dem Gymnasio zu Zeitz ist der Subrector Dr. Hocke aus der vierten Stelle Nr. 259. in die zweite, als Prorector, der Oberlehrer Peter aus der fünften in die vierte, als Subrector, der Oberlehrer Dr. Feldhügel aus der sechsten in die fünfte, der Oberlehrer Dr. Rinne aus der siebenten in die sechste aufgerückt und der Candidat des

Höbern Schulamtes Dr. Hugo Theodor Langguth als siebenter ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Nr. 260.  
Die Justiz-  
Personal-Ver-  
änderungen im  
Departement  
des Appella-  
tionsgerichts  
zu Raumburg  
betr.

Der Gerichts-Assessor Schröder ist zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte hier und der bisherige Kreisgerichts-Secretair Höber in Düben zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte in Lublinitz ernannt.

Der Gerichts-Assessor Püschel ist gestorben.

Die Referendarien Gansauge, Salzmann und Voigt, bisher beim Kammergericht zu Berlin, Balthasar, bisher beim Appellationsgericht zu Greifswald, Wennhaf, bisher beim Appellationsgericht zu Magdeburg, sind in hiesiges Departement und der Referendarius Hanewald ist an das Appellationsgericht in Halberstadt versetzt.

Der Auscultator Reichard ist zum Referendarius befördert.

Die Auscultatoren Steinmann, bisher beim Appellationsgericht zu Breslau, und Buchmann, bisher beim Appellationsgericht zu Magdeburg, sind in das hiesige Departement, dagegen die Auscultatoren Simonson an das Landgericht in Bonn und Hempel an das Kammergericht in Berlin übergegangen.

Die Kammergerichts-Secretaire Dallwitz in Schleusingen, Heffe in Lößeburg und Rörbin in Halle sind gestorben.

Zu Boten und Executoren sind ernannt: der bisherige Hülfsbote Kiese zu Sulz bei dem Kreisgerichte daselbst, der bisherige Hülfsbote Schröner zu Sangerhausen bei dem Kreisgerichte in Erfurt, der bisherige Hülfsbote Reinekt zu Hettstedt bei der Gerichts-Commission daselbst, der bisherige Hülfsbote Kramer zu Eisleben bei dem Kreisgerichte daselbst und der bisherige Hülfsbote Werner II. zu Langensalza, zugleich auch als Gefangenwärter bei dem Kreisgerichte daselbst.

Nr. 261.

Der Schneidermeister E. G. Fauser zu Düben ist zum Schiedsmann für die Stadt Düben wieder gewählt und verpflichtet worden.

Nr. 262.

Zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern im Kreise Eckartsberga für den Zeitraum vom 1. Januar 1853 bis dahin 1856 sind gewählt:

- a) für die Stadt Helldringen: der Rentier Rhäsa daselbst zum Schiedsmann, der Oeconom Friedrich Bräuer ebendaselbst zum Stellvertreter;
- b) für den I. District: der Rittergutsbesitzer von Hausen zu Gorkleben zum Schiedsmann;
- c) für den IX. District: der vormalige Schulze Krieg zu Bilzingsleben zum Schiedsmann, der jetzige Schiedsmann Nürnberger daselbst zum Stellvertreter;
- d) für den X. District: der Kaufmann Beyer zu Cannawurf, der Schullehrer Ritter daselbst zum Stellvertreter;
- e) für den XIV. District: der Schulze Eckardt zu Oberhelldringen zum Schiedsmann, der Schulze Demler zu Harras zum Stellvertreter,

und in den benannten Eigenschaften vorschriftsmäßig verpflichtet worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Im Weissenfelder Kreise ist für den X. Landbezirk der vormalige Ortsrichter Nr. 263. Johann Carl Landmann zu Wildschütz und für den XII. Landbezirk der Gutbesitzer Reinhold Rodtstroh zu Gödewitz zum Schiedsmann gewählt und vorschriftsmäßig verpflichtet worden.

Der Rentant Hiedmann zu Heringen ist zum Schiedsmann für die Grafschaft Nr. 264. Stolberg-Stolberg auf den Zeitraum vom 1. Januar 1853 bis dahin 1856 wieder gewählt und verpflichtet worden.

Der Agent Gottlieb Hoffmann zu Brehna ist zum Schiedsmann für die Nr. 265. Stadt Brehna und der Korbmachermeister Christian Dieze ebendasselbst zu dessen Stellvertreter erwählt und beide vorschriftsmäßig verpflichtet worden.

Für den I. (Dorf Altleber) Bezirk des Mannsfelder Seekreises ist der Kaufmann Nr. 266. Gustav Albert Vertam zu Dorf Altleben zum Schiedsmann und der Schulze Wittsaß daselbst zu dessen Stellvertreter gewählt und beide gehörig verpflichtet worden.

Für den IV. Landbezirk des Weissenfelder Kreises ist der Deconom Traugott Nr. 267. Jeremiaß Frischbier aus Gröbzig zum Schiedsmann wieder gewählt und vorschriftsmäßig verpflichtet worden.

Zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern im Kreise Ebertsberga für den Zeit- Nr. 268. raum vom 1. Januar 1853 bis dahin 1856 sind gewählt:

für die Stadt Ehlbede: der Polizei-Amtmann und Bürgermeister Gottlöber daselbst zum Schiedsmann, der Gerichtsdirector Kolbenach daselbst zum Stellvertreter;

für den III. District: der Schulze Granold zu Leubingen zum Schiedsmann, der Gerichtschöppe Viol daselbst zum Stellvertreter;

für den XI. District: der vormalige Schulze Albrecht zu Schloßbeichlingen zum Schiedsmann, der Schulze Stein daselbst zum Stellvertreter;

für den XII. District: der Schulze Pfau zu Ostramondra zum Schiedsmann, der Schulze Ushmann zu Großmonra zum Stellvertreter, und alle gehörig verpflichtet worden.

Zu Schiedsmännern im Weissenfelder Kreise für die Zeit vom 1. Januar 1853 Nr. 269. bis dahin 1856 sind gewählt:

für den I. Landbezirk der Ortsrichter Christian Friedrich Kesterstein zu Schfortleben,

für den III. Landbezirk der Rittergutsbesitzer, Amtmann Prahmer zu Biedebach, und

für den XII. Landbezirk der Ortsrichter Johann Friedrich Herbst zu Seela, und alle gehörig verpflichtet worden.

Der Rittergutsbesitzer Carl Julius Clarus zu Treipau ist zum Schiedsmann Nr. 270. für den VII. Landbezirk des Merseburger Kreises gewählt und als solcher gehörig verpflichtet worden.

Nr. 271. Zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern im Mansfelder Seekreise sind für die Zeit vom 1. Januar 1853 bis dahin 1856 gewählt:

- 1) für die Stadt Schraplau: a) der Mühlenbesitzer Stecher in Schraplau als Schiedsmann, b) der Kaufmann Friedrich Ritter daselbst als Stellvertreter;
- 2) für den 3. (Erdeborner) Bezirk: a) der Freigutsbesitzer Läubrich zu Albersstedt als Schiedsmann, b) der Schulze Franz Böttcher daselbst als Stellvertreter;
- 3) für den 15. (Stedener) Bezirk: a) der Anspanngutbesitzer August Dorenberg zu Asendorf als Schiedsmann, b) der Steiger Johann Friedrich Wilhelm Herzer daselbst als Stellvertreter;
- 4) für den 16. (Stedener) Bezirk: a) der Schulze Friedrich Gottbils Poppe zu Dbersperstedt als Schiedsmann, b) der Schullehrer Christian Bauer daselbst als Stellvertreter,

und als solche gehörig verpflichtet worden.

Nr. 272. Zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern im Mansfelder Gebirgskreise für den Zeitraum vom 1. Januar 1853 bis dahin 1856 sind gewählt:

- a) für die Stadt Hettstädt: der pensionirte Gerichts-Secretair Böttger daselbst als Schiedsmann;
- b) für den 16. Bezirk: der Gastwirth David Sturm in Großdrner als Schiedsmann;
- c) für den 17. Bezirk: der Schulze Riedel zu Duenstedt als Schiedsmann;
- d) für den 18. Bezirk: der Schulze Benjamin Ede zu Greifenhagen als Schiedsmann;
- e) für den 19. Bezirk: der Mühlenbesitzer Gottfried Weißbarth in Altenrode als Schiedsmanns-Vertreter,

und als solche gehörig verpflichtet worden.

Nr. 273. Der seither auf dem Hof-Weissenfeller Personen-Postcourse angestellte Post-Conducteur Alex zu Weissenfels ist aus dem Postdienste entlassen worden.

Nr. 274. Der Post-Expedient Carl Ferdinand Klinge ben ist nach bestandener Probefristzeit vom 1. April c. beim Post-Expeditionsamte Nr. 6. zu Halle bestätigt und respective angestellt worden.

Nr. 275. Die Verwaltung der Post-Expedition in Freiburg a./M. ist nach dem Ausscheiden des Post-Expediteurs Thurm ann dem früheren Post-Expediteur Friedrich Beyse übertragen worden.

Nr. 276. Die auf den Referendarius Döke gefallene Wahl zum Kreis-Feuer-Societäts-Director des Liebenwerdaer Kreises ist definitiv bestätigt worden.

Gedruckt bei Kobitzschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt  
im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**16. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 23. April 1853.

Das 10. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 277.

- Nr. 3712. Privilegium wegen Ausfertigung auf jeden Inhaber lautender Obligationen des Rhybniker Kreises zum Betrage von 25,000 Rthln. Vom 21. Februar 1853.
- Nr. 3713. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Dramburger Kreis-Obligationen im Betrage von 68,000 Rthln. Vom 21. Februar 1853.
- Nr. 3714. Allerhöchster Erlaß vom 28. Februar 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Rechte zum Chausseebau von Dojanowo nach Punig, im Kreise Kröben.

Nachdem die Großherzoglich Mecklenburg-Strelitzsche Regierung dem Vertrage zwischen Preußen und vielen anderen deutschen Staaten wegen gegenseitiger Verpflichtung zur Uebernahme der Auszuweisenden, d. d. Gotha, den 15. Juli 1851, beigetreten ist (Bekanntmachung vom 11. d. M. Seite 80. der diesjährigen Gesetz-Sammlung) wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dieser Beitritt, hinsichtlich der Anwendung des §. 13. jenes Vertrages auf das Verhältniß zwischen Preußen und Mecklenburg-Strelitz, unter derselben Vereinbarung erfolgt ist, welche nach der Bekanntmachung vom 5. d. M. zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin stattgefunden hat.

Nr. 278.  
Beitritt der  
Großherzogl.  
Mecklenburg-  
Strelitzschen  
Regierung zu  
dem Vertrage  
wegen Ueber-  
nahme der Aus-  
zuweisenden.

Es kommen daher die in dieser Bekanntmachung enthaltenen Vorschriften auch in Ansehung des Großherzogthums Mecklenburg-Strelitz und zwar zu 1 h. mit der Maßgabe in Anwendung, daß der Beitritt der Großherzoglich Mecklenburg-Strelitzschen Regierung unterm 28. Februar c. erfolgt ist.

Berlin, den 25. März 1853.

Der Minister-Präsident und Minister  
der auswärtigen Angelegenheiten.  
v. Manteuffel.

Der Minister des Innern.  
v. Westphalen.

Nr. 279.  
Den Verkehr  
des Herzogl.  
Braunschw.  
Harz-Leine-  
Bezirks mit  
den übrigen  
Theilen des  
Zollvereins  
betr.

Da die Herzoglich Braunschweigische Regierung in dem Harz-Leine-Bezirk nunmehr den Vereins-Zolltarif zur Anwendung bringen läßt, so werden die Bestimmungen unter 3 a. und b. der Bekanntmachung vom 17. Februar 1844, die Aufnahme des Herzoglich Braunschweigischen Harz- und Weser-Distrikts in den Zollverein betreffend, dahin ergänzt:

daß diejenigen Gegenstände, welche nach der Anlage II. der Verordnung vom 29. v. M., betreffend die Begünstigung des unmittelbaren Verkehrs zwischen dem Zollverein und dem Steuerverein durch Zollbefreiung und Zollermäßigung, ohne Nachweisung ihres Ursprungs entweder zollfrei oder gegen einen ermäßigten Zoll aus dem Steuervereinsgebiete in das Zollvereinsgebiet eingelassen werden, ebenso ohne Ursprungszeugnisse zollfrei, beziehungsweise gegen denselben ermäßigten Zoll, aus dem Harz-Leine-Bezirk in die übrigen Theile des Zollvereins überführt werden können.

Bei dem unmittelbaren Durchgange der nach der Anlage II. der Verordnung vom 29. v. M. begünstigten Gegenstände aus dem Steuervereinsgebiete durch den Harz-Leine-Bezirk in die übrigen Theile des Zollvereins werden dieselben, wenn sie hier einem ermäßigten Zollsatz unterliegen, oder nur unter Beibringung von Ursprungszeugnissen vom Eingangszolle befreit sind, von dem Eingangsamte im Harz-Leine-Bezirk mit Begleitschein I. und dem beigebrachten Ursprungszeugnisse auf das Zoll- oder Steueramt ihres Bestimmungsortes in den übrigen Theilen des Zollvereins abgefertigt.

Berlin, den 5. April 1853.

Der Finanz-Minister.

Zu Auftrage: v. Pommer-Esche.

Nr. 280.  
Die im Oster-  
termine 1853  
ausgelooften  
Steuer-Credit-  
Kassenscheine  
betr.

Bei der heute hierselbst erfolgten Verloosung der im Jahre 1764, sowie der anstatt der früheren unverwechselten und unverloosbaren Steuerscheine im Jahre 1836 ausgefertigten Steuer-Credit-Kassenscheine sind folgende Nummern Wehufs deren Realisirung im Michaelisternine 1853 gezogen worden:

**1) von den Steuer-Credit-Kassenscheinen aus dem Jahre 1764**

von Litt. A. à 1000 Thlr.:

Nr. 738. 784. 1378. 1654. 1751. 2368. 2403. 2520. 3290. 3455. 4163. 4766.  
4916. 4921. 5679. 5938. 6050. 6611. 6916. 7106. 7523. 7969. 9039. 9590.  
9739. 9917. 10,938. 11,350. 11,706. 11,905. 11,952. 12,668. 12,738.  
13,225. 13,457. 13,599. 13,722. 13,761. 14,212. 14,354.;

von Litt. B. à 500 Thlr.:

Nr. 160. 777. 2779. 3023. 3038. 3230. 3550. 3811. 3839. 3846. 4461. 5137.  
5227. 5423. 6473. 6486. 7159. 7396. 7595. 7633. 7936.;

von Litt. D. à 100 Thlr.:

Nr. 330. 409. 780. 1510. 1949. 2503. 3415. 3660. 3771. 5115.;

**2) von den Steuer-Credit-Kassenscheinen aus dem Jahre 1836**

von Litt. A. à 1000 Thlr.:

Nr. 136. 160. 177. 295.;



- Nr. 80.; von Litt. B. à 500 Thlr.:  
 Nr. 21. 143. 163.; von Litt. C. à 200 Thlr.:  
 Nr. 102. 123.; von Litt. D. à 100 Thlr.:  
 Nr. 20. 60. von Litt. E. à 50 Thlr.:

Die Besitzer dieser Scheine werden hierdurch veranlaßt, die Capitalien gegen Rückgabe der Scheine und der dazu gehörenden Talons und Coupons zu Michaelis 1853, wo deren Verzinsung aufhört, bei der hiesigen Regieruugs-Hauptkassc in Preuß. Courant in Empfang zu nehmen.

Merseburg, den 16. April 1853.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung der  
Staats-Schulden:

Der Regieruugs-Präsident v. Wedell.

Bei der unterm heutigen Tage hieselbst stattgehabten Verloosung der vormalß Nr. 281. Sächsischen, jezt Preussischen Kammer-Credit-Kassenscheine, wurden nachverzeich- Die im Oker-  
nete Nummern Behufß deren Realisirung im Michaelisterrnine 1853 gezogen: termine 1853  
ausgelooßen  
und resp. zur  
Zahlung aus-  
geseßten  
Kammer-  
Credit-Kassen-  
scheine betr.

von Litt. Aa. à 1000 Thlr.:

Nr. 159. 245. 779. 910. 927. 946. 962. 1228. 1283. 1332. 1427. 1522. 1825.  
2008. 2033. 2074. 2328. 2638. 2843. 2851. 2887. 2997. 3115.;

von Litt. B. à 500 Thlr.:

Nr. 32. 150. 674.

Außerdem sind von den unverzinslichen Kammer-Credit-Kassenscheinen Litt. E. à 41 Thaler die Scheine

Nr. 8727. 8752. 8890. 8893. 9034. 9062. 9468. 10,002. 10,058. 10,112. 10,206. zur Zahlung im Michaelisterrnine 1853 ausgesezt worden.

Die Besitzer der vorbemerkten verlooseten und resp. zur Zahlung ausgesezten Scheine werden hierdurch veranlaßt, die Capitalien gegen Rückgabe der Scheine und der zu den Scheinen Litt. Aa. und B. gehörenden Talons und Coupons mit dem Eintritt des Michaelisterrnins 1853, wo die Verzinsung der jezt gezogenen Scheine Litt. Aa. und B. aufhört, bei der hiesigen Regieruugs-Hauptkassc in Preuß. Courant zu erheben. Merseburg, den 16. April 1853.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung der  
Staats-Schulden:

Der Regieruugs-Präsident v. Wedell.

## Personal-Chronik.

Des Königs Majestät haben geruht, dem Steuer-Inspector Voigt zu Halle Nr. 282. den Character als Steuer-Rath zu verleihen.

- Nr. 283. Dem forstverorgungsberechtigten Jäger C o t t ist die Forstauffseherstelle in der Oberförsterei Liebenwerda definitiv übertragen worden.
- Nr. 284. Das Oberpfarramt zu H e t t s e d t, in der Diöces Mansfeld, ist durch die Niederlegung desselben Seitens seines bisherigen Inhabers erledigt. Patron ist der Magistrat zu Hettstedt.
- Nr. 285. Das Pfarramt zu W i e s e n mit dem Filiale M a h l e n z i e n in der Diöces Piesar ist durch die unfreiwillige Emeritirung seines bisherigen Inhabers erledigt. Patron der Mutterkirche Wiesen I. und II. Theils ist der Herr von Briske, III. Theils einige Aderleute und Kossathen zu Wiesen. Patron der Filia Mahlenzien ist Herr von Schierstedt auf Dahlen.
- Nr. 286. Der Kossath August H a f t zu T r e b n i z ist zum Schiedsmann für den Bezirk Trebnitz im Saalkreise auf die Zeit vom 1. Januar 1853 bis dahin 1856 gewählt und verpflichtet worden.
- Nr. 287. Für die Stadt Liebenwerda ist der Bürgermeister B l u m e n a u als Schiedsmann und der Schlossermeister Friedrich S a c h daselbst als dessen Stellvertreter für den Zeitraum von 1853 bis 1856 gewählt und gehörig verpflichtet worden.
- Nr. 288. Der Rittergutsbesitzer S c h r ö d d e r in B ü c h e l ist zum Schiedsmanns-Vertreter für den ersten District des Eckartsbergaer Kreises auf den Zeitraum vom 1. Januar 1853 bis dahin 1856 gewählt und als solcher gehörig verpflichtet worden.
- Nr. 289. Der Anspanner Carl S t a u b in H o r l a ist zum Schiedsmann für den 6. Bezirk des Mansfelder Gebirgskreises gewählt und als solcher gehörig verpflichtet worden.
- Nr. 290. Zu Schiedsmännern im Weißenfeller Kreise für die Zeit vom 1. Januar 1853 bis dahin 1856 sind gewählt:  
a) für den VIII. Landbezirk: der Rittergutsbesitzer Theodor M a q u e t zu T h i e r b a c h;  
b) für den IX. Landbezirk: der Ortsrichter Carl Anton B ö r n e r zu K r e t z s c h a u, und als solche gehörig verpflichtet worden.
- Nr. 291. Für den 4. Landbezirk im Wittenberger Kreise sind der Braumeister Neubert zu R a k i t z zum Schiedsmann und der Hüfner Gottlieb J ä n i c k e in D o r n a zum Stellvertreter gewählt und als solche gehörig verpflichtet worden.
- Nr. 292. Für den 10. Bezirk des Mansfelder Gebirgskreises sind der Brauerverwalter Liebau in R a m m e l s b u r g zum Schiedsmann, der Ortsheber Heinrich O t t o in H e r m e r o d e zum Stellvertreter, und für den 11. Bezirk der Bürgermeister M ü l l e r in W i p p r a zum Schiedsmanns-Stellvertreter gewählt und als solche gehörig verpflichtet worden.

Gedruckt bei Robischons Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt  
im Amtsblatts-Bureau der königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

## 17. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 30. April 1853.

Das 11. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

- Nr. 3715. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Danziger Stadt-Obligationen im Betrage von 170,000 Rthlrn. Vom 7. März 1853.
- Nr. 3716. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Societät für die Melioration der in Regierungsbezirk Posen belegenen Odra-Bruchgegenden. Vom 21. März 1853.

Nr. 293.

### Revidirtes Reglement

über Annahme und Anstellung der Post-Expedienten.

Nr. 294.

Revidirtes  
Reglement  
über Annahme  
und Anstellung  
der Post-  
Expedienten.

#### §. I.

Die Post-Expedienten sind dazu bestimmt, bei Post-Anstalten den mehr mechanischen Theil der Expeditions-Geschäfte und bei Ober-Post-Directionen den einfacheren Theil der Bureau-Geschäfte zu verrichten, wozu die erforderliche Brauchbarkeit und Geschicklichkeit sich bei vorhandenem guten Willen durch Aufmerksamkeit und Uebung auch ohne höhere wissenschaftliche Ausbildung erwerben läßt.

#### §. II.

Als Post-Expedienten können zugelassen werden:

- 1) die versorgungsberechtigten Militäirs, einschließlich der zwölf Jahre gedienten Unterofficiere, und die sonst anstellungsberechtigten Personen,
- 2) bewährte Post-Expediteure nach mindestens dreijähriger Dienstzeit,
- 3) Post-Expeditions-Gehülfen (mit Ausschließung der nur für den Ort angenommenen), welche mindestens drei Jahre ununterbrochen gedient, und sich als brauchbar, zuverlässig, gewissenhaft und dienstkeifrig bewiesen haben,
- 4) Civil-Supernumerarien, welche das Qualificationszeugniß in dieser Eigenschaft in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 31. October 1827 sich erdient haben.

#### §. III.

Die näheren Bedingungen der Annahme sind folgende:

- 1) der Bewerber muß richtig Deutsch sprechen, seinen Lebenslauf, eine Verhandlung oder einen leichten Aufsatz in Deutscher Sprache richtig abfassen können,

- eine nicht bloß leserliche, sondern deutliche und gefällige Handschrift besitzen, mit den gewöhnlichen im bürgerlichen Leben vorkommenden Rechnungsbearbeitungen vertraut sein, von der geographischen Lage der größeren und wichtigeren Verkehrsorte gehörige Kenntniß haben und Französische Adressen und Ortsnamen zu verstehen und richtig auszusprechen im Stande sein;
- 2) der Bewerber darf das 35. Lebensjahr in der Regel nicht überschritten haben, muß körperlich gesund und persönlich für den Postdienst geeignet, von entstellenden Gebrechen frei sein und ein ungeschwächtes Seh- und Gehör-Vermögen besitzen,
  - 3) derselbe muß, insofern er nicht bereits zu den versorgungsberechtigten Militair-Personen gehört, den ein- resp. dreijährigen Dienst im stehenden Heere abgeleistet haben,
  - 4) es muß feststehen, daß er sich in seinen früheren Lebensverhältnissen durchaus reiblich, moralisch und achtbar bewiesen hat, daß er frei von Schulden und Gr. Majestät dem Könige und Allerhöchst Dero Königlichem Hause treu und ergeben ist;
  - 5) er muß vor seinem Eintritt in den Postdienst eine Caution von 100 Thalern in zinstragenden, inländischen Staats-Papieren oder in anderen, zu einer derartigen Cautionsleistung geeigneten zinstragenden Papieren beibringen.

#### §. IV.

Die Meldung zum Eintritte als Post-Expedient geschieht durch Vermittelung der Post-Anstalt des Ortes, an welchem oder in dessen Nähe der Bewerber wohnt, bei der Königlichen Ober-Post-Direction des Bezirks.

Dem schriftlich abzufassenden Antrage des Bewerbers müssen beigelegt sein:

- 1) die Dienstpapiere zur Begründung des Anspruchs auf Zulassung als Post-Expedient in Gemäßheit des §. II.,
- 2) der Lebenslauf des Bewerbers, von ihm gefertigt und geschrieben,
- 3) der Nachweis des Alters durch Geburtszeugniß,
- 4) ein von einem Königlichen Medicinal-Beamten ausgestellt oder bestätigtes Zeugniß über den Gesundheitszustand des Bewerbers, in welchem der Beschaffenheit des Seh- und Gehör-Vermögens ausdrücklich erwähnt sein muß,
- 5) die Papiere über die abgeleistete Militairpflicht, und
- 6) Zeugnisse der Polizei-Behörden oder sonst glaubhafter Personen über die sittliche Führung des Bewerbers und über dessen Verhalten gegenüber den oberleitenden Behörden.

In dem Antrage muß der Bewerber die schriftliche Versicherung abgegeben haben, daß er frei von Schulden sei.

#### §. V.

Findet sich nach den vorgelegten Papieren gegen den Antrag nichts zu erinnern, so hat sich der Bewerber, nach vorangegangener Aufforderung der Königlichen Ober-Post-Direction, bei derselben persönlich vorzustellen und einem Tentamen über den Grad seiner allgemeinen und schulwissenschaftlichen Bildung zu unterwerfen.

Die Kosten der Reise u. s. w. nach dem Sitze der Königl. Ober-Post-Direction und der Rückreise trägt der Bewerber.

Prüfungs-Gebühren finden nicht statt.

§. VI.

Nach bestandnem Tentamen genehmigt die Königl. Ober-Post-Direction, insofern ein Bedürfniß zur Anlernung neuer Post-Expedienten vorhanden ist, die Zulassung des Bewerbers auf Probe, und bestimmt Zeit und Ort seines Eintritts, sowie der weiteren Beschäftigung.

Der Vereidigung und dem Eintritte als Post-Expedient muß die Vereidigung der Dienst-Caution vorangehen.

§. VII.

Die Dauer der Probezeit für den Post-Expedienten beträgt ein Jahr. So lange der Post-Expedient als überzähliger Arbeiter behufs seiner Heranbildung beschäftigt wird, muß derselbe die Kosten der damit verknüpften Reisen selbst tragen.

Während der Dauer der Beschäftigung als überzähliger Arbeiter kann derselbe eine Remuneration aus Königl. Kasse nicht in Anspruch nehmen; doch wird ihm, insofern er aus der Klasse der versorgungsberechtigten Militärs hervorgegangen ist, den Postdienst außerhalb seines Wohnorts zu erlernen hat, und bei sonst mittelloser Lage für die Erhaltung eines Hausstandes sorgen muß, eine mäßige Remuneration nicht versagt werden.

Von da ab, wo der Post-Expedient eine unentbehrliche Arbeitsstelle befriedigend ausfüllt, empfängt er schon während der Probezeit eine Remuneration unter und bis 15 Thaler monatlich, bei besonderer Kostspieligkeit des Lebensunterhaltes im Orte und bei größerer Bedürftigkeit ausnahmsweise bis 20 Thaler monatlich.

§. VIII.

Post-Expedienten, welche sich während der Probezeit in irgend einer Beziehung nicht bewähren, werden vor oder mit dem Ablauf der Probezeit wieder entlassen, ohne daß sie aus der Beschäftigung im Postdienste einen Anspruch herleiten können.

§. IX.

Diejenigen Post-Expedienten, welche während der Probezeit in jeder Beziehung ihren Obliegenheiten genügen, sich durch ihre dienstliche und außerdienstliche Führung, insbesondere durch Zuverlässigkeit und Rechtlichkeit, vollständiges Vertrauen erworben, Eifer, Ausdauer und Liebe für den Beruf bewiesen haben, und danach, sowie nach Maßgabe der erlangten Dienstkenntniß, zu der Erwartung berechtigen, daß sie mit Erfolg und Nutzen für den Königl. Postdienst in demselben angestellt werden können, rücken bei sich darbietenden Vacanzen, mit vorzugsweiser Berücksichtigung der am meisten Qualificirten, in etatsmäßige Anstellung als Post-Expedient ein.

Die Anstellung erfolgt mit dem Vorbehalte dreimonatlicher Kündigung. Die Ertheilung der Anstellung findet nicht eher statt, als bis auf ergangene Aufforderung die gefesliche Caution in baarem Gelde bestellt worden ist.

§. X.

Nach Ablauf bestandener Probezeit und bis dahin, wo die Anstellung erfolgt, wird dem Post-Expedienten eine Remuneration von monatlich 20 Thalern gewährt.

§. XI.

Bei Bemessung des mit der Anstellung verbundenen Gehalts und der späteren Festsetzung desselben sind vorzugsweise die dienstlichen Leistungen der Post-Expediten, außerdem aber die Preise des Lebensunterhalts im Orte, maßgebend. Das Gehalt eines angestellten Post-Expediten kann bis zu dem Betrage von 400 Thalern jährlich, steigen.

§. XII.

Post-Expediten können auch als Vorsteher von Post-Expeditionen erster Klasse verwendet werden, müssen hierzu aber vorher überzeugend den Beweis geliefert haben, daß sie die zu einer solchen Dienststellung erforderlichen umfassenderen Dienstkenntnisse, namentlich über Postregal, Postzwang, Garantie, Taxe, Portofreiheiten, über alle Zweige des Expeditions-Dienstes, conventionelle Verhältnisse zu den fremden Post-Verwaltungen, Behandlung steuerpflichtiger Postgüter, über das Rassen- und Rechnungswesen, die Instructionen für Post-Untergebene, die Verordnungen in Betreff des Postfuhrs, Extraposts, Courier- und Eilaffetten-Wesens und über den Zeitungs-Verlag und Debit in ausreichendem Grade besitzen.

Die Anstellung der Vorsteher der Post-Expeditionen erster Klasse erfolgt ebenfalls mit dem Vorbehalte dreimonatlicher Kündigung.

Bei ganz besonderer Diensttätigkeit und außergewöhnlichem Talente können Post-Expediten mit Genehmigung der obersten Postbehörde, als Ausnahme von der Regel zu den für höhere Subaltern-Postbeamte bestimmten Prüfungen zugelassen und auf Grund der bestandenen Prüfungen in die höheren Klassen der Subaltern-Postbeamten befördert werden.

Berlin, den 31. Januar 1853.

G e n e r a l - P o s t a m t .

Nr. 295.

Reglement  
über die Zu-  
lassung und die  
Dienstverhält-  
nisse der Post-  
Expeditions-  
Gehülfen.

R e g l e m e n t

über die Zulassung und die Dienstverhältnisse der Post-  
Expeditions-Gehülfen.

§. I.

Die Post-Expeditions-Gehülfen sind dazu bestimmt, im technischen Postdienste Aushülfe zu leisten.

§. II.

Die Zulassung der Post-Expeditions-Gehülfen findet unter folgenden Bedingungen statt:

- 1) der Bewerber muß richtig Deutsch sprechen und schreiben, eine nicht bloß leserliche, sondern deutliche und gefällige Handschrift besitzen, mit den gewöhnlichen, im bürgerlichen Leben vorkommenden Rechnungs-Arbeiten vertraut sein, von der geographischen Lage der größeren und wichtigeren Verkehrsorte gehörige Kenntniß haben und Französische Adressen und Ortsnamen zu verstehen und richtig auszusprechen im Stande sein;
- 2) der Bewerber darf nicht jünger als 17 Jahre und nicht älter als 25 Jahre sein; er muß körperlich gesund, den Jahren angemessen kräftig gebildet, persönlich

für den Postdienst geeignet, von entstellenden Gebrechen frei sein und ein ungeschwächtes Seh- und Gehörvermögen besitzen;

- 3) es muß feststehen, daß er sich in seinen bisherigen Lebensverhältnissen durchaus redblich, moralisch und achtbar bewiesen hat, daß er frei von Schulden und Gr. Majestät dem Könige und Allerhöchst Dero Königlichem Hause treu und ergeben ist;
- 4) er muß vor seinem Eintritt in den Postdienst eine Caution von 100 Thalern in zinstragenden inländischen Staatspapieren oder in anderen, zu einer derartigen Cautionleistung geeigneten zinstragenden Papieren beibringen.

### §. III.

Die Meldung zum Eintritt als Post-Expeditions-Gehülfe geschieht durch Vermittelung der Post-Anstalt des Ortes, an welchem oder in dessen Nähe der Bewerber wohnt, bei der Königlichen Ober-Post-Direction des Bezirks.

Dem schriftlich abzufassenden Antrage des Bewerbers müssen beigelegt sein:

- 1) der Lebenslauf des Bewerbers, von ihm gefertigt und geschrieben;
- 2) der Nachweis des Alters durch Geburtszeugniß;
- 3) ein von einem Königlichen Medicinal-Beamten ausgestelltes oder bestätigtes Zeugniß über den Gesundheitszustand des Bewerbers, in welchem der Beschaffenheit des Seh- und Gehörvermögens ausdrücklich erwähnt sein muß;
- 4) die Schulzeugnisse des Bewerbers;
- 5) Zeugnisse der Polizei- Behörden oder sonst glaubhafter Personen über die sittliche Führung des Bewerbers und über dessen Verhalten gegenüber den obrigkeitlichen Behörden;
- 6) bei Minorennität des Bewerbers die Genehmigung des Vaters oder Vormundes zum Eintritte des Bewerbers als Post-Expeditions-Gehülfe.

In dem Antrage muß der Bewerber die schriftliche Versicherung abgegeben haben, daß er frei von Schulden sei.

### §. IV.

Findet sich nach den vorgelegten Papieren gegen den Antrag nichts zu erinnern, so hat sich der Bewerber, nach vorangegangener Aufforderung, einem von der Königlichen Ober-Post-Direction bezeichneten Postbeamten persönlich vorzustellen und vor diesem ein Tentamen über den Grad allgemeiner und schulwissenschaftlicher Bildung abzulegen.

Die Kosten der hiermit etwa für den Bewerber verknüpften Reise hat derselbe aus eigenen Mitteln zu tragen.

Prüfungsgebühren finden nicht statt.

### §. V.

Nach bestandnem Tentamen genehmigt die Königliche Ober-Post-Direction, insofern ein Bedürfniß zur Vermehrung der Post-Expeditions-Gehülfen vorhanden ist, die Zulassung des Bewerbers, dessen Sache es demnächst ist, sich ein Engagement (Privatdienstverhältniß) bei dem Vorsteher einer Post-Expedition erster oder zweiter Klasse zu verschaffen.

Zur Erlangung eines Engagements ist die Ober-Post-Direction dem Bewerber insofern behülflich, als sie ihm die vorkommenden und geeigneten Vacanzen, soweit solche derselben amtlich bekannt werden, bezeichnet.

Dem Bewerber wird aber auch freigestellt, wenn er aus eigenen Mitteln sich unterhalten kann, als überzähliger Arbeiter bei Post-Anstalten mit Genehmigung der vorgesetzten Ober-Post-Direction in Beschäftigung zu treten.

Der Bereidigung und dem Eintritte als Post-Expeditions-Gehülfe muß die Berichtigung der Dienst-Cautio vorangehen.

#### §. VI.

Die Kosten der Reise nach dem Orte des ersten Engagements oder der Beschäftigung als überzähliger Arbeiter, sowie von einem Orte nach einem anderen beim späteren Wechsel des Engagements oder der Beschäftigung als überzähliger Arbeiter, muß der Post-Expeditions-Gehülfe selbst tragen.

#### §. VII.

Die Bedingungen, unter welchen von dem Vorsteher der Post-Expedition erster oder zweiter Klasse das Engagement des Post-Expeditions-Gehülfen erfolgt, sind Gegenstand der Vereinbarung zwischen dem Vorsteher der betreffenden Post-Anstalt und dem Post-Expeditions-Gehülfen. Dies gilt insbesondere davon, ob und welche Natural-Entschädigung oder baare Remuneration der Vorsteher der Post-Anstalt dem Post-Expeditions-Gehülfen zu gewähren Willens ist.

Die Ober-Post-Direction übermacht solches nur im Allgemeinen.

Als stillschweigende Bestimmung des Engagements ist aber anzusehen, daß dem Vorsteher der Post-Anstalt und dem Post-Expeditions-Gehülfen eine Kündigungsfrist von drei Monaten zusteht, und daß die königliche Ober-Post-Direction des Bezirks ermächtigt ist, das Engagement nach einmonatlicher Kündigung aufzuheben, sofern sie es etwa für nöthig hält, den Post-Expeditions-Gehülfen gegen unmittelbaren Bezug von Diäten oder Remuneration aus königlicher Kasse in Beschäftigung treten zu lassen.

#### §. VIII.

Zur Beschäftigung gegen unmittelbaren Bezug von Diäten oder Remuneration aus königlicher Kasse werden vorkommenden Falls vorzugsweise diejenigen Post-Expeditions-Gehülfen herangezogen, welche bereits längere Zeit gedient, sich als brauchbar, zuverlässig, gewissenhaft und dienstkeifrig bewiesen und in den verschiedenen Zweigen des technischen Postdienstes die nöthige Kenntniß und hinlängliche Gewandtheit erworben haben.

#### §. IX.

Der Post-Expeditions-Gehülfe ist, wenn er in einem Engagement (Privatdienstverhältnisse) sich befindet, oder als überzähliger Arbeiter beschäftigt ist, für die Zeit, während welcher er Postdienstverrichtungen besorgt, und wenn er gegen unmittelbaren Bezug von Diäten oder von Remuneration aus der Postkasse beschäftigt wird, gleich anderen Diätarien, den für Beamte bestehenden allgemeinen Gesetzen und Disciplinar-Bestimmungen unterworfen.



§. X.

Der Post-Expeditions-Gehülfe kann bei mangelhafter Dienstführung oder aus anderen dienstlichen Gründen ohne weiteres Verfahren und zu jeder Zeit von der vorgesetzten Ober-Post-Direction aus dem Postdienste entlassen werden; er darf in solchem Falle auch bei keiner Post-Anstalt eines anderen Bezirks wieder in Beschäftigung treten.

§. XI.

Post-Expeditions-Gehülfen, welche als solche ununterbrochen drei Jahre gedient, in jeder Beziehung ihren Obliegenheiten genügt, sich durch ihre dienstliche und außerdienstliche Führung, insbesondere durch Zuverlässigkeit und Redlichkeit vollständiges Vertrauen erworben, Eifer, Ausdauer und Liebe für den Beruf bewiesen haben und danach, sowie nach Maßgabe der erlangten Dienstkenntniß, zu der Erwartung berechtigen, daß von ihnen mit Erfolg und Nutzen dauernd für den königlichen Postdienst Gebrauch zu machen sei, können bei stattfindendem dienstlichen Bedürfnisse als Post-Expedienten, unter den in dem Reglement für diese enthaltenen Bedingungen, angenommen werden; es gehört hierzu die vorherige Ableistung der Militairpflicht.

§. XII.

Wenn Personen, deren Hülfe der Vorsteher einer Post-Expedition zweiter Klasse bereits zu seinen anderweiten Geschäften bedarf oder zu seiner persönlichen Erleichterung im Postdienste gebrauchen will, nur zur Beschäftigung im Postdienste am Orte bestimmt sein sollen, ohne sich einer Verwendung durch die königliche Ober-Post-Direction zu unterwerfen, so können dieselben, insofern sie unbescholten sind und die im §. II. sub 1. bezeichneten Kenntnisse besitzen, mit Genehmigung der königlichen Ober-Post-Direction als Post-Expeditions-Gehülfen für den Ort vereidigt und daselbst zu den Post-Expeditions-Geschäften zugelassen werden. Die Annahme oder das Engagement solcher Gehülfen ist nur bei denjenigen Post-Expeditionen zweiter Klasse statthaft, wo den Vorstehern derselben ein Adjutum auf Unterhaltung des Gehülfen aus der Postklasse nicht gewährt wird.

Die Postverwaltung verlangt von diesen Gehülfen keine Caution; findet jedoch das Anerbieten einer Caution statt, so wird dieselbe zur Aufbewahrung bei der Ober-Postklasse entgegengenommen und muß hierzu in den im §. II. sub 4. bezeichneten Papieren bestehen. Post-Expeditions-Gehülfen für den Ort sind, so lange sie Postdienst-Verrichtungen besorgen, den für Beamte bestehenden allgemeinen Gesetzen und Disciplinar-Bestimmungen unterworfen.

Die königliche Ober-Post-Direction zieht diese Gehülfen zur Beschäftigung gegen Diäten oder Remuneration nicht heran; eben so wenig können dieselben als Post-Expedienten eintreten.

Geht ein solcher Gehülfe in ein anderes, für ihn zulässiges Engagement über, so wird er auch dort nur als Post-Expeditions-Gehülfe für den Ort angesehen, wenn er nicht ausdrücklich die sonstigen Bedingungen dieses Reglements inmittelst erfüllt und sich der etwaigen Verwendung durch die königliche Ober-Post-Direction unterwerfen zu wollen erklärt hat; in diesem Falle wird aber die Zeit, welche derselbe in der Eigenschaft als Post-Expeditions-Gehülfe für den Ort beschäftigt gewesen ist, bei Berech-

nung der zur Annahme als Post-Expedient nachzuweisenden Dienstzeit nicht in Anschlag gebracht.

Berlin, den 31. Januar 1853.

General-Postamt.

Nr. 296. In dem verfloffenen Jahre 1852 sind bei 56 Schiedsmännern des Erfurter und Die Wirkam- 292 des Merseburger Regierungsbezirks im Ganzen 21,345 Streitsachen anhängig  
felt der gewesen, unter welchen sich 1657 Injuriensachen befunden haben. Von dieser gegen  
ner des Appella- das vorige Jahr abermals in erfreulicher Weise gestiegenen Gesamtzahl von Sachen  
tionsgerichts- wurden 15,288 durch Vergleich beendet — im vorigen Jahre waren es nur 9052 —  
Departements und im Jahre 1850 nur 5963, während 1804 durch Zurücktreten der Parteien und  
Rauenburg im 3984 durch Ueberweisung an den Richter beendet wurden und 269 am Schlusse des  
Jahre 1852 Jahres noch anhängig blieben.  
betr.

Durch eine größere Zahl von verglichenen Sachen haben sich folgende Schieds-  
männer vorzüglich ausgezeichnet, deren Thätigkeit hierdurch rühmlich anerkannt wird:

A. im Regierungsbezirk Erfurt:

- 1) der Gastwirth Berner zu Erfurt,
- 2) der Seifenledermeister Junemann zu Tennstädt,
- 3) der Stadtverordnete Sauer zu Suhl,
- 4) der Rentant Wegner zu Schmieda;

B. im Regierungsbezirk Merseburg:

- 1) der Schneidermeister und Stadtverordnete Fausser zu Döben,
- 2) der pensionirte Gerichts-Actuar Claus zu Zörbig,
- 3) der Fleischermeister Zeising zu Roßsch,
- 4) der Polizeiamtman und Bürgermeister Gottlobber zu Eßleda,
- 5) der Deconom Preßler zu Halle,
- 6) der Schlossermeister Schröder daselbst,
- 7) der Kaufmann Eisentraut daselbst,
- 8) der pensionirte Gerichts-Secretair Böttger zu Hettstädt,
- 9) der Ortsrichter Thurm zu Ahlsdorf,
- 10) der Gastwirth Wähner zu Eisleben,
- 11) der Riemeister Grünner daselbst,
- 12) der Apotheker und Fabrikant Petersen zu Merseburg,
- 13) der Bürgermeister von Bose zu Lützen,
- 14) der Gradirmeister Beyer zu Vorbiß,
- 15) der Ortsrichter Kettig zu Teuditz,
- 16) der pensionirte Bürgermeister und Hauptmann Meyer zu Ebbesän,
- 17) der Ortsrichter Ernst zu Dietersdorf,
- 18) der Rentant Hiedmann zu Heringen,
- 19) der Amtmann Bercht zu Annaburg,
- 20) der vormalige Gerichts-Actuar Post zu Weissenfeld,
- 21) der Stadtverordnete Hebestreit zu Hohenmölsen,
- 22) der Polizeiverwalter Wendorf zu Teuchern,

- 23) der Kammerer Heyer zu Okerfeld,  
 24) der Apotheker Zuckschwerdt zu Schmiedeberg, und  
 25) der Rittergutsbesitzer Dr. Seidler zu Draschwitz.

Von den genannten Schiedsmännern haben insbesondere der Gerichts-Actuar Claus 252 (darunter 136 verglichen), der Bürgermeister Gortelbber 302 (darunter 153 verglichen), der Kaufmann Eisentraut 276 (darunter 127 verglichen), der Bauwirth Böhner 283 (darunter 240 verglichen), der Kiemermeister Grünner 254 (darunter 194 verglichen) und der Bürgermeister von Bose 298 (darunter 270 verglichen) und die übrigen ein jeder mehr als 150 Sachen verhandelt.

Nach den von den betreffenden Landräthen und Magisträten eingegangenen Berichten über den Erfolg des Instituts bewährt sich dasselbe in unserem Departement je länger, je mehr, und die obigen Zahlen beweisen, daß, wie die Thätigkeit der Schiedsmänner, so auch das Vertrauen des Publikums zu denselben von Jahr zu Jahr steigt. Je erfreulicher dies ist, um so mehr erscheint es nöthig, sowohl die Schiedsmänner, als auch das betheiligte Publikum auf die hauptsächlichsten Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften aufmerksam zu machen, welche bei den im vorigen Jahre stattgefundenen Geschäftskrevisionen der Schiedsmänner wahrgenommen worden sind. Am häufigsten verletzt wurden die Vorschriften über Prüfung der Identität und Dispositionsfähigkeit der Parteien, über die erforderliche Zuziehung der Ehemänner und Väter bei Verpflichtungen von Ehefrauen und in väterlicher Gewalt stehender Kinder, über die Unstatthaftigkeit von Stellvertretungen (mit alleiniger Ausnahme der Stadt- und Landgemeinden und der Korporationen) und über die Unerlässlichkeit der persönlichen Anwesenheit der Parteien bei Aufnahme der Vergleiche, endlich die Vorschrift, daß jeder schiedsmännische Vergleich die Erwähnung des vorangegangenen Streits oder Zweifels, und des Grundes der Forderung, sowie die Feststellung der Verpflichtungen des Schuldners und der Zeit ihrer Erfüllung enthalten muß, und daß die Protokolle von Schreibenskundigen Parteien selbst durchgelesen, den Schreibenskundigen aber in Gegenwart eines von ihnen entweder mit zur Stelle gebrachten oder ihnen zuzuordnenden Beistandes vom Schiedsmann vorgelesen werden sollen. Da die Nichtbefolgung dieser Vorschriften schon zu Nügen gegen die Schiedsmänner und zu nachtheiligen Verwickelungen für die Parteien Veranlassung gegeben hat, so glauben wir von den Ersteren erwarten zu können, daß sie sich noch mehr als bisher mit den in dem Scheringschen Handbuch für Schiedsmänner enthaltenen Vorschriften bekannt und deren sorgsamste Befolgung zur Pflicht machen werden.

Da endlich auch die wenigsten Schiedsmänner bei Einreichung ihrer Geschäfts-Nachweisungen die Zahl der bei ihnen anhängig gewesenen Injurienfachen angegeben haben, so wird die schon in dem vorjährigen Publikandum vom 12 März 1852 (Mersburger Amtsblatt 1852 Seite 122.) enthaltene Anweisung hierdurch wiederholt, wonach die Geschäfts-Nachweisungen der Schiedsmänner die genaue Angabe enthalten müssen, wieviel von den anhängigen Sachen Injurienfachen gewesen sind.

Raumburg, den 8. April 1853.

Rönigliches Appellationsgericht.

**Nr. 297.** Es wird hiermit bekannt gemacht, daß das Hypothekenbuch über das von uns bereits öffentlich bekannt gemachte Grundstück, das Wohnhaus des Handarbeiters Gottlieb Rütz, Nr. 86. Friedrichsstadt, vollendet ist, und daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte in Beziehung auf dieses Grundstück nur nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist. Wittenberg, den 12. Januar 1853.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

**Nr. 298.** Die Tabelle über folgende Grundstücke, als:  
a) eine Portion des ältern Jungferndrhwassers, welche dem Hause des verstorbenen Bürgermeisters Carl Gottfried Giese, Nr. 36. Wittenberg, als Pertinenz zugeschlagen werden soll, b) ein neues Wohnhaus zu Pratau, welches die Wittve Berger, Johanne Dorothea geborne Pannier, auf einem von der Gemeinde zu Pratau erkauften Stück Fleck neu aufgebauet hat,  
ist fertig und kann in unserm I. Bureau vom 7. Mai bis 7. Juli eingesehen werden.

Spätere Einwendungen dagegen sind unzulässig.

Wittenberg, den 26. Januar 1853.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

## Personal-Chronik.

**Nr. 299.** Die durch die Versetzung des Dr. Steudner und den freiwilligen Rücktritt des Dr. Röbdechen aus Lindow erledigte Stelle des Physikus für den Liebenwerdaer Kreis ist dem practischen Arzte, Wundarzte und Geburtshelfer Dr. Müller in Liebenwerda verliehen worden.

**Nr. 300.** Die Schul- und Küsterstelle in Houterode, Ephorie Heldrungen, Königlichen Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

**Nr. 301.** Dem Lehrer Zeller zu Rosenfeld ist die Forst-Unterreceptur für die Oberförsterei Zülzdorf interimistisch übertragen worden.

**Nr. 302.** Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Dronzig, in der Diöcese Lissen, ist dem bisherigen Pfarrer zu Kontopp in Schlesien, Giesebrecht, verliehen worden.

**Nr. 303.** Das unter dem Patronate des Regierungs-Präsidenten a. D. Grafen von Flemming zu Croffen stehende Pfarramt zu Croffen in der Diöcese Zeitz ist durch das Ableben seines Inhabers erledigt.

**Nr. 304.** Der Färbermeister Friedrich Serfling aus Lissen ist zum Schiedsmann für den V. Landbezirk und der Gutsbesitzer Traugott Hanf aus Großhelsdorf zum Schiedsmann für den VI. Landbezirk des Weissenfeler Kreises für den Zeitraum pro 1853 bis 1855 gewählt und als solche gehdrig verpflichtet worden.

**Nr. 305.** Zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern für den Mansfelder Seekreis sind auf die Jahre 1853, 1854 und 1855 gewählt:

- a) für die Stadt Gerbstedt: der Rathmann Wilhelm Meise zu Gerbstedt zum Schiedsmann;
  - b) für den II. (Strenz-Raundorfer) Bezirk: der Schulze Ernst zu Strenz-Raundorf zum Stellvertreter;
  - c) für den III. (Friedeburger) Bezirk: der Kantor emerit. Schöllner zu Friedeburg zum Schiedsmann, der Schulze Müller zu Zabenstedt zum Stellvertreter;
  - d) für den IV. (Amt Gerbstedter) Bezirk: der Kaufmann Bernhard Ulrich zu Kloster Gerbstedt zum Schiedsmann, der Kantor emerit. Werner zu Heiligenthal zum Stellvertreter,
- und als solche gebüßig verpflichtet worden.

Zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern im Mansfelder Seekreise sind für die Nr. 306: Jahre 1853 bis 1855 gewählt:

- a) für den V. Landbezirk (Helbra): der Streiger Pfeiffer zu Helbra zum Schiedsmann, der Schulze Brachvogel daselbst zum Stellvertreter;
  - b) für den VI. Landbezirk (Polleben): der Gastwirth Friedrich Ackermann zu Polleben zum Schiedsmann, der Schulze Hochheim daselbst zum Stellvertreter;
  - c) für den VII. Landbezirk (Dederstedt): der Anspanngutbesitzer Brause zu Schwitterdorf zum Schiedsmann, der Anspanngutbesitzer Wagner zu Beesenstedt zum Stellvertreter;
  - d) für den VIII. Landbezirk (Schochwitz): der Schulze Ziemann zu Gorseleben zum Schiedsmann, der Faktor Volke zu Schochwitz zum Stellvertreter;
  - e) für den IX. Landbezirk (Helsta): der Förster Länger zu Helsta zum Schiedsmann, der Kantor Burkhardt daselbst zum Stellvertreter;
  - f) für den X. Landbezirk (Hornburg): der Schulze Koch zu Hornburg zum Schiedsmann, der vormalige Schulze Lamm bach daselbst zum Stellvertreter;
  - g) für den XI. Landbezirk (Höbstedt): der Maurermeister John zu Höbstedt zum Schiedsmann, der Rittergutbesitzer Otto das. zum Stellvertreter;
- und sind diese Personen in der genannten Eigenschaft gebüßig verpflichtet worden.

Zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern im Mansfelder Gebirgskreise sind für Nr. 307. den Zeitraum der Jahre 1853 bis 1855 gewählt:

- a) für den 12. Landbezirk: der Gutbesitzer Carl Gießler aus Watterode zum Schiedsmann-Stellvertreter;
  - b) für den 13. Landbezirk: der Amtmann Steinmeyer aus Müllendorf zum Schiedsmann, der Schulze Müller daselbst zum Stellvertreter;
  - c) für den 14. Landbezirk: der Schulze Gottlieb Große aus Kloster Mansfeld zum Stellvertreter;
  - d) für den 15. Landbezirk: der Kaufmann Hünike aus Hergisdorf zum Stellvertreter,
- und als solche gebüßig verpflichtet worden.

Nr. 308. Zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern im Mansfelder. Seekreis sind für die Jahre 1853 bis 1855 gewählt:

- a) für den XIII. Landbezirk (Vennstedt): der Amtmann Benzell zu Langenhagen zum Schiedsmann, der Posthalter Arnold daselbst zum Stellvertreter;
- b) für den XIV. Landbezirk (Zeutschenthal): der Zimmermeister Böhme zu Zeutschenthal zum Schiedsmann, der Gutsbesitzer, Gerichtsschulze Becker daselbst zum Stellvertreter,

und als solche gehörig verpflichtet worden.

Nr. 309. Es sind im Mansfelder Gebirgskreise auf die Jahre 1853:

- a) für die Stadt Ermleben: 1) der Kammerer Schröder daselbst zum Schiedsmann und 2) zu dessen Stellvertreter der dasige Kaufmann Christoph Müller;
- b) für den 7. Bezirk: 1) der Gastwirth August Huster zu Welbleben zum Schiedsmann und 2) zu dessen Stellvertreter der Gutsbesitzer Christoph Becker zu Endorf;
- c) für den 8. Bezirk: 1) der Deconom Christian Badermann zu Meisdorf zum Schiedsmann und 2) zu dessen Stellvertreter der Zimmermeister Strumpf daselbst;
- d) für den 9. Bezirk aber der Schöppe Wiedenbeck zu Mansfelde zum Stellvertreter des Schiedsmanns

gewählt, verpflichtet und bestätigt worden.

Nr. 310. Der Magistrats-Assessor Dammann zu Hettstedt ist zum Stellvertreter des Schiedsmanns der Stadt Hettstedt für die Zeitperiode 1853 gewählt und als solcher gehörig verpflichtet worden.

Nr. 311. Die Verwaltung der seit dem 1. April c. in Stößen eingerichteten Post-Expedition ist dem zum Post-Expediteur ernannten Orts-Einwohner Friedrich August Franke übertragen worden.

Nr. 312. Es ist mir wichtig, zu erfahren, wo? und wann? ein gewisser Gottfried Thomas mit seiner Ehefrau Anne Elisabeth geborne Schuster getrauet und in Folge etwa sich vorfindender Erzeugnisse, aus welchem Orte der genannte Thomas gebürtig gewesen und wenn er, ingleichen sein Sohn, Johann Karl Thomas, geboren wurde. Die Herren Geistlichen und Kirchner in und um Leipzig, Halle und Eisleben werden deshalb ersucht, in den Kirchenbüchern von 1718 bis 1757 nachzuforschen und die etwaigen bezüglichen Nachrichten mir baldigst zugehen zu lassen und sichere ich Einsender erbetener Mittheilung, je nach dem Erfolge des Mitgetheilten, eine angemessene Remuneration hierdurch zu.

Schöngleina bei Stadt Roda, im Herzogthum Sachsen-Altenburg.

Karl August Thomas, Deconom.

Gedruckt bei Robitschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
18. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 7. Mai 1853.

Es wird hierdurch zur Kenntniß des theilhaftigen Publikums gebracht, daß der im vorigen Jahre zur Wahrnehmung der Provinzial-Vertretung berufene Provinzial-Landtag der Provinz Sachsen zu dem Ausschusse, welcher nach dem Landtags-Abschiede für die Provinz Sachsen vom 6. August 1841 alle diejenigen auf die Feuer-Societät für das platte Land des Herzogthums Sachsen Bezug habenden Geschäfte zu besorgen haben soll, deren Erledigung der Bestimmung des Reglements vom 18. Februar 1838 zufolge den zum Provinzial-Landtage versammelten Vertretern des platten Landes überlassen ist,

Nr. 313.  
Die Wahl und  
Bestätigung  
des Ausschusses  
für die Angele-  
genheiten der  
Feuer-Societät  
für das platte  
Land des Her-  
zogthums  
Sachsen betr.

## A. zu Mitgliedern:

- 1) den Abgeordneten, Geheimen Regierungsrath und Landrath von Leipziger auf Niemege,
- 2) „ „ Kammerherrn von Burkerode auf Burghesler,
- 3) „ „ Ortsrichter Haus zu Walterödorf, und
- 4) „ „ Ortsrichter Henschel zu Dpzig,

## B. zu Stellvertretern:

- 1) den Abgeordneten, Landtagemarschall, Kammerherr Graf von Zech-Burkerode zu Gosel,
- 2) „ „ Erbtruchseß von Grävenitz zu Queß,
- 3) „ „ Ortsrichter Schmidt zu Borgau, und
- 4) „ „ Ortsrichter Hanisch zu Triestewitz,

gewählt und der Herr Minister des Innern diese Wahlen in Folge der demselben desfalls erteilten Allerhöchsten Ermächtigung vom 2. Februar d. J. mittelst Rescripts vom 26. dess. Mts. bestätigt hat.

Magdeburg, den 14. April 1853.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen v. Wigleben.

Es wird hierdurch zur Kenntniß des Schifffahrt treibenden Publikums gebracht, daß die Stromstrecke der Elbe bei dem Pausnitzer Mittelbeger, auch Kupiger Winkel genannt, ohnweit Mühlberg (oberhalb) bei einem Wasserstande unter 8 Fuß am Mühl-

Nr. 314.  
Die Passirung  
der Strom-  
strecke in der

Elbe am haupt-  
sächlichsten  
Punkte, auch  
Anfänger Win-  
kel genannt,  
betr.

berger Pegel, wegen der dann daselbst stattfindenden starken Strömung, nur mit größter Vorsicht zu passieren ist.

Merseburg, den 8. März 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 315.

Die Stoll-  
Bevölkerung  
des Regie-  
rungsbezirks  
Merseburg  
betr.

# General-Übersicht

der Civil-Bevölkerung des Regierungsbezirks Merseburg nach dem Ergebniß der statistischen Tabelle pro 1852.

Nr.	Namen der Kreis.	Zahl der Bewohner.			Verhältniß der Confessionen.					
		männli- chen Ge- schlecht.	weibli- chen Ge- schlecht.	Summa.	Evange- lische Christen.	Katho- lische Christen.	der ortsfremden angehörigen Christen.	Methoden.	Juden.	Summa.
1	Bitterfeld. . .	21,827	22,778	44,605	44,529	70	—	—	6	44,605
2	Delitzsch. . .	26,201	27,434	53,635	53,472	137	—	—	26	53,635
3	Eckartsberga .	18,804	19,352	38,156	38,088	48	—	—	20	38,156
4	Halle, Stadt .	17,705	17,371	35,076	34,162	657	1	—	256	35,076
5	Liebenwerda. .	18,750	19,295	38,045	37,941	84	—	—	20	38,045
6	Manfeld, Ge- birgskreis . .	18,459	18,705	37,164	37,036	51	—	—	77	37,164
7	Manfeld, See- kreis . . . .	25,288	25,497	50,785	50,382	256	—	—	147	50,785
8	Merseburg . .	20,966	28,863	55,829	55,634	168	—	3	24	55,829
9	Raumburg . .	11,655	12,439	24,094	23,990	91	—	—	13	24,094
10	Querfurt . .	23,242	23,891	47,133	47,066	64	—	—	3	47,133
11	Saalkreis . .	24,953	24,215	49,168	48,887	223	—	23	35	49,168
12	Sangerhausen.	28,385	29,619	58,004	57,881	102	—	—	21	58,004
13	Schweinitz . .	18,828	19,587	38,415	38,300	74	—	—	41	38,415
14	Torgau . . .	26,494	26,695	53,189	52,949	223	—	—	17	53,189
15	Weißenfels . .	24,843	25,257	50,100	49,900	100	—	1	9	50,100
16	Wittenberg . .	23,351	24,106	47,457	47,360	88	—	—	9	47,457
17	Zeitz . . . .	17,571	17,920	35,491	35,367	113	—	—	11	35,491
Summa . .		373,322	383,024	756,346	753,034	2549	1	27	735	756,346

incl. 398  
Frei-  
Gemeinder.



Unter dieser Einwohnerzahl befinden sich:

a) Taubstumme 562, und zwar:

18 Kinder vor vollendetem 5ten Lebensjahre,  
136 Personen nach dem 5ten aber vor vollendetem 15ten Lebensjahre,  
168 " nach dem 15ten aber vor vollendetem 30sten Lebensjahre,  
240 " nach vollendetem 30sten Lebensjahre.

uls.

b) Blinde 549, und zwar:

54 Kinder vom frühesten Alter ab bis zum vollendetem 15ten Lebensjahre,  
54 Personen nach dem 15ten aber vor vollendetem 30sten Lebensjahre,  
441 " nach vollendetem 30sten Lebensjahre.

uls.

Der Flächeninhalt des Regierungsbezirks beträgt ungefähr 187 geographische Quadratmeilen; darauf befand sich Anfangs December 1852 nach den vorstehenden Angaben eine Volkszahl von 756,346 Seelen, mithin kommen im Durchschnitt auf eine Quadratmeile 4045 Einwohner.

Merseburg, den 28. April 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Aus Anlaß einer Mittheilung des Königl. Ministerii der auswärtigen Angelegenheiten wird hierdurch zum allgemeinen Kenntniß gebracht, daß jetzt auch die Fürstlich Waldeck'sche Regierung dem Paßkarten-Verein beigetreten ist.

Merseburg, den 22. April 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 316.  
Beitritt der  
Fürstl. Waldeck-  
schen Regie-  
rung zum Paß-  
karten-Verein

Die bisherige Steuer-Receptur zu Wiehe wird zufolge Verfügung des Herrn General-Directors der Steuern vom 9. d. M. III. 8,190. vom 1. Mai d. J. an zu einem Unter-Steueramte erhoben, was hierdurch bekannt gemacht wird.

Magdeburg, den 24. April 1853.

Der Geheime Ober-Finanz-Rath u. Provinzial-Steuer-Director.  
In Vertretung: der Ober-Regierungs-Rath Friese.

Nr. 317.  
Umwandlung  
der Steuer-  
Receptur zu  
Wiehe.

Die im Extrablatt zum 36. Stück des vorjährigen Regierungs-Amtsblattes bekannt gemachten Hypothekentabellen sind sämtlich in die Hypothekenbücher übertragen und wird nun der Erwerb neuer Hypothekenrechte an den darin bemerkten Grundstücken lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und Hypotheken-Ordnung beurtheilt werden.

Leiz, den 22. Januar 1853.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

Nr. 318.  
Hypotheken-  
Eachen.

# Personal-Chronik.

- Nr. 319. Der Rittergutspächter Oskar Lieberkühn zu Ballhausen ist zum Kreis-Tarator in landwirthschaftlichen Angelegenheiten für den Sangerhäuser Kreis angenommen und als solcher verpflichtet worden.
- Nr. 320. Der Radlermeister August Louis Hoppe in Eilenburg ist unter dem 16. März. c. als Agent der Preuss. National-Versicherungs-Gesellschaft zu Stettin an Stelle des bisherigen Agenten Kaufmann Hugo Werbach daselbst bestätigt worden.
- Nr. 321. Nachdem der Kaufmann F. Th. Hänert in Halle die Agentur der Berlinischen Feuerversicherungs-Anstalt freiwillig niedergelegt hat, ist unter dem 26. März c. der Kaufmann Friedrich Schreiber daselbst als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden.
- Nr. 322. Die Schulstelle in Gostemitz, Ephorie Eilenburg, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.
- Nr. 323. Die Schulstelle in Keffeld, Ephorie Herzberg, Königlichen Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt, auch deren Wiederbesetzung bereits eingeleitet.
- Nr. 324. Die Schul- und Küsterstelle in Zbberitz, Ephorie Brehna, Königlichen Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt, auch deren Wiederbesetzung bereits eingeleitet.
- Nr. 325. Die erledigte evangelische Diaconatsstelle zu Berg vor Eilenburg, in der Dices Eilenburg, ist dem bisherigen Predigtamts-Candidaten Carl Franz Sulze verliehen worden.
- Nr. 326. Zu der erledigten evangelischen Ober-Pfarradjunctur an St. Ulrich in Halle, in der Stadt-Dices Halle, ist der bisherige Professor der Theologie D. Moll berufen und kirchenregimentlich bestätigt worden.
- Nr. 327. Der als Special-Commissarius in Auseinandersetzungssachen zu Halle angestellte Obergerichts-Assessor, Kreisrichter Ehrenberg ist in Folge seiner definitiven Uebernahme zur Verwaltung zum Regierungs-Assessor ernannt worden.
- Nr. 328. Mittels Allerhöchster Bestallung vom 18. April d. J. ist der Staatsanwalts-Gehilfe, Gerichts-Assessor Carl Rudolph Ditto von Raddecke zum Staatsanwalt bei dem Königlichen Kreisgerichte in Torgau vom 1. Mai ab ernannt worden.
- Nr. 329. Dem Gastwirth Dittmann zu Obergöbblingen ist in Anerkennung seiner langjährigen Bemühungen um die Pferdezucht die in Silber ausgeprägte Guts-Medaille verliehen worden.

Gedruckt bei Robischons Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt  
im Amtsblatt-Bureau der Königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**19. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 14. Mai 1853.

Das 12. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 3717. Bestätigungs-Urkunde in Betreff der Stettiner gemeinnützigen Baugesellschaft. Vom 16. März 1853.

U. 1. 224,

Das 13. Stück der Gesetz-Sammlung:

Nr. 3718. Allerhöchster Erlaß vom 7. März 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte zum Chausseebau von Lissa nach Gostyn durch den Fraustadter Kreis.

Nr. 3719. Allerhöchster Erlaß vom 14. März 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von der Beuel-Vendorfer Staatsstraße zu Honnef über Aßbach bis zur Neuwied-Weyerbuscher Gemeinde-Chaussee zu Glamersfeld.

Nr. 3720. Allerhöchster Erlaß vom 14. März 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von Wassenberg über Wildenrath und Arobeck bis zur Erkelenz-Straelener Gemeinde-Chaussee in Niederkrüchten.

Nr. 3721. Allerhöchster Erlaß vom 14. März 1853, betreffend die Bedingungen für die Ausübung der Rheinschiffahrt.

Nr. 3722. Gesetz über die Einführung einer gleichen Wagenspur in denjenigen Kreisen der Provinz Schlesien, welche nach der Verordnung vom 7. April 1833 von derselben ausgeschlossen sind. Vom 4. April 1853.

Nr. 3723. Allerhöchster Erlaß vom 4. April 1853, betreffend Abänderungen des Regulativs über die Breite und Länge der Schiffsgefäße und Flöße auf den Wasserstraßen zwischen der Oder und Spree vom 8. November 1845.

Nr. 3724. Bekanntmachung, betreffend die Abänderung der Gesellschaftsstatuten der Aktiengesellschaft „Allianz, anonyme Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb bei Stolberg.“ Vom 7. April 1853.

Nr. 3725. Bekanntmachung, betreffend die von den Kammern ertheilte Zustimmung zu der Verordnung vom 4. August 1852 über die Bildung der Ersten Kammer. Vom 14. April 1853.

Das 14. Stüd der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 3726. Bekanntmachung über die unterm 4. April 1853 erfolgte Bestätigung des Statuts des Aktienvereins zur Ausführung des Bräh, Zirschriegel, Neustadt-Pinner Chausseebaues. Vom 23. April 1853.
- Nr. 3727. Gesetz, betreffend die Kompetenz des Kammergerichts zur Untersuchung und Entscheidung wegen der Staatsverbrechen und das dabei zu beobachtende Verfahren. Vom 25. April 1853.
- Nr. 3728. Gesetz wegen Abänderung des Vereins-Zolltarifs. Vom 2. Mai 1853.
- Nr. 3729. Bekanntmachung der von den Kammern erteilten Genehmigung der Verordnung vom 29. März 1853, Erleichterungen des Verkehrs zwischen den Staaten des Zollvereins und den Staaten des Steuervereins betreffend. Vom 1. Mai 1853.

Das 15. Stüd der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 3730. Gesetz, betreffend einige Bestimmungen zur Beseitigung von Kompetenz-Streitigkeiten unter verschiedenen Gerichten. Vom 2. Mai 1853.
- Nr. 3731. Gesetz, betreffend den Ansaß der Gerichtskosten und der Gebühren der Rechtsanwalte in Untersuchungssachen. Vom 3. Mai 1853.
- Nr. 3732. Gesetz, betreffend das Verfahren wegen einfachen Diebstahl und einfacher Hehlerei im wiederholten Rückfalle, im Bezirke des Rheinischen Appellationsgerichtshofes zu Köln. Vom 4. Mai 1853.

Nr. 331.

Den diesjährigen Ankauf der Remonte im Reglerungsbezirk Merseburg betr.

Zum Ankaufe von Remonten, im Alter von drei bis einschließlich sechs Jahren, sind auch in diesem Jahre, in dem Bezirke der Königl. Regierung zu Merseburg und den angrenzenden Bereichen, nachstehende früh Morgens beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

den 7. Juni in Lützenau,  
den 10. Juni in Torgau,  
den 20. Juni in Egeln.

Die von der Militair-Commission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort baar bezahlt.

Die erforderlichen Eigenschaften eines Remontepferdes werden als hinlänglich bekannt vorausgesetzt, weshalb zur Warnung der Verkäufer nur noch bemerkt wird, daß Pferde, deren Mängel gesetzlich den Kauf rückgängig machen und Krippenfeßer, die sich als solche innerhalb der ersten zehn Tage herausstellen, dem früheren Eigenthümer auf seine Kosten zurückgesandt werden.

Mit jedem erkauften Pferde sind eine neue starke lederne Trense, eine Gurthalter und zwei hanfene Stricke, ohne besondere Vergütung, zu übergeben.

Berlin, den 6. April 1853.

Königl. Ministerium, Abtheilung für das Remonte-Wesen.

Nr. 332.

Die Ausföhrung der Allerhöchsten Ver-

Durch unsere Bekanntmachung vom 19. November 1841 (Amtsblatt pro 1841 pag. 286.) haben wir diejenigen Ortschaften und Kreise des hiesigen Regierungsbezirks bezeichnet, in welchen nach Maßgabe der Allerhöchsten Verordnung vom 30. Juni 1839

(Gesetz-Sammlung pro 1839 pag. 223.) die Controle über die unverarbeitet transportirten Hölzer eingeführt worden ist.

In einem besondern Falle ist von einer Gerichtsbehörde ein Zweifel über die Rechtsgültigkeit dieser Anordnung aus dem Grunde angeregt, weil, wie der Eingang der bezogenen Bekanntmachung besage, wir zwar von dem Herrn Ober-Präsidenten der Provinz ermächtigt seien, die Allerhöchste Verordnung vom 30. Juni 1839 in den bezeichneten Ortscschaften und Kreisen des hiesigen Regierungsbezirks zur Anwendung zu bringen, nach §. 4. jener Allerhöchsten Verordnung aber eine solche Ermächtigung nur von dem Königl. Staats-Ministerio ertheilt werden könne. Zur Beseitigung eines solchen Zweifels lassen wir hierunter einen Abdruck des auf Allerhöchste Genehmigung gegründeten Erlasses des Königl. Staats-Ministerii vom 20. Januar 1840 folgen, durch welchen die Befugniß, die Ermächtigung zur Anwendung der Holz-Legitimations-Controle zu ertheilen, auf den Herrn Ober-Präsidenten der Provinz übertragen worden ist.

ordnung vom  
30. Juni 1839,  
betr. die Con-  
trolle der Hölzer,  
welche unver-  
arbeitet trans-  
portirt werden.

Zugleich nehmen wir Veranlassung, darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig die aufmerksame und sachgemäße Handhabung der Holz-Legitimations-Controle für den Schutz der Königl. Forsten sowohl, als der Privat-Waldungen ist, und fordern alle dabei betheiligten Behörden, namentlich die Forst-, die Polizei- und die Steuer-Beamten auf, diesem Gegenstande die ihm gebührende Aufmerksamkeit unablässig zuzuwenden und den ihnen in dieser Beziehung obliegenden Verpflichtungen streng nachzukommen.

Merseburg, den 29. April 1853.

Königlich Preussische Regierung.

Des Königs Majestät haben durch die unterm 30. Juni v. J. erlassene Verordnung zur Vorbeugung des in mehreren Gegenden der Provinz Sachsen, Westphalen und der Rheinprovinz überhand nehmenden Holzdiebstahls die Einführung einer Holz-Legitimations-Controle unter den in den §§. 1. bis 3. jener durch die Gesetz-Sammlung bereits publicirten Verordnung enthaltenen näheren Bestimmungen Allerhöchst zu genehmigen, und da die Verordnung nicht im ganzen Bereich der genannten drei Provinzen, sondern nur in denjenigen Gegenden und Kreisen derselben in Kraft treten soll, wo der Holzdiebstahl überhand genommen hat, das unterzeichnete Staats-Ministerium zu ermächtigen gerubet:

diese Verordnung überall da in Anwendung bringen zu lassen, wo die Ueberhandnahme des Holzdiebstahls das Bedürfniß der dagegen erlassenen Bestimmungen zum Schutz der Waldungen hervorruft. 2c. 2c.

Da das lokale Bedürfniß hierin allein maßgebend ist, und dieses weniger von den Central-, als vielmehr von den Lokal-Behörden wahrgenommen werden kann, auch nach der mehrern oder mindern Ausdehnung des Holzdiebstahls in den einzelnen Districten wechselnd ist, so autorisiren wir Em. Hochgeboren, die Verordnung in allen Theilen der Provinz Sachsen, wo sich das Bedürfniß dazu durch Ueberhandnahme des Holzdiebstahls hervorstellt, in Ausführung zu bringen und zu dem Ende sowohl die Regierungen in Magdeburg, Merseburg und Erfurt mit der erforderlichen Anweisung zu versehen, als auch die Verordnung selbst, sowie die Bezeichnung der

Districte, in welchen sie zur Anwendung gebracht werden soll, durch die Amtsblätter der betreffenden Regierungen schleunigst publiciren zu lassen.

Berlin, den 20. Januar 1840.

Königliches Staats-Ministerium.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

von Altenstein. von Kamph. Mähler. von Kochow. Nagler.  
von Ladenberg. von Alvensleben. von Werthern. von Rauch.  
An den Königlichen Ober-Präsidenten, Herrn Grafen zu Stolberg-  
Bernierode, Hochgeboren in Magdeburg.

Nr. 333.  
Die Eröffnung  
einer General-  
Landes-  
Kirchen- und  
Schul-Visita-  
tion in der  
Provinz  
Sachsen betr.

Es haben des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 5. Juli v. J. Allerhöchst Ihre vollkommene Zustimmung dazu gegeben, daß auf eine ähnliche Weise, wie im Jahrhundert der Reformation geschehen, eine General-Landes-Kirchen- und Schulen-Visitation nach Anweisung des Evangelischen Ober-Kirchenrathes im ganzen Königreiche begonnen und allmählig, wie es Zeit und Umstände gestatten, fortgesetzt werden soll. Mit diesem Geschäfte sind besondere geistliche Visitatoren unter Zugiehung der Herren Superintendenten und unter der obersten Leitung des General-Superintendenten jeder Provinz beauftragt, und ist die Absicht bei diesen, alle bestehenden Kirchengemeinden eines Sprengels umfassenden Besuchen hauptsächlich dahin gerichtet, die im kirchlichen Leben vorhandenen Anstalten und Zustände möglichst vollständig kennen zu lernen, deren Entwicklung wo möglich von Hemmnissen zu befreien und zu stärken, und durch neue Befestigung und Erbauung des evangelischen Glaubens und Lebens auf dem Grunde des reformatorischen Bekenntnisses der Kirche, welcher wir angehören, das Bewußtsein ihres gliedlichen Zusammenhanges und ihrer vom Geiste Gottes geschenkten innern Kraft zu bewahren und rege zu erhalten.

In der Provinz Sachsen wird, höherer Anordnung zufolge, der Kirchenkreis Neuhaudensleben der erste sein, in welchem eine solche Visitation in dem Zeitraume vom 23. Mai bis 4. Juni dieses Jahres, so Gott will, veranstaltet werden wird. Die Wichtigkeit des Gegenstandes bestimmt uns dazu, dieses Vorhaben der evangelischen Christenheit in der Provinz zur Kenntniß zu bringen.

Magdeburg, den 1. Mai 1853.

Königliches Consistorium für die Provinz Sachsen.

Nr. 334.  
Auslösung  
der Teuditz-  
Kobyschauer ge-  
werkschaftlichen  
Obligationen.

Bei der in der heutigen Oster-Messconferenz stattgehabten anderweiten Auslösung der Teuditz-Kobyschauer gewerkschaftlichen Obligationen sind zu der statutenmäßig am 1. Juli dieses Jahres durch das Handlungshaus Frege et Comp. zu Leipzig zu bewirkenden Zahlung der aus den fraglichen Documenten sich ergebenden respectiven Nominalbeträge die nachstehenden Nummern gezogen worden, nämlich:

Lit. A. Nr. 422. 284. 131. 705. 53. 263. 424. 384. 659.

Lit. B. Nr. 1123. 93. 240. 201. 276. 812. 1195. 668. 173. 220. 1427. 748. 664.  
1075. 809. 1284.

In demselben Termine wurden zugleich folgende, gegen Zahlung des Capitals von den gewerkschaftlichen Gläubigern inzwischen retradirte Obligationen, nämlich:

Lit. A. Nr. 34. 116. 127. 221. 277. 292. 434. 526. 641. 674. 718.

Lit. B. Nr. 15. 44. 53. 67. 68. 71. 235. 249. 267. 287. 318. 326. 339. 359. 494.

547. 687. 783. 817. 898. 1081. 1112. 1200. 1256. 1469.

mit den dazu gehörigen Talons und betreffenden Coupons vorchriftsmäßig vernichtet.  
Leipzig, den 26. April 1853.

Schuldentilgungs-Commission für die gewerkschaftlichen Salz-  
bergwerke bei Teuditz und Ködyschau.

v. Alvensleben. Ebers. Prof. Dr. Hüßz. Adv. E. Meyer.  
Frege et Comp.

# Nachweisung

Nr. 335.

von den mit Königlich Preussisch-Sächsischen Landbeschlüssen im Jahre 1852  
bedeckten Stuten.

Regierungsbezirk Merseburg.

Nr.	Namen der Beschl.-Stationen.	Dasselbst standen Beschläser				Diese haben Stuten bedeckt				Anmer- kungen.
		Stück		Summa.  Stück.	davon bedeckt zu er- höhem Sprungssche.  Stück.	a.	b.	c.	in Summa.  Stück.	
		Alte.	4 jäh- rige.			gegen Sprung- geld zu 2 Thlr.	gegen Sprung- geld zu 1 Thlr.	Grossstuten.		
						Stück.	Stück.	Stück.		
1	Gradiß . . . . .	2	—	2	1	17	16	—	33	
2	Obhlen . . . . .	2	—	2	—	—	37	—	37	
3	Kepig . . . . .	—	3	3	—	—	73	—	73	
4	Krien . . . . .	3	2	5	—	—	187	3	190	
5	Preßsch . . . . .	1	3	4	—	—	116	4	120	
6	Kaditz . . . . .	2	2	4	—	—	94	2	96	
7	Herzberg . . . . .	1	2	3	—	—	60	3	63	
8	Schönemalbe . . . . .	2	1	3	—	—	95	3	98	
9	Delitzsch . . . . .	1	3	4	1	50	101	4	155	
10	Beidersee . . . . .	2	1	3	—	—	120	3	123	
11	Bedra . . . . .	3	—	3	1	37	70	3	110	
12	Gleina . . . . .	2	1	3	—	—	105	3	108	
13	Wernsdorf . . . . .	3	1	4	—	—	141	4	145	
14	Oberbblingen . . . . .	3	1	4	1	64	133	4	201	
Summa . . . . .		27	20	47	4	168	1348	36	1552	

Gradiß, den 5. April 1853.

Der Landstallmeister v. Thielau.

**N a ch**

der von den im Jahre 1851 durch Königlich Preussisch-Sächsisch Land-  
weise mit der Königskrone und dem  
Regierungsbezirk

Nr.	Namen der Beschl. Stationen.	Dasselbst standen im Jahre 1851 Land- Beschäler.			Diese haben Stuten gedeckt Summa.	Davon sind:		
		Alte.	4 jährige	Summa.		güß gebil- den.	tragend gewor- den.	verkauft, gestorben und nicht näher nachge- wiesen.
1	Gradiß . . . . .	1	1	2	54	14	40	1
2	Obhlen . . . . .	1	1	2	35	15	20	—
3	Repiß . . . . .	2	1	3	94	41	53	—
4	Arien . . . . .	4	1	5	220	77	143	8
5	Radith . . . . .	2	1	3	111	76	35	1
6	Preßsch . . . . .	2	1	3	142	68	74	4
7	Herzberg . . . . .	3	—	3	75	43	32	3
8	Schönewalde . . . . .	3	—	3	153	46	107	—
9	Delitzsch . . . . .	2	1	3	140	69	71	36
10	Beidersee . . . . .	2	1	3	144	75	69	13
11	Bedra . . . . .	2	1	3	174	121	53	12
12	Gleina . . . . .	2	1	3	94	54	40	15
13	Bernsdorf . . . . .	2	1	3	186	137	49	12
14	Oberobblingen . . . . .	3	1	4	182	101	81	8
Summa . .		31	12	43	1804	937	867	113

Gradiß, den 5. April 1853.

Der Landstallmeister v. Thielau.

Nr. 336.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die Hypotheken-Tabelle der Kirche zu Lissen über  
15 Acker Holz, das heilige Holz genannt, im Wallenberge in Großengestewiger Flur  
ist fertig und kann innerhalb 2 Monaten nach dem achten Tage des Erscheinens dieser  
Bekanntmachung im Amtsblatte in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere  
Erinnerungen dagegen sind unzulässig.

Osterfeld, den 16. Februar 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.



# we i s u n g

Beschäler gedekten Stuten und der im Jahre 1852 nachgewiesenen theil-  
Buchstaben S. gezeichneten Fohlen.

Merseburg.

Es haben verwor- sen.	Nach den Listen sind lebende Fohlen im Jahre 1852 geboren			Bis zum sind davon mit dem Ge- stut-Brande gezeichnet			Bemerkungen.
	Hengste.	Stuten.	Summa.	Hengste.	Stuten.	Summa.	
	Stück.	Stück.	Stück.	Stück.	Stück.	Stück.	
—	19	20	39	—	—	—	
—	12	8	20	—	—	—	
3	21	29	50	—	—	—	
7	51	77	128	—	—	—	
—	12	22	34	—	—	—	
1	30	39	69	—	—	—	
1	9	19	28	—	—	—	
5	47	55	102	—	—	—	
2	13	20	33	—	—	—	
11	19	26	45	—	—	—	
4	14	23	37	—	—	—	
3	8	14	22	—	—	—	
4	14	19	33	—	—	—	
8	43	22	65	—	—	—	
49	312	393	705	—	—	—	

Die Hypothekentabelle über das dem Karl August Rothe gehörige, zu Großen-  
gestewitz belegene, unter Nr. 30. katastrirte, auf einem von der dortigen Gemeinde  
erkauften Plage von 32 Fuß Länge und 16 Fuß Breite erbaute Wohnhaus ist fertig  
und kann bei uns innerhalb 2 Monate vom 8. Tage des Erscheinens dieser Bekannt-  
machung eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen sind unzulässig.

Osternfeld, den 11. April 1853.

Königliche Kreisgerichtes-Commission.

Nr. 337.  
Hypotheken-  
Tafeln.

Nr. 338. **Patent-  
Ertheilung.** Dem Maschinenmeister der Thüringischen Eisenbahngesellschaft Brandt zu Erfurt ist unter dem 10. März 1853 ein Patent auf eine Vorrichtung zum Anspannen der Bremsen an Eisenbahn-Fahrzeugen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, und ohne Jemand in Anwendung bekannter Theile derselben zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 339. **Patent-  
Aufhebung.** Das dem Ingenieur Bldner in Berlin unterm 21. März 1852 ertheilte Patent auf eine Centrifugal-Maschine zum Ausziehen von Flüssigkeiten ist aufgehoben.

### Personal-Chronik.

Nr. 340. Die durch die Pensionirung des Rechnungsraths Klingner erledigte Forst- und Floßkassenstelle in Elsterwerda ist dem Premier-Lieutenant a. D. von Sager interimistisch übertragen worden.

Nr. 341. Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Stückerbach, in der Diöces Schleusingen, ist dem bisherigen Predigtamts-Candidaten und Rector Herrmann August Emmelmann zu Ellrich verliehen worden.

Nr. 342. Durch das Ableben des Predigers Salzmann ist die erste Predigerstelle bei der wallonisch-evangelischen Gemeinde zu Ragdeburg vacant. Die Gemeinde wählt den Prediger aus den vom Presbyterio ihr präsentirten Candidaten.

Nr. 343. Das Pfarramt zu Vertkow mit dem Filiale Pläß und der mater vagans Goldbeck, in der Diöces Werben, ist durch das Ableben des Pfarrers Mangelsdorf vacant geworden. Das Patronatsrecht über Vertkow und Pläß steht der Frau Rittergutsbesitzerin Mangelsdorf in Vertkow, das Patronatsrecht über Goldbeck aber der Gemeinde Pläß zu.

Nr. 344. Der Ortsrichter Heinrich Gottlieb Volk in Eißdorf ist auf die Jahre 1854 zum Schiedsmann für den III. Landbezirk des Raumburger Kreises gewählt und als solcher verpflichtet worden.

Nr. 345. Der bisherige Orts-Postkassen-Controlleur Kößler in Halle ist als Bezirks-Postkassen-Controlleur höheren Orts bestätigt worden.

Nr. 346. **Berichtigung.** In der Bekanntmachung vom 11. Februar c. Stüd 12. Seite 77. des diesjährigen Amtsblatts muß es unter „Nr. 24. Ephorie Zeig“ heißen:  
zu a. nicht Döschwitz, sondern Draschwitz,  
zu d. nicht Silbzig, sondern Salszig.

Gedruckt bei Kobischens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt  
im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**20. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 21. Mai 1853.

In Bezug auf die Anwendung und Erhebung einer Bestellgebühr für Briefe an Adressaten am Aufgabsorte oder im Landbezirke des Aufgabsorts, welche ihre Sendungen von der Post abholen lassen, werden, um mehreren zu meiner Kenntniß gelangten Anträgen und Wünschen der Behörden und des Publikums zu entsprechen, nachstehende Festsetzungen getroffen:

Für Dienstbriefe, welche als solche mit einem sonst die Portofreiheit begründenden Rubrum versehen sind und bei einer Postanstalt an Adressaten im eigenen Landbezirke derselben ausgeliefert werden, ist, wenn die Adressaten die Briefe von der Post abholen lassen, fortan eine Bestellgebühr nicht mehr in Ansatz zu bringen. Hat jedoch die Bestellung durch den Landbriefsträger zu erfolgen, so findet das Landbrief-Bestellgeld Anwendung.

Jene kostenfreie Versorgung durch die Post tritt nicht ein, wenn es sich um Briefe aus dem Landbezirke oder aus dem Orte an Adressaten am Siege der Postanstalt handelt.

So weit hiernach für Briefe an abholende Correspondenten bei der Postanstalt des Aufgabsortes künftig eine Bestellgebühr zu erheben ist, soll dieselbe statt mit 1 Sgr. nur mit  $\frac{1}{2}$  Sgr. pro Brief in Ansatz kommen.

Der höhere Satz von 1 Sgr. bleibt für den Fall fortbestehen, daß der Brief durch den Orts- oder Landbriefsträger abgetragen wird.

Das Bestellgeld kann in allen Fällen vorausbezahlt, auch durch Anwendung von Marken oder Couverts frankirt werden.

Berlin, den 25. April 1853.

**Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.**  
von der Heydt.

Zum Ankaufe von Remonten, im Alter von drei bis einschließlich sechs Jahren, sind auch in diesem Jahre, in dem Bezirke der Königlichen Regierung zu Merseburg und den angrenzenden Vereichen, nachstehende früh Morgens beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

Nr. 347.

Grundzüge  
wegen Anwen-  
dung und Er-  
hebung einer  
Bestellgebühr  
für Briefe.

Nr. 348.

Den dies-  
jährigen An-  
kauf der  
Remonte im

Regierungsbe-  
zirk Warschau  
betr.

den 7. Juni in Łucka,  
den 10. Juni in Torzau,  
den 20. Juni in Egelu.

Die von der Militair-Commission erkauften Pferde werden zur Stelle abge-  
nommen und sofort baar bezahlt.

Die erforderlichen Eigenschaften eines Remontepferdes werden als hinlänglich  
bekannt vorausgesetzt, weshalb zur Warnung der Verkäufer nur noch bemerkt wird,  
daß Pferde, deren Mängel gesetzlich den Kauf rückgängig machen und Krippenfehler,  
die sich als solche innerhalb der ersten zehn Tage herausstellen, dem früheren Eigen-  
thümer auf seine Kosten zurückgesandt werden.

Mit jedem erkauften Pferde sind eine neue starke lederne Trense, eine Gurthalfter  
und zwei haufene Stride, ohne besondere Vergütung, zu übergeben.

Berlin, den 6. April 1853.

Königl. Ministerium, Abtheilung für das Remonte-Wesen.

Nr. 349.

Vernichtung  
mehrer Schuldb  
verschreibungen  
der Eichsfelds-  
chen Tilgungs-  
Kasse.

In Gemäßheit des §. 25. der Geschäfts-Anweisung vom 7. Juni 1845 bringen  
wir folgendes Attest des hiesigen Kreisgerichts:

„Nachstehende Schuldverschreibungen der Eichsfeldischen Tilgungskasse:

I. à 3½ pro Cent.

Nr. 115. über 500 Thlr.	Nr. 330. über 500 Thlr.	Nr. 594. über 500 Thlr.
„ 118. „ 100 „	„ 438. „ 10 „	„ 627. „ 25 „
„ 178. „ 5 „	„ 527. „ 500 „	„ 674. „ 25 „
„ 215. „ 500 „		

zusammen über 2665 Thlr.

II. Litt. B. à 4 pro Cent.

Nr. 63. über 500 Thlr.	Nr. 991. über 25 Thlr.	Nr. 2493. über 50 Thlr.
„ 124. „ 10 „	„ 1116. „ 10 „	„ 2603. „ 500 „
„ 263. „ 500 „	„ 1151. „ 100 „	„ 2664. „ 50 „
„ 338. „ 500 „	„ 1209. „ 10 „	„ 2830. „ 25 „
„ 397. „ 50 „	„ 1286. „ 50 „	„ 2848. „ 100 „
„ 429. „ 500 „	„ 1339. „ 500 „	„ 2978. „ 5 „
„ 445. „ 50 „	„ 1379. „ 160 „	„ 3209. „ 160 „
„ 525. „ 500 „	„ 1494. „ 10 „	„ 3245. „ 100 „
„ 535. „ 500 „	„ 1528. „ 10 „	„ 3247. „ 100 „
„ 541. „ 500 „	„ 1571. „ 200 „	„ 3283. „ 100 „
„ 583. „ 500 „	„ 1606. „ 100 „	„ 3347. „ 500 „
„ 696. „ 560 „	„ 1758. „ 500 „	„ 3400. „ 25 „
„ 758. „ 500 „	„ 1902. „ 100 „	„ 3433. „ 500 „
„ 823. „ 100 „	„ 2209. „ 5 „	„ 3455. „ 100 „
„ 974. „ 50 „	„ 2429. „ 500 „	

zusammen über 9735 Thlr.

sind heute nebst den dazu gehörigen Zins-Coupons Ser. II. Nr. 4. vernichtet worden, was auf Grund der darüber aufgenommenen Verhandlung bescheinigt wird.  
 Urkundlich unter Gerichtshand und Siegel.  
 Heiligenstadt, den 27. April 1853.

(L. S.)

Königliches Kreisgericht, Abtheilung II.  
 Greder"

Hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Heiligenstadt, den 6. Mai 1853.

Königl. Direction der Eichsfeldischen Tilgungs-Kasse.

### Personal-Chronik.

Der Commissiongeschäftsführer F. G. Hoffmann in Brehna hat die Agen- Nr. 350.  
 tur der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt.

Die Schul- und Küsterstelle in Schöna, Epchorie Schlieben, Privat-Patronats, Nr. 351.  
 wird durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Die Schul- und Küsterstelle in Raundorf, Epchorie Gollme, Privat-Patro- Nr. 352.  
 nats, kommt durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers zur Er-  
 ledigung.

Die erledigte evangelische Pfarrstelle in Klein-Eichstedt mit Großstedt, Nr. 353.  
 in der Diöcese Querfurt, ist dem bisherigen Predigtamts-Candidaten Christian August  
 Moritz Ulrich verliehen worden.

Der Superintendent und Oberpfarrer Dr. Lange an der Kirche Unser Lieben Nr. 354.  
 Frauen zu Burg tritt mit dem 1. Juli d. J. in den Ruhestand. Patron der dadurch  
 vacant werdenden Pfarrstelle ist der Magistrat zu Burg.

Die erledigte evangelische Hülfspredigerstelle zu Commern und die Kapellen- Nr. 355.  
 predigerstelle in Pöthen, in der Diöcese Commern, ist dem bisherigen Predigtamts-  
 Candidaten und Rector August Eduard Urbich verliehen worden.

Das unter Königlichem Patronate stehende Pfarramt zu Lausa, in der Diöcese Nr. 356.  
 Belgern, wird durch Emeritirung seines bisherigen Inhabers Michaelis d. J. erledigt.

Nr. 357.  
 Die Justiz-  
 Personal-Ver-  
 änderungen im  
 Departement  
 des Appella-  
 tionsgerichts  
 zu Hammburg  
 betr.

Die Kreisrichter Senff und Zaffe zu Erfurt, Stedefeld zu Langensalza und  
 Trescher in Torgau sind zu Kreisgerichtsräthen Allerhöchst ernannt.

Der Gerichts-Assessor Wilde ist zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in  
 Querfurt und die Appellationsgerichts-Referendarien Hugo von Leipziger und  
 Voigt sind zu Gerichts-Assessoren ernannt.

Die Referendarien Starke und Küster sind an das Appellationsgericht zu  
 Frankfurt a./O., dagegen der Referendar Madlung vom Appellationsgericht zu

Halberstadt und der Auscultator Thieme vom Kammergericht zu Berlin in hiesiges Departement versetzt.

Die Auscultatoren Engelle, Hermann und von Meyern sind zu Referendarien befördert.

Die Rechtscandidates Agricola, Braune, Herrmann, Ebbniz, Mühlberg und Schönowald sind zu Auscultatoren im hiesigen Departement angenommen.

Die Appellationsgerichts-Kanzlei-Secretaire Kettel und Auermann sind vom 1. Juli resp. 1. October c. an mit Pension in den Ruhestand versetzt.

Der Salarienlassen-Rendant Reißner bei dem Kreisgericht in Halle ist zum Rechnungsrath und der Kreisgerichts-Secretair Paalzow in Raumburg zum Kanzleirath Allerhöchst ernannt.

Dem Bureau-Assistenten Mann bei dem Kreisgericht zu Erfurt ist der Titel „Kreisgerichts-Secretair“ verliehen.

Die Kreisgerichts-Secretaire Heise zu Quersfurt und Hübner zu Delitzsch sind an das Kreisgericht in Halle, Fliege zu Eilenburg an das Kreisgericht zu Merseburg mit der Function als Sportel-Receptor und erster Bureau-Beamter in Lützen, Donath zu Kössa an das Kreisgericht in Quersfurt und Meyer in Wiehe an das Kreisgericht zu Wittenberg versetzt.

Zu Kreisgerichts-Secretairen sind ernannt: der Bureau-Assistent Heidelberg, bisher in Halle, und der Bureau-Diätar Tigges hier bei dem Kreisgericht zu Eilenburg, der vormalige Justitiar Hagen, bisher in Hohenmölsen, bei dem Kreisgericht hier mit der Function bei der Gerichts-Commission in Wiehe, der Bureau-Assistent Lämmerhirt zu Suhl bei dem Kreisgericht daselbst mit der Function bei den Gerichts-Commissionen in Schleusingen, und der Bureau-Assistent Gräfe zu Liebenwerda bei dem Kreisgericht daselbst, zugleich auch als Salarienlassen-Controleur und Sportel-Revisor.

Der Bureau-Assistent Reichert zu Lützen ist an das Kreisgericht in Halle und Friedrich in Wittenberg an die Gerichts-Commission in Schweinitz versetzt.

Zu Bureau-Assistenten sind ernannt: der Bureau-Diätar Schellermann zu Eisleben bei dem Kreisgericht daselbst, Preuß und Radwiz zu Halle bei dem Kreisgericht daselbst, letzterer mit der Function als Sportel-Receptor und Actuar bei der Gerichts-Commission in Ebbewin, Morgenroth zu Torgau bei dem Kreisgericht in Raumburg mit der Function bei der Gerichts-Commission zu Osterfeld, Linse zu Erfurt und Christiani zu Torgau bei dem Kreisgericht daselbst und Hoppe zu Lauchstedt bei dem Kreisgericht in Liebenwerda.

Der bisherige Hülfsbote Baake in Mückeln ist als Bote und Executor bei der Gerichts-Commission daselbst definitiv angestellt.

Nr. 358. Der bei dem Postamte in Halle angestellt gewesene Briefträger Gottfried Ludwig Erdmann Stollberg ist aus dem Postdienste entlassen worden.

Gedruckt bei Robitzschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der  
**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

## 21. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 28. Mai 1853.

Zum Ankaufe von Remonten, im Alter von drei bis einschließlich sechs Jahren, sind auch in diesem Jahre, in dem Bezirke der Königlichen Regierung zu Merseburg und den angrenzenden Vereichen, nachstehende früh Morgens beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

den 7. Juni in Lützen,  
den 10. Juni in Torgau,  
den 20. Juni in Egeln.

Die von der Militair-Commission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort baar bezahlt.

Die erforderlichen Eigenschaften eines Remontepferdes werden als hinlänglich bekannt vorausgesetzt, weshalb zur Warnung der Verkäufer nur noch bemerkt wird, daß Pferde, deren Mängel gefehlich den Kauf rückgängig machen und Krippenseßer, die sich als solche innerhalb der ersten zehn Tage herausstellen, dem früheren Eigenthümer auf seine Kosten zurückgesandt werden.

Mit jedem erkauften Pferde sind eine neue starke lederne Trense, eine Gurthalfter und zwei hanfene Stricke, ohne besondere Vergütung, zu übergeben.

Berlin, den 6. April 1853.

Königl. Ministerium, Abtheilung für das Remonte-Wesen.

Zum Schutze der Deiche, Brücken, Deckwerke und anderer Werke in den Niederungen der Elbe, Saale und schwarzen Elster bringen wir die nachstehenden gesetzlichen Bestimmungen besonders in Erinnerung.

1) Nach §. 301. des Strafgesetzbuchs vom 14. April 1851 wird derjenige, welcher vorsätzlich Wasserleitungen, Schleusen, Dämme oder andere Wasserbauten, oder Brücken, Föhren, Wege oder Schutzwehre zerstört oder beschädigt, oder wer in schiffbaren Strömen, Flüssen oder Kanälen das Fahrwasser stört und durch eine dieser Handlungen Gefahr für das Leben oder die Gesundheit Anderer herbeiführt, mit Gefängniß nicht unter 3 Monate bestraft.

Hat in Folge dieser Handlungen ein Mensch eine schwere Verletzung erlitten, so tritt Zuchthausstrafe bis zu 15 Jahren, und hat in Folge einer dieser

Nr. 359.

Den dies-  
jährigen An-  
lauf der  
Remonte im  
Regierungsbe-  
zirke Merseburg  
betr.

Nr. 360.

Den Schutze  
der Deiche in  
den Niederun-  
gen der Elbe,  
der Saale und  
der schwarzen  
Elster betr.

Handlungen ein Mensch das Leben verloren, so tritt 10 jährige bis lebenslängliche Zuchthausstrafe ein.

Liegt einer solchen Handlung Fahrlässigkeit zum Grunde und ist dadurch ein Schaden entstanden, so ist auf Gefängniß von 2 Monaten bis zu 2 Jahren zu erkennen.

- 2) Im §. 25. des Gesetzes über das Deichwesen vom 28. Januar 1848, G. S. pag. 54. ist wörtlich Folgendes bestimmt:

„Ist die Erhaltung eines Deiches zur Sicherung einer Niederung gegen Ueberschwemmung nothwendig, so müssen bei drohender Gefahr nach Anordnung der Polizeibehörde alle Bewohner der bedrohten und nöthigen Falls auch der benachbarten Gegend zu den Schutzarbeiten unentgeltlich Hülfe leisten und die erforderlichen Arbeitsgeräthe und Transportmittel mit zur Stelle bringen.

Die Polizeibehörde kann die in solchen Fällen nöthigen Maßregeln sofort durch Execution zur Ausführung bringen; sie ist befugt, die Verabfolgung der zur Abwehr der Gefahr dienlichen Materialien aller Art, wo solche sich finden mögen, zu fordern, und diese müssen mit Vorbehalt der Ausgleichung unter den Verpflichteten, und der Erstattung des Schadens, bei dem jedoch der außerordentliche Werth nicht in Anrechnung kommt, von den Besitzern verabfolgt werden.“

- 3) §. 340. pos. 7. des Strafgesetzbuches vom 14. April 1851 bestimmt:

„Wer bei Unglücksfällen oder bei einer gemeinen Gefahr oder Noth von der Polizeibehörde oder deren Stellvertreter zur Hülfe aufgefordert, keine Folge leistet, obgleich er der Aufforderung ohne erhebliche Gefahr genügen kann, wird mit einer Geldbuße bis zu 50 Thlr. oder Gefängnißstrafe bis zu 6 Wochen bestraft.“

Wir bringen diese Vorschriften in Erinnerung und sprechen dabei die Erwartung aus, daß die Bewohner in den Flußgebieten der Elbe, der Saale und der schwarzen Elster sowie der Nachbarschaft die vorgedachten gesetzlichen Verordnungen in ihrem eignen, wohlverstandenen Interesse genau beachten werden, da die strengste Durchführung derselben unabweisbar geboten ist.

Merseburg, den 19. Mai 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 361.

Polizeiliche  
Verordnung  
zum Schutz  
der Deiche und  
Deckwerke an  
der Elbe und  
schwarzen  
Elster.

Zum Schutz der Deiche und Deckwerke an der Elbe und schwarzen Elster wird auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850, Gef. Samml. pag. 265. nachstehende polizeiliche Verordnung erlassen:

#### §. 1.

Das unbefugte Betreten der Dammbeschungen und Deiche wird hierdurch bei 1 Thlr. Geld- oder im Unvermögensfalle verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe verboten.

Eltern und Vormünder, welche die in ihrer Gewalt und unter ihrer Aufsicht befindlichen Personen von dem Betreten der Dammbeschungen abzuhalten unterlassen, haben eine gleiche Strafe verwirkt.



§. 2.

Zugleich werden die Bestimmungen der Feldpolizei-Ordnung vom 1. November 1847 ad §. 4. bis §. 14. hierdurch in Erinnerung gebracht, wonach für jedes Stück Vieh, welches auf den Dämmen, Deichen, Buhnen oder Deckwerken, wo nicht gehütet werden darf, betroffen wird, selbst dann, wenn die Pfändung nicht erfolgt, ein Pfandgeld zu erlegen ist.

Dieses Pfandgeld beträgt

- a) für jedes Stück großes Vieh (als Pferde, Rindvieh, Esel) 20 Sgr.,
- b) für jedes Schwein, Ziege oder Schaaf 8 Sgr.,
- c) für jedes Stück Federvieh 1 Sgr.

§. 3.

Wer vorsätzlich unbefugter Weise auf den Deichen, Böschungen oder Dämmen hütet, ist nicht nur zur Erlegung des eben gedachten Pfandgeldes resp. zum Schadenersatz nebst ermäßigtem Pfandgelde verpflichtet, sondern wird überdies mit einer Geldbuße von 1 bis 20 Thlr. bestraft.

Die verwirkte Strafe ist zu verdoppeln, wenn der Frevel zur Nachtzeit oder an Sonn- und Festtagen verübt wird, oder wenn ein wegen Weibefrevel Verurtheilter sich innerhalb Jahresfrist nach dieser Verurtheilung eines solchen Frevels aufs Neue schuldig macht.

§. 4.

Unsere frühere bezügliche Bekanntmachung vom 16. October 1847, welche durch die Kreisblätter der Kreise Torgau, Schweinitz, Liebenwerda und Wittenberg publicirt worden ist, wird hierdurch zurückgenommen.

Merseburg, den 19. Mai 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

In dem am 9. Mai d. J. zur Ausloosung der Sächsischen Rentenbriefe für das laufende Halbjahr (1. April 1853 bis 1. October 1853) in Gemäßheit des Gesetzes vom 2. März 1850 über die Errichtung von Rentenbanken angefallenen Termine sind folgende Rentenbriefe:

Nr. 362.  
Ausgeloopte  
Rentenbriefe  
pro 1. April  
bis 1. October  
1853.

- 1) Littera A. über 1000 Thlr.: Nr. 30. 118. 142. 491. 542. 647. 1034. 1053.  
1134. 1224. 1310. 1489. 1523. und 1894.;
- 2) Littera B. über 500 Thlr.: Nr. 109. und 314.;
- 3) Littera C. über 100 Thlr.: Nr. 118. 186. 356. 475. 643. 901. 1075. 1233.  
1345. 1429. 1534. 1562. und 2009.;
- 4) Littera D. über 25 Thlr.: Nr. 144. 325. 404. 605. 836. 870. 917. 1026.  
1285. 1309. 1477. 1510. und 1578.;
- 5) Littera E. über 10 Thlr.: Nr. 41. 199. 267. 302. 431. 789. 863. 938. 953.  
963. 1211. 1322. 1442. 1708. 1915. 2140.  
2204. und 2242.,

ausgelooft worden.

Die Zahlung der Beträge derselben erfolgt vom 1. October 1853 ab auf der Kasse der unterzeichneten Rentenbank, Domplatz Nr. 4. hierselbst, in den Vormittags-

Stunden von 9 bis 12 Uhr, gegen Zurücklieferung der ausgelooften Rentenbriefe in coursfähigem Zustande und Quittungsleistung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare.

Mit dem 30. September 1853 hört die weitere Verzinsung der gedachten Rentenbriefe auf und müssen daher mit denselben die dazu gehörigen 10 Stück Zinscoupons Ser. I. Nr. 7. bis 16. unentgeltlich abgeliefert werden, widrigenfalls für jeden fehlenden Coupon der Betrag desselben vom Kapital zurückbehalten wird.

Indem wir die Inhaber der ausgelooften Rentenbriefe hierdurch auffordern, vom 1. October 1853 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten in Empfang zu nehmen, bemerken wir noch ausdrücklich, daß sich unsere Rentenbankkasse auf eine Uebersendung des Geldebetrages an Privatpersonen mit der Post nicht einlassen darf. Magdeburg, den 10. Mai 1853.

Rönigliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

Nr. 363.

Die Auslieferung der Quittungen über an die Provinzial-Rentenbank eingezahlte Renten-Ablösungs-Capitalien.

Die betreffenden Interessenten werden hierdurch benachrichtigt, daß die von uns bescheinigten Quittungen unserer Rentenbankkasse über zum 1. April d. J. gekündigte und eingezahlte Rente-Ablösungs-Capitalien den zuständigen Röniglichen Kreiskassen mit der Veranlassung zugefertigt worden sind, dieselben an die Empfangsberechtigten gegen Rückgabe der Interims-Quittung, unter welcher der Empfang der oben gedachten endgültigen Quittung bescheinigt sein muß, zu verabsolgen.

Magdeburg, den 10. Mai 1853.

Rönigliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

Nr. 364.

Die Anmeldung der die obigen Tabackpflanzungen betr.

Nach §. 5. der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 29. März 1828 — Gesetz-Sammlung pro 1828 Seite 39. — ist jeder Inhaber einer mit Taback bepflanzten Grundfläche von sechs und mehr Quadratruthen verpflichtet, vor dem Ablaufe des Monats Juli der Steuer-Behörde die bepflanzten Grundstücke einzeln nach ihrer Lage und Größe in Preussischen Morgen und Quadratruthen genau und wahrhaft, gegen eine von dieser Behörde darüber zu ertheilende Bescheinigung, schriftlich oder mündlich anzumelden.

Zur Vermeidung der geseglichen Folgen der Anmeldungs-Versäumniß mache ich die Bewohner der Provinz Sachsen, welche im laufenden Jahre Tabacksbau betreiben wollen, auf obige Verpflichtung mit dem Hinzufügen hierdurch aufmerksam, daß in den Fällen, wo die Tabacksländereien ausnahmsweise erst nach Ablauf des Monats Juli d. J. bepflanzt werden sollten, die Declaration derselben, bei Vermeidung der Defraudationsstrafe, jedenfalls früher erfolgen muß, als mit der Anpflanzung begonnen wird. Magdeburg, den 21. Mai 1853.

Der Geheime Ober-Finanz-Rath u. Provinzial-Steuer-Director.

In Vertretung: der Ober-Regierungs-Rath Frieße.

Gedruckt bei Robitzschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt  
im Amtsblatt-Bureau der Röniglichen Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**22. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 4. Juni 1853.

Das 16. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

- Nr. 3733. Allerhöchster Erlaß vom 4. April 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Straße von Gemen an der Münster-Emmericher Straße über Ahaus bis zur Münster-Glanerbrüder Chaussee, von Dirling über Deding bis zur Niederländischen Grenze, von Stadthohn über Gescher bis zur Münster-Emmericher Straße, von Windfeld über Breden bis zur Niederländischen Grenze, und von Ahaus bis Coesfeld.
- Nr. 3734. Gesetz über die in den Hohenzollernschen Landen für die Jagd gewisser Wildgattungen inne zu haltenden Hege- und Schonzeiten. Vom 2. Mai 1853.
- Nr. 3735. Gesetz, betreffend die Einführung des Lotteriel-Edikts vom 28. Mai 1810, der Cabinets-Ordre vom 20. März 1827 und der Verordnung vom 5. Juli 1847 in den Hohenzollernschen Landen. Vom 7. Mai 1853.
- Nr. 3736. Gesetz, betreffend die Bildung der Ersten Kammer. Vom 7. Mai 1853.
- Nr. 3737. Gesetz, betreffend die Einführung des dritten Abschnitts des Gesetzes über die Benutzung der Privatflüsse vom 28. Februar 1843 in den Hohenzollernschen Landen,  
die Bildung von Genossenschaften zu Entwässerungsanlagen, und  
die Anwendung der Vorfluthgesetze auf unterirdische Wasserableitungen.  
Vom 11. Mai 1853.
- Nr. 3738. Bekanntmachung, betreffend die Gründung einer Actiengesellschaft unter der Firma: „Concordia, Eschweiler Verein für Bergbau und Hüttenbetrieb.“ Vom 19. Mai 1853.

Nr. 365.

Das im 8. Stück des diesjährigen Amtsblatts pag. 114. veröffentlichte Verbot des Debits von Kalendern Seitens der Kreis- und ständischen Beamten sowie der Gensdarmen findet auf die Vertheilung dieser Beamten bei dem Vertriebe des zum Besten der allgemeinen Landeskriftung zur Unterstützung vaterländischer Veteranen und invalider Krieger herausgegebenen Kalenders: „Der Veteran“ keine Anwendung.  
Merseburg, den 9. Mai 1853.

Nr. 366.

Den Vertrieb  
des Kalenders  
„Der Veteran“  
betr.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 367.  
Haupt-Register  
zum Register.  
Amtsblatte  
pro 1853.

Im Anschlusse an das alphabetisch-lexikalische Haupt-Register zum Amtsblatte der hiesigen Regierung von 1816—1842 von Koloß wird unter unserer Leitung ein dergl. Register auf die Jahre 1843 bis mit 1852 von der Stollberg'schen Buchhandlung hierselbst herausgegeben.

Wir machen die Behörden und Beamten unseres Bezirks auf dieses zum Gebrauche des Amtsblatts förderliche Hülfsmittel hierdurch aufmerksam, unter dem Bemerkten, daß wir den zu stellenden Preis bekannt machen werden, sobald der Druck des Registers beendet sein wird.

Merseburg, den 23. Mai 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 368.  
Baupläne u.  
Veränderungen  
in den Kirchen.

Da es sich ereignet hat, daß in den Kirchen und namentlich am Altare unpassende Verzierungen angebracht werden, so hat das hohe Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten sich veranlaßt gefunden, anzuordnen: daß Veränderungen in den Kirchen überall nicht anders, als unter Zugiehung des betreffenden Superintendennten vorgenommen werden, und letztere in den Fällen, wo sie dabei Bedenken finden, an das Consistorium in Magdeburg berichten sollen.

Sämmtliche geistliche und weltliche Behörden, die bei der Anordnung und Leitung eines Kirchenbaues concurriren, insbesondere auch die Privat-Kirchen-Patronate, haben sich in vorkommenden Fällen nach vorstehender Bestimmung zu richten.

Merseburg, den 2. Februar 1829.

Vorstehende in dem 5. Stücke des Amtsblatts von 1829 abgedruckte Bekanntmachung finden wir uns veranlaßt, hierdurch zu erneuern, indem wir ergänzend hinzufügen, daß künftig Pläne und Anschläge über Veränderungen in den Kirchen, ehe sie zur Revision der unterzeichneten Regierung gelangen, den betheiligten Superintendennten vorgelegen haben und zum Beweise, daß dies geschehen, von denselben mit ihrem vidi bezeichnet sein müssen.

Merseburg, den 27. April 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 369.  
Erlaubniß zur  
Uebnahme  
von Haus-  
lehrerstellen.

Dem Candidaten der Theologie Edwin Wilhelm Kohnschmidt aus Knau im Großherzogthum Weimar ist die Erlaubniß zur Uebnahme von Hauslehrerstellen im hiesigen Regierungsbezirk erteilt worden.

Merseburg, den 26. Mai 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 370.  
Erlaubniß zur  
Uebnahme  
von Haus-  
lehrerstellen.

Dem Candidaten der Theologie Heinrich Christoph Schulze aus Beeßendorf bei Salzwedel in der Altmark ist ein Erlaubnißschein zur Uebnahme von Hauslehrerstellen im hiesigen Regierungsbezirk erteilt worden.

Merseburg, den 27. Mai 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Der Kaufmann Hartmann zu Eilenburg, welcher schon im Jahre 1851 als Nr. 371. Schiedsmann durch eine größere Anzahl von verglichenen Sachen sich besonders aus-  
gezeichnet hatte, gehörte auch im verfloffenen Jahre 1852 zu denjenigen Schiedsmän-  
nern, deren Thätigkeit rühmlich anzuerkennen ist, was hierdurch in Ergänzung der  
Bekanntmachung vom 8. vorigen Monats (Amtsblatt Seite 118.) nachträglich zur  
öffentlichen Kenntniß gebracht wird. Schiedsmann-  
Wirkamtst.

Raumburg, den 11. Mai 1853.

Königliches Appellationsgericht.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß mit Genehmigung des Nr. 372.  
Herrn Justiz-Ministers die zum Bezirke der Kreisgerichts-Commission Schmiede-  
berg gehörige Dorfgemeinde Gomlo dem Bezirke der Gerichts-Commission Remberg, Jurisdiction-  
Veränderung.  
die zu diesem gehörige Dorfgemeinde Neuro dagegen dem Bezirke der Gerichts-  
Commission Schmiedeberg überwiesen worden ist und daß diese Organisations-Ver-  
änderung mit dem 1. Juli dieses Jahres ins Leben tritt.

Raumburg, den 17. Mai 1853.

Königliches Appellationsgericht.

Der in der Stadt Cölleba allmonatlich zusammentretenden collegialischen Depu- Nr. 373.  
tation des Königlichen Kreisgerichts Raumburg ist von jetzt ab, mit höherer Geneh-  
migung, die volle kreisgerichtliche Competenz für die in den Bezirken der Gerichts-  
Commissionen zu Cölleba, Heldrungen und Wiehe vorkommenden Rechtsangelegen-  
heiten mit Ausnahme: Competenz der  
allmonatlich in  
Cölleba zusam-  
mentretenden  
Kreisgerichts-  
Deputation.

- a) der Ehesachen,
- b) der Beschlüsse über die Versetzung in den Anklagestand und Eröffnung der Unter-  
suchungen wegen Verbrechen und Vergehen, ausschließlich der Untersuchungen  
wegen 4ten Holzdiebstahls und wegen der in den §§ 117. bis 120. des Straf-  
gesetzbuchs vom 14. April 1851 bezeichneten Vergehen, über deren Einleitung  
die Deputation selbstständig zu beschließen hat,
- c) der Subhastationen und Sequestrationen derjenigen Güter, hinsichtlich deren  
das Königliche Kreisgerichts-Collegium die Hypothekendbücher führt,  
beigelegt.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Raumburg, den 21. Mai 1853.

Königliches Appellationsgericht.

Durch die unter dem 4. d. Mts. höheren Orts vollzogene Urkunde ist eine Zu- Nr. 374.  
muthung von 7  $\frac{1}{2}$  Maassen zu der Braunkohlengrube „Belohnung bei Halle“ verliehen  
worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird. Verleihung  
einer Zumu-  
thung.

Halle, den 21. Mai 1853.

Königl. Preuß. Ober-Bergamt für Sachsen und Thüringen.

Nr. 375.

Vernichtung  
ausgeloster  
Rentenbriefe.

Nachstehende Verhandlung:

Verhandelt Magdeburg, den 9. Mai 1853.

In Gemäßheit der Paragraphen 46. bis 48. des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 wurden diejenigen ausgelosten Rentenbriefe der Provinz Sachsen, welche nach den von der Königlichen Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen zu den Acten gegebenen Verzeichnissen gegen Baarzahlung zurückgegeben sind; und zwar:

7 Stück zu 1000 Thlr. = 7000 Thlr.,	1 Stück zu 25 Thlr. = 25 Thlr.,
4 „ „ 500 „ = 2000 „	7 „ „ 10 „ = 70 „
9 „ „ 100 „ = 900 „	

überhaupt 28 Stück über Neuntausend Neunhundert Fünf und Neunzig Thaler nebst den dazu gehörenden Coupons heute in Gegenwart der Unterzeichneten durch Feuer vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

W. Nathusius,      August Steinle,      Friedrich Adolph Damm,  
als Abgeordneter der.      als Abgeordneter der      Justizrath und Notarius.  
Provinzial-Vertretung.      Provinzial-Vertretung.

a.      u.      s.

Brenning.

wird nach Vorschrift des §. 48. des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 10. Mai 1853.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

## Personal-Chronik.

Nr. 376.

Dem forstverpachtungsberechtigten Jäger Hansmann ist die Forstauffseherstelle in der Oberförsterei Tornau mit Vorbehalt der Kündigung definitiv übertragen worden.

Nr. 377.

Dem Förster Lange zu Wöllnau ist die erledigte Försterstelle zu Wartha, der Oberförsterei Döberschütz, vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Nr. 378.

Die erledigte evangelische zweite Predigerstelle zu Ziesar mit der Pfarrstelle zu Büdnitz und Köpfernitz, in der Diöcese Ziesar, ist dem bisherigen Adjuncten des zweiten Predigers zu Aken, Gustav Wilhelm Scheele, verliehen worden. Die dadurch vacant gewordene Adjunctur der zweiten Predigerstelle zu Aken wird dies Mal vermöge Reverses vom Königl. Consistorio zu Magdeburg besetzt.

Nr. 379.

Der Schulze Wolfram in Bettelrode ist zum Schiedsmann im VI. Landbezirke des Sangerhäuser Kreises gewählt und als solcher gebrügg verpflichtet worden.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 4 Bogen stark, für den Naumburger landrättslichen Kreis.

Gedruckt bei Robitzschens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatt-Bureau der Königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**23. Stück.**

---

Ausgegeben zu Merseburg den 11. Juni 1853.

---

Das 17. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 380.

Nr. 3739. Allerhöchster Erlaß vom 2. Mai 1853, betreffend die Genehmigung des Baues einer Eisenbahn von Düren nach Schleiden durch eine Actien-Gesellschaft.

Nr. 3740. Concessions- und Bestätigungs-Urkunde für die Eifel-Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 16. Mai 1843.

Nr. 3741. Allerhöchster Erlaß vom 24. Mai 1853, betreffend den Erlaß der herkömmlichen Prinzessinnen-Steuer bei der Vermählung der Prinzessin Anna Königl. Hohen.

Das 18. Stück der Gesetz-Sammlung:

Nr. 3742. Allerhöchster Erlaß vom 25. April 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte für den von dem Kreise Aschersleben beschlossenen Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Queblinburg über Reinstedt nach Thale.

Nr. 3743. Allerhöchster Erlaß vom 25. April 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum Bau und zur Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von der Kreis-Chaussee in Laer über Hopingen bis zur Kreis-Chaussee in Darfeld.

Nr. 3744. Allerhöchster Erlaß vom 9. Mai 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Wilatowo bis an die Inowracławer Kreisgrenze in der Richtung auf Barcin.

Nr. 3745. Gesetz, betreffend die Erleichterung des Loosenzwangs in den Häfen und Binnengewässern der Provinzen Preußen und Pommern. Vom 9. Mai 1853.

Nr. 3746. Gesetz, betreffend die Asscuranz-Gebühr und die Anwendung des Zollgewichts auf den Preussischen Posten. Vom 16. Mai 1853.

Nr. 3747. Verordnung, betreffend die Revision der Verfassung der Deichschau Friemersheim, im Regierungsbezirk Düsseldorf. Vom 16. Mai 1853.

Das 19. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 3748. Tarif, nach welchem das Brückgeld auf der Elbbrücke bei Wittenberge zu erheben ist. Vom 25. April 1853.  
 Nr. 3749. Gesetz, betreffend die Aufhebung der Verordnung wegen Einführung eines gleichen Haspelmaaßes für Handgespinnst aus Flachse in der Provinz Westphalen, vom 14. Juli 1843. Vom 14. Mai 1853.  
 Nr. 3750. Gesetz, betreffend einige Abänderungen des Regulativs vom 9. März 1839 über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken. Vom 16. Mai 1853.  
 Nr. 3751. Gesetz, betreffend die Aufhebung des Artikel 105. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850. Vom 24. Mai 1853.

Das 20. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 3752. Legge-Ordnung für die Kreise Bielefeld, Halle und Herford (mit Ausschluß der Kreise Bünde und Rodinghausen) im Regierungsbezirk Minden. Vom 15. Mai 1853.  
 Nr. 3753. Legge-Ordnung für den landrätlichen Kreis Lübbecke. Vom 16. Mai 1853.

Nr. 381. Zur Beseitigung von Mißbräuchen, welche die Anwendung beliebiger Unterabtheilungen des Scheffels, der Meße und des Quartmaaßes mit sich führt, und zur Erreichung einer größeren Gleichmäßigkeit in der Form dieser Gemäße ist höheren Orts neuerdings Folgendes bestimmt worden:

- 1) Zur Eichung dürfen nur die nachstehenden Unterabtheilungen des Scheffels, der Meße und des Quartmaaßes, nämlich

$\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{4}$  Scheffel,  
 $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{8}$ ,  $\frac{1}{16}$ ,  $\frac{1}{32}$  Meße,  
 $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{8}$ ,  $\frac{1}{16}$ ,  $\frac{1}{32}$  Quart

zugelassen werden. Andere als die vorstehend bezeichneten Unterabtheilungen des Scheffels, der Meße und des Quartmaaßes dürfen fortan nicht gestempelt werden.

- 2) Der normale innere Durchmesser der zu 1. bezeichneten Gemäße und deren Unterabtheilungen wird festgestellt:

für den ganzen Scheffel auf 22 Zoll,	für das ganze Quart auf 42 Linien,
" " halben " " 17 "	" " $\frac{1}{2}$ " " 33 "
" " viertel " " 12 "	" " $\frac{1}{4}$ " " 27 "
für die ganze Meße auf 7 Zoll,	" " $\frac{1}{8}$ " " 21 "
" " $\frac{1}{2}$ " " 5 $\frac{1}{2}$ "	" " $\frac{1}{16}$ " " 17 "
" " $\frac{1}{4}$ " " 4 $\frac{1}{2}$ "	" " $\frac{1}{32}$ " " 14 "
" " $\frac{1}{8}$ " " 3 $\frac{1}{2}$ "	" " $\frac{1}{64}$ " " 10 $\frac{1}{2}$ "
" " $\frac{1}{16}$ " " 2 $\frac{3}{4}$ "	
" " $\frac{1}{32}$ " " 2 $\frac{1}{4}$ "	

- 3) Als Durchmesser hölzerner Scheffel und Meßen ist hierbei das arithmetische Mittel zweier, auf einander senkrechter Durchmesser anzunehmen, von denen einer auf die Mitte des sogenannten Verbandes (wo die abgeschragten Enden



des die cylindrische Umfassungswand bildenden Holzspahns übereinander zusammengeklammert sind) trifft.

- 4) Gemäße, deren Durchmesser von der vorstehend sub 2. angegebenen Größe abweicht, werden fernerhin zur Eichung nuzugelassen, wenn sie bereits geeicht sind, Quartmaasse und dessen Unterabtheilungen auch dann, wenn ihre Stempelung vor Ablauf dieses Jahres nachgesucht wird.
- 5) Die Gebühren für die Eichung und Stempelung  
 der  $\frac{3}{4}$  Meße werden auf 1 Sgr,  
 des  $\frac{1}{4}$  und  $\frac{1}{8}$  Quartts werden auf 6 Pfennige  
 festgesetzt, ohne Unterschied, ob dieselben bereits früher geeicht gewesen sind, oder nicht.

Merseburg, den 22. Mai 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Es wird hierdurch zur Kenntniß der Polizeibehörden unseres Verwaltungsbezirks gebracht, daß die Haynische Buchdruckerei in Berlin den Druck der in dem Reglement vom 30. September 1852 zur Ausführung des Gesetzes vom 14. Mai ej. a. über die vorläufigen Straffestellungen wegen Uebertretungen (Amtsblatt de 1852 pag. 371. und folg.) bezeichneten Formulare und zwar der Formulare Nr. I. für den Preis von 2 Thlr. 10 Sgr. und der Formulare Nr. II., III., IV. und V. für den Preis von 2 Thlr. 5 Sgr. pro Ries übernommen hat und solche durch uns bezogen werden können.

Merseburg, den 28. Mai 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Unter Bezugnahme auf unsere Amtsblatts-Bekanntmachung vom 24. Juni 1851 (Amtsblatt de 1851 pag. 202.), betreffend die Bedingungen zur Aufnahme von Zöglingen in das Königliche Gewerbe-Institut zu Berlin, fordern wir diejenigen, welche ein Stipendium bei dem Besuche des gedachten Instituts zu erlangen wünschen, hierdurch auf, sich unter Beobachtung der in jener Bekanntmachung getroffenen Anordnungen spätestens während des Monats Juli d. J. bei uns zu melden.

Merseburg, den 1. Juni 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 24. Juni v. J. wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß am 1. October d. J. in das evangelische Lehrerinnen-Seminar zu Drossig, im Kreise Weisensfeld, Regierungs-Bezirks Merseburg, wiederum zwanzig Jungfrauen zur Ausbildung für den Lehrerinnen-Beruf aufgenommen werden sollen.

Das genannte Seminar ist für die sämtlichen Provinzen der Monarchie bestimmt. Der Cursus des Seminars ist ein zweijähriger. Vom 1. October an besteht das Lehrpersonal aus dem Director und ersten Lehrer, der ersten Lehrerin, einem zweiten Lehrer und Ordinarius der Übungsschule und einer Hülfslehrerin. Das Seminar hat den Zweck, auf dem Grunde des evangelischen Bekenntnisses christliche

Nr. 382.  
 Formulare zu dem Reglement zur Ausführung des Gesetzes vom 14. Mai 1852 über die vorläufige Straffestellung wegen Uebertretungen.

Nr. 383.  
 Die Anmeldung der Stipendiaten bei dem Königl. Gewerbe-Institut in Berlin.

Nr. 384.  
 Die Aufnahme in das evangelische Lehrerinnen-Seminar zu Drossig betr.

Lehrerinnen für den Dienst an gewöhnlichen Elementar- und Bürgerschulen auszubilden, wobei nicht ausgeschlossen wird, daß die in ihm vorgebildeten Lehrerinnen nach ihrem Austritt Erlaubniß erhalten, in Privatverhältnissen für christliche Erziehung und Unterricht thätig zu werden. Der Unterricht und die Uebung erstrecken sich auf alle für diesen Beruf erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten; Handarbeiten und Theilnahme an der Führung des Hauswesens mit eingeschlossen. Vom 1. October ab wird auch die französische Sprache in den Kreis der Unterrichtsgegenstände mit aufgenommen.

Es ist gegründete Aussicht vorhanden, daß in nicht langer Zeit mit dem Seminar ein Institut zur Ausbildung von Gouvernanten und Lehrerinnen an höheren Töchterschulen wird verbunden werden, in welchem neben der christlichen und einer tüchtigen pädagogischen Durchbildung, welche Hauptsache ist, eine weiter gehende wissenschaftliche Ausbildung, und namentlich vollständige Uebung in der französischen, sowie Kenntniß der englischen Sprache und Fertigkeit in der Musik erzielt werden soll. In dieses Institut werden die dazu befähigten Zöglinge des Seminars, nachdem sie den zweijährigen Course in demselben vollendet, ebenfalls Aufnahme finden können. Wegen Eröffnung dieses Instituts wird seiner Zeit besondere Bekanntmachung erfolgen.

Die Zöglinge des Seminars wohnen und leben in dem für diesen Zweck vollständig eingerichteten Anstaltsgebäude. Das Leben der Anstalt ruht auf dem Grunde des Wortes Gottes und christlicher Gemeinschaft.

Für den Unterricht, Wohnung, Bett und Bettwäsche, Heizung, Beleuchtung, die erforderliche Bedienung, sowie für ärztliche Pflege und Medicin wird vom 1. October d. J. ab eine in monatlichen Raten voraus zu entrichtende Pension von 60 Thlr. jährlich gezahlt. Zur Unterstützung dürftiger und würdiger Zöglinge in Zahlung dieser Pension sind angemessene Fonds vorhanden.

Die Zulassung in das Seminar erfolgt auf Vorschlag der betreffenden königlichen Regierungen, resp. des hiesigen königlichen Provinzial-Schul-Collegiums, durch mich unter Vorbehalt einer vierteljährigen Probezeit, während welcher die Zöglinge, welche sich wegen körperlicher oder geistiger und sittlicher Ursachen zur Fortsetzung der Vorbildung für den Lehrerinnenberuf nicht eignen, wieder aus der Anstalt entlassen werden können.

Die Zulassung zu dem diesjährigen Aufnahmetermin ist bis längstens zum 10. Juli d. J. bei derjenigen königlichen Regierung, in deren Verwaltungsbezirk die Bewerberin wohnt, unter Einreichung folgender Schriftstücke und Zeugnisse nachzusuchen:

- 1) Geburts- und Taufschein, wobei bemerkt wird, daß die Bewerberin am 1. October d. J. nicht unter 17 und nicht über 25 Jahre alt sein darf.
- 2) Ein Zeugniß des betreffenden königlichen Kreis-Physikus über normalen Gesundheitszustand, namentlich, daß die Bewerberin nicht an Brustschwäche, Kurzsichtigkeit, Schwerhörigkeit, sowie an anderen, die Ausübung des Lehramtes behindernden Gebrechen leidet, auch in ihrer körperlichen Entwicklung soweit vorgeschritten ist, daß angenommen werden kann, sie werde einen zweijährigen Aufenthalt in dem Seminar ohne Gefährdung für ihre Gesundheit

übernehmen können. Zugleich ist zu bescheinigen, daß die Aspirantin die wirklichen Blattern gehabt hat oder mit Schutzblättern geimpft worden ist.

- 3) Ein Zeugniß der Ortspolizeibehörde über ihre sittliche Führung; eben ein solches von dem Ortgeistlichen und ihrem Beichtvater über ihr Leben in der Kirche und christlichen Gemeinschaft.
- 4) Ein von der Bewerberin selbst verfaßter Lebenslauf, aus welchem ihr bisheriger Bildungsgang zu ersehen und auf die Entwicklung ihrer Reizung zum Lehrerberuf zu schließen ist. Dieser Lebenslauf gilt zugleich als Probe der Handschrift.
- 5) Eine Erklärung der Eltern oder Vormünder, daß dieselben das Pensionsgeld von 60 Thlr. jährlich auf zwei Jahre zu entrichten sich verpflichten. Im Falle von der Bewerberin auf Unterstützung Anspruch gemacht wird, ist ein von der Ortsbehörde ausgestelltes Armuthszeugniß beizubringen, aus welchem die Vermögensverhältnisse der Bewerberin und ihrer Angehörigen genau zu ersehen sind.

In dem Gesuche um Aufnahme ist ausdrücklich anzugeben, ob der Eintritt von Gewährung einer Unterstützung, und in welchem Betrage, abhängig gemacht wird. Es versteht sich von selbst, daß derartige bedingte Gesuche um Aufnahme nur soweit berücksichtigt werden können, als die vorhandenen Fonds die Gewährung der nachgesuchten Unterstützung gestatten.

Zur Aufnahme in das Seminar ist unbedingt und mindestens erforderlich: Kenntniß der christlichen Lehre auf Grund des Katechismus und der heiligen Schrift; genaue Kenntniß der biblischen Geschichte und Fertigkeit, die wichtigsten Historien im Anschluß an den Ausdruck der Bibel frei erzählen zu können; Kenntniß der wichtigsten und gebräuchlichsten evangelischen Kirchenlieder. Gutes und richtiges Lesen; Fertigkeit, ein gelesenes Stück richtig wieder zu erzählen, einfache Gedanken mündlich und schriftlich ohne grobe Verstöße gegen Sprachgesetze und Rechtschreibung auszudrücken. Kopf- und Tafelrechnen in den vier Grundrechnungsarten in ganzen Zahlen und Brüchen. Kenntniß der vaterländischen und der Natur-Geschichte, der Geographie und Naturlehre, wie sie in der Oberklasse einer guten Elementarschule erworben werden kann.

Uebung im Stricken, Stopfen und Nähen gewöhnlicher Wäsche. Ein Anfang im Verständniß der französischen Sprache, sowie im Klavierspielen, Gesang und Zeichnen ist erwünscht.

Die näheren Bestimmungen über die Vorprüfung der Bewerberinnen nach den angegebenen Gesichtspunkten werden sofort durch die Amtsblätter der einzelnen königlichen Regierungen zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden, und haben die zur Aufnahme als reif Befundenen im Monat September ihre Einberufung in das Seminar zu gewärtigen.

Berlin, den 26. Mai 1853.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-  
Angelegenheiten.

(gez.) von Raumer.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch mit der gleichzeitigen Bestimmung zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Vorprüfung der Bewerberinnen aus dem

beidseitigen Regierungsbezirke von dem Herrn Consistorialrath Frobenius und dem Herrn Seminardirector Krüger

am Freitag, den 15. Juli d. J., von Vormittags 8 Uhr an, in dem Sessionszimmer der unterzeichneten Regierungs-Abtheilung abgehalten werden wird. Die Bewerberinnen haben sich am 14. Juli d. J., Abends 6 Uhr, bei dem Herrn Consistorialrath Frobenius zu melden.

Merseburg, den 3. Juni 1853.

Rönlgl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 385.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die Hypothekensolien über die in unsern Bekanntmachungen vom 20. August 1852 und 1. September 1852 (Stück 37. und 41. des Regierungs-Amtsblatts) erwähnten Grundstücke des Schneidermeister Wilhelm Maynide und des Bergmann Christoph Müller in Döfel, sowie der Leinweber Ferdinand Baumschen Eheleute in Kirchellau sind in das Hypothekenbuch übertragen, daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte daran nunmehr nur nach den Vorschriften der Preussischen Gesetze zu beurtheilen ist. Eönnern, den 12. Januar 1853.

Rönlgl. Kreisgerichts-Commission.

Nr. 386.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die Hypothekentabelle über das zu Besebau belegene, dem Handarbeiter Christian Mebrich und dessen Ehefrau Johanne geb. Herzog gehörige, auf einer Angerabel erbaute Wohnhaus Nr. 68. des Feuerkatasters ist aufgestellt und liegt innerhalb zweier Monate, vom 8. Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an, in unserer Registratur zur Einsicht bereit. Nach Ablauf dieser Frist sind Einwendungen nicht mehr zulässig. Eönnern, den 18. Januar 1853.

Rönlgl. Kreisgerichts-Commission

Nr. 387.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die Hypothekentabelle über die auf dem sog. Pulverhofe hierselbst belegene, dem Ziegeldecker Christoph Frenberg in Eöbejün gehörige wüste Baustelle mit Garten nebst einer Grasfabel an der Fuhne ist fertig und kann innerhalb zweier Monate, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an, von den Interessenten in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Einwendungen dagegen nicht mehr zulässig. Eönnern, den 5. Februar 1853.

Rönlgl. Kreisgerichts-Commission.

Nr. 388.  
Patent-  
Ertheilung.

Dem Schreinermeister Hackländer zu Kaiseröwerth ist unter dem 19. März. ein Patent auf eine in ihrer ganzen Zusammensetzung für neu erkannte Vorrichtung an Druckstischen, um die Form richtig einzustellen, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 389.  
Patent-  
Ertheilung.

Dem Hütteninspector Heil zu Schwintochlowitz, im Kreise Beuthen in Oberschlesien, ist unter dem 20. März 1853 ein Patent auf eine Vorrichtung zum Waschen von Kohlen, insoweit dieselbe in der ganzen Einrichtung als neu und eigen-

thümlich erkannt worden ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

## Personal-Chronik.

Der bisherige Candidat der Feldmefskunst Friedrich Wilhelm Emil Edhne zu Nr. 390.  
Torgau ist zum Feldmesser ernannt und als solcher vorschritsmäßig verpflichtet worden.

Nachdem der Kaufmann Ludwig Demelius in Hettstädt die ihm bisher über- Nr. 391.  
tragen gewesene Agentur der Feuer-Versicherungsanstalt Borussia in Berlin nieder-  
gelegt hat, ist unter dem 9. Mai c. der Kaufmann A. Roux in Hettstädt als Agent  
der gedachten Gesellschaft bestätigt worden.

Die Schul- und Rüsterstelle in Dobrichau, Ephorie Herzberg, Königl. Nr. 392.  
Patronats, kommt durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers zur  
Erledigung.

Die Schulstelle in Roisch, Ephorie Torgau, Privat-Patronats, wird zu Nr. 393.  
Michael d. J. durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Das Rectorat an der Stadtschule zu Schildau, Ephorie Belgern, Privat- Nr. 394.  
Patronats, wird durch die freiwillige Emeritirung des bisherigen Inhabers erledigt.

Die Schul- und Rüsterstelle in Mertendorf, Ephorie Raumburg, Privat- Nr. 395.  
Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Dem forstversorgungsberechtigten Jäger Schwanitz ist die Försterstelle zu Nr. 396.  
Seyda I. in der Oberförsterei gleiches Namens vom 1. Juni c. ab definitiv über-  
tragen worden.

Dem forstversorgungsberechtigten Jäger Schaaf ist die Försterstelle zu Nr. 397.  
in der Oberförsterei Hohenbusch nach Ablauf der Probefrist definitiv übertragen  
worden.

Dem Forstausseher Schulze zu Roisch ist unter Ernennung zum Förster die Nr. 398.  
Försterstelle zu Lornau in der Oberförsterei gleiches Namens vom 1. Juli c. ab  
übertragen worden.

Dem Förster Hermerddorfer zu Lornau ist die erledigte Försterstelle zu Nr. 399.  
Durchwehna, der Oberförsterei Ebllichau, vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Schmiedeberg mit Ogeln, in der Nr. 400.  
Dietes Remberg, ist dem bisherigen Pfarrer zu Schönewalde, Dietes Herzberg,  
Friedrich Christian Carl Bodenstein, verliehen worden. Die dadurch vacant ge-  
wordene Pfarrstelle zu Schönewalde wird dies Mal vermöge Reverses vom Königl.  
Consistorio zu Magdeburg besetzt, und ist bereits über dieselbe verfügt.

Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Großdöhrn, in der Dietes Lügen, Nr. 401.  
ist dem bisherigen Pfarrer zu Frauenwald, in der Dietes Schleusingen, Wilhelm

Wendler, verliehen worden. Die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Frauenwald ist königlichen Patronats.

Nr. 402. Durch das Ableben des Pfarrers Schieferdecker ist das unter dem Patronate des Dom-Capituls zu Zeitz stehende Pfarramt zu Kretschau in der Diöces Lissen erledigt.

Nr. 403. Die durch den Abgang des 5ten ordentlichen Lehrers am Gymnasio zu Wittenberg erledigte Lehrerstelle ist dem 5ten ordentlichen Lehrer Stier und die 6te ordentliche Lehrerstelle dem Adjuncten Dr. Louis Hasper verliehen, der Candidat des höhern Schulamtes Dr. Christian Friedrich Wentrup aber als Adjunct angestellt.

Nr. 404. Zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern in der Grasschaft Stolberg-Rosla sind für die Jahre 1853 bis 1855 gewählt:

- a) für den IV. Landbezirk Breitenstein der Schulze Schröder in Breitenstein zum Schiedsmann, der Gerichtschöppe Heinrich Knabe daselbst zum Stellvertreter;
  - b) für den V. Landbezirk Hermannsdorfer der Schenk wirth und Gemeindevorsteher Gropengieser in Hermannsdorfer zum Schiedsmann und der Gerichtschöppe Unger daselbst zum Stellvertreter,
- und sind als solche gehdrig verpflichtet worden.

Nr. 405. Der Bürgermeister Kralle in Schönewalde ist wiederum für die Jahre 1853 bis 1855 zum Schiedsmann für die Stadt Schönewalde gewählt und als solcher gehdrig verpflichtet worden.

Nr. 406. Der Postsecretair Gekewitz vom Postpeditionsamte Nr. 6. in Halle ist vom 1. Juli c. nach Dortmund versetzt worden.

Nr. 407. Die Verwaltung der Postexpedition in Elsterwerda ist vom 1. Mai c. von dem Postexpediteur Gärtner auf den Postexpediteur Thurmann übergegangen.

Nr. 408. Die Postexpedition in Holzdorf ist dem Postexpediteur Gärtner aus Elsterwerda übertragen worden.

Nr. 409. Der Rittergutsbesitzer Garde auf Wittgendorf ist zum Kreis-Feuersocietäts-Director des Zeitzer Kreises und der Rittergutsbesitzer Rümmler auf Traupitz zu dessen Stellvertreter erwählt und bestätigt worden.

Nr. 410. Der Gutsbesitzer Fischer zu Prieschka ist zum Stellvertreter des Kreis-Feuersocietäts-Directors des Liebenwerdaer Kreises erwählt und bestätigt worden.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 2 Bogen stark, für den Schweiniger landrätthlichen Kreis.

Gedruckt bei Koblischens Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der  
**Königlichen Regierung zu Merseburg.**  
**24. Stück.**

---

Ausgegeben zu Merseburg den 18. Juni 1853.

---

Das 21. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 411.

- Nr. 3754. Allerhöchster Erlaß vom 9. Mai 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Rechte für den Chausseebau von Margonin über Samoczyn bis zum linksseitigen Neßdamme.
- Nr. 3755. Gesetz, betreffend die Aufhebung der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850, sowie der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung vom 11. März 1850. Vom 24. Mai 1853.
- Nr. 3756. Declaration der §§. 74. und 97. des Gesetzes, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gütsherrlichen und bürgerlichen Verhältnisse, vom 2. März 1850. Vom 24. Mai 1853.
- Nr. 3757. Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes, betreffend die Zerstückelung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen, vom 3. Januar 1845. Vom 24. Mai 1853.

Das 22. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 3758. Bestätigungs-Urkunde, betreffend den siebenten Nachtrag zum Statute der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft. Vom 24. Mai 1853.
- Nr. 3759. Allerhöchstes Privilegium wegen Emission auf den Inhaber lautender Prioritäts-Obligationen über eine Anleihe der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft von sechs Millionen fünfmalhundert tausend Thalern. Vom 24. Mai 1853.

Das 23. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 3760. Allerhöchster Erlaß vom 2. Mai 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte für den Bau nachstehender Chausseen im Stolper Kreise: 1) von Zezenow bis an die Launburger Kreisgrenze in der Richtung auf Biezig, 2) von Mahnwitz über Dammen nach der Stolpe-Zezenower Chaussee, 3) von Stolpmünde bis an die Schlauer Kreisgrenze in der Richtung auf Rügenwalde.
- Nr. 3761. Gesetz, die Uebernahme einer bedingten Zinsgarantie für das Anlagecapital einer Eisenbahn von Oberhausen über Wesel und Emmerich nach der

Niederländischen Grenze in der Richtung auf Arnheim betreffend. Vom 24. Mai 1853.

Nr. 3762. Verordnung, die theilweise Suspension der landesherrlichen Resolution vom 4. Mai 1848 für das damalige Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen betreffend. Vom 6. Juni 1853.

Nr. 412.  
Herabsetzung  
des Zinsfußes  
der Prioritäts-  
Obligationen  
der Niederschle-  
sisch-Märk-  
ischen Eisen-  
bahn Ser. I.  
II. und III.

Da beschlossen worden ist, den Zinsfuß der zufolge des Privilegiums vom 26. Juni 1846 (Ges. Samml. S. 238.) und der Allerhöchsten Bestätigungs-Urkunde vom 20. August 1847 (Ges. Samml. S. 343.) mit 3,500,000 Thlr. und resp. 2,300,000 Thlr. ausgegebenen Prioritäts-Obligationen der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn Ser. I. II. und III. vom 1. October d. J. ab von  $4\frac{1}{2}$  auf 4 Procent herabzusetzen, so werden diese Obligationen Behufs der Rückzahlung des Capitals zum 1. October d. J. hierdurch gekündigt mit der Maßgabe, daß denjenigen Obligationen-Inhabern, welche sich mit jener Zinsherabsetzung einverstanden erklären, und dies spätestens bis zum 1. September d. J., durch Einreichung ihrer Obligationen mit dazu gehörigen Zins-Coupons Nr. 15. bis 20. bei der Hauptkasse der Königl. Verwaltung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, welche dieselben an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr Vormittags entgegen nehmen wird, zu erkennen geben, eine Prämie von  $\frac{1}{2}$  Procent des Capitals, außer den Stückzinsen für das Vierteljahr vom 1. Juli bis zum 30. September d. J. mit  $1\frac{1}{2}$  Procent ausbezahlt werden soll. Die Obligationen werden, mit dem Reductionsstempel bedruckt, mit einem Zins-Coupon über die Stückzinsen à 4 Procent für das Quartal vom 1. October bis 31. December d. J., sowie mit einer neuen Serie Coupons über die vierprocentigen Zinsen für die Jahre 1854 bis 1857 den Einreichern zurückgegeben werden.

Von denjenigen Inhabern von Obligationen, welche diese nicht bis zum 1. September d. J. bei der gedachten Kasse eingereicht haben, wird angenommen, daß sie auf die Zinsherabsetzung nicht eingehen wollen, sondern die Rücknahme des Capitals vorziehen, und werden dieselben hiermit aufgefordert, das Capital nebst den Stückzinsen für das Quartal vom 1. Juli bis 30. September d. J. gegen Quittung und Rückgabe der Obligationen und dazu gehörigen Coupons Nr. 15. bis 20. vom 1. October d. J. ab, an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr Vormittags, bei der gedachten Kasse in Empfang zu nehmen. Der Betrag der bei Ablieferung der Obligationen fehlenden Zins-Coupons wird von dem Capitale in Abzug gebracht Mit dem 1. October d. J. hört die Verzinsung der nicht convertirten Obligationen auf.

Berlin, den 3. Juni 1853.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Nr. 413.  
Die Zulassung  
der Handwerks-  
gesellen zur  
Meisterprü-  
fung vor voll-  
endetem 24ten  
Lebensjahre  
betr.

Nach §. 35. Nr. 1. des Gesetzes vom 9. Februar 1849, betreffend die Errichtung von Gewerbetrieben und verschiedene Abänderungen der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung, sollen Handwerksgelesen erst nach Vollendung des 24ten Lebensjahres zur Meisterprüfung zugelassen werden. Es ist jedoch den Communalbehörden, in Vertretung des Gewerberathes, nachgelassen, aus besondern Gründen einem Gesellen die Ablegung der Prüfung schon nach vollendetem 21ten Lebensjahre zu gestatten.



Die Erfahrung hat gelehrt, daß diese letztere Bestimmung vielfach gemißbraucht worden ist, Handwerksgefelln ohne ausreichenden Grund zur Meisterprüfung vor der gesetzlichen Zeit zuzulassen.

Namentlich ist häufig von Communalbehörden die Einwilligung zur vorzeitigen Prüfung eines Gefellen deshalb ertheilt worden, weil derselbe zu heirathen Willens sei, und als Meister eine Familie besser ernähren könne; oder weil es am Orte an einem Meister des bezüglichen Handwerkes fehle; oder weil es bekannt, daß der Gefelle die erforderliche Geschicklichkeit besitze, das Gewerbe selbstständig betreiben zu können; diese Gründe sind nicht ausreichend.

Nur unter besondern Umständen, wenn nachweislich der Gefelle die einzige Stütze hilfbedürftiger Eltern oder Geschwister ist, läßt sich die vorzeitige Zulassung zur Prüfung rechtfertigen, weshalb wir den Communalbehörden hierdurch untersagen, aus andern als dem letztgedachten Grunde einem Gefellen die Ablegung der Meisterprüfung vor vollendetem 24sten Lebensjahre zu gestatten. Sollten sich aber dennoch hin und wieder Gefellen, die das gesetzliche Alter noch nicht erreicht haben, bei einer Prüfungs-Commission melden und dabei ein Attest ihrer Heimathsbehörde beibringen, durch welches sie aus einem vorstehend für unzureichend erklärten Grunde zur Prüfung zugelassen werden, so hat die Commission dieses Attest, wenn es von einem Magistrate ausgestellt worden, an uns, wenn von einer ländlichen Communalbehörde, an den Kreislandrath zum weitern Besinden, ob die Prüfung zulässig sei, einzureichen.

In Betreff dieser Anordnung machen wir die Vorsitzenden der Prüfungs-Commissionen auf Nr. VII. der Amtsblatt-Verfügung vom 5. Juni 1852, Amtsblatt pag. 211., aufmerksam.

Merseburg, den 6. Juni 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

# E r g e b n i ß

Nr. 414.

der Civil-Bevölkerungstabelle vom Regierungsbezirk Merseburg  
vom Jahre 1852.

Geboren sind 15,185 männlichen und 14,190 weiblichen Geschlechts,  
überhaupt also 29,375

Gestorben sind 10,868 männlichen und 10,192 weiblichen Geschlechts,  
überhaupt also 21,060

mithin sind mehr geb. 4,317 männlichen und 3,998 weiblichen Geschlechts,  
überhaupt also 8,315

Im Jahre 1851 sind geboren 29,459,

dagegen gestorben 19,149,

mithin Ueberschuß . . . . . 10,310

folglich hat sich die Bevölkerung in den beiden letzten Jahren um . . . . 18,625  
vermehr.

Todtgeboren sind:

- a) in den Städten . .  
b) auf dem Lande . .

eheliche Kinder		uneheliche Kinder		zusammen	
Knaben	Mädchen	Knaben	Mädchen	Knaben	Mädchen
212	174	36	18	248	192
429	303	32	30	461	333
641		68		709	
477		48		525	
1,118.		116.		1,234.	

Das Verhältniß der Todtgeborenen zu den Geborenen stellt sich demnach

- 1) in den Städten  $440 : 10,524 = 1 : 24.$   
 2) auf dem Lande  $794 : 18,851 = 1 : 24.$   
 3) überhaupt  $1,234 : 29,375 = 1 : 24.$

Uneheliche Kinder sind geboren:

- a) in den Städten . . . . .  
b) auf dem Lande . . . . .

Knaben	Mädchen	zusammen
598	500	1,098
914	854	1,768
überhaupt . . .		2,866

so daß also bei 29,375 Geborenen unter 10 Ein uneheliches ist.

Zwillings-Geburten sind vorgekommen:

- a) in den Städten . . . . . 121  
 b) auf dem Lande . . . . . 232  
 zusammen . . 353

Drillings-Geburten haben Statt gefunden nur 1 und zwar auf dem Lande.

- Getrauet wurden: a) in den Städten . . . . . 2,213 Paare,  
 b) auf dem Lande . . . . . 4,413 „  
 zusammen . . 6,626 Paare.

Darunter befinden sich 32 Männer über 60 Jahre, von denen 4 mit Frauen unter 30 Jahren, 13 mit Frauen über 30 und unter 45 Jahren, und 15 mit Frauen über 45 Jahren sich ehelich verbunden haben.

Gestorben sind,

a) dem Alter nach:

vor vollendetem 1. Jahre . . . . .	6,095
nach dem 1. und vor vollendetem 14. Jahre . . . . .	4,713
„ „ 14. „ „ 30. „ . . . . .	1,165
„ „ 30. „ „ 45. „ . . . . .	1,453
„ „ 45. „ „ 60. „ . . . . .	2,100
„ „ 60. „ „ 80. „ . . . . .	3,722
„ „ 80. „ „ 90. „ . . . . .	539
über 90 Jahre . . . . .	39

b) den Krankheiten und andern Todesarten nach:

1) an Altersschwäche und Entkräftung:	männlich	weiblich	zusammen
in den Städten . . . . .	372	486	858
auf dem Lande . . . . .	855	945	1,800
zusammen . . . . .	1,227	1,431	2,658
2) durch Selbstmord:	männlich	weiblich	zusammen
in den Städten . . . . .	47	15	62
auf dem Lande . . . . .	76	18	94
zusammen . . . . .	123	33	156
3) durch allerlei Unglücksfälle:	männlich	weiblich	zusammen
in den Städten . . . . .	65	13	78
auf dem Lande . . . . .	155	39	194
zusammen . . . . .	220	52	272
4) bei der Niederkunft und im Kindbette:			
in den Städten . . . . .	59		
auf dem Lande . . . . .	115		
zusammen . . . . .	174		

Hiernach ist: a) in den Städten von 176 Gebärenden } Eine gestorben.  
b) auf dem Lande von 162 Gebärenden }

5) durch die Pocken:	männlich	weiblich	zusammen
in den Städten . . . . .	7	4	11
auf dem Lande . . . . .	12	13	25
zusammen . . . . .	19	17	36

und zwar:

im Bitterfelder Kreise . . . 5 Personen,	im Delitzscher Kreise . . . 1 Person,
„ Liebenwerdaer Kreise 19 „	„ Mansfeld. Geb. Kreise 1 „
„ Mansfeld. Seekreise 2 „	„ Merseburger Kreise . 1 „
„ Sangerhäuser Kreise 4 „	„ Schweiniger Kreise . 2 Personen,
„ Zeitzer Kreise . . . . 1 Person,	

6) durch die Wasserscheu 1 Personen.

7) durch innere hitzige Krankheiten:	männlich	weiblich	zusammen
in den Städten . . . . .	1,130	995	2,125
auf dem Lande . . . . .	1,912	1,785	3,697
zusammen . . . . .	3,042	2,780	5,822

8) durch innere langwierige Krankheiten:	männlich	weiblich	zusammen
in den Städten . . . . .	1,474	1,412	2,886
auf dem Lande . . . . .	2,475	2,216	4,691
zusammen . . . . .	3,949	3,628	7,577
9) durch schnell tödtliche Krankheiten, Blut-, Stich- und Schlagflüsse:	männlich	weiblich	zusammen
in den Städten . . . . .	427	396	823
auf dem Lande . . . . .	634	612	1,246
zusammen . . . . .	1,061	1,008	2,069
10) an äußern Krankheiten und Schäden:	männlich	weiblich	zusammen
in den Städten . . . . .	42	39	81
auf dem Lande . . . . .	88	118	206
zusammen . . . . .	130	157	287
11) durch nicht bestimmte Krankheiten:	männlich	weiblich	zusammen
in den Städten . . . . .	130	125	255
auf dem Lande . . . . .	257	262	519
zusammen . . . . .	387	387	774

Merseburg, den 26. Mai 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 415. Das in unserer Bekanntmachung vom 24. September 1852 (Amtsblatt pro 1852  
Hypotheken- Stüd 46.) erwähnte, dem Grafen Heinrich v. Schweinitz und Ober-Amtmann Strube  
Sachen. gehörige Alaunwerk Schwemfal ist nunmehr in das Hypothekenbuch übertragen, und  
ist der Erwerb neuer Hypothekenrechte nunmehr lediglich nach den Vorschriften des  
Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-  
Ordnung zu beurtheilen.

Düben, den 22. Januar 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Nr. 416. Das in unserer Bekanntmachung vom 23. October 1852 — Stüd 46. des Mer-  
Hypotheken- seburger Amtsblattes pro anno 1852 — benannte Riemegger Gemeindefirthenhaus ist  
Sachen. in das Hypothekenbuch übertragen und der Erwerb neuer Hypothekenrechte daran nun-  
mehr nach den Vorschriften der Preussischen Gesetze zu beurtheilen.

Bitterfeld, den 23. Februar 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission II.

Die Hypothekentabelle über das im Dorfe Mühlbeck liegende, der dasigen Gemeinde zugehörige Hirtenhaus ist fertig und kann innerhalb 2 Monaten in unserer Registratur eingesehen werden. Nr. 417.  
Hypotheken-  
Sachen.

Spätere Erinnerungen bleiben unberücksichtigt.

Bitterfeld, den 6. April 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission II.

Von dem der Gemeinde Schützberg mit Ausnahme der Häusler gehörenden alten Schulhause Nr. 19. Catastri daselbst ist die Hypothekentabelle fertig und kann während 2 Monate, vom 8. Tage nach Insertion dieser Bekanntmachung, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen können nicht berücksichtigt werden. Nr. 418.  
Hypotheken-  
Sachen.

Jessen, den 8. April 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Das Hypothekenfolium über die in unserer Bekanntmachung vom 1. December 1852 (3. Stück des Regierungs-Amtsblatts) gedachten Grundstücke der vermittelten Rorbmacher Buchmann, Christine Marie Magdalene geb. Hoffmann hier ist in das Hypothekenbuch übertragen, daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte daran nunmehr nur nach den Vorschriften der Preuß. Gesetze zu beurtheilen ist. Nr. 419.  
Hypotheken-  
Sachen.

Ebnern, den 8. April 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Die Hypothekentabelle über das in Dorf Velleben neuerrichtete Hausetablissement, dem Gottlieb Kaufmann und dessen Ehefrau Christiane geborne Heller gehörend, ist fertig und liegt in unserem Bureau zur Einsicht bereit. Erinnerungen dagegen sind nur binnen 2 Monaten zulässig. Nr. 420.  
Hypotheken-  
Sachen.

Alsleben a. d. S., den 29. April 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

## Personal-Chronik.

Der Ober-Domprediger D. Augustin zu Halberstadt tritt in den Ruhestand. Die von demselben bisher verwaltete Ober-Dompredigerstelle ist Königl. Patronats. Nr. 421.

Zu der erledigten evangelischen Pfarradjunctur zu Lischdorf, in der Diocese Ebersberga, ist der bisherige Predigtamts-Candidat Friedrich August Hentschel berufen und bestätigt worden. Nr. 422.

Der Gerichts-Assessor Kühnas in Liebenwerda ist zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht zu Zeitz unter Uebertragung der Functionen als Gerichts-Commissarius in Hohenmölsen ernannt. Nr. 423.

Der Referendarius Starke ist an das Appellationsgericht zu Marienwerder, und der Auscultator Schönwald an das Landgericht in Düsseldorf, dagegen Die Justiz-  
Personal-Ver-  
änderungen im  
Departement  
des Appella-

Kreisgericht  
zu Naumburg  
betr.

der Referendarius Dr. Forch vom Justiz-Senate zu Ehrenbreitstein in hiesiges Departement versetzt.

Die Auscultatoren von Froreich, Kühne, Matthes, Rudolphi, Schwimmer, und Stamm sind zu Referendarien befördert.

Die Rechtskandidaten Ansin, Beiner, Ehrhardt, Hofmann, Mettsch und Wiedenburg sind zu Auscultatoren im hiesigen Departement angenommen.

Die bisherigen Hülfsboten Ahlsdorf und Schönbrodt zu Torgau sind als Boten und Executoren definitiv bei dem Kreisgericht daselbst angestellt.

Der Kreisgerichtsbote Kühne zu Erfurt ist vom 1. Juli c. an mit Pension in den Ruhestand versetzt.

Nr. 424. Zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern in der Grafschaft Stolberg-Rossla sind für den Zeitraum 1833 gewählt:

a) für den I. Bezirk Rossla der Schenkwrth und ehemalige Ortsvorsteher Bloßfeld in Rossla zum Schiedsmann, der Gräfl. Stolberg'sche Hofrath Hübner daselbst zum Stellvertreter;

b) für den VI. Bezirk Berga der Schulze Apel in Berga zum Schiedsmann, der Anspanner Wilhelm Schuller daselbst zum Stellvertreter;

c) für die Stadt Kelbra der Bürgermeister Thiem in Kelbra zum Schiedsmann, der Senator Sebert daselbst zum Stellvertreter,

und sind als solche gehörig verpflichtet worden.

Nr. 425. Mitteltst Rescripts des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten Excellenz vom 29. Mai c. ist der bisherige Registrator beim königlichen Bergamte zu Halberstadt, Fabricius, vom 1. Juli c. ab in Stelle des verstorbenen Material-Rendanten Dietrich zum Material-Verwalter bei der königlichen Saline Dürrenberg ernannt worden.

Nr. 426. Der bisherige interimistische Rentenkass. Buchhalter Buttge bei der Provinzial-Rentenbank zu Magdeburg ist definitiv zum Rentenkass. Buchhalter ernannt und in dieser Stellung auch ferner, wie bisher, mit den Geschäften eines Rendanten der Rentenkass. beauftragt geblieben.

Der bisher bei der Provinzial-Rentenbank zu Magdeburg diätarisch beschäftigte frühere Oberfeuerwerker Spangenberg ist zum Rentenkass. Secretair ernannt worden.

Nr. 427. Der Postmeister Fesca ist höheren Orts unter Ernennung zum Post-Director als Vorsteher des Postamtes in Halle bestätigt worden.

Nr. 428. Der Ober-Postsecretair von Beerenberg in Weissenfels ist zum Postmeister und Vorsteher des dortigen Postamtes höheren Orts ernannt worden.

Gedruckt bei Robig'schen Erben in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Büreau der königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

## 25. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 25. Juni 1853.

Das 24. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 3763. Städte-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie. Vom 30. Mai 1853.

Nr. 3764. Gesetz, betreffend die Verfassung der Städte in Neuvorpommern und Rügen. Vom 31. Mai 1853.

Nr. 429.

In Gemäßheit des §. 1. der Verordnung vom 16. Juni 1838 wegen der Communicationsabgaben wird nachstehend der 3te Nachtrag des Verzeichnisses derjenigen Straßen, auf welche gedachte Verordnung Anwendung findet, zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Nr. 430.

Dritter Nachtrag zu dem Verzeichnisse derjenigen Straßen, auf welche die Verordnung vom 16. Juni 1838 Anwendung findet.

Merseburg, den 13. Juni 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

### Dritter Nachtrag

zum Verzeichniß der Straßen, auf welche die Verordnung wegen der Communicationsabgaben vom 16. Juni 1838 Anwendung findet.

#### A. Im östlichen Theile des Staats.

- 1 a. Von Prenzlau bis zur Mecklenburgischen Grenze über Wolfshagen.
- b. Von Prenzlau nach Lychn über Voigdenburg.
- 2 a. Von der Mecklenburgischen Grenze über Treptow nach Jarman.
- b. Von Stralsund bis zur Mecklenburgischen Grenze über Poggendorf, Demmin.
- c. Von Demin nach Burau.
- d. Von Greifswald nach Poggendorf.
- e. Von Stralsund bis zur Mecklenburgischen Grenze über Damgarten.
- 4 a. Von Neustadt-Eberswalde nach Oberberg.
- b. Von Danzig nach Carthaus über Zuckau.
- c. Von Danzig nach Kahlbude.
- d. Von Danzig nach Bohnsackersfähre.
- 5 a. Von Gramzow nach Passow.
- b. Von Voigdenburg nach Greiffenberg.
- 6 a. Von Colberg nach Colbergermünde.

- 7a. Von Rügenwalde nach Rügenwaldermünde.
- 8a. Von Stolpe bis zur Westpreussischen Grenze über Zuders, Bütow.
  - b. Von Zuders nach Rummelsburg.
- 9a. Von Stargardt nach Polzin über Freyenwalde.
  - b. Von Cörlin nach Flederbon über Polzin, Neustettin.
- 15a. Von Tilsit nach Schirwindt über Ragnit, Pilskalen.
- 16a. Von Kraupischken nach Lyck über Marggrabowa.
- 17a. Von Bischofsburg nach Ortelsburg.
- 21a. Von Neustadt-Eberswalde nach Briezen über Freienwalde.
- 26a. Von Nicolai über Ples bis zur Landesgrenze.
  - b. Von Ratibor nach Ples über Rybnick.
  - c. Von Gleiwitz nach Rybnick.
- 29a. Von Gleiwitz nach Tarnowitz.
  - b. Von Malapane nach Tarnowitz über Rielehle.
  - c. Von Rielehle nach Beuthen über Weiskretscham.
- 30a. Von Dels nach Kreuzburg über Namslau.
  - b. Von Brieg nach Noldau über Gölchen.
  - c. Von Pleschen nach Neustadt a. d. W.
  - d. Von Posen nach Ostrowo über Schrimm, Krotoschin.
  - e. Von Krotoschin bis zur Schlesi'schen Grenze über Zduny.
- 32a. Von Glogau nach Neusalz über Beuthen.
- 39d. Von Spremberg nach Görlitz über Muskau, Riesky.
  - e. Von Riesky bis zur Landesgrenze auf Ebbau.
- 44b. Von Görlitz nach Greiffenberg über Lauban.
  - c. Von Kohlfurt nach Lauban.
- 46a. Von Warmbrunn nach Josephinenbütte über Petersdorf.
- 47a. Von Jauer nach Landsbut über Vollenhain.
  - b. Von Landsbut nach Reisdorf.
- 50a. Von Hermsdorf nach Salzbrunn über Weisstein.
- 54a. Von Glas nach Reisse über Patschkau.
- 56a. Von Strehlen nach Patschkau über Münsterberg.
- 57a. Von Reisse nach Zudmantel über Ziegenhals.
  - b. Von Ziegenhals nach Niclasdorf.
- 59a. Von Berlin (Gottbuser Thor) nach Glasow.
- 61a. Von Potsdam nach Spandau.
- 62a. Von Luzenwalde nach Züterbog.
- 77b. Von Benshausen über Viernau bis zur Landesgrenze auf Schmalkalden.
- 85a. Von Neuschreptow bis zur Landesgrenze über Prigwall, Reienburg.
- 92a. Vom Zerniger Eisenbahnhofs bis zur Landesgrenze über Kyritz und Wittstock.
  - b. Von Berlin nach Charlottenburg über Moabit.
- 93a. Von Perleberg nach Prigwall.
- 94a. Von den Rehbergen nach Hennigsdorf über Tegel.
- 94b. Von Berlin über Reinickendorf bis zur Berlin-Strelitzer Chaussee.



B. Im westlichen Theile des Staats.

- 97 a. Von Montjoie nach Eupen.
- 98 a. Von Brohl nach Tönnisstein.
- 105 a. Von Neuß nach Neußerfürth.
- 107 a. Von Richterich bis zur Landesgrenze über Horbach.
- b. Von der Aachen-Trier Staatsstraße über Wurtscheid bis in die Aachen-Eupener Actienstraße.
- ad 109. Diese Straße endigt in Heinsberg und die Strecke von da bis Erkelenz fällt aus.
- 111 a. Von Biersen nach Aldekerk über Süchteln, Vorst, Kempen.
- b. Von Süchteln nach Strälen über Gräfrath.
- 112 a. Von Geilenkirchen bis zur Landesgrenze über Gangelt.
- b. Von Heinsberg bis zur Landesgrenze über Kempen.
- c. Von Aldehoven nach Einnich.
- 115 a. Von Düren nach Euskirchen über Zulpich.
- 117 a. Von Brühl nach Lechenich über Eiblar.
- 118 a. Von Bonn nach Kelberg über Altenahr.
- b. Von Altenahr nach Singig über Uhrweiler.
- 120 a. Von Bütschenbach über St. Vith bis zur Landesgrenze bei Malscheid.
- b. Von Baugnez nach St. Vith über Engelsdorf.
- 123 a. Von Ehrenbreitstein bis zur Landesgrenze bei Niederlahnstein.
- b. Von Lutzerath nach Alf.
- 124 a. Von Mettnich nach Nonnweiler und von Hermeskeil über Thalfang nach Morsbach.
- 125 a. Von der Aachen-Trier Staatsstraße bei Malbergweich nach Wittlich.
- b. Von der Landesgrenze bei Vianden über Wittburg bis Badem.
- c. Von Prüm nach Sinspelt über Lünebach.
- 131 a. Von Merzig bis zur Landesgrenze über Losheim.
- 133 a. Von Lisdorf bis Niederaltendorf über Wallerfangen.
- 135 b. Von Birkenfeld nach Kusel, soweit diese Straße Preussisches Gebiet berührt.
- 135 c. Von Homburg nach Meisenheim, soweit diese Straße Preussisches Gebiet berührt.
- 137 b. Von Mülheim a. Rhein nach Gladbach.
- c. Von Beuel nach Overath über Siegburg.
- d. Von Hangelar nach Buisdorf.
- 141 a. Von Ratingen nach Bülfrath über Homberg.
- 149 a. Von Steele nach Breideney über Kellinghausen.
- 152 a. Von dem Chauffeehause Engelsburg nach Bochum.
- b. Von Haltern nach Bochum über Recklinghausen.
- 154 a. Von Honsdorf über Erbschloe bis zur Beckmannschen Privatstraße.
- 155 a. Von Remscheid nach Kranenhöhe über Müngsten.
- 156 a. Von Altena nach Röckhausen über Berdobl.
- 158 a. Von Wipperfürth nach Engelskirchen über Lindlar.
- 160 a. Von der Ebln-Berliner Straße durch Westerkotten bis zur Minden-Coblenzer Straße.

- 161 a. Von Beuel nach Wendorf über Linz.
- b. Von Weißenthurm bis zum Rhein auf Neuwied.
- c. Von Engers nach Sann.
- d. Von Siegen nach Kirchen über Niederschelden.
- e. Von Vallendar durch das Fehrbachsthal bis zur Landesgrenze.
- f. Von Neuwied nach Dierdorf.
- 162 a. Von Crengeldanz nach Castrop.
- b. Von Schwelm nach Haslinghausen.
- ad 163. und 165. Diese Straßen sind im Verzeichnisse zu löschen.
- 167 a. Von Winterberg bei Schwelm bis zur Bezirksgrenze auf Radevormwald.
- b. Von Milke durch das Heilenbecker Thal bis in die Rader Straße.
- 172 a. Von Gießen nach Gladenbach, soweit solche den Kreis Weimar berührt.
- 173 a. Von Leimstruth nach Eddmerhüttenplatz über Verleburg.
- b. Von Gräfenbrück nach Crombach über Altenhundem, Welschenenest.
- c. Von Altenhundem nach Winterberg über Schmallenberg.
- 175 a. Von Dortmund nach Hörde.
- 178 a. Von Wesel nach Bochold über Dingden.
- b. Von Haldern bis zur Münster-Emmericher Straße auf Ipselburg.
- 179 b. Von Rheine, im Anschluß an die Straße von Ibbendüren, über Burgsteinfurt bis zur Münster-Emmericher Straße bei Ebsfeld.
- 182 a. Von Recheimerohl nach Grabenbrück über Echthausen.
- 184 a. Von Brilon nach Beleda über Rütben.
- b. Von Osendorf nach Beverungen über Borgentreich.
- 186 b. Von Hallenberg nach Somplar.
- 187 d. Von Blotho bis zur Landesgrenze auf Salzauffeln.
- 190 a. Von Petershagen bis zur Landesgrenze auf Bückeburg.

Nr. 431.  
Nichtberechtig-  
ung der Gesell-  
schaft La Cam-  
pagnarde zum  
Geschäftsbe-  
trieb in Preußen

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Belgische Vieh- und Hagel-Versicherungs-Gesellschaft „La Compagnarde“ zu Brüssel Betriebsrecht für Preußen nicht besitzt, und daß mithin Niemand beauftragt ist, als angeblicher Agent dieser Gesellschaft Versicherungen bei derselben anzunehmen.

Merseburg, den 15. Juni 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 432.  
Die in Weissen-  
feld abgehaltenen  
Wahlfähig-  
keits-Prüfun-  
gen betr.

Die im 14. Stück des diesjährigen Amtsblatts angekündigten Wahlfähigkeits-Prüfungen sind vom 9. Mai cr. ab in Weissenfeld gehalten worden.

A.

Das Königliche Haupt-Seminar zu Weissenfeld verließen 22 Zöglinge und erhielten die Haupt-Censuren Nr. 1 II. und III. wie folgt:

- 1) Julius Ernst Verbig aus Gröfz, Kreis Querfurt; 2) Karl August Berke aus Wendorf, Kr. Delitzsch; 3) Friedrich Wilhelm Berke ebendaher; 4) Albert Beyreiß aus Altenbeichlingen, Kr. Ertartoberga; 5) Johann Gottlob

Böckel aus Schotterey, Kr. Merseburg; 6) Karl Friedrich August Böckel aus Kösen, Kr. Naumburg; 7) Andreas Wilhelm Reinhold Böhne aus Reinsdorf, Kr. Ebersberg; 8) Christian Friedrich Büchner aus Eßleda, Kr. Ebersberg; 9) August Hermann Dörfel aus Delitzsch; 10) Julius Leonhardt Finger aus Nippach, Kr. Weissenfels; 11) Friedrich Gotthilf Erdmann Glaser aus Stolberg, Kr. Sangerhausen; 12) Anton Richard Gräßner aus Elau, Kr. Weissenfels; 13) Johann Heinrich Huth aus Müdnitz, Kr. Weissenfels; 14) Friedrich Karl John aus Gehofen, Kr. Sangerhausen; 15) Karl Theodor Albert Kühn aus Leuchera, Kr. Weissenfels; 16) Karl Friedrich Hermann Nebelung aus Bärenrode, Kr. Sangerhausen; 17) Ferdinand Niesche aus Döbrichau, Kr. Torgau; 18) Karl Gottfried Rottländer aus Cannawurf, Kr. Ebersberg; 19) Friedrich Albert Schauer aus Worf, im Saalkreise; 20) Gottlieb Albert Schwarz aus Ostrau, Kr. Bitterfeld; 21) Gustav Stephan aus Merseburg; 22) August Theodor Louis Wolf aus Delitzsch am Berge, Kr. Merseburg.

## B.

Aus dem Privat-Seminare des Rectors Geißler in Eilenburg waren 13 Zöglinge angemeldet und erhielten davon 10 die Haupt-Censuren I. II. und III.:

1) Friedrich Wilhelm Beyer aus Kanna bei Zeitz; 2) Karl Ludwig Dietrich aus Priester bei Eilenburg; 3) Karl August Ferdinand Klein aus Lichtfelde in der Altmark; 4) Karl Wilhelm Frieße aus Magdeburg; 5) Friedrich Karl Bölling aus Aden an der Elbe; 6) Karl Friedrich Mende aus Urbich bei Erfurt; 7) Karl Friedrich Justus Rötke aus Dubeleben bei Wettin; 8) Gustav Adolph Schwarz aus Ostrau bei Jörbig; 9) Friedrich Trosse aus Mahlschön bei Belgern; 10) Friedrich Wilhelm Heinrich Volland aus Zuchau bei Calbe a. d. S.

## C.

Anderweit Vorbereitete waren angemeldet drei, welche ein Wahlschulzeugniß erhielten:

1) Ernst Rudolph Radwiz aus Zeitz; 2) Friedrich Eduard Rauchenbach aus Brehna, Kr. Bitterfeld; 3) Friedrich Bernhard Weilepp aus Kalbitz, Kr. Ebersberg.

Merseburg, den 10. Juni 1853.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Sämmtliche Domänen-Beamte, Administratoren und Pächter von Etablissements u. in dem hiesigen Regierungsbezirke, welche Theilnehmer an dem Domänen-Feuerschäden-Bereine sind, werden auf Grund des Regulativs vom 28. April 1826 §. 20. und unserer Circular-Berückung vom 11. October 1844 (Nr. 17,937.) hierdurch aufgefordert, ihre fürten Beiträge für das Jahr vom 1. Mai 1853 bis dahin 1854 von den nach Maßgabe der in ihren Händen befindlichen Cataster versicherten Gesamtwerthebeträge der Gebäude, und zwar:

Nr. 433.  
Die Einzahlung  
der Beiträge  
zum Domänen-  
Feuerschäden-  
Fonds  
pro 1. Mai  
1853 betr.

der ersten Klasse mit 2 Sgr. von jedem Hundert Thaler,  
der zweiten Klasse mit 3 Sgr. von jedem Hundert Thaler,  
wenn es noch nicht geschehen, bis den 1. Juli d. J. und die Erhöhung dieses Beitrags mit  
1 Sgr. von jedem Hundert Thaler der ersten Klasse und  
1 Sgr. 6 Pf. von jedem Hundert Thaler der zweiten Klasse,  
bis den 1. December c. an unsere Hauptkasse hieselbst bei Vermeidung der Execution  
einzuzahlen.

Merseburg, den 13. Juni 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der  
directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 434.  
Den Austausch  
der Quittun-  
gen der im  
IV. Quartal  
1852 eingezahl-  
ten Kapitalien  
für veräußerte  
Domainen und  
Forstgrund-  
stücke und Ab-  
lösungen betr.

Die von der Regierungs-Hauptkasse hieselbst ausgestellten Quittungen über die  
im IV. Quartal 1852 für verkaufte Domainen und Forstgrundstücke, so wie für abge-  
löstste Domainen-Prästationen u. s. w. eingezahlten Kapitalien und Zinsen, sind nach  
erfolgter Bescheinigung Seitens der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden,  
den betreffenden Specialkassen zur Aushändigung an die Interessenten übersandt worden.  
Letztere werden daher aufgefordert, diese Bescheinigungen gegen Rückgabe der  
bereits empfangenen Interimsquittungen bei den gedachten Kassen entgegen zu nehmen.  
Merseburg, den 16. Juni 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der  
directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 435.  
Vorladung in  
Auseinander-  
setzungen betr.

Zur Ermittlung unbekannter Interessenten und Feststellung der Legitimation  
werden folgende, bei der unterzeichneten Königl. Regierung in deren Verwaltungs-  
bezirk anhängige Auseinandersetzungen, nämlich:

- 1) die Ablösung der dem Rentamte Bitterfeld von Grundstücken des Gemeindebe-  
zirks Plodda;
- 2) die Ablösung der dem Rentamte Delitzsch von Grundstücken der Feldmark Peiz  
im Gemeindebezirke Lindenhayn;
- 3) die Ablösung der dem Rentamte Eilenburg von Grundstücken der Gemeindebe-  
zirke Cospa und Limehna;
- 4) die Ablösung der dem Rentamte Eisleben von Grundstücken der Gemeindebezirke  
Lieberdorf und Bornstedt;
- 5) die Ablösung der dem Domainenamte Friedeburg von Grundstücken aus dem  
Gemeindebezirke Benkendorf;
- 6) die Ablösung der dem Domainen-Rentamte Gräfenhainichen-Strohwalde von  
Grundstücken der Gemeindebezirke Gröbern, Jüdenberg und der Mark Dörnewitz;
- 7) die Ablösung der dem Rentamte Merseburg von Grundstücken der Gemeindebe-  
zirke Meuchen, Merseburg, Gr. Gräfenhof, Strößen, Holleben, Niederclobitz;
- 8) die Ablösung der dem Rentamte Wittenberg von Grundstücken der Gemeindebe-  
zirke Iserbegta, Schönefeld, Feldheim, Schmiedsdorf, Danna, Rahnsdorf,  
Remberg mit den Marken Busdorf, Bruchhausen, Niemiß und Wöpp;

9) die Ablösung der dem Rentamte Zeitz von Grundstücken der Gemeindebezirke Kleinzeßelbach und Osig;

10) die Ablösung der dem Rentamte Schweinitz von Grundstücken des Gemeindebezirks Prettin,

zustehenden Domainialgefälle,  
hiermit öffentlich bekannt gemacht. Alle diejenigen, welche bei diesen Auseinandersetzungen ein Interesse zu haben vermeinen und zu denselben bisher nicht zugezogen sind, werden aufgefordert, sich spätestens zu dem auf

den 9. August d. J., Vormittags 11 Uhr,

ad 1. im Rentamte Bitterfeld,

2. „ „ Delitzsch,

3. „ „ Eilenburg,

4. „ „ Gisleben,

5. „ Domainenamte Friedeburg,

6. „ Domainen-Rentamte Gräfenhainichen,

7. „ Rentamte Merseburg,

8. „ Geschäftsbureau des Regulirungs-Commissarius Hesse zu Wittenberg, Mittelgasse Nr. 156.,

9. „ Rentamte Zeitz,

10. im „ Schweinitz

anberaumten Terminen zu melden, widrigenfalls sie die Auseinandersetzung, sowie alles das, was mit den bisher aufgetretenen Inhabern der betreffenden Grundstücke festgestellt worden ist, selbst im Fall einer Verletzung gegen sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehandelt werden können.

Merseburg, den 16. Juni 1853.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß mit höherer Genehmigung Nr. 436. das Dorf Caljendorf von dem Bezirke der Gerichts-Commission in Mückeln ab-Jurisdiction- getrennt und dem unmittelbaren Bezirke des Kreisgerichts zu Querfurt einverleibt Veränderung. worden ist. Diese Veränderung ist bereits am 6. d. M. zur Ausführung gekommen.

Raumburg, den 11. Juni 1853.

Königliches Appellationsgericht.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß mit Genehmigung des Nr. 437. Herrn Justiz-Ministers das Dorf Dorna von dem unmittelbaren Bezirke des Kreis- Jurisdiction- gerichtes zu Wittenberg abgetrennt und dem Bezirke der Gerichts-Commission in Rem- Veränderung. berg überwiesen worden ist, und daß diese Organisations-Veränderung mit dem 1. August d. J. in's Leben tritt.

Raumburg, den 13. Juni 1853.

Königliches Appellationsgericht.

Nr. 438.  
Ausgeloste  
Rentenbriefe  
pro 1. April  
bis 1. October  
1853.

In dem am 9. Mai d. J. zur Ausloosung der Sächsischen Rentenbriefe für das laufende Halbjahr (1. April 1853 bis 1. October 1853) in Gemäßheit des Gesetzes vom 2. März 1850 über die Errichtung von Rentenbanken angefallenen Termine sind folgende Rentenbriefe:

- 1) Littera A. über 1000 Thlr.: Nr. 30. 118. 142. 491. 542. 647. 1034. 1053. 1134. 1224. 1310. 1489. 1523. und 1894.;
- 2) Littera B. über 500 Thlr.: Nr. 109. und 314.;
- 3) Littera C. über 100 Thlr.: Nr. 118. 186. 356. 475. 643. 901. 1075. 1233. 1345. 1429. 1534. 1562. und 2009.;
- 4) Littera D. über 25 Thlr.: Nr. 144. 325. 404. 605. 836. 870. 917. 1026. 1285. 1309. 1477. 1510. und 1578.;
- 5) Littera E. über 10 Thlr.: Nr. 41. 199. 267. 302. 431. 789. 863. 938. 953. 963. 1211. 1322. 1442. 1708. 1915. 2140. 2204. und 2242.,

ausgelost worden.

Die Zahlung der Beträge derselben erfolgt vom 1. October 1853 ab auf der Kasse der unterzeichneten Rentenbank, Domplatz Nr. 4. hieselbst, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, gegen Zurüclieferung der ausgelosten Rentenbriefe in coursfähigem Zustande und Quittungsleistung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare.

Mit dem 30. September 1853 hört die weitere Verzinsung der gedachten Rentenbriefe auf und müssen daher mit denselben die dazu gebührenden 10 Stück Zinscoupons Ser. I. Nr. 7. bis 16. unentgeltlich abgeliefert werden, widrigenfalls für jeden fehlenden Coupon der Betrag desselben vom Kapital zurückbehalten wird.

Indem wir die Inhaber der ausgelosten Rentenbriefe hierdurch auffordern, vom 1. October 1853 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten in Empfang zu nehmen, bemerken wir noch ausdrücklich, daß sich unsere Rentenbankkasse auf eine Uebersendung des Geldbetrages an Privatpersonen mit der Post nicht einlassen darf. Magdeburg, den 10. Mai 1853.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

## P e r s o n a l = C h r o n i k .

Nr. 439.

Die Küster- und erste Mädchenlehrerstelle an der Stadtschule zu Eönnern, Privat-Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Nr. 440.

Der bisherige Domainen-Rentmeister und Forstfassen-Rendant von Ledebur in Schlieben ist als Salzfactor nach Potsdam versetzt worden.

Das Rentamt Schlieben wird vom 1. Juli d. J. ab aufgelöst.

Druck von C. Furl (sonst Kobisch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der  
**Königlichen Regierung zu Merseburg.**  
**26. Stüd.**

---

Ausgegeben zu Merseburg den 2. Juli 1853.

---

Das 25. Stüd' der Gesetz-Sammlung enthält unter:

- Nr. 3765. Gesetz, betreffend den Geschäftsverkehr der Versicherungsanstalten. Vom 17. Mai 1853.  
Nr. 3766. Gesetz, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für 1853. Vom 1. Juni 1853.  
Nr. 3767. Verordnung wegen Sistirung der Verwandlungen der den Kirchen, Pfarren, Küstereien und Schulen zustehenden Reallasten in Geldrenten. Vom 13. Juni 1853.

Nr. 441.

Die nachstehend aufgeführten Geschenke an Kirchen und Schulen werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Nr. 442.

Geschenke an  
Kirchen und  
Schulen.

1) Ephorie Bitterfeld.

Es sind geschenkt den Kirchen:

- a) in Adsa von der Frau Pastor Köhler eine Altar-, Kanzel- und Taufstein-Bekleidung und eine silberne Hostienschachtel;
- b) in Bitterfeld von einer Jungfrau ein neuer Ueberzug über das Altarkissen;
- c) in Niemegk von zwei Frauen eine Bekleidung über Kanzel, Taufstein und Predigerstuhl.

2) Ephorie Brehna.

In Lößberg hat der Rittergutsbesitzer, Amtmann Delert zu der Dögel eine Stimme geschenkt.

3) Ephorie Cönnern.

In Mittel-Edlau hat ein Ungenannter der Kirche eine Altarbekleidung von schwarzem Sammet geschenkt.

4) Ephorie Delitzsch.

In Delitzsch sind der Stadtkirche eine schwarze Altar-, Kanzel- und Pultbekleidung geschenkt.

5) Ephorie Eckartsberga.

Es sind geschenkt den Kirchen:

- a) in Pomnitz ein Chorroch von dem Kirchenvorsteher Müller;

- b) in Niedermöllern ein desgleichen von dem Richter Länger;
- c) in Gernstedt ein Kronleuchter;
- d) in Dietrichsrode von Frau H. Louise Frankenberg eine Taufstein-Bekleidung;
- e) in Häfeler von Frau H. Louise Ark ein Crucifix;
- f) in Kalbig von Chr. Dräse eine Kanzelbekleidung;
- g) in Tauhardt eine Altardecke;
- h) in Bernsdorf ein Kanzelvorhang;
- i) in Memleben eine schwarze Altar-, Kanzel- und Taufstein-Bekleidung;
- k) in Vibra von einem jungen Ehepaare eine Altarbibel in 4to und von der Frau Tag ein Klingebeutel;
- l) in Steinbach von der Frau Hartung eine Kanzelbekleidung;
- m) in Ballrode von Frau Tröbs eine Altar- und Kanzelbekleidung;
- n) in Grabwinkel ein Taufstisch;
- o) in Plöbnitz ein gußeisernes Crucifix, ein Paar Altarleuchter;
- p) in Pleißmar eine schwarze Altar- und Kanzelbekleidung;
- q) in Hasenhausen von Frau Walther ein Kanzelvorhang;
- r) in Niedermöllern eine Altar-, Kanzel- und Taufstein-Bekleidung.

#### 6) Ephorie Eilenburg.

- a) Die Gemeinde Gostemitz hat zum Umguß ihrer drei Kirchenglocken fast 200 Thlr. aufgebracht und der Kirchenrendant Apigsch hat der Kirche einen Klingelbeutel verehrt;
- b) die Gemeinde Wöllmen hat zur Herstellung einer neuen Orgel 150 Thlr. verwendet;
- c) der Pastor Dr. Stäglich hat der Kirche in Doberschütz eine Copie des Abendmahls von Leonardo du Vinci und der Kirche zu Strelln ein Crucifix von Gußeisen geschenkt.

#### 7) Ephorie Eisleben.

Der St. Annenkirche in Eisleben sind geschenkt worden:

- a) von dem Kaufmann Simon d. Alt. eine Fußdecke in das Chor der Kirche;
- b) von dem Kaufmann Schulzer zwei Fußdecken in die Taufhalle;
- c) von dem Altenträger August Rollert eine Prachtbibel auf den Altar;
- d) von dessen Ehefrau ein gußeisernes Kreuz mit vergoldeter Christusfigur;
- e) von den Frauen und Jungfrauen der St. Annen-Parochie: eine Altar- und Kanzelbekleidung von schwarzem Tuch, ein Klingelbeutel und eine Fußdecke in die Taufhalle;
- f) und g) von der Frau Knoke und der Frau Fink Vorhänge an die Taufhalle und vor die Grabhalle der Grafen von Mansfeld.

#### 8) Ephorie Liebenwerda.

In Mühlberg hat der Senator Johann Gottfried Lämmel der Klosterkirche in der Altstadt 200 Thlr. Befuß Anschaffung einer neuen Orgel vermacht.

#### 9) Ephorie Lützen.

a) In Leuchtern haben die Eheleute Preshlich aus Oberschwöbzig einen vergoldeten Abendmahlskelch von Silber nebst desgl. Hostienteller und ein Taufbeden geschenkt.



Ebenda hat der verstorbene Oberpfarrer Wiedemann ein Legat von 100 Thlr. ausgesetzt, wovon die Zinsen zur Anschaffung von Schulutensilien verwendet werden sollen; b) in Schorgula ist die Kirche mit einem sammtnen Taufsteinbehangе beschenkt worden.

#### 10) Landephorie Merseburg.

Es sind geschenkt den Kirchen:

- a) in Burgliebenau von einer dasigen Gutbesitzerin ein Paar große Altarleuchter von Guss Eisen, ein silberner Communionkelch, eine silberne Weinkanne und ein silberner Hostienteller, desgl. von Fr. Amtmann Schwarzburger ein Crucifix von Guss Eisen und eine Altarbibel;
- b) in Schlopau von Frau v. Trotha zwei Altarleuchter und ein Crucifix von Guss Eisen, sowie eine neue Bekleidung des Altars, der Kanzel und des Lesepultes.

#### 11) Euphorie Querfurt.

In Nebra hat der Mühlenbesitzer Hering der Kirche ein Capital von 25 Thlr. geschenkt.

#### 12) Euphorie Schraplau.

Es sind geschenkt den Kirchen:

- a) in Bangleben zwei Kanzel- und Altarbekleidungen und eine Pultdecke;
- b) in Amsdorf ein Crucifix von Guss Eisen und eine Decke für das Lesepult;
- c) in Esperstedt ein Paar Altarkerzen und ein zinnerntes Taufbecken;
- d) die Schule in Oberröblingen erhielt die Kortmannsche Karte von Deutschland von der Patronats Herrschaft.

#### 13) Euphorie Torgau.

Es sind geschenkt den Kirchen:

- a) in Meiden von dem Lieutenant Otto v. Hellfeld aus Torgau ein gusseisernes Crucifix mit vergoldetem Christusbilde;
- b) in Mockritz von dem Ortsrichter Traugott Pleße ein Paar Wachskerzen.

#### 14) Euphorie Weissenfels.

Es sind geschenkt der Kirche in Hohenmölsen:

- a) eine weiße Ueberdecke für den Altar und Taufstein;
- b) eine Altar-, Kanzel- und Taufstein-Bekleidung;
- c) ein neuer Klingelbeutel;
- d) ein silberner Hostienteller;
- e) ein Taufbecken von Neusilber;

in Pörsen von Jungfrau Wilhelmine Kof eine weiße Altardecke und schwarze Unterbekleidung des Altars.

Merseburg, den 18. Juni 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

In der Grafschaft Stolberg-Rosla hat eine Familie zu Agnesdorf der Kirche zu Quertenberg eine neue silberne Taufkanne und eine sammetne Bekleidung des Taufstisches geschenkt.

Gräfl. Stolberg'sches Consistorium.

Nr. 443.  
Die Führung  
des Präsidii  
und die Leitung  
der Geschäfts-  
verwaltung des  
Königlichen  
Consistorii zu  
Magdeburg  
betr.

Nachdem mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 7. v. M. des Königs Majestät den mitunterzeichneten bisherigen Kreisgerichts-Director Röldechen zum Director des Consistorii der Provinz Sachsen zu ernennen geruht, um mit und neben dem unterzeichneten General-Superintendenten die Leitung der Geschäfte des Königlichen Consistorii der Provinz zu übernehmen, ist durch die von dem Herrn Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten unter dem 9. d. M. erlassene nähere Instruction den Unterzeichneten die gemeinsame Führung des Präsidii und die vereinte Leitung der gesammten Geschäftsverwaltung des Königlichen Consistorii übertragen worden.

Die Unterzeichneten machen diese Allerhöchsten und Hohen Anordnungen hierdurch mit der Aufforderung bekannt, die an den Präsidenten des Königlichen Consistorii bisher zu richten gewesenenen Eingaben und Anträge fortan an das von ihnen vertretene Präsidium zu richten.

Magdeburg, den 20. Juni 1853.

Das Präsidium des Königlichen Consistorii der Provinz Sachsen.

Der General-Superintendent  
Möller.

Der Consistorial-Director  
Röldechen.

Nr. 444.  
Gerichts-  
ferien im De-  
partement des  
Appellations-  
gerichts zu  
Raumburg.

Nach der allgemeinen Ferien-Ordnung vom 16. April 1850 (J. M. Bl. S. 129 ff.) werden auch bei dem unterzeichneten Appellationsgerichte in der Zeit vom 21. Juli bis 31. August d. J. Ferien stattfinden.

Während dieser Ferien ruht der Betrieb aller nicht schleunigen Sachen sowohl in Bezug auf die Abfassung der Erkenntnisse, als auf die Decretur und die Abhaltung der Termine, dagegen werden die noch vor Beginn der Ferien beschlossenen Erkenntnisse und erlassenen Verfügungen auch während der Ferien abgefertigt werden. Schleunige Gesuche sind als solche zu begründen und als „Feriensache“ zu bezeichnen. Geben andere Gesuche ein, so hat das Gericht keine Verpflichtung, dieselben während der Ferien zu erledigen.

Indem wir Vorstehendes hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir Jedermann auf, seine bei uns anzubringenden Anträge während der Ferien auf diejenigen Angelegenheiten zu beschränken, welche einer Beschleunigung bedürfen, insbesondere haben auch in den bereits anhängigen nicht schleunigen Sachen die Parteien und Rechtsanwälte sich während der Ferien aller Anträge und Gesuche zu enthalten.

Raumburg, den 23. Juni 1853.

Königliches Appellationsgericht.

Nr. 445.  
Ausgeloste  
Leipziger  
Ersatzschul-  
scheine.

Bei der heute öffentlich erfolgten Ausloosung von Capitalscheinen der hiesigen Französischen Kriegsschulden-Zilanssanleihe vom Jahre 1830 sind die in nachfolgender Liste sub I. verzeichneten Nummern gezogen worden, deren Nominalbeträge sammt den davon bis ultimo December 1853 laufenden Zinsen, vom 1. gedachten Monats an, gegen Rückgabe dieser Scheine nebst Talons und Coupons auf hiesigem Rathhause bei unserer Schöpfschube an die Inhaber ausgezahlt werden sollen. Wir fordern daher die Letztern hiezu mit dem Bedeuten auf, daß ihnen nach Ablauf einer achtwöchentlichen vom 1. December 1853 anhebenden Einlösungsfrist, die etwa auf

spätere Termine, mithin indebite gezahlten und erhobenen Zinsen dieser Capitalien an letzteren bei deren künftiger Erhebung werden geführt werden.

Das Nämlche findet in Absicht auf dergleichen indebite erhobene Zinsen der Capitalbeträge der sub II. verzeichneten, in vorigen Ausloosungsterminen herausgekommenen Nummern statt, an deren Präsentation zur Einlösung die sämigen Interessenten wiederholt hiermit erinnert werden.

Leipzig, den 10. Juni 1853.

Der Rath der Stadt Leipzig.

I.

Liste der ausgelosten Stadt-Scheine.

1000 Thaler Capital Litt. A.

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
123	256	302	341	409	482	509	625	695	751
207	271	314	370	438	499	517	640	709	808
246	290								

500 Thaler Capital Litt. B.

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
56	293	497	601	700	782	936	1110	1345	1598
136	306	519	634	717	859	958	1143	1390	1661
204	343	576	652	723	863	973	1174	1411	1664
221	347	581	669	742	873	1060	1176	1438	1691
232	384	587	686	780	926	1108	1265	1535	1697
260									

200 Thaler Capital Litt. C.

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
9	160	263	670	909	1060	1315	1466	1676	1876
10	192	315	693	936	1071	1349	1522	1714	1915
14	198	356	767	967	1099	1352	1554	1716	1918
33	211	432	807	1000	1165	1360	1578	1722	1952
49	222	543	826	1028	1187	1403	1584	1760	1955
79	226	560	832	1038	1279	1410	1639	1836	1966
122	251	623	895	1040	1309	1421	1661	1853	2091
127									

100 Thaler Capital Litt. D.

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
33	183	382	664	883	1091	1340	1482	1803	2040
49	236	430	711	910	1173	1376	1524	1839	2052
59	242	467	717	1049	1198	1389	1525	1891	2053
82	300	503	812	1064	1246	1405	1601	1956	2085
105	307	514	848	1070	1271	1412	1640	1968	2126
110	332	535	849	1072	1296	1428	1663	1996	2157
135	375	611	867	1087	1319	1471	1793	2022	2158

25 Thaler Capital Litt. F.

Numer	Numer	Numer	Numer	Numer	Numer	Numer	Numer	Numer	Numer
46	171	375	462	574	632	806	847	1033	1112
98	218	384	495	590	646	827	871	1066	1158
130	328	421	564	591	763	835	1023	1083	1191
149	336								

II.

Liste der früher ausgelooften, jedoch noch nicht zur Einlösung präsentirten Leipziger Stadtschuldscheine.

- Litt. A. Nr. 133, 213, 334, 361, 611, 689 und 703.  
 • B. Nr. 44, 224, 271, 277, 389, 392, 490, 523, 699, 713, 886, 1203 u. 1239.  
 • C. Nr. 216, 237, 422, 450, 557, 645, 648, 797, 872, 1048, 1265, 1322, 1358, 1434, 1530, 1575, 1576, 1682, 1939, 1958 und 2061.  
 • D. Nr. 210, 325, 341, 383, 426, 539, 549, 732, 776, 818, 819, 916, 985, 1101, 1278, 1393, 1441, 1503, 1755, 1759 und 1843.  
 • E. Nr. 145, 201, 312, 317, 356, 613, 694, 816, 931 und 965.  
 • F. Nr. 4, 13, 15, 94, 159, 322, 350, 381, 393, 500, 543, 606, 674, 741, 767, 851, 853, 854, 887, 890, 913, 973, 996 und 1157.

Personal-Chronik.

- Nr. 521. Dem Rämmerer Kanngießler zu Heldrungen ist die einstweilige Führung der Polizei-Anwaltschaft für den Bezirk der dasigen Gerichtstags-Commission übertragen worden.
- Nr. 522. Nachdem der Kaufmann J. G. Schlegel in Weiffensfeld die Agentur der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt hat, ist unter dem 7. Juni c. der vormalige Patrimonialgerichts-Actuar R. Jost ebendasselbst als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden.
- Nr. 523. Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Laucha und Hirschroda, in der Diöces Freiburg, ist dem bisherigen Diaconus zu Lützen, Christian August Moritz Neubert, verliehen worden. Ueber die dadurch vacant gewordene Diaconatsstelle zu Lützen ist bereits disponirt.
- Nr. 524. Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Groß-Rossau mit Stapel und Klein-Rossau, in der Diöces Osterburg, ist der bisherige Predigamt's-Candidat und Rector Johann Heinrich berufen und bestätigt worden.
- Nr. 525. Der Oberkister Böttger an St. Stephani zu Aschersleben tritt am 1. October c. in den Ruhestand. Patron der Stelle ist der Magistrat daselbst.

Druck von C. Jurs (sonst Kobisch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
30. Stück.

---

Ausgegeben zu Merseburg den 30. Juli 1853.

---

Das 32. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 526:

Nr. 3789. Vertrag zwischen Preußen und Anhalt-Desau wegen der gegenseitigen Gerichtsbarkeit. Verhältnisse. Vom 12. Mai 1853.

Nr. 3790. Allerhöchster Erlaß vom 8. Juni 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum Bau und zur Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von Gladbach über Baldniel und Elmpf bis zur Niederländischen Grenze in der Richtung auf Roermonde mit einer Zweigstraße von Baldniel über Lüttelforster Mühle bis zur Erkelenz, Straelener Gemeinde-Chaussee.

Nr. 3791. Allerhöchster Erlaß vom 13. Juni 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte zum Bau einer Chaussee von der Ebrlin-Fiederborner Chaussee bei Voßfin im Belgarder Kreise über Burglaff, Gr. Tychow, Warnin, Gr. Voldeckow nach Dübzig, im Fürstenthumschen Kreise.

Das 33. Stück der Gesetz-Sammlung:

Nr. 3792. Allerhöchster Erlaß vom 9. März 1853, betreffend die Verleihung des Expropriationsrechts für die zum Zweck der Versorgung der Stadt Berlin mit fließendem Wasser auszuführenden Anlagen.

Nr. 3793. Allerhöchster Erlaß vom 13. Juni 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte zum Bau der Chaussee von Neumarkt, im gleichnamigen Kreise des Regierungsbezirks Breslau, bis zu dem Bahnhofe der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn bei Ober-Stephansdorf.

Nr. 3794. Allerhöchster Erlaß vom 13. Juni 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum Bau und zur Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von der Coblenz-Lütticher Bezirksstraße bei Mayen bis Kundenstein an der Schleiden-Schmidtheimer Gemeinde-Chaussee, nebst einer Zweig-Chaussee von Ahrdorf bis zur Hüllesheim-Adenauer Gemeindestraße an der Rohner Rehr.

Nr. 3795. Allerhöchster Erlaß vom 13. Juni 1853, betreffend die Verlängerung des Tarifs zur Erhebung des Hafen- und des Brücken-Aufzugsgeldes in Stettin.

Nr. 3796. Bekanntmachung, betreffend die Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma: „Braunkohlen-Verein zu Berlin.“ Vom 9. Juli 1853.

Das 34. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 3797. Concessions- und Bestätigungs-Urkunde für die Bergisch-Märkische Eisenbahn-Gesellschaft zum Bau einer Eisenbahn von Dortmund über Hörde, Unna und Werl nach Corst. Vom 6. Juli 1853.
- Nr. 3798. Bekanntmachung über die unterm 27. Juni 1853 erfolgte Bestätigung des Zusatzes zu dem Statute des Actienvereins für die Briesg-Gülchener Chaussee, bezüglich des Weiterbaues der Chaussee von Gülchen nach Rosdau. Vom 12. Juli 1853.

Nr. 527.

Die Verwend-  
ung der für  
das Eichsfeld  
eingegangenen  
Collectengelder  
betr.

Nachdem das Unwetter vom 26. Mai v. J. für die ohnehin durch Noth aller Art heimgesuchten Ortschaften des Eichsfeldes Verluste herbeigeführt und Zerstörungen angerichtet hatte, wie sie seit Menschengedenken nicht vorgekommen waren, ist nicht vergebens an den wohlthätigen Sinn der Bewohner der Provinz Sachsen Berufung eingelegt worden. Die lediglich in diesem Landestheile abgehaltene Sammlung milder Beiträge hat, mit Ausschluß von 28 Thlr. 10 Sgr., welche speciell von den Sebern für den Kreis Heiligenstadt bestimmt gewesen, die sehr erhebliche Summe von 19,565 Thlr. 11 Sgr. 4 Pf. eingetragen, von welcher zwar in Folge eines Agioverlustes von 21 Thlr. 19 Sgr. bei Umwechselung nicht currenten Geldes nur 19,543 Thlr. 22 Sgr. 4 Pf. verwendbar blieben, der aber noch ein Allerhöchstes Enadengeschenk von 2000 Thlr. hinzutreten ist. Mit Hülfe dieser Summe, so sehr dieselbe auch außer Verhältniß zu dem auf fast 800,000 Thlr. abgeschätzten Schaden stehen mag, hat sehr Vieles zur Erleichterung der Beschädigten geschehen können, und wenn die Spuren der Verwüstungen vom 26. Mai v. J. schon jetzt an den meisten Orten kaum noch sichtbar sind, so haben neben dem Fleiß und der Emsigkeit der Bewohner des Eichsfeldes die aus den Collectengeldern gewährten Unterstützungen nicht wenig zu dieser günstigen Veränderung beigetragen. Bei der Verwendung der Collectengelder ist im Allgemeinen der Grundsatz leitend gewesen, daß es nicht Zweck sein konnte, ein so umfassendes Unglück, welches die Vorsehung verhängt hatte, vollständig wieder auszugleichen, also nicht die Collectengelder unter die Beschädigten lediglich nach Verhältniß des Umfangs des erlittenen Schadens zu vertheilen, daß es vielmehr darauf ankam, mit Hülfe jener Gelder diejenigen Beschädigten, welchen es unendlich war, aus eigener Kraft sich wieder empor zu arbeiten, und die ohne Unterstützung dem Elend verfallen sein würden, so gut als möglich im Nahrungszustand zu erhalten. Es hat daher der an Feldfrüchten entstandene Schaden, ausgenommen bei kleinen Grundbesitzern, welchen ihre ganze Kartoffelerndte vernichtet war, und die sich auch nicht einmal die Saatkartoffeln für das bevorstehende Frühjahr beschaffen konnten, unberücksichtigt bleiben müssen; dies schien um so mehr gerechtfertigt, als die bestehende Versicherungs-Gesellschaften jedem Ackerbesitzer hinreichende Gelegenheit bieten, sich wenigstens gegen einen durch Hagelschlag an seinen Feldfrüchten herbeigeführten Schaden sicher zu stellen. Dagegen konnten die Sturmbeschädigungen nicht unbeachtet bleiben, da in der That an vielen Stellen die Acker und Wiesen so hoch mit Steinergüll überschüttet oder so sehr der Ackertrume beraubt waren, daß es dem Einzelnen, wenn überhaupt, doch erst nach einer längern Reihe von Jahren möglich gewesen sein

würde, sie wieder in tragfähigen Zustand zu setzen. Schon das nationalökonomische Interesse gebot also, hier mittelnd einzuschreiten, abgesehen davon, daß hierbei den Besitzlosen eine Gelegenheit zum Arbeitverdienst verschafft werden konnte. Eine solche bot außerdem auch die Herstellung der durch das Unwetter zerstörten Communicationswege und Brücken, sowie die Aufräumung verschlammter Gräben. Durch die zu diesem Behufe einzelnen Gemeinden gewährten Unterstützungen ist also gleichfalls ein doppelter Zweck erreicht. Gleich wichtig erschien die Herstellung der zerstörten oder beschädigten Gebäude, da wo die Besitzer ohne außerordentliche Beihülfe ihres Obdach beraubt geblieben sein würden. Auch die Wiederanschaffung verloren gegangenen Viehs, mit Ausnahme der Schaafte, bei deren Besitzern man im Allgemeinen die Fähigkeit, sich selbst zu helfen, wohl voraussetzen kann, des von den Fluthen fortgeführten Mobiliars und Handwerksgeräthes, in einzelnen Fällen auch der vernichteten Vorräthe, konnte nicht unberücksichtigt gelassen werden. Der Betrag der nach diesen verschiedenen Richtungen hin in den einzelnen betreffenden Kreisen gewährten Unterstützungen ist nachstehender gewesen:

Landrätlicher Kreis:	Wiederherstellung beschädigter Grundstücke.			Wiederherstellung von Wegen, Brücken, Gräben.			Wiederherstellung von Gebäuden.			Wiederanschaffung von Vieh.			Wiederbeschaffung von Mobilien Vorräthen etc. und Anschaffung v. Saatkartoffeln.			Summa.		
	Thlr.	sgt.	pf.	Thlr.	sgt.	pf.	Thlr.	sat.	pf.	Thlr.	sgt.	pf.	Thlr.	sgt.	pf.	Thlr.	sgt.	pf.
Mühlhausen . . .	2445	—	—	2140	—	—	1775	—	—	910	—	—	1865	—	—	9135	—	—
Heiligenstadt . .	1605	—	—	2749	7	5	4063	—	—	442	22	7	910	—	—	9770	—	—
Worbis . . . . .	453	26	8	861	3	4	35	—	—	—	—	—	—	—	—	1350	—	—
Nordhausen . . .	500	—	—	500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000	—	—
Summa . . . . .	5003	26	8	6250	10	9	5873	—	—	1352	22	7	2775	—	—	21255	—	—

Nücksichtlich der Verwendung des geringen, hiernach noch im Bestande befindlichen Theiles der Collectengelder sind die Verhandlungen noch nicht völlig zum Abschlusse gelangt.

Die obere Leitung der ganzen Angelegenheit ist zwar von der Staatsbehörde ausgegangen, und namentlich hat diese sich durch Localrecherchen die Ueberzeugung zu verschaffen gesucht, daß die Verwendung überall dem bestimmten Zwecke entsprechend erfolge, und wo sich eine weitere Nachhülfe als nöthig erwies, selbstthätig eingegriffen. Die Vertheilung im Einzelnen ist aber in jedem Kreise in die Hände unbeeinträchtigter geachteter und mit den Verhältnissen vollkommen vertrauter Männer gelegt worden. So sind die den einzelnen Kreisen zugewiesenen Unterstützungssummen durch besonders zu diesem Zwecke gebildete Kreis-Comités auf die einzelnen Dörfschaften vertheilt, in den letzteren aber ist die Individualvertheilung durch Orts-Comités unter Controle der Kreis-Comités bewirkt worden. Hiernach darf versichert werden, daß geschehen ist, was den Umständen nach geschehen konnte, um der wohlthätigen Ab-

sicht und dem edlen Sinne der Geber zu entsprechen und deren Beisteuern so segensreich als möglich für die beschädigten Kreise des Eichsfeldes zu verwenden.

Magdeburg, im Juli 1853.

Der Königl. Ober-Präsident der Provinz Sachsen v. Witzleben.

Nr. 528.

Die Einrichtung der Feuerungen bei gewerblichen Anlagen betr.

Höherer Anordnung zufolge soll künftig bei Concessionirung solcher gewerblichen Etablissements, mit denen größere Feuerungs-Anlagen verbunden sind, im öffentlichen Interesse den Unternehmern die Verpflichtung auferlegt werden, als Einrichtung der Feuerungs-Anlagen oder dabei anzuwendende mechanische Vorrichtungen, wie durch Anwendung des geeigneten Brennmaterials und durch sorgfame Bewartung, auf eine möglichst vollständige Verbrennung des Rauchs hinzuwirken. Falls sich aber ergeben sollte, daß die getroffenen Einrichtungen nicht genügen, um Belästigungen oder Beschädigungen der benachbarten Grundbesitzer durch Rauch, Ruß u. s. w. zu verhüten, sollen jene Unternehmer gehalten bleiben, solche Abänderungen in den Feuerungs-Anlagen und in dem Betriebe, wie in der Wahl des Feuerungs-Materials vorzunehmen, welche zur Beseitigung der Belästigungen und Beschädigungen besser geeignet sind.

Indem wir dies zur öffentlichen Kenntniß bringen, bemerken wir, daß in die künftig zu ertheilenden Concessionen für dergleichen Anlagen ein der obigen Bedingung entsprechendes Vorbehalt stets aufgenommen werden wird.

Merseburg, den 19. Juli 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 529.

Empfehlung zweier Handbücher über Klassen-, Einkommen- und Grundsteuer.

Die von dem Regierungsrath Centrup, Steuer-Departementsrath der Königlich-Preussischen Regierung in Magdeburg, im Verlag von C. H. F. Döble in Halberstadt unlängst herausgegebenen Handbücher:

- 1) das Gesetz, betreffend die Einführung einer Klassen- und classificirten Einkommensteuer vom 1. Mai 1851 mit den darauf bezüglichen Ministerial-Instructionen und Rescripten;
- 2) Darstellung der Westphälischen, Alt- und Kurmärkischen, Magdeburgischen und Walternienburgischen Grundsteuer-Versassungen im allgemeinen und in besonderer Beziehung auf den Regierungsbezirk Magdeburg,

erscheinen als zweckmäßige und zuverlässige Zusammenstellungen, insbesondere auch wegen vollständigen, übersichtlichen Abdruckes der betreffenden Formulare, Aufnahme der in Geltung verbliebenen Hauptbestimmungen über das Klassensteuer-Gesetz vom 30. Mai 1820 (ad 1.) sowie der in Verfolg des §. 5. des allgemeinen Abgaben-Gesetzes vom 30. Mai 1820 erangenen Hauptbestimmungen über die Heranziehung veräußerter Domainen- und Forstgrundstücke zur Grundsteuer, sowie über Grundsteuer-Regulirung bei Gemeinheitstheilungen, Ablassungen etc. (ad 2.) brauchbar und empfehlenswerth.

Im Interesse der Steuerpflichtigen, sowie der Beamten, welchen diese, auch äußerlich wohl ausgestatteten Handbücher eine wesentliche Erleichterung zu gewähren geeignet sind, wird auf diese Hülfsmittel hierdurch aufmerksam gemacht.

Merseburg, den 28. Juli 1853.

Königlich-Preussische Regierung.



Der Anfang der diesjährigen Wahlfähigkeits-Prüfungen bei dem Schullehrer-Seminar in Eisleben ist auf den 12. September d. J. festgesetzt worden. Nr. 530.

Die außerhalb des Eislebener Seminars vorbereiteten, im Sangerhäuser, Mansfelder See- und Gebirgskreise, Rittersfelder, Wittenberger, Schweiniger und Torgauer Kreise wohnhaften Schulkandidaten-Bewerber haben sich zu dem Ende am 11. September, früh 7 Uhr, die Candidaten der Theologie und diejenigen Literaten, welche ihre Universitätsstudien beendet haben, am 12. September, Abends 7 Uhr, und die zur abermaligen Prüfung Beschiedenen am 13. September, Abends 7 Uhr, bei dem Seminar-Director Eltingstein in Eisleben zu melden. Die diesjährigen Wahlfähigkeits-Prüfungen bei dem Schullehrer-Seminar in Eisleben betr.

Im Uebrigen wird auf die Bekanntmachung im Amtsblatte 1838 Stück 3. S. 19. verwiesen.

Merseburg, den 16. Juli 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Dem Candidaten der Theologie Bernhard Franz Meyer aus Altenburg im Herzogthum Altenburg ist die Erlaubniß zur Uebnahme von Hauslehrerstellen in hiesigen Regierungsbezirke ertheilt worden. Nr. 531.

Merseburg, den 21. Juli 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Unterm 19. November und 18. December 1841 hat das frühere Königl. Oberlandesgericht gemeinschaftlich mit der mitunterzeichneten Königl. Regierung eine, im 46. Stücke des Amtsblattes jenes Jahres bekannt gemachte, Instruction über das bei Beaussichtigung der Vormünder und Pflegebefohlenen und bei Einforderung der Erziehungsberichte zu beobachtende Verfahren erlassen, welche von der Ansicht ausging, daß in dem durch sie herbeigeführten Zusammenwirken der vormundschaftlichen Gerichte mit den Ortsbehörden, den Geistlichen und den Schullehrern ein besonders zweckmäßiges Mittel gegeben sei, das wahre Interesse der Kuranden zu befördern. Nr. 532.

Nach den übereinstimmenden Berichten der Vormundschaftsbehörden haben sich denn die damals nur für das platte Land getroffenen Anordnungen auch dergestalt bewährt, daß wir beschloßen haben, ihre Wirksamkeit — so weit dies nicht ohne ausdrückliche Anregung von unserer Seite, namentlich in kleineren Städten, unter bereitwilligster Mitwirkung der Magisträte schon geschehen ist — auch auf die sämtlichen Städte unseres Departements auszudehnen. Das bei Beaussichtigung der Vormünder und Pflegebefohlenen und bei Einforderung der Erziehungsberichte zu beobachtende Verfahren betr.

Die Königl. Kreisgerichte werden daher angewiesen, die Bestimmungen jener Instruction solestens vom nächsten Jahre ab auch in den Städten zur Anwendung zu bringen und die Magisträte und Lehrer in denselben, die durch sie den Ortsbehörden und Lehrern auf dem Lande auferlegten Verpflichtungen pünktlich zu erfüllen. — An die Herren Geistlichen wird deshalb noch eine besondere Verfügung ihrer vorgesetzten Behörden ergehen, welche ihre Bereitwilligkeit bereits erklärt haben, eine solche zu erlassen.

Sollte die buchstäbliche Anwendung der Instruction in den größern Städten in Betreff der Mitwirkung der Magistrate hin und wieder auf Schwierigkeiten stoßen, so bleibt es den beteiligten Behörden überlassen, über Modificationen derselben, wie beispielsweise die Heranziehung der Vorsteher der einzelnen städtischen Bezirke zu den dem Magistrate obliegenden Functionen, sich zu einigen. Namentlich aber haben die Kreisgerichte in solchen Fällen Anordnung dahin zu treffen, daß die Vorstände die Formulare zu den Erziehungsberichten entweder im Gerichtsorte selbst in Empfang nehmen oder daß ihnen dieselben durch die Gerichtsboten insinuiert werden.

Wir hegen übrigens die Zuversicht, daß — in Betracht des segensreichen Zweckes — Alle, welche zu seiner Erreichung mitzuwirken berufen sind, keine dahin abzielende Mühe scheuen und die möglichst genaue Durchführung der Instruction zu sichern bestrebt sein werden.

Die Königlich Kreisgerichte weisen wir schließlich an, über die Durchführung und die Erfolge der neuen Maßregel am Schlusse des Jahres 1855 dem mitunterzeichneten Königlich Appellationsgerichte ausführlichen Bericht zu erstatten.

Raumburg, den 4. Juli 1853.

Merseburg, den 22. Juli 1853.

Königlich Appellationsgericht.

Königliche Regierung.

Nr. 533.  
Die Vereinigung der Bergämter zu Ramsdorf und Wettin mit dem Bergamte zu Eisleben betr.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die von des Königs Majestät mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 24. Januar d. J. genehmigte Maßregel der Vereinigung der Bergämter zu Ramsdorf und Wettin mit dem Bergamte zu Eisleben mit dem 1. October d. J. zur Ausführung gebracht und von diesem Tage ab dem also vereinigten Bergamte zu Eisleben die Ausübung der Berghoheit und Verwaltung des Bergregals in den Regierungsbezirken Merseburg und Erfurt, sowie der in diesen Bezirken für Rechnung des Staats betriebenen oder künftigt zu betreibenden Bergwerke, unter Aufsicht und Controlle des unterzeichneten Oberbergamts übertragen sein wird. Halle, den 13. Juli 1853.

Königl. Preuß. Ober-Bergamt für Sachsen und Thüringen.

Nr. 534.  
Die Geldverpflegung fronter Unteroffiziere und Mannschaften betr.

Nachstehende Bestimmung im §. 100. des mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordnung vom 7. April 1853 genehmigten und mit dem 1. Juli d. J. in Kraft getretenen Reglements über die Geldverpflegung der Truppen im Frieden:

„Krank Kranke Unteroffiziere und Mannschaften beziehen das Gehalt fort. Lazarethfranke scheiden mit dem Tage aus der Verpflegung (aber nicht aus dem Etat) des Truppenteils, an welchem sie in die Lazareth-Verpflegung aufgenommen werden.

Für die Lazarethfranken wird ohne Unterschied der Waffen eine tägliche Krankenzulohnung von

- a) 4 Sgr. für Oberfeuerwerker;
- b) 3 Sgr. für Wachtmeister, Feldwebel, Obermeister, Hofärzte;
- c) 3 Sgr. für Portepeschführer;
- d) 2 Sgr. für Sergeanten incl. Vice-Feldwebel und Feuerwerker;
- e) 1 Sgr. für Unteroffiziere (wobin auch Regiments- und Bataillons-Tamboure, Stadtpflichter, Stadthornisten und Stadthautboisten zu rechnen), Hautboisten, Trompeter, Bombardiere, Ober-Pioniere und Kutschmiedr;

- f) 3 Pf. für Gefreite und Kapitulanten;
- g) 3 Pf. für Hornisten, Tamboure und Gemeine,

gewährt, welche das Lazareth bis einschließlich für den Entlassungstag zahlt.

Werden Unteroffiziere oder Mannschaften in Communal-Lazareth, mit denen wegen der Verpflegung keine besonderen Verträge bestehen, aufgenommen, oder durch Orts-Gemeinden verpflegt, so werden sowohl die Verpflegungskosten als auch die Krankenlohnung von den Ortsbehörden bestritten und bei der Intendantur zur Erstattung liquidirt."

wird hiermit zur Kenntniß der Ortsbehörden gebracht.

Magdeburg, den 7. Juli 1853.

Königliche Intendantur 4. Armee-Corps.

Dem Fabrik-Unternehmer Christian Rhodius zu Linz am Rhein ist unter dem 16. Mai c. ein Patent auf zwei für neu und eigenthümlich anerkannte Methoden, um arme kohlen-saure Kupfererze zu Gute zu machen, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden. Nr. 535.  
Patents-  
Ertheilung

Dem Schlossermeister W. Bafsch zu Berlin ist unter dem 16. Mai c. ein Patent auf eine Kopier- und Stempelpresse in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung, und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden. Nr. 536.  
Patents-  
Ertheilung.

### P e r s o n a l - C h r o n i k .

Dem Senator Schmidt zu Torgau ist vom 1. August cr. ab die Führung der Polizei-Anwaltschaft für den Stadtbezirk des dasigen königlichen Kreisgerichts interimistisch übertragen worden. Nr. 537.

Die durch die Versetzung des königlichen Kreisphysikus Dr. Deutschbein nach Herzberg erledigte Kreis-Physikatsstelle des Delitzscher Kreises ist durch Rescript des königlichen Ministerii der geistlichen u. Angelegenheiten vom 23. Juni c. dem practischen Arzte, Wundarzte und Geburtshelfer Dr. Ranzler aus Liebenwalde verliehen worden. Nr. 538.

Der königliche Bau-Inspecteur Franke zu Mansfeld ist am 15. Juli c. mit Tode abgegangen und die interimistische Wahrnehmung des erledigten Postens dem königlichen Begebaumeister Nordtmeier zu Eisleben übertragen worden. Nr. 539.

Die Windmühlen-Feuer-Societät für das Herzogthum Sachsen hat in der General-Versammlung vom 8. Juni c. Nr. 540.

- a) den Mühlenbesitzer Julius Häppler in Schafstedt zum Vorsteher und
- b) den Mühlenbesitzer Friedrich Nietdorf in Züterbogk zum Stellvertreter

desselben, auf fernere drei Jahre wieder erwählt und ist diese Wahl von den genannten Personen angenommen worden.

- Nr. 541. Die Cantor- und Lehrerstelle an der Stadtschule zu Delitzsch, Privat-Patronats, kommt zum 1. October d. J. durch freiwillige Emeritirung des bisherigen Inhabers zur Erledigung.
- Nr. 542. Die Schul- und Küsterstelle in Niederschmon, Ephorie Querfurt, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.
- Nr. 543. Dem Bürgermeister Stockmann in Schlieben ist die neuerrichtete Forst-Unterreceptur für die Oberförsterei Hohenbucko vom 1. Juli c. ab interimistisch übertragen, die Kassenführung aber dem Domainen-Rentmeister Mape zu Annaburg übergeben worden.
- Nr. 544. Der Pfarrer Schuster zu Holzdorf, in der Diöcese Prettin, tritt am 1. October d. J. in den Ruhestand. Ueber die dadurch vacant werdende Pfarradjunctur ist bereits disponirt.
- Nr. 545. Die erledigte evangelische Pfarradjunctur zu Ober-Brüncke, in der Diöcese Aschersleben, ist dem bisherigen Pfarrer zu Nienhagen, Diöcese Gröningen, Adolph Wilhelm Friedrich Braun, verliehen worden. Patron der dadurch vacant gewordenen Pfarrstelle zu Nienhagen ist Se. Majestät der König; der Gemeinde werden drei Subjecte präsentirt.
- Nr. 546. Der Wildprethändler Friedrich Albert Hauck zu Raumburg ist zum Schiedsmann für den vierten Bezirk dieser Stadt gewählt und als solcher gehdrig verpflichtet worden.
- Nr. 547. Der Bürgermeister Johann Gottfried Lucas zu Ortrand ist für die Jahre 1853 bis 1855 zum Schiedsmann für diese Stadt gewählt und als solcher bestatigt und gehdrig verpflichtet worden.
- Nr. 548. Der Schöppe Jacob Hartung zu Duenstädt ist zum Schiedsmanns-Stellvertreter für den 17. Landbezirk des Mansfelder Gebirgskreises gewählt und als solcher gehdrig verpflichtet worden.
- Nr. 549. Der zur Zeit bei der Königl. General-Commission zu Stendal beschäftigte seitherige Oekonomie-Commissionsgehilfe Eduard Ludwig Brase ist in Folge bestandener Prüfung zum Oekonomie-Commissarius befördert und an Stelle des an die Königl. Regierung in Frankfurt a. d. O. versetzten Regierungs-Assessor Wismann als Special-Commissarius in Auseinandersetzungssachen zu Wittenberg angestellt worden.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 4 Bogen stark, für den Charlottenberger landrätlichen Kreis.

Druck von C. Zurf (sonst Robisch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

## 31. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 6. August 1853.

Das 35. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 350.

Nr. 3799. Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Statuten der unter der Firma: „Eblnische Baumwoll-Spinnerei und Weberei“ und mit dem Domizil zu Ebln errichteten Actiengesellschaft. Vom 6. Juli 1853.

Das 36. Stück der Gesetz-Sammlung:

Nr. 3800. Allerhöchster Erlaß vom 9. Mai 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Grimmen über Triefsee bis an die Landesgrenze nach dem Mecklenburger Paß und von Garz nach Putbus auf Rügen.

Nr. 3801. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Lauenburger Kreises im Betrage von 83,000 Rthlr. Vom 13. Juni 1853.

Nr. 3802. Allerhöchster Erlaß vom 27. Juni 1853 nebst Tarif, nach welchem das Wohlwerksgeld und das Hafengeld in der Stadt Anklam vom 1. Januar 1854 ab zu erheben ist.

Nr. 3803. Allerhöchster Erlaß vom 27. Juni 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte zu dem bereits früher genehmigten Chausseebau von Gülchen bis Moldau in dem Delz-Kreuzburger Chausseezuge.

Das 37. Stück der Gesetz-Sammlung:

Nr. 3804. Gesetz, betreffend einige Abänderungen der Hypotheken-Ordnung vom 20. December 1783. Vom 24. Mai 1853.

Da beschlossen worden ist, den Zinsfuß der zufolge des Privilegiums vom 26. Juni 1846 (Ges. Samml. S. 238.) und der Allerhöchsten Bestätigungs-Urkunde vom 20. August 1847 (Ges. Samml. S. 343.) mit 3,500,000 Tblr. und resp. 2,300,000 Tblr. ausgegebenen Prioritäts-Obligationen der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn Ser. I. II. und III. vom 1. October d. J. ab von 4½ auf 4 Procent herabzusetzen, so werden diese Obligationen Webuß der Rückzahlung des Capitals zum 1. October d. J. hierdurch gekündigt mit der Maßgabe, daß diejenigen Obligationen-Inhabern, welche sich mit jener Zinsherabsetzung einverstanden erklären, und dies

Nr. 351.

Herabsetzung des Zinsfußes der Prioritäts-Obligationen der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn Ser. I. II. und III.

spätestens bis zum 1. September d. J., durch Einreichung ihrer Obligationen mit dazu gebhörigen Zins-Coupons Nr. 15. bis 20. bei der Hauptkassse der Königl. Verwaltung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, welche dieselben an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr Vormittags entgegen nehmen wird, zu erkennen geben, eine Prämie von  $\frac{1}{2}$  Procent des Capitals, außer den Stützinsen für das Vierteljahr vom 1. Juli bis zum 30. September d. J. mit  $\frac{1}{2}$  Procent ausgegabt werden soll. Die Obligationen werden, mit dem Reductionssempel bedruckt, mit einem Zins-Coupon über die Stützinsen a 4 Procent für das Quartal vom 1. October bis 31. December d. J., sowie mit einer neuen Serie Coupons über die vierprocentigen Zinsen für die Jahre 1854 bis 1857 den Einreichern zurückgegeben werden.

Von denjenigen Inhabern von Obligationen, welche diese nicht bis zum 1. September d. J. bei der gedachten Kassse eingereicht haben, wird angenommen, daß sie auf die Zinsherabsetzung nicht eingehen wollen, sondern die Rücknahme des Capitals vorziehen, und werden dieselben hiermit aufgefordert, das Capital nebst den Stützinsen für das Quartal vom 1. Juli bis 30. September d. J. gegen Quittung und Rückgabe der Obligationen und dazu gebhörigen Coupons Nr. 15. bis 20. vom 1. October d. J. ab, an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr Vormittags, bei der gedachten Kassse in Empfang zu nehmen. Der Betrag der bei Ablieferung der Obligationen fehlenden Zins-Coupons wird von dem Capitale in Abzug gebracht. Mit dem 1. October d. J. hört die Verzinsung der nicht convertirten Obligationen auf.

Berlin, den 3. Juni 1853.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Nr. 552. Die General-Direction der Seehandlungs-Societät hat unterm 8. d. M. ein Verzeichniß der bis zu diesem Tage noch nicht gezogenen Serien der Seehandlungs-Prämienheine erscheinen lassen.

Wir bringen dies hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß jedem Landraths-amte unseres Bezirke, sowie dem Magistrat in Halle ein Exemplar dieses Verzeichnisses mit der Veranlassung zugesertigt worden ist, denjenigen, die ein Interesse dabei haben möchten, auf Verlangen die Einsicht dieses Verzeichnisses zu gestatten.

Merseburg, den 18. Juli 1853.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 553. Die Kaufmannschaft zu Halle und die Direction des Saal-Schiffahrts-Vereins zu Alleben haben, in Betracht der leider überhandnehmenden Diebstähle und Hehlereien an Schiffssäutern, einen Fonds von 300 Thlr. zu unsrer Disposition gestellt, aus welchem verständigweise und bis auf Weiteres denjenigen Personen, welche dergleichen an den auf der Saale befindlichen, von derselben kommenden oder nach derselben gehenden Getreide- oder sonstigen Güterladungen entweder in den Schiffen selbst oder auf dem Transporte nach und von den Schiffen verübt Verbrehen in der Art zur Anzeige bringen, daß die gerichtliche Verfolgung und Verurtheilung der Thäter darauf gegründet werden kann, nach Maßgabe der Bedeutenheit der Fälle und der Schwierig-

zeit der Entdeckung auf sonstigem Wege, eine Prämie von 5 bis 20 Thlr. bewilligt und ausgezahlt werden kann.

Anträge auf Gewährung dieser Prämie hat jede Polizeibehörde aufzunehmen und uns vorzulegen; auch können solche bei der Handelskammer in Halle angebracht werden.  
Merseburg, den 26 Juni 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Unter Bezugnahme auf die Bestimmung des §. 463 Tit. 11. Theil II. des Allg. Landrechts und der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 9. Juni 1833, die Leichenpässe betreffend, wird von Sanitäts-Polizeiwegen, wie auch im Interesse der öffentlichen Sicherheit, auf Grund des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 1. März 1850 §. 11. hierdurch der Transport der Leichen innerhalb unseres Verwaltungsbezirks aus einem Kirchspiel in das andere (außerhalb desselben Ortes) ohne einen von uns oder den unserer Ertz dazu autorisirten Behörden ausgestellten Leichenpaß bei Fünf bis Zehn Thalern Strafe verboten.

Diese Strafe trifft sowohl die Veranstalter als die Führer des Leichentransports, wie auch diejenigen, welche die Leiche nach deren Ankunft beerdigen, ohne davon, daß ein Leichenpaß nicht beigebracht worden, der Ortsobrigkeit sofort Anzeige zu machen.

Die Leichenpässe werden in unserem besonderen Auftrage von den Landräthen, resp. von dem Magistrat in Halle und den beiden Gräfl. Stolbergischen Polizeiräthen in Stolberg und Köppla ausgestellt und dürfen nur dann erteilt werden, wenn durch ein ärztliches Attest dargelegt wird, daß die betreffende Person nicht an einer ansteckenden Krankheit gestorben ist und ein sonstiges polizeiliches Bedenken nicht obwaltet.

Merseburg, den 15 Juli 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Es hat vielfach bemerkt werden müssen, daß gewissenlose Eltern, Pflügeeltern und Vormünder ihren noch schulpflichtigen Kindern und Pflügebefohlenen die Theilnahme an öffentlichen Tanzlustbarkeiten in den Wirthshäusern und Schenken gestatten, dadurch bei denselben den Reim zu einem unsittlichen und liederlichen Leben legen, und ihnen mindestens eine so schlechte Vorbereitung geben, daß die Einwirkung der Kirche und Schule auf christliche Bildung außerordentlich erschwert wird.

Wir untersagen daher unter Hinweisung auf unsere in dieser Beziehung bereits erlassenen Antheblatts-Verordnungen vom 22. Mai 1817 (Amtbl. S. 304.), vom 6. März 1828 (Amtbl. S. 81.) und vom 23. April 1830 (Amtbl. S. 170.) den Gast- und Schankwirthen sowohl in den Städten als auf dem Lande hierdurch ausdrücklich die Zulassung noch schulpflichtiger Kinder zu öffentlichen Tanzlustbarkeiten und das Verabreichen von Branntwein und sonstigen geistlichen Getränken mit der Warnung, daß, wenn sie diesem Verbote entgegenhandeln sollten, ihnen unnachlässiglich die erteilte Concession entzogen werden wird.

Merseburg, den 27. Juli 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 554.  
Polizei-  
Verordnung,  
betreffend den  
Transport von  
Leichen.

Nr. 555.  
Verbot wegen  
Zulassung noch  
schulpflichtiger  
Kinder zu  
öffentlichen  
Tanzlustbar-  
keiten etc.

Nr. 556.  
Die diesjährige  
Aufnahme  
junger Leute in  
das Schullehr-  
er-Seminar  
zu Eisleben  
bezt.

Dieser jungen Leute, welche dieses Jahr in das Königl. Schullehrer-Seminar zu Eisleben aufgenommen zu werden wünschen, haben mit Beachtung unserer Erlasse in den Merseburger Amtsblättern Jahrgang 1829 Seite 106. bis 109. und Jahrgang 1836 Seite 170. folgende Papiere bis zum 16. September d. J. an den Seminar-Director Elingstein portofrei einzusenden, als:

1) einen Taufschein, 2) einen Impfschein, 3) einen Gesundheitschein, 4) die lückenlosen Bildungs- und Sittenzeugnisse von der Confirmation an bis zur Zeit der Meldung, 5) eine von dem betreffenden Landrathsamte oder Magistrats auszustellende Bescheinigung darüber, daß die Eltern oder sonstigen Angehörigen im Stande und willig sind, 150 Thlr. zur Ausbildung des sich Meldenden während seines Aufenthalts im Seminar zu verwenden.

In allen Zeugnissen ist auch der Name der Kreisstadt beizufügen, und sind nach dem Merseburger Amtsblatte vom Jahre 1839 Seite 354. die erwähnten Documente ohne Anwendung des Stempelvapiers auszufertigen.

Diejenigen, welche ihre Zeugnisse eingeschickt haben, finden sich, ohne Bescheid abzuwarten, den 21. September d. J. „Nachmittags 2 Uhr, im Seminare ein und werden nach abgehaltener Prüfung am 22. und 23. ejusd. sodann über ihre Aufnahme beschieden. Die zur Aufnahme Ausgewählten müssen dann den 5. October d. J. in die Anstalt eintreten.

Sollte sich später finden, daß ein Aufgenommener die zu seinem Unterhalte nöthigen Mittel nicht hat, so wird das Seminar genöthigt sein, ihn wieder zu entlassen. Es ist daher das unter Nr. 5. vorgeschriebene Attest nur nach sorgfältiger Prüfung der bezüglichen Verhältnisse auszustellen.

Magdeburg, den 22. Juli 1853.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Nr. 557.  
Gerichts-  
Ferien im De-  
partement des  
Appellations-  
gerichts zu  
Raumburg.

Nach der allgemeinen Ferien-Ordnung vom 16. April 1850 (J. M. Bl. S. 129 ff.) werden auch bei dem unterzeichneten Appellationsgerichte in der Zeit vom 21. Juli bis 31. August d. J. Ferien stattfinden.

Während dieser Ferien ruht der Betrieb aller nicht schleunigen Sachen sowohl in Bezug auf die Abfassung der Erkenntnisse, als auf die Decretur und die Abhaltung der Termine, dagegen werden die noch vor Beginn der Ferien beschlossenen Erkenntnisse und erlassenen Verfügungen auch während der Ferien abgefertigt werden. Schleunige Gesuche sind als solche zu begründen und als „Feriensache“ zu bezeichnen. Geben andere Gesuche ein, so hat das Gericht keine Verpflichtung, dieselben während der Ferien zu erledigen.

Indem wir Vorstehendes hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir Jedermann auf, seine bei uns anzubringenden Anträge während der Ferien auf diejenigen Angelegenheiten zu beschränken, welche einer Beschleunigung bedürfen, insbesondere haben auch in den bereits anhängigen nicht schleunigen Sachen die Parteien und Rechtsanwälte sich während der Ferien aller Anträge und Gesuche zu enthalten.

Raumburg, den 23. Juni 1853.

Königliches Appellationsgericht.



Den Gerichten unseres Departements und den Eingefessenen derselben machen wir zur Nachricht und Beachtung bekannt, daß Listen über die am 1. d. M. gezogenen 106 Serien der am 15. October d. J. zur Ausloosung bestimmten Prämien Scheine bei den sämtlichen Königlich Kreisgerichten zur Einsicht bereit liegen.

Nr. 558.  
Die am 1. Juli  
1853 gezogenen  
Serien und  
Nummern der  
Erbschuldungs-  
Prämien Scheine  
betr.

Raumburg, den 20. Juli 1853.

Königliches Appellationsgericht.

Der Herr General-Director der Steuern hat auf Grund der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 17. August 1831, Gesetzsammlung de 1831 Seite 173., nachgegeben, daß die Braumalzsteuer von dem in der Stadt Raumburg, innerhalb der Mauern und Thore, zur Bier- und Essigbrauerei zur Verwendung kommenden Malzschroote, sowohl bei Abfertigung des Malzes zur Mühle, als auch beim Eingange von Malzschroot in die Stadt, vom 1. September c. ab im Wege der Mahlsteuer erhoben werde. Demgemäß bleibt von dem gefegten Tage ab Gersten- und Weizen-Malzschroot, welches in der Stadt Raumburg zu anderen Zwecken, als zum Bier- und Essigbrauen verwendet werden soll, nur dann von der Steuer für Braumalzschroot befreit, wenn

Nr. 559.  
Die Erhebung  
der Braumalz-  
steuer von dem  
in der Stadt  
Raumburg zur  
Biers- u. Essig-  
brauerei zur  
Verwendung  
kommenden  
Malzschroote  
betr.

- das Malz vor der Abfertigung zur Mühle mindestens zum vierten Theile mit ungemalzen Roggenkörnern vermischt oder das von außerhalb eingehende Malzschroot mindestens zum vierten Theile mit Schroot aus ungemalzenem Roggen vermischt, in die Stadt eingeführt wird; auch ohne solche Mischung, wenn
- das Malzschroot für Branntweinbrennereien bestimmt ist, welche ausschließlich Kartoffeln verarbeiten, jedoch vorbehaltlich der von der Lokal-Steuerbehörde besonders vorzuschreibenden Controlle-Maßregeln.

Uebrigens finden vom 1. September c. ab in Raumburg die gesetzlichen und regulativmäßigen Vorschriften und Strafbestimmungen, welche für die Mahlsteuer bestehen, auch auf die Vereitung des Malzschrootes zur Bier- und Essigbrauerei in controllepflichtigen Mühlen und auf den Eingang solchen Schrootes von außerhalb Anwendung.

Magdeburg, den 26. Juli 1853.

Der Geheimen Ober-Finanz-Rath u. Provinzial-Steuer-Director.  
In Vertretung: der Ober-Regierungs-Rath Frieße.

In dem, am heutigen Tage zur Verloosung der in diesem Jahre zu amortisiren den Schuldverschreibungen der Eichsfeldischen Tilgungskasse anstehenden Termine sind folgende Schuldverschreibungen:

Nr. 560.  
Ausgeloste  
Schuldver-  
schreibungen  
der Eichsfeld-  
schen Tilgungs-  
kasse.

I. à 3½ pro Cent:

Nr. 79. über 500 Thlr.	Nr. 404. über 5 Thlr.	Nr. 506. über 500 Thlr.
• 233. • 50 •	• 453. • 100 •	• 520. • 500 •
• 272. • 500 •	• 501. • 500 •	• 624. • 500 •

zusammen über 3155 Thlr.

II. Litt. B. à 4 pro Cent:

Nr.	79. über 500 Thlr.	Nr. 1333. über 500 Thlr.	Nr. 1969. über 500 Thlr.
• 170.	• 500 •	• 1371. • 500 •	• 2534. • 500 •
• 261.	• 500 •	• 1628. • 500 •	• 2732. • 500 •
• 527.	• 500 •	• 1640. • 500 •	• 3118. • 500 •
• 699.	• 500 •	• 1678. • 50 •	• 3139. • 500 •
• 818.	• 500 •	• 1771. • 500 •	• 3289. • 500 •
• 1240.	• 500 •		

zusammen über 9050 Thlr.

aufgelöst worden.

Die Inhaber dieser ebengedachten Schuldverschreibungen werden hierdurch aufgefordert, dieselben nebst dem dazu gehöri gen Zins Coupon Ser. II. Nr. 4. am 31. December d. J. an unsere auf dem hiesigen Schlosse befindliche Kasse abzuliefern, und dagegen den Nennwerth nebst den bis dahin fällig gewordenen Zinsen in Empfang zu nehmen.

Untersreibt die rechtzeitige Erhebung des Geldes, so kann daraus kein Anspruch auf fernere Zinsveräußerung gegen die Anstalt hergeleitet werden.

Zusleich wird denjenigen Inhabern der oben gedachten Schuldverschreibungen, welchen die sofortige Auszahlung des Nennwerthes derselben wünschenswerth sein sollte, bekannt gemacht, daß wir hierzu bereit sind, und daher den desfallsigen Anzeigen binnen spätestens 14 Tagen entgegenstehen.

Endlich wird der Inhaber der nach unserer Bekanntmachung vom 25. Juni v. J. zur Auslösung gekommenen 4 zigen Schuldverschreibung Litt. B. Nr. 5. über 50 Thlr., deren Nennwerth bereits am 31. December v. J. fällig geworden ist, nochmals aufgefordert, die gedachte Schuldverschreibung zur Vermeidung ferneren Zinsverlustes nunmehr ungefäumt zur Zahlung des Nennwerthes bei unserer Kasse zu präsentiren.

Heiligenstadt, den 25 Juni 1853.

Rönigl. Direction der Eichsfeldischen Tilgungs-Kasse.

Nr. 561.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die Hypothekentabelle über das zu Vieuro beleagene, auf einer von dem Paulschen Hüfnerquart abgetheilten Parzelle neuerbaute Wohnhaus der Wittwe Hofmann geb. Pauly nebst einem Stück Land auf der Mark Rabitz von 149 Quadratruthen und einem dergleichen in den Krautgärten von 2 Morgen 116 Quadratruthen kann binnen zweier Monate in unserer Registratur von den Interessenten eingesehen werden.

Spätere Erinnerungen bleiben unberücksichtigt.

Remberg, den 1. Mai 1853.

Rönigliche Kreisgerichts-Commission.

Nr. 562.  
Hypotheken-  
Sachen.

Es wird hiermit bekannt gemacht, daß die Hypothekenbücher über nachstehende, von und bereits öffentlich bekannt gemachte Grundstücke, als:

1) das Wohnhaus des Stellmachereißers August Koch hier (Nr. 21 c); 2) das vormalige Gemeindegirtenhaus in Eufsch, welches der Schäfer Gottlieb Hübsch

meißbietend erstanden; 3) die Schmiede in Dabrun, dem Schmiedemeister Johann Gottfried Boy gebdrig, vollendet sind und mitbin der Erwerb neuer Hypothekenrechte in Beziehung auf diese Grundstücke lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Wittenberg, den 15. Juni 1853.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

Die Tabelle über das von dem Winger Ernst Graf zu Friedrichstadt auf der Pau- Nr. 563.  
ßeße Nr. 49, daselbst neu erbaute Wohnhaus ist fertig und kann in unserm I. Bureau Hypotheken-  
vom 13. August bis 13. October d. J. einzusehen werden. Cassa.

Spätere Erinnerungen dagegen sind unzulässig.

Wittenberg, den 6. Juli 1853.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

### Personal-Chronik.

Des Königs Majestät haben den hieherigen Polizei-Obersten zu Berlin, Nr. 564.  
von Roffe, zum Polizei-Director in Halle zu ernennen geruht, und es ist dem-  
selben die Leitung der örtlichen Polizei-Verwaltung der Stadt und des weiteren Po-  
licebezirks Halle übertragen worden.

Nachdem der Apotheker Ludwig Giesecke in Cisleben die von ihm hieher ver- Nr. 565.  
waltete Agentur der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft freiwillig nieder-  
gelegt hat, ist unter dem 2. Julic. der Kaufmann Wilhelm Kuhn daselbst als Agent  
der gedachten Gesellschaft bestätigt worden.

Des Königs Majestät haben allergnädigst geruht, den Domänen-Pächtern, Nr. 566.  
Oberamtmann Fricksche in Vorschütz, Oberamtmann Nabe in Ermleben  
den Character eines Königlichcn Amtraths zu verleihen.

Der Pfarrer Ziegler zu Brumby, in der Diöces Calbe a. d. S., tritt am Nr. 567.  
1. October d. J. in den Ruhestand. Ueber die dadurch vacant werdende Pfarradjunctur  
ist Seitens des Herrn Patrons bereits disponirt.

Die erledigte evangelische Frühpredigerstelle an der Predigerkirche zu Erfurt, Nr. 568.  
in der Diöces Erfurt, ist dem bisherigen Nachmittagsprediger an St. Thomä daselbst,  
Hermann Schulze, mit übertragen worden.

Nachdem der Oberförster Leuschner zu Pforta am 1. Juli d. J. in den Nr. 569.  
Ruhestand getreten, ist dem Förster Wiedemann, hieher zu Hechendorf, unter  
Ernennung zum Revierförster, die Stelle des ersten Forstbeamten zu Pforta, dem  
Unterförster Telle, bisher zu Rösen, die Forststelle zu Hechendorf übertragen,

und der Corpssjäger Heinze als Hülfsjäger für das Forstrevier Pforta angenommen worden.

Nr. 570.

Die Justiz-  
Personal-Ver-  
änderungen im  
Departement  
des Appella-  
tionsgerichts  
zu Hammberg  
s. Nr.

Der Appellationsgerichts-Rath Schmaling ist zum Geheimen Justiz-Rath Allerhöchst ernannt.

Der frühere Patrimonialrichter Kröber in Zeitz ist zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht daselbst, und der Gerichts-Assessor Hädel in Ziegenrüd zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in Erfurt, unter Uebertragung der Functionen eines Gerichts-Commissarius in Ziegenrüd ernannt.

Der Gerichts-Assessor von Arnstedt ist auf sein Ansuchen aus dem Justiz-dienste entlassen.

Der Appellationsgerichts-Referendarius Grote ist verstorben.

Die Referendarien Döwald, bisher beim Appellationsgericht in Marienwerber, Starke, bisher beim Appellationsgericht in Frankfurt a. d. O., Knoll, bisher beim Appellationsgericht in Greifswald, sind in hiesiges Departement; dagegen der Referendarius Brandt an das Appellationsgericht zu Halberstadt, der Auscultator Dr. von Verlach an das Appellationsgericht zu Magdeburg und der Auscultator Schmidt an das Kammergericht in Berlin versetzt.

Dem Referendarius Madlung und Auscultator Gottschald ist auf ihren Antrag die Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt.

Der Rechtscandidate Lüders ist zum Auscultator angenommen.

Der Kreisgerichts-Secretair Schmidt zu Erfurt ist vom 1. November d. J. an mit Pension in den Ruhestand versetzt.

Zu Boten und Executoren sind ernannt: die bisherigen Hülfsboten Köbler und Klingelstein bei der Gerichts-Commission zu Eckartsberga, Müller bei der Gerichts-Commission in Heldrungen und Henning bei den Gerichts-Commissionen zu Bitterfeld.

Der Bote und Gefangenenwärter Flügel in Euhl ist vom 1. October d. J. an mit Pension in den Ruhestand versetzt.

Nr. 571.

Der Schuhmachermeister Gottlieb Traue zu Greifenhagen ist zum Schiedsmann's Stellvertreter für den 18 Landbezirk des Mansfelder Gebirgskreises gewählt und als solcher gehdrig verpflichtet worden.

Nr. 572.

Der Wagenmeister Wölfer beim Postamte in Wittenberg ist vom 1. Juli c. in den Ruhestand getreten.

Nr. 573.

Der ehemalige Feldwebel Singer ist nach bestandnem Probejahre bei dem Postamte in Weissenfels als Postexpedient beschäftigt worden.

Nr. 574.

Der Postsecretair Necker in Eöln ist vom 1. August c. beim Königl. Postamte in Halle etatsmäßig angestellt worden.

Druck von C. Zurf (sonst Robisch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
32. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 13. August 1853.

Das 38. Stück der Gesez-Sammlung enthält unter:  
Nr. 3805. Statut für den Deichverband der Culmer Stadt-Niederung. Vom  
6. Juli 1853.

Nr. 575.

Die Aushebung des diesjährigen Ersaz-Bebarfs für das stehende Heer wird in  
unserm Departement stattfinden: Nr. 576.

im Ekersbergaer Kreise Dienstag den 20. September in Ebleda,  
im Bitterfelder Kreise Mittwoch den 21. September in Bitterfeld,  
im Raumburger Kreise Donnerstag den 22. September in Raumburg,  
im Saalkreise Freitag den 23. September in Halle,  
im Zeizer Kreise Freitag den 23. September in Zeiz,  
im Weissenfelder Kreise Sonnabend den 24. September in Weissenfeld,  
im Halleischen Stadtkreise Sonnabend den 24. September in Halle,  
im Mansfelder Seekreise Montag den 26. September in Eisleben,  
im Wittenberger Kreise Montag den 26. September in Wittenberg,  
im Mansfelder Gebirgskreise Mittwoch den 28. September in Mansfeld,  
im Schweiniger Kreise Mittwoch den 28. September in Herzberg,  
im Liebenwerdaer Kreise Donnerstag den 29. September in Liebenwerda,  
im Torgauer Kreise Freitag den 30. September } in Torgau,  
Sonnabend den 1. October }

im Delitzscher Kreise Montag den 3. October } in Delitzsch,  
Dienstag den 4. October }

im Merseburger Kreise Donnerstag den 6. October } in Merseburg,  
Freitag den 7. October }

im Sangerhäuser Kreise Montag den 10. October } in Sangerhausen,  
Dienstag den 11. October }

im Quersfurter Kreise Donnerstag den 13. October in Quersfurt.

Indem wir dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen, machen wir zugleich  
darauf aufmerksam, daß die bei der Ersazaushebung dieses Jahres concurrirenden  
Militairpflichtigen, welche der an sie ergehenden Gestellungs-Ordre ungeachtet, in dem

Die Aushebung  
des dem stehenden  
Heere für  
das Jahr 1853  
zu stellenden  
Ersazes betr.

anberaumten Termine nicht erscheinen, ihrer etwaigen Ansprüche auf Zurückstellung verlustig geben, sowie daß die hierauf gerichteten Gesuche nur dann bei der Departements-Ersatz-Behörde Berücksichtigung finden können, wenn sie vorher bei der betreffenden Kreis-Ersatz-Commission, oder sofern die einen Reclamationsegrund abgebenden Verhältnisse erst kurz vor dem Aushebungsstermine eintreten sollten, doch wenigstens bei dem betreffenden Landrath so zeitig vorgetragen sind, daß ihre gehörige Erörterung vor dem Termine möglich war.

Gleichzeitig bringen wir in Erinnerung, daß auch diejenigen Militairpflichtigen, welche von der betreffenden Kreis-Ersatz-Commission bereits zweimal zurückgestellt worden sind, beim Fortbestehen von Verhältnissen, welche nach ihrer Ansicht eine Reclamation begründen, letztere jener Zurückstellung ungeachtet rechtzeitig anzubringen haben, da in neuerer Zeit nicht selten Militairpflichtige, in der unbearündeten Voraussetzung, daß die von der Departements-Ersatz-Commission zu treffende Entscheidung mit der vorher ergangenen günstigen Entscheidung der betreffenden Kreis-Ersatz-Commission nur übereinstimmend ausfallen könne, die vorschriftsmäßige Anbringung einer Reclamation durch den betreffenden Landrath verabsäumt haben, und in Folge dessen — was vielleicht andern Falls nicht geschehen sein würde — für den Militairdienst haben ausgehoben werden müssen.

Merseburg, den 4 August 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 577.

Die Ablösung  
von Geld- und  
Natural-  
Prästationen  
betr.

Zur Ermittlung unbekannter Interessenten und zur Feststellung der Legitimation werden nachstehende, bei der unterzeichneten Königlichen Regierung in deren Verwaltungsbezirke anhängige Auseinandersetzungen:

- 1) die Ablösung der dem Rentamte Bitterfeld von Grundstücken des Gemeindebezirks Bitterfeld und der Marken Pomlin und Wdrlich,
  - 2) die Ablösung der dem Rentamte Merseburg von Grundstücken der Gemeindeverbände Döhlen, Caja, Ostau, Kleingörschen, Lennewitz, Rappitz, Staarsiedel und Schleißbar,
  - 3) die Ablösung der dem Rentamte Freyburg-Porta aus dem Gemeindebezirke Rehausen,
  - 4) die Ablösung der dem Rentamte Zeitz von Grundstücken des Gemeindebezirks Lonzia,
  - 5) die Ablösung der dem Rentamte Cisleben aus den Gemeindebezirken Rothenschirmbach und Groß- und Kleinoßerhausen,
  - 6) die Ablösung der dem Rentamte Sangerhausen von Grundstücken des Gemeindebezirks Obersdorf,
  - 7) die Ablösung der den Gemeindegliedern zu Jüdenberg vom Domainenamte Strohwalde,
  - 8) die Ablösung der dem Rentamte Wittenberg von Grundstücken der Gemeindeverbände Marzabna, Schwabed und von den Parzellen des disthembrinten Thielesehen Hufengutes zu Seehausen,
- zustehenden Geld- und Natural-Prästationen

hiermit öffentlich bekannt gemacht. Alle diejenigen, welche bei diesen Auseinandersetzungen ein Interesse zu haben vermeinen und zu dem Verfahren bisher nicht gezogen sind, werden aufgefordert, sich spätestens zu den auf

den 26. September d. J., Vormittags 11 Uhr,

- ad 1. im Rentamte zu Bitterfeld,
- ad 2. im hiesigen Rentamte,
- ad 3. im Rentamte zu Freyburg,
- ad 4. im Rentamte zu Zeitz,
- ad 5. im Rentamte zu Eisleben,
- ad 6. im Rentamte zu Sangerhausen,
- ad 7. im Rentamte zu Gräfenhainichen,
- ad 8. im Geschäftsbureau des Regulirungs-Commissarius Hesse zu Mittelsberg, Mittelgasse Nr. 156,

anberaumten Terminen zu melden, widrigenfalls sie die Auseinandersetzungen, sowie alles das, was mit den bisher aufgetretenen Inhabern der betreffenden Grundstücke festgestellt worden ist, selbst im Fall einer Verletzung gegen sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können.

Merseburg, den 6. August 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domänen und Forsten.

Nachdem mit dem 9. Juli c. die Frist abgelaufen, mit welcher die Hälfte der in Nr. 378. der Bekanntmachung vom 2. August 1850 (Merseburger Amtsblatt Seite 203., Erfurter Amtsblatt Seite 230.) genannten Mitglieder und Stellvertreter aus dem Ehrenrathe unter den Rechtsanwälten und Notarien des hiesigen Departements ausgeschieden, hat in Gemäßheit der Vorschriften §. 22. 25. der Verordnung vom 30. April 1847 (Gesetz-Sammlung Seite 200.) zur Ergänzung der ausgeschiedenen Hälfte der Mitglieder desselben und der Stellvertreter am 21. Juli c. eine Neuwahl stattgefunden, bei welcher die ausgeschiedenen Mitglieder und Stellvertreter wieder gewählt worden sind.

Es besteht demnach der Ehrenrath für die nächsten drei Jahre überhaupt — wie bisher — aus folgenden Mitgliedern:

- 1) dem Rechtsanwalt, Geheimen Justizrath Hoffmann hier,
- 2) dem Rechtsanwalt, Justizrath Buchholz in Wiehe,
- 3) dem Rechtsanwalt Moritz zu Torgau,
- 4) dem Rechtsanwalt, Justizrath Schulze hier,
- 5) dem Rechtsanwalt, Justizrath Dr. Günther zu Sangerhausen,
- 6) dem Rechtsanwalt, Justizrath Bielig hier,
- 7) dem Rechtsanwalt, Justizrath Hadelich in Erfurt,
- 8) dem Rechtsanwalt Ebdecke zu Halle,
- 9) dem Rechtsanwalt, Justizrath Schmeißer in Erfurt, und
- 10) dem Rechtsanwalt, Justizrath Riewandt in Weissenfels.

Die Stellvertreter sind:

- 1) der Rechtsanwalt, Justizrath Gilling hier,
- 2) der Rechtsanwalt, Justizrath Wachsmuth hier,
- 3) der Rechtsanwalt Mulert zu Delitzsch,
- 4) der Rechtsanwalt, Justizrath Friesch in Halle,
- 5) der Rechtsanwalt, Justizrath Göb hier, und
- 6) der Rechtsanwalt Plesch zu Zeitz.

Zum Vorsitzenden des Ehrenraths ist der Rechtsanwalt, Geheime Justizrath Hoffmann hieselbst wieder erwählt worden.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Raumburg, den 3. August 1853.

Der erste Präsident des Königl. Appellationsgerichts Risler.

Nr. 579.

Patents  
Ertheilung.

Dem Kaufmann Hugo Ewenberg zu Berlin ist unter dem 22. Mai 1853 ein Einführungs-patent auf eine Wollämm-Maschine in der durch Zeichnungen und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 580.

Patents  
Ertheilung.

Dem Kaufmann Friedrich August Wilhelm Kramer zu Berlin und dem Eugen Scheler zu Augsburg ist unter dem 25. Mai 1853 ein Einführungs-patent auf eine Maschine zur Anfertigung von Stecknadeln in der durch Zeichnungen und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung, und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 581.

Patents  
Ertheilung.

Dem Kaufmann D. Leonardt zu Köln ist unter dem 21. Mai 1853 ein Patent auf eine Verbesserung der Maschinen zur Anfertigung von Stecknadeln, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 582.

Patents  
Ertheilung.

Dem Mechaniker C. Hoppe zu Berlin ist unter dem 22. Mai 1853 ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten, für neu und eigenthümlich erkannten Ziegelofen auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 583.

Patents  
Ertheilung.

Dem Fabrikanten Adam Söding zu Börde bei Hagen ist unter dem 22. Mai 1853 ein Patent auf eine ihrer ganzen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkannte Vorrichtung zum Pressen von Schloßfedern, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.



Dem Brenner-eißeßer H. D. Siemens zu Berlin ist unter dem 29. Mai c. Nr. 584. ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten, für neu und eigenthümlich erkannten Rectificator für Brennerärthe auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Von dem unterzeichneten General-Director der Feuer-Societät für das platte Land des Herzogthums Sachsen wird Veruß des Ausschreibens der Feuer-Societäts-Beiträge pro I. Semester er. bekannt gemacht, daß zur Dedung des Societäts-Aufwandes für das abgelaufene I Semester 1853 ein Beitrag von 3 Silbergroschen 4 Pfennigen pro 100 Thlr. reiner Beitragssumme, oder

1	Sgr. 8	Pf. von 100	Thlr. Versicherungssumme in Klasse 1.,
2	2	100	2.,
2	9½	100	3.,
3	4	100	4.,

von welchen Sätzen die Kirchen nur die Hälfte zu tragen haben, nöthig ist.  
Zur Erläuterung wird beigegeben nachstehende

### Allgemeine Uebersicht:

#### I. Stand der Versicherung im I. Semester 1853.

Klasse.	Versiche- rungs- Summe im	Durch Nachträge entstand		Versiche- rungs- Summe im	Reducirte Beitrags- Summe	Bemerkungen.
	II. Semester 1852.			I. Semester 1853.	im I. Semester 1853.	
	Thlr.	Zugang.	Abgang.	Thlr.	Thlr.	
I.	2,310,800	98,400	—	2,409,200	1,204,600	Unter der redu- cirten Beitrags- summe der IVten Klasse sind 29,090 Thlr. für solche Gebäu- de begriffen, wel- che das Doppelte dieser Klasse bei- zutragen haben.
II.	10,460,775	245,970	—	10,706,745	7,137,830	
III.	19,936,164	236,100	—	20,172,264	16,810,220	
IV.	11,085,650	—	46,640	11,039,010	11,068,100	
Summa	43,793,389	580,470	46,640	44,327,219	36,220,750	
		533,830				

Also: 36,220,750 Thlr. reducirt Beitragssumme, davon ab:

907,565 „ Remiß auf die Kirchenbeitragssumme, mithin

35,313,185 Thlr. reine Beitragssumme pro I. Semester 1853.

#### II. Brandschäden.

In der Zeit vom 1. Januar bis ult. Juni 1853 sind 37 Brände zur Liquidation gekommen, wovon:

- 4 durch Blitz,
- 1 durch vorsätzliche Brandstiftung,
- 14 durch mutmaßliche Brandstiftung,
- 1 durch ermittelte Verwahrlosung,
- 3 durch mutmaßliche Verwahrlosung,
- 14 durch unermittelte Ursache,

Summa wie oben

veranlaßt wurden.

Hierdurch sind beschädigt:		total	partiell.
a) Wohnhäuser . . . . .		23	33
b) Ställe, Schuppen und Seitengebäude . . . . .		64	24
c) Scheunen . . . . .		31	5
d) Wassermahlmühlen . . . . .		1	2
e) Schneidemühlen . . . . .		1	—
f) holländische Windmühlen . . . . .		—	1
g) Kirchen und Thurmgebäude . . . . .		—	1

Summa 186 beschädigte Gebäude,

welche 82 Gebäudebesitzern gebührend waren und an Brandvergütungsgeldern einen Aufwand von 31,465 Thlr. 24 Sgr. 4 Pf. verursacht haben.

Die verschiedenen Klassen in den einzelnen Kreisen haben vorstehende Brandvergütungsgelder angewiesen erhalten, wie folgt:

Name der Kreise.	I. Klasse.			II. Klasse.			III. Klasse.			IV. Klasse.			Summa der angewie- senen Brand- vergütungs- gelder.		
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
Bitterfeld . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100	—	—	100	—	—
Delitzsch . . . . .	—	—	—	—	—	—	1182	16	—	1255	19	10	2438	5	10
Sangerhausen . . . . .	—	—	—	—	—	—	640	—	—	2292	25	—	2932	25	—
Riebenwerda . . . . .	—	—	—	17	—	4	453	22	7	10714	18	6	11,185	11	5
Merseburg . . . . .	—	—	—	—	—	—	135	—	—	589	6	6	724	6	6
Querfurt . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1976	8	8	1,976	8	8
Sangerhausen . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	75	—	—	75	—	—
Schleusingen . . . . .	—	—	—	135	6	11	—	—	—	—	—	—	135	6	11
Schweinitz . . . . .	—	—	—	—	—	—	648	—	—	—	—	—	648	—	—
Torgau . . . . .	938	28	8	1186	8	1	2370	27	6	—	—	—	4,496	4	3
Zeitz . . . . .	—	—	—	—	—	—	372	—	—	—	—	—	372	—	—
Zeitz . . . . .	580	11	8	1698	8	6	2670	29	8	—	—	—	4,949	19	10
Zeitz . . . . .	—	—	—	44	—	—	1148	25	11	—	—	—	1,192	25	11
Zeitz . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	240	—	—	240	—	—
Summa . . . . .	1519	10	4	3,080	23	10	9,622	1	8	17,243	18	6	31,465	24	4

In den übrigen Kreisen sind Brandschäden nicht vorgekommen.

### III. Aufwand für die Zeit vom 1. Januar bis ult. Juni 1853.

31,465	Thlr. 24	Sgr. 4	Pf.	angewiesene Brandvergütungsgebel,
1,837	23	5		an Prämien zur Anschaffung von Feuerspritzen und
				für ausgezeichnete Brandhülfeleistung, sowie an
				Vergütung für Feuerlöschgeräthe,
1,102	2	6		Kosten für Taxationen,
150	—	—		Druckkosten,
7	12	6		Prozeßkosten,
14	7	6		Diäten und Fuhrkosten,
58	17	2		Insgemein,
352	—	—		zu bekannten, aber noch nicht angewiesenen Ausgaben,
843	10	2		zur Vermeidung der Bruchpfennige beim Ausschrei-
				ben, resp. zur Bestreitung jetzt noch nicht bekann-
				ter Ausgaben, event. zur Ueberrahme in das nächste
				Semester,
2,125	—	—		Gehalt der Beamten der General-Direction nebst
				Hülfsarbeitern und der Kasse,
100	—	—		Büreaukosten,
2,857	—	—		Gehalt an sämmtliche Kreis-Directoren,
40,913	Thlr. 7	Sgr. 7	Pf.	Summa.

Bemerkung. Der eiserne Fonds der Societät besteht jetzt in

51,290	Thlr. —	Sgr. —	Pf.	Preuß. Staatsschuldscheinen und
6,732	13	6		baar, einschließlich der für das I. Se-
				mester d. J. von obigen Staatsschulds-
				scheinen bezogenen Zinsen, von welchen
				für das abgelaufene Semester 222 Thlr.
				14 Sgr. 6 Pf. zu den durch das Gesetz
				vom 28. Juli v. J. angeordneten Bau-
				hilfsfonds verwendet worden sind.

### IV. Deckung des betreffenden Aufwandes sub III.

Zur Deckung des obigen Aufwandes von 40,913 Thlr. 7 Sgr. 7 Pf. ist nach Abrechnung von

1,676	Thlr. 11	Sgr. 5	Pf.	Ueberschuß aus dem II. Semester 1852,
				also noch erforderlich
39,236	26	2		Betrag des Ausschreibens à 3 Sgr. 4 Pf.
				pro 100 Thlr. reiner Beitragssumme (skr.
				sub I.).

Summa ut supra.

Schloß Bedra, den 22. Juli 1853.

Der General-Director der Land-Feuer-Societät des Herzogthums Sachsen  
v. Hellendorff.

# Personal-Chronik.

Nr. 586. Dem Candidaten der Theologie Friedrich Wilhelm Ernst Thunede aus Perver bei Salzweel ist ein Erlaubnißschein zur Uebernahme von Hauslehrerstellen im hiesigen Regierungsbezirke erteilt worden.

Nr. 587. Die Schul- und Küsterstelle in Zblewitz, Exhorie Gerbstädt, Königlichem Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Nr. 588. Die erledigte evangelische Pfarratjunctur zu Schadeleben mit Friedrichs-  
aue, in der Diöces Alchereleben, ist dem bisherigen Pfarrer zu Zündendorf, Diöces  
Querfurt, Carl Wille verliehen worden. Die dadurch vacant werdende Pfarrstelle  
zu Zündendorf wird dies Mal vermöge Reverses von uns besetzt.

Nr. 589. Der Pfarrer Nimrod zu Quenstedt, in der Diöces Ermsleben, tritt am  
1. October d. J. in den Ruhestand. Ueber die Stelle ist Seitens des Herrn Patronats  
bereits disponirt.

Nr. 590. Der Pfarrer M. Martell zu Schildau, in der Diöces Belgern, tritt am  
1. November d. J. in den Ruhestand. Die Stelle ist Könighchen Patronats.

Nr. 591. Die Stelle des Kloster-Secretairs und Bau-Ausschreibers bei der Klosterschule  
Kosleben ist von dem Herrn Erbadministrator dieser Anstalt unter Zustimmung der  
Aufsichtsbehörde dem bisherigen Bürgermeister Karl Benjamin Schmiedel vom  
1. Juli c. an übertragen worden.

Nr. 592. Der Domainenbeamte Karl Otto Franz Hart zu Lettin ist auf die Jahre 1877  
zum Schiedsmann für den Bezirk Lettin gewählt und als solcher gehörig verpflichtet  
worden.

Nr. 593. Der Kaufmann Karl Anton Engelhardt zu Merseburg ist zum Schieds-  
mann für den II. Bezirk der Stadt Merseburg gewählt und gehörig verpflichtet worden.

Nr. 594. Für den IV. Landbezirk des Raumburger Kreises sind der Ortsrichter Hauer  
in Merseburg zum Schiedsmann und der Ortsrheber Schröder daselbst zum  
Stellvertreter gewählt und als solche gehörig verpflichtet worden.

Nr. 595. Der Post-Expedient Voche ist vom Postamte in Halle zu dem Postamte in  
Merseburg versetzt worden.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 4 Bogen stark, für den Schwei-  
nitzer landrätthlichen Kreis.

Druck von C. Zurl (Sons Kobitzsch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben  
und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Könighchen Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**33. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 20. August 1853.

Das 39. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 596.

Nr. 3806. Statut des Carlowitz-Kanferner Deichverbandes. Vom 6. Juli 1853.

Das 40. Stück der Gesetz-Sammlung:

Nr. 3807. Gesetz, die Stempelung und Beaufsichtigung der Waagen im öffentlichen Verkehr betreffend. Vom 24. Mai 1853.

Nr. 3808. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Bütower Kreisobligationen im Betrage von 40,000 Rthln. Vom 27. Juni 1853.

Nr. 3809. Allerhöchster Erlaß vom 6. Juli 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von Mackenrode nach Lettenborn.

Nr. 3810. Allerhöchster Erlaß vom 6. Juli 1853, betreffend die in Bezug auf den Bau der Chaussee von Neustadt nach Jütz durch den Kreis Neustadt bewilligten fiskalischen Vorrechte.

## Instruction

Nr. 597.

zur

Ausführung der Städte-Ordnung für die sechs östlichen  
Provinzen der Preussischen Monarchie

vom 30. Mai 1853.

(Gesetz-Sammlung Nr. 24.)

Auf den Grund des §. 81. der Städte-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie vom 30. Mai 1853 wird zur Ausführung dieses Gesetzes die nachstehende Instruction ertheilt.

### I.

Um das Gebiet der Anwendung des Gesetzes bestimmt zu übersehen, ist gemäß des §. 1. desselben genau festzustellen, welche Städte bisher auf dem Provinzial-Landtage im Stände der Städte vertreten gewesen sind und in welchen auf dem Pro-

vinzial Landtage nicht in diesem Staade vertretenen Städten eine der beiden Städte-Ordnungen vom 19. November 1808 und vom 17. März 1831 bisher gegolten hat.

Dabei ist hinsichtlich der Bestimmungen im zweiten Alinea des § 1. zu bemerken, daß in den Flecken der status quo der gegenwärtig bestehenden Gemeinde Verfassung auch da, wo die Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 eingeführt worden (vergleiche § 126. der letztern) so lange aufrecht erhalten werden muß, bis über die nähere Festsetzung ihrer Gemeinde-Verhältnisse die vorbehaltene Allerhöchste Bestimmung erfolgt;

ferner zum dritten Alinea, daß wegen der Städte-Verfassung in Neu-Vorpommern und Rügen das hierüber vorbehaltene besondere Gesetz unter dem 31. Mai d. J. ergangen und gleichzeitig mit der gegenwärtigen Städte-Ordnung in der Gesetz-Sammlung verkündigt ist.

## II

In Städten, wo die Einführung der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 bereits beendet ist (§. 126.), tritt die gegenwärtige Städte-Ordnung in Gemäßheit des §. 82. sogleich nach ihrer Verkündigung in Kraft und an die Stelle jener Gemeinde-Ordnung. Es ist daher in diesen Städten, ohne vorgängigen besonderen Einführungs-Akt, nach den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes und dieser Instruction sofort die Verwaltung zu handhaben und die innere Organisation überzuleiten.

Diejenigen Städte, welche in diese Kategorie fallen, sind durch das Amtsblatt sofort bekannt zu machen. Für die übrigen Städte erfolgt erst nach Beendigung der besonderen Einführungs-Arbeiten zur Anwendung des gegenwärtigen Gesetzes die Amtsblatts-Bekanntmachung hierüber nach §§. 83. und 85., von deren Erlaß mir Anzeige zu erstatten ist.

## III.

Wo und so lange ein Magistrat und eine Stadtverordneten-Versammlung nach den Vorschriften der gegenwärtigen Städte-Ordnung noch nicht gebildet ist, werden die Einrichtungen, welche denselben in diesem Gesetze zugewiesen sind, soweit es zur Einführung des letztern darauf ankommt, von den bisherigen Gemeinde-Vorständen und Vertretungen wahrgenommen, mit Beachtung der besondern Vorschriften in den §§. 82. und 83.

## IV.

Nach §. 2. des Gesetzes bilden den städtischen Gemeindebezirk (Stadt-Bezirk) alle diejenigen Grundstücke, welche demselben bisher angehört haben.

Die Ausführung der weitem Bestimmungen des §. 2. über Veränderungen des bestehenden Stadt-Bezirks bildet keine Vorbedingung der Einführung des Gesetzes, sondern sie tritt je nach dem sich ergebenden Bedürfnisse ein.

Die zur Bildung städtischer Gemeinde-Bezirke von den Kreis- und Bezirks-Commissionen nach §. 147. der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 gefaßten Beschlüsse, welche noch nicht die dort vorbehaltene Bestätigung des Ministers des Innern erhalten haben, sind als nicht geschehen zu erachten.

In den Fällen, wo diese Bestätigung bereits erfolgt, aber die Einführung der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850, unter Erlass der im §. 156. vorgeschriebenen Amtsblatts-Bekanntmachung, noch nicht vollständig beendigt ist, behalte ich mir nach Bewandniß der Umstände die Zurücknahme der Bestätigung vor, wenn bei den desfalligen Beschlüssen der Kreis- und Bezirks-Commissionen, namentlich was das Verhältniß einzelner Landgemeinden und Dominien den betreffenden Stadtgemeinden gegenüber betrifft, Voraussetzungen obgewaltet haben, die bei der gegenwärtig veränderten Lage der Gesetzgebung, insbesondere unter Berücksichtigung des Art. 2. des Gesetzes vom 24. Mai d. J., betreffend die Aufhebung der Gemeinde-, sowie der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung nicht mehr zutreffen. Die Königl. Regierung hat daher über etwaige Fälle der letztgedachten Art, in welchen ganze Landgemeinden oder Dominien einen Stadt-Bezirk durch Beschlüsse der Kreis- und Bezirks-Commissionen mit dieserseitiger Bestätigung zugeschlagen worden sind, baldigst Anzeige zu erstatten, und ihr Gutachten über die fortdauernde Zweckmäßigkeit, Abänderung oder Aufhebung dieser Beschlüsse beizufügen.

V.

Der Magistrat veranlaßt in denjenigen Städten, wo die Einführung der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 noch nicht bis zur Einsetzung des Gemeinderaths gediehen ist (vergl. §. 83.), behufs Einführung der gegenwärtigen Städte-Ordnung die Aufnahme, Offenlegung und Feststellung der Liste der stimmungsfähigen Bürger (Bürgerrolle) nach den Vorschriften der §§. 5. 6. 7. 8. 19. und 20.

Auf die für die späteren regelmäßigen Berichtigungen der Bürgerrolle und Ergänzungswahlen in §§. 19. 20. 21. und 28. festgesetzten Anfangs-Termine kommt es bei der ersten Feststellung der Rolle und Wahl zur Einführung des Gesetzes nicht an. Damit aber diese Termine für die Folge in Anwendung kommen können, ist davon auszuweisen, daß die neugewählten Stadtverordneten, welche alsbald nach ihrer Wahl in Function zu treten haben, so lange in Thätigkeit bleiben, als ob sie im November gewählt wären.

VI.

Bevor in Städten von nicht mehr als 2500 Einwohnern zur Wahl der neuen Stadtverordneten Versammlung selbst geschritten wird, kann die Frage zur Erledigung kommen, ob schon die gegenwärtige Gemeinde Vertretung (vergl. die Bestimmung unter III.) die Einrichtung der städtischen Verfassung mit einer verminderten Zahl von Stadtverordneten und ohne collegialischen Gemeinde-Vorstand nach den Vorschriften der §§. 72. und 73. (Titel VIII.) beantragen wolle.

Die Annahme dieser Einrichtung, welche den kleineren Städten eine ihren Verhältnissen im Allgemeinen entsprechende, einfache, wohlfeile und prompte Verwaltung bietet, ist überhaupt zu begünstigen und wird für diejenigen Landestheile, wo viele kleinere Städte vorhanden sind, der besonderen Aufmerksamkeit bei Anwendung des Gesetzes empfohlen.

VII.

Mit Rücksicht auf die eigenthümlichen Verhältnisse der Städte ist, bevor die Wahl der neuen Vertretung in einer Stadt vorgenommen wird, die Erwägung der

Frage zu empfehlen, ob in Gemäßheit des §. 11. Nr. 2. des Gesetzes statutarische Anordnungen hinsichtlich der den gewerblichen Genossenschaften bei Einteilung der stimmfähigen Bürger und bei Bildung der Wahlversammlungen und der städtischen Vertretung zu gewährenden angemessenen Berücksichtigung getroffen werden sollen. Die statutarischen Anordnungen über diesen Gegenstand können vermöge der im §. 11. Nr. 2. enthaltenen besonderen gesetzlichen Ermächtigung abweichend von den allgemeinen Wahlnormen des Gesetzes getroffen werden.

Sollten indeß die Verhandlungen über solche statutarischen Bestimmungen unter der Wirksamkeit der gegenwärtigen Gemeinde-Vertretungen und Vorstände bezüglich der Einführung des Gesetzes (vergl. Nr. III.) auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, oder überhaupt keine Aussicht auf einen befriedigenden Erfolg gewähren, so sind dieselben der weiteren Erwägung und Feststellung mit den zunächst nach den allgemeinen Normen des Gesetzes zu wählenden Stadtbehörden vorzubehalten.

Wie überhaupt die Bestimmungen des §. 11. der gegenwärtigen Städte-Ordnung über das Recht statutarischer Anordnungen (vergleiche §. 5. 12. 21. 29. 59. 70.) für die erspriessliche organische Entwicklung der Stadtverfassungen, mit Rücksicht auf bewährte ältere Einrichtungen und wirklich städtische Elemente und Eigentümlichkeiten, von großer Wichtigkeit, daher bei Anwendung des Gesetzes der sorgfältigsten Benutzung zu widmen sind, so gilt dies vorzugsweise von der gedachten Vorschrift in §. 11. sub Nr. 2., welche bei umsichtiger und glücklicher Ausführung dem städtischen Gemeindeleben die kräftigsten Stützpunkte darbieten kann, namentlich wenn die schon bestehenden, so wie die sich weiter ausbildenden Genossenschaften in den gewerbetreibenden Einwohnern (Innungen, Zünfte, kaufmännische Verbindungen u.) mit der Organisation der städtischen Communal-Verhältnisse zur gegenseitigen Stärkung und Entfaltung wahrhaft städtischen Wesens in innigere Verbindungen gebracht werden.

Nach dem Vorbilde alter, auf solchen Grundlagen beruhender bewährter Städteverfassungen könnten beispielsweise im Sinne des §. 11. Nr. 2. bei Einteilung der stimmfähigen Bürger und Bildung der Wahlversammlungen die Kaufmannschaft und der Handwerksstand, als die vorwiegenden städtischen Elemente, unterschieden und in Haupt-Abtheilungen neben einander gestellt werden. Innerhalb dieser Haupt-Abtheilungen könnten alsdann die Kaufleute und die Mitglieder des Handwerksstandes in den durch die vorhandenen gewerblichen Genossenschaften an die Hand gegebenen Verbindungen wählen; namentlich in dem Gewerkestande etwa dergestalt, daß die Genossen einer Innung oder mehrerer verwandter Innungen zusammentreten. Die übrigen stimmfähigen Bürger könnten Behuß der Wahlen entweder den Kaufmannschaften und den Gewerkschaften, je nachdem sie in ihren gesammten Berufs-Verhältnissen der einen oder anderen dieser Haupt-Abtheilungen am nächsten stehen, beigelegt werden oder nach Anleitung der allgemeinen Regel des §. 13. abgesondert in drei Abtheilungen wählen.

Bei Bildung der städtischen Vertretung selbst könnten die gewerblichen Genossenschaften in der Art eine angemessene Berücksichtigung erfahren, daß eine gewisse Anzahl Stellen in der Stadtverordneten-Versammlung jedenfalls durch Vorsther oder Mitglieder von Genossenschaften der Kaufmannschaft oder des Handwerksstandes



nach ihrer besonderen Bedeutung besetzt sein mußte, und darnach bei den Wahlberechtigungen das Erforderliche festgesetzt wurde.

Bei allen Modalitäten, welche hiernach in der Zusammensetzung der Stadtverordneten-Versammlung überhaupt eintreten könnten, ist aber stets im Sinne des §. 16. an dem Grundsatz festzuhalten, daß mindestens die Hälfte derselben aus Grundbesitzern bestehen muß.

Auch ist sonst bei den statutarischen Anordnungen darauf zu sehen, daß nach den eigenthümlichen Verhältnissen einer Stadt jedenfalls die darin bewahrt gefundenen konservativen Elemente gesichert und in voller Kraft erhalten werden. Zu diesem Zweck wird ins Auge zu fassen sein, daß den andern wohlhabenden und gebildeten Einwohnerklassen neben dem Handwerkerstande ein ausreichender Einfluß gesichert werden muß, um in Gemeinschaft mit demselben begründete und wahrhaft konservative Interessen gehörig zur Geltung zu bringen, und Verirrungen auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens und sozialen Uebeln angemessen entgegen wirken zu können.

Bei der besonderen Bedeutung, welche die Bestimmung des §. 11. Nr. 2. für die Entwicklung des städtischen Gemeindegewesens hat, veranlasse ich die Königl. Regierung, in den ersten Fällen, wo es sich um desfallsige statutarische Anordnungen handelt, vor Ertheilung der Bestätigung darüber unter Vermittelung des Königl. Ober-Präsidenten an mich Bericht zu erstatten.

Im Allgemeinen aber werden die Bestimmungen des §. 11. fürsorglich zu benutzen sein, um die in den bisherigen Stadtverfassungen beruhenden, gewohnten und bewährten Einrichtungen und Anordnungen, insoweit dadurch den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes nicht widersprochen wird, zu erhalten und nach Bedürfnis und Zweckmäßigkeit weiter zu entwickeln. In diesem Sinne werden auch diejenigen Orts-Statuten, welche unter der Herrschaft der Städte-Ordnungen von 1808 und 1831 zu Stande gekommen sind, beizubehalten, oder den notwendigen Modificationen mit Schonung und Vorsicht zu unterwerfen sein.

Da den statutarischen Anordnungen die Bestimmung vorbehalten ist, „inwiefern über die Erlangung des Bürgerrechts von dem Magistrate eine Urkunde (Bürgerbrief) zu ertheilen sei“ (§§. 5. und 11. Nr. 1.), so kann mit Berücksichtigung der bisherigen Einrichtungen näher festgesetzt werden, in welcher angemessenen feierlichen Weise der Bürgerbrief auszuhändigen und inwiefern dessen Ertheilung auf gewisse Voraussetzungen und Fälle, um vornehmlich dauernde und nähere Beziehungen zu den städtischen Gemeinde-Angelegenheiten zur besonderen Anerkennung zu bringen, zu beschränken ist, z. B. mit besonderer Berücksichtigung derjenigen Personen, welche durch Hausbesitz oder selbstständigen Gewerbebetrieb (nach §. 5. Nr. 4 a. und b.) der Stadt angehören, oder als Auszeichnung derjenigen, welche durch regelmäßige oder verdienstliche Theilnahme an den öffentlichen Geschäften der Gemeinde (Wahlen, Thätigkeit in Deputationen, Commissionen, Stadtverordneten-Versammlungen, Stadtmännern) ihr lebendiges Interesse für die Stadt an den Tag gelegt haben.

Uebrigens wird das Zustandekommen zweckmäßiger statutarischer Anordnungen dadurch überhaupt wesentlich erleichtert und gefördert werden, daß dieselben nach der Fassung des gegenwärtigen Gesetzes nicht als ein vollständiger Coder über alle den

statutarischen Anordnungen zugewiesenen Gezeustände ergeben, sondern je nachdem sich gerade bei dem einen oder dem andern im Laufe der Zeit die Veranlassung und das Bedürfnis bietet, durch nach einander folgende Festsetzungen getroffen werden dürfen, deren Zusammentragung nach Zeit und Gelegenheit vorbehalten bleiben kann.

#### VIII.

Nach §§. 82, 83. und 84. der gegenwärtigen Städte-Ordnung erfolgt bei Ausführung derselben keine plötzliche Entlassung und Erneuerung der gegenwärtig vorhandenen Gemeinde-Beamten mit Einschluß der gewählten Ober-Bürgermeister und Bürgermeister.

Es versteht sich jedoch von selbst, daß, insoweit mit etwaiger Einrichtung der städtischen Verfassung ohne collegialischen Gemeinde-Vorstand in Städten von nicht mehr als 2500 Einwohnern nach den besonderen Vorschriften des Titels VIII. die bisherige Stellung von Mitgliedern des Gemeinde-Vorstandes überhaupt unverträglich ist, die durch die Natur der Sache bedingten Veränderungen ohne weiteren Aufenthalt eintreten müssen.

#### IX.

Von Aufsicht wegen ist darauf zu halten, daß die Wahlen der neuen Magistrats-Personen (§§. 31. bis 33. und 72. und 73.) bei Erledigungen durch Ablauf der Dienstzeit in der Regel nicht früher als ein Jahr und nicht später als sechs Monate vor dem Ablaufe, in außerordentlichen Erledigungsfällen aber in Ansehung der Stellen der Bürgermeister, Beigeordneten und übrigen besoldeten Magistrats-Mitglieder sofort vorgenommen werden.

Wegen der außergewöhnlichen Ersatzwahlen bei den Schöffen ist die besondere Vorschrift am Schluß des §. 31. maßgebend.

Die der Regierung zustehende Bestätigung der gewählten Magistrats-Personen (§. 33 Nr. 2.) ist in Ansehung der Bürgermeister und Beigeordneten der Regel nach in der Plenar-Versammlung des Collegii zur Entscheidung zu bringen. Ueberhaupt aber ist bei der Bestätigung der Magistrats-Personen mit der strengsten Gewissenhaftigkeit zu verfahren. Das Recht der Versagung und eventuellen Anordnung einer commissarischen Verwaltung ist in allen Fällen, wo es das Interesse der Communen oder des Staats erheischt, ohne Rücksicht, ob dadurch eine augenblickliche Unzufriedenheit hervorgerufen werden möchte, pflichtmäßig in Ausübung zu bringen.

Eine Behörde, welche ohne die begründete Ueberzeugung, daß der Gewählte den Erfordernissen seiner Stellung als Gemeinde- und Staats-Beamter genügen werde, die Bestätigung ertheilen, oder deren Ertheilung befürworten wollte, würde sich dadurch einer schweren Verantwortlichkeit aussetzen.

Nach Bewandniß der Umstände hat die Regierung zu ermitteln, auf welche Weise die Ueberzeugung von der Befähigung des Gewählten zu erlangen ist. Es kann zu diesem Zwecke nöthigenfalls eine Prüfung von ihr angeordnet werden.

Die Herren Regierungs-Präsidenten haben den Angelegenheiten wegen Bestätigung der Magistrats-Personen ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und nöthigenfalls von der ihnen instructionsmäßig zustehenden Befugniß, Beschlüsse des Collegii zu beanstanden, Gebrauch zu machen.

Die Angabe der Versagungsgründe bei Verweigerung der Bestätigung ist im Gesetze nicht vorgeschrieben, und deshalb darüber nur der vorgesetzten Behörde auf Erfordern Auskunft zu geben.

X.

Bei den Vorschriften des §. 64. über die Normal-Etats, worin ausgesprochen ist, daß hinsichtlich der Bürgermeister und der besoldeten Magistrats-Mitglieder die Festsetzung der Besoldungen in allen Fällen der Genehmigung der Regierung unterliegt, darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Befugniß der Regierung, auch die Gehälter anderer städtischen Beamten zu prüfen und nöthigenfalls auf einen angemessenen Betrag bringen zu lassen, durch die allgemeine Bestimmung in §. 78. gesichert ist.

XI.

Da die Wahl einer Magistrats-Person erst durch die nach §. 33. erforderliche Bestätigung von Seiten des Staats perfect wird, so ist auch, wenn letztere bei einer, nach abgelaufener Wahlperiode vorgenommenen Wiederwahl nicht erfolgt, diese als nicht geschehen zu erachten, und daher die für den Fall der Nichtwiederwahl nach abgelaufener Dienstzeit für die Bürgermeister und besoldeten Mitglieder des Magistrats in §. 65. festgesetzte Pension zu gewähren.

XII.

In §. 56. ist unter Nr. 6. nicht besonders erwähnt, daß bei Anstellung der Gemeinde-Beamten die Versorgungs-Ansprüche der Invaliden berücksichtigt werden müssen. Dies ist, wie die Materialien des Gesetzes ergeben, unterblieben, weil die über die Anstellung der Invaliden vorhandenen gesetzlichen Vorschriften, welche als solche einen integrierenden Theil der Armeeverfassung bilden, nicht aus dem Bereiche der hierüber bestehenden besonderen Gesetzgebung in das Gebiet specieller Communal-Ordnungen haben gezogen werden sollen, vielmehr unabhängig von letzteren, nach wie vor in Anwendung zu bringen sind, wie dies auch bereits der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 gegenüber, welche ebenfalls über die Beachtung der Versorgungs-Ansprüche der Invaliden bei Anstellung der städtischen Gemeinde-Beamten nichts enthält, geschehen ist.

XIII.

Insofern das gegenwärtige Gesetz keine entgegenstehenden ausdrücklichen Bestimmungen enthält, sind

- 1) bei den Geschäfts-Ordnungen, welche die Stadtverordneten-Versammlungen unter Zustimmung des Magistrats nach §. 48. abfassen dürfen, die als Anlage zur Städte-Ordnung vom 19. November 1808 (vergl. §. 128. derselben), oder die als Anhang zur revidirten Städte-Ordnung vom 17. März 1831 (vergl. §. 78. derselben) ergangene Instruction zur Geschäftsführung der Stadtverordneten als Grundlage zu benutzen;
- 2) für den Geschäftsgang bei der städtischen Verwaltung (§. 56. und folg. des gegenwärtigen Gesetzes) die Vorschriften der auf Allerhöchste Anordnung unter der Herrschaft der Städte-Ordnungen von 1808 und 1831 ergangene Instruction für die Stadt-Magistrate in den Provinzen Brandenburg, Pommern,

Preußen, Schlesien, Posen und Sachsen vom 25. Mai 1835 beizubehalten. Diese Instruction enthält in den §§. 4. 20. Nr. 5. 26. bis 31. auch nähere Anordnungen hinsichtlich der Geschäftsverhältnisse der Deputationen und Commissionen.

Für die Kirchen- und Schul-Deputationen, welche sich ihrem Ressortverhältnisse gemäß nicht bloß auf dem Gebiete der eigentlichen Gemeinde-Verwaltung bewegen, bilden die neben den älteren Städte-Ordnungen ergangenen besonderen Bestimmungen fernerhin die leitenden Normen, die auch bei den im §. 59. am Schlusse der statutarischen Anordnungen vorbehaltenen besonderen Festsetzungen über die Zusammen-Setzung der bleibenden Verwaltungs-Deputationen zu beachten sind. Es versteht sich jedoch, daß überhaupt die Zuziehung von Geistlichen und Schulmännern in ihrer Eigenschaft als stimmbfähige Bürger (§. 5.) bei der Bildung von Deputationen zulässig ist, wenngleich sie nach §§. 17. und 30. nicht Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung und des Magistrats sein können.

Zu der Bestimmung in §. 59. des gegenwärtigen Gesetzes, daß auch bloß aus Mitgliedern des Magistrats Deputationen zusammengesetzt werden können, hat das Bedürfnis großer Städte Veranlassung gegeben, behufs der Geschäftsvertheilung ähnliche Einrichtungen zu treffen, wie bei den Regierungs-Collegien durch die Bildung besonderer Abtheilungen bestehen. Es wird daher von jener Vorschrift auch nur in sehr begrenztem Umfange bei hiezu entschieden hervortretendem Bedürfnisse Gebrauch zu machen, und dabei ein sorgfältiges Augenmerk darauf zu richten sein, daß kein unsicherer und schleppender Geschäftsgang entsteht, und die Einwirkung des Bürgermeisters mit voller Verantwortlichkeit auf die gesammte städtische Verwaltung nicht geschwächt werde.

#### XIV.

An die gegenwärtige Städte-Ordnung schließen sich die Vorschriften des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850. Diesem Zusammenhange entsprechen die Bestimmungen des §. 62. über die Geschäfte des Bürgermeisters außerhalb der eigentlichen Communal-Verwaltung und des §. 63. hinsichtlich der ortspolizeilichen Verordnungen. Im Eingange des §. 62. ist unter I. der Vorschrift, daß der Bürgermeister die Handhabung der Ortspolizei, die Berrichtungen eines Hülfsbeamten der gerichtlichen Polizei und die Berrichtungen eines Polizei-Anwalts 2c. zu besorgen habe, die Maßgabe vorangestellt:

„wenn die Handhabung der Ortspolizei nicht Königl. Behörden übertragen ist.“

Es darf nicht unbeachtet bleiben, daß auch für diesen Fall der ausgesonderten Handhabung der Ortspolizei durch Uebertragung an Königl. Behörden (vergl. §. 2. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850) die allgemeine Vorschrift im letzten Alinea des §. 62. der gegenwärtigen Städte-Ordnung, wonach

„einzelne der unter I. und II. erwähnten Geschäfte mit Genehmigung der Regierung einem anderen Magistrats-Mitgliede übertragen werden können,“

Mittel an die Hand giebt, geeignete andere Magistrats-Personen außer dem Bürgermeister mit den erwähnten Berrichtungen eines Hülfsbeamten der gerichtlichen Polizei,

oder eines Polizei-Anwalts, wenn dies sonst durch das Bedürfniß bedingt und angemessen erscheint, zu betrauen.

# XV.

Durch die Vorschriften des §. 52. über die Erhebung des Einzugs-, des Eintritts- und Hausstandsgeldes, sowie des Einkaufsgeldes, sind den Städten Mittel geboten, leichtsinnigen Niederlassungen und dem Andrang des Proletariats, welches sich erfahrungsmäßig vorzüglich den Städten mit guten öffentlichen Anstalten und beträchtlichen Gemeindevorzügen zuwendet, entgegenzuwirken, Vergütungen für die durch letztere gewährten Vortheile sich zu sichern, insbesondere auch die Verluste, welche durch den Wegfall der nach den älteren Städteverfassungen üblichen Bürgerrechtsgelder entstehen, zu decken. Andererseits soll jedoch dafür, daß die bezeichneten Abgaben in einer den Lokal-Verhältnissen entsprechenden Weise festgestellt werden, und die Freizügigkeit keine in jenen nicht motivirte, für die allgemeinen Interessen nachtheiligen Beschränkungen erleidet, durch die Bestimmung, daß alle derartigen Gemeinde-Beschlüsse der Bestätigung der Regierung bedürfen, die erforderliche Bürgschaft gewährt werden.

Wenn hienach dem eigenen Ermessen der Regierung bei Würdigung der allgemeinen und lokalen Bestimmungsgründe für die Normirung der Höhe der Beträge dieser städtischen Abgaben vertraut wird, so werden doch folgende leitende Momente zur Beachtung empfohlen:

Es ist bei Bemessung der Beträge des Einzugsgeldes, so wie des Eintritts- oder Hausstandsgeldes eine spezielle Abwägung und Vergleichung der Vortheile, welche der Aufenthalt in den Städten gewährt, nicht entscheidend. Zur richtigen Beurtheilung wird es dienen, wenn die Höhe der bis jetzt beständigen ähnlichen Abgaben, ferner die Prüfung der Frage nicht außer Acht gelassen wird, ob die Einkünfte des Gemeinde-Vermögens, nach Abzug der etwa zur Verzinsung und zur planmäßigen Abbildung der Schulden erforderlichen Beiträge, im Durchschnitt einen Ueberschuß gewähren, aus welchem ein erheblicher Theil der Kommunal-Bedürfnisse bestritten werden kann, und wenn in Betracht gezogen wird, ob Gemeinde-Anstalten bestehen, welche aus eigenem Vermögen hilfsbedürftigen Einwohnern Unterstützungen gewähren.

In denjenigen Städten, wo die Einführung der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 bereits beendet worden, werden die etwa schon über diesen Gegenstand nach §. 46. der letztern stattgefundenen Verhandlungen eine entsprechende Berücksichtigung finden können.

Insofern das Eintritts- oder Hausstandsgeld, welches sowohl von Neuangehenden, als von denen, welche der Gemeinde bereits angehörig sind, bei der Begründung eines eigenen Hausstandes gefordert werden kann, gewissermaßen als Surrogat der früheren Bürgerrechtsgelder erscheint, ist bei Feststellung der Beträge des Eintritts- oder Hausstandsgeldes auch die früher übliche Höhe der Bürgerrechtsgelder zu beachten.

Bei Einführung eines besonderen Einzugsgeldes, von dessen Entrichtung überhaupt die Niederlassung in der Gemeinde abhängig gemacht werden kann, muß auch

der Umstand in Betracht kommen, daß die Landgemeinden nicht in der Lage sind, durch Einführung einer ähnlichen Abgabe eine gewisse Reciprocität gegen die Städte zu üben. Es wird sich daher empfehlen, dergleichen Einzugselder in mäßigen Beträgen zu genehmigen, um in Erwartung der weiteren Entwicklung der Geseßgebung über das ländliche Gemeinwesen, zu seiner Zeit, unter Mitberücksichtigung derselben, die weiteren Anordnungen treffen zu können.

Die besondere Bestimmung, daß Beamte, welche in Folge dienstlicher Versetzung ihren Aufenthalt im Stadtbereich nehmen, zur Entrichtung des Einzugs- und Hausstandsgeldes nicht verbunden sind, bezieht sich hinsichtlich der Entrichtung des Hausstandsgeldes nach den Materialien des Gesetzes auch auf den Fall, wenn Beamte nicht sogleich bei der Uebersiedelung, sondern erst nach längerem Aufenthalt einen Hausstand gründen.

Die Entrichtung einer jährlichen Abgabe oder eines Einkaufsgeldes für die Theilnahme an den Gemeindefugungen kann nur nach den vorhandenen einzelnen Arten der im §. 50. Nr. 4. bezeichneten Nutzungen denjenigen, welche daran wirklich Theil nehmen, als ein entsprechendes Aequivalent auferlegt werden.

## XVI.

Die Aufsicht des Staats über die städtischen Gemeinde-Angelegenheiten, welche nach §. 76. der Regierung und in höherer Instanz dem Ober-Präsidenten zusteht, ist in Gemäßheit der Instructionen vom 23. October 1817 und 31. December 1825 (Gesetz-Sammlung 1817, Seite 248., und 1826, Seite 1. und 5. auszuüben.

Die Regierung kann, insoweit ihr nicht ausdrücklich die Entscheidung oder Genehmigung in einzelnen Paragraphen der gegenwärtigen Städte-Ordnung, namentlich §§. 2. 11. 15. 20. 21. 27. 33. 36. 44. 50. 51. 52. 53. 54. 57. 62. 64. 65. 72. 73. 77. 78., vorbehalten ist, den Landrathen, als ihren beständigen Commissarien, nach Bedürfnis eine Mitwirkung bei Ausübung der Aufsicht über die Communal-Angelegenheiten derjenigen Städte, welche keine eigenen Kreise bilden, auftragen.

Zu dauernden Einrichtungen, welche in letzterer Beziehung die Regierung zu treffen beabsichtigt, ist zuvor, durch Vermittelung des Ober-Präsidenten, meine Genehmigung einzuholen.

Im Allgemeinen bestimme ich jedoch, daß die Berichte, welche von den Gemeinde-Behörden in Städten von nicht mehr als 10,000 Einwohnern an die Regierung zu erstatten sind, auch dann, wenn dem Landrathe sonst eine regelmäßige Mitwirkung bei der Aufsicht über die städtischen Gemeinde-Angelegenheiten nicht besonders übertragen ist, durch Vermittelung des Landraths und mit seinen etwaigen Bemerkungen begleitet, an die Regierung befordret werden.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß alle Städte, welche keine eigenen Kreise bilden, auf Grund der Verordnung vom 30. April 1815 (Ges. Sammlung Seite 85.) der Polizei-Aufsicht des Landraths unterworfen bleiben.

Es wird den Regierungen überlassen, in einzelnen Fällen besondere Commissarien zum Zweck der Ausführung der gegenwärtigen Städte-Ordnung zu ernennen.

Die Ober-Präsidenten haben die Geschäfte wegen Ausführung der gegenwärtigen Städte-Ordnung zu leiten, und alle zwei Monate über den Stand der Angelegenheit zu berichten.

Schließlich bleibt eine besondere Instruction der Regierungen über Ausführung des §. 53. des Gesetzes, die Gemeinde-Auslagen betreffend, vorbehalten.

Berlin, den 20 Juni 1853.

Der Minister des Innern.  
gez. v. Westphalen.

Nachdem in dem zum Herzogthum Braunschweig gehörigen Harz-Leine-Districte, welcher bisher vom freien Verkehr mit dem Zollvereine ausgeschlossen geblieben war, seit mehreren Monaten der Vereine-Zolltarif eingeführt worden ist, erscheint es zulässig, zwischen dem gedachten Districte und den übrigen Theilen des Zollvereins den freien Verkehr herzustellen. Nach einer Vereinbarung unter den Regierungen der Zollvereins-Staaten wird diese Ausdehnung des freien Verkehrs mit dem 15. d. M. eintreten, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Berlin, den 11. August 1853.

Der Finanz-Minister.  
von Bodelschwingh.

Nr. 598.  
Verkehrsfrei-  
heit zwischen  
dem zum Her-  
zogthume  
Braunschweig  
gehörigen Harz-  
Leine-Districte  
und den übrigen  
Theilen des  
Zollvereins.

Nachdem das Hypothekenbuch über folgende Grundstücke, als:

- a) über das dem Johann Traugott Werner zuständige Wohnhaus in Pöbsten Nr. 32. (34. Cat.); b) über das an den Häcker Fischerschen Erben in der Mark Repitz zu-  
stehende Hopfstück Nr. 78.; c) über die den Friedrich Buche, Carl Wilhelm Andraß  
und David Zwanzig antheilig zugehörige Wiese in der Annaburger Flur Nr. 447.,  
und d) den dem Windmüller Bretschneider zugehörigen Weinberg in Cüptiger Flur  
Nr. 67.,

vollendet und daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte in Gemäßheit § 10. der Ver-  
ordnung vom 16. Juni 1820 lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Land-  
rechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu bestimmen ist, so  
bringen wir das hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Torgau, den 7. Juni 1853.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

Die Hypothekentabellen über ein von der Stadtkommune zu Eönnern dem Kauf-  
mann Friedrich Penne hier verkaufte, in hiesiger Feldmark zwischen der Trebnitzer  
Breite und einem Kommunalackerstücke belegenes Kommunfeld von 100 MR. Flächen-  
gehalt, sowie über ein in hiesiger Flur belegenes, von der Stadtkommune hieselbst der  
Frau Kaufmann Penne, Marie Dorothee geb. Wittsack, tauschweise überlassenes  
Grundstück von 1½ Magdeburger Morgen an der Braunschweiger Straße sind ent-  
worfen und können innerhalb zweier Monate, vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser

Nr. 599.  
Hypotheken-  
Sachen.

Nr. 600.  
Hypotheken-  
Sachen.

Bekanntmachung ab, in unserer Registratur eingesehen werden und etwaige Einwendungen dagegen angebracht werden. Spätere Einwendungen sind unzulässig.

Cönnern, den 19. Juli 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

- Nr. 601. Dem Droschkenbesitzer N. Meyer zu Berlin ist unter dem 31. Mai c. ein Patent auf eine Vorrichtung zur Kontrolirung der Droschkenkutscher, soweit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

### P e r s o n a l - C h r o n i k .

- Nr. 602. Der Bürgermeister Martins zu Eisleben ist zum Polizei-Anwalt für den Stadtbezirk des dasigen Königl. Kreisgerichts interimistisch ernannt worden.
- Nr. 603. Die Schul- und Küsterstelle in Zabenstedt, Ephorie Gerbstädt, Königlichen Patronats, ist durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers erledigt, auch deren Wiederbesetzung bereits eingeleitet.
- Nr. 604. Die erledigte evangelische Diaconatsstelle zu Lützen, in der Dices Lützen, ist dem bisherigen Hülfsprediger zu Halle, Wilhelm Ludwig Puppendorf, verliehen worden. Ueber die dadurch vacant gewordene Hülfspredigerstelle zu Halle ist bereits disponirt.
- Nr. 605. Zu der erledigten evangelischen Diaconatsstelle zu Weissenfee, in der Dices Weissenfee, ist der bisherige Predigtamts-Candidat Julius Moritz Alexander Grohmann berufen und bestätigt worden.
- Nr. 606. Die erledigte evangelische Pfarradjunctur zu Gerstewitz, in der Dices Weissenfels, ist dem bisherigen Predigtamts-Candidaten Ernst Gotthilf Thoma verliehen worden.
- Nr. 607. Die erledigte evangelisch-reformirte Predigerstelle zu Aschersleben, in der Dices Aschersleben, ist dem bisherigen Pfarrer zu Gr. Schierstedt, Maximilian Ludwig Guischar, verliehen worden. Patron der dadurch vacant gewordenen Pfarrstelle zu Gr. Schierstedt ist der Magistrat zu Aschersleben, welcher über dieselbe bereits disponirt hat.
- Nr. 608. Für die Stadt Freyburg sind auf die Jahre 1853 bis 1855 der Schnittwaarenhändler Brohmer daselbst zum Schiedsmann und der Maurermeister Kneisel daselbst zum Stellvertreter gewählt und als solche gehörig verpflichtet worden.
- Nr. 609. Der Postconducteur Johann Friedrich Christoph Braune des Halle-Nordhaufener Courses ist aus dem Postdienste entlassen worden.

Druck von E. Zurf (sonst Robitzsch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königlichen Regierung.



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

## 34. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 27. August 1853.

Das 41. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 3811. Statut des Saupfischen-Schützberger Deichverbandes. Vom 6. Juli 1853.

Nr. 3812. Allerhöchster Erlaß vom 6. Juli 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Tempelburg bis zur Dramburger Kreisgrenze in der Richtung auf Falkenburg, und von Tempelburg über Bärwalde nach Publig, sowie von Neustettin nach Publig.

Nr. 3813. Allerhöchster Erlaß vom 13. Juli 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum chausseemäßigen Ausbau der Straße von Züllichau über Grünberg, Raumburg a. P. und Christianstadt nach Sorau.

Das 42. Stück der Gesetz-Sammlung:

Nr. 3814. Allerhöchster Erlaß vom 19. Juli 1853, betreffend den Bau der Eisenbahnen von Münster über Rheine bis zur Hannoverschen Landesgrenze in der Richtung auf Eingen, sowie von Rheine nach Denabrück.

Zu Nr. 3814 a. Vertrag zwischen Preußen und Hannover über die Anlage von Eisenbahnen von Emden nach Münster und von der Köln-Mindener Eisenbahn in der Gegend von Ebbne über Denabrück zur königlich niederländischen Grenze. Vom 3. März 1846.

Zu Nr. 3814 b. Vertrag zwischen Preußen und Hannover, betreffend die Ausführung der Eisenbahnen von Emden nach Münster und von der Köln-Mindener Eisenbahn über Denabrück und Rheine bis zur königlich niederländischen Grenze. Vom 27. Januar 1852.

Nr. 3815. Allerhöchster Erlaß vom 30. Juli 1853, betreffend den Bau der Denabrück-Ebbner Eisenbahn im Bereiche des preussischen Staatsgebiets.

Der Ausgang der niederen Jagd für sämtliche Kreise unseres Verwaltungsbezirks wird hiermit auf den 1. September cr. festgesetzt.

Merseburg, den 19. August 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 610.

Nr. 611.

Den Anfang der niederen Jagd betr.

Nr. 612.

Die Ablösung  
von Geld- und  
Natural-  
Prästationen  
betr.

Zur Ermittlung unbekannter Interessenten und zur Feststellung der Legitimation werden nachstehende, bei der unterzeichneten königlichen Regierung in deren Verwaltungsbezirke anhängige Aueinandersezungen:

- 1) die Ablösung der dem Rentamte Rittersfeld von Grundstücken des Gemeindebezirks Rittersfeld und der Marken Pomlin und Wörlitz,
- 2) die Ablösung der dem Rentamte Merseburg von Grundstücken der Gemeindeverbände Döhlen, Gaja, Dörrau, Kleingörschen, Lennewitz, Rätz, Staarsiedel und Schkeitbar,
- 3) die Ablösung der dem Rentamte Freyburg-Ort aus dem Gemeindebezirke Rehhausen,
- 4) die Ablösung der dem Rentamte Zeitz von Grundstücken des Gemeindebezirks Lonza,
- 5) die Ablösung der dem Rentamte Cisleben aus den Gemeindebezirken Rothenschirnbach und Groß- und Kleinofterhausen,
- 6) die Ablösung der dem Rentamte Sangerhausen von Grundstücken des Gemeindebezirks Obersdorf,
- 7) die Ablösung der den Gemeindegliedern zu Jüdenberg vom Domainenamt Etzschwalde,
- 8) die Ablösung der dem Rentamte Bittenberg von Grundstücken der Gemeindeverbände Marzahn, Schwabed und von den Parzellen des dismembrirten Ahleischen Hufengutes zu Eerhausen,

zusiehenden Geld- und Natural-Prästationen  
hiermit öffentlich bekannt gemacht. Alle diejenigen, welche bei diesen Aueinandersezungen ein Interesse zu haben vermeinen und zu dem Verfahren bisher nicht zugezogen sind, werden aufgefordert, sich spätestens zu den auf

den 26. September d. J., Vormittags 11 Uhr,

- ad 1. im Rentamte zu Rittersfeld,
- ad 2. im hiesigen Rentamte,
- ad 3. im Rentamte zu Freyburg,
- ad 4. im Rentamte zu Zeitz,
- ad 5. im Rentamte zu Cisleben,
- ad 6. im Rentamte zu Sangerhausen,
- ad 7. im Rentamte zu Gräfenhainichen,
- ad 8. im Geschäftsbureau des Regulirungs-Commissarius Hesse zu Bittenberg, Mittelgasse Nr. 156,

anberaumten Terminen zu melden, widrigenfalls sie die Aueinandersezungen, sowie alles das, was mit den bisher aufgetretenen Inhabern der betreffenden Grundstücke festgestellt worden ist, selbst im Fall einer Verletzung gegen sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können.

Merseburg, den 6. August 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Bei Abnahme der Rechnung über den Domainen-Feuerschäden-Hauptfonds für die Provinzen Brandenburg, Pommern und Sachsen pro 1. Mai 1833 ist am 22. Juni d. J. die Erhebung extraordinärer Beiträge für das laufende Rechnungsjahr und zwar auf Höhe der alljährlich am 1. Mai fälligen fixirten Beiträge in der Art beschlossen worden, daß die Hälfte derselben am 1. December d. J. gleichzeitig mit der dann fälligen fixirten Beitrags-Erhöhung und die andere Hälfte am 1. Februar l. J. eingezahlt werden soll.

Demgemäß werden sämtliche Domainenbeamte und Pächter von Domainen und sonstigen Etablissements im diesigen Regierungsbezirke, welche Theilnehmer an dem Domainen-Feuerschäden-Versicherungs Vereine sind, aufgefordert, diese Beiträge bis zu den genannten Tagen an unsere Hauptkasse hieselbst einzuzahlen.

Bemerkt wird hierbei noch, daß die Beiträge im laufenden Jahre nunmehr

a) fixirt

1) am 1. Mai d. J. resp. 2 Sgr. und 3 Sgr. für 100 Thlr. der I. und II. Klasse der Versicherungssummen,

2) am 1. December d. J. resp. 1 Sgr. und 1½ Sgr.;

b) extraordinair

3) am 1. December d. J. resp. 1 Sgr. und 1½ Sgr.,

4) am 1. Februar l. J. ebenfalls 1 Sgr. und 1½ Sgr.,

im Ganzen also resp. 5 Sgr. für 100 Thlr. Versicherungssumme der I. Klasse und 7½ Sgr. für 100 Thlr. der II. Klasse betragen. Merseburg, den 15. August 1833.

Königliche Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Die II. Serie Zins-Coupons zu den von uns bisher ausgegebenen Schuldverschreibungen läuft mit dem 31. December d. J. ab.

Nach §. 8 des Reglements vom 9. April 1845 — Gesetzsammlung Seite 410. — und §. 19. und 20. der Geschäftsanweisung vom 7. Juni 1845 — Amtsblatt der Königl. Regierung zu Erfurt Nr. 43. — ist der Inhaber des letzten — vierten — Coupons der II Serie zur Empfangnahme der nächstfolgenden Serie von Coupons berechtigt, wenn nicht dagegen vor dem Fälligkeitstermine desselben — 31. December c — vom Inhaber der Schuldverschreibung bei der Direction der Tilgungskasse schriftlich Widerspruch erhoben worden ist.

Die Inhaber der letzten Coupons der II Serie werden hierdurch aufgefordert, bei Realisirung der am 31. December d. J. fälligen Zins-Coupons der betreffenden Königl. Kreiskasse ein Verzeichniß derselben in duplo zu übergeben.

Das Schema, wonach diese Verzeichnisse aufzustellen sind, ist bei jeder Kreiskasse der Provinz Sachsen vorrätzig.

Die Königl. Kreiskassen werden ersucht, die Richtigkeit und Vollständigkeit der ihnen mit den Zins-Coupons zugehenden Verzeichnisse nach den ebengedachten Formularen zu prüfen, und dieselben event. vervollständigen zu lassen, demnächst das eine Exemplar den Interessenten als Interimskquittung zurückzugeben, das andere aber mit den eingelieferten Zins-Coupons an die betreffende Regierungs-Hauptkasse einzusenden.

Nr. 613.  
Die Einzah-  
lung extraordi-  
närer Bei-  
träge zum  
Domainen-  
Feuerschäden-  
Fonds pro  
1. Mai 1833  
bis dab'n 1836  
betr.

Nr. 614.  
Die Austrei-  
bung der  
III. Serie Zins-  
Coupons zu den  
Schuldverschrei-  
bungen der  
Kreiskassen  
Tilgungskasse  
betr.

Wir werden sodann auf Grund dieser uns von den Regierungen-Hauptkassen zu-  
gehenden Verzeichnisse die III Coupons-Serie an die behörige Specialkasse zur weiteren  
Aushändigung an die Empfangsberechtigten übersenden.

Heiligenstadt, den 3. Juli 1853.

Königl. Direction der Eichsfeldischen Tilgungskasse.

Nr. 615. Den Interessenten der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät wird hierdurch  
Das 17. Aus- bekannt gemacht, daß heute das 17. Ausschreiben erlassen und zur Dedung der Ausgaben  
scheiden der seit dem 1. Januar d. J. der Beitrag von 100 Thlr. des reducirten Beitrags Capitals  
Magdeburger auf 5 Sgr. festgesetzt worden ist, welches auf die volle Versicherungssumme von je  
Land-Feuer- Societät betr. 100 Thlr.

in 1. Klasse . . . . . 2 Sgr.,  
" 2. " . . . . . 3 "  
" 3. " . . . . . 4 "

beträgt.

Außerdem ist von den im Laufe des verfloßenen halben Jahres genehmigten  
Interims-Versicherungen gleichfalls der volle Beitrag nach dem Reductions Verhält-  
niß zu entrichten, sowie auch die der Societät mit dem 1. Januar c. neubeitretenen  
Interessenten von jedem 100 Thlr. ihrer vollen Versicherungssumme 2 Sgr. Eintritts-  
geld zu erlegen haben.

Der Betrag der von jedem Orte aufzubringenden Beitragssumme und des Ein-  
trittsgeldes wird durch die betr. Kreis- Direction repartirt und einverfordert werden,  
und ist binnen 4 Wochen, nachdem dies geschehen, an die betr. Kreis- Recepturkasse der  
Societät in Preuß. Courant abzuliefern.

Die Verwendung der Beiträge wird den Interessenten demnächst, nach Abnahme  
der Societät's. Jahresrechnung, mittelst eines Extracts aus derselben durch die Amts-  
blätter nachgewiesen werden.

Altenhausen, den 30. Juni 1853.

Der General-Director der Magdeburg. Land-Feuer-Societät  
Graf von der Schulenburg.

Nr. 616. Von dem früher dem Gottlieb Zwider, jetzt dem Benjamin Zwider gebhörigen  
Hypotheken- neuerbauten Wohnhause auf den Weinbergen bei Jessen Nr. 404 cat ist die Hypo-  
Eachen. theken-tabelle fertig und kann während 2 Monate, vom achten Tage nach Insertion die-  
ser Bekanntmachung in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Erinnerungen  
dagegen können nicht berücksichtigt werden.

Jessen, den 30. Juni 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 1 Bogen stark, für den Sanger-  
häuser Landrätlichen Kreis.

Druck von C. Jurs (sonst Robisch'schen Erben) in Weisburg, und herausgegeben  
und verlegt im Amtsblatts-Bureau der königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**35. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 3. September 1853.

Das 43. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

- Nr. 3816. Vertrag zwischen Preußen und anderen Staaten des Deutschen Bundes einerseits und den Vereinigten Staaten von Nordamerika andererseits wegen der in gewissen Fällen zu gewährenden Auslieferung der vor der Justiz flüchtigen Verbrecher. Vom 16. Juni 1852. Nebst Additional-Artikel vom 16. November 1852.
- Nr. 3817. Allerhöchster Erlaß vom 13. Juli 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum Bau und zur Unterhaltung einer Gemeindegasse von der Staatsstraße in Sondershausen über Hellefeld bis zur Provinzial-Wennewitzstraße bei Olpe.

Nr. 617.

## Verordnung und Warnung

in Beziehung auf die am 5. und 6. September d. J. zwischen Kanna und Lunsfeld stattfindenden großen Truppenbewegungen.

I. Parade am 5. September cr.

Der Paradeplatz erstreckt sich vom Bataillenbaum bis zum Janushügel, Front gegen Kanna.

Derselbe darf von Niemand, als den Truppen betreten werden, und wird vom frühen Morgen an militärisch besetzt sein.

Die Parade findet voraussichtlich um 10 Uhr Vormittags statt.

Die Zuschauer, welche sich zu Wagen nach dem Paradeplatz begeben, fahren auf der Weissenfelder Chaussee bis zum grünen Baumchen, dann auf dem Wege zum Janushügel, wo sie links abbiegen, und, nach Anweisung der dort haltenden Gendarmen, hinter der ersten Aufstellung der Art auffahren, daß die Pferde gegen Lunsfeld, die Wagen gegen Kanna gekehrt sind.

Die Straße von Merseburg nach Kanna wird an diesem Tage so stark für militärische Zwecke benutzt, daß deren Befahrung von Privatfuhrwerk große Schwierigkeiten, ja selbst Gefahren finden dürfte. Es werden deshalb alle Wagen, welche nicht zur königlichen Hofhaltung oder den Truppen gehören oder für den örtlichen Verkehr dienen, von derselben weggewiesen werden.

Nr. 618.

Die am 5. und 6. Septbr. d. J. zwischen Kanna und Lunsfeld stattfindenden großen Truppenbewegungen.

Dem Publikum, welches zu Fuß geht, wird die nördliche Seite des Paradeplatzes angewiesen:

Sobald Se. Majestät der König die Front heruntergeritten, findet der Vorbeimarsch statt, in der Richtung vom Janushügel nach dem Bataillenbaum, dicht vor der Front der ursprünglichen Aufstellung der Infanterie.

Das Nachdrängen hinter den abmarschirenden Truppen wird streng untersagt, ebenso die Betretung des durch Pioniere umstellten Paradeplatzes.

Die Seite des Paradeplatzes nach dem Bataillenbaum muß vollständig frei bleiben.

Das Zurückfahren der Wagen erfolgt auf dieselbe Weise wie die Hinfahrt.

II. Corps. Mandvcr am 6. September cr.

Dasselbe beginnt in der Gegend von Lunsfeldt.

Die Truppen stellen sich nahe am Bataillenbaum auf, dehnen sich dann bis zum Janushügel aus und rücken sämmtlich in der Richtung von Reichardtswerben vor.

Die Richtung nach dem Janushügel muß ganz frei gehalten werden, da die Kavallerie sich dorthin in rascher Ganganart bewegt.

Sobald die Truppen von der Höhe herabgerückt sind, können die Zuschauer dort, als demjenigen Standpunkte Platz nehmen, von welchem aus das Mandvcr am besten zu übersehen ist:

Alle Wagenführer und Fußgänger werden ausdrücklich verwarnt, sich in die Ebene zwischen dem Janushügel, der Reichenfelder Straße, Reichardtswerben und Lunsfeldt einzudrängen, indem große Kavalleriemassen in den schnellsten Ganganarten sich dort bewegen werden, und mithin für jeden Eindringling Lebensgefahr entsteht.

Wir erwarten von dem guten Geiste der Zuschauer, daß sie sich den vorstehend getroffenen Anordnungen und der Anweisung der zu der Durchführung thätigen Militäirpersonen, Gendarmen und Polizeibeamten fügen und so die Aufrechterhaltung der Ordnung unterstützen werden. Im entgegengesetzten Falle hat jeder es sich selbst zuzuschreiben, wenn er nachdrücklich zurechtgewiesen, nach den Umständen verhaftet und entfernt wird, oder in eine Lage geräth, in welcher die Möglichkeit aufhört, ihn vor Unglück zu schützen.

Merseburg, den 28. August 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 619.

Vollstän-  
dige Be-  
kann-  
schaft, des  
Passiren der  
Pontonbrücken  
bei der Henne,  
bei Dölitz und  
bei Schönbürg  
in der Zeit vom  
1. bis 12. Sep-  
tember d. J.  
betr.

Nach einer Mittheilung des Königlich General-Commandos des 4. Armeecorps wird am 1. September d. J. Abends eine Pontonbrücke über die Saale und zwar an der Henne nördlich Naumburg geschlagen werden, welche bis zum 11. September d. J. stehen bleiben wird. Außerdem wird an demselben Tage Abends eine zweite Pontonbrücke bei Dölitz an der Rippach über die Saale geschlagen werden, welche hier schon am 2. September d. J. wieder abgebrochen und am 5. dess. M. bei Schönbürg wieder eingefahren wird, woselbst sie bis zum 11. Morgens stehen bleiben soll.

Zur Vermeidung von Unglücksfällen und um jede Störung der Truppenbewegungen während des bevorstehenden Mandvcs von vorn herein zu beseitigen, bestimmen wir hierdurch in Gemäßheit des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850, Ges. S. Seite 265., Folgendes:

- 1) vom 1. bis 12. September d. J. müssen alle die Brücke an der Henne zu Thal passirende Schiffe und Flöße 600 Schritt oberhalb an der dazu bezeichneten Haltestelle anlegen und dort das Oeffnen der Brücke abwarten, ebenso vom 1. bis 3. September oberhalb Delitz und vom 5. bis 11. September oberhalb Schönburg.
  - 2) Fahrzeuge von mehr als 40 Ctr. Gewicht dürfen beide Brücken nicht passiren, auch Frachtwagen von großer Breite sind vom Befahren der Brücken ausgeschlossen.
  - 3) Jedes Zuwiderhandeln gegen diese Bestimmungen wird mit einer Polizeistrafe von Drei bis Zehn Thaler bestraft werden.
- Merseburg, den 28. August 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Das mit der Kreisthierarzstelle des Liebenwerdaer Kreises verbundene jährliche Gehalt ist von 50 auf 100 Thlr. erhöht worden. Der Kreisthierarzt des gedachten Kreises soll künftig in der Stadt Mühlberg seinen Wohnsitz nehmen.

Zur Vervollständigung der Amtsblatts-Bekanntmachung vom 4. v. M. wird dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 20. August 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Die alle drei Rubriken umfassende Hypothekentabelle über das im Dorfe Dörsch belegene, dem Handarbeiter Melchior Veier gehörige, sub Nr. 30. des Hypothekenbuchs von Dörsch eingetragene Bohnhaus nebst Zubehör ist fertig und liegt innerhalb 2 Monaten, vom Tage der Insertion dieser Bekanntmachung an gerechnet, in unserer Registratur zur Einsicht offen. Spätere Erinnerungen sind unzulässig.

Lützen, den 23. Februar 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission I. Bezirks.

Die nach unserer Bekanntmachung vom 6. October 1852 (sfr. Beilage zum 5. Stück Merseburger Amtsblatt de 1853) ausgelegte Hypothekentabelle, flur Großlehna, ist nunmehr in das Hypothekenbuch übertragen und ist daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte in Betreff dieser Grundstücke von jetzt ab lediglich nach dem Allgemeinen Landrechte, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen.

Lützen, den 13. April 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission I. Bezirks.

## P e r s o n a l - C h r o n i k .

Die vierte Knabenlehrerstelle an der Stadtschule zu Querfurt, Privat-Patro- nats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Der Königliche Förster Ernst zu Forkhaus Breske ist vom 1. October c. ab in gleicher Eigenschaft nach Jüdenberg, der Oberförsterei Rothelshaus, versetzt worden.

Nr. 620.  
Das Gehalt  
des Kreisthier-  
arztes in  
Liebenwerda  
betr.

Nr. 621.  
Hypotheken-  
Sachen.

Nr. 622.  
Hypotheken-  
Sachen.

Nr. 623.

Nr. 624.

- Nr. 625. Der Königl.iche Förster Ritz zu Jüdenberg ist vom 1. October d. J. ab in gleicher Eigenschaft nach Ellerborn, der Oberförsterei Rothhaus, versetzt worden.
- Nr. 626. Des Königs Majestät haben allergnädigst geruht, dem Pfarrer Abel zu Grossmonra, in der Diöces Heldrungen, den rothen Adler-Orden 4r Klasse mit dem Abzeichen für 50 jährige Dienstzeit zu verleihen.
- Nr. 627. Durch das am 28. Juli d. J. erfolgte Ableben des Pfarrers und Superintendenten D. Hahn ist das Pfarramt zu Bleicherode vacant geworden. Dasselbe ist Königlichem Patronat.
- Nr. 628. Durch das am 5. August c. erfolgte Ableben ihres bisherigen Inhabers ist die unter Königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Cosßdorf, in der Diöces Liebenwerda, vacant geworden.
- Nr. 629. Die unter Königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Rahnsdorf, in der Diöces Zabna, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.
- Nr. 630. Durch die Berufung des Pfarrers Kyritz in das Pfarramt zu Hohen-Lübbichau wird die Pfarrstelle zu Herßsdorf, in der Diöces Mansfeld, vacant. Dieselbe ist Königlichem Patronat.
- Nr. 631. Die Oberpredigerstelle in Neuhaldenleben, in der Diöces gleichen Namens, ist durch das Ableben ihres Inhabers erledigt. Patron derselben ist der Magistrat zu Neuhaldenleben.
- Nr. 632. Der Pfarrer Bernegger zu Zhlwitz, in der Diöces Gerbstedt, tritt am 1. October d. J. in den Ruhestand. Die Pfarrstelle zu Zhlwitz ist Königlichem Patronat.
- Nr. 633. Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Groppendorf, in der Diöces Bornstedt, ist der bisherige Predigamt-Candidat Otto Albert Theodor Hoffbauer berufen und bestätigt worden.
- Nr. 634. Zu der erledigten evangelischen Diaconatsstelle zu Wiehe und Pfarrstelle zu Garnaßbach, in der Diöces Artern, ist der bisherige Predigamt-Candidat Traugott Adolph Christoph Michael Erbe berufen und bestätigt worden.
- Nr. 635. Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Zimmern supra, in der Diöces Erfurt, ist dem bisherigen Pfarrer zu Rohrborn, in derselben Diöces, Tobias Christian Rube, verliehen worden. Patron der dadurch vacant gewordenen Pfarrstelle zu Rohrborn ist der Magistrat zu Erfurt.
- Nr. 636. Der seitherige Protocollführer Oscar August Christian Bartholomäus Oster-tun ist in Folge nachgewiesener Qualifikation zum Oekonomie-Commissionsgehilfen ernannt und der Special-Commission in Eilenburg beigeordnet worden.

Druck von E. Jurs (sonst Kobitzschens Erben) in Merseburg, und herausgegeben  
und verlegt im Amtsblatt-Bureau der Königl.ichen Regierung.



# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**36. Stück.**

---

Ausgegeben zu Merseburg den 10. September 1853.

---

Das 44. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 637.

- Nr. 3818. Tarif, nach welchem die Abgabe für die Benutzung der Kanäle und Schleusen zwischen den oberländischen Seen in Ostpreußen, und zwar zwischen den Orten Osterode, Deutsch Eylau, Saalfeld, Liebenmühl und Hoffnungsburg zu erheben ist. Vom 19. Juli 1853.
- Nr. 3819. Allerhöchster Erlaß vom 19. Juli 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Möckow — an der Greifswald-Anclamer Chaussee — durch Güglow nach Jarmen.
- Nr. 3820. Allerhöchster Erlaß vom 19. Juli 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Züllichau nach Schwiebus Seitens des Züllichau-Schwiebuser Kreises.
- Nr. 3821. Allerhöchster Erlaß vom 30. Juli 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für die Chausseen 1) von Pollnow nach Carwig, 2) einer Abzweigung von dieser Straße bei Buserwig nach Schlawa, 3) einer zweiten Abzweigung von derselben Straße bei Trangen nach Treten und 4) von Rügenwalde nach der Stolper Kreisgrenze in der Richtung auf Stolpmünde.
- Nr. 3822. Allerhöchster Erlaß vom 30. Juli 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Straße von Reichenbach nach Büstewalterdsdorf und Hausdorf.
- Nr. 3823. Allerhöchster Erlaß vom 6. August 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte für den Bau der Chaussee von der Kluppiner Kreisgrenze bei Badingen über Zehdenick und Templin bis zur Berlin-Prenzlauer Chaussee.
- Nr. 3824. Bekanntmachung über die unterm 30. Juli 1853 erfolgte Bestätigung des Statuts des Actienvereins zum chausseemäßigen Ausbau der Straße von Reichenbach über Peterswaldau, Büstewalterdsdorf und Hausdorf zum Anschlusse an die Schweidnitz-Tannhausener Kunststraße. Vom 12. August 1853.

Das 45. Stück der Gesetz-Sammlung:

Nr. 3825. Allerhöchster Erlaß vom 24. Mai 1853, betreffend die Genehmigung der Ausdehnung des Unternehmens der Wilhelmsbahn-Gesellschaft auf die Herstellung und Benutzung zweier Zweigbahnen resp. von Rendza nach Trabütte und von Ratibor nach Leobschütz, unter gleichzeitiger Bewilligung des Expropriationsrechts.

Nr. 3826. Bestätigungs-Urkunde, betreffend den dritten Nachtrag zu dem Statute der Wilhelmsbahn-Gesellschaft. Vom 9. August 1853.

Nr. 3827. Privilegium wegen Ausgabe von 2,100,000 Rthlr. auf den Inhaber lautender Prioritäts-Obligationen der Wilhelmsbahn-Gesellschaft. Vom 9. August 1853.

Das 46. Stück der Gesetz-Sammlung:

Nr. 3828. Statut des Rämpiz-Aurither Deichverbandes. Vom 30. Juli 1853.

Nr. 638.

Das Erlißchen der Mitgliedschaft bei der Militair-Wittwen-Pensionirungs-Societät betr.

Es wird hierdurch in Erinnerung gebracht:

daß nach den für die Militair-Wittwen-Pensionirungs-Societät bestehenden Vorschriften kein Interessent dieser Societät, welcher in den Dienst eines fremden Staates übertritt, Mitglied derselben bleiben kann, und daß daher in solchen Fällen mit dem Monate, in welchem der Uebertritt in den fremden Dienst erfolgt, das Ausscheiden aus der Societät unbedingt stattfindet.

Berlin, den 20. August 1853.

Kriegs-Ministerium. Militair-Öconomie-Departement.

Nr. 639.

Verwarnung betreffs eines Unternehmens des Commissions-, Expeditionen- und Effecten-Geschäfts des Pö. Förster zu Frankfurt a. M.

Neuerdings ist ein auf die Gewinnsucht des leicht erregbaren Publikums berechnetes, von der Absicht eines Schwindelgeschäfts augenscheinlich zeugendes Unternehmen des Commissions-, Expeditionen- und Effecten-Geschäfts des Philipp Förster zu Frankfurt a. M. zur Kenntniß der diesseitigen Staatsregierung gelangt, welches darin besteht, daß von dem gedachten Commissions- u. Geschäft gegen Entnahme eines Thalers Pr. Courant oder eines Gulden 45 Kr. rheinisch unter der Bezeichnung von Actien Promessen im Publikum abgesetzt werden, welche unter dem Scheine eines unfehlbaren großen Gewinnes in der 4ten Klasse und diejährigen Hauptziehung der Königl. Preussischen 108ten Klassen-Lotterie für die Inhaber solcher Actien, zum Ankaufe der letzteren verlocken.

Wir warnen hierdurch das Publikum sowohl vor dem Ankaufe derartiger Actien oder Loose, als auch vor deren Verkaufe oder dessen Beförderung, da die Nichtbeachtung dieser Verwarnung nach dem Gesetze vom 5. Juli 1847 (Gesetz-Sammlung Seite 261.) mit einer Strafe bis zu 500 Thlr. bedroht ist.

Merseburg, den 31. August 1853.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 640.

Den Umtausch der Quittungen der im

Die von der Regierungs-Hauptkasse hierselbst aufgestellten Quittungen über die im I. Quartale 1853 für verkaufte Domainen und Forstgrundstücke, sowie für abgelste Domainen-Prästationen u. s. w. eingezahlten Kapitalien und Zinsen, sind nach

erfolgter Bescheinigung Seitens der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden den betreffenden Spezialklassen zur Ausbändigung an die Interessenten übersandt worden.

Letztere werden daher aufgefordert, diese Bescheinigungen gegen Rückgabe der bereits empfangenen Interimskquittungen bei den gedachten Klassen entgegen zu nehmen.

Merseburg, den 5. September 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

I. Quartal 1853 eingelebten Kapitalien für veräußerte Domainen und Forgrundstücke und Ablassungen betr.

Seitens des Königl. Appellationsgerichts zu Raumburg und der Königl. Regierung zu Merseburg ist durch gemeinschaftliche Verfügung vom 4. resp. 22. Juli d. J. (Amtsblatt Städt 30. S. 207.) die unter dem 19. November und 18. December 1841 erlassene, im 46. Stüd des Amtsblattes vom letztgenannten Jahre abgedruckte Instruction über das bei Beaufsichtigung der Vormünder und Pflegebefohlenen und bei Einforderung der Erziehungsberichte zu beobachtende Verfahren, nachdem diese Anordnungen in den zwölf Jahren ihres Bestehens sich wohl bewährt haben, von dem platten Lande, für welches sie zunächst erlassen worden, auf sämtliche Städte des Departements ausgedehnt worden.

Die Instruction hat das rege und lebendige Zusammenwirken der vormundschaftlichen Gerichte mit den Ortsbehörden, den Geistlichen und Schullehrern zur Voraussetzung und Grundlage, und obgleich wir nicht zweifeln, daß die Geistlichen in den Städten des Regierungsbezirks Merseburg, soweit sie ihren Sitz in dem Sprengel des Königl. Appellationsgerichts zu Raumburg haben, sich aus freiem Eifer den Mühwaltungen gern unterziehen werden, die die Instruction von ihrer Seite zur Erreichung des vorgestekten Ziels erwartet: so wollen wir doch nicht unterlassen, ihnen auch auf diesem Wege das bereitwilligste Eingeben auf die ihre Mitwirkung in dieser Segen versprechenden Sache betreffenden Aufforderungen an das Herz zu legen und zur Pflicht zu machen.

Magdeburg, den 23. August 1853.

Königliches Consistorium für die Provinz Sachsen.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß mit Genehmigung des Herrn Justiz-Ministers die Gemeinde Rebawn von dem Bezirke der Gerichts-Commission in Seyda abgetrennt und dem der Gerichts-Commission in Jessen wieder zugelegt worden ist, und daß diese Organisations-Veränderung mit dem 1. October c. zur Ausführung kommt.

Raumburg, den 30. August 1853.

Königliches Appellationsgericht.

In Folge der Allerhöchsten Orts befohlenen, mit dem 1. October c. zur Ausführung kommenden und von uns unterm 13. Juli d. J. bereits angekündigten Vereinigung der Königl. Vergämter zu Ramdors und Bettin mit dem Königl. Vergämte zu Eisleben werden sämtliche Herren Gruben-Repräsentanten und alle, welche an die Königl. Vergämte resp. zu Ramdors und Bettin Zahlung zu leisten

Nr. 641. Die Mitwirkung der Geistlichen u. Schullehrer in der Beaufsichtigung der Vormünder und Pflegebefohlenen und bei Erstattung der Erziehungsberichte betr.

Nr. 642. Jurisdictional-Veränderung.

Nr. 643. Die vom 1. October c. ab an die Königl. Vergämte zu Eisleben zu

leistenden Zahlungen betr. haben, hierdurch aufgefodert, die fällig werdenden Abgaben aller Art und sonstige Zahlungen vom 1. October o. ab und künftig rechtzeitig und portofrei an die Königl. Bergamtskasse zu Eisleben zu überfenden, widrigenfalls die Säumnigen die für sie daraus entstehenden Nachtheile sich selbst beizumessen haben würden.

Halle, den 22 August 1853.

Königl. Preuß. Ober-Bergamt für Sachsen und Thüringen.

Nr. 644.  
Geschäfts-  
Beginn bei der  
Generals-  
Commission  
in Merseburg.

Vom 1. October d. J. ab wird die bisherige erste Abtheilung des unterzeichneten Collegii als eine besondere Behörde zu Merseburg ihren Sitz nehmen und von dort aus die Auseinandersetzungen der beiden südlichen Regierungsbezirke der Provinz leiten.

Die zweite Abtheilung des Collegii wird am hiesigen Orte verbleiben und die Leitung der Auseinandersetzungen im Regierungsbezirke Magdeburg behalten.

Die Königlichen Behörden und die Partheien werden daher ersucht, ihre Schreiben an unsere erste Abtheilung bis zum 30. September d. J. hierher, vom 1. October d. J. ab dagegen unter der Adresse:

an die Königliche General-Commission zu Merseburg,  
nach dem letzteren Orte zu richten, an unsere zweite Abtheilung aber vom 1. October d. J. ab

an die Königliche General-Commission zu Stendal  
zu adressiren.

Stendal, den 1. September 1853.

Königliche General-Commission für die Provinz Sachsen.

Nr. 645.  
Ausgeloste  
Schuldverschreibungen  
der Eichsfeld-  
schen Tilgungs-  
kasse.

In dem, am heutigen Tage zur Verlosung der in diesem Jahre zu amortisiren- den Schuldverschreibungen der Eichsfeldischen Tilgungskasse angestandenen Termine sind folgende Schuldverschreibungen:

I. à 3½ pro Cent:

Nr. 79. über 500 Thlr.	Nr. 404. über 5 Thlr.	Nr. 506. über 500 Thlr.
• 233. • 50 •	• 453. • 100 •	• 520. • 500 •
• 272. • 500 •	• 501. • 500 •	• 624. • 500 •

zusammen über 3155 Thlr.

II. Littr. B. à 4 pro Cent:

Nr. 79. über 500 Thlr.	Nr. 1333. über 500 Thlr.	Nr. 1969. über 500 Thlr.
• 170. • 500 •	• 1371. • 500 •	• 2534. • 500 •
• 261. • 500 •	• 1628. • 500 •	• 2732. • 500 •
• 527. • 500 •	• 1640. • 500 •	• 3118. • 500 •
• 699. • 500 •	• 1678. • 50 •	• 3139. • 500 •
• 818. • 500 •	• 1771. • 500 •	• 3289. • 500 •
• 1240. • 500 •		

zusammen über 9050 Thlr.

ausgelost worden.

Die Inhaber dieser ebengedachten Schuldverschreibungen werden hierdurch aufgefordert, dieselben nebst dem dazu gebührenden Zins Coupon Ser. II. Nr. 4. am 31. December d. J. an unsere auf dem hiesigen Schlosse befindliche Kasse abzuliefern, und dagegen den Nennwerth nebst den bis dahin fällig gewordenen Zinsen in Empfang zu nehmen.

Unterbleibt die rechtzeitige Erhebung des Geldes, so kann daraus kein Anspruch auf fernere Zinsvergütung gegen die Anstalt hergeleitet werden.

Zugleich wird denjenigen Inhabern der oben gedachten Schuldverschreibungen, welchen die sofortige Auszahlung des Nennwerthes derselben wünschenswerth sein sollte, bekannt gemacht, daß wir hierzu bereit sind, und daher den desfallsigen Anzeigen binnen spätestens 14 Tagen entgegensehen.

Endlich wird der Inhaber der nach unserer Bekanntmachung vom 25. Juni v. J. zur Auslösung gekommenen 4 gigen Schuldverschreibung Litt. B. Nr. 5. über 50 Thlr., deren Nennwerth bereits am 31. December v. J. fällig geworden ist, nochmals aufgefordert, die gedachte Schuldverschreibung zur Vermeidung ferneren Zinsverlustes nunmehr ungesäumt zur Zahlung des Nennwerthes bei unserer Kasse zu präsentiren.

Heiligenstadt, den 25. Juni 1853.

Königl. Direction der Eichsfeldischen Tilgungs-Kasse.

Die in unserer Bekanntmachung vom 12. April 1852 (Amtsblatt pro 1852 Stück 34. Nr. 582.) benannten, im Dorfe und der Flur Golpa liegenden und von der dasigen Gemeinde besessenen Grundstücke sind nunmehr in das Hypothekenbuch übertragen und ist der Erwerb neuer Hypothekenrechte an denselben nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen.

Nr. 646.  
Hypotheken-  
Sachen.

Bitterfeld, den 20. Februar 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission II.

Das in unserer Bekanntmachung vom 23. October 1852 — Stück 46. des Merseburger Amtsblattes pro ao. 1852 — benannte Niemeßger Gemeindebirthenhaus ist in das Hypothekenbuch übertragen und der Erwerb neuer Hypothekenrechte daran nunmehr nach den Vorschriften der Preussischen Gesetze zu beurtheilen.

Nr. 647.  
Hypotheken-  
Sachen.

Bitterfeld, den 23. Februar 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission II.

Die in unserer Bekanntmachung vom 9. October 1852 (Beilage zum 5. Stück des Regierungs-Amtsblattes für 1853) erwähnte Hypothekentabelle über ein der Gemeinde Eisdorf gehöriges Stück Land in Eisdorfer Flur ist in das Hypothekenbuch übertragen und es ist der Erwerb neuer Hypothekenrechte in Betreff dieses Grundstücks nun lediglich nach dem Allgemeinen Landrechte, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen.

Nr. 648.  
Hypotheken-  
Sachen.

Lützen, den 15. Mai 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission II. Bezirk.

Nr. 649. Das in unserer Bekanntmachung vom 27. November 1852 (Amtsblatt pro 1853  
Hypotheken- Stüd 9.) benannte Grundstück der verwittweten Frau Justiz-Commissar Anders zu  
Sachen. Düben ist nunmehr in das Hypothekenbuch übertragen und ist der Erwerb neuer Hy-  
pothekenrechte an demselben nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen  
Landrechts, der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu  
beurtheilen.

Düben, den 20. Mai 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Nr. 650. Die Hypothekentabellen über die in unserer Bekanntmachung vom 4. December  
Hypotheken- 1852 (Beilage zum 10. Stüd des Amtsblatts de 1853) sub Nr. 2. und 3. aufgeführ-  
Sachen. ten, in dem Dorfe Burgliebenau und der Flur Ostrau-Lennewitz belegenen Grund-  
stücke sind nunmehr in die betreffenden Hypothekenbücher übertragen und ist der Er-  
werb neuer Hypothekenrechte auf diese Grundstücke lediglich nach den allgemein gelten-  
den Landesgesetzen zu beurtheilen.

Merseburg, den 2. August 1853.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

Nr. 651. Die Hypothekentabelle über das dem Fischer Johann August Ritter hierselbst  
Hypotheken- zustehende Recht, in der in Papißer Aue belegenen sogenannten Papißiger Lache zu  
Sachen. fischen, ist fertig und liegt zur Einsicht innerhalb der nächsten 2 Monate, vom Tage  
der Insertion dieser Bekanntmachung an gerechnet, bereit. Nach Ablauf dieser Frist  
sind Einwendungen dagegen nicht mehr zulässig.

Schleuditz, den 12. August 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Nr. 652. Dem Orgelbauer W. Remler zu Berlin ist unter dem 5. Juni c. ein Patent  
Patents- auf eine durch ein Modell nachgewiesene Octav-Kuppelung, deren Construction als  
Ertheilung. neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und  
für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 653. Dem Maschinen-Fabrikanten Georg Sigal zu Berlin ist unter dem 3. Juni c.  
Patents- ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Maschine und  
Ertheilung. Rundgewebe in ihrer ganzen Zusammensetzung, ohne Jemand in der Benutzung be-  
kannter Theile zu hindern, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den  
Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 654. Dem Privatbaumeister F. Helling zu Magdeburg ist unter dem 10. Juni c.  
Patents- ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Einrichtung der  
Ertheilung. Sicherheitsventile an Dampffesseln, so weit sie als neu und eigenthümlich erkannt ist,  
auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen  
Staats ertheilt werden.

Dem Graveur Gustav Klingert und dem Schlossermeister Heinrich Meinde Nr. 655.  
und dem Maschinenbauer Ernst Hoffmann zu Breslau ist unter dem 10. Juni c. Patents-  
ein Patent auf ein durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenes, für neu erkann- Ertheilung.  
tes mechanisches Verfahren, um Feilen mit dem Hiebe zu versehen, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

Den Silberwaaren-Fabrikanten Rentrop und Rünne zu Altena ist unter Nr. 656.  
dem 10. Juni c. ein Patent auf eine Patrone zur Erzeugung von Mustern an Guil- Patents-  
schirbänken in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Ausführung, Ertheilung.  
und ohne Jemand in der Verwendung bekannter Hülfsmittel zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats, erteilt worden.

### Personal-Chronik.

Die Cantor- und Knabenlehrerstelle in Bortendorf, Ephorie Artern, Rdnig- Nr. 657.  
lichen Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Der Förster Stüve zu Kleinesee ist vom 1. October c. ab in gleicher Eigen- Nr. 658.  
schaft nach Bresske, der Oberförsterei Rottebaush, versetzt worden.

Der Pfarrer Siedel zu Altmerleben, in der Diöces Elbige, tritt am Nr. 659.  
1. October d. J. in den Ruhestand. Die Stelle ist Rdniglichen Patronats.

Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Möser mit Grähnert, in der Diöces Nr. 660.  
Ziefar, ist dem Pfarrer Jacob Friedrich Witte zu Groß-Wusterwitz zur Mit-  
verwaltung übertragen worden.

Die erledigte evangelische Pfarradjunctur zu Holzdorf, in der Diöces Prettin, Nr. 661.  
ist dem bisherigen Hülfsprediger Johann Wilhelm Weise verliehen worden.

Der Gerichts-Assessor Keuffel ist zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in Nr. 662.  
Güstrin mit der Funktion als Gerichts-Commissarius in Seelow, der Referendarius Die Justiz-  
Salzmann zum Gerichts-Assessor und der Auscultator Herrfurth zum Referen- Personal-Ver-  
darius ernannt. änderungen im

Der Referendarius Wolfart ist an das Kammergericht in Berlin und der Nr. 663.  
Auscultator Senft v. Pilsach an das Appellationsgericht zu Bromberg, dagegen des Appella-  
sind die Referendarien: Hippenstiel, bisher bei dem Appellationsgericht in Arn- tionsgerichts-  
berg, Bade bei dem Appellationsgericht in Greifswald, Dr. jur. Colberg bei dem betz.  
Kammergericht in Berlin und der Auscultator Weigel daselbst in hiesiges Departe-  
ment versetzt.

Der Referendarius Helke und Auscultator Steinmann sind aus dem Justiz-  
dienst Behufs ihres Ueberganges in den Communaldienst und zur Verwaltung entlassen.

Der Kreisgerichts-Secretair, Kanzlei-Director Florstedt zu Eisleben ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Erfurt versetzt.

Der bisherige Salariantassen-Controleur und Sportel-Revisor Scherlich zu Erfurt ist zum Deposital-Mendanten bei dem Kreisgerichte daselbst, der Bureau-Assistent Hudemann zu Weissenfee, die Civil-Supernumerarien Rumann zu Erfurt und Hille in Subl sind zu Kreisgerichts-Secretarien, Salariantassen-Controleuren und Sportelrevisoren bei den Kreisgerichten in Torgau, Erfurt und Subl, der Bureau-Assistent Wagner in Erfurt ist zum Secretair bei dem Kreisgericht in Eisleben und der Bureau-Diatar Mohr zu Eisleben zum Bureau-Assistenten bei dem Kreisgericht in Erfurt bestdrert.

Der Bureau-Assistent Grunert bei dem Kreisgericht in Delitzsch ist verstorben.

Der Kreisgerichts-Secretair Geyer zu Erfurt ist vom 1. Januar f. J. an mit Pension in den Ruhestand versetzt.

Zu Boten und Executoren sind ernannt: der bisherige Hülfsbote Müller zu Merseburg bei dem Kreisgerichte daselbst, der bisherige Hülfsbote Bernhardt in Halle bei dem Kreisgerichte daselbst, der bisherige Hülfsbote Apel zu Eisleben bei dem Kreisgerichte daselbst und der bisherige Hülfsbote Frischke in Zeitz bei dem Kreisgerichte daselbst.

Der bisherige Hülfsgefängniswärter Schulze II. zu Halle ist als Gefängniswärter bei dem Kreisgerichte daselbst definitiv angestellt.

Der Bote und Executor Reichardt zu Belgern ist wegen Unterschlagung von Geldern seines Amtes entsetzt und der Bote und Executor Leichmann in Mühlberg vom 1. Januar f. J. an mit Pension entlassen.

Nr. 663. Für den zweiten Bezirk der Stadt Sangerhausen ist für die Jahre 1853 bis 1855 der Amtsrichter a. D. Adolph Steinacker daselbst zum Schiedsmann gewählt und als solcher gehörig verpflichtet worden.

Nr. 664. Für den Zeitraum pro 1853 sind in der Grafschaft Stolberg-Rossla:  
für den II. Bezirk Queckenberg der Anspanner Albin Becker zu Wiederode zum Schiedsmann und  
für den III. Bezirk Uftrungen der Anspanner Wilhelm Schüpe zu Dietersdorf zum Schiedsmann Stellvertreter gewählt und als solche gehörig verpflichtet worden.

Nr. 665. Der Kaufmann Unterberg zu Eönnern ist für diese Stadt auf die Jahre 1853 bis 1856 zum Schiedsmann gewählt und gehörig verpflichtet worden.

Nr. 666. Der Postbote Wilhelm Illgen, zuletzt bei dem Postamte zu Halle, ist aus dem Postdienste entlassen worden.

Druck von C. Zerk (sonst Kobigsch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der königlichen Regierung.



# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**37. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 17. September 1853.

Nach Maßgabe einer unter den Zollvereinsstaaten getroffenen Vereinbarung haben des Königs Majestät mich ermächtigt, die Erhebung des Eingangszolles für Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, nämlich geschrotete und geschälte Körner, Graupe, Gries und Gröhe, gestampfte oder geschälte Hirse, vom 15. d. M. einschließlich an bis zum Ablaufe des Jahres 1853 auszusetzen. Dieses wird hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Zoll- und Steuerbehörden wegen Einstellung der Zollerhebung mit Anweisung versehen worden sind.

Berlin, den 8. September 1853.

**Der Finanz-Minister.**  
von Bodelschwingh.

In Folge unserer Bekanntmachung vom 25. v. Mts. sind bei der heutigen öffentlichen Verloosung die in den anliegenden drei Verzeichnissen aufgeführten Schulverschreibungen über

680,000 Thlr. von der freiwilligen Staatsanleihe vom Jahre 1848,

105,000 „ „ „ Staatsanleihe vom Jahre 1850,

90,000 „ „ „ „ „ 1852

gezogen worden.

Dieselben werden hierdurch ihren Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, den verschriebenen Capital-Betrag am 1. April k. J. in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr, entweder bei der Staats-Schulden-Zilgungskasse hieselbst, oder bei der nächsten Regierungen-Hauptkasse, gegen Quittung (wogu Formulare bei den erwähnten Kassen unentgeltlich verabfolgt werden) und gegen Rückgabe der Schulverschreibungen, baar in Empfang zu nehmen.

Mit dem 31. März k. J. hört die Verzinsung dieser Obligationen auf, und müssen daher mit den Obligationen der freiwilligen Anleihe vom Jahre 1848: die dazu gehörigen 5 Zins-Coupons der zweiten Serie Nr. 4. bis 8. über die Zinsen vom 1. April 1854 bis zum 1. October 1856,

Nr. 667.

Zollfreie Einfuhr des Getreides, der Hülsenfrüchte, des Mehls, und anderer Mühlenfabrikate.

Nr. 663.

Die angeklosten Schulverschreibungen der Staatsanleihen des 1848, 1850 u. 1852 betr.

mit den Obligationen der Anleihe vom Jahre 1850:

die Zins-Coupons der ersten Serie Nr. 8. über die Zinsen vom 1. April bis zum 1. October 1854,

und mit den Obligationen der Anleihe vom Jahre 1852:

die 4 Zins-Coupons der ersten Serie Nr. 5. bis 8. für die Zeit vom 1. April 1854 bis dahin 1856,

unentgeltlich abgeliefert werden, widrigenfalls der Betrag der fehlenden Coupons vom Capital zurückbehalten wird.

Da übrigens die Schuldverschreibungen nicht sämmtlich an Einem Tage geprüft und ausgezahlt werden können, so werden dieselben schon vom 1. März f. J. ab zur Prüfung angenommen werden.

Sollten sich unter den verloosten Obligationen der freiwilligen Anleihe vom Jahre 1848 solche befinden, welche nicht mit dem Convertirungsstempel versehen sind, so können dieselben nach Maßgabe der Bekanntmachung vom 20. Januar v. J. jederzeit, unter Befügung der Zins-Coupons Ser. I. Nr. 8. bei der Controlle der Staatspapiere hieselbst zur baaren Auszahlung eingereicht werden.

Gleichzeitig werden die Inhaber bereits früher verlooster Schuldverschreibungen erinnert, zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes, dieselben nach Maßgabe der betreffenden Bekanntmachungen zur Auszahlung zu präsentiren.

Berlin, den 5. September 1853.

#### Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Nr. 669.  
Verpachtung  
der Domaine  
Sachsenburg.

In Folge höherer Anordnungen soll die im Cartätsberger Kreise belegene königliche Domainen Sachsenburg, an der Magdeburger-Erfurter Chaussee gelegen, von Johannis 1854 ab bis dahin 1878, mithin auf 24 Jahre, im Wege des öffentlichen Ausgebots anderweit verpachtet werden.

Außer den Wohn- und Wirthschaftsgebäuden gehören zu dieser Pachtung:

A.

1)	1384 Morgen	46,7	QRuthen	Ackerland,
2)	390	34,5	•	Wiesen,
3)	247	48	•	raume private Huthungen,
4)	23	58	•	dergl. mit Obstbäumen bepflanzt,
5)	1	33,5	•	Gärten,
6)	5	26,5	•	Hof- und Baustellen, und endlich
7)	13	169,5	•	Unland,

zusammen also 2065 Morgen 57,7 QRuthen.

B.

Die Koppelhuthung auf den Fluren von Bilzingsleben, Egleben, Griefstedten und in mehreren Privatwaldungen.

Das dem Ausgebote zum Grunde zu legende Pachtgeld-Minimum beträgt 5000 Thlr. incl.  $\frac{1}{3}$  in Golde. Zur Uebernahme der Pachtung ist ein verfügbares Vermögen von 30,000 Thlr. erforderlich; endlich aber haben wir die Pachtcaution auf die Summe von 2700 Thlr. festgesetzt.

Der Licitationstermin ist von und auf  
den 14. November d. J., Vormittags um Elf Uhr,  
vor dem Departementsrathe, Geheimen Regierungsrathe Hancwald in dem Exsessen-  
zimmer der unterzeichneten Regierungs-Abtheilung anberaumt, wozu wir Pachtbewer-  
ber mit dem Bemerkten hiermit einladen, daß sich dieselben vor der Licitation über ihre  
Qualification zur Uebernahme der Pachtung, sowie über den Besitz des dazu erforder-  
lichen Vermögens vollständig auszuweisen haben.

Die Verpachtungs-Bedingungen und die Regeln der Licitation, ferner die Karte  
nebst Vermessungs-Register und die Inventarien-Urkunden können alltäglich, mit  
Ausfluß der Sonn- und Festtage, in unserer Domainen-Registratur während der  
Dienststunden eingesehen werden; auch sind wir bereit, auf Verlangen Abschrift der  
oben erwähnten Pachtbedingungen gegen Erlegung der Copialien zu erteilen.

Merseburg, den 10. September 1853.

Rdnigl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der  
directen Steuern, Domainen und Forsten.

### V e r z e i c h n i s s

der Vorlesungen für das Winter-Semester 1853 bei der Königl. höheren  
landwirthschaftlichen Lehranstalt in Proskau.

- |   |                            |
|---|----------------------------|
| 1) Volkswirthschaftslehre . . . . .   | Director Heinrich.         |
| 2) Allgemeiner Acker- und Pflanzenbau . . . . .                                       | } Administrator Settegast. |
| 3) Bodenkunde . . . . .   |                            |
| 4) Kenntniß des Aeußeren des Pferdes . . . . .  |                            |
| 5) Schweinezucht . . . . .  |                            |
| 6) Ueber die Wirthschaftsführung in Proskau mit<br>Demonstrationen . . . . .          |                            |
| 7) Allgemeine Thier- und Rindviehzucht . . . . .                                      | } Dr. John.                |
| 8) Landwirthschaftliche Statistik . . . . .   |                            |
| 9) Dryetognosie und Geognosie . . . . .   |                            |
| 10) Anatomie und Physiologie der Pflanzen . . . . .                                   | } Professor Dr. Heinel.    |
| 11) Land- und forstwirthschaftliche Insecten . . . . .                                |                            |
| 12) Agricultur-Chemie . . . . .   |                            |
| 13) Pbyssik . . . . .   | } Professor Dr. Krodter.   |
| 14) Uebungen in landwirthschaftlich-chemischen Ar-<br>beiten im Laboratorio . . . . . |                            |
| 15) Mathematik . . . . .  | } Rendant Schneider.       |
| 16) Landwirthschaftliche Buchführung . . . . .  |                            |
| 17) Forsttaxation und Benutzung . . . . .   | } Oberförster Wagner.      |
| 18) Gemüße- und Weinbau . . . . .   |                            |
| 19) Landwirthschaftliche Baukunde . . . . .   |                            |
| 20) Thierarzneykunde . . . . .  | Bau-Inspector Gottgetreu.  |

Nr. 670.

Vorlesungen  
bei der land-  
wirthschaftli-  
chen Lehranstalt  
in Proskau.

Die Vorlesungen beginnen den 1. November 1853. Anmeldungen zur Aufnahme  
Studirender oder sonstige, die landwirthschaftliche Lehranstalt betreffende Anfragen

sind entweder mündlich oder schriftlich an den Unterzeichneten zu richten, der jede gewünschte Auskunft gern erteilen wird.

Proslau in Oberschlesien, den 24. August 1853.

Der Director der höheren landwirthschaftlichen Lehranstalt,  
Geheime Regierungsrath Heinrich.

Nr 671.

Die Uebergangsabgaben und Rückvergütungen in den königl. württembergischen u. großherzoglich hessischen Staaten betr.

In Folge eines Rescripts des Herrn Finanz-Ministers Excellenz bringe ich, unter Bezugnahme auf die Bekanntmachungen vom 13. December 1841 und 21. März 1844, Amtsblätter für 1841 Seite 309. und 1844 Seite 75. hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß Betreff der Uebergangsabgaben und Rückvergütungen, nach ergangenen Mittheilungen der Königlich Württembergischen und Großherzoglich Hessischen Regierung, in diesen Staaten folgende Aenderungen in der Steuer-Gesetzgebung eingetreten sind:

### 1. im Königreich Württemberg.

1) Die Uebergangssteuer beträgt für einen Eimer (Württembergisch) Branntwein zu 50° Alkohol nach Tralles bei 12,44° Reaumur = 10 fl. 40 Er.

2) Von eingehenden Liqueuren und anderen weingeisthaltenden Flüssigkeiten, deren Stärke wegen ihrer Verfälschung mit andern Substanzen durch den Alkoholometer nicht richtig ermittelt werden kann, wird die Uebergangssteuer in Unterstellung eines Weingeistgehalts von 75° Tralles berechnet, sofern nicht der Steuerpflichtige verlangt, daß auf seine Kosten der wirkliche Weingeistgehalt technisch ermittelt werde.

3) An Rückvergütung für den von Württemberg nach anderen Vereinststaaten ausgeführten Branntwein werden  $\frac{1}{2}$  des Satzes der Uebergangssteuer gewährt. Die Ausfuhr muß jedoch in Quantitäten von mindestens 1 Zmi erfolgen, auch muß von der Steuerstelle des Bestimmungsortes der Eingang und der Stärkegrad des Branntweins auf der mitgegangenen Bezeichnung bescheinigt sein.

4) Vom geschroteten Malz ist die Uebergangssteuer auf den Betrag von 24 Er. für das württembergische Eimer erbbt worden.

5) Als Uebergangsstraßen sind diejenigen Straßen bestimmt, welche durch die in der Beilage, Spalte 2., bezeichneten Grenzorte führen.

6) Zur Erledigung von Uebergangsscheinen sind die Haupt- und Nebenzollämter, sowie die in der Anlage bezeichneten Grenzaccise-Ämter, an deren Sitz sich keine Zollstelle befindet, befugt.

### 2. im Großherzogthum Hessen.

1) Die Steuervergütung von dem nach anderen Vereinststaaten und dem Auslande ausgeführten Branntwein ist auf 4 fl. für die Dm zu 50° Alkohol nach Tralles festgesetzt und wird bei größerer oder geringerer Stärke nach Verhältniß berechnet.

2) Die Uebergangsabgabe für das eingehende vereinsländische Bier beträgt 1 fl. 20 Er. für die Dm.

3) Für die Ausfuhr von Bier im Großen ist eine Steuerrückvergütung von 52 Er. für die Dm zugestanden.

Magdeburg, den 12. August 1853.

Der Geheime Ober-Finanz-Rath u. Provinzial-Steuer-Director v. Jordan.

# Verzeichniß

der Uebergangsstationen für den Verkehr mit controlle- und übergangssteuerpflichtigen Gegenständen, und Bezeichnung der zur Abfertigung zuständigen Grenzaccisämter im Königreich Württemberg.

1.	2.	3.	4.
Kreis.	Uebergangsstationen. (Grenzaccisämter.)	Cameralamt.	Oberamt.
Neckarkreis.	Massenbachhausen.	Güglingen.	Brackenheim.
	Dachsenberg.		
	Schweigern.		
	Stetten.	Heilbronn.	Heilbronn.
	Fürfeld.		
	Heilbronn für die Wasserstraße des Neckars.		
	Untereißenheim.		
	Heinrichheim.	Leonberg.	Leonberg.
	Werkingen.		
	Wimsheim.		
	Derdingen.	Maulbronn.	Maulbronn.
	Engberg.		
	Knittlingen.		
	Delbronn.		
	Sternenfels.		
	Murmberg.		
Schwarzwaldkreis.	Gundelsheim.	Neuenstadt.	Neckarsulm.
	Jaxtfeld.		
	Kochersbühl.		
	Waldmühl.	Balingen.	Balingen.
	Orbheim.		
	Eggingen.		
	Widdern.		
	Ebingen.		
	Engstlatt.		
	Dinstmettingen.	Dornstetten.	Freudensstadt.
	Winterlingen.		
	Pöhlbach.		
	Kniebis.	Hirsau.	Calw.
	Reinerzau.		
	Schönmünznach.		
	Unterhaugstetten.		

1.	2.	3.	4.
Kreis.	Uebergangsstationen. (Grenzacciseämter.)	Cameraamt.	Oberamt.
Schwarzwaldkreis.	Unterreichenbach.	Hirsau.	Calw.
	Müblen.	Horb.	Horb.
	Nordstetten.		
	Virkenfeld.		
	Conweiler.		
	Engelbierke.		
	Gräfenhausen.		
	Grunbach.		
	Herrenalb.	Neuenbürg.	Neuenbürg.
	Löffenau.		
	Neuenbürg.		
	Salmbach.		
	Schwann.		
	Unternielesbach.		
	Wichalden.		
	Wiprebad.		
	Mariazell.	Oberndorf.	Oberndorf.
	Röthenberg.		
Jaxtkreis.	Schramberg.		
	Großengtingen.		
	Hausen (Inclawe).	Reutlingen.	Reutlingen.
	Mägerkingen (Incl.)		
	Bedeleshausen.		
	Hirrlingen.		
	Ostertdingen.	Rottenburg.	Rottenburg.
	Tbalheim.		
	Horgen.		
	Schwenningen.	Rottweil.	Rottweil.
	Wendlingen.		
	Mühlheim a. B.	Eulz.	Eulz.
	Irrendorf.		
	Neubausen.		
	Thuningen.	Wurmlingen.	Tuttlingen.
	Tuttlingen.		
	Deuffstetten.		
	Leutershausen.	Crailsheim.	Crailsheim.
	Neustädlein.		
	Archshofen.	Ueglingen.	Mergentheim.

1.	2.	3.	4.
Kreis.	Ubergangskationen. (Grenzaccisämter.)	Cameraamt.	Oberamt.
Jagdkreis.	Greglingen.	Greglingen.	Mergentheim.
	Freudenbach.		
	Schäfersheim.		
	Schwarzenbronn.	Ellwangen.	Ellwangen.
	Waldmannshofen.		
	Ellenberg.		
	Regelsweiler.	Heidenheim.	Heidenheim.
	Wörth.		
	Brenz.		
	Hohenmemmingen.	Rapsenburg.	Neresheim.
	Vallmerthofen.		
	Benzingen.		
	Demmingen.	Mergentheim.	Mergentheim.
	Obmenheim.		
	Pflaumloch.		
	Schweindorf.	Roth am See.	Gerabronn.
	Althausen.		
	Bernsfelden.		
	Deubach (Inclawe).	Schdthal.	Künzelsau.
	Edelfingen.		
	Mergentheim.		
Donautreis.	Haußen.	Heiligkreuzthal.	Riedlingen.
	Leugendorf.		
	Michelbach a. d. L.		
	Alttrautheim.	Döfenhausen.	Leutkirch.
	Rieringen.		
	Dörzbach.		
	Marlach.	Döfenhausen.	Leutkirch.
	Obertessach.		
	Andelfingen.		
	Bolstern.	Döfenhausen.	Leutkirch.
	Egelfingen.		
	Friedberg.		
	Fertkosen.	Döfenhausen.	Leutkirch.
	Mengen.		
	Scheer.		
	Wilsingen.	Döfenhausen.	Leutkirch.
	Egelsee.		

1. Kreis.	2. Uebergangsstationen. (Grenzaccisämter.)	3. Cameralamt.	4. Oberamt.
Donautreis.	Unterdettingen. Hofkirch. Laubbach. Pfrungen. Fischbach. Hemkofen. Langnau. Neuhaus. Obertheuringen. Niederstozingen. Ulm. Gerthofen. Eglofsthal. Friesenhofen. Holzleute. Jony, Stadt. Neuravensburg. Niederwangen. Wangen. Leutkirch. Essenhausen. Hasenweiler. Rappel. Wilhelmsdorf. Zußdorf. Dietenheim. Oberkirchberg. Wiblingen. Itzenhausen. Willfingen.	Dsenhausen. Schussenried. Tettnang. Ulm. Waldsee. Wangen. Weingarten. Wiblingen. Zwiefalten.	Viberrach. Saulgau. Tettnang. Ulm. Leutkirch. Wangen. Leutkirch. Wangen. Leutkirch. Ravensburg. Laupheim. Niedlingen. Münsingen.

### Personal-Chronik.

Nr. 672.

Die erledigte evangelische Diaconatsstelle zu Baischleben, in der Diöcese Erfurt, ist dem bisherigen Predigtamts-Candidaten Gottfried Wilhelm Ringleb zu Rbsen verliehen worden.

Druck von C. Jurt (sonst Kobisch'sches Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.



# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**38. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 24. September 1853.

Das 47. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

- Nr. 3829.** Allerhöchster Erlass vom 6. Juli 1853, betreffend die landesherrliche nachträgliche Genehmigung der vom 1. Januar 1853 ab eingetretenen Herabsetzung des Zinsfußes eines Theiles der Groß-Glogauer Stadt-Obligationen von 5 auf 4½ Prozent, sowie die Genehmigung der mit dem 1. Januar 1854 eintretenden Herabsetzung des letztgedachten Prozentsatzes auf 4 Prozent.
- Nr. 3830.** Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer unter dem Namen „Bergbau-Gesellschaft Vereinigte Westphalia“ gebildeten Actiengesellschaft. Vom 19. August 1853.
- Nr. 3831.** Bekanntmachung über die unterm 6. August 1853 erfolgte Allerhöchste Bestätigung des Nachtrags zu dem Statute des Actienvereins zum chausseemäßigen Ausbau der Straße von Neuode über Scharfeneck nach Luntschendorf d. d. Neuode den 19. Januar 1853 in Betreff der Fortsetzung des Chausseebaues von Luntschendorf bis an die Landesgrenze in der Richtung auf Braunau. Vom 24. August 1853.
- Nr. 3832.** Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Meliorations-Societät der Boder Heide. Vom 29. August 1853.

**Nr. 673.**

**Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen** etc. etc.

verordnen, mit Zustimmung der Kammer, was folgt:

§. 1.

In allen Fällen, wo nach den Bestimmungen der Maaß- und Gewichts-Ordnung vom 16. Mai 1816 (Gesetz-Sammlung S. 142.) und der Verordnung vom 13. Mai 1840 (Gesetz-Sammlung S. 127.) gestempelte Gewichte angewendet werden müssen, soll die Verwiegung auch nur mittelst gestempelter Waagen geschehen.

§. 2.

Zur Stempelung sollen nur zugelassen werden:

- 1) gleicharmige Balkenwaagen;

**Nr. 674.**

Gesetz, die Stempelung und Brauchstimmung der Waagen im öffentlichen Verkehr betref-

- 2) die unter dem Namen: „römische Waagen“ bekannten Schnellwaagen;
- 3) solche Brückenwaagen, bei denen das Gegengewicht zum Gewichte der Last, im Zustande des Gleichgewichts, sich wie Eins zu Zehn, oder wie Eins zu Hundert verhält.

§. 3.

In den Fällen, wo es nach Inhalt des gegenwärtigen Gesetzes (§. 1.) der Anwendung einer gestempelten Waage bedarf, ist die Anwendung von Brückenwaagen nur beim Verwiegen solcher Lasten zulässig, deren Gewicht zwanzig Pfund oder mehr beträgt.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist ermächtigt, die Anwendung von Brückenwaagen auch für Lasten von geringerem Gewichte zu gestatten, wenn dies nach den Umständen ohne Gefährdung der Betheiligten sich als zulässig ergibt.

§. 4.

An jeder Brückenwaage muß auf einem Schilde das zum Grunde liegende Verhältniß durch die Bezeichnung: Decimalwaage oder Centesimalwaage, sowie die Tragfähigkeit derselben, imgleichen der Name und Wohnort des Verfertigers angegeben sein.

§. 5.

Die zu Verwiegungen auf Brückenwaagen bestimmten Gewichtsstücke können nach der, dem Decimalsysteme der Verwiegung entsprechenden Theilung, bis auf das geringste Gewicht von 0,1 Loth, und zwar sowohl im Preussischen Handelsgewichte, als für den gesetzlich nach Zollgewicht zulässigen Verkehr, im Zollgewichte getheilt werden.

§. 6.

Die erste amtliche Prüfung und Stempelung der Brückenwaagen muß bei einer Provinzial-Eichungscommission oder bei dem Eichungsamte zu Berlin oder einem von diesen Behörden ermächtigten Sachverständigen erfolgen. Ueber die geschehene Prüfung und Stempelung ist dem Besitzer eine Bescheinigung zu erteilen.

§. 7.

Die Bestimmungen der Maaß- und Gewichts-Ordnung vom 16. Mai 1816 und der Verordnung vom 13. Mai 1840,

über das Verbot des Besitzes ungestempelter Maaße und Gewichte, über die Erhaltung der fortdauernden Richtigkeit der gestempelten Maaße und Gewichte, finden auch auf die Waagen Anwendung.

Dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten steht die Befugniß zu, die in Gemäßheit des §. 18. der Maaß- und Gewichts-Ordnung vom 16. Mai 1816 auch auf die gestempelten Waagen Anwendung findende jährliche Frist zur erneuerten Prüfung der Richtigkeit bis auf drei Jahre zu verlängern.

§. 8.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist ermächtigt, den Gebrauch anderer, als der nach §. 2. stempelfähigen Wiegevorrichtungen im öffentlichen Verkehre ausnahmsweise in solchen Fällen zu gestatten, wo es nach der Beschaffenheit der Wiegevorrichtung und nach dem Zwecke der Verwiegung ohne Gefährdung der Betheiligten sich als zulässig ergibt.

Die Genehmigung einer solchen Ausnahme ist, unter Darlegung der Constructionshverhältnisse durch Zeichnung und Beschreibung oder durch ein Modell der anzuwendenden Vorrichtung, besonders nachzusehen und nöthigenfalls nur mit den geeigneten Einschränkungen und Bedingungen zu erteilen.

§. 9.

Die wegen Revision der Maasse und Gewichte bestehenden Vorschriften finden auch auf die Waagen und auf die sonstigen nach §. 8. zugelassenen Wiegevorrichtungen Anwendung.

§. 10.

Die Uebertretung der in den §§. 1. 3. 4. und 7. enthaltenen Bestimmungen, sowie der nach §. 8. von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten etwa für besondere Wiegevorrichtungen angeordneten Einschränkungen und Bedingungen zieht, wenn sie Gewerbetreibenden zur Last fällt, die im §. 348 des Strafgesetzbuchs bestimmte Strafe, wenn sie dagegen den in den §§. 13. und 14. der Maass- und Gewichts-Ordnung vom 16 Mai 1816 bezeichneten Behörden und Personen zur Last fällt, die in den §§. 13. und 18. derselben bestimmte Ordnungstrafe nach sich.

Die in dem genannten §. 348. des Strafgesetzbuchs für den Verstoß einer unrichtigen Waage angedrohte Strafe findet auf gestempelte Waagen nicht Anwendung.

§. 11.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist beauftragt, die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderliche nähere Instruction zu erlassen, auch die Gebührentaxe der Eichungsbehörden für die ihnen danach obliegenden Verrichtungen festzustellen.

§ 12.

Das gegenwärtige Gesetz tritt am 1. Januar 1855 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königl. Insignel.

Gegeben Charlottenburg, den 24. Mai 1853.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

v. Manteuffel. v. d. Heydt. Simons. v. Raumer.

v. Bodelschwingh. v. Bonin.

Vorstehendes Gesetz bringen wir auf höhere Anordnung hiermit zur öffentlichen Kenntniß und fordern dabei gleichzeitig die Inhaber von Brückenwaagen, deren erste Stempelung nach §. 6. dieses Gesetzes durch die Eichungscommission in Halle erfolgen muß; hierdurch auf, wenn sie wünschen, daß diese Stempelung an Ort und Stelle erfolge, sich bei der gedachten Behörde zeitig zu diesem Behufe zu melden, damit zur Vermeidung größerer Kostenaufwandes soviel als möglich örtliche Revisionen auf ein und derselben Reise, deren Kosten auf die Interessenten vertheilt werden sollen, vorgenommen werden können.

Merseburg, den 30. August 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

**Nr. 675.** Des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten Excellenz hat mittelst Rescripts vom 6. d. M. uns ermächtigt, auch bei der bevorstehenden diesjährigen Feier des Reformationstages sowie in früheren Jahren eine Kirchencollecte für die Zwecke der Gustav-Adolph-Stiftung zu gestatten.

Wir setzen die Herren Superintendenden der Provinz hiervon mit der Veranlassung in Kenntniß, demgemäß das Erforderliche zu bewirken, und die eingehenden Beiträge im Regierungsbezirke Magdeburg an die Haupt-Collectenkasse in Magdeburg, im Regierungsbezirke Merseburg an die betreffenden Kreiskassen, im Regierungsbezirke Erfurt aber an die Regierungshauptkasse in gewöhnlicher Weise abzuführen.

Magdeburg, den 10. September 1853.

Königliches Consistorium für die Provinz Sachsen.

**Nr. 676.** Vom 1. October d. J. ab wird die bisherige erste Abtheilung des unterzeichneten Collegii als eine besondere Behörde zu Merseburg ihren Sitz nehmen und von dort aus die Auseinandersetzungen der beiden südlichen Regierungsbezirke der Provinz leiten. Die zweite Abtheilung des Collegii wird am hiesigen Orte verbleiben und die Leitung der Auseinandersetzungen im Regierungsbezirke Magdeburg behalten.

Die Königlichen Behörden und die Partheien werden daher ersucht, ihre Schreiben an unsere erste Abtheilung bis zum 30. September d. J. hierher, vom 1. October d. J. ab dagegen unter der Adresse:

an die Königliche General-Commission zu Merseburg, nach dem letzteren Orte zu richten, an unsere zweite Abtheilung aber vom 1. October d. J. ab

an die Königliche General-Commission zu Stendal zu adressiren.

Stendal, den 1. September 1853.

Königliche General-Commission für die Provinz Sachsen.

## P e r s o n a l - C h r o n i k .

**Nr. 677.** Die Küster- und erste Lehrerstelle in Löhnitz, Cyphrie Delitzsch, Privat-Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

**Nr. 678.** Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Dachwig, in der Diöcese Erfurt, ist dem bisherigen Diaconus Julius Hasemann zu Halle verliehen worden. Patron des dadurch vacant gewordenen Diaconats an der Kirche Unserer Lieben Frauen in Halle ist der Magistrat daselbst.

**Nr. 679.** Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Götzke, in der Diöcese Loburg, ist der bisherige Predigtamts-Candidat Hugo Reinhard Sylvius Langenau berufen und bestätigt worden.

Druck von C. Jurs (sonst Robisch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatt-Bureau der Königlichen Regierung.

# neuen Kassei.

## I. Allgemeine

- b) Auf der Rückseite sind links und rechts Figuren, mit Palmenzweigen in den Händen den Sockeln ruhen, von denen der linksseitigen und der rechtsseitigen mit: „**Prussien**“ Zwischen diesen Figuren und über einem die gedruckte Nummer der Kassen-Anweisung schreibene Name des Ausfertigungs-Beamten einem Unterdruck, enthaltend die Königlich der Kette des schwarzen Adler-Ordens mit Werthangabe: „**Lehn Thaler Courant**“ is unter derselben eine der acht Littern A. bis

### 4. der Kassen-Anweisungen

- a) Auf der Schaufseite befindet sich links ein welcher den rechten Gang auf einen Heimgelienlaubfranze umgeben ist. Unter dem Kassen-Anweisung. Der übrige Schriftart

**KÖNIGL. PREUSS. KASSE**

nach dem Münzwes von 1764

**50**

vol

**FUNFZIG  
THALER COU**

Berlin den 2. November

Haupt Verwaltung der St

**Malen. Kochler. Keldre.**

Wer selbst oder durch Andere Kassen-Anweisungen nachmacht oder  
an sich bringt und in Umlauf setzt, wird mit Zuchthaus von  
an sich bringt und in Umlauf setzt, wird mit Zuchthaus von

- b) Die Rückseite enthält in der Mitte, ebenfalls welchem Nummer und Litter, so wie der A mit der Feder geschrieben sind, eine signende, mit Ceryter und Schild, unter einem Waldrac dieser Figur stehen zwei Knaben, welche St. halten, auf denen sich der Preussische Adler seitige Hand sind mit der Bezeichnung: „I großen Buchstaben versehen, vor welcher sich **50** und der Umschrift: „**Billet du tresor** gleicher Kreis mit der Umschrift: „**Prussien**“ schließt.

**Königlid**

Nr. 67

Kirchen  
Schrift  
Sonder  
Guthaus  
Stiftung

zwei sitzende, geflügelte weibliche  
dargestellt, welche auf guillochir-  
te mit: „Billet du tresor prus-  
sien treasury bill“ bezeichnet ist.  
guillochirten Schilde, in welchem  
ung und der mit der Feder ge-  
en enthalten ist, befindet sich auf  
he Namens-Chiffer, welche von  
der Krönungskrone umgeben ist, die  
verzierter Initial-Schrift, so wie  
E.

à 50 Thlr.

Ader mit aufgehobenen Flügeln,  
aufgesetzt hat, und von einem  
schieren stehen Ser. und Fol. der  
der Schauseite lautet wie folgt:

Nr. 67  
Guthaus  
Sonder  
Stiftung  
in Mettel

## N-ANWEISUNG

gültig in allen Zahlungen

## G RANT

r 1851

aats Schulden

Gamelt.

er verfährt, nachgemachte oder verfälschte  
er verfährt, nachgemachte oder verfälschte  
auf bis zu fünfzehn Jahren bestraft.  
auf bis zu fünfzehn Jahren bestraft.

eines guillochirten Sedels, auf  
ame des Ausfertigungs-Beamten  
die Borussia darstellende Figur,  
bin mit der Krönungskrone. Neben  
indarten mit bekränzten Flaggen  
befindet. Der links- und rechts-  
N-ANWEISUNG  
Guthaus  
Sonder  
Stiftung  
in Mettel

## 5. der Kassen-Anweisungen à 100 Thlr.

a) Die Schauseite stellt links das Königlich Preussische Wappen dar, un-  
ter welchem sich die Bezeichnung: Ser. und Fol. befindet. Der Schrift-  
text derselben lautet wie folgt:

## KOENIGL. PREUSS. KASSEN-ANWEISUNG

nach dem Münzfusse von 1740

100

vollgültig in allen Zahlungen

## Ein Hundert THALER COURANT

Berlin den 2. November 1851

## Haupt Verwaltung der Staats Schulden

Watan. Achter. Holde. Gamelt.

Wer selbst oder durch Andere Kassen-Anweisungen nachmacht oder verfälscht, nachgemachte oder verfälschte  
Wer selbst oder durch Andere Kassen-Anweisungen nachmacht oder verfälscht, nachgemachte oder verfälschte  
an sich bringt und in Umlauf setzt, wird mit Zuchthaus von fünf bis zu fünfzehn Jahren bestraft.  
an sich bringt und in Umlauf setzt, wird mit Zuchthaus von fünf bis zu fünfzehn Jahren bestraft.

Die Buchstaben in den Worten:

„Königlich Preussische Kassen-Anweisung“

sind in der Mitte mit dem Preussischen Adler, und die Zahl

100

ist mit kleinen Schildern verziert, in welchen sich der Werth in Ziffern  
und Buchstaben wiederholt findet.

b) Die Rückseite stellt in der Mitte auf guillochirtem Sockel, auf welchem  
Nummer, Litter und Name des Ausfertigungs-Beamten mit der Feder  
geschrieben sind, und unter einem, mit der Krönungskrone verzierten  
Baldachin zwei sitzende weibliche Figuren dar, von denen die links-  
seitige, mit Schwert und Waage, die Gerechtigkeit, die rechtsseitige,  
neben welcher ein Löwe ruht, die Stärke repräsentirt. Links und rechts  
neben diesen Figuren und unter dem Baldachin stehen auf Postamen-  
ten zwei Knaben, von denen der linksseitige eine Tafel mit der Be-  
zeichnung: „Gesetz“ hält. Der links- und rechtsseitige Rand der  
Kassen-Anweisung ist mit der Bezeichnung:

## „EINHUNDERT THALER COURANT“

versehen, vor und hinter welcher sich kleine Kreise mit der Zahl 100  
befinden, von denen der erste von den Worten: „Billet du tresor  
prussien“, der letzte aber von den Worten: „Prussian treasury bill“  
eingeschlossen wird.

Nr. 6

Berlin, den 12. September 1853.

je Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**39. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 1. October 1853.

Das 48. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 680.

Nr. 3833. Allerhöchster Erlaß vom 30. Juli 1853, betreffend die Genehmigung der Anlage einer Eisenbahn von Eöln über Neuß nach Crefeld, nebst einer Zweigbahn zum Anschlusse an die Aachen-Düsseldorfer Eisenbahn zwischen Neuß und Obercaffel, mittelst einer Actiengesellschaft.

Nr. 3834. Concessions- und Bestätigungs-Urkunde für die Eöln-Crefelder Eisenbahngesellschaft. Vom 22. August 1853.

Das 49. Stück der Gesetz-Sammlung:

Nr. 3835. Gesetz, betreffend die Beförderung von Auswanderern. Vom 7. Mai 1853.

Nr. 3836. Privilegium wegen Ausgabe von 550,000 Rthlrn. Prioritäts-Obligationen der Ruhrort-Crefeld-Kreis Gladbacher Eisenbahngesellschaft. Vom 29. August 1853.

Das 50. Stück der Gesetz-Sammlung:

Nr. 3837. Allerhöchster Erlaß vom 6. August 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Ratel im Kreise Wirß bis an die Kreisgrenze in der Richtung auf Wandsburg.

Nr. 3838. Concessions- und Bestätigungs-Urkunde für die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft, betreffend die Ausdehnung ihres Unternehmens auf den Bau der Breslau-Posen-Glogauer Eisenbahn. Vom 20. August 1853.

Nr. 3839. Privilegium wegen Ausgabe von acht Millionen drei und ein halb procen-tiger Prioritäts-Obligationen der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft Behufs des Baues der Breslau-Posen-Glogauer Eisenbahn. Vom 20. August 1853.

Das 51. Stück der Gesetz-Sammlung:

Nr. 3840. Allerhöchster Erlaß vom 12. April 1853, betreffend die Aufhebung der Bestimmung über das engte Maaf der Russischen Rauchröbren.

Nr. 3841. Bekanntmachung, betreffend die Aufhebung der Instruction vom 14. Januar 1822 und der nachträglichen Bestimmung dazu vom 17. Mai 1830, Vom 10. September 1853.

- Nr. 3842. Allerhöchster Erlaß vom 15. August 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zu dem chausseemäßigen Ausbau der Straße von der Posen-Cüstriner Kunststraße bei Goryn im Kreise Birnbaum über Betsche und Meseritz bis an die Grenze des Frankfurter Regierungsbezirks in der Richtung auf Zielenzig.
- Nr. 3843. Allerhöchster Erlaß vom 20. August 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für die Stadt Danzig wegen Ausbaus der Chaussee von der Danzig-Stettiner Staats-Chaussee bei Langfuhr über Neuschottland und Saespe nach Brdßen.
- Nr. 3844. Verordnung wegen fernerer Erleichterungen des Verkehrs zwischen den Staaten des Zollvereins und den Staaten des Steuervereins. Vom 17. September 1853.
- Nr. 3845. Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer unter dem Namen: „Bergwerks-Verein Friedrichs-Wilhelmshütte zu Mülheim a. d. Ruhr“ daselbst gebildeten Actiengesellschaft. Vom 17. September 1853.

Nr. 681.  
Verfügung der  
höheren Bürger-  
schule „zum  
heiligen Geist“  
zu Breslau zur  
Ertheilung von  
Entlassungs-  
Zeugnissen.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 7. December v. J. wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die höhere Bürgerschule „zum heiligen Geist“ in Breslau als zur Ertheilung annehmbarer Entlassungs-Zeugnisse für die Candidaten des Baufaches befähigt anerkannt ist.

Die aufgestellten Entlassungs-Zeugnisse dieser Anstalt werden hiernach, wenn durch diese Zeugnisse nachgewiesen wird, daß der Entlassene die Curse der Secunda und Prima vorschriftsmäßig vollendet und die Abgangs-Prüfung bestanden hat, von der Königl. technischen Bau-Deputation und dem Directorium der Königl. Bau-Academie ebenfalls als genügend angenommen werden.

Berlin, den 1. September 1853.

Der Minister für Handel, Gewerbe und  
öffentliche Arbeiten.  
gez. von der Heydt.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts-  
und Medicinal-Angelegenheiten.  
gez. von Raumer.

Nr. 682.

Mitglieder der  
Societät:  
Direction resp.  
Abnahme-  
Commission  
des Ritterschaf-  
tes Feuer-  
Societät des  
Fürstenthums  
Halberstadt.

In Gemäßheit des §. 50. des Reglements für die ritterschaftliche Feuer-Societät des Fürstenthums Halberstadt vom 21. November 1845 mache ich hierdurch bekannt, daß die nach §. 44 l. c. zur Führung der Societätsgeschäfte auf die 6 Jahre vom 11. Juli 1853 bis dahin 1859 erwählte Societäts-Direction resp. die Rechnungs-Abnahme Commission aus folgenden Mitgliedern besteht, und zwar:

a) die Direction aus

- 1) dem Königl. Landrath Herrn von Gusekt auf Darbesheim,
- 2) dem Königl. Major a. D. Herrn Grafen v. Sneyenau auf Sommerschenburg,
- 3) dem Herrn Rittergutsbesitzer von Reinedt auf Langenstein.

Die Geschäfte der Direction führt

der ad 1. genannte Landrath von Gusekt und dessen Stellvertreter ist der ad 3. genannte Rittergutsbesitzer von Reinedt.



Als Stellvertreter der Directoren sind gewählt:

- 1) der Königl. Landrath a. D. Herr von Roze auf Klein-Oscherleben,
- 2) der Herr Graf von Alvensleben auf Erleben,
- 3) der Mittergutsbesitzer Herr von Nathusius auf Hundsbürg.

b) die **Rechnungs-Abnahme-Commission** besteht aus:

- 1) dem Herrn Gutsbesitzer Nathusius auf Meyendorff,
  - 2) dem Herrn Baron Louis von Minnigerode,
  - 3) dem Herrn Grafen v. d. Schulenburg auf Otleben,
- und als Stellvertreter dieser Commissarien sind gewählt:

- 1) der Herr Baron von Gustdt auf Deereheim,
- 2) der Herr Reichsfreiherr von Grote auf Schauen,
- 3) der Herr Freigutsbesitzer Schaper zu Eilenstedt.

Als Rendant der Societätskasse fungirt einstweilen noch der Secretair Spangenberg zu Halberstadt.

Magdeburg, den 22. September 1853.

Der Königl. Ober-Präsident der Provinz Sachsen v. Witzleben.

In der Beilage bringen wir die Beschreibung der in Folge des Gesetzes vom 19. Mai 1851 (Gesetz-Sammlung Seite 335.) unter dem 2. November 1851 ausgefertigten neuen Cassenanweisungen mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntniß, daß die Ausreichung derselben durch Umtausch gegen die jetzt im Umlauf befindlichen Cassenanweisungen vom 2. Januar 1835 mit dem 1. October d. J. beginnen wird.

Es werden daher die Inhaber von Cassenanweisungen vom 2. Januar 1835 hiermit aufgefordert, diese vom 1. October d. J. ab entweder

- 1) hier bei der Kontrolle der Staatspapiere, Dranienstraße Nr. 92, parterre, oder
- 2) in den Provinzen bei den Regierungs-Hauptkassen, sowie bei den von den Königl. Regierungen zu bezeichnenden Kreis- oder Spezialkassen zu präsentiren, und dagegen neue Cassenanweisungen vom 2. November 1851 von gleichem Werthsbetrage in Empfang zu nehmen.

Das Geschäftslokal der Kontrolle der Staatspapiere wird zu diesem Behufe in den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr geöffnet sein. Dieselbe kann sich jedoch wegen des Umtauschgeschäfts weder mit Privatpersonen, noch mit Instituten oder Spezialkassen, in Schriftwechsel einlassen, wird vielmehr alle, ihr nicht durch die Regierungs-Hauptkassen zum Umtausch zukommenden Cassenanweisungen den Einsendern auf ihre Kosten remittiren.

Die Cassenanweisungen vom 2. Januar 1835 behalten übrigens einstweilen, bis zu dem nach Ablauf von 9 Monaten bekannt zu machenden Präclustertermine, ihre Gültigkeit.

Die Einlösung der Darlehenskassenscheine bleibt vorläufig noch ausgesetzt, und wird der Termin, an welchem deren Umtausch beginnen soll, später bekannt gemacht werden.

Berlin, den 12. September 1853.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Nr. 683.

Die Anweisung neuer Cassenanweisungen betr.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir mit dem Beifügen zur öffentlichen Kenntniß, daß neben der hiesigen Regierungs-Hauptkasse auch sämmtliche im Regierungsbezirke vorhandenen Kreisassen von uns besonders beauftragt worden sind, sich des Umtausches der bei selbigen zu präsentirenden, jetzt im Umlaufe befindlichen Kassenanweisungen vom 2. Januar 1835, gegen neue, unterm 2. November 1851 ausgefertigte Kassenanweisungen, zu unterziehen.

Die Steuer- und anderen Zahlungspflichtigen werden den Umtausch übrigens dann vermeiden können, wenn sie sich der alten Kassenanweisungen bei den an die betreffenden Assen zu leistenden Zahlungen allmählig zu entledigen suchen.

Merseburg, den 26. September 1853.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 684.  
Geschäfts-  
Beginn bei der  
General-  
Commission  
in Merseburg.

Vom 1. October d. J. ab wird die bisherige erste Abtheilung des unterzeichneten Collegii als eine besondere Behörde zu Merseburg ihren Sitz nehmen und von dort aus die Auseinandersetzungen der beiden südlichen Regierungsbezirke der Provinz leiten.

Die zweite Abtheilung des Collegii wird am hiesigen Orte verbleiben und die Leitung der Auseinandersetzungen im Regierungsbezirke Magdeburg behalten.

Die Königlichen Behörden und die Parteien werden daher ersucht, ihre Schreiben an unsere erste Abtheilung bis zum 30. September d. J. hierher, vom 1. October d. J. ab dagegen unter der Adresse:

an die Königliche General-Commission zu Merseburg,  
nach dem letzteren Orte zu richten, an unsere zweite Abtheilung aber vom 1. October d. J. ab

an die Königliche General-Commission zu Stendal  
zu adressiren.

Stendal, den 1. September 1853.

Königliche General-Commission für die Provinz Sachsen.

Nr. 685.  
Den Schluß der  
Renten-Übernahme auf die  
Rentendank  
für die Provinz  
Sachsen pro  
1. October 1853  
betr.

Die Ueberrahme von Renten auf die hiesige Provinzial-Rentenbank pro 1. October 1853 ist jetzt geschlossen und sind die theilhabenden Berechtigten und Verpflichteten von der erfolgten Ueberrahme in jedem einzelnen Falle, mit Angabe des Reccesses und des übernommenen Rentenbetrags, von uns benachrichtigt worden. Wir bringen dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß aus den bis jetzt etwa noch abgeschlossenen Recessen, wegen welcher eine derartige Benachrichtigung an die Berechtigten und Verpflichteten von uns nicht ergangen ist, die Renten-Üeberrahme auf die Rentenbank zum 1. October d. J. nicht mehr hat stattfinden können, sondern die in diesen Recessen stipulirten Renten, nach Vorschrift der §§. 15. bis 17. des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850, bis auf Weiteres von den Verpflichteten an die Berechtigten zu entrichten sind.

Wegen Ausbändigung der Abfindungen für die zum 1. October d. J. auf die Rentenbank übernommenen Renten von Privaten wird den Berechtigten die diesseitig vorbereitete nähere Eröffnung noch im Laufe des Monats October c. zugeben. Anlangend die Abfindungen aus solchen Recessen, nach denen die Capital-Ablösung durch

Vermittelung der Staatskasse und der Rentenbank erfolgt, so können dieselben erst ausgehändigt werden, wenn die Abfindungs-Capitalien wirklich bei den königlichen Regierungs-Hauptkassen eingegangen sind und uns dies durch die königlichen Regierungen mitgetheilt worden ist. Ueber den Zeitpunkt der Verabfolgung auch dieser Abfindungen wird jedem Berechtigten eine besondere Benachrichtigung von uns zu seiner Zeit gleichfalls zugehen.

Magdeburg, den 24. September 1853.

**Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.**

Die geehrten Interessenten der Berliner allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungskasse werden hierdurch ergebenst benachrichtigt, daß zur Ergänzung der theils gestorbenen, theils reglementsmäßig auscheidenden Mitglieder des Curatorii und deren Stellvertreter zum 1. Januar 1854 Neuwahlen von drei Herren Curatoren und drei Herren Stellvertreter nach Vorschrift des §. 23. lit. d. bis g. des Reglements der Anstalt vom 3. September 1836 zu vollziehen sind. Zu diesem Behufe werden wir die erforderlichen Wahlzettel den geehrten Interessenten bei Ausreichung der Beitrags-Quittungen zu dem mit dem 1. December d. J. beginnenden Zahlungs-Termine zugehen lassen.

Nr. 686.  
Die Neuwahl  
dreier Curato-  
ren etc. bei der  
Berliner allg.  
Wittwen-  
Pensions- und  
Unterstützungs-  
kasse.

Berlin, den 15. September 1853.

**Direction der Berliner allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungskasse.**

Die Hypothekentabellen über die in unserer Bekanntmachung vom 14. December 1852 (Reg. Amtsbl. Stüd 9. pro 1853) aufgeführten Grundstücke, welche Traugott Hanf und Karl Gottlob Hendrich der Ältere in Großhilmédorf und dasiger Flur besitzen, sind in das Hypothekenbuch übertragen und wird der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesen Grundstücken von nun an lediglich nach dem Allg. Landrecht, der Allg. Gerichts-Ordnung und Hypotheken-Ordnung beurtheilt werden.

Nr. 687.  
Hypothekensachen.

Osterfeld, den 9. Mai 1853.

**Königliche Kreisgerichts-Commission.**

Die Hypothekentabelle über das in unserer Bekanntmachung vom 1. October pr. (Reg. Amtsblatt Stüd 9. pro 1853 Nr. 124.) aufgeführte Grundstück, welches die Gemeinde Nautschüg in dasiger Flur besitzt, ist in das Hypothekenbuch übertragen und wird der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesem Grundstück von nun an lediglich nach dem Allgemeinen Landrecht, der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt werden.

Nr. 688.  
Hypothekensachen.

Osterfeld, den 1. Juni 1853.

**Königliche Kreisgerichts-Commission.**

Die im vierten Stüd des Regierungs-Amtsblatts vom Jahre 1851 bekannt gemachte Hypothekentabelle des Johann Friedrich Gräbner und dessen Ehefrau Eleonore

Nr. 689.  
Hypothekensachen.

geb. Canold zu Großengestewitz ist in das Hypothekenbuch übertragen und wird der Erwerb neuer Hypothekenrechte an dem darin aufgeführten Grundstücke lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt.

Osternfeld, den 11. Juli 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Nr. 690. Die Hypothekentabelle über ein Stück sogenannten Klemberg vor dem hiesigen Klingenthore an 3 Morgen 8 Ruthen, welches der Mühlenbesitzer Friedrich Adolph Eschen, Hemme von dem hiesigen Magistrat erkaufte, ist fertig und kann innerhalb zweier Monate, vom 8. Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung im Amtsblatte an, bei uns eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen sind unzulässig.

Weißenfels, den 30. Mai 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission I. Bezirks.

Nr. 691. Die Hypothekentabelle über das Grundstück: ein Fleckchen Wiese, 7 Ruthen haltend, in den sauren Wiesen, Nr. 890. des Flurbuchs, der Christiane Friederike Hasemann geborne Kramer zu Ploth, ist fertig und kann innerhalb zweier Monate, vom 8. Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung im Amtsblatte, in unserer Registratur eingesehen werden.

Spätere Erinnerungen dagegen sind unzulässig.

Weißenfels, den 9. Juli 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission II. Bezirks.

Nr. 692. Von dem auf ehemals Blüthgenschen, jetzt zum Hemsendorfer Rittergute gehörenden Richterquits Grund und Boden neu erbauten Wohnhause der Wittwe Marbás, Johanne Louise geb. Haag und ihrer Kinder 1. Ehe, Nr. 37. cat. in Goredorf, ist die Hypothekentabelle fertig und kann während 2 Monate, vom 8. Tage nach Insertion dieser Bekanntmachung, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen können nicht berücksichtigt werden.

Zeßen, den 1. Juli 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Nr. 693. Die Hypothekentabellen über die in unserer Bekanntmachung vom 5. Februar c. (Stück 23. des Regierungs-Amtsblattes) erwähnten Grundstücke des Ziegeldeckers Christoph Frenberg in Edeßjün und der Christian Nebrichschen Eheleute in Wesedau sind in das betreffende Hypothekenbuch übertragen und ist daher der Erwerb neuer Hypotheken daran nunmehr nur nach den Vorschriften der Preussischen Gesetze zu beurtheilen.

Ebnern, den 25. August 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

# Personal-Chronik.

Die Schul- und Rüsterstelle in Raundorf, Ephorie Lissen, Privat-Patronats, Nr. 694. wird durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Die Schulstelle in Burgheßler, Ephorie Eckartsberga, Privat-Patronats, Nr. 695. ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Die Cantor- und Knabenlehrerstelle in Stößen, Ephorie Lissen, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Die Pfarrstelle zu Jhlewig, in der Diöces Gerbstedt, ist durch das Ableben ihres Inhabers erledigt; sie ist königlichen Patronats. Nr. 697.

Die erledigte evangelische Pfarrstelle an der Hospitalkirche zu Erfurt ist dem bisherigen Prediger Bernhard Emil Theodor Prüller zu Bietlich bei Trier verliehen worden. Nr. 698.

Zu der erledigten evangelischen Pfarradjunctur zu Brumby, in der Diöces Calbe a. d. S., ist der bisherige Pfarrer an St. Laurentii in Halle, Heinrich Ahrendts, berufen und bestätigt worden. Patron der dadurch vacant gewordenen Pfarrstelle zu St. Laurentii in Halle ist Se. Majestät der König. Nr. 699.

Die unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Mitteleldau, in der Diöces Ebnern, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers vacant geworden. Nr. 700.

Dem Oberlehrer an der lateinischen Hauptschule zu Halle, Carl August Weber, ist das Prädicat eines Professors verliehen. Nr. 701.

Dem Conrector am Gymnasium zu Wittenberg, Dr. Breitenbach, ist von des Herrn Unterrichts-Ministers Excellenz das Prädicat eines Professors verliehen worden. Nr. 702.

Im Liebenwerdaer Kreise sind auf die Jahre 1853 — 1856:

a) für den V. Landbezirk: der Oberamtmann Karl Krug in Padiß zum Schiedsmann; Nr. 703.

b) für den VII. Landbezirk: der Rittergutsbesitzer Franz Stephan II. in Martinßirchen zum Schiedsmann, der Oberamtmann Karl Kbbcr in Burgdorf zum Stellvertreter;

c) für den VIII. Landbezirk: der Erb- und Lehnrichter Ferdinand Reuther in Boragk zum Schiedsmann, der Hüfner Karl Christlieb Brückner daselbst zum Stellvertreter,

gewählt und als solche gehörig verpflichtet worden.

Zu Schiedsmännern resp. Stellvertreter sind im Liebenwerdaer Kreise auf die Jahre 1853/56: Nr. 704.

a) für den IX. Landbezirk: der Ortsrichter Gottlob Richter in Krauschütz zum Schiedsmann, der Gutsbesitzer und Gastwirth Gotthardt Müller in Prösen zum Stellvertreter;

- b) für den XI. Landbezirk: der Ortsrichter Karl Hānsel in Gröden zum Schiedsmann, der Gastwirth Karl Bischoff daselbst zum Stellvertreter;
- c) für den XII. Landbezirk: der Oberstlieutenant a. D. von Bojanowsky in Großmehlen neuen Theils zum Schiedsmann, gewählt und als solche gehdrig verpflichtet worden.

Nr. 703. Für die Stadt Uebigau im Liebenwerdaer Kreise sind für die Jahre 1853 bis 1856 der Glasermeister Karl Schmidt daselbst zum Schiedsmann und der Stadtmusikus Gottfried Müller daselbst zum Stellvertreter gewählt und als solche gehdrig verpflichtet worden.

Nr. 706. Im Liebenwerdaer Kreise sind für die Jahre 1853/56 zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern

- a) für den I. Landbezirk: der Schloßmühlenbesitzer Morig Kunert in Freiwinkel zum Stellvertreter;
- b) für den II. Landbezirk: der Schmiedemeister Gottfried Henze in Wiederau zum Stellvertreter;
- c) für den III. Landbezirk: der Gerichtsschöppe und Hufengutbesitzer Gottlieb Schmidt in Beyersdorf zum Schiedsmann, der Ortsrichter Carl Fischer daselbst zum Stellvertreter, der Ortsrichter Christian Stieler in Marxdorf zum Schiedsmann;
- d) für den IV. Landbezirk: der Hufengutbesitzer Traugott Krenzel in Marxdorf zum Stellvertreter;
- e) für den VI. Landbezirk: der Hufner Gotthelf Gehre in Wenzendorf zum Schiedsmann, der Hufner August Niederich in Cosdorf zum Stellvertreter;
- f) für den X. Landbezirk: der Ortsrichter Gottlob Freund in Gorden zum Stellvertreter

gewählt und als solche gehdrig verpflichtet worden.

Nr. 707. Der seitherige Protocollführer Siegmund Ferdinand Wilhelm Sußmann zu Ascherleben ist in Folge nachgewiesener Qualification zum Oekonomie-Commissionsgehilfen ernannt und vom 1. October d. J. ab der Special-Commission zu Hofla beigeordnet worden.

Nr. 708. Der inv. Gefreite Johann Friedrich Schmidt ist nach bestandener Probezeit als Briefträger bei der Postexpedition in Sangerhausen bestätigt worden.

Nr. 709. Der Postsecretair Mez in Wittenberg ist vom 1. October c. nach Elberfeld versetzt. In seine Stelle tritt der Postsecretair Kröbel aus Elberfeld.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 4 Bogen stark, für den Zeiger landräthlichen Kreis.

Druck von G. Jurek (senst Kolbigk'sches Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**40. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 8. October 1853.

Bei der heute hierselbst erfolgten Verloosung der im Jahre 1764, sowie der anstatt der frühern unverwechselten und unverloosebaren Steuerscheine im Jahre 1836 ausgefertigten Steuer-Credit-Kassenscheine sind folgende Nummern Behufs deren Realisirung im Ostertermine 1854 gezogen worden:

Nr. 710.  
Die im Oster-  
termin 1854 aus-  
gegebenen  
Steuer-  
Credit-Kassenscheine  
sind.

**1) von den Steuer-Credit-Kassenscheinen aus dem Jahre 1764**

von Litt. A. à 1000 Thaler:

Nr. 98. 499. 1016. 1160. 1432. 2059. 2964. 3519. 3632. 3776. 3908. 3988.  
4726. 5071. 5312. 5696. 6336. 6624. 6845. 7209. 7983. 8201. 8220.  
8468. 8625. 9764. 10040. 10888. 11890. 12149. 12323. 12431. 12463.  
12904. 13185. 13466. 13858. 13923. 13989.;

von Litt. B. à 500 Thaler:

Nr. 582. 1186. 1371. 1520. 1551. 2054. 2378. 2468. 2973. 3013. 3314. 3779.  
4245. 4747. 4814. 4985. 5433. 6095. 6723. 7273. 7925. 7989.;

von Litt. D. à 100 Thaler:

Nr. 313. 441. 659. 985. 1280. 1310. 1454. 2123. 2460. 3235. 3940. 4146.  
4233. 4282. 4293. 4938. 5604. 5759. 5801. 6106. 6308. 6349. 6179.

**2) von den Steuer-Credit-Kassenscheinen aus dem Jahre 1836**

von Litt. A. à 1000 Thaler:

Nr. 123. 139. 158. 171.;

von Litt. B. à 500 Thaler:

Nr. 99.;

von Litt. C. à 200 Thaler:

Nr. 15. 73. 122. 166.;

von Litt. D. à 100 Thaler:

Nr. 103.;

von Litt. E. à 50 Thaler:

Nr. 24.

Die Besitzer der vorverzeichneten Scheine werden hierdurch veranlaßt, die Capitalien gegen Rückgabe der Scheine und der dazu gehörenden Talons und Coupons zu

Ostern 1854, wo deren Verzinsung aufhört, bei der hiesigen Regierungs-Hauptkasse in Preuß. Courant in Empfang nehmen.

Merseburg, den 29. September 1853.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung der  
Staats-Schulden:

Der Regierungs-Präsident v. Wedell.

Nr. 711.  
Die im Oster-  
termin 1853  
ausgegebenen  
und resp.  
zur Zahlung  
aufgeführten  
Kammer-  
Credit-Kassen-  
scheine betr.

Bei der unterm heutigen Tage hierselbst Statt gehaltenen Verlosung der vormalig Sächsischen, jetzt Preussischen Kammer-Credit-Kassenscheine wurden nachverzeichnete Nummern Befuß deren Realisirung im Ostertermin 1854 gezogen:

von Litt. Aa. à 1000 Thlr.:

Nr. 170, 274, 445, 467, 475, 1095, 1371, 1468, 1505, 1524, 1667, 1682, 1729,  
2021, 2109, 2344, 2504, 2577, 2764, 2773, 3127,;

von Litt. B. à 500 Thlr.:

Nr. 105, 184, 278, 341, 412, 597.

Außerdem werden von den unverzinslichen Kammer-Credit-Kassenscheinen Litt. E à 41 Thlr. die Scheine

Nr. 10385, 10400, 10403, 10515, 10529, 10566, 10585, 10628, 10843, 10864,  
11079.

im Ostertermin 1854 zur Zahlung ausgesetzt.

Die Befizer der vorbenannten verloofenen und resp. zur Zahlung ausgesetzten Scheine werden hierdurch veranlaßt, die Capitalien gegen Rückgabe der Scheine und der zu den Scheinen Litt. Aa. und B. gehörenden Talons und Coupons mit dem Eintritt des Ostertermins 1854, wo die Verzinsung der jetzt gezogenen Scheine Litt. Aa. und B. aufhört, bei der hiesigen Regierungs-Hauptkasse in Preuß. Courant zu erheben.

Merseburg, den 29. September 1853.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung der  
Staats-Schulden:

Der Regierungs-Präsident v. Wedell.

Nr. 712  
Der Geschäfts-  
verkehr der  
Versicherungs-  
Anstalten und  
deren Agenten.

Mit Bezug auf §. 1. des Gesetzes vom 17. Mai d. J., betreffend den Geschäftsverkehr der Versicherungs-Anstalten (Gesetzsammlung pag. 293.) fordern wir die in unserem Bezirke wohnhaften Unternehmer von Versicherungs-Anstalten jeder Art, welche noch nicht im Besitze einer Genehmigung der Staatsbehörde sich befinden, hierdurch auf, die Genehmigung zum Fortbetriebe der Anstalt im Laufe des October d. J. bei uns nachzusuchen und diesen Antrag durch Beifügung des Statutes der Anstalt zu begründen.

Von dieser Anordnung werden nur die Sterbe-, Unterstützungs- und Krankenkassen der Innungen nicht betroffen, deren Errichtung und Leitung durch die ministeriell b. stätigten Innungsstatuten unter die Aufsicht der Communalbehörden gestellt ist.

Die Unternehmer aller übrigen Versicherungs-Anstalten setzen sich der Gefahr aus, auf Grund des §. 340. Nr. 6. des Strafgesetzbuches bestraft zu werden, wenn



sie nach Ablauf der gedachten Frist ihr Geschäft fortbetreiben, ohne den Nachweis führen zu können, daß sie dazu die Staatsgenehmigung erhalten, oder wenigstens nachgesucht haben.

Zur Vermeidung gleicher Gefahr, nach Maßgabe des §. 7. des Ges. vom 17. Mai d. J. strafbar zu werden, fordern wir alle in unserm Departement wohnhaften Agenten für Versicherungs-Anstalten jeder Art, welche zur Zeit weder von uns, noch auf Grund des §. 49. der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung von einer untergeordneten Polizei-Börigkeit Concession erhalten haben, hierdurch auf, spätestens im Laufe des October d. J. durch Vermittelung der Polizeibehörde ihres Wohnorts ihre Concessionirung bei uns zu beantragen, und dabei nach Vorschrift des §. 6. des Gesetzes vom 17. Mai d. J. nachzuweisen, daß ihre Vollmachtgeber concessionirt sind.

Die Polizeibehörden haben bei Einreichung der Gesuche sich über dieselben mit Rücksicht auf §. 1. des gedachten Gesetzes und auf §. 63. der Verordnung vom 9. Februar 1849, betreffend die Errichtung von Gewerberäthen u. gutachtlich zu äußern.

Merseburg, den 28. September 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Benützung der Deiche im Brottenwisch-Triestewitzer Deichverbande zur Anpflanzung von Hecken, Bäumen und Sträuchern wird, in Gemäßheit des §. 24. des Deichgesetzes vom 28. Januar 1848 (Gesetz-Sammlung pag. 59.), auf Grund der §§. 6. und 11. des Polizeigesetzes vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung pag. 266.), bei einer Geldstrafe bis zu 10 Thlr. hiermit verboten.

Merseburg, den 28. September 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nachdem das Gesetz vom 2. Juni 1852, den Diebstahl an Holz und anderen Waldproducten betreffend, das Gesetz vom 7. Juni 1821 und die dasselbe ergänzenden und erläuternden Bestimmungen außer Kraft gesetzt bar, so erlassen wir in Gemeinschaft mit dem Königl. Appellationsgericht zu Raumburg, auf Grund des §. 14. des Gesetzes vom 2. Juni 1852, die näheren Bestimmungen wegen der von den Holzdieben statt der gegen sie erkannten Gefängnißstrafen zu leistenden Arbeiten.

#### §. 1.

Sobald das Urtheil rechtskräftig geworden ist, zieht das Gericht das Werthersatzgeld und die mit erkannte Geldbuße von dem Verurtheilten ein. Ist die Summe beider nicht ganz einziehbar gewesen, so ist das Eingezogene zunächst auf das Werthersatzgeld zu verrechnen.

#### §. 2.

Hat die Geldbuße ganz oder zum Theil nicht eingezogen werden können, so läßt das Gericht einen Bestellzettel nach dem am Schlusse abgedruckten Schema für eine jede Drtschaft, in welcher zur Ableistung der Strafarbeit vorzuladende Verurtheilte vorhanden sind, getrennt aufstellen und darin die Colonnen 1. bis 5. ausfüllen. Ist nur ein Theil der Geldbuße im Rückstande geblieben, so ist in die Colonnen 5.

Nr. 713.

Die Vorschriften auf den Deichen des Brottenwisch-Triestewitzer Deichverbandes betr.

Nr. 714.

Regulativ, die nach den Vorschriften des Polizeigesetzes vom 2. Juni 1852 von den Verurtheilten zu leistenden Arbeiten betr. (Aber die Verurtheilten u. Merseburg.)

nur diejenige Strafbeitszeit einzutragen, welche von dem Verurtheilten für diesen Rest der Geldbuße nach dem in dem Urtheile festgesetzten Verhältnisse noch zu leisten ist.

§. 3.

Diesen Bestellzettel, mit der darauf befindlichen Ermächtigung, die darin aufgeführten Condemnaten während der angegebenen Zeit innerhalb der nächsten drei Monate, vom Tage des Empfangs an gerechnet, zur Strafbeits heranzuziehen, und dieselben zu dem Ende durch ihre Ortsbehörden bestellen zu lassen, übersendet das Gericht dem Verurtheilten.

§. 4.

Der Letztere füllt darin die Colonnen 6., 7. und 8. aus, unterschreibt diese Colonnen und übersendet den Bestellzettel der betreffenden Ortsbehörde.

§. 5.

Die Ortsbehörden werden mit Rücksicht auf §. 43. des Gesetzes vom 2. Juni 1852 hierdurch angewiesen, den in dieser Art an sie gelangenden Requisitionen wegen Bestellung der Verurtheilten zur Arbeit zu genügen und zu dem Ende die Bestellung durch einen executiven Beamten, in Landgemeinden durch den Gemeindevorsteher, vornehmen zu lassen.

§. 6.

Der Letztere hat in der Colonne 9. des Bestellzettels bei einem jeden zu Bestellenden zu vermerken, wem er die Bestellung mitgetheilt hat und an welchem Tage dies geschehen ist. Unter dem Bestellzettel attestirt demnachst der bestellende Beamte amtseidlich, daß die Bestellung nach Inhalt des Zettels erfolgt ist.

§. 7.

Die Ortsbehörde hat dafür zu sorgen, daß der Bestellzettel rechtzeitig und spätestens am Tage vor dem Beginn der Arbeit an den Verurtheilten zurückgelangt.

§. 8.

Dieser hat demnachst in der Colonne 10. bei einem jeden zur Strafbeits Bestellten zu vermerken, ob er zur Ableistung der Strafbeits erschienen ist oder nicht, und ob er die ihm auferlegte Arbeit ganz, oder welchen Theil davon er geleistet hat. Mit diesen Bemerkungen hat der Verurtheilte, nachdem er die Colonne 10. durch Namensunterschrift vollzogen hat, den Bestellzettel gleich nach Ablauf der zur Leistung der Strafbeits bestimmten Zeit, jedenfalls aber, und zwar bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe oder kosten- und strampfpflichtiger Verfügungen, spätestens acht Tage nach Ablauf der festgesetzten dreimonatlichen Frist (§. 3.) an das Gericht zurückzusenden oder die Hinderungsgründe speciell anzuzeigen. Er haftet dabei für alle die Nachtheile, die aus einer etwaigen Verzögerung oder Unrichtigkeit in diesen Angaben entstehen.

§. 9.

Das Gericht setzt demnachst auf den Grund dieser Bemerkungen die an den Condemnaten eventuell noch zu vollziehenden Strafen fest und läßt dieselben vollstrecken.

§. 10.

Will der Verurtheilte auf die Strafbeits verzichten, so hat er dies entweder

ein für alle Mal, oder in dem Forstgerichtstermine zu erklären, oder dem Gericht den ihm nach §. 3. zugefertigten Bestellzettel mit dieser Erklärung zurückzureichen, in welchem Falle alsdann sogleich mit Vollstreckung der Strafe unmittelbar durch das Gericht vorgefahren wird.

§. 11.

Im Falle dagegen von dem Bestohlenen Arbeiten gefordert werden, müssen dieselben nach Inhalt des Gesetzes vom 2. Juni pr.:

- a) zum Vortheil des Bestohlenen und nicht eines Anderen gereichen,
- b) geeignete sein.

Als geeignete Arbeiten sind in der Regel lediglich Forst-, Feld-, Wiesen-, Garten-, Gräben- und Wege-Arbeiten zu betrachten, die man durch gewöhnliche Handarbeiter verrichten zu lassen pflegt. In einzelnen Fällen, auf besonders begründete, vor der Bestellung (§. 4.) anzubringende Anträge, Ausnahmen zu gestatten, bleibt den Gerichten überlassen.

§. 12.

Für folgende Werkzeuge: Hacke, Spaten, Schaufel und hölzerne Harke, hat der Strafarbeiter selbst Sorge zu tragen und diejenigen davon mit an Ort und Stelle zu bringen, welche von dem Bestohlenen in Colonne 8. des Bestellzettels vermerkt sind (§. 4.).

Fehlen ihm diese Werkzeuge, so kann er zur Arbeit nicht zugelassen werden und hat zu gewärtigen, daß die Strafe unmittelbar durch das Gericht an ihm vollzogen werden wird.

Sollte der Bestohlene Willens sein, denjenigen Strafarbeitern, welche mit Werkzeugen nicht versehen sind, dergleichen zu leihen, so hat er dies der betreffenden Ortsbehörde bei Uebersendung des Bestellzettels (§. 4.) zu bemerken und alsdann dafür zu sorgen, daß die von ihm herzugebenden Werkzeuge rechtzeitig an Ort und Stelle geschafft werden.

§. 13.

Die Arbeitszeit, welche 24 stündige Gefängnißstrafe repräsentirt, dauert vom 1. März bis letzten October täglich 9 Stunden, vom 1. November bis letzten Februar täglich 7 Stunden. Während der Arbeitszeit wird  $\frac{1}{2}$  Stunde Ruhe zum Frühstück und 1 Stunde Ruhe zum Mittagessen gestattet.

§. 14.

Für folgende Arbeiten werden gewisse Tagewerke bestimmt, dergestalt, daß die Strafarbeiter, wenn sie durch angestrenzte Thätigkeit mit der ihnen zugewiesenen Arbeit früher fertig werden, früher entlassen werden, dagegen den Rest nacharbeiten oder durch Gefängnißstrafe verbüßen müssen, wenn sie die danach zu leistende Arbeit innerhalb der dazu angeetzten Zeit nicht fertig gestellt haben. In einem solchen Falle bleibt es dem Belieben des Bestohlenen überlassen, ob er die Strafarbeiter innerhalb der im §. 3. festgesetzten dreimonatlichen Frist zur Erfüllung des Arbeitsmaaßes noch verstatte, oder sogleich auf Vollstreckung des Restes der Strafe unmittelbar durch das Gericht antragen will.

Art der Forstarbeit.	Maap.	Arbeitsbe- trag pro Tag.  Maximum und Minimum mit Rück- sicht auf die Lokal-Ver- hältnisse.	Bemerkungen.
A. Grabenarbeit.			
1) Anfertigung neuer Gräben.			Mit Rücksicht auf die Boden- verhältnisse bleibt es dem Be- stohlenen überlassen, inner- halb des Maximums und Mi- nimums das Arbeitsmaaß festzusetzen.  Bei anderen Grabendimen- sionen werden diese Sätze im Verhältniß des Kubit, In- halts des Graben-Auswurfs reducirt.
4' oben, 1' unten breit, 2' tief	Ruthe.	3½ — 1½	
3' . 2' . . . 2' .	do.	3 — 1½	
2) Aufräumung älterer Gräben.			
3' oben, 1' unten breit, 1½' tief	Ruthe.	15 — 5	
4' . 1' . . . 2' .	do.	10 — 3	
3' . 2' . . . 2½' .	do.	8 — 2½	
B. Anfertigung v. Pflanz- löchern für Pflanzen.			
I. Größe von 6 — 8' lang,	Stück	130 — 45	Ebenfalls mit Rücksicht auf die Bodenbeschaffenheit festzu- setzen.
II. . . . 3 — 4' .	Pflanz- löcher.	250 — 90	
III. . . . ½ — 1' .		400 — 135	
C. Abhacken des Rasens und Haidefilzes.			
	Quadrat- Ruthe.	30 — 20	Abshälen des Rasens von der ganzen Fläche.
		60 — 45	Abshälen von 1 — 1½' breiten Streifen in 3füßiger Entfer- nung.
		90 — 60	1½ — 2 Quadratfuß große Plätze in 3füßiger En- fernung. Das Maximum und Minimum bezieht sich auf die Verschiedenheit der Benar- bung des Bodens.
D. Umgraben des Bodens.			
a) bei urbarem Lande. . . .	Quadrat.	10 — 5	
b) bei noch nicht urbarem Lande	Ruthe.	6 — 3	

Von diesen auf 9stündige Arbeit berechneten Tagewerken wird bei der 7stündigen  $\frac{1}{2}$  in Abzug gebracht. Auch wird dem Bestohlenen überlassen, wenn körperschwache Männer, Frauen oder Kinder Arbeit leisten sollen,  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{1}{3}$  des bestimmten Tagewerkes abzurechnen.

§. 15.

Die nöthige Aufsicht bei der Arbeit führt der Bestohlene, dessen Beamter oder Aufseher.

§. 16.

Auflassend schlechte Arbeit, fortgesetzte Trägheit, muthwillige oder boshafte Beschädigung der etwa von dem Bestohlenen hergeliebten Werkzeuge, Aufheizen der Mitarbeiter, offener Ungehorsam, Beleidigungen, Thätlichkeiten oder Widerseghlichkeit gegen denjenigen, der bei der Arbeit die Aufsicht führt, berechtigen denselben zur Entlassung des betreffenden Strafarbeiters, mit der Wirkung, daß die weitere Vollstreckung unmittelbar durch das Gericht geschieht, unbeschadet der etwa sonst von dem Strafarbeiter mit seiner Handlungsweise verwirkten Strafe.

§. 17.

Wer von den Strafarbeitern sich nicht zur bestimmten Zeit, nicht an dem bestimmten Orte, nicht mit den bestimmten Werkzeugen zur Arbeit einfindet oder sich eigenmächtigerweise aus der Arbeit entfernt, hat zu gewärtigen, daß er demnächst nicht, resp. nicht weiter zur Arbeit zugelassen wird, und daß die weitere Vollstreckung unmittelbar durch das Gericht eintritt.

§. 18.

Glaubt der Strafarbeiter, daß der Bestohlene ihm Arbeiten aufgabe, die nicht zu den im §. 11. bezeichneten gehören, oder daß er bei der Forderung von Arbeiten, für welche im §. 14. Tagewerke festgesetzt sind, das darin bestimmte Maas überschreite, so bleibt ihm überlassen, sich an das betreffende Gericht zu wenden, welches alsdann entweder festsetzen wird, welche Arbeit, event. welches Tagewerk der Verurtheilte zu leisten hat, oder nach Befinden sogleich mit der weiteren Vollstreckung der Strafe vorgehen wird.

§. 19.

Muß das Gericht in den Fällen der §§ 10., 12. und 14. dieses Regulativs, oder weil der Bestohlene keine geeigneten Arbeiten anweisen kann (§. 11.), oder die Anweisung innerhalb der gestellten Frist unterlassen hat (§. 3.), oder endlich weil neben einer einzubehaltenden Geldbuße nach §. 9. des Gesetzes vom 2. Juni 1852 nur eine zusätzliche Gefängnißstrafe verhängt ist, — mit Vollstreckung der noch abzubüßenden Gefängnißstrafe unmittelbar vorschreiten, so hat das Gericht alsdann entweder ohne Weiteres den Verurtheilten in das Gerichts-Gefängniß aufzunehmen, wo er gleich anderen Strafgefangenen behandelt wird, oder ihm nach Befinden auf Grund des §. 13. des Gesetzes vom 2. Juni 1852 auch außer dem Gefängnisse zu Arbeiten, die seinen Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen sind, soweit sich dazu Gelegenheit findet, anzuhalten.

Diese Arbeiten werden für Rechnung der Gefangenen-Anstalten unter gehöriger









drei Abschnitte, den schriftlichen, den practischen und den mündlichen. Zu den beiden letzteren Abschnitten muß der Candidat sich in Berlin einfinden.

§. 4.

Die schriftliche Prüfung besteht in der Bearbeitung von zwei Aufgaben, von denen die eine aus der gerichtlichen, die andere aus der polizeilichen Thierheilkunde entnommen ist.

Diese Aufgaben werden nach erfolgter Zulassung des Candidaten von der Prüfungs-Commission entworfen und dem Minister der Medizinal-Angelegenheiten eingereicht, welcher dieselben durch die betreffende Regierung dem Candidaten zustellen läßt.

§. 5.

Die Ausarbeitungen müssen in der Regel spätestens sechs Monate nach Empfang der Aufgaben dem Minister der Medizinal-Angelegenheiten mit der eidesstattlichen Versicherung, daß der Candidat sie allein und ohne fremde Hülfe angefertigt habe, eingereicht werden. Nach Ablauf dieser, oder der ausnahmsweise, jedoch nur einmal zu verlängernden Frist werden die Arbeiten nicht mehr angenommen.

§. 6.

Die Probearbeiten werden der Prüfungs-Commission zur Begutachtung vorgelegt und von derselben mittelst besonderen Berichts dem Minister der Medizinal-Angelegenheiten zurückgereicht.

Genügen die Ausarbeitungen den Anforderungen der Prüfungs-Commission, so wird der Candidat zu den übrigen Prüfungsabschnitten zugelassen.

Wird auch nur eine der Ausarbeitungen mittelmäßig oder schlecht befunden, so erhält der Candidat, wenn er die Prüfung zu wiederholen wünscht, nach einer nach dem Ausfall der Arbeiten zu bemessenden Frist von 3 bis 12 Monaten neue Aufgaben.

§. 7.

Wenn der Candidat in der schriftlichen Prüfung bestanden ist, so hat er sich spätestens binnen 6 Wochen zu der practischen und mündlichen Prüfung bei dem Director der Prüfungs-Commission zu melden, widrigenfalls die schriftliche Prüfung zunächst wiederholt werden muß.

§. 8.

Die practische Prüfung wird vor dem Director der Prüfungs-Commission und zwei Prüfungs-Commissariaten abgelegt.

In derselben hat der Candidat entweder an einem lebenden Thiere einen in gerichtlicher oder polizeilicher Beziehung in Betracht kommenden Krankheitsfall zu untersuchen, demnächst einen Bericht darüber sogleich mündlich vorzutragen und alsdann ein schriftliches Gutachten über diesen Fall binnen einer von dem Director der Commission zu bestimmenden Frist unter Aufsicht auszuarbeiten; oder die Section eines gefallenen Thieres zu verrichten und den Sectionenbericht nebst Gutachten unter Beobachtung der für gerichtliche Sectionen vorgeschriebenen Formen binnen einer von dem Director der Commission zu bestimmenden Frist unter Aufsicht auszuarbeiten.

§. 9.

Die mündliche Prüfung wird unmittelbar nach bestandener practischer Prüfung

vor dem Director und denselben zwei Prüfungs-Commissarien, welche bei der practischen Prüfung beschäftigt gewesen sind, abgehalten.

Die Gegenstände dieser Prüfung werden aus dem ganzen Gebiete der gerichtlichen und polizeilichen Thierheilkunde entnommen.

Es dürfen in derselben gleichzeitig nicht mehr als 4 Candidaten geprüft werden.  
§. 10.

Ueber die practische und mündliche Prüfung wird ein Protocoll aufgenommen, welches die Gegenstände der Prüfung, das Urtheil jedes einzelnen Examinators und die Schlusssur der Commission über das Gesamtergebniß der Prüfung enthalten muß. Dasselbe ist dem Minister der Medizinal-Angelegenheiten einzureichen.  
§. 11.

Die bisher für die einzelnen Prüfungsabschnitte und für die Gesamtprüfung üblichen Censuren: „vorzüglich gut“, „sehr gut“, „gut“, „mittelmäßig“ und „schlecht“ werden beibehalten. Auf Grund einer der drei ersten Censuren wird das Fähigkeitszeugniß zum Kreisthierarzte erteilt.

Die beiden letzten Censuren begründen die Abweisung der Candidaten, dieselbe erfolgt nach Maßgabe des Inhalts der Prüfungsverhandlungen für einen Zeitraum von 3 bis 12 Monaten.

§. 12.

Die Wiederholung der Prüfung resp. der einzelnen Prüfungsabschnitte ist in der Regel nur einmal zulässig, so daß ein zum zweiten Male durchgefallener Candidat für immer abgewiesen wird.

§. 13.

Die von den Candidaten zu entrichtenden Prüfungsgebühren betragen 8 Thlr., wovon für die schriftliche Prüfung . . . . . 3 Thlr., für die practische und mündliche Prüfung zusammen . . . . . 3 Thlr., und für allgemeine Ausgaben . . . . . 2 Thlr. verwendet werden.

Drei Thaler werden bei Uebersendung der Aufgaben von dem Candidaten eingezogen, die übrigen fünf Thaler bei der Meldung zur practischen und mündlichen Prüfung zur Generallasse des Ministeriums eingezahlt.

Berlin, den 6. September 1853.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.  
(gez.) von Raumer.

Nr. 717.  
Patent-  
Ertheilung.

Dem Uhrmacher Albert Bohmeyer zu Brucke bei Eßnern ist unter dem 27. Juni 1853 ein Patent auf eine ruhende Spindelhemmung für Taschenuhren in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

Druck von C. Zurl (Junk Kobig'schens Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.

## 41. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 15. October 1853.

Das 52. Stüd der Geseß-Sammlung enthält unter:

Nr. 718.

- Nr. 3846. Verordnung über einige Aenderungen und Ergänzungen des Reglements für die Feuersocietät der landschaftlich nicht associationsfähigen ländlichen Grundbesitzer im Regierungsbezirke Königsberg mit Einschluß des zum Mohrung der landschaftlichen Departement gehörigen Theils des Marienwerderschen Regierungsbezirks vom 30. December 1837 und der Zusatz-Verordnung vom 15. Juni 1844. Vom 22. August 1853.
- Nr. 3847. Verordnung über einige Aenderungen des Reglements für die Feuersocietät der sämtlichen Städte des Regierungsbezirks Gumbinnen vom 29. April 1838 und der Zusatz-Verordnung vom 14. November 1845. Vom 22. August 1853.
- Nr. 3848. Revidirtes Reglement für die Feuersocietät der Städte des Regierungsbezirks Königsberg mit Ausnahme der Städte Königsberg und Memel. Vom 22. August 1853.
- Nr. 3849. Bekanntmachung über die unterm 15. August 1853 erfolgte Bestätigung des Statuts der Merseburg-Betscher Chausseebau-Gesellschaft. Vom 3. September 1853.

Das 53. Stüd der Geseß-Sammlung:

- Nr. 3850. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreisobligationen des Schlauer Kreises im Betrage von 150,000 Rthlrn. Vom 20. August 1853.
- Nr. 3851. Concessions- und Bestätigungs Urkunde, betreffend die Anlage einer Zweigbahn von Oberhausen über Wesel und Emmerich bis zur Niederländischen Grenze in der Richtung auf Arnheim, von Seiten der Ebln.-Mindener Eisenbahngesellschaft. Vom 1. September 1853.
- Nr. 3852. Privilegium wegen Emission von Prioritäts-Obligationen der Ebln.-Mindener Eisenbahngesellschaft im Gesamtbetrage von 3,000,000 Thalern zum Bau der Oberhausen-Arnheimer Eisenbahn. Vom 1. September 1853.
- Nr. 3853. Bekanntmachung über die unterm 22. August 1853 erfolgte Bestätigung

des Statuts der Besei. Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft zu Minden.  
Vom 11. September 1853.

Nr. 3854. Bekanntmachung über die unterm 29. August 1853 erfolgte Bestätigung des Statuts der Actiengesellschaft zum Bau einer Chaussee von Bojanowo nach Puniß, im Kröbener Kreise, Regierungsbezirk Posen, vom 22. Juni 1853. Vom 17. September 1853.

Nr. 719.

Haupt-  
Register zum  
Regierungs-  
Amtsblatt  
pro 1853.

Im Verfolg unserer Bekanntmachung vom 23. Mai cr. — Amtsblatt Seite 144. bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß das alphabetisch-lexikalische Haupt-Register zum Amtsblatte der hiesigen Regierung auf die Jahre 1843 bis mit 1852 nunmehr im Druck beendet ist. Das Register ist unter unserer Aufsicht herausgegeben und es ist dasselbe durch ein Verzeichniß der Personal-Chronik und zu dem Patentwesen vervollständigt worden.

Der Preis des Registers beträgt 22 Sgr. 6 Pf. und ist dasselbe bei dem Herausgeber, Buchbändler Fr. Stollberg hier zu haben, kann aber auch von der hiesigen Amtsblatts-Redaction bezogen werden.

Wir können den Behörden und Beamten das Register als ein zum schnelleren Gebrauche des Amtsblatts förderliches Hülfsmittel nur empfehlen.

Merseburg, den 30. September 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 720.

### R e g l e m e n t ,

betreffend die Geschäftsführung der zur Beförderung von Auswanderern concessionirten Personen und die von denselben zu bestellenden Cautionen (§§. 5.—7. des Gesetzes vom 7. Mai 1853).

#### §. 1.

I. Geschäftsführung der inländischen Unternehmer.

Diejenigen Inländer, welche für eigene Rechnung Verträge über die Beförderung von Auswanderern nach außerdeutschen Ländern abzuschließen, oder abschließen zu lassen beabsichtigen, haben vor Ertheilung der Concession (§. 1. des Gesetzes vom 7. Mai d. J.) diejenigen Länder zu bezeichnen, nach welchen die von ihnen zu unternehmenden Beförderungen gerichtet sein sollen, sowie bei überseeischen Transporten diejenigen Häfen, in welchen die Einschiffung der Auswanderer erfolgen, und die Zwischenhäfen, in welchen ein Transportwechsel eintreten soll.

Die Concession ermächtigt den Unternehmer nur zu Beförderungen nach solchen Ländern — und bei überseeischen Transporten nur über solche Einschiffungs- und Zwischenhäfen, welche in derselben ausdrücklich bezeichnet, oder auf welche sie nachträglich ausgedehnt worden ist.

Es bleibt vorbehalten, die Ausfertigung von Concessionen zur Beförderung nach gewissen Ländern oder Häfen zu untersagen. Bei überseeischen Transporten ist die Beförderung nur über solche, in der Concession ausdrücklich zu bezeichnende Einschiffungs- und Zwischenhäfen zu gestatten, in welchen die gesicherte Handhabung ausreichender obrigkeitlicher Bestimmungen die Benutzung geeigneter Transportmittel, ausreichende Proviantirung und die Wahrnehmung der sonst für die Sicherheit und

Gesundheit der Passagiere während der Seereise nothwendigen Rücksichten verbürgt Die Königlichcn Regierungen werden hierüber besondere Anweisungen erhalten.

§. 2.

Der Concessionar übernimmt durch Ausstellung eines, bei Niederlegung seiner Caution auszufertigenden Reverses, in welchem derselbe sich ausdrücklich allen Bestimmungen dieser Instruction unterwirft, folgende besondere Verpflichtungen in Betreff aller durch ihn selbst, oder durch seine Agenten oder Bevollmächtigten abzuschließenden Beförderungsverträge:

a) die Verträge dürfen, wenn eine überseeische Auswanderung beabsichtigt wird, sich nicht auf die Beförderung bis zum Einschiffungshafen oder bis zu einem Europäischen Zwischenhafen beschränken, sondern müssen auch auf die Beförderung über See mit gerichtet sein;

b) dieselben müssen in deutscher Sprache abgefaßt, für jeden Contrahenten besonders ausgefertigt werden, und

c) den Tauf- und Familiennamen jeder zu befördernden Person, ihr Alter, Stand und Wohnort — mit Angabe des landrätlichen Kreises des letztern — enthalten;

d) bei überseeischen Beförderungen sind in den Verträgen zu bezeichnen:

1) der Hafen, in welchem die Einschiffung erfolgen soll;

2) der überseeische Bestimmungsort;

3) die Art und Weise des Transports bis zum Einschiffungshafen, sofern dieser mitbedungen ist;

4) der Tag, an welchem die Einschiffung im Seehafen erfolgen soll;

5) diejenigen Personen, welche dort und an allen Orten, an welchen ein Transportwechsel eintritt, die Verpflichtungen des Unternehmers wahrzunehmen haben;

e) wenn die Auswanderer über Großbritannien befördert und dort in einem andern, als in dem zu ihrer Wiedereinschiffung bestimmten Hafen gelandet werden sollen, so ist ihnen vertragsmäßig zuzusichern, daß sie innerhalb 12 Stunden nach beschaffter Expedition ihrer Personen und Effecten im Zollhause des Landungshafens, oder falls innerhalb 12 Stunden kein gewöhnlicher Eisenbahnzug abgeht, mit dem ersten nach beschaffter Zollhaus-Expedition abgehenden gewöhnlichen Eisenbahnzuge nach dem Großbritannienischen Einschiffungshafen weiter befördert werden sollen;

f) der Unternehmer muß durch den Vertrag verpflichtet werden, denjenigen Personen, deren Beförderung er übernommen hat, an dem zu ihrer Einschiffung oder sonstigen Weiterbeförderung bestimmten Orte, bei jeder, nicht von ihnen selbst verschuldeten Verzögerung der Beförderung, wenn diese auch durch Zufall veranlaßt sein sollte, von dem vertragsmäßig bestimmten Abfahrtstage an unentgeltlich Wohnung und Verköstigung zu gewähren oder eine in Gelde festzusetzende Entschädigung dafür zu leisten; desgleichen

a) bei überseeischer Beförderung denselben auch noch 2 Tage nach Ankunft des Schiffs im Ausschiffungshafen Aufenthalt an Bord und gutes Trinkwasser, sowie Verköstigung, wenn solche während der Seereise mitbedungen war, zu gewähren;

b) soll die Einschiffung in einem Hafen erfolgen, in welchem nach den dort bestehenden Vorschriften die Verköstigung während der Seereise nicht für Rechnung des Transport-Unternehmers geliefert werden muß, — und wird hiernach der Preis der

Beförderung ausschließlich der Beförderung bedungen — so muß der Vertrag die Bedingungen enthalten, unter denen die für die Seereise erforderlichen Lebensmittel und die zu ihrer Zubereitung erforderlichen Geschirre dem Auswanderer in dem Einschiffungsbafen für Rechnung und Gefahr des Unternehmers angeschafft werden können. Die Selbstbeförderung während der Seereise mit aus der Heimath mitzubringenden Lebensmitteln darf dem Auswanderer nicht überlassen werden.

Die Verträge müssen ferner:

i) die Unternehmer verpflichten, die Auswanderer und ihr Gepäck um den bedungenen Preis auch dann an den Bestimmungsort zu bringen, wenn das betreffende Schiff auf der Reise durch irgend einen Unfall an deren Fortsetzung verhindert werden sollte, auch auf den Betrag der Passagegelder und außerdem auf 20 Thlr. per Kopf (Verwendungsgelder) bei einer soliden Versicherungsgesellschaft Versicherung zu nehmen;

k) die genaue Angabe des bedungenen Beförderungspreises, der darauf geleisteten Zahlungen und der Termine, welche für die etwaigen Restzahlungen verabredet sind, enthalten. Ob und in wie weit in dem Beförderungspreise die Kosten für Beförderung mit inbegriffen sind, ist deutlich auszudrücken. — Auch müssen die Verträge:

l) Ort und Zeit des erfolgten Abschlusses angeben und von sämmtlichen Contrahenten unterschrieben sein. Ist der Auswanderer des Schreibens unfähig, so ist besonders darauf zu sehen, daß die Verträge in rechtsverbindlicher Form abgeschlossen und die gesetzlichen Vorschriften genau erfüllt werden. Verlangen dieselben nicht ein Mehreres, so muß der Vertrag in Gegenwart der Ortsbehörde oder eines Abgeordneten derselben abgeschlossen und, daß dies geschehen, von der Behörde darunter bescheinigt werden.

### §. 3.

Transport-Verträge dürfen nur mit solchen Personen abgeschlossen werden, welche sich durch den Besitz zur Zeit gültiger, von der competenten Behörde ausgestellter Auswanderungs-Consenfe, oder wenigstens solcher Pässe legitimiren, welche für die beabsichtigte Reise gültig sind; mit Minderjährigen nur unter Einwilligung des Vaters oder Vormundes.

### §. 4.

Die Unternehmer sind verpflichtet:

a) denjenigen Regierungen, in deren Bezirk sie unmittelbar oder durch Agenten Geschäfte machen, Formulare der von ihnen abzuschließenden Beförderungs-Verträge einzureichen;

b) fortlaufende Register über diejenigen Personen zu führen, über deren Beförderung von ihnen Verträge abgeschlossen sind. In denselben sind in gesonderten Rubriken der Name, das Alter und letzte Wohnort der betreffenden Personen, der landräthliche Kreis, zu welchem derselbe gehört, Tag und Nummer der wegen ihrer Beförderung abgeschlossenen Verträge, sowie der Tag ihrer Beförderung und bei überseeischen Beförderungen, Tag und Ort der verabredeten Einschiffung, sowie der Bestimmungsort zu vermerken, und die vorgewiesenen Legitimationspapiere unter Angabe der Zeit der Ausfertigung und der Behörden, welche dieselben ausgestellt haben, zu bezeichnen;

- c) Duplicate aller von ihm abgeschlossenen Verträge aufzubewahren;
- d) die Register und Duplicat-Verträge der Orts-Polizeibehörde — auf Verlangen in deren Amtsstol — jederzeit zur Einsicht vorzulegen;
- e) der Königl. Regierung, von welcher sie concessionirt sind, alljährlich einen allgemeinen Geschäftsbericht und ein summarisches Verzeichniß der im Laufe des Jahres von ihnen beförderten Personen einzureichen;
- f) der Königl. Regierung, von welcher sie concessionirt sind, diejenigen Personen zu bezeichnen, welche in den resp. Einschiffungs-, Zwischen- und Ausschiffungshäfen mit der Wahrnehmung der Verpflichtungen des Concessionärs beauftragt sind. Die Königl. Regierung wird diese Personen den Königl. Consularbeamten namhaft machen, und kann die Verletzung der mit denselben in Bezug auf das Auswanderungsgeschäft gepflogenen Correspondenz beanspruchen.
- g) die Königl. Regierungen können, wenn sie dies für nothwendig erachten, den Unternehmern oder deren Agenten die Ankündigung ihres Geschäfts durch Placate auf den öffentlichen Straßen, in Gast- und Wirthshäusern, Dampfschiffen und Eisenbahn-Stationen für den ganzen Umfang ihrer Verwaltungsbezirke oder für einzelne Theile desselben untersagen.

§. 5.

Die in den §§. 2. und 3. und §. 4. lit. g. enthaltenen Bestimmungen finden auch auf ausländische Unternehmer Anwendung, welchen die Ermächtigung zum Betriebe des Geschäfts der Beförderung von Auswanderern innerhalb der Preussischen Staaten erteilt worden ist. Solche Unternehmer haben sich den Entscheidungen der Preussischen Gerichte in allen Streitigkeiten zu unterwerfen, welche aus den für sie innerhalb der Königl. Staaten abgeschlossenen Auswanderungs-Verträgen hervorgehen. — Sie dürfen sich zur Vermittelung ihrer Geschäfte innerhalb der Königl. Staaten nur der von ihnen mit Vollmacht versehenen Hauptagenten und der durch diese bevollmächtigten Unteragenten bedienen, die nach Vorschrift des Gesetzes vom 7. Mai c. von der competenten Behörde concessionirt sind.

§. 6.

Alle Agenten, welche für Rechnung in- oder ausländischer Unternehmer zum Abschluß von Beförderungsverträgen ermächtigt sind, unterliegen den in den §§. 1. — 4. dieses Reglements gegebenen Bestimmungen. Dem Antrage auf Ertheilung der Concession an dieselben ist eine Ausfertigung der ihnen erteilten Vollmacht beizufügen. Jede Abänderung derselben ist zur Kenntniß der Königl. Regierung zu bringen.

§. 7.

Agenten und Unteragenten, welche nicht zum selbstständigen Abschluß, sondern nur zur Vermittelung der Auswanderungsverträge bevollmächtigt sind, haben sich der Vermittelung und Aushändigung aller solcher Verträge zu enthalten, welche den Bestimmungen der §§. 1. — 3. dieses Reglements nicht entsprechen.

Sie sind außerdem verpflichtet, in allen Fällen, in welchen ihre Vermittelung zum Abschluß von Transportverträgen von Auswanderungslustigen in Anspruch genommen wird, binnen 24 Stunden der Orts-Polizeibehörde der letztern davon schriftliche Anzeige zu machen. Diese letztere Bestimmung findet auch auf inländische Unter-

II. Geschäftsführung der ausländischen Unternehmer.

III. Geschäftsführung der Agenten.

nehmer und zum selbstständigen Abschluß von Verträgen bevollmächtigte Agenten in allen denjenigen Fällen Anwendung, in welchen die Auswanderungslustigen sich unmittelbar an sie wenden.

Sie führen Register über alle Personen, über deren Beförderung sie Verhandlungen eingeleitet haben, und sind verpflichtet, dieselben der Polizeibehörde — auf Verlangen in deren Amtlokal — jederzeit zur Einsicht vorzulegen.

Es ist ihnen untersagt, Geschäfte außerhalb des in ihrer Concession bezeichneten Bezirks zu vermitteln. Die Bestimmung des §. 4. litt. g. findet auf sie ebenfalls Anwendung.

Eine Abschrift der ihnen von ihren Machtgebern erteilten Vollmacht wird bei Nachsuchung der Concession bei der Bezirks-Regierung eingereicht und bei der Orts-Polizeibehörde aufbewahrt.

§. 8.

IV. Cautionen.

Jeder Auswanderungs-Unternehmer hat vor Ausfertigung der Concession (§. 1. des Gesetzes vom 7. Mai d. J.) oder Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe (§. 7. ibid.) eine Caution zu bestellen, welche in der Regel auf Zehntausend Thaler zu bemessen und in gleicher Höhe zu erhalten ist.

Für solche inländische Unternehmer jedoch, welche in Preussischen Seestädten als Kaufleute oder Rheder ansässig sind, und sich nur mit der directen Beförderung von Auswanderern aus den Preussischen Seehäfen nach transatlantischen Plätzen beschäftigen, kann die Caution auf den Betrag von fünftausend Thalern ermäßigt werden.

Eine gleiche Ermäßigung kann solchen, in ausländischen Seeplätzen angesessenen Unternehmern zugetanden werden, welche von der zuständigen Behörde zum selbstständigen Betriebe des Geschäfts der Beförderung von Auswanderern polizeilich concessio- nirt und unter Caution gestellt sind, wenn diese mindestens fünftausend Thaler beträgt.

§. 9.

Die Caution des Unternehmers haftet:

a) dem Auswanderer für jeden Nachtheil, welcher demselben durch Nichterfüllung des vom Unternehmer oder von seinen Agenten oder Bevollmächtigten abgeschlossenen Vertrages Seitens des Unternehmers entsteht, ingleichen für die Folgen der Nichtbeachtung der gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen, welche rücksichtlich der Beförderung der Auswanderer im Aus- oder im Einwanderungslande, oder in den auf der Reise berührten Plätzen bestehen;

b) der Staats-Regierung

aa) für diejenigen Auslagen, welche aus der Beförderung der Auswanderer nach ihrem Bestimmungsorte, oder aus der Rütschaffung derselben nach ihrer Heimath erwachsen, insofern die Nichterfüllung der dem Cautionbesteller obliegenden contractlichen, oder gesetzlich oder polizeilich vorgeschriebenen Verbindlichkeiten die Einmischung der Regierungs-Organen zu dem einen oder dem andern Zwecke erforderlich macht;

bb) für diejenigen Polizeistrafen, zu welchen der Cautionbesteller mit Rücksicht auf seinen Geschäftsbetrieb von der competenten Behörde verurtheilt werden möchte.



§. 10:

Die von den Agenten zu bestellende Cautiön ist

a) für solche Hauptagenten, welche zur selbstständigen Ausfertigung von Transportverträgen Namens ihrer Vollmachtgeber ermächtigt sind, auf eintaufend Thaler festzusetzen;

b) in allen andern Fällen nach der wahrscheinlichen Ausdehnung des Geschäftsbetriebs von der betreffenden Bezirks-Regierung auf dreihundert bis fünfhundert Thaler zu bestimmen.

Bei Niederlegung der Cautiön haben sich die Agenten, gleich den Unternehmern, ausdrücklich allen Bestimmungen dieser Instruction zu unterwerfen und die bestellte Cautiön für die Erfüllung der dadurch übernommenen Verbindlichkeiten haftbar zu machen.

§. 11.

Die Cautiön des Agenten haftet:

a) dem Auswanderer und der Staats-Regierung für alle Nachtheile und Auslagen, welche aus einer Ueberschreitung der dem Cautiönbesteller von seinem Vollmachtgeber erteilten Vollmacht, aus einer Nichtbeachtung der für seinen Geschäftsbetrieb bestehenden gesetzlichen oder polizeilichen Vorschriften oder aus wesentlich von ihm gemachten unrichtigen Angaben erwachsen;

b) für diejenigen Polizeistrafen, zu welchen der Cautiönbesteller mit Rücksicht auf seinen Geschäftsbetrieb von der competenten Behörde verurtheilt werden möchte.

§. 12.

Die Königl. Regierung, bei welcher die Cautiönen niedergelegt sind, berichtigt aus denselben

a) die in §. 9. litt. a. und §. 11. litt. a. aufgeführten Forderungen der Auswanderer an die Cautiönbesteller, sobald dieselben durch ein rechtskräftiges Erkenntniß eines in- oder ausländischen Gerichts festgestellt sind, insofern nicht deren sofortige, auf anderm Wege erfolgte Befriedigung nachgewiesen wird;

b) die gegen den Cautiönbesteller rechtskräftig erkannten Strafen (§. 9. litt. b. bb. und §. 11. litt. b.);

c) die im §. 9. litt. b. aa. und §. 11. litt. a. erwähnten Ansprüche der Staats-Regierung, in Betreff deren die Zahlungsverpflichtung des Cautiönbestellers durch einen nach Vernehmung des letztern gefaßten Regierungsbefehl festgesetzt ist;

d) solche Entschädigungs-Forderungen der Auswanderer (§. 9. litt. a. und §. 11. litt. a.), welche durch eine provisorische Entscheidung des Preussischen Consularbeamten im Ein- oder Aussehungshafen oder in einem Zwischenhafen in quanto festgestellt und in Betreff deren die Zahlungsverbindlichkeit des Cautiönbestellers, nach dessen Anhörung, durch einen Regierungsbefehl als liquide anerkannt worden ist. — Es steht den Cautiönbestellern frei, den Königl. Consularbeamten eine, an dem betreffenden Hafenplätze wohnhafte Person ein- für allemal zu bezeichnen, welche gehört werden muß, bevor ein Entschädigungsanspruch eines von ihnen beförderten Emigranten festgestellt, oder dessen Weiter- oder Rückbeförderung von Amtswegen veranlaßt wird. Ist dem Consularbeamten eine solche Person nicht bezeichnet, oder kann eine sofortige Erklärung derselben eintretenden Falls nicht erlangt werden, so hat der

Cautionsbesteller es sich selbst beizumessen, wenn die betreffenden Anordnungen und Entscheidungen nur unter Berücksichtigung der zur Stelle befindlichen Beweismittel getroffen werden.

Die ad c. und d. erwähnten Ansprüche werden aus der Caution gedeckt, unbeschadet des Rechts des Cautionsbestellers, seine Nichtverpflichtung zur Zahlung im Wege des Processes auszuführen.

§. 13.

Die Cautionen sind in Preussischen Staats- oder unter Genehmigung des Staats von Corporationen oder Gesellschaften ausgegebenen, auf jeden Inhaber lautenden, zinstragenden Papieren, deren Nennwerth voll eingezahlt ist, niederzulegen. Staatspapiere und solche Effecten, deren Verzinsung von der Staats-Regierung garantirt ist, können zum Nennwerthe angenommen werden, andere Effecten zu dem mittlern Börsencourse; ermäßigt sich deren Cours, so ist eine entsprechende Ergänzung der Caution zu fordern.

Ein gleiches muß geschehen, wenn die Caution auf Grund des §. 12. angegriffen werden sollte. Die unterlassene Ergänzung der Caution in der von der Königl. Regierung hiefür vorzuschreibenden Frist zieht den Verlust oder die Suspension der betreffenden Concession nach sich.

§. 14.

Die Zurückgabe der Caution kann beantragt werden, wenn der Cautionsbesteller das Geschäft, wofür dieselbe niedergelegt ist, aufgibt, oder die Berechtigung dazu verliert. Der Antrag wird dann in den Amtsblättern derjenigen Regierungen, in welchen der Cautionsbesteller selbst oder durch Bevollmächtigte sein Geschäft betrieben hat, Verhuf Anmeldung etwaiger Ansprüche binnen einer Frist von 12 Monaten, bekannt gemacht. Werden verglichen Ansprüche angemeldet, so müssen solche innerhalb weiterer 6 Monate nach dem Eingange der Anmeldung bei dem competenten Gericht zur Entscheidung anhängig gemacht werden. Wird innerhalb der ersten Frist ein Anspruch nicht angemeldet, oder wird innerhalb der zweiten Frist nicht gehörigen Orts auf dessen Entscheidung angetragen, so erfolgt die Rückgabe der Caution an den Empfangsberechtigten. Ist dagegen ein Anspruch rechtzeitig zur Entscheidung anhängig gemacht worden, so wird die Caution, soweit dies zur Deckung desselben erforderlich ist, bis zur rechtskräftigen Entscheidung zurückbehalten.

In allen Fällen sind die etwa gegen den Cautionsbesteller festgesetzten Strafen, sowie die erwachsenen Kosten, vor Rückgabe der Caution zu berichtigen.

§. 15.

Die Bestimmungen dieses Reglements treten mit dem 1. Januar 1854 in Kraft; bis dahin können die hieher an Auswanderungs-Unternehmer und Agenten ertheilten Concessionen in Wirksamkeit bleiben.

§. 16.

Ergänzungen und Abänderungen dieses Reglements bleiben vorbehalten.  
Berlin, den 6. September 1853.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.  
(gez.) von der Heydt.

Indem wir vorstehendes Reglement zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir mit Bezug auf §. 3. des Gesetzes vom 7. Mai d. J., die Beförderung von Auswanderern betreffend, alle in unserm Verwaltungsbezirke wohnhaften, zur Betreibung von Geschäften der vorgedachten Art concessionirten Unternehmer oder Agenten hierdurch auf, bis zum 1. December dieses und jeden Jahres die Erneuerung ihrer Concession durch die Polizeibehörde ihres Wohnortes bei uns zu beantragen, und gleichzeitig alljährlich den vorgeschriebenen Geschäftsbericht unter Beifügung eines summarischen Verzeichnisses der durch ihre Vermittlung beförderten Auswanderer einzureichen.

Um unvollständigen Anträgen vorzubeugen, sehen wir uns veranlaßt, auf folgende Bestimmungen des Reglements noch besonders hinzuweisen:

- 1) Alle Agenten haben eine Caution von resp. 1000 Thlr. oder 300 — 500 Thlr. zu bestellen, und sich bei der Meldung zu erklären, ob und wie sie dieser Verpflichtung zu entsprechen bereit sind.

Bei Niederlegung der Caution haben sie sich durch einen Revers ausdrücklich allen Bestimmungen der vorstehenden Instruction zu unterwerfen, und die bestellte Caution für die Erfüllung der dadurch übernommenen Verbindlichkeiten haftbar zu machen.

- 2) Alle Agenten haben dem Antrage auf Concessionirung eine beglaubigte Abschrift der ihnen von ihren Machtgebern erteilten Vollmacht beizufügen, aus welcher ersichtlich sein muß, ob sie zum selbstständigen Abschluß von Beförderungsverträgen, oder nur zur Vermittlung der Auswanderungsverträge ermächtigt sind.
  - 3) Diejenigen Agenten, welche zum selbstständigen Abschluß von Beförderungsverträgen bevollmächtigt sind, haben eine Abschrift der Concession ihres Vollmachtgebers beizubringen, aus welcher ersichtlich sein muß, nach welchen Ländern die von ihnen zu unternehmenden Beförderungen gerichtet sein sollen, sowie aus welchen Häfen bei überseeischen Transporten die Einschiffung der Auswanderer erfolgen, resp. in welchen Zwischenhäfen ein Transportwechsel eintreten soll. Auch haben sie
  - 4) diejenigen Personen zu bezeichnen, welche in den resp. Einschiffungs-, Zwischen- und Auschiffungshäfen mit der Wahrnehmung der Verpflichtungen des Concessionars beauftragt sind, und
  - 5) ein Formular der von ihnen abzuschließenden Beförderungsverträge einzureichen.
- Es genügt, wenn den Forderungen ad 3 — 5. nur einmal Seitens der Transportunternehmer oder ihrer Hauptagenten entsprochen, und darauf bei den Concessionsanträgen der übrigen Agenten hingewiesen wird.

Merseburg, den 4. October 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Auf Grund des §. 8. des Gesetzes vom 24. Mai 1853 (Gesetz-Sammlung S. 589.) wird hierdurch genehmigt, daß zum Zweck der amtlichen Verwiegungen in den Rübenzucker-Fabriken ungleicharmige Hebelwaagen unter folgenden Bedingungen gebraucht werden dürfen:

- 1) das Verhältniß der beiden ungleichen Hebelarme darf kein anderes, als das von

Nr. 721.  
Den Schraach  
ungleicharmige  
Hebelwaagen  
in den  
Rübenzucker-  
Fabriken.

- 1 zu 10 sein, damit dieselben gestempelten Gewichte, welche bei den Decimal-Brückenwaagen in Anwendung kommen, auch bei den Decimal-Hebelwaagen in gleicher Weise benutzt werden können;
- 2) die Construction des Waagebalkens — des ungleicharmigen Hebels — muß im Uebrigen den Bedingungen entsprechen, welche im § 2. der Instruction vom 20. Juli 1853 für die Construction gleicharmiger Waagebalken vorgeschrieben sind.

Berlin, den 25. September 1853.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.  
von der Heydt.

Vorstehender Erlass wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.  
Mersburg, den 4. October 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 722. Auf Grund der uns durch den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen unterm 11. October 1841 erteilten Ermächtigung erklären wir die Allerhöchste Verordnung vom 30. Juni 1839, die Controлле der Hölzer, welche unverarbeitet transportirt werden, betreffend, in Verbindung mit unserer Amtsblatts-Verordnung vom 19. November 1841 (Amtsbl. d. 1841 S. 285. u. f.) hiermit auch für die Stadt Schlieben im Schweinitzer Kreise, für welchen beide Verordnungen bisher keine Gültigkeit hatten, dergestalt für anwendbar, daß vom 1. December d. J. an ein Jeder, der durch die Thore und andere offene Eingänge oder in der Flur gedachter Stadt Brennholz oder unverarbeitetes Nutzholz in Traglasten, auf Karren, Handschlitten oder auf kleinen nicht mit Zugvieh bespannten Wagen transportirt, mit einem Legitimationschein versehen sein muß, widrigenfalls ihn die Bestimmungen sub IX. und X. der gedachten Amtsblatts-Verordnung treffen.

Mersburg, den 4. October 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 723. Am 18. Juni d. J. hat der Schuhmachergeselle Heinrich Wilhelm Bellmann in Torgau den Schneidergesellen Joseph Schellwald mit erheblicher Anstrengung und eigener Lebensgefahr vom Ertrinken in der Elbe gerettet, welche lobenswerthe That hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Mersburg, den 6. October 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 724. In Folge höherer Anordnungen soll die im Gartbergauer Kreise belegene königliche Domaine Sachsenburg, an der Magdeburg-Erfurter Chaussee gelegen, von Johannis 1854 ab bis dahin 1878, mithin auf 24 Jahre, im Wege des öffentlichen Aukgebots anderweit verpachtet werden.

Außer den Wohn- und Wirtschaftsgebäuden gehören zu dieser Pachtung:

1)	1384 Morgen	46,7	Ruthen	Ackerland,
2)	390	34,5		Wiesen,
3)	247	48		raume private Huthungen,
4)	23	58		dergl. mit Obstäumen bestanden,
5)	1	33,5		Gärten,
6)	5	26,5		Hof- und Baustellen, und endlich
7)	13	169,5		Unland,

zusammen also 2065 Morgen 57,7 Ruthen.

B.

Die Koppelhuthung auf den Fluren von Bilzingsleben, Egleben, Griefsted 10. und in mehreren Privatwaldungen.

Das dem Ausgebote zum Grunde zu legende Pachtgelde-Minimum beträgt 5000 Thlr. incl. 1/2 in Golde. Zur Uebernahme der Pachtung ist ein verfügbares Vermögen von 30,000 Thlr. erforderlich; endlich aber haben wir die Pachtcaution auf die Summe von 2700 Thlr. festgesetzt.

Der Licitationstermin ist von uns auf

den 14. November d. J., Vormittags um Elf Uhr, vor dem Departementsrathe, Geheimen Regierungsrathe Hanewald in dem Sitzungszimmer der unterzeichneten Regierungs-Abtheilung anberaumt, wozu wir Pachtbewerber mit dem Bemerken hiermit einladen, daß sich dieselben vor der Licitation über ihre Qualification zur Uebernahme der Pachtung, sowie über den Besitz des dazu erforderlichen Vermögens vollständig auszuweisen haben.

Die Verpachtungs-Bedingungen und die Regeln der Licitation, ferner die Karte nebst Veranschlagungs-Register und die Inventarien-Urkunden können alltäglich, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage, in unserer Domainen-Registratur während der Dienststunden eingesehen werden; auch sind wir bereit, auf Verlangen Abschrift der oben erwähnten Pachtbedingungen gegen Erlegung der Copialien zu erteilen.

Merseburg, den 10. September 1853.

Rdnigl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß mit Genehmigung des Herrn Justiz-Ministers die Delegation der Forststrafgerichtsbarkeit in den von dem Freiherrn von Griesen neuerlich acquirirten, im Sangerhausenschen Kreise gelegenen, zu dem Amte Rammelsburg und dessen Forsten geschlagenen Forstparzellen, nämlich: dem Hurenholz, den Gehren, dem Mandelfernholze, dem ehemals Ehrigshen Holze, den von Ebfenschen langen Stücken, der Augustliehe, von dem Kreisgerichte in Sangerhausen an die zu demselben gehörende Gerichts-Commission in Wippra erfolgt ist.

Raumburg, den 29. September 1853.

Rdnigliches Appellationsgericht.

Nr. 725.  
Delegation der  
Forststrafge-  
richtsbarkeit  
im Kreise Sanger-  
hausen.

**Nr. 726.** Nach einer Mittheilung des Königlich Württembergischen Finanz-Ministeriums sind als weitere Uebergangsstufen für den Verkehr mit controlle- und übergangs-abgabepflichtigen Gegenständen in dem gedachten Königreiche vom 1. September dieses Jahres ab

- a) die durch die Grenzorte  
 Nöthenbach, Cameralamts und Oberamts Oberndorf,  
 Dürrenmetzstetten,  
 Leinstetten,  
 Sulz,  
 Böhringen,  
 Rosenfeld,  
 Binsdorf,  
 Westernhausen, } Cameralamts und Oberamts Sulz,  
 Fischhausen, }  
 führenden Straßen eröffnet worden, wogegen

- b) die Uebergangsstation Nöthenberg, Cameralamts und Oberamts Oberndorf, als entbehrlich wieder aufgehoben ist.

In Gemäßheit eines Rescriptes des Herrn General-Directors der Steuern vom 24. v. Mts. und im Verfolg der Bekanntmachung vom 12. August d. J., Amtsblatt für 1853 Seite 258., bringe ich diese Veränderungen hiermit zur öffentlichen Kenntniß. Magdeburg, den 1. October 1853.

Der Geheime Ober-Finanz-Rath u. Provinzial-Steuer-Director.  
 In Vertretung: der Ober-Regierungs-Rath Frieße.

**Nr. 727.** Auf Grund des §. 5. des Gesetzes vom 25. September 1820, die Veränderung der Weinsteuer betreffend, werden diejenigen Besitzer von Weinpflanzungen, welche den Weinbau Behufs Kelterung der gewonnenen Trauben betreiben, hierdurch aufgefordert, ihren diesjährigen Weingewinn bis zum 12. November d. J. bei der betreffenden Ortsbehörde nach Eimerzahl und unter Angabe des Aufbewahrungs-Ortes, gegen eine von dieser Behörde über die Declaration zu ertheilende Bescheinigung, schriftlich anzumelden.

Magdeburg, den 5. October 1853.

Der Geheime Ober-Finanz-Rath u. Provinzial-Steuer-Director v. Jordan.

**Nr. 728.** Die II. Serie Zins-Coupons zu den von uns bisher ausgegebenen Schuldverschreibungen läuft mit dem 31. December d. J. ab.

Nach §. 8. des Reglements vom 9. April 1845 — Gesefssammlung Seite 410. — und §. 19. und 20. der Geschäftsanweisung vom 7. Juni 1845 — Amtsblatt der Königl. Regierung zu Erfurt Nr. 43. — ist der Inhaber des letzten — vierten — Coupons der II. Serie zur Empfangnahme der nächstfolgenden Serie von Coupons berechtigt, wenn nicht dagegen vor dem Fälligkeitstermine desselben — 31. December c. — vom Inhaber der Schuldverschreibung bei der Direction der Tilgungskasse schriftlich Widerspruch erhoben worden ist.

Die Inhaber der letzten Coupons der II. Serie werden hierdurch aufgefordert, bei Realisirung der am 31. December d. J. fälligen Zins-Coupons der betreffenden Königl. Kreiskasse ein Verzeichniß derselben in duplo zu übergeben.

Das Schema, wonach diese Verzeichnisse aufzustellen sind, ist bei jeder Kreiskasse der Provinz Sachsen vorrätig.

Die Königl. Kreiskassen werden ersucht, die Richtigkeit und Vollständigkeit der ihnen mit den Zins-Coupons zugehenden Verzeichnisse nach den ebengedachten Formularen zu prüfen, und dieselben event. vervollständigen zu lassen, demnächst das eine Exemplar den Interessenten als Interimsquittung zurückzugeben, das andere aber mit den eingelösten Zins-Coupons an die betreffende Regierungs-Hauptkasse einzusenden.

Wir werden sodann auf Grund dieser und von den Regierungs-Hauptkassen zugehenden Verzeichnisse die III. Coupons-Serie an die behörige Specialkasse zur weiteren Ausbändigung an die Empfangsberechtigten übersenden.

Heiligenstadt, den 5. Juli 1853.

Königl. Direction der Eichsfeldischen Tilgungskasse.

Am 13. October d. J. wird zu Worbis im Kreise Worbis eine Flachsbauerschule unter Leitung des rühmlichst bekannten Flachsbau-Lehrers Herrn Alfred Rüfin, der Zeit zu Malisch in Schlesien, vorläufig auf die Dauer von zwei Jahren eröffnet und staatsseitig subventionirt werden.

Nr. 729.

Errichtung  
einer Flachsbau-  
schule in  
Worbis.

Die Anstalt ist dazu bestimmt, ihren Zöglingen über alle Zweige des Leinbaues und der Flachsbereitung die erforderlichen practischen Kenntnisse beizubringen, und wird demgemäß der Unterricht sich erstrecken auf die Natur der Pflanze, Vorbereitung und Zurichtung des Flachsadlers, Behandlung des Flachses und der Flachserndte auf dem Felde, auf Rosten, Bleichen, Totten, Schwingen und Einbinden des Flachses, auf Riffeln, Öbren und Behandeln des Leins und auf die zur Flachsbereitung am Vorzüglichsten geeigneten resp. nöthigen Werkzeuge und Anlagen.

Die Aufsicht über die Anstalt führt ein aus dem Director und dem Ehren-Director des Landes-Cultur- und Gewerbe-Vereins zu Worbis und dem Director des landwirthschaftlichen Vereins im Fürstenthume Eichsfeld zu Heiligenstadt gebildetes Curatorium.

Der Unterricht in der Anstalt wird nach einem bestimmten Plane das ganze Jahr hindurch, je nach den für die Jahreszeit geeigneten Arbeiten, außerdem durch sinnbildliche Darstellung mindestens einmal innerhalb eines jeden sechsweekentlichen Cursus ertheilt. Die Anzahl der gleichzeitig zu unterrichtenden Zöglinge ist auf 16 — 20 bestimmt und können von 6 Wochen zu 6 Wochen nur Zöglinge eintreten.

Die Aufnahme der Zöglinge ist dem Curatorio überlassen. Der Unterricht wird unentgeltlich ertheilt. Für ihren Unterhalt dagegen haben die Zöglinge selbst zu sorgen; jedoch hat der Eigenthümer der Anstalts-Ekalien, Tischlermeister Hunold, sich bereit erklärt, denselben in seinem dazu neu eingerichteten Wohnhause Logis, Licht, Feuerung und Kost unter möglichst billigen Bedingungen zu gewähren und nöthigenfalls im Orte selbst zu vermitteln. Ob dürftigen Zöglingen ausnahmsweise eine

Reise-Unterstützung zu gewähren, darüber hat in jedem einzelnen Falle auf Grund der beizubringenden Atteste das Curatorium zu entscheiden. Eben dasselbe bestimmt auch die Höhe des solchen Zöglingen für zur Zufriedenheit geleistete Arbeiten zu zahlenden Tagelohns.

Zöglinge, welche sich durch Eifer, Fleiß und gutes Betragen auszeichnen und die beste Arbeit liefern, können auf den Vorschlag des Lehrers von dem Curatorio Prämien, bestehend in baarem Gelde oder in Glas- u. Arbeits-Geräthschaften und Werkzeugen verliehen, auch auf Verlangen belobigende Abgangs-Zeugnisse ertheilt werden, wo gegen unfähige und solche Personen, welche sich schlecht betragen, unter Vorwissen des Curatorio auch vor beendigtem Unterrichte entlassen werden können.

Die Anstalt ist ausschließlich dazu bestimmt, an ihrem Theile dazu beizutragen, daß Glasbau und Glasbereitung in unserem Vaterlande durch Einführung und Verbreitung derjenigen Methoden, welche auswärts, insbesondere in Belgien und Irland, die Glaskultur in neuerer und neuester Zeit zu einer nie gekannten Blüthe gebracht haben, sich ebenfalls wider beide und unsere Glaszüchter zu einer erfolgreichen Concurrenz mit dem Auslande befähige.

Wir dürfen deshalb die Erwartung aussprechen, daß das landwirthschaftliche Publikum der neuen Glasbau- und Glasbereitungs-Schule zu Wirkungen um so mehr seine volle Aufmerksamkeit und Theilnahme zuwenden werde, als dieselbe sehr günstig in der Nähe zweier Staatsstraßen, der Berlin-Casseler und der Dingseldt-Duderstädter Chaussee, unweit Leinesfelde belegen ist.

Diejenigen, welche in die Anstalt einzutreten wünschen, haben sich vorher schriftlich in frankirten Briefen an das Curatorium der Glasbau- und Glasbereitungs-Schule zu Wirkungen, abzugeben im Hause des Tischlermeisters Junold daselbst, zu wenden, worauf sie Nachricht erhalten werden, an welchem Tage sie in Wirkungen eintreffen können.

Worbis, den 22. September 1853.

Das Curatorium der Glasbau- und Bereitungs-Schule  
zu Wirkungen.

Nr. 730.  
Hypotheken-  
Sachen.

Von dem auf ehemals Blüthgenschen, jetzt zum Hemsendorfer Rittergute gehörigen Richterquats Grund und Boden neu erbauten Wohnhause des Handarbeiters Christian Müller, Nr. 36, Catastri in Gersdorf, ist die Hypothekentabelle fertig und kann während 2 Monate, vom 8. Tage nach Insertion dieser Bekanntmachung, in unserer Registratur eingesehen werden.

Spätere Einwendungen sind nicht zu berücksichtigen.

Jessen, den 6. September 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Nr. 731.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die in unseren Bekanntmachungen vom 31. März und 4. Mai 1853, Beilage zum 23. Stück des Amtsblatts, bezeichneten Tabellen sind in das Hypothekenbuch übertragen und ist in Rücksicht derselben die Erwerbung neuer Hypothekenrechte nun-



mehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen.

Schweinig, den 6. September 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Die Hypothekentabellen über folgende Grundstücke:

1) das Pfarrwohnhaus nebst Zubehör im Dorfe Stedau, 2) das Schulhaus nebst Zubehör daselbst, liegen binnen 2 Monaten, vom Tage der Insertion dieser Bekanntmachung ab, zur Einsicht in unserer Registratur aus. Nach Ablauf dieser Frist werden die Tabellen in die Hypothekenbücher übertragen und können Einwendungen nicht weiter berücksichtigt werden. Schlieben, den 20. September 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Nr. 732.  
Hypotheken-  
Esen.

Dem Fabrikdirector Friedrich Kesten zu Elberfeld ist unter dem 27. Juni c. ein Patent auf ein durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenes Ventilations-Gebläse, dessen Construction als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 733.  
Patent-  
Ertheilung.

Dem Kaufmann E. F. Wappenhauß zu Berlin ist unter dem 5. Juli 1853 ein Patent auf einen mechanischen Teppichstuhl in der durch Zeichnungen und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung, soweit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 734.  
Patent-  
Ertheilung.

Dem Mechaniker G. E. Schwink zu Berlin sind unter dem 8. Juli 1853 zwei Patente, das eine auf eine Depeschen-Segmaschine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, das andere auf einen Telegraphen-Übertragungs-Apparat, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen ganzen Zusammensetzung und ohne Jemand in Anwendung bekannter Theile desselben zu beschränken, beide auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 735.  
Patent-  
Ertheilung.

Dem Hütten-Ingenieur Heinrich Weinbauer zu Ober-Bieber bei Remscheid ist unter dem 12. Juli 1853 ein Patent auf ein concentrisch pressendes Ventilator-Gebläse, soweit dasselbe nach vorgelegter Zeichnung und Beschreibung als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 736.  
Patent-  
Ertheilung.

Das dem Feldmesser Johann Wegel in Berlin unter dem 22. Juli 1852 ertheilte Patent auf ein Verfahren, um den Anstrich mit Zinkweiß haltbar zu machen, sowie auf die Darstellung einer Kittmasse aus Zinkoxyd ist erloschen.

Nr. 737.  
Patent-  
Ertheilung.

# Personal-Chronik.

Nr. 728. Dem Magistrats-Assessor Helke zu Merseburg ist an Stelle des ausgeschiedenen Magistrats-Assessors Herrmann die Polizei-Anwaltschaft für den Stadt- und unmittelbaren Landbezirk des Königl. Kreisgerichts Merseburg übertragen worden.

Nr. 739. Der Kaufmann Karl Bösch in Landsberg ist unter dem 2. Juli d. J. als Agent der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Nr. 740. Nachdem der Kaufmann Friedrich Brohmer in Freyburg die von ihm bisher verwaltete Agentur der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft freiwillig niedergelegt hat, ist unter dem 16. August d. J. der Gold- und Silberarbeiter Wilhelm Staritz daselbst als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden.

Nr. 741. Die Lehrerstelle an der Armenschule zu Düben, Ephorie Eilenburg, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Nr. 742. Der Pfarrer Schiller zu Erbmmstedt, in der Ephorie Weißensee, tritt mit ultimo December c. in den Ruhestand. Die betreffende Stelle ist Königl. Patronats.

Nr. 743. Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Bretleben, in der Diöcese Heldrungen, ist dem bisherigen Pfarrer zu Leßlingen, Christian Ludwig Eduard Hofmeister, verliehen worden. Patron der dadurch vacant gewordenen Pfarrstelle zu Leßlingen ist Se. Majestät der König.

Nr. 744. Die unter dem Patronate des Rittergutsbesizers v. Nathusius in Hundsbürg stehende Pfarrstelle zu Bülsringen, in der Diöcese Neuhausleben, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers vacant geworden.

Nr. 745. Der Pfarrer Rothe zu Delitz a. B., in der Diöcese Lauchstedt, tritt am 1. Januar k. J. in den Ruhestand. Patron ist der Rittergutsbesizer Dr. Vogel zu Benndorf.

Nr. 746. Der Ortschulze Friedrich Bornschein zu Reinsdorf ist für die Jahre 1853 bis 1855 zum Schiedsmann für den I. Landbezirk des Delitzscher Kreises gewählt und als solcher gehöhrig verpflichtet worden.

Nr. 747. Der pensionirte Justitiar Pönicke zu Bedra ist für die Jahre 1853 zum Schiedsmann für den II. Landbezirk des Querfurter Kreises gewählt und als solcher gehöhrig verpflichtet worden.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 4 Bogen stark, für den Naumburger landrätlichen Kreis.

Hierzu eine außerordentliche Beilage, 5 Bogen stark, die summarische Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben bei der Provinzial-Städte-Feuer-Societät für die Provinz Sachsen bet., welche jedoch bloß an die städtischen Amtsblatts-Interessenten zu verabreichen ist.

Druck von C. Zerk (sonst Kobitzsch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
42. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 22. October 1853.

Das 54. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 748.

Nr. 3855. Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Errichtung einer Aktiengesellschaft mit dem Domizil zu Breslau unter der Firma: „Schlesische Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb.“ Vom 28. September 1853.

Das 55. Stück der Gesetz-Sammlung:

Nr. 3856. Allerhöchster Erlaß vom 19. Juli 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von der Schwenz-Brücke auf der Berlin-Hamburger Staats-Chaussee bei Buxterhausen nach Campehl an der Kurpin-Neustädter Kreis-Chaussee.

Nr. 3857. Allerhöchster Erlaß vom 20. August 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Ziegenrück über Liebshüh und Liebengrün bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Lobenstein.

Nr. 3858. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Neustettiner Kreis-Obligationen im Betrage von 60,000 Rthlrn. Vom 1. September 1853.

Nr. 3859. Privilegium für die Ausstellung auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Görlitz, zum Betrage von 310,000 Thalern. Vom 1. September 1853.

Nr. 3860. Allerhöchster Erlaß vom 6. September 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Salzwedel über Rohrberg, Ahlum und Mellin bis zur Hannoverschen Grenze bei Brohme in der Richtung auf Braunschweig.

Nr. 3861. Allerhöchster Erlaß vom 19. September 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Rechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von dem Treffpunkte der Berlin-Königsberger und der Frankfurt-Cüstriner Kunststraße bei Alt-Manschnow über Gorgast, Goltzow, Friedrichsbaue, Zechin, Wollup, Letschin, Wilhelmsbaue und Groß-Barnim bis zu dem Punkte, an welchem der Weg nach Neu-Barnim von der Cüstrin-Wriegener Poststraße abbiegt.

- Nr. 3862. Allerhöchster Erlass vom 19. September 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Rechte für den Bau der Chaussee von Drossen über Zielenzig, Schermeifel, Grochow und Tempel bis zur Meseritzer Kreisgrenze in der Richtung auf Pieske.
- Nr. 3863. Bekanntmachung über die unterm 19. September 1853 erfolgte Bestätigung des Statuts des unter dem Namen „Ober-Oderbruch-Chausseegesellschaft“ zusammengetretenen Actienvereins. Vom 26. September 1853.
- Nr. 3864. Bekanntmachung über die unterm 19. September 1853 erfolgte Bestätigung des Statuts des Züllichau-Grünberg-Sorauer Chausseebau-Vereins. Vom 29. September 1853.
- Nr. 3865. Bekanntmachung über die unter dem 19. September 1853 erfolgte Bestätigung der Statuten der in Erfurt gebildeten Eisenbahn- und Allgemeinen Rückversicherung-Gesellschaft Thüringia. Vom 6. October 1853.
- Nr. 3866. Bekanntmachung über die unter dem 26. September 1853 erfolgte Bestätigung des Statuts der in Berlin gebildeten Allgemeinen Eisenbahnversicherung-Gesellschaft vom 8. October 1853.

Nr. 749. Die durch den Tod des Bau-Inspectors Franke erledigte Bau-Inspectorstelle ist dem bisherigen Wegebaumeister Nordtmeyer, mit Beibehaltung seines Wohnortes Cielken, übertragen worden, wogegen der von ihm verwaltete Wegebaumeisterposten eingeht.

Veränderung im  
Gefachtskreise  
der Bau-  
beamten.

Der Dienstkreis des Bau-Inspectors Nordtmeyer umfaßt den Landbau und den fiskalischen Wegebau im Seekreise Mansfeld — wobei ihm außerdem noch die Bauten der Domaine Sittichenbach und des Forstetablissemens zu Rothenbach übertragen sind — und den Chausseebau im Mansfelder See- und im Gebirgskreise.

Der Landbau und der fiskalische Wegebau im Gebirgskreise ist dem Kreisbaumeister Jung zu Sangerhausen übertragen.

Merseburg, den 8. October 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 750. Nach einer Verordnung Sr. Excellenz des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten soll von jetzt ab der Annahme- und Ausgabedienst für Brief- und Fahrpost Gegenstände des Sonntags von 9 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags geschlossen werden. Sofern während dieser Zeit Posten abzufertigen sind, müssen die an den Post-Localitäten befindlichen Briefkasten geleert und die darin vorgesundenen Briefe abgesandt werden; ebenso sind Reisende zu den während jener Stunden abgehenden Posten und das Passagier-Gepäck zur Zeit des Abgangs der Post noch anzunehmen.

Die Brief- und Paket-rc. Bestellung soll während der Zeit, in welcher der Ausgabedienst bei der Postanstalt geschlossen ist, ebenfalls ruhen; nur die mit dem Verlangen der Expres-Bestellung versehenen Briefe müssen zur sofortigen Abtragung gelangen.

Indem ich das Publikum hiervon in Kenntniß setze, bemerke ich, daß an den Festtagen, welche nicht auf einen Sonntag fallen, die Beschränkung der Büreaustunden auch nur insoweit eintritt, als diese bisher stattgefunden hat.

Wie diese Beschränkung geregelt ist, geht aus einer Bekanntmachung hervor, welche am Annahmefenster jeder Postanstalt affichirt sein muß.

Halle, den 5. October 1853.

Der Ober-Postdirector Strahl.

Bei der in der heutigen Michaelis-Messeconferenz stattgehabten anderweiten Ausloosung der Leudiz-Röhschauer gewerkschaftlichen Obligationen sind zu der statutenmäßig am 2. Januar 1854 durch das Handlungshaus Frege und Comp. zu Leipzig zu bewirkenden Zahlung der aus den fraglichen Documenten sich ergebenden respectiven Nominalbeträge die nachstehenden Nummern gezogen worden, nämlich:

Nr. 751.  
Ausloosung  
von Leudiz-  
Röhschauer  
gewerkschaftl.  
Obligationen.

Lit. A. Nr. 472. 186. 145. 40. 147. 273.

Lit. B. Nr. 1248. 777. 300. 1463. 1401. 656. 555. 153. 526. 144. 1237. 1069. 858. 390.

In demselben Termine wurden zugleich folgende, gegen Zahlung des Kapitals von den gewerkschaftlichen Gläubigern inzwischen retradirte Obligationen, nämlich:

Lit. A. Nr. 53. 131. 263. 284. 384. 422. 424. 659. 705.

Lit. B. Nr. 93. 173. 261. 220. 276. 664. 748. 809. 812. 1075. 1123. 1195. 1284. 1427.

mit den dazu gehörigen Talons und betreffenden Coupons vorschriftsmäßig vernichtet. Leipzig, den 11. October 1853.

Schuldentilgungs-Commission für die gewerkschaftlichen Salzbergwerke bei Leudiz und Röhschau.

v. Alvensleben. Ebers. Prof. Dr. Hülf. Frege et Comp.

Die Hypothekentabelle über das in der Flur von Badleben belegene, dem Friedrich Carl Liebau und dessen Ehefrau Karoline Rebecka geb. Straßburg zu Großneuhausen gehörig, zu Althausen an Adam Hahn gegen Morgen  $\frac{1}{2}$  Acker Erticgel Amland, Abfluß, Bestandtheil von  $\frac{1}{2}$  Acker Feldes, dessen übrige Stücke in der Flur Großneuhausen liegen, ist vollendet, und werden die Interessenten aufzufordert, dieselbe zwei Monate lang vom Erscheinen dieser Bekanntmachung ab einzusehen. Spätere Erinnerungen sind unzulässig. Eßleda, den 20. September 1853.

Nr. 752.  
Hypothekentabelle.

Königliche Kreisgerichts-Commission I.

## Personal-Chronik.

Die fünfte Knabenlehrerstelle an der Bürgerschule zu Zeiz, Privat-Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt. Nr. 753.

Das Rectorat an der Bürgerschule zu Wittenberg, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung seines bisherigen Inhabers erledigt. Nr. 754.

Die Cantor- und zweite Knabenlehrerstelle zu Schmiedeberg, Exhorie Remberg, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt. Nr. 755.

Nr. 756. Die unter Königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Varnstedt in der Diöcese Quedlinburg ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers vacant geworden.

Nr. 757. Der Pfarramtverwalter Franke an St. Ulrich zu Sangerhausen tritt am 1. November d. J. in den Ruhestand. Patron der Stelle ist der Magistrat daselbst.

Nr. 758. Die erledigte evangelische Predigerstelle an der wallonisch-reformirten Kirche zu Magdeburg ist dem bisherigen Predigtamts-Candidaten und Rector zu Hornburg, Carl Heinrich Bode, verliehen worden.

Nr. 759. Dem Inspector der Realschule der Franckeschen Stiftungen zu Halle, Ziemann, ist das Prädicat eines Professors verliehen.

Nr. 760. Der Referendarius Lepetit ist verstorben und der Referendarius von Meyern auf seinen Antrag aus dem Justizdienste entlassen; ferner sind die Referendarien: Nebe an das Appellationsgericht in Breslau, Joanne an das Kammergericht in Berlin und Hersfurth zur Regierung in Erfurt übergegangen, dagegen die Referendarien: Ehrenberg vom Appellationsgericht zu Magdeburg und Hagemeister vom Appellationsgericht in Greifswald in hiesiges Departement versetzt.

Die Rechts-Candidaten Bering, von Butler, Hühne, Töpfer und von Werthera sind zu Auscultatoren im hiesigen Departement angenommen.

Die Bureau-Diätarien Thiel und Hartmann sind als Bureau-Assistenten, ersterer bei dem Kreisgericht in Sangerhausen und letzterer bei dem in Suhla, angestellt.

Der Appellationsgerichts-Bögel ist vom 1. Januar k. J. an mit Pension in den Ruhestand versetzt, und der Bote Müller in Weissensee verstorben.

Zu Boten und Executoren sind ernannt: der bisherige Hülfsbote Sichert zu Ortrand bei der Gerichts-Commission in Herzberg, der Hülfsbote Schmidt in Heringen bei dem Kreisgericht zu Erfurt, der Hülfsbote Bär daselbst bei demselben, der Hülfsbote Braun II. daselbst bei demselben und der Hülfsbote Kegel zu Jessen bei der Gerichts-Commission daselbst. Versetzt sind: der Bote Band in Torgau an die Gerichts-Commission in Mühlberg, Lenke zu Herzberg an das Kreisgericht in Torgau und Lehmann in Torgau an das Kreisgericht zu Erfurt.

Nr. 761. An Stelle des verstorbenen Schiedsmanns Gottfried Tempel zu Zellewitz sind für den II. (Strenz-Raundorfer) Bezirk im Mansfelder Seekreise der Schulze Ernst zu Strenz-Raundorf zum Schiedsmann und der Anspanner Friedrich Gottlieb Pape daselbst zum Stellvertreter gewählt und als solche gebüßig verpflichtet worden.

Nr. 762. Der bisher als Hülfсарbeiter im Collegio der Königl. General-Commission zu Merseburg beschäftigt gewesene Gerichts-Asseßor Sommer ist vom 1. November d. J. ab als Spezial-Commissarius in Auseinandersetzungssachen zu Delitzsch angestellt worden.

Druck von G. Zuck (sonst Kobitzsch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**43. Stüd.**

Ausgegeben zu Merseburg den 29. October 1853.

In der bei dem Königlichen Kreisgericht zu Conitz schwebenden Untersuchung wider Look et Conf. wegen vorsätzlicher Brandstiftung sollen die auf der Wanderschaft befindlichen Müllergesellen Ferdinand Krapke aus Dahme und Johann Carl Gesske — oder Gasse — angeblich aus Pöbcthen bei Königsberg in Preußen als Zeugen vernommen werden.

Nr. 763.  
Ermittelung  
zweiter auf der  
Wanderschaft  
befindlichen  
Müllergesellen.

Sämmtliche Polizei- und Draisbehörden des Bezirkes werden hierdurch veranlaßt, die genannten beiden Personen, sobald sie betroffen werden, anzuhalten und hiervon in Kenntniß zu setzen, dem gedachten Kreisgericht aber von ihrem Aufenthalt unverzüglich Nachricht zu geben.

Merseburg, den 18. October 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

In Folge höherer Anordnungen soll die im Eckartsbergaer Kreise belegene königliche Domaine Sachsenburg, an der Magdeburg-Erfurter Chaussee gelegen, von Johannis 1854 ab bis dahin 1878, mithin auf 24 Jahre, im Wege des öffentlichen Ausgebots anderweit verpachtet werden.

Nr. 764.  
Verpachtung  
der Domaine  
Sachsenburg.

Außer den Wohn- und Wirtschaftsgebäuden gehören zu dieser Pachtung:

A.

1)	1384 Morgen	46,7	Äckern	Äckerland,
2)	390 "	34,5	"	Wiesen,
3)	247 "	48	"	raume private Huthungen,
4)	23 "	58	"	dergl. mit Obstbäumen bestanden,
5)	1 "	33,5	"	Gärten,
6)	5 "	26,5	"	Hof- und Baustellen, und endlich
7)	13 "	169,5	"	Unland,

zusammen also 2065 Morgen 57,7 Äckern.

B.

Die Koppelhütung auf den Fluren von Bilzingsleben, Egleben, Griessfeld &c. und in mehreren Privatwaldungen.

Das dem Ausgebote zum Grunde zu legende Pachtgelder- Minimum beträgt 5000 Thlr. incl. 3 in Gelde. Zur Uebernahme der Pachtung ist ein verfügbares Vermögen von 30,000 Thlr. erforderlich; endlich aber haben wir die Pachte caution auf die Summe von 2700 Thlr. festgesetzt.

Der Licitationstermin ist von uns auf

den 14. November d. J., Vormittags um Elf Uhr, vor dem Departementsrathe, Geheimen Regierungsrathe Hanewald in dem Sessionszimmer der unterzeichneten Regierungs-Abtheilung anbrannt, wozu wir Pachtbewerber mit dem Bemerken hiermit einladen, daß sich dieselben vor der Licitation über ihre Qualification zur Uebernahme der Pachtung, sowie über den Besitz des dazu erforderlichen Vermögens vollständig auszuweisen haben.

Die Verpachtungs-Bedingungen und die Regeln der Licitation, ferner die Karte nebst Vermessungs-Register und die Inventarien-Urkunden können alltätlich, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage, in unserer Domainen-Registratur während der Dienststunden eingesehen werden; auch sind wir bereit, auf Verlangen Abschrift der oben erwähnten Pachtbedingungen gegen Erlegung der Copialien zu ertheilen.

Merseburg, den 10. September 1853.

Rönlgl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 765.

Die Versicherung der dem königlichen Domainen-Fiskus rentenpflichtigen Gebäude gegen Feuergefahr betr.

Auf Grund des §. 15. des Reglements wegen Ablösung und Amortisation der dem Domainen-Fiskus als Berechtigtem zustehenden Reallasten vom 1. August 1850, welcher wörtlich dahin lautet:

„Gebäude, auf welchen (vergleichen) zu amortisirende Renten für den königl. Domainen-Fiskus haften, müssen auf Verlangen der königlichen Regierungen bei einer von ihnen zu bestimmenden und zu diesem Behufe öffentlich namhaft zu machenden Feuer-Versicherungs-Gesellschaft bis zu dem, nach den Grundsätzen dieser Gesellschaft zulässigen Werthe von dem Verpflichteten versichert werden, welcher hierzu von der königl. Regierung durch administrative Execution angehalten werden kann (§. 19. des Rentenbank-Gesetzes)“,

bestimmen wir hierdurch, daß die Versicherung von den dem königl. Domainen-Fiskus rentenpflichtigen Gebäuden gegen Feuergefahr bei einer der folgenden Gesellschaften erfolgen muß:

- 1) bei der Provinzial-Städte-Feuer-Societät hierselbst,
- 2) bei der Land-Feuer-Societät für das platte Land des Herzogthums Sachsen zu Bedra,
- 3) bei der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät zu Magdeburg,
- 4) bei der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Magdeburg,
- 5) bei der Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Aachen,
- 6) bei der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Eöln,
- 7) bei der Berlinischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Berlin,
- 8) bei der vaterländischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Elberfeld.



Die Versicherung der Mühlen darf bei jeder vom Staate concessionirten inländischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft erfolgen.

Merseburg, den 8. October 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Es wird hiermit bekannt gemacht, daß die Hypothekenbücher über nachstehende, von uns unterm 26. Januar a. c. bereits öffentlich bekannt gemachte Grundstücke, als: 1) das Wohnhaus der Wittwe Berger, Johanne Dorothee gebornen Pannier, Nr. 95. Pratau, 2) die Portion des ältern Jungfern-Röhrwassers, welche dem Hause des verstorbenen Bürgermeisters Carl Gottfried Giese Nr. 37. Wittenberg als Per-  
 tinenz zugeschlagen ist, vollendet sind und mithin der Erwerb neuer Hypothekenrechte in Beziehung auf diese Grundstücke lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Wittenberg, den 22. August 1853.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

Die Tabelle über die im Dorfe Rahnsdorf belegene, unter Nr. 20. des Brandkatasters eingetragene Schmiede nebst Zubehör, welche die Wittwe Brachwig, Johanne Friederike geborne Grosche von der Hüfnerschaft in Rahnsdorf erkaufte hat, ist fertig und kann in unserm I. Bureau vom 5. November 1853 bis 5. Januar 1854 eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen sind unzulässig.

Wittenberg, den 6. October 1853.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

Die Hypothekentabelle über das in Gommlo belegene, sub Nr. 21. des Brandkatasters verzeichnete Wohnhaus des Handarbeiters Carl Günther kann binnen 2 Monaten in unserer Registratur von den Interessenten eingesehen werden. Spätere Einwendungen bleiben unberücksichtigt.

Remberg, den 14. September 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

## Personal-Chronik.

Des Königs Majestät haben dem Regierungs- und Baurath Haupt den Character als Geheimer Regierungsrath zu erteilen geruht.

Dem Gräfl. Polizei-Assessor Fischer zu Stolberg ist die Führung der Polizei-Anwaltschaft für den Gesamtbezirk der dasigen Kreisgerichts-Commission interimistisch übertragen worden.

Die Lehrerstelle an der Armenfreischule zu Weissenfels, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

- Nr. 772. Die Cantor- und zweite Knabenlehrerstelle an der Stadtschule zu Schmiedeburg, Ephorie Kemberg, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.
- Nr. 773. Zu der erledigten evangelischen Pfarradjunctur zu Erbelitz und Woltersdorf, in der Diöces Burg, ist der bisherige Prädicant zu Dorf Altleben, Johannes Friedrich Gloel, berufen und bestätigt worden. Patron der dadurch vacant gewordenen Prädicantur zu Dorf Altleben ist Sr. Hoheit der Herzog von Dessau.
- Nr. 774. Zu der erledigten evangelischen Oberpredigerstelle an St. Jacobi zu Hettstedt, in der Diöces Mansfeld, ist der bisherige Diaconus an gedachter Kirche, Christoph Dippe, berufen und bestätigt worden. Ueber das dadurch vacant gewordene Diaconat ist Seitens des Magistrats, als Patrons, bereits disponirt.
- Nr. 775. Zu der erledigten evangelischen Diaconatsstelle an St. Jacobi zu Hettstedt, in der Diöces Mansfeld, ist der bisherige Predigamt's-Candidat und Oberlehrer zu Halle, Johann Friedrich Wilhelm Lindner, berufen und bestätigt worden.
- Nr. 776. Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Frauenwald, in der Diöces Schleusingen, ist dem bisherigen Predigamt's-Candidaten Gustav Eduard Riemann zu Schönebeck verliehen worden.
- Nr. 777. Zu der erledigten evangelischen Archidiaconatsstelle zu Kemberg, in der Diöces Kemberg, ist der bisherige Predigamt's-Candidat Carl Johann Theodor Bauer berufen und bestätigt worden.
- Nr. 778. Der Pastor Schlitte zu Schnarsleben, Ephorie Barleben, tritt auf seinen Antrag mit dem 1. Januar l. J. in den Ruhestand. Das Pfarramt, welches dadurch erledigt wird, ist Königlichem Patronats.
- Nr. 779. Die erledigte evangelisch-reformirte Pfarrstelle St. Petri zu Burg, in der Diöces gleichen Namens, ist dem bisherigen Candidaten des Predigamt's Gustav Friedrich Wilhelm Adolph Pischon verliehen worden.
- Nr. 780. Die erledigte evangelische Pfarradjunctur zu Wildschütz mit Schöna, in der Diöces Torgau, ist dem bisherigen Predigamt's-Candidaten und Cadetten-Gouverneur Hermann Friedrich Fließbach verliehen worden.
- Nr. 781. Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Staffelde mit Storkau, Bindfelde und Willberge, in der Diöces Tangermünde, ist dem bisherigen Predigamt's-Candidaten und Rector Gustav Hermann Adolph Rettmann verliehen worden.
- Nr. 782. Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Züden-dorf, in der Diöces Querfurt, ist dem bisherigen Predigamt's-Candidaten Ernst Frische verliehen worden.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 4 Bogen stark, für den Quersfurter landrätthlichen Kreis.

Druck von C. Jurt (sonst Robitzsch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatt's-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**44. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 5. November 1853.

Das 56. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

Nr. 783.

Nr. 3867. Statut des Rottwig-Kaaser Deichverbandes. Vom 19. September 1853.

Nr. 3868. Allerhöchster Erlaß vom 19. October 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum Bau und zur Unterhaltung einer Actien-Eisenbahn von Soest nach Niederbergheim.

Nr. 3869. Bekanntmachung über die unterm 19. October 1853 erfolgte Bestätigung des Statuts der Soest-Niederbergheimer Straßenbau-Gesellschaft. Vom 19. October 1853.

Nach einem hier vorliegenden Subscriptionsplane beabsichtigt ein sogenanntes Sachsenröderches Industrie-Geschäft in Greiz eine öffentliche Auspielung von Industriegegenständen in Verbindung mit Geldgewinnen. Da anzunehmen ist, daß dieser Plan, um zur Theilnahme anzuregen, auch in anderen Gegenden des Staates verbreitet sein oder werden wird, das Unternehmen aber jedenfalls zu denjenigen gehört, auf welche das Gesetz vom 5. Juli 1847 Anwendung findet, so wird vor dem Eingehen auf die gedachte Auspielung, sowie vor jeder etwaigen Betheiligung an dem Unternehmen, unter Hinweisung auf die gesetzlichen Folgen hierdurch gewarnt.

Nr. 784.

Eine von dem Sachsenröderchen Industrie-Geschäft in Greiz beabsichtigte öffentliche Auspielung betr.

Berlin, den 13. October 1853.

Der Minister des Innern.  
von Westphalen.

Der Finanz-Minister.

Im Auftrage: Horn.

Nachdem unter den Zollvereins-Staaten die Vereinbarung getroffen worden ist, daß die unterm 8. September d. J. angeordnete Einstellung der Erhebung des Eingangszolles für Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, als geschröte und geschälte Körner, Graupe, Gerste, Grütze, ingleichen gestampfte und geschälte Hirse, bis zum letzten September künftigen Jahres fort dauern soll, wird diese Erweiterung der Zollfreiheit hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Nr. 785.

Erweiterung der Zollfreiheit für Getreide, Hülsenfrüchte &c.

Berlin, den 24. October 1853.

Der Finanz-Minister.  
von Bodelschwingh.

**Nr. 786.** In der Nacht vom 28. zum 29. v. M. ist der Seifensiedermeister Schotte zu Raumburg in seiner Wohnung daselbst erschlagen und beraubt worden. Wer den, welcher diese schauererregende That begangen hat, zuerst zur Anzeige bringt mit dem Erfolge, daß der Thäter zur Untersuchung gezogen und bestraft werden kann, erhält eine Prämie von

**Zweihundert Thatern.**

Merseburg, den 1. November 1853.

**Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.**

**Nr. 787.**  
Die Zerstückelung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen betr.

Wir setzen uns veranlaßt, nachstehendes Gesetz:

Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes, betreffend die Zerstückelung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen, vom 3. Januar 1845. Vom 24. Mai 1853.

**Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c.**

verordnen, unter Zustimmung der Kammern, für die Provinzen Preußen, Brandenburg und Pommern, jedoch mit Ausschluß von Neuvorpommern, sowie für die Provinzen Schlesien, Posen und Sachsen, was folgt:

§. 1.

Dem gegenwärtigen Gesetze sind alle Arten von Grundstücken unterworfen, mit Ausnahme der Gebäude, Bauplätze, Hoffstellen und Gärten innerhalb einer Stadt oder Vorstadt.

§. 2.

Wenn Grundstücke durch Kauf oder andere Veräußerungs-Verträge zertheilt, von einem Grundstücke einzelne Theile abgezweigt, oder Grundstücke, welche Zubehör eines anderen Grundstücks sind, von diesem abgetrennt werden sollen, so muß der Vertrag vor demjenigen Gerichte, welches das Hypothekenbuch des Grundstücks zu führen hat, oder vor einem Commissarius dieses Gerichts geschlossen werden.

§. 3.

Sind diese Vorschriften nicht beachtet, so ist der Vertrag nichtig und hat demnach auch unter den Contrahenten keine rechtliche Wirkung.

§. 4.

Die Aufnahme des Vertrages (§. 2.) darf erst dann erfolgen, wenn der Veräußernde entweder:

- 1) seinen Besitztitel bereits in das Hypothekenbuch hat eintragen lassen, oder
- 2) schon ein Jahr lang sich im Besitz des Grundstücks befindet, und bei Aufnahme des Vertrages gleichzeitig die Berichtigung seines Besitztittels beantragt.

Der Hypothekenrichter hat alsdann diese Berichtigung für den Veräußernden erforderlichen Falls nach der Vorschrift der Ordre vom 6. October 1833 (Gesetz-Sammlung de 1833 Seite 124.) zu betreiben.

§. 5.

Die Bestimmungen der §§. 2. — 4. finden keine Anwendung:

- 1) bei Grundstücken, welche sich im landesherrlichen oder fiskalischen Besitze oder

unter unmittelbarer Verwaltung der Staatsbehörden, ingleichen bei solchen Grundstücken, welche sich im Besitze einer Kirche, Pfarre, oder einer andern geistlichen Stiftung, sowie einer Schule oder Armenanstalt befinden;

- 2) bei den außerhalb einer Stadt oder Vorstadt (§. 1.) auf der städtischen Feldmark gelegenen Grundstücken;
- 3) bei Theilung von Grundstücken zwischen Miterben oder sonstigen Miteigenthümern, deren Gemeinschaft sich nicht auf Vertrag gründet;
- 4) bei Ueberlassung einzelner Theile von Grundstücken Seitens der Eltern an ihre Kinder oder weitere Abkömmlinge;
- 5) bei Grundstücken, welche einer Expropriation, zum Zweck der Anlage von Eisenbahnen, Kanälen u. s. w. unterworfen sind, ohne Unterschied, ob die Veräußerung selbst durch Expropriation oder durch freien Vertrag bewirkt wird;
- 6) bei Theilungen von Grundstücken, welche durch eine gutsherrlich-bäuerliche Regulirung, eine Ablösung von Diensten, Natural- und Geldleistungen, oder eine Gemeinheitstheilung veranlaßt werden, oder bei Gelegenheit solcher Geschäfte (§. 8. der Verordnung vom 30. Juni 1834) vorkommen.

#### §. 6.

Insofern eine Zertheilung von Grundstücken, eine Abzweigung einzelner Theile derselben oder eine Abtrennung von Grundstücken, die Zubehör anderer sind, im Wege des öffentlichen Ausgebots und der meistbietenden Versteigerung stattfinden soll, darf sie nicht eher vorgenommen werden, als bis den Vorschriften des §. 7. Nr. 1. oder §. 20. des Gesetzes vom 3. Januar 1845 und §. 4. des Gesetzes vom 24. Februar 1850 wegen definitiver oder interimistischer Regulirung und Vertheilung der öffentlichen, Societäts- und Gemeindefasten auf die zu veräußernden Trennstücke genügt ist.

Der dort angeordnete Regulirungsplan muß vor dem Beginn des Ausgebots- und Versteigerungs-Verfahrens vorgelesen und später sich findenden Kauflustigen vor der Zulassung zu einem Gebot noch besonders bekannt gemacht werden.

#### §. 7.

Auch müssen bei einem solchen Ausgebots- und Versteigerungsgeschäft (§. 6.) vor dem Zuschlage oder Vertragsabschlusse stets Bestimmungen über die Ablösung, Vertheilung oder Uebernahme der auf den Grundstücken haftenden Realkasten und Renten in Gemäßheit des §. 93. des Gesetzes wegen Ablösung der Realkasten und Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse vom 2. März 1850, dergleichen wegen etwaiger Hypothekenschulden getroffen werden.

#### §. 8.

Bei diesen Ausgebots- und Versteigerungs-Verhandlungen (§. 6.) ist jedesmal ein Richter zuzuziehen, und dieser von Amtswegen verpflichtet, für die Befolgung der im §. 6. Absatz 2. und im §. 7. angeordneten Bestimmungen zu sorgen.

#### §. 9.

Wenn die vorstehenden Bestimmungen der §§. 6. 7. und 8. nicht befolgt werden, so ist jeder Veräußerer mit einer Geldbuße bis zweihundert Thaler zu bestrafen. Auch hat die Ortsbehörde die Versteigerung zu verbieten, sobald der Vorschrift des §. 8. wegen Zuziehung eines Richters nicht genügt ist.

Der §. 31. der Verordnung vom 2. Januar 1849 (Gesetz-Sammlung pro 1849 S. 10.) wird aufgehoben.

§. 11.

Unbeschadet der Befugniß der zuständigen Behörden, die Gründung einer neuen Ansiedelung innerhalb einer städtischen oder ländlichen Feldmark aus den im §. 27. des Gesetzes vom 3. Januar 1845 angegebenen Ursachen zu untersagen; darf die Gründung einer solchen Ansiedelung in dem Falle nicht gestattet werden, wenn die Ortsobrigkeit oder Gemeinde derselben widerspricht, und in diesem Falle der Antragende nicht nachweisen kann, daß er hinlängliches Vermögen; sowohl zur Ausführung des Baues, als zur Einrichtung der Wirthschaft besitzt.

Besteht das Vermögen des Antragenden nicht in Grundstücken oder sicheren Hypotheken-Kapitalen; so ist der Nachweis darüber durch die Bescheinigung oder Versicherung zweier achtbarer und zuverlässiger Gemeindeglieder zu führen.

Bei der Beurtheilung der Zulänglichkeit des Vermögens ist insonderheit auch die Höhe des Kaufgelbes-Rückstandes und der auf das Grundstück übernommenen beständigen Leistungen zu berücksichtigen.

§. 12.

Bei neuen Ansiedelungen muß die nach Vorschrift der §§. 25. und 26. des Gesetzes vom 3. Januar 1845 zu bewirkende Regulirung der Aushändigung des Bauconsenses vorhergehen.

Die entgegenstehende Vorschrift in §. 2. des Gesetzes vom 24. Februar 1850 wird hierdurch aufgehoben.

§. 13.

Wer mit Gründung einer neuen Ansiedelung beginnt, ohne vorher den Bauconsens erhalten zu haben, ist mit einer Geldbuße bis zu zwanzig Thalern zu bestrafen; auch hat die Ortsbehörde die Weiterführung der Ansiedelung zu verhindern.

§. 14.

Die Schlußbestimmung des §. 29. des Gesetzes vom 3. Januar 1845, wonach gegen die Entscheidung der Regierung über die Gestattung oder Versagung einer neuen Ansiedelung eine weitere Berufung nicht stattfindet, wird hiermit aufgehoben. Es kann gegen eine solche Entscheidung der Regierung fortan eine Beschwerde bei Unserem Minister des Innern angebracht werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Charlottenburg, den 24. Mai 1853.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

v. Manteuffel. v. d. Heydt. Simons. v. Raumer. v. Westphalen.  
v. Bodelschwingh. v. Bonin.

hiermit zur weiteren Kenntniß des Publikums zu bringen und namentlich auf die Straffbestimmung im §. 13. dieses Gesetzes aufmerksam zu machen.

Merseburg, den 18. October 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Auch in diesem Jahre ist von der Königl. Landes-Baumschule Sand-Souci ein neues Preis-Verzeichniß der aus der dasigen Anstalt zu beziehenden in- und ausländischen Wald-, Obst- und Schmuckbäume und Zier- und Obststräucher ausgestellt und ausgegeben worden.

Da der Bezug dieser Gegenstände aus der gedachten Anstalt wesentliche Vorteile gewährt, so bringen wir solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, mit dem Bemerkten, daß jenes Verzeichniß bei jedem Landrathsamte unseres Bezirks eingesehen werden kann. Merseburg, den 24. October 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Thüringische Hagel-schäden-Versicherungs-Gesellschaft zu Weimar sich aufgelöst hat und daher die derselben zum Geschäftsbetriebe in den Preuß. Staaten ertheilte Concession erloschen ist.

Merseburg, den 24. October 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Die von der Regierungs-Hauptkasse hieselbst ausgestellten Quittungen über die im 11. Quartal c. für verkaufte Domainen und Forstgrundstücke, sowie für abgelobte Domainen-Prästationen u. s. w. eingezahlten Kapitalien und Zinsen, sind, nach erfolgter Bescheinigung Seitens der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden, den betreffenden Specialkassen zur Ausbändigung an die Interessenten überliefert worden. Letztere werden daher aufgefordert, diese Bescheinigungen gegen Rückgabe der bereits empfangenen Interimskquittungen bei den gedachten Kassen entgegen zu nehmen. Merseburg, den 24. October 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

In unserem Depositorio befinden sich die Beträge der bereits in der Leipziger Ostermesse 1850 ausgelassenen Leubitz-Köthener Obligationen Litt. B. Nr. 433. und 953., zu deren baldigen Abhebung, unter vorschriftsmäßiger Rückreichung der Obligationen, der Talons und dazu gehörigen Coupons, vom Zeitpunkte der Auslosung gerechnet, wir die Inhaber der Obligationen hierdurch auffordern.

Halle, den 24. October 1853.

Königl. Preuß. Ober-Bergamt für Sachsen und Thüringen.

Mittelsst der unter dem 14. d. M. hñhern Orts vollzogenen Urkunde ist die Braunkohlengrube „Kleiner Wilhelm“ bei Teutschenthal an den Pastor Siebelhausen zu Volkstedt mit 1 Fundgrube und 18,4 Maassen verliehen worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Halle, den 25. October 1853.

Königl. Preuß. Ober-Bergamt für Sachsen und Thüringen.

Nr. 788.

Das von der Königl. Landes-Baumschule in Sand-Souci ausgegebene neue Preis-Verzeichniß betr.

Nr. 789.

Die Auflösung der Thüringischen Hagel-schäden-Versicherungs-Gesellschaft zu Weimar betr.

Nr. 790.

Den Umtausch der Quittungen der im 11. Quartal 1853 eingezahlten Kapitalien für verkaufte Domainen und Forstgrundstücke und Ablosungen betr.

Nr. 791.

Abhebung der Selbstbeträge für 2 Leubitz-Köthener Obligationen.

Nr. 792.

Verleihung einer Braunkohlengrube.

aus der 8ten Rechnung der Hauptkasse der Magdeburgschen Land-Feuer-  
Societät vom Jahre 1852.

Tit.	E i n n a h m e.	Thlr.		gr.	pf.
1.	An Bestand, incl. 39500 Thlr. in Activis . . . . .	43,181	17	5	
2.	An Zinsen von belegten Capitalien, nach Abzug der dabei erwachsenen Kosten. . . . .	1,136	14	8	
3.	An Beiträgen:				
	a) Reste aus frühern Ausschreiben 2,843 Thl. — sg. 8 pf.				
	b) Beiträge zum 14. u. 15. Ausschreiben 182,314 : 13 : 9 :				
	c) Eintrittsgeld der neuen Interessenten 282 : 3 : — :	185,439	17	5	
	Anmerkung. Die Beiträge zum 16. Ausschreiben vom 31. December 1852 können erst in der Rechnung pro 1853 in Einnahme erscheinen.				
4.	An zufälligen Einnahmen . . . . .	454	7	3	
	Summa . . . . .	230,211	26	9	
Tit.	A u s g a b e.	Thlr.		gr.	pf.
1.	An Brandentschädigungen und dazu gehörigen Nebenkosten.				
	a) Indemnisation:				
	1) für Brandschaden aus frühern Jahren 22,256 Thl. — sg. 11 pf.				
	2) für dergl. aus dem Jahre 1852 137,778 : 26 : 8 :				
	b) Prämien für Spritzen- und sonstige Ebschülfe . . . . .	4,332	—	—	
	c) Diäten und Reisekosten wegen der Untersuchung . . . . .	684	7	2	
	d) Taxationskosten wegen Brandbeschädigungen resp. wieder aufgebauter Gebäude 314 : 13 : 8 :	165,365	18	5	
	An Indemnisation ist zu zahlen geblieben bis ult. December 1852 . . . . .	45,181	Thlr. 2	Sgr. 6	Pf.
2.	An Prämien für Entdeckung von Brandstiftern . . . . .	435	—	—	
3.	An Bonificationen auf neue Feuerspritzen . . . . .	776	17	5	
4.	An Verwaltungskosten:				
	a) fixirtes Gehalt und Pensionen . 6,040 Thl. 15 sg. — pf.				
	b) Gehalt und Emolumente der Kreis-Rendanten . . . . .	2,502	23	9	
	c) Revisions- und Abschätzungskosten wegen der Versicherung, Aufnahme etc. 2,338 : 3 : 6 :				
	d) Bureau- u. Druckkosten, Copialien etc. 644 : 2 : 9 :				
	e) Gerichts- und Prozeßkosten . . . . .	131	22	9	
	Summa . . . . .	11,657	7	9	
	Latus . . . . .	178,234	13	7	



A u s g a b e.		Thlr.	Sgr.	Pf.
Transport		178,234	13	7
5. Für Bauten, Utensilien, Faßen und Abgaben		935	22	5
6. An zufälligen Ausgaben		114	12	6
Summa		179,284	18	6
A. b. s. c. h. l. u. ß.				
Die Einnahme beträgt		230,211	26	9
Die Ausgabe beträgt		179,284	18	6
Bleibt Bestand incl. 47,500 Thlr. in Activis.		50,927	8	3

**B e m e r k u n g e n.**

Die Gesamt-Versicherungssumme pro 1852 betrug:				
in 1ster Klasse	9,720,550 Thlr.			
in 2ter	32,118,450			
in 3ter	17,367,900	59,206,900	—	—
Die nach §. 61. des Reglements reducirte Beitragssumme be- trug also in sämtlichen 21 Societätskreisen		37,053,610	—	—
Sämmtl. im J. 1852 ins Soll gestellte Ausgaben beliefen sich auf		198,448	19	2
Hierunter befinden sich an Brandentschädigung:				
177,939 Thlr. 25 Sgr. 2 Pf.				
Zur Deckung sämtlicher Soll-Ausgaben haben die Bei- träge und zwar zum 15. Ausschreiben vom 30. Juni 1852 auf 8 Sgr. 4 Pf. und zum 16. Ausschreiben vom 31. December 1852 auf 6 Sgr. 8 Pf., zusammen also auf 15 Sgr. mit Rücksicht auf die erforderliche Theilbarkeit derselben durch 20 Pfennige (cfr. §. 55. des Reglements) pro 100 Thlr. des redu- cirten Beitragscapitals festgesetzt werden müssen, welches pro 100 Thlr. der vollen Versicherungssumme:				
in 1ster Klasse	6 Sgr. — Pf.			
in 2ter	9 — —			
in 3ter	12 — —			

beträgt, und wodurch im Ganzen einkommen mußten . . . 185,268 1 6

Die Anzahl der verschiedenen Brandschäden, für welche im J.  
1852 die Indemnisation in Soll-Ausgabe gestellt worden, beträgt  
135, worunter 15 durch Gewitterschlag entstanden sind.

Magdeburg, den 28. September 1853.

Hauptkasse der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät.

Vorstandender Extract wird hierdurch in Gemäßheit des §. 110. des Societäts-  
Reglements vom 28. April 1843 zur Kenntniß der betreffenden Interessenten gebracht.

Der General-Director Graf von der Schulenburg.

- Nr. 794.** Dem Seidenwirker Theodor A. Schurigel zu Berlin ist unter dem 10. April c. ein Patent auf eine Einlofmascchine für gemusterte Gewebe in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung, und ohne Jemand in der Verwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.
- Nr. 795.** Dem Mechaniker Bräckenhaus zu Aachen ist unter dem 15. Juli c. ein Patent auf eine Tuchpresse in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung und ohne Jemand in der Benutzung einzelner bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.
- Nr. 796.** Dem Dr. Eduard Stolle in Berlin ist unter dem 20. Juli c. ein Patent auf ein für neu und eigenthümlich erkanntes Verfahren, Schwefeleisen darzustellen, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.
- Nr. 797.** Dem Stadtbaumeister Henden zu Barmen ist unter dem 22. Juli 1853 ein Patent auf eine Kreis-Rämm-Maschine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.
- Nr. 798.** Das dem Handlungs-Disponenten Sparenberg in Berlin unterm 15. Juli 1852 erteilte Patent auf eine Vorrichtung an Mühlsteinen zur Rühlung des Mählgutes ist aufgehoben.

### Personal-Chronik.

- Nr. 799.** Dem Oberförster Plager zu Zöckeritz sind die Functionen der Polizei-Anwaltschaft für das Forstrevier Zöckeritz übertragen worden.
- Nr. 800.** Die fünfte Lehrerstelle an der Mädchenschule zu Weissenfels, Privat-Patronat, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.
- Nr. 801.** Zu der erledigten evangelischen Pfarradjunctur zu Barchau und Söllwitz, in der Dices Ziesar, ist der bisherige Predigtamts-Candidat August Eduard Fromm berufen und bestätigt worden.
- Nr. 802.** Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Grunau mit Domsen, in der Dices Weissenfels, ist der bisherige Predigtamts-Candidat Heinrich Gustav Lindner berufen und bestätigt worden.

Druck von C. Zurl (sonst Kobisch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**45. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 12. November 1853.

Das 57. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:  
Nr. 3570. Verordnung wegen Abänderung des Vereins-Zolltarifs. Vom 31. October 1853.

Nr. 803.

Nachdem die Regierungen der Staaten des Steuervereins sich veranlaßt gesehen haben, die Erhebung des Eingangsölles für Reis bis zum Ablaufe des Jahres 1853 einzustellen, erfordert das Interesse des Handels, daß eine gleiche Maßregel im Zollverein eintrete. In Folge einer demgemäß unter den Regierungen der Zollvereins-Staaten getroffenen Vereinbarung wird auf Allerhöchste Anordnung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Erhebung des Eingangsölles für Reis vom 10. d. Mts. an bis zum Ablaufe des Jahres 1853 eingestellt werden wird. Die Steuerbehörden sind dieserhalb mit der erforderlichen Anweisung versehen.  
Berlin, den 7. November 1853.

Nr. 804.

Die Einkünfte des Eingangsölles für Reis betr.

Der Finanz-Minister.  
von Bodelschwingh.

Die städtischen Behörden zu Eßleda haben dem Taubstummeninstitut zu Weipfensfel ein Geschenk von 5 Thalern gemacht.  
Merseburg, den 29. October 1853.

Nr. 805.

Wohlthätige Handlung.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß von Geistlichen kirchliche Atteste häufig mit dem Vermerke ausgestellt werden: „Stempel ist umzuschlagen“, und daß dies selbst an Orten geschieht, wo der gesetzliche Stempel durch die Betheiligten leicht zu beschaffen ist. Wir machen die Herren Geistlichen unseres Bezirks auf die Unzulässigkeit einer derartigen Ausstellung kirchlicher Atteste unter Hinweisung auf die §§. 21. und 22. des Stempelgesetzes vom 7. März 1822, sowie die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 28. October 1836 (Ges. Sammlung S. 308.) hierdurch aufmerksam, indem wir zugleich bemerken, daß jene Bezeichnung den Aussteller nicht vor der gesetzlichen Strafe schützen kann, und daß wir, wenn dergleichen Stempel-

Nr. 806.

Die Stempelverwendung zu kirchlichen Attesten betr.

Contraventionsfälle zu unserer Cognition gelangen sollten, nicht würden umhin können, die gesetzliche Stempel-Ordnungsstrafe gegen den Aussteller eintreten zu lassen.  
Magdeburg, den 28. October 1853.

Königliches Consistorium für die Provinz Sachsen.

**Nr. 807.** Es ist in neuerer Zeit von verschiedenen Seiten her darüber Beschwerde geführt worden, daß unter Vormundschaft stehende Personen von Geistlichen aufgeboten und a. die Trauung sogar getraut worden, ohne daß der erforderliche Nachweis beigebracht gewesen, daß b. die Trauung der unter Vormundschaft stehenden Personen betr. zu der beabsichtigten ehelichen Verbindung die Einwilligung des Vormundes und zwar auf Grund selbstkempfangener vormundschaftsgerichtlicher Autorisation erteilt sei. Sowohl in Betracht, daß Ehen ohne den gedachten autorisirten Consens der Ungültigkeitserklärung ausgesetzt sind, als in Rücksicht der ernsten disciplinaren Verantwortung, welcher die Nichtbeachtung jenes Erfordernisses aussetzt, nehmen wir Veranlassung, die Geistlichen unseres Aufsichtskreises von Neuem auf die gewissenhafte und sorgsame Einhaltung der bezüglichenden gesetzlichen Bestimmung hierdurch aufmerksam zu machen und dieselbe ihnen dringlichst in Erinnerung zu bringen.

Magdeburg, den 3. November 1853.

Königliches Consistorium für die Provinz Sachsen.

**Nr. 808.** Dem Fabrikant M. Fleischer zu Breslau ist unter dem 23. Juli 1853 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung in ihrer ganzen Zusammensetzung als neu und eigenthümlich nachgewiesene Maschine zum Mähen und gleichmäßigen Legen des gemäheten Getreides in Schwaden, ohne Jemand in Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

**Nr. 809.** Dem Fabrikbesitzer Dr. L. E. Marquardt und dem Bergwerksbesitzer Ph. Jung zu Bonn ist unter dem 23. Juli c. ein Patent auf einen in seinem ganzen Zusammenhange für neu und eigenthümlich erkannten Apparat zur Ausziehung des Kupferoxydes aus Kupfererzen, ohne Jemand in der Anwendung der bekannten Theile desselben zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

**Nr. 810.** Dem Verfertiger chemischer und physikalischer Instrumente, Heinrich Geißler zu Poppelsdorf bei Bonn ist unter dem 28. Juli c. ein Patent auf einen in der ganzen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkannten Apparat zur Untersuchung gemischter Flüssigkeiten, „Vaporimeter“ genannt, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

**Nr. 811.** Dem Departements-Thierarzt Sticker zu Köln ist unter dem 28. Juli c. ein Patent auf ein Impf-Instrument, soweit dasselbe als neu und eigenthümlich erachtet worden ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

Dem Kaufmann C. F. Wappenhaus zu Berlin ist unter dem 28. Juli 1853 ein Patent auf ein Verfahren bei der Zubereitung vegetabilischer Spinnstoffe, als Flach, Hanf, Baumwolle u., soweit dasselbe als neu und eigenthümlich erkannt worden ist, und ohne Jemand in der Anwendung einzelner bekannter Operationen zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden. Nr. 812.  
Patent-  
Ertheilung.

## P e r s o n a l - C h r o n i k .

Des Königs Majestät haben allergnädigst geruhet, dem bei der hiesigen Regierungs-Hauptkasse angestellten Cassirer Senff den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen. Nr. 813.

Des Königs Majestät haben den zeitherigen Landrathsamts-Verweser, königlichen Regierungsrath a. D. von Holleuffer zu Zeitz zum Landrath zu ernennen geruht; es ist demselben die landrathliche Verwaltung des Kreises Zeitz nunmehr definitiv übertragen worden. Nr. 814.

Nachdem der Kaufmann Kriebel in Raumburg die ihm übertragene Agentur der Feuerversicherungsanstalt Borussia in Berlin niedergelegt hat, ist unter dem 1. October c. der Kaufmann Julius Helm daselbst als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden. Nr. 815.

Die unter königl. Patronat stehende Pfarrstelle an St. Servatii zu Duedlinburg ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers vacant geworden. Nr. 816.

Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Braunsroda mit den dazu gehörigen Filialen in der Diöcese Cartsberga ist der bisherige Predigamts-Candidat Lebrecht Anton Lautenschläger berufen und bestätigt worden. Nr. 817.

Der Pastor Kellner zu Baldau, in der Ephorie Schleusingen, tritt mit dem Schlusse dieses Jahres in den Ruhestand. Die Stelle ist königlichen Patronats. Nr. 818.

Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Cobbel mit Wahlwinkel, Rehnert, Ueg und Sandfurth, in der Diöcese Wolmirstedt, ist der bisherige Predigamts-Candidat und Rector Heinrich Friedrich Hildebrandt berufen und bestätigt worden. Nr. 819.

Im Liebenwerdaer Kreise sind auf die Jahre 1853 — 1855

- a) für den II. Landbezirk der Rittergutsbesitzer und Lieutenant Engelbrecht in Wiederau zum Schiedsmann;
- b) für den X. Landbezirk der Erbrichter, Gutsbesitzer Kretschmann in Hohenleipisch zum Schiedsmann;
- c) für den XIII. Landbezirk der Bürger Traugott Welsche in Müdenberg zum Schiedsmann, der bisherige Schiedsmann Posthalter Karl Wendt daselbst zum Stellvertreter

gewählt und als solche gehörig verpflichtet worden. Nr. 820.

Nr. 821. In Folge der Vereinigung der bisherigen Bergämter zu Wettin und Ramsdorf mit dem Bergamte zu Eisleben haben nachstehende Personal-Veränderungen stattgefunden:

Die Bergmeister Nebner und Cramer, sowie der Buchhalter Richter sind in gleicher Eigenschaft und der Schichtmeister Zimansky als Calculator von Wettin nach Eisleben versetzt worden; der Bergmeister Hoffmann und der Markscheider Hdr old sind dagegen in Wettin verblieben.

Der bisherige Bergamtskassen-Rendant Ladebeck in Wettin hat einstweilen die Functionen des Schichtmeisters bei dem Königlichen Steinkohlenwerk bei Wettin übernommen.

Neu angestellt ist der Berg-Cleve Erdmenger als Bergamts-Secretair zu Eisleben.

Der Berggrath Lindig und der Berggeschworene Spengler sind in Ramsdorf verblieben; der vortrige Registrator Schlutius ist als Secretair an das Bergamt zu Halberstadt versetzt worden.

Der Bergmeister von Winnigerode zu Dürrenberg ist in gleicher Eigenschaft an das Bergamt zu Halberstadt versetzt und die Stelle eines Revierbeamten für die zu den landesherrlichen Salinen Dürrenberg und Kösen gehörigen Braunkohlenwerke und für einen Theil der neupreußischen Privat-Braunkohlengruben ist dem bisherigen, zum Berggeschworenen ernannten Oberbergamts-Referendarius Leuschner unter Anweisung seines Wohnsitzes in Dürrenberg verliehen worden.

Außerdem wurden dem Revier-Obersteiger Kühne zu Suhl die Geschäfte eines Revierbeamten im Bergamtsbezirk Halberstadt interimistisch übertragen.

Nr. 822. Der vom 1. November d. J. ab als Special-Commissarius in Auseinandersetzungssachen zu Delitzsch angestellte Gerichts-Assessor Sommer ist in Folge seiner definitiven Uebernahme zur Verwaltung zum Regierungs-Assessor ernannt worden.

Nr. 823. Die durch das Regierungs-Amtsblatt Nr. 39, bekannt gemachte Versetzung des Post-Secretairs Mez von Wittenberg nach Elberfeld ist nicht zur Ausführung gekommen. Der 2c. Mez wird bis auf Weiteres in Wittenberg verbleiben.

Nr. 824. Der Post-Secretair Reifewitz in Halle ist unter Ernennung zum Ober-Post-Secretair als Bureaubeamte bei der dasigen Ober-Postdirection bestätigt worden.

Nr. 825. Die Verwaltung der durch das Ableben des vormaligen Post-Expeditours Bieleing erledigten Post-Expedition zu Köppla ist dem zum Post-Expeditur ernannten Freigutsbesitzer Hermann daselbst seit dem 1. October c. übertragen worden.

Nr. 826. Der Briefträger und Wagenmeister Krügel in Delitzsch ist zum 1. November c. in gleicher Eigenschaft nach Herzberg versetzt worden.

Nr. 827. Der Briefträger Kleemann beim Postamte in Halle tritt vom 1. November c. mit Pension in den Ruhestand.

Druck von G. Jurek (sonst Kobitsch'sches Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatt-Bureau der Königlichen Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**46. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 19. November 1853.

Das 58. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

- Nr. 3871. Uebereinkunft zwischen Preußen und mehreren anderen Deutschen Staaten wegen Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener Angehörigen eines anderen kontrahirenden Staates, d. d. Eisenach, den 11. Juli 1853. Nebst Bekanntmachung vom 5. November 1853.
- Nr. 3872. Bekanntmachung, die Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Concordia, Eölnische Lebensversicherungs-Gesellschaft“ betreffend. Vom 13. October 1853.
- Nr. 3873. Verordnung wegen Einberufung der Kammern. Vom 29. October 1853.

Nr. 828.

Mit Bezug auf die in Nr. 58. der diesjährigen Gesetz-Sammlung sub Nr. 3873. publicirte Allerhöchste Verordnung vom 29. October dieses Jahres, durch welche der Zutritt der Mitglieder der Kammern auf den 28. dieses Monats festgesetzt ist, lade ich die Mitglieder beider Kammern hierdurch noch besonders ein, sich zu der an gedachtem Tage hier in Berlin stattfindenden Eröffnung einzufinden.

Nr. 829.  
Einladung der  
Kammermit-  
glieder zu der  
auf den 28.  
d. M. anber-  
raumten Er-  
öffnung der  
Kammern.

Die Eintrittskarten zu der Eröffnungssitzung sind von den Mitgliedern der Ersten Kammer in dem Bureau Leipzigerstraße Nr. 3., von denen der Zweiten Kammer in deren Bureau Leipzigerstraße Nr. 55. und zwar am 26. und 27. d. M. in den Stunden von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends und am 28. in den Morgenstunden in Empfang zu nehmen.

In diesen Büreaux wird auch noch die besondere Benachrichtigung über Ort und Zeit der Eröffnungssitzung, sowie über die derselben vorhergehende kirchliche Feier offen liegen.

Berlin, den 10. November 1853.

Der Minister des Innern.  
gez. v. Westphalen.

Zufolge der von uns unter dem 20. Mai 1840 und wiederholt am 3. Juli 1852 bekannt gemachten verfassungsmäßigen Bestimmungen, sollen sowohl die vaterländischen, als auch die fremdherrlichen Orden und Ehrenzeichen, welche preussischen Unter-

Nr. 830.  
Die Einse-  
nung von

Orden und  
Ehrenzeichen  
nach dem Tode  
der Inhaber  
betr.

thanen verliehen gewesen sind, nach dem Tode ihrer Inhaber von deren Hinterbliebenen unmittelbar oder durch die Dienst- und Orts- Behörden, mit Anzeige des Todestages der Verstorbenen, an uns eingesandt werden.

Da diese Verordnung in vielen Fällen unbeachtet geblieben ist, von den auswärtigen Staaten die Zurückgabe der Insignien aber ganz besonders verlangt wird, so wird dieselbe hierdurch von Neuem zur allgemeinen Befolgung bekannt gemacht, mit dem Bemerken, daß die noch nicht zurück gereichten Decorationen nachträglich recht bald an uns zurückzusenden sind.

Die Verleihungs- Documente verbleiben dagegen den Angehörigen der Verstorbenen als ein ehrendes Andenken und die bronzene Denkmünze für die Feldzüge von 1813 bis 1815 wird, wie bisher, an diejenige Kirche zur Aufbewahrung abgegeben, zu welcher sich der verstorbene Inhaber gehalten hat.

Berlin, den 14. October 1853.

Königliche General-Ordens-Commission.

Nr. 831.  
Die Liste der  
auf die in der  
21. Ziehung  
ausgelosten  
Seehandlungs-  
Prämien Scheine  
gefallenen  
Prämien betr.

Mit Bezugnahme auf die in dem 29. Stüd des Amtsblatts unter Nr. 508. abgedruckte Bekanntmachung vom 9. Juli d. J., die am 1. Juli d. J. gezogenen 106 Serien der Seehandlungs-Prämien Scheine à 50 Thaler betreffend, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß nunmehr auch die Liste der auf die 10600 Nummern jener Serien in der am 15. October d. J. angefangenen und am 21. desselben Monats beendeten Ein und Zwanzigsten Ziehung gefallenen Prämien erschienen ist; wovon sämmtlichen Landrathsämtern des Regierungsbezirks, den Gräfl. Stolbergischen Polizeibeamten zu Kösln und Stolberg, sowie den Magisträten zu Halle, Naumburg, Zeitz, Torgau, Wittenberg, Eisleben, Eilenburg, Düben, Mühlberg und hieselbst Exemplare mit dem Auftrage zugegangen sind, Jedermann, der ein Interesse dabei haben möchte, auf Verlangen die Einsicht zu gestatten.

Merseburg, den 5. November 1853.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 832.

Polizei-  
Verordnung  
betreffs der  
Sicherheits-  
maßregeln bei  
Einrichtung  
und Benutzung  
der Fähran-  
stalten.

Auf Grund des §. 11. des Gesetzes vom 11. März 1850 — Gesetzsammlung pag. 265. — treffen wir über die bei Einrichtung und Benutzung der Fähranstalten zu treffenden Sicherheitsmaßregeln nachstehende polizeiliche Anordnungen:

§. 1.

Jeder Vorsteher einer öffentlichen Fährte ist verpflichtet, die Passage an dem Uebergangspunkte in polizeilich anerkannter Sicherheit zu erhalten, und solche Vorrichtungen zu treffen, wie sie den jedesmaligen Umständen und dem Zwecke der Sicherstellung des Publikums angemessen sind.

§. 2.

Es dürfen nur Fahrzeuge gebraucht werden, welche durch den betreffenden Bau- beamten bei der zweimal im Jahre, einmal mit dem Abgange des Winters und einmal im Sommer vorzunehmenden Revision in Beziehung auf ihre Tüchtigkeit und Belastungsfähigkeit, sowie in Betreff der dazu gehörigen Geräthschaften für brauchbar



anerkannt werden, nach Bedürfniß mit Bänken zum Sitzen versehen, sicher, reinlich und frei von Wasser sind.

§. 3.

Jedes Fahrzeug muß mit einem, die höchste Belastungsfähigkeit anzeigenden, mindestens einen Zoll breiten um das ganze Gefäß herumgehenden Leisten versehen sein, welcher mit weißer Oelfarbe anzustreichen ist.

Ueber diese Stärke hinaus darf das Fahrzeug nicht belastet werden.

Die Festsetzung der höchsten Belastungsfähigkeit ist durch den betreffenden Baubeamten in Verbindung mit der Ortspolizeibehörde, und unter Zuziehung eines zuverläßigen Schiffers zu bewirken.

Der Gebrauch ganz schmaler Fahrzeuge zum Uebersetzen ist nicht zu gestatten.

Sobald wegen Sturms oder unruhigen Wetters das Uebersetzen bedenklich ist, muß das einzunehmende Gewicht den Umständen gemäß unter dem die Sicherheitsmarke bezeichneten Maße verringert werden.

§. 4.

Bei jeder Fährre muß sich noch ein rücksichtlich seiner Belastungsfähigkeit ebenfalls geprüfter und bezeichneter Kahn befinden, welcher bei jeder Ueberfahrt mitzunehmen ist. Eine Ausnahme hiervon wird nur den sogenannten Schredsfähren auf der Saale zu Bradwitz, Brucke und Mukrena, und auf der Elbe bei Mühlberg und Belgern gestattet. Doch sind auch diese gehalten, den Bodkahn zu führen, wenn von der Schrede bei der Ueberfahrt kein Gebrauch gemacht wird.

§. 5.

Bei Nachtzeit müssen alle Fähranstalten zum Gebrauch beim Anlanden und Ein- und Aussteigen der Uebersetzenden wenigstens mit einer, größere Fahrzeuge mit zwei Laternen versehen sein.

§. 6.

Die Vorsteher der Fährren dürfen nur solche Personen über 18 Jahre als Fährknechte annehmen und beschäftigen, welche sich durch ein Zeugniß des betreffenden Baubeamten und der Lokal-Polizeibehörde über ihre Qualification ausgewiesen haben.

§. 7.

Das Uebersetzen muß zu jeder Tages- und Nachtzeit, bei gutem und üblen Wetter stets ohne Zeitverlust geschehen. Ausgenommen von dieser Bestimmung bleiben Fälle augenscheinlicher Lebensgefahr, wo das Uebersetzen ganz unterbleiben muß.

§. 8.

Sobald die Uebergangslinie dergestalt mit Eis bedeckt ist, daß dieselbe mit jedem Fuhrwerk nach dem Urtheile der Polizeibehörde ohne Gefahr passirt werden kann, ist der Inhaber der Fährre verpflichtet, für sichere Auf- und Abfahrten durch Bretter-Anlagen oder Schwimmbrücken zu sorgen.

Eine solche Eisbahn ist so zu bezeichnen, daß sie beim Uebergange nicht verfehlt werden kann. Die Anwendung von Stroh, Mist und dergleichen, um die Eisbahn dadurch zu verstärken, ist durchaus verboten.

So lange die Eisbahn nicht benützt werden kann, hat der Fährinhaber dafür zu sorgen, daß die Fährre gangbar ist.

§. 9.

Wird der Uebergang durch besondere Umstände lebensgefährlich, so muß der Fährinhaber dies an den betreffenden Stellen durch gewöhnliche, in der Gegend übliche Warnungszeichen bemerklich machen. Die Polizeibehörde hat hierauf bei eigner Verantwortung zu halten.

Die Erhebung des Fährgeldes bei Benutzung der Eisbahn bestimmt der Tarif.

§. 10.

Jeder Inhaber einer Fährre ist verpflichtet, den bestätigten Fährtarif auf dem Fährschiffe selbst oder am Ufer auf einer gemalten Tafel aufzustellen, und zwar in der Art, wie dies durch die landrätliche Behörde angeordnet wird.

Ebenso ist jeder Fährinhaber verpflichtet, ein ihm zustellendes Exemplar dieser Polizei-Verordnung im Fährhause aufzubewahren und dasselbe auf Verlangen den die Fähranstalt benutzenden Personen zur Einsicht vorzulegen.

§. 11.

Jedes Fahrzeug muß mit den erforderlichen Utensilien an Rudern, Stangen, Bootshaken, Leinen und dergleichen versehen sein. Was hierzu gehört, ist für jede Fährstelle durch unsere Verfügung vom 6. August 1840 Nr. 10614. festgestellt.

§. 12.

Jeder Reiter muß vor dem Eintreten in die Fährre absteigen und während des Ueberfahrens das Pferd kurz am Zügel führen. Die Fährleute müssen die Reiter nöthigenfalls hiezu veranlassen.

§. 13.

Beim Ueberfahren der Fuhrwerke hat jeder Fuhrmann die Aufhalter abzunehmen, die Pferde abzusträngen und während des Ueberfahrens unmittelbar vor den Pferden zu stehen und diese zu halten. Der Fuhrmann ist von den Fährleuten hiezu anzuhalten.

Das Fahrzeug muß, ehe die Wagen in dasselbe einfahren, durch eine feste schlagbaumartige Barriere, oder durch eingelegte starke Bäume gesperrt werden.

Das Sperren des Fahrzeuges muß auch beim Ueberfahren von Treibvieh und losen Pferden geschehen.

§. 14.

Das Ueberfahren unruhiger, böseartiger, nicht gehörig verwahrter Thiere zugleich mit anderen Thieren oder mit Personen, welche nicht als Führer derselben dienen, darf nicht stattfinden.

§. 15.

Reiter, Fuhrleute, Thierführer u. müssen den Anordnungen der Fährleute in Gemäßheit der Bestimmungen der §§. 12. und 13., sowie den sonstigen Anordnungen derselben wegen Stellung der Pferde und anderer Thiere, wie der Fuhrwerke, unweigerlich Folge leisten und ebenso müssen die Fußgänger die ihnen anzuweisenden Plätze einnehmen.

§. 16.

Für den Fall, daß das Anlanden am gewöhnlichen Landungsplatze durch zufällige Ereignisse unmöglich gemacht, oder erschwert wird, muß der Fährinhaber dafür sor-

gen, daß die Uebersehenden anderswo sicher und trocken gelandet werden können, und sind zu diesem Zweck am Hülf-Landungsplatz Bretter u. zu legen.

§. 17.

Jede Uebertretung der vorstehenden Bestimmungen sowohl von Seiten der Fähr-Inhaber und deren Leute, wie auch von Seiten der Ueberzusehenden wird auf Grund des §. 11. des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizei-Verwaltung, sofern nicht in Gemäßheit allgemeiner Gesetzes-Bestimmungen höhere Strafen eintreten, mit 1 bis 10 Thaler event. mit entsprechender Gefängnißstrafe geahndet.

§. 18.

Durch vorstehende Bestimmungen wird die bezügliche Amtsblatt-Bekanntmachung vom 11. Juni 1842 außer Kraft gesetzt.

Merseburg, den 19. Mai 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Vorstehende Polizei-Verordnung, welche bereits im Monat Mai d. J. den Königlich-Landräthen zur Instruction der betreffenden Fähr-Inhaber mitgetheilt worden ist, wird hierdurch zur allgemeinen Beachtung nachträglich veröffentlicht.

Merseburg, den 15. November 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Die im 30. Stück des diesjährigen Amtsblatts angekündigten Wahlfähigkeits-Prüfungen sind vom 12. September cr. ab in Eisleben abgehalten worden.

A.

Das Königl. Haupt-Seminar zu Eisleben verließen 9 Zöglinge und erhielten die Haupt-Censuren Nr. I. II. und III. wie folgt:

- 1) Friedrich Gottlob Selbke aus Eisleben; 2) Friedrich Gottlieb Gottschalk aus Sotterhausen, Kreis Sangerhausen; 3) Franz Wilhelm Bernhard Häußler aus Wimmelburg bei Eisleben; 4) Karl Ludwig Hermann aus Bleddin, Kr. Wittenberg; 5) Gustav Friedrich Liebing aus Hettstädt; 6) Friedrich Christoph Karl Moos aus Gerbstedt; 7) Karl Gustav Müller aus Pansfelde, Mansf. Gebirgskr.; 8) Johann Eduard Gottfried Wopel aus Pfersdorf, Mansf. Gebirgskr.; 9) Karl Friedrich Wachsmuth aus Gr. Osterhausen, Kr. Quersfurt.

B.

Anderweit Vorbereitete waren angemeldet Acht und erhielten Vier die Censuren II. und III. wie folgt:

- 1) Ernst Louis Felix aus Eilenburg; 2) Heinrich Wilhelm Grahl aus Gorha bei Eilenburg; 3) Gustav Adolph Martin aus Kloster Zinna; 4) Eduard Wilhelm Koch aus Stolzenhain, Kr. Schweinitz.

Vieren konnte wegen mangelhafter Vorbereitung ein Wahlfähigkeits-Zeugniß nicht erteilt werden.

C.

Bei der Prüfung der Literaten für Rectorate oder Oberlehrerstellen an städtischen Communal- oder Bürgerschulen erhielten ein Wahlfähigkeits-Zeugniß:

Nr. 833.

Die zu Eisleben abgehaltenen Wahlfähigkeits-Prüfungen betr.

- 1) August Gustav Kost, Candidat des Predigamts aus Merseburg, und
- 2) Friedrich August Reinhold Schaller, Candidat der Theologie aus Schweinig.

Merseburg, den 11. November 1853.  
Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-  
und Schulwesen.

Nr. 834.  
Ausgeloste  
Rentenbriefe  
pro term.  
1. April 1854.

In dem am 9. November d. J. zur Auslösung der Sächsischen Rentenbriefe für das laufende Halbjahr (1. October 1853 bis 1. April 1854) in Gemäßheit des Gesetzes vom 2. März 1850 über die Errichtung von Rentenbanken angefallenen Termine sind folgende Rentenbriefe:

- 1) Littera A. über 1000 Thlr.: Nr. 348, 455, 637, 846, 1198, 1360, 1460, 1603, 1974, 2024, 2032, 2279, und 2547,;
- 2) Littera B. über 500 Thlr.: Nr. 139, 408, und 527,;
- 3) Littera C. über 100 Thlr.: Nr. 10, 133, 423, 468, 667, 1260, 1473, 1716, 1940, 1980, 2177, 2622, 2628, 2718, u. 2735,;
- 4) Littera D. über 25 Thlr.: Nr. 36, 96, 171, 303, 344, 816, 1526, 1825, 2047, 2167, und 2187,;
- 5) Littera E. über 10 Thlr.: Nr. 200, 284, 531, 741, 805, 1218, 1357, 1483, 1608, 1716, 1717, 1732, 1992, 2323, 2430, 2813, 3031, 3252, 3496, 3511, 3535, 3547,;

ausgelöst worden.

Die Zahlung der Beträge derselben erfolgt vom 1. April 1854 ab auf der Kasse der unterzeichneten Rentenbank, Domplatz Nr. 4, hieselbst, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, gegen Zurüclieferung der ausgelosten Rentenbriefe im coursfähigen Zustande und Quittungsleistung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare.

Mit dem 31. März 1854 hört die weitere Verzinsung der gedachten Rentenbriefe auf, und müssen daher mit denselben die dazu gehörigen 9 Stück Zinscoupons, Serie I. Nr. 8, bis 16, unentgeltlich abgeliefert werden, widrigenfalls für jeden fehlenden Coupon der Betrag desselben vom Capital zurückbehalten wird.

Indem wir die Inhaber der ausgelosten Rentenbriefe hierdurch auffordern, vom 1. April 1854 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten in Empfang zu nehmen, bemerken wir noch ausdrücklich, daß sich unsere Rentenbankkasse auf eine Ueber-sendung des Geldbetrages an Privatpersonen mit der Post nicht einlassen darf.

Magdeburg, den 10. November 1853.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

Nr. 835.  
Vernichtung  
ausgeloster  
Rentenbriefe.

Nachstehende Verhandlung:

Verhandelt Magdeburg, den 9. November 1853.

In Gemäßheit der Paragraphen 46, bis 48, des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 wurden diejenigen ausgelosten Rentenbriefe der Provinz Sachsen, welche nach dem von der Königlichen Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen zu den Akten gegebenen Verzeichnisse gegen Baarzahung zurückgegeben sind und zwar:

14	Stück zu	1000	Thlr.	14000	Thlr.
2	„	500	„	1000	„
8	„	100	„	800	„
13	„	25	„	325	„
13	„	10	„	130	„

überhaupt Sechzehntausend Zwei Hundert Fünf und Fünfzig Thaler nebst den dazu gehörenden Coupons in Gegenwart der Unterzeichneten heute durch Feuer vernichtet. Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

gez. W. Mathusius, August Steinle,  
als Abgeordnete der Provinzial-Vertretung.

Brenning. Damm, Justizrath, als Notar.

wird nach Vorschrift des §. 48. des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 11. November 1853.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

Dem Ingenieur Friedrich Schäfer zu Barmen ist unter dem 30. Juli c. ein Patent auf eine Maschine zur Anfertigung von Haken und Oesen in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden. Nr. 836.  
Patents-  
Ertheilung.

Dem Werkmeister Joh. H. Stöcher zu Elberfeld ist unter dem 3. August c. ein Patent auf einen Garnhaspel in der durch Modell und Zeichnung nachgewiesenen Ausführung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden. Nr. 837.  
Patents-  
Ertheilung.

Dem Fabrikanten Julius Boges in Berlin ist unter dem 14. August c. ein Patent auf ein Verfahren bei Herstellung von Plüsch mit geschnittenen Figuren, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Hülfsmittel zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden. Nr. 838.  
Patents-  
Ertheilung.

Dem Papierfabrikanten Johann Dechelhäuser zu Siegen ist unter dem 23. August 1853 ein Patent auf eine Maschine zum Reinigen des Papierzeuges in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, desgleichen auf eine Vorrichtung, die Stärke des Papiers bei Papiermaschinen anzuzeigen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt werden. Nr. 839.  
Patents-  
Ertheilung.

Dem Mathematiker und Professor Schönmann zu Brandenburg a. d. H. ist unter dem 28. September c. ein Patent auf die Verbindung einer sogenannten Vor- Nr. 840.  
Patents-  
Ertheilung.

brücke mit einer Brückenwaage, so weit dieselbe nach Zeichnung und Beschreibung als neu erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

- Nr. 841. Das dem Seidenwirter Theodor A. Scheurigel zu Berlin unter dem  
Patent-  
 Aufhebung. 10. April d. J. ertheilte Patent auf eine Einlesemaschine für gemusterte Gewebe in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung wird hierdurch aufgehoben.

### Personal-Chronik.

- Nr. 842. Dem Beflissenen der Theologie Christian Friedrich Franz Schneider aus Erfurt ist ein Erlaubnißschein zur Uebernahme von Hauslehrerstellen im hiesigen Regierungsbezirke ertheilt worden.
- Nr. 843. Die Schulstelle in Schkölen, Ephorie Lüben, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.
- Nr. 844. Die Schul- und Rusterstelle in Rebehausen, Ephorie Eartsberga, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.
- Nr. 845. Die Cantor- und zweite Knabenlehrerstelle zu Jessen, Ephorie Jessen, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.
- Nr. 846. Des Königs Majestät haben allergnädigst geruht, dem Domainenpächter, Ober-Amtmann Krug in Padisch den Character als Königlich Amtsrath zu verleihen.
- Nr. 847. Des Königs Majestät haben allergnädigst geruht, dem Domainen-Rentmeister May in Annaburg den Character als Königlich Domainenrath zu verleihen.
- Nr. 848. Dem Förster Koch in Sigenrode ist die erledigte Försterstelle zu Gorden, der Oberförsterei Elsterwerda, vom 1. December d. J. ab übertragen worden.
- Nr. 849. Die unter Königlichem Patronate stehende Pfarrstelle an St. Nicolai zu Eisleben ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers vacant geworden.
- Nr. 850. Die unter Königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Beyernaumburg, in der Dices Sangerhausen, ist durch das Ableben ihres Inhabers vacant geworden.
- Nr. 851. Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Berg vor Eilenburg, in der Dices Eilenburg, ist dem bisherigen Strafanstaltsprediger zu Lichtenburg, Carl Gottlieb Viol, verliehen worden. Patron der dadurch vacant gewordenen Strafanstalts-predigerstelle zu Lichtenburg ist die Königl. Regierung.
- Nr. 852. Der Senator Reinhardt zu Wittenberg ist zum Schiedsmann für den zweiten Bezirk dieses Orts gewählt und gehörig verpflichtet worden.

Druck von C. Jurs (sonst Rothschilchens Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**47. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 26. November 1853.

Das 59. Stück der Ges.-Sammlung enthält unter:

Nr. 3874. Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Actiengesellschaft „Glabbacher Spinnerei und Weberei.“ Vom 31. October 1853.

Nr. 353.

Das 60. Stück der Ges.-Sammlung:

Nr. 3875. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Posener Stadtobligationen im Betrage von 140,000 Rthlr. Vom 10. October 1853.

Nr. 3876. Allerhöchster Erlaß vom 21. October 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte für die Gemeinde-Chaussee von Opladen über Burscheid zur Cöln-Berliner Staatsstraße.

Nr. 3877. Allerhöchster Erlaß vom 31. October 1853, betreffend den Bau, sowie die Verwaltung und den Betrieb der Cöln-Erfelder Eisenbahn.

Nr. 3878. Allerhöchster Erlaß vom 7. November 1853, betreffend die Rangverhältnisse der Vicepräsidenten des Obertribunals, sowie des General-Staatsanwalts und der Ober-Staatsanwälte bei demselben.

Nr. 3879. Bekanntmachung, betreffend die Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Agrippina, See-, Fluß- und Landtransport-Versicherungsgesellschaft“. Vom 11. November 1853.

Nr. 3880. Allerhöchster Erlaß vom 14. November 1853, betreffend die Verwaltung der Marine-Angelegenheiten.

Auf den Bericht des Königl. General-Commandos IV. Armee-Corps zu Magdeburg über das während der diesjährigen großen Uebung den Truppen erwiesene freundliche Entgegenkommen Seitens der mit Einquartierung belegt gewesenen Ortschaften, haben des Königs Majestät an des commandirenden Generals Herrn Fürsten Radziwiłł Durchlaucht nachstehende Allerhöchste Cabinets-Ordre erlassen, welche wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß zu bringen uns beehren.

Merseburg, den 22. November 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Ich habe aus Ihrem Bericht vom 29. v. Mts. erschen, wie die Ortschaften des Regierungsbezirks Merseburg, welche während der diesjährigen großen Uebungen des

Nr. 354.

Allerhöchste Anerkennung für die während des diesjährigen Manövers bewiesenen Ortschaften.

IV. Armee-Corps, zum Theil sehr dicht und andauernd, mit Einquartirung belegt waren, diese mit großer Bereitwilligkeit aufgenommen haben und ihr freundlich entgegengekommen sind. Gern nehme Ich Veranlassung, dies hiernit wohlgefällig anzuerkennen, indem Ich Sie beauftrage, durch Communication mit dem Ober-Präsidium der Provinz Sachsen dahin zu wirken, daß die betreffenden Ortschaften durch die zuständigen Behörden von diesem Meinem Erlaß Kenntniß erhalten.

Sanssouci, den 8. November 1853.

(gez.) Friedrich Wilhelm.  
(gegenez.) von Bonin.

Nr. 855. Auf Grund der Bestimmung des §. 85. der Städte-Ordnung vom 30. Mai d. J. wird hierdurch bekannt gemacht, daß diese neue Städte-Ordnung am 1. December c. in Graßenhainichen, Bitterfelder Kreise, in Kraft tritt.

Merseburg, den 14. November 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 856. Der mit dem Regierungs-Amtsblatte allwöchentlich in einer Nummer erscheinende öffentliche Anzeiger zur Auflage von 6400 Exemplaren, wird vom künftigen Jahre ab in zwei Abschnitte getheilt werden und unter dem 1. Abschnitte

„Amtlicher Theil“

die Bekanntmachungen der öffentlichen Behörden und Beamten; unter dem 2. Abschnitte

„Nichtamtlicher Theil“

dagegen die Bekanntmachungen von Privatpersonen oder Vereinen etc. enthalten, sofern deren Inhalt, nach der unserer Amtsblatts-Redaction dieserhalb erteilten Instruction, zur Aufnahme in den öffentlichen Anzeiger sich eignet.

Die Insertionsgebühren werden wie bisher mit 4 Egr. für die gewöhnliche Druckzeile berechnet und ist außerdem das für jedes Inserat zu entnehmende Velaagsblatt nach der Bogenzahl mit 1 Egr. pro Bogen zu bezahlen. In der Regel müssen die Insertionsgebühren durch Postvorschuß erhoben und die Einrückungs-Gesuche portofrei an unsere Redaction eingesendet werden.

Merseburg, den 18. November 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 857. Im Laufe dieses Jahres sind in die Central-Haspelanstalt des Lehrers Ehrhardt zu Prettin im Kreise Torgau überhaupt 727½ Meßen Seiden-Cocons abgeliefert und sind dafür an Haspel-Prämien resp. nach 2½ Egr. und 1½ Egr. pro Meße, 54 Thlr. 16 Egr. 3 Pf. gezahlt worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Merseburg, den 18. November 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 858. Die betreffenden Interessenten werden hierdurch benachrichtigt, daß die von uns bescheinigten Quittungen unserer Rentenbankkasse über zum 1. October d. J. gekündigte und eingezahlte Rente-Ablösungs-Capitalien den zuständigen königlichen Kreis-



fassen mit der Veranlassung zugefertigt worden sind, dieselben an die Empfangsberechtigten gegen Rückgabe der Interims-Quittung, unter welcher der Empfang der obengedachten endgültigen Quittung bescheinigt sein muß, zu verabsolgen.

Magdeburg, den 15. November 1853.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

Quittungen  
über einge-  
zahlte Renten  
Ablösungs-  
Capitalien.

Die Hypothekentabellen über die in dem nachstehenden Verzeichnisse nach den Namen der Besitzer aufgeführten Grundstücke sind fertig, liegen in der Registratur des unterzeichneten Gerichts zur Einsicht jedes Theilhabenden bereit und sollen, wenn dagegen innerhalb zweier Monate Erinnerungen nicht angebracht worden sind, in die Hypothekenbücher übertragen werden. Auf spätere Erinnerungen wird keine Rücksicht genommen.

Liebenwerda, den 29. August 1853.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

Verzeichniß der Tabellen:

1) ein Wohnhaus des Johann Gottfried Möbius zu Eßsa, erbaut aus einem früher zur Schule daselbst gehörigen Stallgebäude; 2) ein Wohnhaus des Christian Thiere zu Maasdorf, früheres Schulhaus der rathigen Gemeinde; 3) ein Wohnhaus des Schmiedemeisters Johann Christian Pegold zu Langendorf, erbaut auf einer Parzelle des der Gemeinde daselbst gehörigen Gänseangers; 4) folgende Grundstücke des Johann Carl Giermann zu Maundorf in Uebigauer Flur: ein Garten an der Mühlberger Straße, eine Scheunenselle daselbst; 5) die sogen. Großwiese des Häuslers Traugott Nentanz zu Erbbeln in Erbbeln-Mühlendorfer Flur; 6) ein Wohnhaus der Wittve Anne Marie Buchbach geb. Pompsch zu Müdenberg, erbaut auf einer Parzelle der der dasigen Gemeinde gehörigen sogen. Pocktame; 7) eine Saarwiese in Maasdorfer Flur der veredel. Johanne Christiane Heinrich geb. Radisch in Theisa; 8) ein Wohnhaus des Handarbeiters Friedrich Richter zu Wiederau, früheres Hirtenhaus der Gemeinde daselbst; 9) das Pändgut Mittelhausen bei Maasdorf, der Ehefrau des Gutsbesizers Wenzel, Karoline geb. Kammer Schmidt, verw. gew. Mittelhäuser; 10) ein Wohnhaus der Wittve Johanne Christiane Noack geb. Herrmann zu Gorden, erbaut auf einer Parzelle der der Gemeinde daselbst gehörigen Triftbreite; 11) ein Wohnhaus der Wittve Haupmann, Johanne Sorbie geb. Heinze zu Gorden, erbaut auf einer Parzelle der der Gemeinde daselbst gehörigen Trift.

Nr. 859.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die Hypothekentabelle über die Pfarrgrundstücke zu Etarig, bestehend in a) 129 Quadratruthen Garten, Hof und Pauselle, b) 5 Planrücken Ackerland, Holzboden und Wiese, von 126 Morgen 99 Quadratruthen, ist fertig und kann vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung 2 Monate lang in unserer Registratur eingesehen werden.

Nr. 860.  
Hypotheken-  
Sachen.

Später sind Erinnerungen dagegen nicht mehr zulässig.

Belgern, den 1. September 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Nr. 861. Die Hypothekentabelle über die der Schule zu Liebersee gehörige Länderei an 4 Morgen 31 Morthen ist fertig und kann vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung 2 Monate lang in unserer Registratur eingesehen werden. Später sind Erinnerungen dagegen nicht mehr zulässig.

Belgern, den 20. September 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Nr. 862. Die Hypothekentabelle über den dem Winger Johann Gottlieb Krause gehörigen Feldplan Nr. 284. in Belgernscher Flur von 160 Morthen ist fertig und kann vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung 2 Monate lang in unserer Registratur eingesehen werden. Später sind Erinnerungen dagegen nicht mehr zulässig.

Belgern, den 8. October 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

### Personal-Chronik.

Nr. 863. Nachdem der Kaufmann Karl Giese in Wittenberg die ihm übertragen gewesene Agentur der Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt niedergelegt hat, ist unter dem 4. November d. J. der Kaufmann Eduard Fuchs daselbst als Agent der gedachten Anstalt bestätigt worden.

Nr. 864. Die Schul- und Rasterstelle in Danna, Ephorie Zahna, Königl. Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt, auch deren Wiederbesetzung bereits eingeleitet.

Nr. 865. Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Pölsitz mit Abpau, in der Dübbers Brehna, ist der bisherige Predigamt's-Candidat Hilmar Bernhard Jenschke berufen und bestätigt worden.

Nr. 866. Die durch die Versetzung des Oberlehrers Peter und Ascension der Oberlehrer Dr. Feldhügel und Dr. Rinne erledigte öffentliche Lehrerstelle am Städt.-Gymnasio zu Zeitz ist dem bisherigen Lehrer am Pädagogio des Klosters Unser Lieben Frauen zu Magdeburg, Dr. Bech verliehen worden.

Nr. 867. Die Verwaltung der Postexpedition in Schaffstädt ist vom 1. October a. von dem freiwillig ausgeschiedenen Postexpediteur Grimm auf den als Postexpediteur eingetretenen Bürgermeister Zahn übergegangen.

Druck von C. Furt (sonst Robitzsch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der  
**Königlichen Regierung zu Merseburg.**  
**48. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 3. December 1853.

- Das 61. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:
- Nr. 3881. Verordnung wegen executivischer Beitreibung der directen und indirecten Steuern und anderer öffentlicher Abgaben und Gefälle, Kosten rc. in den östlichen Provinzen mit Ausschließung Neu-vorpommerns. Vom 30. Juli 1853.
- Nr. 3882. Bekanntmachung wegen Genehmigung der Errichtung einer Actiengesellschaft unter dem Namen: „Magdeburger Gasgesellschaft“ mit dem Domizil zu Magdeburg, und wegen Genehmigung der Gesellschafts-Statuten. Vom 16. November 1853.

Nr. 868:

In die, unserer Bekanntmachung vom 12. September d. J. beigefügte Beschreibung der neuen Rassenanweisungen vom 2. November 1851 hat sich ein bei der Correctur unbemerkt gebliebener Fehler eingeschlichen.

Nr. 869.

Es soll nämlich in Betreff der Rassenanweisungen à 5 Thlr. in der siebenten Zeile des Satzes b. anstatt

Verortung  
zu Seite 269.

Nr. 683.

heissen:  
Unter dem Schilde

Ueber dem Schilde.

Dieser Fehler wird hierdurch berichtigt.

Berlin, den 18. November 1853.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Auf Grund des §. 85. der neuen Städte-Ordnung vom 30. Mai c. wird hierdurch bekannt gemacht, daß dieselbe

Nr. 870.

a) vom 1. December c. ab:

Einführung  
der neuen  
Städte-  
Ordnung.

in den Städten Lbbejün, Schkeuditz und Zörbig;

b) vom 15. December c. ab:

in den Städten Herzberg, Liebenwerda und Zahna

in Kraft tritt.

Merseburg, den 22. November 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 871.  
Einführung  
der neuen  
Städter  
Ordnung.

Auf Grund des §. 85. der neuen Städte-Ordnung vom 30. Mai c. wird hierdurch bekannt gemacht, daß dieselbe mit den durch Tit. VIII. bestimmten Modificationen

a) vom 1. December c. ab:

in den Städten Mansfeld, Osterfeld, Teuchern und Uebigau;

b) vom 15. December c. ab:

in den Städten Hohenmölsen, Leimbach und Wahrenbrück

in Kraft tritt.

Merseburg, den 22. November 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 872.  
Geschenke an  
Kirchen und  
Schulen.

Die nachstehend aufgeführten Geschenke an Kirchen und Schulen werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

1) Ephorie Cönnern.

In Dobitz hat eine ungenannte Jungfrau der Kirche eine Altarbekleidung von Tibet verehrt.

2) Ephorie Eilenburg.

Es sind geschenkt den Kirchen:

a) in Beßlich von einer Ungenannten eine Decke über den Taufstisch;

b) in Durchwehna von der Wittwe Fr. Schlobach eine Altar- und Kanzelbekleidung; die Gemeinde hat demnächst neues Taufgeräth und einen Taufstisch mit Bekleidung beschafft.

3) Ephorie Herzberg.

Es sind geschenkt den Kirchen:

a) in Arensdorff 1) von dem Schenkswirth Vinde ein Paar Altarkerzen, 2) von einer ungenannten Einwohnerin eine Altarbibel, 3) von einer Ungenannten aus Vorken ein Tisch;

b) in Beyern von dem Auszügler Ehr. Schmelle eine Kanzel-, Altar- und Taufsteinbekleidung;

c) in Rehsfeld von dem abgehenden Lehrer Zeller ein Paar Altarkerzen und ein Cymbel;

d) in Altharzberg von dem Gerichtsschöppen Hofmann aus Neu-Raundorf ein Paar Altarleuchter, zu welchem das Kreuzersche Ehepaar die Kerzen gegeben;

e) in Friedrichsluga von der Frau Zwanzig eine Taufstischbedeckung nebst Taufbecken und Kanne, von dem Hantelschen Ehepaar ein Fußteppich, von einer Anzahl Frauen Kanzel- und Altarbekleidung.

4) Ephorie Lissen.

In Teuchern hat ein Ungenannter für die Schule ein Legat von 50 Thlr. ausgesetzt.

5) Ephorie Duerfurt.

In Spielberg hat der verstorbene Nachbar und Einwohner Wilhelm Ritter der Kirche ein Capital von 25 Thlr. geschenkt.

6) Ephorie Torgau.

In Schönau hat die Kirchengemeinde 3 neue Kirchenfenster aus ihren Mitteln freiwillig beschafft und die dassigen Gutbesitzer August Fröhlich und Christian Spatte-

holz, ersterer eine neue Liedtafel mit Einsatzziffern und letzterer einen neuen Klingelbeutel der Kirche verehrt.

### 7) Euphorie Weissenfels.

Es sind geschenkt den Kirchen:

- a) in Rottschau von dem Schmiedemeister Wilh. Engelmann ein Gymbel;
- b) in Raucha von einem Ungenannten ein Opferstuhl nebst zinnernem Opferbecken.

Merseburg, den 22. November 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Den Gerichtseingesessenen und Behörden unsers Departements machen wir zur Nr. 873. Nachricht und Beachtung bekannt, daß Listen von den am 15. bis 21. October cr. ge- Die gezogenen Prämien der für dieses Jahr zur Auslosung bestimmten Seehandlung- Prämien der für dieses Jahr zur Auslosung bestimmten Seehandlung- Prämien scheine bei den Kreisgerichten unsers Departements zur Einsicht bereit liegen. Raumburg, den 16. November 1853.

Königliches Appellationsgericht.

bestimmten Seehandlung-Prämien scheine betr.

## Personal-Chronik.

Dem Gräflichen Forstmeister Wolff zu Stolberg sind die Functionen der Nr. 874. Polizei-Anwaltschaft bei den betreffenden Gerichten

- 1) zur Verfolgung der in den unter seiner Verwaltung stehenden Forsten der Grafschaft Stolberg-Stolberg und des Amtes Heringen vorkommenden Uebertretungen wider das Gesetz vom 2. Juni 1852 und

2) zur Verfolgung aller anderen in den bezeichneten Forsten vorkommenden Uebertretungen, soweit selbige den Waldkörper und die Waldnutzungsgegenstände berühren, übertragen worden.

Der bisherige Candidat der Feldmesskunst Franz Traugott Hübnerkopff zu Nr. 875. Ahlsdorf ist zum Feldmesser ernannt und in dieser Eigenschaft verpflichtet worden.

Die erledigte evangelische Ober-Domprediger-Adjunctur zu Halberstadt, in Nr. 876. der Dices Halberstadt, ist dem bisherigen Schloßcapellan Heym zu Sacrow verliehen worden.

Zu der erledigten evangelischen Ober-Pfarradjunctur zu Unser Lieben Frauen Nr. 877. in Burg, in der Dices Burg, ist der bisherige Predigtamts-Candidat Gustav Teller berufen und bestätigt worden.

Der Kreisgerichts-Director Honigmann in Sangerhausen ist vom 1. No- Nr. 878. vember c. an mit Pension in den Ruhestand versetzt und ihm der Character eines Geheimen Justizraths Allerhöchst verliehen.

Dem Gerichts-Assessor v. Leipziger I. ist die Entlassung aus dem Justizdienste Behufs Uebergangs zur Verwaltung ertheilt.

Die Justiz-Personal-Veränderungen im Departement des Appella-

ionsgerichts  
zu Raumburg  
betr.

Der Referendarius Blochmann ist zum Gerichts-Ässessor ernannt.

Die Auscultatoren Günther und Schmidt sind zu Referendarien befördert.

Die Referendarien Otto, bisher beim Appellationsgericht in Bromberg, Krämer beim Appellationsgericht in Arnberg, und der Auscultator Grimm beim Kammergericht in Berlin sind in hiesiges Departement versetzt, dagegen die Referendarien Benuhaf an das Appellationsgericht in Magdeburg, Kette an das Kammergericht in Berlin, und die Auscultatoren Henke an das Appellationsgericht in Arnberg, Steinmann an die Regierung in Erfurt und Weymann an das Kammergericht in Berlin abgegangen.

Die Rechtskandidaten Carl, Eiselen, Erier, Gbschel, Graf v. Kleist, v. Knoblauch, Lippert, Stöckhardt, Taubenspeck und v. Wilmowsky sind zu Auscultatoren im hiesigen Departement angenommen.

Die Rechtsanwälte und Notare Arndt in Annaburg, Ebmeyer, Schede und Wilke in Halle, Grumbach in Merseburg, Schmidt in Schleusingen und Plesch in Zeitz sind zu Justizräthen ernannt.

Der Kanzlei-Inspector Anders bei dem Kreisgericht in Wittenberg ist vom 1. Februar l. J. an mit Pension in den Ruhestand versetzt.

Der bisherige Kreisgerichts-Secretair Freygang in Liebenwerda ist zum Depositäl- und Salarienassessor-Rendanten bei dem Kreisgericht daselbst, und der interimistische Kreisgerichts-Secretair Eichholz definitiv als solcher bei dem Kreisgericht in Liebenwerda mit der Function bei der Gerichts-Commission zu Herzberg ernannt.

Der bisherige Hülfsbote Böttcher in Eilenburg ist als Bote und Executor bei der Gerichts-Commission in Pretzin angestellt.

Nr. 879.

Es sind zu Schiedsmännern für die Stadt Halle, und zwar:

- für den 1. Bezirk der Wagenfabrikant Heinrich Lindner,
- für den 2. Bezirk der Kaufmann August Ferdinand Bertram,
- für den 3. Bezirk der Dr. Carl Albert Berther,
- für den 4. Bezirk der Oekonom Albert Preßler,
- für den 5. Bezirk der Kaufmann Friedrich Alexander Linmler,
- für den 6. Bezirk der Gastwirth Carl Keerl,
- für den 7. Bezirk der Webermeister Friedrich Gustav Demuth,
- für den 8. Bezirk der Mechanikus Johann Friedrich Nießschmann,
- für den 9. Bezirk der Kunstgärtner Johann Friedrich Wolfhagen,
- für den 10. Bezirk der Braunkohlenfabrikant Johann Gotthold Spiegel,
- für den 11. Bezirk der Zimmermeister Carl Zabel,

neu gewählt und als solche gehörig verpflichtet worden.

In Behinderungsfällen werden die Schiedsmänner des 1. und 2., des 3. und 4., des 5. und 6., des 7. und 8., des 9. und 10., des 11. und 12. Bezirks sich gegenseitig vertreten.

Druck von C. Zurf (fronk Robitzsch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**49. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 10. December 1853.

Nachdem die Königlich Baiersche Regierung für die allgemeine Ausstellung deutscher Industrie und Gewerbezeugnisse, welche sie im Jahre 1854 zu München zu veranstalten beabsichtigt, die Mitwirkung der diesseitigen Staats-Regierung nach Maßgabe der unter den Zoll-Vereins-Regierungen bestehenden Verabredungen in Anspruch genommen hat, bringe ich das nachstehende, von derselben für dieses Unternehmen unterm 3. October c. erlassene Programm mit folgenden näheren Bestimmungen für die Theilnehmung Preussischer Staatsangehöriger zur öffentlichen Kenntniß:

1) In jedem Regierungsbezirke, mit Ausnahme des Regierungsbezirks Potsdam, wird eine Ausstellung-Commission an dem Sitze der Bezirksregierung niedergesetzt, welche die Anmeldungen zur Theilnehmung anzunehmen, zu prüfen und zusammenzustellen, diese Anmeldungs-Verzeichnisse der Königlich Baierschen Central-Ausstellungs-Commission in München einzusenden und sich den, in dem Programme bezeichneten Arbeiten der Prüfungs-Commissionen zu unterziehen hat. Diese Commission besteht aus dem, die Gewerbe-Angelegenheiten bearbeitenden Mitglieder der Königl. Regierung als Vorsitzenden und je nachdem eine Theilnehmung an der Ausstellung in dem Bezirke zu erwarten ist, aus 2 bis 6 Gewerbetreibenden, bei deren Auswahl die Haupt-Fabricationszweige des Regierungsbezirks thunlichst zu berücksichtigen sind.

Für den Regierungsbezirk Potsdam und die Stadt Berlin wird eine besondere Commission in Berlin ernannt.

2) Die Commission eines jeden Bezirkes entscheidet nach vorgängiger Prüfung, welche unter den angemeldeten Gegenständen zur Ausstellung zuzulassen sind. Mit Rücksicht auf den weiten Transport und die durch denselben bedingten erheblichen Transportkosten, sind Gegenstände von großem Gewicht oder Volumen und verhältnißmäßig geringem Interesse für die Zwecke der Ausstellung auszuschließen, es sei denn, daß auf den Ersatz der Transportkosten (s. Nr. 10.) ausdrücklich Verzicht geleistet wird.

3) Die Commission ist befugt, soweit ihr dazu Anlaß vorzuliegen scheint, die Preisangaben näher zu prüfen, damit etwaige, offenbar auf Täuschung gerichtete Angaben Berichtigung finden.

Nr. 880.  
Theilnehmung  
Preussischer  
Staatsangehöriger bei der im  
Jahre 1854  
stattfindenden  
Industrie-  
Ausstellung  
in München.

- 4) Gleichzeitig mit der Einsendung des Anmeldungs-Verzeichnisses an die Königlich-Baierische Central-Ausstellungs-Commission in München ist Abschrift desselben an die Königl. Regierung des Bezirkes und an das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten einzureichen.
- 5) Die nach §. 21. des Programms eingeräumte Gebührenfreiheit für den Transport der Ausstellungs-Gegenstände auf den Königlich-Baierischen Eisenbahnen, auf den Schiffen der Königlich-Baierischen Donau-Dampfschiffahrtsanstalt und auf dem Ludwigs-Donau-Mainkanal bezieht sich auf alle Sendungen ohne Unterschied, ob solche aus Baiern oder aus anderen Zollvereinsstaaten, namentlich aus Preußen kommen. Zur Vermeidung etwaigen Mißverständnisses ist übrigens hierbei bemerkt worden, daß die Befreiung hinsichtlich der Transporte auf dem Donau-Mainkanale nur von den Kanalgebühren zu verstehen ist.
- 6) Die Ubersendung der zu rechter Zeit eingelieferten, genehmigten Ausstellungs-Gegenstände Preussischer Aussteller von demjenigen Orte, wo die Prüfung statt gefunden hat, beziehungsweise von der durch die Bezirks-Commission festzusetzenden Versendungsstation bis zur Königlich-Baierischen Grenzstation wird ohne weitere Gewährleistung auf Staatskosten bewirkt, resp. für dieselbe der Ersatz der Frachtkosten gewährt. Für die Rücksendung der Gegenstände von der Königlich-Baierischen Grenzstation bis zu dem Orte, wo dieselben nach Bestimmung der Bezirks-Commission von den Ausstellern zurück zu empfangen sind, findet dasselbe in dem Falle statt, wenn die Gegenstände, ohne daß sie verkauft sind, oder darüber sonstige Disposition getroffen ist, wieder direct an den Aussteller zurückgehen.

Die Kosten der Einsendung von dem Fabrikationsorte nach dem Orte der Bezirks-Ausstellungs-Commission, beziehungsweise nach der von derselben bestimmten Versendungsstation, sowie die Kosten der Rücksendung von hier an den Aussteller fallen dem Letzteren zur Last.

- 7) Für die Correspondenz zwischen der Königlich-Baierischen Central-Ausstellungs-Commission in München und den nach Nr. 2. eingesetzten Prüfungs-Commissionen, sowie für die Correspondenz dieser Prüfungs-Commissionen unter sich und mit Königlich-Preussischen Behörden wird, unter der Rubrik: „Angelegenheiten der Industrie-Ausstellung in München“, und unter Verschluß mit dem Dienstsiegel auf den Königlich-Preussischen Posten die Portofreiheit bewilligt.

Für die Correspondenz zwischen den Prüfungs-Commissionen und den Ausstellern von Industrie-Erzeugnissen findet dagegen Portofreiheit nicht Statt.

Bei dieser Veranlassung spreche ich zugleich den Wunsch aus, daß diese Ausstellung eine vielseitige und rege Theilnahme finden und daß es auf derselben der Preussischen Industrie an einer würdigen Vertretung nicht fehlen möge.

Berlin, den 9. November 1853.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.  
von der Heydt.



## Program.

Die allgemeine Ausstellung deutscher Industrie- und Gewerbs-  
erzeugnisse zu München im Jahre 1854 betreffend.

Königliches Staats-Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten.

Die Königlich Baiarische Regierung hat bereits im Jahre 1844 den Regierungen der Zoll-Vereins-Staaten ihre Absicht, die nächste allgemeine Ausstellung für deutsche Gewerbs-erzeugnisse im Sinne der auf der V. General-Conferenz in Zollvereins-Angelegenheiten getroffenen Uebereinkunft in Baiern zu veranstalten, mitgetheilt und dieses Vorhaben im März 1848 wiederholt kundgegeben.

Die damals der Ausführung entgegengetretenen Hindernisse sind nunmehr beseitigt und die Königlich Baiarische Regierung glaubte eine für die deutsche Gesamt-industrie so wichtige und folgenreiche Veranstaltung um so mehr wieder aufnehmen zu sollen, als seit der ersten in Berlin abgehaltenen allgemeinen deutschen Industrie-Ausstellung mit dem Jahre 1854 volle zehn Jahre verflossen sind, auch der mit der Kaiserlich Oesterreichischen Regierung abgeschlossene Zoll- und Handelsvertrages besonders wünschenswerth machen dürfte, eine vollständige Einsicht in den dermaligen Stand der deutschen Industrie durch Vergleichung ihrer seitherigen Fortschritte zu erlangen.

Nachdem Seine Majestät der König die Veranstaltung dieser Industrie-Ausstellung in München und die Constituirung einer eigenen, mit der Einleitung und Durchführung des Unternehmens beauftragten Industrie-Ausstellungs-Commission zu genehmigen geruht haben, so werden in Nachfolgendem die Bestimmungen veröffentlicht, welche über diese Industrie-Ausstellung — vorbehaltlich des Benehmens mit den deutschen Regierungen bezüglich der aus ihren Gebieten zu gewärtigenden Sendungen — mit Allerhöchster Genehmigung getroffen worden sind:

1) Die Ausstellung findet in München vom 15. Juli bis zum 15. October 1854 in einem hierfür eigens herzustellenden Gebäude statt.

2) Zulässig zu dieser Ausstellung ist jedes Erzeugniß aus den zur Theilnahme eingeladenen Staaten vom Rohstoffe bis zum fertigen Fabrikate, welches nach seiner Beschaffenheit den dermaligen Stand der Production darzustellen geeignet ist.

Insbefondere erscheint jedes Erzeugniß willkommen, welches durch Neuheit des Verfahrens oder des angewendeten Stoffes, durch Schönheit oder Eigenthümlichkeit der Form, durch Güte und Vollendung der Arbeit, durch Verbesserungen in der Methode der Erzeugung, durch den Gebrauch neuer oder verbesserter Werkzeuge und Maschinen, durch die Masse, in welcher es erzeugt wird oder durch verhältnißmäßige Wohlfeilheit sich auszeichnet.

Zu Kunstwerken gesteigerte Gewerbs-Erzeugnisse und Proben besonderer Geschicklichkeit und Sorgfalt sind so wenig ausgeschlossen, wie gewöhnliche Handwerks-Arbeit, welche, obwohl im Gebrauche allgemein verbreitet, doch im Verhältnisse zum Preise vorzüglich gut hergestellt ist.

Aus dem Bereiche der bildenden Künste werden die Werke der Plastik zugelassen, andere nur in so weit sie durch Neuheit des Stoffes oder des technischen Verfahrens besondere Beachtung ansprechen.

3) Ausgeschlossen sind:

- a) feuergefährliche und explodirende Produkte;
- b) Gegenstände, welche während der Ausstellung dem Verderben ausgesetzt sind.

Von selbst wird kein Gewerbetreibender Exemplare und Proben einsenden wollen, welche bereits auf früheren allgemeinen Ausstellungen gewesen sind.

4) In jedem Regierungsbezirke wird eine Prüfungs-Commission niedergesetzt, um einerseits durch angemessene Anrathung und Ermunterung die Theilnahme von Seiten der Gewerbetreibenden zu fördern und denselben alle erforderlichen Aufschlüsse zu erteilen, andererseits über die Zulassung der Produkte zur Ausstellung zu entscheiden und die zugelassenen Gegenstände, so weit thunlich, in gemeinsamer Sendung an die Ausstellung's-Commission in München einzubefördern.

5) Die Fabrikanten und Gewerbetreibenden, welche Gegenstände zur Ausstellung einsenden wollen, zeigen dies der Prüfungs-Commission ihres Bezirkes an unter Beifügung der Nachweisungen, welche für die Anmeldungen in Folgendem vorgeschrieben sind.

6) Die Anmeldungen haben zu enthalten:

- a) den Namen oder die Firma des Einsenders mit Wohn- oder Fabrikort;
- b) die genaue Bezeichnung der einzusendenden Gegenstände nach Art und Stückzahl;
- c) den durch dieselben in Anspruch genommenen Flächenraum in Quadratfuß, besonders bei Maschinen und anderen umfangreichen Gegenständen, mit Beschreibung der Wand- und Bodenfläche, dann der wahrcheinlichen Höhe der Aufstellung;
- d) den Verkaufspreis, nebst Angabe, ob dessen Veröffentlichung zugelassen wird;
- e) den Versicherungswert;
- f) den Namen oder die Firma des etwaigen Bevollmächtigten in München, namentlich wegen der Disposition nach beendigter Ausstellung;
- g) außerdem kann es nur für sehr erwünscht erachtet werden, wenn Einsender noch weitere Aufschlüsse besonders über Erzeugung und Gebrauch, über Eigenthümlichkeiten der Gegenstände, über die Beschaffenheit, Einrichtung und Ausdehnung der Etablissements, die darin beschäftigte Arbeiterzahl, Arbeitsmittel, Arbeitslohn u. s. w. geben wollen.

Die Beifügung älterer Muster und Preise derselben Fabrication würde die Fortschritte des Gewerbszweiges in sehr nützlicher Weise veranschaulichen.

Den Einsendern ist ferner überlassen, auch die Auszeichnungen, welche das Etablissement in früheren Ausstellungen erhalten hat, die Bemerkung, ob der Ausstellungs-Gegenstand ein Privilegium genießt, und die Namen derjenigen Werkführer und Arbeiter, welche sich bei der Erzeugung der Gegenstände besonders hervorgethan haben, beizufügen.

7) Die Anmeldungen der für die Ausstellung bestimmten Gegenstände bei der Prüfungs-Commission des Bezirkes haben bis zum letzten März 1854 zu erfolgen; später eintreffende werden nicht mehr angenommen.

8) Die Zeit der Einsendung der Gegenstände an die Prüfungs-Commission wird von dieser bekannt gegeben werden.

9) Die Kosten der Einsendung der Gegenstände an die Prüfungs-Commission trägt der Einsender und in gleicher Weise die Kosten der Zurücknahme der von dieser zurückgewiesenen Gegenstände.

10) Kein Gegenstand kann zur Ausstellung zugelassen werden, welcher nicht hierzu die Genehmigung der betreffenden Prüfungs-Commission erhalten hat.

11) Die zur Ausstellung zugelassenen Gegenstände müssen bis zum 15. Juni 1854 in München eingetroffen sein. Bei späterer Ankunft hat sich der Aussteller zuzuschreiben, wenn die Annahme nicht mehr stattfindet.

12) Die von einer mit der Anmeldung leicht vergleichbaren Factur begleiteten Einsendungen zur Ausstellung geschehen unter der Adresse der „Ausstellungs-Commission in München“. Die Gegenstände oder Packete sind deutlich mit dem Namen oder der Firma des Ausstellers und mit dem allgemeinen Inhalt der Sendung zu bezeichnen.

13) Die von den Prüfungs-Commissionen herzustellenden Verzeichnisse der Ausstellungs-Gegenstände sind spätestens bis zum 1. Mai 1854 an die Ausstellungs-Commission einzusenden.

14) Für die Empfangnahme und Aufstellung der Gegenstände, wie für die Versorgung aller sonstigen, mit der Ausstellung verbundenen Geschäfte wird die Industrie-Ausstellungs-Commission Sorge tragen.

15) Die Gegenstände werden vom Tage der Uebernahme bis zur festgesetzten Beendigung aus den Ausstellungsräumen nach ihrem angegebenen Werthe durch die Ausstellungs-Commission gegen Feuergefährdung versichert. Gegenstände, deren Werth nicht angegeben wird, können auf Versicherung keinen Anspruch machen.

16) Für die Wahrung der Gegenstände gegen sonstige Beschädigung während der Ausstellung, sowie für deren Rückgabe am Schlusse derselben an den Aussteller oder an einen von ihm ernannten Bevollmächtigten wird gehaftet.

Verschlechterungen der Gegenstände, welche ihrer Natur nach in Folge der Ausstellung, z. B. durch Staub, längeres Liegen u. s. w. eintreten, begründen keinen Anspruch auf Entschädigung.

17) Binnen 14 Tagen nach dem Schlusse der Ausstellung sind die Gegenstände aus den Ausstellungsräumen zu entfernen.

Unterläßt der Aussteller, während dieser Zeit seine Producte entweder selbst oder durch einen Bevollmächtigten zurückzunehmen, so hört die nach Ziffer 16. übernommene Haftung auf und die Gegenstände werden einem Expeditur übergeben, um sie dem Aussteller auf seine Kosten und Gefahr zuzusenden.

Dem Aussteller steht frei, bei der Aufstellung seiner Producte selbst oder durch einen Bevollmächtigten mitzuwirken.

18) Vor Beendigung der Ausstellung darf kein Gegenstand zurückgenommen werden. Dem Aussteller bleibt überlassen, während der Ausstellung Gegenstände zu verkaufen. Zu diesem Zwecke hat derselbe der Commission diejenige Person in München zu bezeichnen, an welche die Kauflustigen zu verweisen und die Gegenstände nach dem Schlusse der Ausstellung abzuliefern sind.

19) Die Königliche Staats-Regierung behält sich vor, für den Besuch der Aus-

stellung ein seiner Zeit zu bestimmendes Eintrittsgeld erheben zu lassen. Die Einsender von Gegenständen sind jedenfalls hiervon befreit.

20) Für die Correspondenz zwischen der Industrie-Ausstellungs-Commission in München und den Prüfungs-Commissionen in den Regierungsbezirken, dann den anderen deutschen Prüfungs-Commissionen und den nach der bestehenden Vereinbarung der Zollvereins-Regierungen allenfalls aufzustellenden besonderen Commissären oder den zur Correspondenzführung von den auswärtigen Regierungen sonst bezeichneten Organen wird die Portofreiheit auf den Königlich Baiarischen Posten bewilliget.

21) Alle Gegenstände, welche für die Ausstellung angemeldet und von den einschlägigen Prüfungs-Commissionen zugelassen sind, genießen Gebührenfreiheit bei ihrer Beförderung auf den Königlich Baiarischen Staats-Eisenbahnen, dann auf den Schiffen der Königlich Baiarischen Donau-Dampfschiffahrt und auf dem Ludwigs-Donau-Mainkanale, sowohl für den Her- als Rücktransport, für letzteren jedoch nur in dem Falle, wenn die Gegenstände, ohne daß sie verkauft sind, oder darüber sonstige Disposition getroffen ist, wieder direct an den Aussteller zurückgehen.

22) Den Baiarischen Fabrikanten und Gewerbetreibenden werden für jene Gegenstände, welche nicht durch die vorstehend bezeichneten Königlichen Verkehrsanstalten, sondern nur mittelst Privat-Fuhrwerks befördert werden können, die Frachtkosten für die Einsendung vom Prüfungsorte aus unbedingt, für die Rücksendung unter der in Ziffer 21. angegebenen Voraussetzung vergütet.

23) Zur Beurtheilung der ausgestellten Gegenstände und zur Abfassung des Berichtes über die Ergebnisse der Ausstellung wird eine besondere Commission, bestehend aus den Commissären der theilnehmenden Staaten unter Beziehung von bewährten practischen Kennern der einzelnen Gewerbebranche aus allen theilhaftigen Ländern gebildet, deren Vorstand Seine Majestät der König zu ernennen geruhen werden.

24) Seine Majestät der König haben allerhöchst genehmiget, daß den von der Beurtheilungs-Commission würdig befundenen Ausstellern je nach dem Maaße ihrer Auszeichnung größere oder kleinere eiserne Denkmünzen verliehen werden.

Allerhöchstdieselben haben Sich ferner vorbehalten, besonders hervorragende Verdienste durch persönliche Auszeichnung anzuerkennen.

Zum Vollzuge der Bestimmung der gegenwärtigen Bekanntmachung werden die weiteren Anordnungen sofort erfolgen.

München, den 3. October 1853.

Auf Seiner Königlich Majestät allerhöchsten Befehl:

(gez.) von der Pforden.

Durch den Minister:

der General-Secretair, Ministerialrath

(gez.) Wolfanger.

Nr. 881.  
Die Verwaltung  
der Polizei in den

Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß sehr häufig Anträge und Requisitionen, welche ressortmäßig von den Gräfl. Stolberg'schen Polizeiraths-Ämtern zu Stolberg und zu Rosla zu erledigen sind, irrtümlich an den Königlich Landrath des

Kreises Sangerhausen gerichtet werden, und daher erst mittelbar, mit Zeitverlust und unnöthiger Vermehrung der Geschäfte, an die competente Behörde gelangen.

Wir finden uns hierdurch veranlaßt, in Erinnerung zu bringen, daß in Gemäßheit der Allerhöchst vollzogenen Concessionäurlunde vom 28. März 1836 den regierenden Herren Grafen zu Stolberg-Stolberg und Stolberg-Kopla im ganzen Umfange jeder der beiden Grafschaften die Verwaltung der Polizei durch einen Oberbeamten zusteht, welcher alle polizeilichen Functionen in demselben Umfange und auf dieselbe Weise, wie die Königlichen Landräthe in ihren Kreisen, ausübt. Diese den Grafschaften als für sich bestehenden Polizeikreise vorgesetzten Oberbeamten sind zur Zeit:

für die Grafschaft Stolberg-Kopla der Gräfliche Polizeirath Solde zu Kopla, und für die Grafschaft Stolberg-Stolberg, ad interim der Gräfliche Polizeirath Messer Fischer zu Stolberg.

Merseburg, den 30. November 1853.

Königlich Preussische Regierung.

Dem Laubstummeln-Institut zu Weissenfeld ist vor Kurzem von einer Frau, die ungenannt bleiben will, ein Geschenk von „Fünf Thalern“ gemacht worden.

Merseburg, den 24. November 1853.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Auf Grund des §. 85. der neuen Städte-Ordnung vom 30. Mai c. wird hierdurch bekannt gemacht, daß dieselbe in den Städten:

Eönnern, Delitzsch, Eisleben, Heringen, Merseburg, Schlieben, Seyda und Torgau

vom 15. December c. ab in Kraft tritt.

Merseburg, den 30. November 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Der evangelische Ober-Kirchenrath hat, um eine Uebereinstimmung in das Prüfungsgeschäft sämmtlicher Königl. Consistorien zu bringen, unter dem 15. d. M. die Anordnung getroffen, daß vom 1. Januar k. J. ab die Resultate der Prüfungen junger Theologen nur in drei Hauptabstufungen ausgedrückt und durch die Censuren: **bestanden, gut bestanden und vorzüglich gut bestanden** in den Prüfungszeugnissen angegeben werden sollen.

Im Interesse der Kirchen-Patrons, Magisträte und anderer Wahlkörperschaften bringen wir diese Bestimmung hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Magdeburg, den 24. November 1853.

Königliches Consistorium für die Provinz Sachsen.

Die II. Serie Zins-Coupons zu den von uns bisher ausgegebenen Schuldverschreibungen läuft mit dem 31. December d. J. ab.

Nach §. 8. des Reglements vom 9. April 1845 — Gesefsammlung Seite 410. — und §. 19. und 20. der Geschäftsanweisung vom 7. Juni 1845 — Amtsblatt der

Grafschaften  
Stolberg-  
Stolberg und  
Stolberg-  
Kopla betr.

Nr. 882.  
Wohltätige  
Handlung.

Nr. 883.  
Einführung  
der neuen  
Städte-  
Ordnung.

Nr. 884.  
Die Bezeich-  
nung der  
Resultate der  
Prüfungen  
junger Theo-  
logen.

Nr. 885.  
Die Ausreis-  
ung der  
III. Serie  
Zins-Coupons

zu den Schul-  
verschrei-  
bungen der  
Eichsfeldischen  
Klassenkasse  
betr.

Königl. Regierung zu Erfurt Nr. 43. — ist der Inhaber des letzten — vierten — Coupons der II. Serie zur Empfangnahme der nächstfolgenden Serie von Coupons berechtigt, wenn nicht dagegen vor dem Fälligkeitstermine desselben — 31. December c. — vom Inhaber der Schuldverschreibung bei der Direction der Tilgungskasse schriftlich Widerspruch erhoben worden ist.

Die Inhaber der letzten Coupons der II. Serie werden hierdurch aufgefordert, bei Realisirung der am 31. December d. J. fälligen Zins-Coupons der betreffenden Königl. Kreiskasse ein Verzeichniß derselben in duplo zu übergeben.

Das Schema, wonach diese Verzeichnisse aufzustellen sind, ist bei jeder Kreiskasse der Provinz Sachsen vorrätbig.

Die Königl. Kreiskassen werden ersucht, die Richtigkeit und Vollständigkeit der ihnen mit den Zins-Coupons zugehenden Verzeichnisse nach den ebengedachten Formularen zu prüfen, und dieselben event. vervollständigen zu lassen, demnachst das erste Exemplar den Interessenten als Interimsquittung zurückzugeben, das andere aber mit den eingeldsten Zins-Coupons an die betreffende Regierungs-Hauptkasse einzusenden.

Wir werden sodann auf Grund dieser und von den Regierungs-Hauptkassen zugehenden Verzeichnisse die III. Coupons-Serie an die bebräugte Specialkasse zur weiteren Aushändigung an die Empfangsberechtigten übersenden.

Heiligenstadt, den 5. Juli 1853.

Königl. Direction der Eichsfeldischen Tilgungskasse.

### Personal-Chronik.

Nr. 886. Die Elementarlehrerstelle an der Stadtschule zu Prettin ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt. Die Stelle ist Privat-Patronats, wird aber für dies Mal auf Grund eines Reverses von der Königl. Regierung besetzt.

Nr. 887. Die Schulstelle in Lobitzsch, Ephorie Weissenfels, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Nr. 888. Der bisherige Justitiarius beim Königl. Consistorio zu Breslau, Consistorial-Rath Hildebrandt, ist an Stelle des nach Coblenz versetzten Consistorial-Raths de la Croix in gleicher Eigenschaft zum Königl. Consistorio und Provinzial-Schul-Collegio zu Magdeburg versetzt und am 1. December c. in das erst genannte Collegium eingeführt worden.

Nr. 889. Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Cräuden mit Vielbaum, in der Diocesis Seehausen i. A., ist dem bisherigen Pfarrer zu Althaldensleben, Georg August Rauschenfels, verliehen worden. Patron der dadurch vacant gewordenen Pfarrstelle zu Althaldensleben ist Se. Majestät der König.

Druck von C. Zurf (sonst Robitzsch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**50. Stück.**

---

Ausgegeben zu Merseburg den 17. December 1853.

---

Das 62. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter:

- Nr. 3883. Allerhöchster Erlaß vom 13. Juni 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte zum Bau einer Chaussee von Inowracław nach Pakość durch die Kreise Inowracław und Regilno, im Regierungsbezirk Bromberg.
- Nr. 3884. Gesetz über die Bestrafung der Zollvergehen gegen fremde Staaten, in welchen durch Handelsverträge die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Vom 22. August 1853.
- Nr. 3885. Verordnung wegen Anwendung des Gesetzes vom 22. August 1853 auf die Vergehen gegen die Kaiserlich Oesterreichischen Zollgesetze. Vom 22. August 1853.
- Nr. 3886. Allerhöchster Erlaß vom 1. September 1853, betreffend die in Bezug auf den Bau der Chaussee von Larnowitz nach Neudeck durch die Grafen Hensel von Donnerösmarck auf Neudeck und auf Siemianowitz bewilligten fiskalischen Vorrechte.
- Nr. 3887. Allerhöchster Erlaß vom 31. October 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Rechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Brieggen über Eichwerder und Alt-Lewin zum Anschluß an die Ober-Doerbruch-Chaussee mit einer Abzweigung über Neu-Lewin und Carlöbische zur Fährstelle an der neuen Oder bei Güstebiese.
- Nr. 3888. Allerhöchster Erlaß vom 31. October 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum Bau und zur Unterhaltung der Gemeinde-Chaussee von Goch nach Calcar, im Regierungsbezirk Düsseldorf.
- Nr. 3889. Bekanntmachung über die unterm 31. October 1853 erfolgte Bestätigung des Statuts des unter dem Namen: „Brieggen-Doerbruch-Chausseegesellschaft“ zusammengetretenen Actienvereins. Vom 10. November 1853.
- Nr. 3890. Bekanntmachung über den Beitritt der freien Stadt Hamburg zu dem Vertrage d. d. Gotha den 15. Juli 1851 wegen gegenseitiger Verpflichtung zur Uebernahme der Auszuweisenden. Vom 24. November 1853.

Das 63. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 3891. Allerhöchster Erlaß vom 31. October 1853, betreffend die Bewilligung der

Nr. 890.

fiskalischen Vorrechte zum Chausseebau von Klein-Poburke über Wissef bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Krojanke.

Nr. 3892. Allerhöchster Erlaß vom 7. November 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte zum Chausseebau von Mühlhausen nach Küllstedt und von Dingelstedt über Küllstedt und Geismar zum Anschlusse an die Heiligenstadt-Wanfrieder Chaussee.

Nr. 3893. Allerhöchster Erlaß vom 14. November 1853, betreffend die allgemeinen Bestimmungen für künftig zu erlassende Deichstatute.

Nr. 3894. Allerhöchster Erlaß vom 14. November 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Rechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chausseen von Stendal über Biemark bis zur Grenze des Kreises Salzwedel bei Kalbe, von Stendal nach Arneburg und von Tangermünde nach Lützen an der Dölle-Stendaler Chaussee.

Nr. 3895. Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Befätigung der Statuten einer unter dem Namen: „Bonner Bergwerks- und Hüttenverein“ gebildeten Actiengesellschaft zu Bonn. Vom 16. November 1853.

Nr. 3896. Bekanntmachung über die unterm 7. November 1853 erfolgte Allerhöchste Befätigung des Statuts der unter dem Namen „Ebnische Hagelversicherung-Gesellschaft“ zusammengetretenen Actiengesellschaft. Vom 29. November 1853.

Nr. 2897. Allerhöchster Erlaß vom 30. November 1853, betreffend die Wiedereinführung der diesseitigen Zoll- und Steuergesetze in einigen bisher zum Steuervereine gehörigen Landestheilen.

Nr. 891. Auf Grund des §. 85. der neuen Städte-Ordnung vom 30. Mai c. wird hierdurch bekannt gemacht, daß dieselbe in den Städten  
Bibra, Bitterfeld, Eblleda, Prettin, Schmiedeberg und  
Wittenberg  
vom 15. d. Mts. ab in Kraft tritt; desgleichen in der Stadt  
Schildau

von demselben Tage ab, unter den in Tit. VIII. bestimmten Modificationen.

Merseburg, den 8. December 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 892. Die von der Regierungs-Hauptkasse hieselbst ausgestellten Quittungen über die im III. Quartale c. für verkaufte Domainen und Forstgrundstücke, sowie für abgelöste Domainen-Prästationen u. s. w. eingezahlten Capitalien und Zinsen, sind, nach erfolgter Bescheinigung Seitens der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden, den betreffenden Spezialkassen zur Aushändigung an die Interessenten übersandt worden.

Letztere werden daher aufsefordert, diese Bescheinigungen gegen Rückgabe der bereits empfangenen Interimskquittungen bei den gedachten Kassen entgegenzunehmen.

Merseburg, den 2. December 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.



In dem am 9. November d. J. zur Ausloosung der Sächsischen Rentenbriefe für das laufende Halbjahr (1. October 1853 bis 1. April 1854) in Gemäßheit des Gesetzes vom 2. März 1850 über die Errichtung von Rentenbanken angefallenen Termine sind folgende Rentenbriefe:

- 1) Littera A. über 1000 Thlr.: Nr. 348, 455, 637, 846, 1198, 1360, 1460, 1603, 1974, 2024, 2052, 2279, und 2347,;
- 2) Littera B. über 500 Thlr.: Nr. 139, 408, und 527,;
- 3) Littera C. über 100 Thlr.: Nr. 10, 133, 423, 468, 667, 1260, 1473, 1716, 1940, 1980, 2177, 2622, 2628, 2718 u. 2735,;
- 4) Littera D. über 25 Thlr.: Nr. 56, 96, 171, 303, 344, 816, 1526, 1825, 2047, 2167, und 2187,;
- 5) Littera E. über 10 Thlr.: Nr. 200, 284, 531, 741, 805, 1218, 1357, 1483, 1608, 1716, 1717, 1732, 1992, 2323, 2430, 2813, 3031, 3252, 3496, 3511, 3535, 3547,,

ausgelooft worden.

Die Zahlung der Beträge derselben erfolgt vom 1. April 1854 ab auf der Kasse der unterzeichneten Rentenbank, Domplatz Nr. 4. hierselbst, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, gegen Zurücklieferung der ausgelooften Rentenbriefe im coursfähigen Zustande und Quittungsleistung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare.

Mit dem 31. März 1854 hört die weitere Verzinsung der gedachten Rentenbriefe auf, und müssen daher mit denselben die dazu gehörigen 9 Stück Zinécoupons, Serie I. Nr. 8. bis 16., unentgeltlich abgeliefert werden, widrigenfalls für jeden fehlenden Coupon der Betrag desselben vom Capital zurückbehalten wird.

Indem wir die Inhaber der ausgelooften Rentenbriefe hierdurch auffordern, vom 1. April 1854 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten in Empfang zu nehmen, bemerken wir noch ausdrücklich, daß sich unsere Rentenbankkasse auf eine Ueber sendung des Geldbetrages an Privatpersonen mit der Post nicht einlassen darf.

Magdeburg, den 10. November 1853.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

Dem Schmiedemeister und Rosarzt Wende zu Potsdam ist unter dem 8. October d. J. ein Patent auf eine in ihrer ganzen Zusammenfassung als neu und eigenthümlich nachgewiesene Hülfsvorrichtung beim sogenannten Englisiren der Pferde, ohne Jemand in der Anwendung der einzelnen bekannten Theile zu hindern, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Dem Oekonomen Sad zu Lbben ist unter dem 14. October c. ein Patent auf ein durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenes, in seiner ganzen Zusammenfassung für neu erkanntes Instrument zum Ausnehmen von Rüben, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 893.  
Ausgelooft  
Rentenbriefe  
pro term.  
1. April 1854.

Nr. 894.  
Patent  
Ertheilung.

Nr. 895.  
Patent  
Ertheilung.

# Personal-Chronik.

- Nr. 896. Der Schulze Friedrich Bornschein zu Reinsdorf ist zum Kreisrath in landwirthschaftlichen Angelegenheiten für den Delitzscher Kreis angenommen und als solcher verpflichtet worden.
- Nr. 897. Nachdem der Privatexpedient Ch. Krüger in Liebenwerda die ihm bisher übertragen gewesene Agentur der Leipziger Feuer-Versicherungsanstalt niedergelegt hat, ist unter dem 4. November c. der Kaufmann Julius Bräunig daselbst als Agent gedachter Anstalt bestätigt worden.
- Nr. 898. Nachdem der Kaufmann Bieler in Raumburg die Agentur der Schlesischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt hat, ist unter dem 21. October c. der Kaufmann Louis Meißner daselbst als Agent der gedachten Gesellschaft bestätigt worden.
- 
- Nr. 899. Die Rectorstelle an der Stadtschule zu Artern, Königl. Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.
- Nr. 900. Die Schul- und Küsterstelle in Benndorf, Epchorie Eisleben, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt. Die Stelle ist Privat-Patronats, wird aber für diesmal auf Grund eines Reverses von der Königl. Regierung besetzt.
- Nr. 901. Die Schul- und Küsterstelle in Kunstedt, Landephorie Merseburg, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.
- Nr. 902. Die Schulstelle in Grochwitz, Epchorie Herzberg, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.
- 
- Nr. 903. Das unter dem Patronate des Grafen von Zech-Burkersrode auf Benndorf stehende Pfarramt zu Uchtritz ist durch das Ableben seines bisherigen Inhabers vacant geworden.
- 
- Nr. 904. Dem ersten Forstbeamten der Landesschule Pforta, Revierförster Wiedemann zu Kösen ist der Oberförstertitel verliehen.
- 
- Nr. 905. Der Rittergutsbesitzer von Kirchnpauer in Löbnitz ist zum Schiedsmann für den ersten Landbezirk des Torgauer Kreises gewählt und solcher gebräug verpflichtet worden.
- Nr. 906. Der Cantor emerit. und Dekonom Johann Georg Christian Becker in Merseburg ist zum Schiedsmann für den III. Bezirk der Stadt Merseburg gewählt und als solcher gebräug verpflichtet worden.

Druck von C. Jurek (früher Köbigsch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 31. Stüd.

---

Ausgegeben zu Merseburg den 24. December 1853.

---

- Das 64. Stüd der Gesetz-Sammlung enthält unter: Nr. 907.
- Nr. 3898. Allerhöchster Erlaß vom 21. November 1853, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Küllstedt nach Eigenrieden.
- Nr. 3899. Verordnung wegen weiterer Abänderung des Vereins-Zolltarifs. Vom 30. November 1853.
- Das 65. Stüd der Gesetz-Sammlung:
- Nr. 3900. Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Durchlaucht dem Fürsten zu Waldeck und Pyrmont, über die fernere Vereinigung des Fürstenthums Waldeck mit Preußen zu einem übereinstimmenden Zoll- und Steuersystem. Vom 3. September 1853.
- Nr. 3901. Vertrag zwischen Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthume Hessen, den zu dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau, und der freien Stadt Frankfurt einerseits und Waldeck andererseits, die Fortdauer des Anschlusses des Fürstenthums Pyrmont an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins betreffend. Vom 3. September 1853.
- Nr. 3902. Vertrag zwischen Preußen und Waldeck wegen der Besteuerung innerer Erzeugnisse und wegen des Salzdebits im Fürstenthume Pyrmont. Vom 3. September 1853.
- Nr. 3903. Allerhöchster Erlaß vom 14. November 1853, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von der Saarlouis-Meyer Staatsstraße bei Soutthof über Neufurweiler und Bisten bis zur Französischen Grenze in der Richtung auf St. Avold.
- Nr. 3904. Bekanntmachung über die unter dem 31. October 1853 erfolgte Bestätigung der neuen Redaction des Geschäftsplanes der Berlinischen Lebens-Versicherung-Gesellschaft. Vom 10. December 1853.

Nr. 908.  
Den Umtausch  
der alten  
Kassenanwei-  
sungen betr.

Es ist bemerkt worden, daß einzelne Kassen unser Verwaltungsbereichs die bei ihnen eingehenden alten Kassenanweisungen vom Jahre 1835 nicht, wie es nach dem durch unser Amtsblatt (Stück 39. pag. 269.) bekannt gemachten Publicandum der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden vom 12. September c. geschehen sollte, zum Umtausch abliefern, sondern wider ausgeben.

Dadurch wird aber nicht allein das Umtauschgeschäft in die Länge gezogen, sondern es ist auch zu beforgen, daß in Folge dieses Verfahrens bei Annäherung des nach Maßgabe des §. 3. des Gesetzes vom 19. Mai 1851 (Gesetz-Sammlung pag. 335.) anzuberaumenden Präklusivtermins ein lästiger Andrang zum Umtausch entstehen dürfte.

Wir nehmen deshalb Veranlassung, sowohl die Königlichen als auch auf Grund ausdrücklichen höhern Auftrags die städtischen Kassen unser Bereichs hiermit noch besonders aufzufordern, die bei selbigen eingehenden Kassenanweisungen vom Jahre 1835 fernerhin nicht wieder an das Publikum auszugeben, sie vielmehr auf Ueberträge abzuliefern, resp. bei an die Kreiskassen und an die hiesige Regierungs-Hauptkasse zur leistenden Zahlungen mit zu verwenden, oder nach Umständen deren Umtausch bei diesen Kassen zu bewirken.

Merseburg, den 12. December 1853.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 909.  
Die Einlei-  
hung der Dar-  
lehnskassen-  
scheine betr.

In Verfolg unserer Bekanntmachung vom 12. September d. J. wegen Ausbreitung neuer Kassenanweisungen bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß vom 2. Januar k. J. ab auch die noch umlaufenden Darlehnskassenscheine vom 15. April 1848 gegen neue Kassenanweisungen vom 2. November 1851 werden umgetauscht werden.

Die Inhaber jener Darlehnskassenscheine werden daher aufgefordert, diese vom 2. Januar k. J. ab entweder

bei der Kontrolle der Staatspapiere, Dranienstraße Nr. 92. parterre rechts, oder in den Provinzen bei den Regierungs-Hauptkassen oder bei den königlichen Regierungen bezeichneten Kreis- oder Spezialkassen zu präsentiren, und dagegen neue Kassenanweisungen vom 2. November 1851 in Empfang zu nehmen.

Das Geschäftsbüro der Kontrolle der Staatspapiere wird zu diesem Zwecke in den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr geöffnet sein. Dieselbe kann sich jedoch wegen des Umtauschgeschäfts weder mit Privatpersonen, noch mit Instituten oder Spezialkassen in Schriftwechsel einlassen, sondern wird alle ihr von auswärts auf anderem Wege, als durch die Regierungs-Hauptkassen, zugehenden Darlehnskassenscheine den Einsendern auf ihre Kosten zurücksenden.

Wenn übrigens alle Kassenanweisungen und Darlehnskassenscheine zugleich zum Umtausch präsentiert werden sollen, so müssen beide Arten von Papieren durchaus von einander getrennt werden.

Nach Ablauf von 9 Monaten wird ein Präklusivtermin anberaumt werden, mit dessen Eintritt alle noch nicht eingelieferte Darlehnskassenscheine ungültig werden.

Berlin, den 2. December 1853.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß sowohl die hiesige Regierungs-Hauptkasse als sämtliche Kreis-kassen des Regierungsbezirks von uns besonders beauftragt worden sind, den Umtausch der bei selbigen zu präsentirenden, jetzt noch umlaufenden Darlehnskassenscheine vom 15. April 1848 gegen neue Kassenanweisungen vom 2. November 1851 zu bewirken. Merseburg, den 16. December 1853.

Königliche Regierung.

Auf Grund des §. 85. der neuen Städte-Ordnung vom 30. März c. wird hierdurch bekannt gemacht, daß dieselbe in den Städten

Nr. 910.

Ermleben und Altleben,

Einführung!  
der neuen  
Städte-  
Ordnung.

in ersterer vom 19. December cr. und in letzterer vom 1. Januar l. J. ab in Kraft tritt; desgleichen in der Stadt

Schölen

vom 1. Januar l. J. unter den in Tit. VIII. bestimmten Modificationen.

Merseburg, den 10. December 1853.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

In Weissenfels ist eine neue Kreisbaumeisterstelle gegründet und deren Verwaltung dem Kreisbaumeister Herr daselbst übertragen worden.

Nr. 911.

Die Veränderung  
der Baumeister-  
stelle betr.

Dieselbe erstreckt sich über den auf dem linken Saalauer belegenden Theil des Weissenfeler landrätthlichen Kreises, den östlich von der Raumburg-Freyburg-Quersfurter Chaussee bis zur Merseburg-Quersfurter Chaussee belegenden Theil des landrätthlichen Quersfurter Kreises und den durch die Weissenfels-Leipziger Chaussee abgeschnittenen Theil des Merseburger landrätthlichen Kreises.

Im Landbau übernimmt der 1c. Herr die Königlichen Bauten in Weissenfels, am dasigen Schlosse, den Militair-, Rentamts- und Seminar-Gebäuden, ferner am Waisenhause zu Langendorf, am Gebäude der Gerichts-Commission zu Lützen, am Wärrerhaus beim Schlachtdenkmal zu Großgörschen, an den Forst-Etablissements Schieberode und Pödelist. Ferner im Chausseebau:

- 1) die Weissenfels-Leipziger Chaussee,
- 2) die Raumburg-Freyburg-Quersfurter Chaussee,
- 3) die Halle-Weissenfels-Erfurter Chaussee von Merseburg über Weissenfels bis Raumburg.

Im Wasserbau ist dem 1c. Herr nichts zugetheilt.

Merseburg, den 14. December 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Mechanikus Johann Bernhard August Schäffer und dem Kaufmann Christian Friedrich Budenberg zu Magdeburg ist unter dem 29. October c. ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Verbindung einer Dampfpfeispumpe mit einem Kessel, um einen konstanten Wasserstand zu erhalten,

Nr. 912.

Patent-  
Ertheilung.

so weit derselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 913. Dem Ingenieur der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn, H. Polko zu Güter-  
bogl, ist unter dem 29. October c. ein Patent auf eine Vorrichtung zum selbststän-  
digen Einschalten der Erdverbindung für die Läutewerke der Eisenbahn-Telegraphen  
in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne Je-  
mand in Anwendung bekannter Theile derselben zu beschränken, auf fünf Jahre, von  
jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 914. Dem Maler Rauch zu Bamberg ist unter dem 18. November c. ein Patent  
auf eine durch Zeichnung, Modell und Beschreibung nachgewiesene mechanische Ver-  
richtung zur Anfertigung geknüpfter Teppiche auf fünf Jahre, von jenem Tage an ge-  
rechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

### Personal-Chronik.

Nr. 915. Der bisherige Hilfskanzlist Diez ist als Regierungs-Kanzlist angestellt worden.

Nr. 916. Die Lehrer- und Custosstelle zu Sct. Nicolai in Eisleben, Königl. Patronat, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Nr. 917. Die Rectorstelle an der Stadtschule zu Cartsb. berga, Privat-Patronat, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Nr. 918. Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Klein-Röben, in der Diöces Herzberg, ist der bisherige Predigant-Candidat Carl Wilhelm Kranert berufen und bestätigt worden.

Nr. 919. Die erledigte evangelische Pfarradjunctur zu Sido und Zolchow, in der Diöces Sandau, ist dem bisherigen Pfarrer zu Sattelle, Conrad Heinrich Christian Voel, verliehen worden. Ueber die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Sattelle ist bereits disponirt.

Nr. 920. Der Pfarrer M. Schreckenberger zu Großgräfendorf, in der Diöces Lauchstedt, tritt am 1. Februar f. in den Ruhestand. Die Stelle ist Königl. Patronat.

Nr. 921. Der Pfarrer Gerlach zu Allerstedt, in der Diöces Artern, tritt am 1. April f. in den Ruhestand. Die Stelle ist Königl. Patronat.

Nr. 922. Der Mühlenbesitzer Burkhardt in Stolzenhain ist zum Schiedsmann für den VII. Bezirk, und der Ortsrichter Haß in Waltersdorf zum Schiedsmann für den X. Bezirk im Schweiniger Kreise wieder gewählt und sind beide als solche vorchriftsmäßig verpflichtet worden.

Druck von C. Zerk (sonst Robisch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben  
und verlegt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

# Amts-Blatt

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
52. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 31. December 1853.

In Gemäßheit der in den Nummern 27. und 29. der diesjährigen Gesefsamml. Nr. 923. lung publicirten Staatsverträge vom 7. September 1851, 1. März 1852 und 4. April Die Verbin- d. J. ist vom 1. Januar 1854 ab der zwischen dungs des zwis-

- 1) dem Königreich Hannover,
- 2) dem Herzogthum Oldenburg und
- 3) dem Fürstenthum Schaumburg-Lippe

dermalen bestehende Steuerverein mit den Staaten des Zollvereins zu einem Gesammt- sch. in Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe bestehende Steuer- verein mit den Staaten des Zollvereins zu einem Gesammt- Zollvereine verbunden und es tritt demgemäß vom gedachten Tage an der vertrags- mäßige freie Verkehr zwischen den vorstehend zu 1. bis 3. genannten und den übrigen vorbezeichneten Staaten in seinem ganzen Umfange ein. Zollvereins betr.

Von den einer innern Steuer unterliegenden Erzeugnissen wird der Brannt- wein beim Eingange aus den zu 1. bis 3. gedachten Staaten nach Preußen und um- gekehrt beim Eingange aus Preußen in jene Staaten einer Uebergangsabgabe von 6 Thalern für die Ohm bei 50  $\frac{1}{2}$  Alkohol nach Tralles vom 1. Januar 1854 ab unter- worfen werden.

Das Bier unterliegt beim Eingange aus jenen Staaten in Preußen einer Ueber- gangsabgabe von  $7\frac{1}{2}$  Sgr. für den Preussischen Centner.

Mit Traubenmost und Wein, sowie mit Taback findet ein gegenseitig freier Ver- kehr statt.

Die in dem Allerhöchsten Erlasse vom 20. November d. J. (Gesefsamml. S. 956.) bezeichneten, zum Regierungsbezirke Minden gehörrigen Gebietstheile und Ortschaften, welche bisher dem Hannover-Oldenburgischen Steuervereine angeschlossen waren, desgleichen die bisher vom Zollverbande ausgeschlossene Glasfabrik Bernheim, welche vom 1. Januar 1854 ab in den Zollverein aufgenommen wird, treten von diesem Tage ab unter sich und mit den übrigen Theilen des Preussischen Staatsgebiets in völli- gen Verkehr.

Berlin, den 17. December 1853.

Der Finanz-Minister.  
von Bodelschwingb.

**Nr. 924.** Der in Nr. 28. der diesjährigen Gesefssammlung (S. 357.) publicirte Handels- und Zollvertrag zwischen Preußen und Oesterreich vom 19. Februar d. J., dem, nach Artikel 41. des die Fortdauer und Erweiterung des Zollvereins betreffenden Vertrages vom 4. April d. J. (Seite 425. der diesjährigen Gesefssammlung), sämmtliche übrige Zollvereins-Staaten, außerdem auch die Staaten von Parma und Modena beigetreten sind, tritt mit dem 1. Januar 1854 in Wirksamkeit, so daß von diesem Tage ab in dem gegenseitigen Verkehre zwischen Preußen und den gesammten übrigen Zollvereins-Staaten einer Seits und Oesterreich mit den ihm zollverbündeten Herzogthümern Parma und Modena anderer Seits die vertragsmäßigen Erleichterungen und sonstigen Vertrags-Bestimmungen zur Anwendung kommen.

Berlin, den 20. December 1853.

Der Finanz-Minister.  
von Bodelschwingh.

**Nr. 925.** Nach den Bestimmungen des amtlichen Baarenverzeichnisses zu dem Zolltarif für die Zeit vom 1. Januar 1854 ist unter Syrup, welcher einem Eingangszolle von 2 Thlr. für den Centner unterliegt, nur gewöhnlicher, mithin solcher zu verstehen, welcher krystallisirbaren Zucker gar nicht oder nur in geringer Menge enthält, so daß der Syrup, welcher hiernach nicht zu dem gewöhnlichen gehört, dem Eingangszolle für Zucker von 8 Thlr. für den Centner zu unterwerfen sein würde.

Nach dem indessen neuerdings wegen Festsetzung des Zollsatzes für Syrup der leichtgedachten Art auf 4 Thlr. für den Centner unter den Zollvereinsstaaten verhandelt worden, ist folgendes Verfahren angeordnet:

- 1) Als gewöhnlicher Syrup wird derjenige behandelt, und zum Satze von 2 Thlr. für den Centner zur Eingangszollung verstatet, welcher nicht nur gänzlich frei von festen Körnern und Krystallen ist, sondern auch krystallisirbaren Zucker entweder gar nicht, oder nur in so geringer Menge enthält, daß die Flüssigkeit bei einer Temperatur von 12° R. (die Dichtigkeit des Wassers bei derselben Temperatur zu 1 angenommen) eine Dichtigkeit von mindestens 1,430 hat. Die Dichtigkeit des zur Zollabfertigung gelangenden Syrups wird durch Aräometer festgestellt, mit welchen zu diesem Zwecke die Zollbehörden versehen werden.
- 2) Von demjenigen Syrup, welcher bei der angestellten Prüfung als gewöhnlicher nicht anerkannt worden ist, wird vorerst nur der Eingangszoll von 4 Thlr. für den Centner erhoben; es bleibt jedoch die Nacherhebung des Unterschiedes zwischen diesem Satze und dem von 8 Thlr. für den Centner vorbehalten und es ist dieser Unterschied bis auf weitere Bestimmung entweder niederzulegen oder sicher zu stellen.
- 3) Zur Ablassung von Syrup gegen den Satz von 2 Thlr. für den Centner sind im Grenzverkehr alle mit der Zollabfertigung beauftragten Grenzzollämter beauftragt, sofern von demselben Einbringer in einem Transporte eine Syrupmenge eingeführt wird, welche den Betrag von 10 Pfd. nicht übersteigt. Ord-



ßere Mengen dürfen, wenn der Zollsaß von 2 Thlr. in Anspruch genommen wird, nur über Hauptzollämter eingeführt werden.  
Berlin, den 24. December 1853.

**Der Finanz-Minister.  
von Bodelschwingh.**

Bei der am 14./15. v. Mts. stattgefundenen Wahl der Mitglieder und Stell-  
vertreter der Handelskammer für Halle und die Saalörter sind die mit Ablauf dieses  
Jahres auscheidenden Mitglieder resp. Stellvertreter und zwar:

- a) In Halle die Mitglieder  
Director Jacob, Kaufmann Schob;
- b) in den Saalörtern das Mitglied  
Kaufmann Bolze in Salzmünde,  
der Stellvertreter

Fabrikant Kesperlein in Cröllwitz,  
von neuem in ihrer bisherigen Eigenschaft gewählt und bestätigt worden.  
Merseburg, den 14. December 1853.

**Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.**

Mit Bezug auf das nachstehende an und ergangene Ministerial-Rescript:  
Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 26. v. M. auf meinen  
Antrag die gegenwärtig bestehende Eintheilung der Apotheker in zwei Klassen auf-  
zuheben und zu genehmigen geruht, daß die Approbation zum selbstständigen Be-  
triebe der Apothekerkunst und zum eigenthümlichen Erwerbe einer Apotheke künftig  
nur solchen Pharmaceuten ertheilt werde, welche die bis jetzt für Apotheker erster  
Klasse vorgeschriebenen Staatsprüfungen zurückgelegt haben.

Berlin, den 15. December 1853.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-  
Angelegenheiten.  
(gez.) von Raumer.

bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß wir vom 1. Januar 1854 ab  
keinen Pharmaceuten zur Prüfung als Apotheker zweiter Klasse mehr versatten werden.  
Merseburg, den 20. December 1853.

**Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.**

Auf Grund des §. 85. der neuen Städte-Ordnung wird hierdurch bekannt ge-  
macht, daß dieselbe vom 1. Januar 1854 ab in den Städten  
Artern, Belgern, Gerbstädt, Hettstädt und Sangerhausen  
in Kraft tritt.

Merseburg, den 27. December 1853.

**Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.**

Nr. 926:

Die Wahl der  
Mitglieder  
und Stellver-  
treter für die  
Handelskam-  
mer der Stadt  
Halle 12.

Nr. 927.

Die Aufhebung  
der Eintheilung  
der Apotheker  
in zwei Klassen  
betr.

Nr. 928.

Einführung  
der neuen  
Städte-  
Ordnung.

Nr. 929.

Martini-  
Durchschnitts-  
Marktpreise.

# Nachweisung

der zu Martini 1853, d. h. in der Zeit vom 4. bis mit 18. November 1853, auf den Haupt-Marktplätzen des Regierungsbezirks Merseburg resp. in den von der Königl. General-Commission für die Provinz Sachsen in Folge des Gesetzes vom 2. März 1850 festgesetzten Normal-Markttorten bestandenen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides.

Haupt- und resp. Normal- Markttorte.		Für den Scheffel												
		Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.			
		Zblr.	fgt.	pf.	Zblr.	fgt.	pf.	Zblr.	fgt.	pf.	Zblr.	fgt.	pf.	
Nr.	A. in Regierungsbezirk Merseburg.													
1	Bitterfeld	3	26	5	2	24	10	2	6	2	1	10	2	
2	Eßleda	3	15	—	2	22	6	2	1	6	—	24	6	
3	Delitzsch	4	—	—	3	—	—	2	6	—	1	6	—	
4	Eisleben	3	12	2	2	25	1	2	4	8	1	4	10	
5	Halle	3	19	10	2	28	3	2	5	4	1	7	5	
6	Hettstädt	3	20	—	3	—	—	2	5	—	1	10	—	
7	Liebenwerda	3	18	9	3	1	5	2	5	—	1	11	11	
8	Merseburg	3	15	8	2	26	8	2	2	—	1	2	8	
9	Raumburg	3	14	4	2	28	—	2	1	3	1	2	8	
10	Querfurt	3	18	9	2	22	6	2	2	6	1	6	3	
11	Sangerhausen	3	14	—	2	26	—	2	4	—	1	4	—	
12	Torgau	3	13	9	2	29	2	2	11	3	1	10	10	
13	Weißensfeld	2	18	—	2	29	5	2	3	11	1	3	10	
14	Wittenberg	3	15	11	2	24	1	2	10	—	1	11	5	
15	Zeitz	3	20	2	3	1	9	2	7	9	1	5	9	
B. in anderen Regie- rungsbezirken.														
1	Dahme	3	12	4	2	13	8	1	29	5	1	8	3	
2	Nordhausen	3	21	2	2	28	5	2	10	3	1	4	2	
3	Quedlinburg	3	5	5	3	1	9	2	10	2	1	11	7	

Merseburg, den 23. December 1853.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 930.

Die von der  
Wachener Mün-  
chener Feuer-  
Versicherungsgesellschaft,

Die Wachener und Münchener Feuer-Versicherungsgesellschaft, welche bereits seit einer Reihe von Jahren einen nicht unerheblichen Theil ihrer Ueberschüsse zur Förderung gemeinnütziger Zwecke, insbesondere zur Hebung der Landwirtschaft verwenden, hat in Erwägung der bedeutenden Verluste, welche ein Theil der Provinz Sachsen

durch Hagelschlag in diesem Jahre erlitten hat, der unterzeichneten landwirthschaftlichen Central-Direction einen Betrag von 10,000 Thlr. zur Unterstützung der durch diesen Unglücksfall betroffenen bedürftigen Grundbesitzer überwiesen. Unter Zuziehung von mit den örtlichen Verhältnissen und der Lage der Grundbesitzer vertrauten sachverständigen Männern und unter kräftiger Mitwirkung der Herven Landräthe haben wir den Betrag der 10,000 Thlr. dahin vertheilt, daß:

dem Kreise Calbe . . . . .	2750 Thlr.,
„ „ Ascherleben . . . . .	2000 „
„ „ Banzleben . . . . .	3000 „
„ „ Ascherleben . . . . .	250 „
„ „ Eckartsberga . . . . .	220 „
„ „ Weißenfeld . . . . .	80 „
„ „ Quedlinburg . . . . .	500 „
„ „ Wittenberg . . . . .	300 „
„ „ Schweinitz . . . . .	460 „
„ „ Torgau . . . . .	440 „

Summa 10,000 Thlr.,

überwiesen sind. Die Verwendung dieser Unterstützungsgelder ist theils zur Beschaffung der Herbstsaat bereits erfolgt, theils sind dieselben für die Frühjahrsaat reservirt.

Wir halten uns verpflichtet, in dankbarer Anerkennung der wohlthätigen Beihilfe, welche die Nachener und Münchener Feuer-Versicherungsgesellschaft unsern bedürftigen Grundbesitzern gewährt hat, das Vorstehende zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, mit dem Wunsche, daß die Wirksamkeit dieser Gesellschaft, welche schon so vielfach ihr Interesse für die Landwirthschaft an den Tag gelegt hat, auch ferner von den günstigsten Resultaten begleitet sein möge. Wir sprechen unsern Dank aber auch denjenigen Männern aus, welche bei Vertheilung und Verwendung der Unterstützungsgelder, der damit verbundenen Opfer an Zeit und Mühe nicht achtend, uns so kräftig beigefallen haben.

Oppin, den 25. November 1853.

Die landwirthschaftliche Central-Direction der Provinz Sachsen.

Bei der heute öffentlich erfolgten Auslosung von Capitalsscheinen der hiesigen französischen Kriegsschulden-Tilgungsanleihe vom Jahre 1830 sind die in nachfolgender Liste sub I. verzeichneten Nummern gezogen worden, deren Nominalbeträge sammt den davon bis ultimo Juni 1854 laufenden Zinsen, vom 1. gedachten Monats an, gegen Rückgabe dieser Scheine nebst Zalsens und Coupons auf hiesigem Rathhause bei unserer Schoßstube an die Inhaber ausgezahlt werden sollen. Wir fordern daher die letztern hierzu mit dem Bedeuten auf, daß ihnen nach Ablauf einer achtwöchentlichen vom 1. Juni 1854 anhebenden Einlösungsfrist, die etwa auf spätere Termine, mithin indebite gezahlten und erhobenen Zinsen dieser Capitalien an letzteren bei deren künftiger Erhebung werden gefürzt werden.

Das Rämliche findet in Abicht auf dergleichen indebite erhobene Zinsen der

Nr. 931.

ausgeloste  
Leipziger  
Etablissements  
scheine.

Capitalbeträge der sub II. verzeichneten, in vorigen Auslosungsterminen herausgekommenen Nummern statt, an deren Präsentation zur Einlösung die sämigen Interessenten wiederholt hiermit erinnert werden.

Leipzig, den 9. December 1853.

Der Rath der Stadt Leipzig.

I.

Liste der ausgelassenen Stadt-Scheine.

1000 Thaler Capital Litt. A.

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
91	253	273	349	459	511	543	641	690	742
226	260	303	358	495	535	628	647	723	759
227									

500 Thaler Capital Litt. B.

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
14	263	410	621	791	922	1024	1116	1213	1450
64	345	453	648	798	964	1047	1118	1277	1490
118	350	506	690	808	991	1049	1122	1286	1619
157	377	537	732	832	1015	1058	1129	1306	1657
241	386	588	783	855	1017	1080	1210	1332	1668
245									

200 Thaler Capital Litt. C.

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
7	256	470	636	841	986	1253	1442	1712	1884
62	267	472	647	884	995	1343	1473	1721	1904
130	343	488	653	894	1073	1380	1482	1753	1937
200	386	491	727	897	1093	1394	1493	1829	2014
221	406	535	740	902	1096	1409	1569	1842	2053
224	440	539	752	910	1106	1416	1586	1871	2083
227	468	625	829	982	1124				

100 Thaler Capital Litt. D.

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
20	197	331	581	828	988	1238	1643	1814	1961
56	200	411	625	840	1042	1326	1653	1909	1973
76	222	419	628	845	1062	1387	1716	1919	2079
99	237	446	648	891	1080	1407	1717	1929	2102
112	238	516	694	912	1128	1594	1727	1930	2122
140	270	526	713	921	1158	1597	1737	1934	2181
155	278	566	752	942	1165	1604	1797	1936	2186
170									

50 Thaler Capital Litt. E.

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
98	184	231	316	426	494	736	763	846	946
182	206	291	323	451	654	754	807	855	951

25 Thaler Capital Litt. F.

Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer	Nummer
2	174	248	541	628	716	760	883	946	1006
34	221	363	570	625	729	801	895	948	1171
88	234	484	623	647	750	865	941		

**II.**

**Liste der früher ausgelosten, jedoch noch nicht zur Einlösung präsentirten Leipziger Stadtschuldscheine.**

- Litt. A. Nr. 133, 144, 225, 261, 361, 611, 689 und 799.  
 = B. Nr. 44, 181, 271, 277, 392, 490, 523, 699, 1177, 1239 und 1372.  
 = C. Nr. 1, 50, 205, 237, 287, 422, 438, 450, 557, 645, 648, 797, 872, 976, 998, 1048, 1322, 1434, 1489, 1552, 1576, 1596, 1624, 1705, 1706, 1793, 1807, 1862, 1969, 1988 und 2061.  
 = D. Nr. 152, 187, 210, 253, 426, 462, 473, 549, 626, 732, 818, 916, 957, 1090, 1103, 1150, 1303, 1441, 1453, 1461, 1739, 1755, 1759, 1843, 1952, 2098 und 2123.  
 = E. Nr. 175, 201, 243, 312, 340, 348, 356, 499, 668, 677, 694, 816, 825 und 931.  
 = F. Nr. 4, 13, 15, 65, 94, 337, 350, 366, 543, 606, 671, 672, 674, 741, 767, 818, 848, 853, 854, 887, 913, 973, 994, 1059, 1063, 1157 und 1197.

Die Hypothekentabelle über die in unserer Bekanntmachung vom 5. November 1850, Beilage zum 5. Stück des Regierungs-Amtsblattes de 1851 erwähnten Grundstücke der Schule zu Eisdorf in Rögner Flur ist in das Hypothekenbuch übertragen und es ist daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte in Bezug auf sie von jetzt ab lediglich nach dem Allgemeinen Landrecht, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen. Lützen, den 17. August 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission II. Bezirks.

Die nach unserer Bekanntmachung vom 23. Februar cr. (Mersburger Amtsblatt de 1853 Stück 35.) ausgelegte Hypothekentabelle über das im Dorfe Döpsch belegene, dem Handarbeiter Melchior Weier gehörige, sub Nr. 30. des Hypothekenbuchs von Döpsch eingetragene Wohnhaus nebst Zubehör, ist nunmehr in das Hypothekenbuch übertragen und daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte in Betreff dieses Grundstücks von jetzt ab lediglich nach dem Allgemeinen Landrecht, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen. Lützen, den 12. November 1853.

Königliche Kreisgerichts-Commission I. Bezirks.

Die in der Beilage zum 22. Stück des Amtsblattes der Königlichen Regierung zu Merseburg bekannt gemachte Hypothekentabelle über den dem Karl Heinrich Wilhelm Panse zu Markfröblich zugehörigen ½ Acker Feld in der Flur Markfröblich auf den Fuchsböckern, Nr. 472. des Flurbuchs, ist in das Hypothekenbuch übertragen, und wird nun der Erwerb neuer Hypothekenrechte an dem gedachten Grundstücke lediglich

Nr. 932.  
Hypotheken-  
Sachen.

Nr. 923.  
Hypotheken-  
Sachen.

Nr. 934.  
Hypotheken-  
Sachen.

nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt. Raumburg, den 9. September 1853.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

**Nr. 935.** Die Hypothekentabelle der Stadtgemeinde zu Schöblen über  $\frac{1}{2}$  Acker Feld in der Flur Schöblen, die Lehmgrube genannt, am Rämmeriger Wege ist fertig und kann innerhalb 2 Monaten, nach 8 Tagen des Erscheinens dieser Bekanntmachung im Amtsblatte, in unserem Hypothekenbureau eingesehen werden.

Spätere Erinnerungen dagegen sind unzulässig.

Raumburg, den 12. October 1853.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

**Nr. 936.** Die in der Beilage zum 22. Stück des diesjährigen Regierungs- Amtsblatts bekannt gemachte Hypothekentabelle des August Hohmuth zu Pödelist ist in Betreff der 3 Acker Feld in der Flur Pödelist, Gellener Feld Nr. 1875 a. des Flurbuchs, in das Hypothekenbuch übertragen und wird nun der Erwerb neuer Hypothekenrechte an dem gedachten Grundstücke lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt.

Raumburg, den 29. October 1853.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

### Personal-Chronik.

**Nr. 937.** Der Feldmesser Wilhelm Franck zu Halle ist als solcher am 10. December c. verpflichtet worden.

**Nr. 938.** Nachdem der Kaufmann C. L. Leuthold in Herzberg die Agentur der Leipziger Feuer-Versicherungsanstalt niedergelegt hat, ist unter dem 5. December c. der Kaufmann J. W. Schiemann daselbst als Agent der gedachten Gesellschaft beschäftigt worden.

**Nr. 939.** Die unter dem Patronate des Magistrats zu Merseburg stehende Diaconatsstelle an der St. Marimi-Kirche daselbst ist durch die Emeritirung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

**Nr. 940.** Die binnen Kurzem zur Erledigung kommende evangelische Pfarrstelle zu Herzogsdorf, in der Diöces Mansfeld, ist dem bisherigen Hülfsprediger zu Ascherleben Johann Friedrich Carl Schultze verliehen worden.

**Nr. 941.** Die durch Emeritirung des Pfarrers zu Großhöfser, in der Diöces Heiligenstadt, eröffnete Pfarradjunctur ist dem bisherigen Candidaten des Predigtamts Friedrich Louis Marx zu Halle verliehen worden.

**Nr. 942.** Der Ober-Post-Secretair Bätcher in Halle ist vom 1. Januar 1854 als commissarischer Orts-Postkassen-Controleur nach Coblenz versetzt worden.

Druck von C. Zurl (früher Kobisch'schen Erben) in Merseburg, und herausgegeben und verlegt im Amtsblatts-Bureau der Königlichen Regierung.

# Register

zum Amtsblatte der Königl. Regierung zu Merseburg  
für das Jahr 1853.

## I. Chronologische Uebersicht der allgemeinen Verordnungen und Bekanntmachungen.

Datum der Verordnung	Inhalt.	Seite
1852.		
4. Decbr.	Bekanntmachung des Ministerii der geistlichen u. Angelegenheiten, das Erscheinen einer neuen Auflage der Arzneisage betreffend . . .	3
24. "	Verfügung des Appellationsgerichts in Raumburg, die Anwendung der portofreien Rubriken in unvermögenden Partei- und Dienstsachen, wenn dieselben durch ausländische Postbehörden zu befördern sind, betr. . .	9
24. "	Bekanntmachung der Direction der Berlin-Anhaltischen Eisenbahngesellschaft in Berlin, die Entdeckung von Frevlern gegen den Betrieb auf der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn betr. . .	45
30. "	Bekanntmachung der Regierung, den Gebrauch der Paßkarten als Legitimation zum Eintritt in die Oesterreichischen Landestheile Böhmen, Mähren und Oesterreichisch Schlesien betr. . .	7
31. "	Verfügung des Appellationsgerichts in Raumburg, das Unterlassen der geschäftlichen Besprechungen mit Rechtsanwälten und Notaren an Sonn- und Feiertagen, besonders während des Gottesdienstes, betr. . .	26
1853.		
2. Januar	Bekanntmachung der Ministerial-Verordnung vom 10. März 1836, das Anbringen unbegründeter Immediatgesuche und Beschwerden betr. . .	23
3. "	Bekanntmachung der Regierung, die Vereinigung der Kalender-Verwaltung mit dem statistischen Bureau in Berlin betr. . .	7
3. "	Bekanntmachung der Regierung, die Erneuerung der Paßkarten für Eisenbahn-Reisende für das Jahr 1853 betr. . .	8
5. "	Verfügung des Provinzial-Steuer-Directors, Regulativ zur Erhebung und Beaufsichtigung der durch das Gesetz vom 30. Mai 1820 angeordneten Mahl- und Schlachtsteuer in Raumburg (Extrablatt zu Nr. 5. des Amtsblatts), in Weiskensfeld (Extrablatt zu Nr. 6. des Amtsblatts), in Zeitz (Extrablatt zu Nr. 7. des Amtsblatts).	
8. "	Verfügung der Regierung, das An- und Abmelden der Wehrmänner bei Wohnorts-Veränderungen bei den betr. Bezirksfeldwebeln betr. . .	8
13. "	Verfügung der Regierung, Verbot wegen Beschäftigung noch schulpflichtiger Kinder während der Schulstunden mit Feld- und Gartenarbeiten Seitens der Arbeitsgeber . . .	40

Datum der Verordnung	I n h a l t.	Seite
13. Januar	Rescript des Ministerii des Innern, den Aufenthalt der Mecklenburg-Schwerinschen Unterthanen in den Preussischen Staaten, sowie den Eintritt in letztere betr.	43
14. "	Verfügung des Provinzial-Steuer-Directors, die Abänderung der regulativmäßigen Rückverweigungssätze für das in den Mühlen verarbeitete Getreide betr.	27
24. "	Verfügung der Regierung, die veränderte Form der Heimathscheine betr.	36
27. "	Befanntmachung der Ober-Postdirection, die genaue Bezeichnung der Adressaten auf Briefen u. nach größern Städten des In- und Auslandes betr.	41
30. "	Befanntmachung der Ober-Postdirection, die Bestellung recommandirter Briefe u. s. w. an die wahren Empfänger betr.	41
31. "	Verordnung des General-Postamts, Reglement über Annahme und Anstellung der Post-Expedienten	111
31. "	Verordnung des General-Postamts, Reglement über die Zulassung und die Dienstverhältnisse der Post-Expeditions-Gehülfen	114
9. Februar	Einladung des Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen zur Bildung eines sächsisch-thüringischen Vereins für Naturwissenschaften in Halle . . .	47
9. "	Verfügung der Regierung, den Gewerbebetrieb der Viehkastrirer aus dem Großherzogthum Sachsen-Weimar in den Preuss. Grenzstreifen und umgekehrt der Preuss. Viehkastrirer in den Grenzstreifen jenes Staates betr.	49
9. "	Verfügung der Regierung, Verbot des Debits und Subscribenten-Sammelns auf Kalender durch Kreis- und ständische Beamte, sowie Gend'armen	49
16. "	Verfügung der Regierung, die für dieseitige Unterthanen zur Abschließung einer Ehe im Auslande zu ertheilenden Bescheinigungen betr.	49
18. "	Verfügung der Regierung, die Kosten des Transports ausgewiesener Individuen betr.	51
19. "	Verordnung der Regierung zum Schutze der Forsten im Regierungsbezirk Merseburg	81
24. "	Verfügung der Regierung, den verbotenen Ankauf von Salz, Getreide, Holz und anderen Schiffsladungen von Schiffen und deren Leuten betr.	53
1. März	Befanntmachung des General-Postamts, die Postbeförderung für Vädereisenbungen zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Amerika u. s. w. betr.	79
5. "	Rescript der Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern, den Beitritt der Großherzogl. Mecklenburg-Schwerinschen Regierung zu dem Vertrage wegen Uebernahme der Auszuweisenden betr.	71
9. "	Befanntmachung der Regierung, die Eintheilung der Geschäftsbezirke der Königl. Baubeamten des Regierungsbezirks Merseburg betr.	63
9. "	Befanntmachung der Regierung, die Anwendung der zutäglichen Strafbestimmungen des Schauffiegeltarifs vom 29. Februar 1840 auf mehrere regulirte Straßen betr.	66
11. "	Rescript des Kriegs-Ministerii, die Mitgliedschaft bei der Militär-Wittwen-Pensionirungs-Societät betr.	79
14. "	Befanntmachung der Regierung, die Ertheilung von Concessionen zum Betriebe des Geschäfts der Beförderung von Auswanderern betr.	73



Datum der Verordnung	I n h a l t.	Seite
25. März	Rescript der Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern, den Beitritt der Großherzogth. Mecklenburg-Strelitzschen Regierung zu dem Verträge wegen Uebernahme der Auszuweisenden betr.	107
5. April	Rescript des Ministerii der Finanzen, den Verkehr des Herzogl. Braunschweigischen Harz-Leine-Bezirks mit den übrigen Theilen des Zollvereins nach Einführung des Vereins-Zolltarifs in diesem Bezirk betr.	108
22. "	Bekanntmachung der Regierung, den Beitritt der Fürstl. Waldeckischen Regierung zum Pachtarten-Vereine betr.	125
25. "	Rescript des Ministerii für Handel u., die Grundsätze über die Anwendung und Erhebung einer Bestellgebühr für Briefe an Adressaten am Aufgaborte oder im Landbezirke des Aufgabortes, welche ihre Sendungen selbst abholen, betr.	135
27. "	Verordnung der Regierung, bauliche u. Veränderungen in den Kirchen und Anbringung unpastender Verzierungen an den Altären betr.	144
29. "	Bekanntmachung der Regierung, die Befugnis betr., die Ermächtigung zur Anwendung der Holz-Legitimations-Controle nach Maßgabe der Allerhöchsten Verordnung vom 30. Juni 1839 zu ertheilen.	128
1. Mai	Bekanntmachung des Consistorii für die Provinz Sachsen, die Eröffnung einer General-Landes-Kirchen- und Schul-Visitation in der Provinz Sachsen betr.	130
9. "	Bekanntmachung der Regierung, den Debit des. Kalenders „der Veteran“ Seitens der Kreis- und ständischen Beamten, sowie der Gend'armen betr.	143
19. "	Bekanntmachung der Regierung, mehrere Bestimmungen über den Schutz der Deiche, Brücken, Dechwerke u. in den Niederungen der Elbe, Saale und schwarzen Elster betr.	139
19. "	Polizeiliche Verordnung der Regierung zum Schutze der Deiche und Dechwerke an der Elbe und schwarzen Elster	140
19. "	Verfügung der Regierung, betr. die Sicherheitsmaßregeln bei Einrichtung und Benutzung der Fähranstalten	324
21. "	Verordnung des Provinzial-Steuer-Directors, die Anmeldung der diesjährigen Tabakspflanzungen betr.	142
22. "	Verordnung der Regierung, den Gebrauch des Scheffel-, Wegen- und Quart-Maasses in seinen Unterabtheilungen betr.	148
24. "	Gesetz, die Stempelung und Beaufsichtigung der Waagen im öffentlichen Verkehr betr.	263
24. "	Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes, betr. die Zersündelung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen vom 3. Januar 1845	312
26. "	Rescript des Ministerii der geistlichen u. Angelegenheiten, die Aufnahme in das evangelische Lehrerinnen-Seminar zu Droyßig betr.	149
6. Juni	Verordnung der Regierung, die Zulassung der Handwerksgeßellen zur Meisterprüfung vor vollendetem 24. Lebensjahre betr.	156
13. "	Bekanntmachung der Regierung, das Verzeichniß derjenigen Straßen, auf welche die Verordnung vom 16. Juni 1838 Anwendung findet, betr.	163
15. "	Bekanntmachung der Regierung, die Nichtberechtigung der Belgischen Vieh- und Hagel-Versicherungs-Gesellschaft „La Compagnarde“ zum Geschäftsbetriebe in Preußen betr.	166

Datum der Verordnung	I n h a l t.	Seite
16. Juni	Bekanntmachung des Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen, die Geschäfts-Verwaltung der Provinzial-Hülfskasse der Provinz Sachsen und das vorläufige Reglement dazu betr.	183
17. "	Verordnung der Regierung, Regulativ über die Prämiiirung der bei den Central-Haspelanstalten übergebenen, im Lande erzeugten Cocons betr.	187
20. "	Bekanntmachung des Präsidenten des Consistorii der Provinz Sachsen, die Führung des Präsidenten und die Leitung der Geschäftsverwaltung des Consistorii betr.	174
20. "	Ministerium des Innern, Instruction zur Ausführung der Städte-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie vom 30. Mai 1853	227
22. "	Bekanntmachung der Regierung, die Stempelung der nach England auszuführenden Bücher und Noten betr.	180
24. "	Verordnung der Regierung, das Verfahren bei Rehabilitirungen nicht in Militär-Verhältnissen stehender Personen, unter Veröffentlichung der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 30. December 1852, betr.	197
25. "	Bekanntmachung der Direction der Provinzial-Hülfskasse für Sachsen, das Regulativ über die Verzinsung der aus den Sparcassen der Provinz Sachsen, sowie aus Provinzial-, Gemeinde- und Institutenkassen, bei der Provinzial-Hülfskasse einzuschließenden Gelder und das Regulativ über den Zinsfuß der gewöhnlichen und der Amortisations-Darlehen und die davon abhängigen Zahlungs-Mobalitäten der letztern bei der Provinzial-Hülfskasse betr.	191
4. Juli	Bekanntmachung der Regierung, die zu Reisen in die Kaiserl. Oesterreichischen Staaten erforderlichen Legitimations-Urkunden und ein Verzeichniß der Staaten, in welchen Paßkarten als Reise-Legittimation gelten, betr.	189
4. "	Verordnung des Appellationsgerichts zu Raumburg, und der Regierung, das bei Beaufsichtigung der Vormünder und Pflägebefohlenen und bei Einforderung der Erziehungsbeträge zu beobachtende Verfahren betr.	207
7. "	Bekanntmachung der Intendantur des 4. Armee-Corps in Magdeburg, die Geldversorgung kranker Unteroffiziere und Mannschaften betr.	208
9. "	Verordnung der Regierung, die geschäftlichen Besprechungen und Zusammenkünfte mit den Rechtsanwälten an Sonn- und Feiertagen betr.	188
15. "	Verordnung der Regierung, den Transport von Leichen betr.	213
19. "	Bekanntmachung der Regierung, die Feier der Anwesenheit Sr. Majestät des Königs in der Provinz Sachsen durch Errichtung einer Provinzial-Blinden-Anstalt betr.	197
19. "	Verordnung der Regierung, die Einrichtung der Feuerungen bei gewerblichen Anlagen betr.	206
27. "	Verordnung der Regierung, das Verbot wegen Zulassung noch schulpflichtiger Kinder zu öffentlichen Tanzlustbarkeiten betr.	213
11. August	Rescript des Finanz-Ministerii, die Verkehrsfreiheit zwischen dem zum Herzogthume Braunschweig gehörigen Harz-Leine-Districten und den übrigen Theilen des Zollvereins betr.	237
12. "	Erlass des Provinzial-Steuer-Directorii, die Uebergangsabgaben und Rück-	

Datum der Verordnung	I n h a l t.	Seite
	vergütungen in den Königl. Württembergischen und Großherzogl. Hessischen Staaten betr.	258
19. August	Bekanntmachung der Regierung, den Aufgang der niedern Jagd betr.	239
20. "	Bekanntmachung des Kriegs-Ministerii, das Aufhören der Mitgliedschaft der Militär-Witwen-Pensionirungs-Soceität mit dem Eintritte in fremde Staatsdienste betr.	248
23. "	Verordnung des Consistorii der Provinz Sachsen, die Mitwirkung der Geistlichen und Lehrer in der Beaufsichtigung der Vormünder und Pflegebefohlenen und bei Erstattung der Erziehungsberichte betr.	249
1. Septbr.	Bekanntmachung der General-Commission, den Geschäftsbeginn der General-Commission zu Merseburg betr.	250
6. "	Verordnung des Ministerii der geistlichen u. Angelegenheiten, Reglement über die Prüfung der Thierärzte erster Klasse, welche das Fähigkeitszeugniß zur Anstellung als Kreis-thierärzte erlangen wollen	284
6. "	Verordnung des Ministerii für Handel u., Reglement, betr. die Geschäftsführung der zur Beförderung von Auswandern concessio[n]irten Personen und die von denselben zu bestellenden Cautionen (Ges. vom 7. Mai 1853), nebst Verordnung der Regierung dazu vom 4. October 1853	288
8. "	Rescript des Finanz-Ministerii, die Zollfreie Einfuhr des Getreides, der Hülsenfrüchte, des Mehles und anderer Mühlenfabrikate betr.	253
12. "	Bekanntmachung der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden, die Ausdehnung neuer Kassenanweisungen betr.	269
21. "	Regulativ für die Regierungsbezirke Merseburg und Erfurt über die nach den Vorschriften des Holzdiebstahlgesezes vom 2. Juni 1852 von den Verurtheilten zu leistenden Arbeiten	277
22. "	Bekanntmachung der Regierung, die Veränderungen in den Taxpreisen einiger Drogen und ihrer Präparate betr.	284
25. "	Rescript des Ministerii für Handel u., den Gebrauch ungleicharmiger Hebelwaagen in den Rübenzuckerfabriken betr.	295
28. "	Verordnung der Regierung, die Concessionirung und den Geschäftsbetrieb der Versicherungsanstalten und deren Agenten betr.	276
5. October	Erlaß des Provinzial-Steuer-Directorii, die Anmeldung des diesjährigen Weingewinnes betr.	298
5. "	Bekanntmachung der Ober-Postdirection, die Beschränkung des Annahm- und Ausgabedienstes bei den Postanstalten während der Sonn- und Feiertage betr.	304
8. "	Bekanntmachung der Regierung, die Versicherung der dem Königl. Domainen-Fiskus rentenpflichtigen Gebäude gegen Feuergefahr betr.	308
13. "	Rescript der Ministerien des Innern und der Finanzen, Warnung vor Theilnehmung an einer von dem Sachse[n]röderschen Industriege[sch]äft zu Greiz beabsichtigten öffentlichen Auspielung	311
14. "	Erlaß der General-Ordens-Commission, die Rückgabe der Orden und Ehrenzeichen nach dem Tode der Inhaber betr.	323
24. "	Rescript des Finanz-Ministerii, die Erweiterung der Zollfreiheit des Getreides, der Hülsenfrüchte, des Mehles und anderer Mühlenfabrikate betr.	311

Datum der Verordnung	I n h a l t.	Seite
4. October	Bekanntmachung der Regierung, die Auflösung der Thüringischen Hagel- schäden-Versicherungs-Gesellschaft zu Weimar betr.	315
28. "	Verfügung des Consistorii der Provinz Sachsen, die Stempelverwendung zu kirchlichen Acten betr.	319
3. Novbr.	Verfügung des Consistorii der Provinz Sachsen, das Aufgebot und die Trauung der unter Vormundschaft stehenden Personen betr.	320
7. "	Rescript des Finanz-Ministerii, die Einstellung der Erhebung des Ein- gangszolles für Reis betr.	319
8. "	Allerhöchste Kabinettsordre, die Anerkennung für die während des dies- jährigen Manövers bequartirt gewesenen Ortschaften betr.	331
9. "	Rescript des Ministerii für Handel u., die Theiligung Preuss. Staats- angehörigen bei der im Jahre 1854 stattfindenden Industrie-Ausstellung in München betr.	339
10. "	Bekanntmachung des Ministerii des Innern, die Einladung der Kammer- mitglieder zur Eröffnung der Kammern betr.	323
18. "	Bekanntmachung der Regierung, die Einrichtung des zum Regierungs- Amtsblatte gehörenden öffentlichen Anzeigers betr.	332
23. "	Bekanntmachung der landwirthschaftlichen Central-Direction der Provinz Sachsen in Oppin, die von der Aachen-Münchener Feuer-Versicherungs- Gesellschaft gewährte Unterstützung für bedürftige Grundbesitzer der Pro- vinz Sachsen betr.	358
24. "	Erlaß des Consistorii der Provinz Sachsen, die Bezeichnung der Censuren in den Prüfungen junger Theologen betr.	345
30. "	Verfügung der Regierung, die Verwaltung der Polizei in den beiden Graf- schaften Stolberg-Stolberg und Stolberg-Rossla betr.	344
2. Decbr.	Erlaß der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden, die Einziehung und den Umtausch der Darlehnskassenscheine vom 15. April 1848 gegen neue Kassenanweisungen vom 2. November 1851 betr.	352
12. "	Verfügung der Regierung, den Umtausch der alten Kassenanweisungen vom Jahre 1835 gegen neue vom Jahre 1851 durch die Kassen betr.	352
14. "	Bekanntmachung der Regierung, Veränderung in den Geschäftskreisen der Baubeamten betr.	353
15. "	Rescript des Ministerii der geistlichen u. Angelegenheiten, die Aufhebung der Eintheilung der Apotheker in zwei Klassen betr.	357
17. "	Rescript des Ministerii der Finanzen, die Verbindung des zwischen Hanno- ver, Oldenburg und Lippe-Schaumburg bestehenden Steuervereins mit den Staaten des Zollvereins zu einem Gesamt-Zollvereine betr.	355
20. "	Rescript des Ministerii der Finanzen, den mit dem 1. Januar 1854 in Kraft tretenden Handels- und Zollvertrag zwischen Preußen und Oester- reich betr.	356
24. "	Rescript des Ministerii der Finanzen, die Verzollung des vom Auslande eingehenden Syrops betr.	356

## II. Alphabetisches Sachregister.

II.	Seite	II.	Seite
Aachen-Münchener Feuer-Versich. Gesellschaft, die von ders. für bedürftige Grundbesitzer in der Provinz Sachsen gewährte Unterstützung . . . . .	359	Aufnahme- Bedingungen beim Schullehrer-Seminar in Eisleben . . .	214
Ablösung von Domanal-Gefällen, Auf- forderung unbefannter Interessenten 24. 53. 67. 92. 168. 190. 220. 240	40.	Auseinandersehungssachen, f. Ab- lösung von Domanal-Gefällen.	
Ab- u. Anmeldungen der Wehrmänner, f. Wehrmänner.		Ausgewiesene, f. Transportkosten.	
Adressen der Briefe sollen genau gefast sein . . . . .	41	Aushebung des Ersatzbedarfs zum stehe- den Heere pro 1853 . . . . .	219
Agenten der Versicherungs-Anstalten, f. Versicherungs-Anstalten.		Aus schreiben der Magdeb. Land-Feuer- Societät Extrablatt ad Nr. 6. S. 32. Amtsbl. . . . .	242
Amortisirte Staatspapiere, siehe Staatspapiere.		— der Land-Feuer-Societät des Herzog- thums Sachsen pro II. Semester 1852 auf Extrablatt ad Nr. 7. S. 29. — pro I. Semester 1853 . . . . .	223
Amtsblatts-Haupt-Register pro 1853, Herausgabe eines solchen . 144.	288	Ausschuß für die Angelegenheiten der Feuer-Societät für das platte Land des Herzogthums Sachsen, Wahl und Be- stätigung dess. . . . .	123
Amtsblatts-Register pro 1852 . . . . .	34	Auslieferung des Sachsentörschen In- dustriegeschäfts zu Greiz, Warnung vor Betheiligung an denselben . . . . .	311
Anhaltische Eisenbahn, Entdeckung von Feuerlöchern gegen den Betrieb auf ders. . . . .	45	Auswandererbeförderungs-Unter- nehmer, Reglement über deren Ge- schäftsführung und die von denselben zu bestellenden Cautionen . . . . .	288
Ankauf von Salz, Getreide, Holz und andern Schiffsladungen von Schiffen und deren Leuten ist verboten . . . . .	53	Auswanderer-Transport-Ge- schäfte, Concessionen dazu sind er- theilt an mehrere Unternehmer 73. 100.	101
Annahme- und Ausgabe-Dienst bei den Postanstalten, Beschränkung dess. während der Sonns- und Feiertage . . . . .	304	Auszuweisende, dem wegen Ueber- nahme solcher abgeschlossenen Verträge ist das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin beigetreten . . . . .	71
Ansiedelungen, Gesetz über Gründung solcher . . . . .	312	— desgl. das Großherzogthum Mecklen- burg-Strehlitz . . . . .	107
An- u. Abmeldungen der Wehrmänner, f. Wehrmänner.			
Anwendung der zusätzlichen Strafbestim- mungen des Schaupflegedictaris auf meh- rere regulirte Straßen . . . . .	66		
Anzeiger zum Amtsblatt, neue Einrich- tung desselben . . . . .	332		
Apotheker, die Eintheilung ders. in zwei Klassen ist aufgehoben . . . . .	357		
Arbeitgeber sollen schulpflichtige Kinder nicht während der Schulstunden beschäf- tigen . . . . .	40		
Arzneitage, neu ausgearbeitete Auflage desselben . . . . .	3		
Attete, kirchliche, Verwendung des Stempels zu denselben . . . . .	319		
Aufgang der niedern Jagd . . . . .	239		
Aufgebot, f. Trauung.			
Aufnahme- Bedingungen beim Schullehrer-Seminar in Weiskensfeld . . . . .	101		

### B.

Baarzahlungs-Assignmenten, f. recommanbire Briefe.	
Balkenwaagen, f. Waagen.	
Baubeamte, Abgrenzung der Geschäfts- bezirke ders. im Regier. Bez. Merseburg — Aenderung im Geschäftskreise ders. 304. 353	63
Baubezirke, f. Baubeamte.	
Baufach, die den Candidaten dess. zu ertheilenden Schul-Entlassungs- Zeugnisse, f. Entlassungs-Zeugnisse.	
Baumpflanzungen im Reg. Bezirk Merseburg pro 1852 . . . . .	89



D.	Seite
Domainen-Feuerschäden-Fonds, Einzahlung der extraordin. Beiträge pro 1833 . . . . .	241
Domainen-Verpachtung, Domaine Sachsenburg . . . . .	256. 296. 307
Domainen- und Forstgrundstücke, s. Quittungen.	
Dominalgeld, s. Ablösung.	
Drainungsarbeiten, Unterweisung darin soll erteilt werden auf der landwirthschaftlichen Lehranstalt zu Proskau . . . . .	68
Drogen und ihre Präparate, Veränderung in den Tagespreisen ders. . . . .	284
Druckfehlerberichtigungen . . . . .	124. 225

E.

Ehrenrath unter den Rechtsanwältin und Notaren des Raumburger Departements, Wahl der Mitglieder dess. . . . .	221
Ehrenzeichen, s. Orden.	
Eichsfeld, Verwenbung der für dasselbe eingegangenen Collectengelder . . . . .	204
Eichsfeldische Tilgungskasse, Geschäftsbetrieb ders. pro 1852 Extrabl. ad Nr. 6. S. 31. . . . .	
— — Vernichtung mehrerer Schuldverschreibungen ders. . . . .	136
— — ausgeloopte Schuldverschreibungen . . . . .	181. 215. 250
— — Ausreichung der III. Serie Zins-Coupons zu den Schuldversch. 241. 298. 345	
Eichung von Gemäßen, s. Gemäße.	
Einfuhr, zollfreie, des Getreides, der Hülsenfrüchte, des Mehls und anderer Mühlenfabrikate als Graupe, Orisz und Grütze u. . . . .	255
Eingangszoll für Getreide, s. Einfuhr.	
— für Reis, Suspension der Erhebung desselben . . . . .	319
— für den aus dem Auslande eingehenden Syrup . . . . .	356
Einkommen-, Klassen- und Grundsteuer, Empfehlung zweier Handbücher von Sentrup über diesel. . . . .	206
Eisensteinzeche, s. Verleihung.	
Eise-Deiche, s. Deiche und Deckwerke.	
Eise, Passirung ders. am Pausnitzer Mittelheger . . . . .	124
Eisker-Deiche, s. Deiche u. Deckwerke.	

F.

F.	Seite
Entlassungs-Zeugnisse für die Candidaten des Baufachs können erteilt werden von: der Realschule zu Halle S. 1.; der höhern Bürgerschule „zum heiligen Geist“ zu Breslau S. 268.	
Ermittelung zweier auf der Wanderschaft befindlichen Müllergesellen . . . . .	307
Ersatz-Aushebung, s. Aushebung.	
Erziehungsberichte der Vormünder, s. Pflegebefohlene.	
Erziehungs- und Unterrichts-Anstalt für Knaben des Pfarrers Brandt in Cannawurf . . . . .	40
Extract aus den von der General-Land-Feuer-Societätskasse zu Merseburg auf die Jahre 1850 und 1851 gelegten Rechnungen . . . . .	94
— aus der 8. Rechnung der Hauptkasse der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät vom Jahre 1852 . . . . .	316

G.

G.	Seite
Gähranstalt zu Rosbach an der Saale, Tarif für diesel. . . . .	1
— beim Fischhaufe bei Schulsforia und bei der Kage unweit Kösen . . . . .	39
Gähranstalten, Sicherheitsmaßregeln bei Einrichtung und Benutzung ders. . . . .	324
Gahrzeuge, s. Gähranstalten.	
Feiertage, s. Sonntage.	
Ferien beim Appellationsgericht zu Raumburg . . . . .	174. 214
Feuer-Societät, ritterschaftliche des Fürstenthums Halberstadt, Mitglieder der Direction resp. Rechnungs-Abnahme-Commission ders. . . . .	268
Feuerungen, deren Einrichtung bei gewerblichen Anlagen . . . . .	206
Feuer-Versicherungs-Societäten, s. Aus schreiben; auch Extract u. Auschuß.	
Feuer-Versicherungs-Gesellschaften, bei denen die Versicherung der dem Königl. Domainen-Fiskus rentenpflichtigen Gebäude stattfinden darf . . . . .	308
Flachsbau- und Vereitungsschule, Errichtung einer solchen in Vorkungen . . . . .	299
Forststellen sind besetzt zu: Broste S. 253.; Durchwehna S. 153.; Eiterborn S. 246.; Gorden S. 330.; Jüdenberg S. 245.; Kleinsee S. 29.;	



**S.**

**Seite**

- Klein-Jena S. 38.; Kaufa S. 194.;  
 Rochau S. 153.; Schwarzbürg S. 194.;  
 Seyda L. S. 153.; Eichenrode S. 330.;  
 Tornau S. 153.; Wartha S. 146.;  
 Wettelroba S. 182.  
 Fohlen, Nachweisung der von den im  
 Jahre 1851 durch Königl. Preuss. Säch.  
 Landbesitzer gebildeten Steuern geworfenen  
 und im Jahre 1852 nachgewiesenen,  
 theilweise mit der Königskrone und dem  
 Buchstaben **S.** gezeichneten Fohlen . . . 132  
 Formulare zu dem Reglement zur Aus-  
 führung des Gesetzes über die vorläufigen  
 Straffestellungen wegen Uebertretungen,  
 deren Preis und Bezug . . . 149  
 Forstschuß-Polizeiverordnung für  
 den Reg. Bezirk Merseburg . . . 81  
 Forststrafgerichtsbarkeit, Delegation  
 ders. über mehrere Forstgrundstücke  
 im Amte Rammelburg . . . 297  
 Freiwillige, einjährige, s. Prüfung.

**G.**

- Geldscheine, s. recommandirte Briefe.  
 Gemäße, deren Gebrauch in den Schef-  
 fel-, Regen- und Quart-Unterabtheilun-  
 gen und Eichung ders. . . 148  
 General-Commission in Merseburg,  
 Geschäfts-Beginn bei ders. 250. 266. 270  
 General-Landes-Kirchen- und  
 Schul-Visitation in der Provinz  
 Sachsen, Eröffnung ders. . . 130  
 Geschenke an Kirchen und Schulen als  
 Beweise kirchlichen Sinnes . . 73. 171. 336  
 Geschenk an das Landstummeln-Institut  
 zu Weissenfels . . . 319. 345  
 Gesellen, s. Handwerksgejellen.  
 Gesetz-Sammlung, allgemeiner Inhalt  
 des 48. und 49. Stücks de 1852 S. 1.;  
 des 1. Stücks de 1853 S. 23.; des 2.,  
 3. und 4. Stücks S. 91.; des 5., 6.,  
 7., 8. und 9. Stücks S. 99.; des 10.  
 Stücks S. 107.; des 11. Stücks S.  
 111.; des 12., 13., 14. und 15. Stücks  
 S. 127.; des 16. Stücks S. 143.; des  
 17., 18., 19. und 20. Stücks S. 147.;  
 des 21., 22. und 23. Stücks S. 155.;  
 des 24. Stücks S. 163.; des 25. Stücks  
 S. 171.; des 26., 27. und 28. Stücks  
 S. 179.; des 29., 30. und 31. Stücks

**G.**

**Seite**

- S. 195.; des 32., 33. und 34. Stücks  
 S. 203.; des 35., 36. und 37. Stücks  
 S. 211.; des 38. Stücks S. 219.;  
 des 39. und 40. Stücks S. 227.; des  
 41. und 42. Stücks S. 239.; des 43.  
 Stücks S. 243.; des 44., 45. und 46.  
 Stücks S. 247.; des 47. Stücks S.  
 263.; des 48., 49., 50. und 51. Stücks  
 S. 267.; des 52. und 53. Stücks S.  
 287.; des 54. und 55. Stücks S. 303.;  
 des 56. Stücks S. 311.; des 57. Stücks  
 S. 319.; des 58. Stücks S. 323.; des  
 59. und 60. Stücks S. 331.; des 61.  
 Stücks S. 335.; des 62. und 63. Stücks  
 S. 347.; des 64. und 65. Stücks S. 351.  
 Gewerbe-Gericht zu Halle, Aufhebung  
 desselben . . . 61  
 Gewerbe-Institut zu Berlin, Anmel-  
 dung der Stipendiaten bei demselben . 149  
 Gewerbliche Anlagen, s. Feuerungen.  
 Grenaccise-Kemter im Königreich  
 Württemberg, Verzeichniß ders. . 259. 298  
 —, s. auch Uebergangsabgaben.  
 Grundsteuer, s. Einkommen- u. Steuer.  
 Grundstücke, Gesetz über deren Zer-  
 stückelung, s. Zerstückelung.  
 Gustav-Adolphs-Stiftung, Kir-  
 chen-Collecte für die Zwecke ders. . . 266

**S.**

- Handelskammer für die Stadt Halle  
 und die Saalörter, Wahl deren Mit-  
 glieder u. . . 3. 357  
 Handels- und Zollvertrag zwischen  
 Preußen und Oestreich . . . 356  
 Handwerksgejellen, deren Zulassung  
 zur Meisterprüf. vor dem 24. Lebensjahre  
 Hannover, Königreich, s. Zollverein.  
 Harz-Leine-Bezirk, s. Vereins-Zoll-  
 tarif.  
 Haspelaustalt des Lehrers Ehrhardt  
 zu Pretzin hat die Rechte einer Central-  
 Haspelaustalt auf vorläufig 3 Jahre,  
 S. 198.; das Resultat ders. pro 1853  
 Haspelaustalten zu Seidenconons,  
 s. Seidenconons.  
 Haupt-Register zum Amtsbuch pro  
 1853, s. Amtsbuch. Haupt-Register.  
 Hauslehrerstellen, Erlaubniß zur  
 Uebnahme solcher im Regier. Bezirk



**S.**

Seite

Mersburg an auswärtige Candidaten ertheilt . . . . .	144, 267, 226, 330
Hebelwaagen, ungleicharmige, deren Gebrauch in den Rübenzucker-Fabriken . . . . .	295
Heimathschine, deren veränderte Form — der Modellen-Schwerin. Unterthanen — der Preuss. Unterthanen zur Abschließung einer Ehe im Auslande . . . . .	36 43 49
Holzdiebstahl, Regulativ über die von den deshalb Verurtheilten statt der gegen sie erkannten Gefängnißstrafen zu leistenden Arbeiten . . . . .	277
Holz-Legitimations-Controle über unverarbeitung transportirte Hölzer, Ausfuhrung der beschaffigen Verordnung . . . . .	128
— deren Einfuhrung für die Stadt Schlieben . . . . .	296
Hülfskasse, f. Provincial-Hülfskasse.	
Hypothekensachen auf Beil. d. Amtsbl.: des Glatzbergerkreises S. 90, 210.;	
" Mersburger Kreises S. 38, 62.;	
" Raumburger Kreises S. 146, 302.;	
" Quedlinburger Kr. S. 34, 58, 194, 310.;	
" Sangerhäuser Kreises S. 50, 242.;	
" Schweinitzer Kreises S. 46, 154, 226.;	
" Zeitzer Kreises S. 274.	
Hypothekentabellen über mehrere Grundstücke sind vollendet: S. 28, 32, 33, 45, u. 46, 56, 68, 102, 120, 125, 132, 133, 152, 160, 161, 216, u. 217, 237, 242, 245, 251, 271, 272, 300, 301, 305, 309, 333, 334, 361, 362.	

**S.**

Jagd, Aufgang der niedern — im Reg. Bezirk Mersburg . . . . .	239
Immediatgesuche, deren Anbringung . . . . .	23
Industrie-Ausstellung in München im Jahre 1854 . . . . .	339
Instruktion zur Ausführung der Städte-Ordnung, f. Städte-Ordnung.	
Jurisdiction's-Veränderung der Dörfer Galsendorf S. 169.; Dorna S. 169.; Gornio S. 145.; Neuro S. 145.; Rehahn S. 249.	
Justizpersonal-Veränderungen im Departement des Appell. Gerichts zu Raumburg: Extrablatt ad Nr. 5. des Amtsblatts S. 31 u. 32.; Amtsblatt S. 104, 137, 161, 218, 253, 306, 337.	

**R.**

Seite

Kalender-Debit, f. Vertrieb.	
Kalender-Deputation, deren Vereinigung mit dem statist. Bureau . . . . .	7
Kammern, Eröffnung derselben . . . . .	323
Kammer-Credit-Kassenscheine, verlorste . . . . .	109, 276
Kammermitglieder, Einladung derselben zu den Sitzungen . . . . .	323
Kassenanweisungen, Ausreichung neuer . . . . .	269, 335
— Umtausch der alten . . . . .	352
— f. Darlehnskassenscheine.	
Kinder, schulpflichtige, Verbot wegen deren Beschäftigung mit Feld- u. Arbeit während der Schulstunden . . . . .	40
— Verbot wegen deren Zulassung zu öffentlichen Tanzlustbarkeiten . . . . .	213
Kirchen-, bauliche u. Veränderungen in denselben müssen von den betr. Superint. genehmigt werden . . . . .	144
Kirchen-collecte für die Gemeinde Brilou S. 31.; Gemeinde Panitzschau S. 43.	
— für die Zwecke der Gustav-Adolph-Stiftung . . . . .	266
Kirchengeschenke, f. Geschenke.	
Kirchen- und Schul-Visitation, f. General-Landes-Kirchen- u. Visitation.	
Kirchliche Atteste, f. Atteste.	
Klassen-Steuer, f. Einkommen- u. Steuer.	
Kreisgericht's-Deputation, f. Colleda.	
Kreis-Thierärzte, f. Thierärzte.	
Kreis-Thierarzt-Stelle in Liebenwerda, Vacanz derselben S. 190.; Erhöhung des Gehalts derselben S. 245.	
Kreisverordneter, Beschäftigung des u. Bod. zu Klein-Schforlopp . . . . .	45

**R.**

Randarmen-Verband der Mansfelder Kreise, des Saalkreises und der Stadt Halle, Beschäftigung der Mitglieder des ständischen Ausschusses zur Verwaltung desselben . . . . .	51
Randbeschäler, deren Eintreffen auf den Stationen . . . . .	32
Randes-Baumschule zu Sans-Souci, deren Preisvergleichniß . . . . .	315
Randwirthschaftliche Lehranstalt zu Proskau, Vorlesungen bei ders. . . . .	55, 257

**L.**  
 Lazareth = Verpflegungsgelder der Unteroffiziere ic. und Mannschaften. . . . . 208  
 Lehrerinnen = Seminar zu Drossig, Bedingungen zur Aufnahme in dasselbe und desfallsige Vorprüfung . . . . . 149  
 Leichenpässe, deren Ertheilung erfolgt von den dazu autorisirten Behörden . . . . . 213  
 Leichentransporte aus einem Kirchspiele in das andere sollen nur auf Grund von Leichenpässen stattfinden . . . . . 213  
 Leipziger Stadtschuldscheine, Liste der ausgelassenen, S. 4. 174. 201. 350.  
 Lippe = Schaumburg, Fürstenthum, f. Zollverein.  
 Löbener Elstermühle, f. Verkauf; auch Verpachtung.

### M.

Mahl- u. Schlachtsteuer, Regulativ zur Erhebung ders. in Raumburg auf dem Extrablatt zu Nr. 5. des Amtsbl.; in Weissenfels auf dem Extrablatt zu Nr. 6. des Amtsbl.; in Zeig auf dem Extrablatt zu Nr. 7. des Amtsbl.  
 Manöver bei Kayna und Lunsfeld, f. Parade.  
 — Allerhöchste Anerkennung für die Beirückwilligkeit der bequartirt gewesenen Ortschaften während des Corps-Manövers Martini = Durchschnitts = Marktpreise aus den letzten 24 Jahren, welche den Ablösungen nach dem Gesetz vom 2. März 1850 zu Grunde zu legen sind — pro 1853 . . . . . 11 358  
 Mecklenburg = Schwerin, f. Auszuweisende.  
 Mecklenburg = Schwerinsche Unterthanen, deren Legitimation zum Aufenthalt in Preußen . . . . . 43  
 Mecklenburg = Strelitz, f. Auszuweis.  
 Meisterprüfung der Handwerksgefelln, f. Handwerksgefelln.  
 Meze, f. Gemäße.  
 Militair = Wittwen = Pensionirungs = Societät, Aufhebung der Mitgliedschaft durch Eintritt in fremde Staatsdienste . . . . . 79. 248

### N.

Naturwissenschaftlicher Verein

**N.**  
 für die Provinz Sachsen und Thüringen, Einladung zur Bildung eines solchen. 47  
 Raumburg, f. Mahl- u. Schlachtsteuer.  
 Niederschlesisch = Märkische Eisenbahn = Prioritäts = Obligationen, Ser. I. II. u. III., Herabsetzung des Zinsfußes ders. von 4½ auf 4½ 156. 179. 211  
 — — — Portofreiheit der zu convertirenden 188  
 Notare, f. Rechtsanwältle.

### O.

Oeffentlicher Anzeiger, f. Anzeiger.  
 Oldenburg, Herzogthum, f. Zollverein.  
 Orden und Ehrenzeichen, Rückgabe derselben nach dem Tode der Inhaber . . . . . 323

### P.

Paket = Adressen, f. recommand. Briefe.  
 Paket = Sendungen nach Belgien, Frankreich, Großbritannien ic. übernimmt die Post zur unmittelbaren Beförderung an die Adressaten . . . . . 79  
 Panthenau, f. Kirchencollecten.  
 Parade, Verordnung und Warnung in Beziehung auf die Parade, und das Corps-Manöver bei Kayna und Lunsfeld 243  
 Passkarten, deren Gebrauch als Legitimation zum Eintritt nach Böhmen, Mähren und Oester. Schlesien . . . . . 7. 189  
 — deren Gültigkeit für das Kalenderjahr  
 Passkarten = Verein, Beitritt der Fürstl. Waldeckischen Regierung dazu . . . . . 125  
 Pfarrstellen sind besetzt zu: Ampfurth S. 61.; Alsdorf S. 238.; Aulhausen S. 177.; Berg vor Ellenburg S. 330.; Braunsdorf S. 194.; Braunsroda S. 321.; Bretleben S. 302.; Brumby S. 273.; Böhne S. 29.; Burg S. 310. 337.; Calbe a. d. S. S. 177.; Clettseht S. 29.; Cöbbl S. 321.; Cörbell S. 310.; Cressen S. 177.; Cruden S. 346.; Dackwig S. 266.; Drossig S. 120.; Eggersdorf S. 103.; Emden S. 62.; Erfurt S. 217. 273.; Frauenwald S. 310.; Garmbach S. 246.; Gerstewitz S. 238.; Giebichenstein S. 57.; Götzke S. 266.; Gommern S. 137.; Groppendorf S. 246.; Groß = Göhren S. 153.; Groß = Rossau S. 202.; Groß = Töpfer S. 362.;

## P.

Halberstadt S. 29, 69, 337; Halle S. 126; Hergisdorf S. 362; Hettstedt S. 310; Hilmsen S. 78; Holsdorf S. 253; Jüdenberg S. 310; Kemberg S. 310; Klein-Gichstedt S. 137; Klein-Rösen S. 354; Laucha S. 202; Lisdorf S. 161; Magdeburg S. 306; Merseburg S. 103; Möser S. 253; Möglish S. 62; Molmerdwenda S. 177; Ober-Börnede S. 210; Pösigal S. 334; Schadeleben S. 226; Schleusingen S. 62; Schmiedeberg S. 153; Schönewalde S. 194; Sido S. 354; Staffelde S. 310; Stendal S. 57, 62, 177; Stügerbach S. 134; Tromsdorf S. 69; Warchau S. 318; Wildschütz S. 310; Wolmirsleben S. 29; Jieslar S. 146; Jümmern supra S. 246.  
 Pfarstellen sind erledigt zu: Alten S. 146; Allerstedt S. 354; Altleben (Dorf) S. 310; Althaldensleben S. 346; Altmersleben S. 253; Aschersleben S. 33; Barnstedt S. 306; Berg vor Eilenburg S. 103; Verisow S. 134; Beyerhauburg S. 330; Bleichrode S. 246; Braunsrode S. 69; Bretleben S. 57; Brumby S. 217; Büßtringen S. 302; Burg S. 137; Gördelig S. 177; Gobbel S. 103; Gogsdorf S. 246; Großen S. 120; Gräben S. 33; Dachwig S. 177; Dellig a. B. S. 302; Eisleben S. 330; Frauenwald S. 153; Frömmstedt S. 302; Gerstewitz S. 33; Görske S. 29; Groppendorf S. 61; Groß-Gräfenberg S. 354; Groß-Roskau S. 29; Groß-Schierstedt S. 238; Groß-Wanzleben S. 177; Grunau S. 318; Halberstadt S. 78, 161; Halle S. 238, 273; Hergisdorf S. 246; Hettstedt S. 110; Hilmsen S. 29; Holsdorf S. 210; Ihlewig S. 273; Jüdenberg S. 226; Kemberg S. 103; Klein-Rösen S. 103; Kretschau S. 154; Laucha S. 137; Leiba S. 194; Leßlingen S. 302; Lichtenburg S. 330; Lobnitz S. 177; Magdeburg S. 134; Mittelbau S. 273; Neuhaldensleben S. 246; Nienhagen S.

## P.

Seite

210; Ober-Börnede S. 33; Pösigal S. 57; Queblinburg S. 321; Quenstedt S. 226; Rahnsdorf S. 246; Reuden S. 177; Rohrborn S. 246; Sangerhausen S. 306; Satulle S. 354; Schadeleben S. 42; Schildau S. 226; Schnarsleben S. 310; Schönewalde S. 153; Staffelde S. 57; Stendal S. 29, 62; Uechteritz S. 350; Wiesen S. 110; Waldau S. 321; Warchau S. 194; Wittenberg S. 58.

Pflegebefohlene u. Vormünder, das bei deren Beaufsichtigung und bei Einforderung der Erziehungsberichte zu beobachtende Verfahren . . . . . 207  
 — — — Mitwirkung der Geistlichen und Schullehrer hierbei . . . . . 249  
 Polizei = Anwaltschaft, Verwaltung ders. in einigen Privat-Forstrevieren . . . 35  
 Polizei = Verwaltung in den Stollbergischen Grasschaften . . . . . 344  
 Pontonbrücken bei der Heune, bei Dellig und bei Schönbürg während des Corps-Manövers, Passiren ders. . . . . 244  
 Portofreie Rubriken, deren Anwendung in unvermögenden Partei- und Dienstsachen, wenn diese durch ausländische Postbehörden zu befördern sind . . . 9  
 Postbeförderung für Pakete, siehe Paket-SENDUNGEN.  
 Postdienstbeschränkung, s. Annahme- und Ausgabe-Dienst.  
 Post-Expediten, Reglement über deren Annahme und Anstellung . . . 111  
 Postexpedition ist errichtet zu Stößen  
 Postexpeditionen sind besetzt resp. erledigt zu: Eßnerwerda S. 154; Greiburg a. d. U. S. 106; Hohenmölsen S. 34; Holsdorf S. 154; Schafstedt S. 334.  
 Postexpeditionen-Gehülften, Reglement über deren Zulassung und Dienstverhältnisse . . . . . 114  
 Präparate von Drogen, s. Drogen.  
 Preisverzeichniß, siehe Landesbauschule.  
 Pres.-Erzeugnisse, Stempelung der nach Großbritannien unter Anspruch auf ermäßigten Eingangszoll zu versendenden 180

P.	Seite	R.	Seite
Prioritäts-Obligationen, s. Niederösterreichisch-Mährische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		Reiselegitimation zum Eintritt in die Oesterreich. Staaten, s. Paßkarten.	
Programm der allgemeinen Ausstellung deutscher Industrie- und Gewerbezeugnisse zu München im Jahre 1854 . . .	341	Remonte-Ankauf pro 1853 <b>128. 135. 139</b>	
Proskau, Vorlesungen in der dasigen landwirthschaftl. Lehranstalt . . .	55	Renten-Ablosungs-Capitalien, Ausreichung der Runtungen über dergl. an die Provinzial-Rentenbank eingezahlte . . .	142. 352
Provinzial-Blinden-Anstalt, Errichtung einer solchen und Aufforderung zu Beiträgen dazu . . .	197	Rentenbriefe, ausgelosste <b>28. 141. 170. 198. 328. 349</b>	
Provinzial-Hülfskasse der Provinz Sachsen mit Anschluß der Altmark, vorläufiges Reglement für deren Geschäftsverwaltung . . .	183	— Vernichtung ausgelosster . . .	146. 328
— — Regulativ dergl. über die Verzinsung der bei dergl. einzulegenden und der aus dergl. zu erborgenden Kapitalien . . .	191	Rentenpflichtige Gebäude, Versicherung dergl. gegen Feuergefahr . .	308
Prüfung der jungen Theologen und die denselben zu ertheilenden Censuren . .	345	Renten-Übernahme auf die Provinzial-Rentenbank pro 1. April 1853 ist geschlossen E. <b>93.;</b> pro 1. October 1853 E. <b>270.</b>	
— der einjährigen Freiwilligen . . .	26	Rettung aus Lebensgefahr, s. Belobung.	
— s. Wahlfähigkeits-Prüfung.		Ritterische-Feuer-Societät des Fürstenth. Halberstadt, s. Feuer-Soc.	
Q.		Rückvergütungen der übergangssteuerpflichtigen Gegenstände, s. Uebergangsabgaben.	
Quart, s. Gemäße.		Rückverwiegungssätze für das in den Mühlen verarbeitete Getreide, Abänderung dergl. . . . .	27
Quittungen über die für veräußerte Domainen und Forstgrundstücke u. eingezahlten Kapitalien, Umtausch derselben . . . .	31. 168. 248. 315. 348	R.	
— s. Rente-Ablosungs-Capitalien.		Saal-Deiche, s. Deiche und Deichwerke.	
S.		Sachsenrödersches Industrie-Geschäft, s. Auspielung.	
Rechtsanwälte und Notare sollen an Sonn- und Feiertagen keine Amtsgeschäfte verrichten . . .	26. 188	Sächsisch-thüringischer Verein für Naturwissenschaften, s. naturwissenschaftlicher Verein.	
— — Wahl der Mitglieder des Ehrenraths unter denselben . . .	221	Salz-Verseifung der niedersächsisch-thüringischen Salinen, Ausgebot dergl. .	100
Recommandirte Briefe, Briefe mit Documenten oder Geld, Geldscheine, Baarzahlungs-Affignationen u. Packet-Adressen; Bestellung derselben . . .	41	Scheffel, s. Gemäße.	
Rectorate sind erledigt resp. besetzt zu: Atern E. <b>350.</b> ; Gartberg E. <b>354.</b> ; Hornburg E. <b>306.</b> ; Mühlberg E. <b>46.</b> ; Schildau E. <b>153.</b> ; Wittenberg E. <b>305.</b>		Schenkungen an Kirchen u. Schulen <b>73. 171</b>	
Rehabilitirungen nicht in Militairverhältnissen stehender Personen, Verfahren dabei . . .	197	Schiedsmänner im Departement des Appellationsgerichts zu Halberstadt, Einreichung der Uebersichten über deren Thätigkeit . . .	1
Reis, Subpension des Eingangszolles für densl. . . . .	319	— deren Wirksamkeit im Departement des Appellationsgerichts zu Rammberg <b>118. 145</b>	
		Schiffer und deren Leute dürfen nichts von den Schiffsladungen verkaufen . .	53
		Schiffsgüter, Prämierung für die Entdeckung der Diebstähle und Hehlereien an densl. . . . .	212
		Schullehrer-Seminar in Weissenfels, Bedingungen zur Aufnahme in dassl. . . . .	101

**S.**  
Schullehrer = Seminar in Gisleben, Bedingungen zur Aufnahme in dass. 214  
Schulpflichtige Kinder, s. Arbeitgeber, s. Kinder.  
Schul- u. Küsterstellen sind erledigt zu: Annaburg S. 90. 103.; Alshersleben S. 202.; Beesenlaublingen S. 6.; Bennsdorf S. 350.; Bitterfeld S. 103.; Bodwitz S. 46.; Böttendorf S. 253.; Burgheiser S. 273.; Calbe a. d. S. S. 29.; Gonnern S. 170.; Danferode S. 61.; Danna S. 334.; Delitzsch S. 210.; Döbrichau S. 153.; Dörstewitz S. 78.; Düben S. 302.; Gisleben S. 354.; Gifternwerda S. 57.; Gallen S. 102.; Gerbisdorf S. 6.; Gostemig S. 126.; Gostewitz S. 102.; Gräfenhainichen S. 57.; Griestedt S. 182.; Grochwitz S. 350.; Großstedt S. 98.; Haina S. 182.; Hauerode S. 120.; Holdenstedt S. 103.; Jessen S. 330.; Jhlenitz S. 226.; Kistritz S. 98.; Kobitzsch S. 346.; Köbnitz S. 266.; Marrdorf S. 90.; Mertendorf S. 153.; Naumburg S. 61.; Naumburg S. 137. 273.; Niederhämmon S. 210.; Pleijmar S. 61.; Polleben S. 29.; Pretlin S. 346.; Querfurt S. 245.; Rehehausen S. 330.; Rehsfeld S. 126.; Rösa S. 177.; Roitzsch S. 153.; Rothenburg S. 57.; Runkstedt S. 350.; Schaaßstedt S. 78.; Schafau S. 90.; Schölen S. 330.; Schmiedeberg S. 182. 303. 310.; Schöna S. 137.; Stößen S. 273.; Torna S. 42.; Trebitz S. 29.; Weißenfels S. 309. 318.; Zabenstedt S. 238.; Zeiz S. 305.; Zöberitz S. 126.  
Schwandelgeschäft des Ph. Forster in Frankfurt a. M. Warnung vor Betheil. 248  
Seehandlungs-Prämiencheine, Auslegung der Bekanntmachung der gezogenen Serien bei den Behörden S. 196. 215.; der noch nicht gezogenen Serien S. 212.  
— — Liste der auf die gezogenen Serien gefallenen Prämien . . . 324. 337  
Seidencocons, Regulativ über die Prämierung der bei den Central-Haspeln anstellen übergeb., im Anlande erzeugten, 187

Seite

**S.**  
Seminar, s. Lehrerinnen = Seminar.  
Sonn- und Feiertage, Beschränkung des Postdienstes an dens. 304  
— — — Beschränkung der Geschäfts-Verrichtungen Seitens der Rechtsanwälte 26. 188  
Staatspapiere, Liste der pro 1852 als mortificirt nachgewiesenen . . . 60  
Staatsschuldschein, Aufgebot des der Kirche zu Rosenfeld angelieh gestohlenen 180  
Staatsschuld-Verschreibungen de 1848. Rückgabe derselben mit neuen Zins-Coupons . . . 4  
— — de 1848, 1850 u. 1852. Auszahlung der Capitalbeträge von ausgelooten . 48  
— — de 1848, 1850 u. 1852. Kündigung der ausgelooten . . . 72. 255  
— — de 1850. Auszahlung der Capitalbeträge von ausgelooten . . . 73  
— — de 1848. Einlösung nicht convertirter der freiwill. Staatsanleihe . . 79  
Städte-Feuer-Societät der Provinz Sachsen, Uebersicht der Einnahme und Ausgabe bei ders. 302  
Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 für die sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie; Instruction zur Ausführung ders. . . . . 227  
— — vom 30. Mai 1853 ist eingeführt in Altleben S. 253.; Artern S. 357.; Belgern S. 357.; Bibra S. 348.; Bittersfeld S. 348.; Gölzda S. 348.; Gonnern S. 345.; Delitzsch S. 345.; Gisleben S. 345.; Gräfenhainichen S. 357.; Gerbstedt S. 332.; Heringen S. 345.; Herzberg S. 335.; Hettstedt S. 357.; Hohenmölsen S. 336.; Leimbach S. 336.; Liebenwerda S. 335.; Löbejün S. 335.; Mansfeld S. 336.; Merseburg S. 345.; Osterfeld S. 336.; Pretlin S. 348.; Sangerhausen S. 357.; Schildbau S. 348.; Schenkowitz S. 335.; Schölen S. 353.; Schlieben S. 345.; Schmiedeberg S. 348.; Seyda S. 345.; Leuchtern S. 336.; Torgau S. 345.; Uebigau S. 336.; Wahrenbrud S. 336.; Wittenberg S. 348.; Zahna S. 335.; Zörbig S. 335.  
Ständische Gesetzgebung der Preuss. Staaten von Rauer, Empfehlung der, 88

Seite



C.	Seite	I.	Seite
Stempelverwendung zu kirchlichen Akten	319	Thomas, Belohnung für Nachrichten aus den Kirchenbüchern über die Geburts- u. Verhältnisse mehrerer Personen dieses Namens	30, 34, 122
Stempelung und Beaufsichtigung der Waagen im öffentlichen Verkehr	263	Thüringische Hagelschaden-Versicherungsgesellschaft, Auflösung ders.	315
Steuer-Credit-Kassenscheine, de 1764 und 1836, ausgelooft	108, 275	Transportkosten für Ausgewiesene	51
Steuer-Rezeptur zu Wiehe ist zu einem Unter-Steueramte erhoben	125	Trau-Heimathscheine, s. Heimathsch.	
Stipendiaten bei dem Königl. Gewerbe-Institut zu Berlin, Anmelde. dert.	149	Trauer und Aufgebot der unter Vormundschaft stehenden Personen	320
Stolberg'sche Grafschaften, Verwaltung der Polizei in denselben	344	II.	
Straffgesetzungen, vorläufige polizeiliche, s. Formulare.		Uebergangsabgaben und Rückvergütungen von control- und übergangssteuerpflichtigen Gegenständen in den Königl. Württembergischen und Großherzoglich Hessischen Staaten und Verzeichniß der Uebergangsstationen u.	258, 298
Straßen, dritter Nachtrag zu dem Verzeichnisse derjenigen, auf welche die Verordnung vom 16. Juni 1838 wegen der Communicationsabgaben Anwend. findet	163	Uebung der Truppen des IV. Armee-Corps, s. Manöver.	
Stuten, Nachweisung der mit Königl. Preuß. Sächs. Landbesitzern im Jahre 1852 bedeckten	131	Umtausch von Quittungen, s. Quittungen.	
Subscribenten-Sammeln und der Debit für Kalender ist den Kreis- und ständischen Beamten, sowie Gendarmen verboten	49	Unter-Steueramt zu Wiehe ist neu eingerichtet	125
Superintendentur, Veränderung des Ortsnamens der zu Sundhausen	101	Unterstützung kühlförmiger Grundbesitzer, s. Nach-Rückener Feuer-Versicherungsgesellschaft.	
Syrup, s. Eingangszoll.		B.	
III.		Bereins-Zolltarif, Anwendung desselben in dem Herzogl. Braunschweigischen Harz-Kein-Bezirke	108, 3
Tabakspflanzungen, Anmeldung derselben bei den Steuerbehörden pro 1853	142	des freien Verkehrs	237
Tanzlustbarkeiten, öffentliche, Besuch derselben ist den noch schulpflichtigen Kindern nicht gestattet	213	Verkauf einiger zum Abbruch bestimmter Gebäude der Böbener Mühle	59
Tarif für die Fähranstalt zu Rosbach a./S. — für die Fähranstalten beim Fischhause bei Schulpforta und an der „Kage“ unweit Kösen	1	— von Feldfrüchten bei der Domaine Rothenburg	191
Taubstummen-Institut zu Weissenfels ist beiseitigt worden	319, 345	Versicherung der Braunkohlengrube „Adolph“	54
Teuditz-Rödershauer gewerkschaftliche Obligationen, Auslösung ders.	130, 305	— einer Zumuthung zur Braunkohlengrube „Amalie“	32
— — — Abhebung der Geldbeträge für zwei ausgelooft	315	— einer Zumuthung zur Braunkohlengrube „Belohnung bei Halle“	145
Theologen, die über deren Prüfung zu ertheilenden Censuren	345	— der Braunkohlengrube „Bernhard“	55
Thierärzte erster Klasse, Reglement über deren Prüfung zur Befähigung zu Kreis-thierarztstellen	284	— der Eisensteinsche „Conrad“	32
		— der Braunkohlengrube „Kleiner Wilhelm“	315
		— der Braunkohlengrube „Martha“	10
		— der Braunkohlengrube „N. Nr. 57“	10
		bei Teufenthal	10
		— der Braunkohlengrube „Rosalia Konig“	55

<b>B.</b>	<b>Seite</b>
Verpachtung von Gebäuden, Ländereien der Löbener Mühle <i>ic.</i>	59
— der Domaine Sachsenburg	236. 296. 307
Verficherungs-Anstalten, deren Agenten sollen die Genehmigung der Staatsbehörde einholen	276
Vertrieb des Kalenders „der Veteran“ durch Kreis- und ständische Beamte, so wie Gendarmen ist gestattet	143
— anderer Kalender nicht	49
Veteran, Kalender, <i>f.</i> Vertrieb.	
Viehkastrirer, Gewerbebetrieb derselben in Weimarschen Grenzkreisen und der Weimarschen B. — in Preussischen Grenzkreisen	49
Vormünder, Beaufsichtigung ders., <i>f.</i> Pflegebefohlene.	

<b>B.</b>	<b>Seite</b>
Waagen, Stempelung und Beaufsichtigung ders. im öffentlichen Verkehre	263
— <i>f.</i> Hebelwaagen.	
Wahlfähigkeits-Prüfung beim Schullehrer-Seminar in Weissenfels, Ankündigung ders.	92
— — — in Eisenleben, Ankündigung ders.	207
— — — in Weissenfels, Resultat ders.	166
— — — in Eisenleben, Resultat ders.	327
— Privat-Schullehrer-Seminar in Eisenburg, Resultat ders.	167
Walderische Regierung ist dem Vaxsartenverein beigetreten	125
Walddproducte, Diebstahl an solchen, <i>f.</i> Holzdiebstahl.	
Warnung Betreffs eines Unternehmens	

<b>B.</b>	<b>Seite</b>
des Commissions-, Expeditions- und Effecten-Geschäfts des Hh. Hofrath zu Frankfurt a/M.	248
Warnung vor Vetheiligung an der beabsichtigten Auspielung des Sachsensöderschen Industrie-Geschäfts zu Greiz	311
Wehrmänner, deren An- und Abmel- dung bei den Bezirksfeldwebeln bei Ver- änderung ihres Aufenthaltsortes	8
Weingewinn, Anmeldung des diesjähr.	298
Weissenfels, <i>f.</i> Mahl- u. Schlachtsteuer.	
Wirksamkeit der Schiedsmänner, <i>f.</i> Schiedsmänner.	
Wittwen-Pensionirungs-Societät, <i>f.</i> Militär-Wittwen-Pens. Societ.	
Wittwen-Pensionen- und Unter- stützungskasse zu Berlin, Neuwahl dreier Curatoren u. deren Stellvertreter	271

<b>3.</b>	<b>Seite</b>
Zeig, <i>f.</i> Mahl- und Schlachtsteuer.	
Zerstückelung von Grundstücken und Gründung neuer Ansiedelungen, Ergän- zung des Gesetzes darüber vom 3. Ja- nuar 1845	312
Zollfreiheit der Einfuhr des Getreides, der Hülsenfrüchte, Mehl und anderer Mühlenfabrikate, als Graupen, Ories, Hirse und Grüge <i>ic.</i>	255
— Erweiterung derselben	311
Zolltarif, <i>f.</i> Vereins-Zolltarif.	
Zollverein, Beitritt des Königreichs Hannover, Herzogthums Oldenburg und Fürstenth. Schaumburg-Lippe zu dems.	355
Zollvertrag, <i>f.</i> Handelsvertrag.	

### III. Register zur Personal-Chronik.

a) der Beamten, Geistlichen, Lehrer, Agenten *ic.*

NB. † bedeutet „gestorben.“

<b>A.</b>	<b>Seite</b>
Abel, Pfarrer, Ritter des rothen Adlers.	
Ordens 4. Kl.	246
Agricola, Aufcultator	138
Ahlendorf, Voté und Excultor	162
Ahlendorf, Pfarradjunct	273
Alex, Post-Conducteur	106
Anders, Kanzlei-Inspector	338
Andres, Pfarrer	177

<b>A.</b>	<b>Seite</b>
Ansin, Aufcultator	162
Apel, Voté und Excultor	254
Arndt, Justizrath	338
v. Arnstedt, Staatsanwalt	58
— Gerichts-Assessor	218
Auermann, Appellations-Gerichts-Kanzlei-Secretair	138
Augustin, Dr., Ober-Domprediger	161

B.	Seite
Baake, Vot und Exeutor . . . . .	138
Bachmann, Vermessungs- Revisor . . . . .	22
Bade, Referendar . . . . .	253
Bär, Vot und Exeutor . . . . .	306
Bäcker, commissarischer Orts-Postkasten- Controleur . . . . .	362
Bäke, Padbote . . . . .	78
Balthasar, Referendar . . . . .	124
Band, Gerichts- Vot . . . . .	306
Bauer, Archidiaconus . . . . .	310
Beck, Dr., Lehrer am Gymnas. in Zeig . . . . .	334
Becker, Kreis- Boniteur . . . . .	44
v. Beerenberg, Postmeister . . . . .	162
Beinert, Aufcultator . . . . .	162
Belig, Oertribunalsrath, Extrablatt ad Nr. 5. S. 31 . . . . .	306
Bering, Aufcultator . . . . .	246
Bernegger, Pfarrer . . . . .	46
Berner, Agent der Leipz. Brandvers. Bank . . . . .	254
Bernhardt, Vot und Exeutor . . . . .	42
Berthold, Post- Expediteur . . . . .	177
— Pfarrer . . . . .	106
Beyle, Post- Expediteur . . . . .	350
Bierler, Agent der Schles. Feuer-Vers.-Ges. . . . .	30
Bieling, Post- Expediteur † . . . . .	221
— Post- Expediteur . . . . .	338
Bielig, Justizrath . . . . .	226
Blochmann, Gerichts- Assessor . . . . .	45
Boche, Post- Expedient . . . . .	306
Bock, Kreisverordneter . . . . .	153
Bode, Prediger . . . . .	338
Bodenstein, Pfarrer . . . . .	202
Böttcher, Vot und Exeutor . . . . .	350
Böttger, Oberkäufer . . . . .	217
Bornschein, Kreisstaxator in landwirthschaft- lichen Angelegenheiten . . . . .	218
v. Bosse, Polizei- Director . . . . .	350
Brandt, Referendar . . . . .	210
Branig, Agent der Leipz. Feuer-Vers.-Anst. . . . .	98
Braße, Deconomie- Commissarius . . . . .	210
Brathuhn, Forst- Unterreceptor . . . . .	238
Braun, Pfarradjunct . . . . .	306
Braun II., Vot und Exeutor . . . . .	138
Braune, Aufcultator . . . . .	273
— Post- Conducteur . . . . .	302
Breitenbach, Dr., Gymn. Lehrer, Professor . . . . .	221
Brohmer, Agent der Magd. F. B. G. . . . .	104
Buchholz, Justizrath . . . . .	35
Buchmann, Aufcultator . . . . .	
Burkhardt, Oberförster . . . . .	

B.	Seite
Burkhardt, Pfarrer . . . . .	194
Butler, Aufcultator . . . . .	306
C.	
Carl, Aufcultator . . . . .	338
Caulwell, Förster . . . . .	78
Christiani, Bureau- Assistent . . . . .	138
Cöhne, Feldmesser . . . . .	153
Cobberg, Dr. jur., Referendar . . . . .	253
Cosmann, Pfarrer . . . . .	69
Cott, Fortkaufseher . . . . .	110
Cramer, Bergmeister . . . . .	322
de la Croix, Consistorial- Rath . . . . .	346

D.	Seite
Dächsel, Kreisrichter, Extrablatt ad Nr. 5. S. 32 . . . . .	104
Dallwitz, Kammergerichts- Secretair † . . . . .	61
Dammann, Agent der Magdeb. F. B. G. . . . .	35
Decke, Oberförster . . . . .	38
Delius, Staatsanwalt . . . . .	102
— Agent der F. B. G. Borussia . . . . .	153
Detjen, Agent . . . . .	73
Deutschbein, Dr., Kreis- Physikus . . . . .	6. 209
Dietrich, Förster . . . . .	38
— Material- Rendant † . . . . .	162
Diege, Regierungs- Kanzlist . . . . .	354
Dippe, Oberprediger . . . . .	310
Dittmann, Inhaber der silbernen Gefäße- Medaille . . . . .	126
Donath, Flosaufseher . . . . .	6
— Kreisgerichts- Secretair . . . . .	138
Dorwest, Agent der Elberfelder F. B. G. . . . .	69
Douglas, Mitglied der Provinzial- Hülf- Direction der Provinz Sachsen . . . . .	183
Drescher, Rechtsamw. und Notar †, Extra- blatt ad Nr. 5. S. 32 . . . . .	101
Dreyer, Unternehmer . . . . .	

E.	Seite
Ebmeyer, Justizrath . . . . .	338
Edardt, Regierungs- Assessor . . . . .	178
Ehardt, Aufcultator . . . . .	162
Ehrenberg, Spezial- Commissar . . . . .	34
— Regierungs- Assessor . . . . .	126
— Referendar . . . . .	306
Eichholz, Kreisgerichts- Secretair . . . . .	338
Eijelen, Aufcultator . . . . .	338



E.	Seite
Eisner, Agent der Berl. Feuer-Vers. Anst.	28
v. Elmendorff, Staatsanwaltsgehilfe	38
Emmelmann, Pfarrer	134
Engelle, Referendar	138
Erbe, Pfarrer	246
Erdmenger, Bergamts-Secretair	322
Ester, Aufcultator	338
Ernst, Kreis-Doniteur	44
— Förster	245

F.	Seite
Fabricius, Material-Rendant	162
Feldhügel, Dr., L. Lehrer am Gymnasium in Zeitz	103, 334
Ferchland, Hilfsprediger	177
Fesca, Post-Director	162
Fessel, Forst-Unterrecptor	98
Fischer, Stellvertreter des Kreis-Feuer-Societäts-Directors	154
— Interim. Polizei-Anwalt	309
Fliege, Kreisgerichts-Secretair	138
Fließbach, Pfarradjunct	310
Florsbiedt, Kreisgerichts-Secretair	254
Flügel, Bau-Inspector	178
— Vot. und Gefangenenwärter	218
Forch, Dr., Referendar	162
Frank, Feldmesser	362
Frank, Bau-Inspector +	209, 304
— Post-Expediteur	122
— Post-Secretair	178
— Pfarramtsverwalter	306
Frank, Pfarrer	33
Frenkel, Agent der Schles. F. V. G.	50
Freygang, Salarienassen-Rendant	338
Friedrich, Bureau-Assistent	138
v. Griesen, Vorsitzender des Mansfelder Landarmen-Verbandes	51
Fritsch, Justizrath	222
Fritzsche, Königl. Amtsrath	217
— Pfarrer	310
— Vot. und Excultor	254
Fromm, Pfarradjunct	318
v. Fromm, Referendar	162
Fuchs, Agent der Leipz. F. V. A.	334
Fuhmann, Bureau-Assistent, Extrablatt ad Nr. 3. E 32.	
Fulda, Superintendent	103

G.	Seite
Gärtner, Post-Expediteur	154

G.	Seite
Galle, Pfarrer +	57
Gansauge, Referendar	104
Garde, Kreis-Feuer-Soc. = Dir.	154
Gast, Agent der Magdeb. F. V. G.	57
Genrich, Pfarrer	202
Gerhard, Post-Expedient	78
Gerhardt, Küster +	29
Gerischer, Agent der Aachener und Münchener F. V. G.	78
v. Gerlach, Dr., Aufcultator	218
Gerlach, Pfarrer	354
Gersdorf, Kreis-Doniteur	44
Gesewitz, Post-Secretair	154
Geyer, Kreisgerichts-Secretair	254
Giese, Agent der Leipz. F. V. A.	334
Giesebrecht, Pfarrer	120
Gilling, Justizrath	222
Gieseke, Agent der Magdeb. F. V. G.	217
Gloel, Pfarradjunct	310
Gödecke, Rechtsanwalt	221
Görnemann, Pfarrer	62
Göschel, Aufcultator	338
Göb, Justizrath	222
Gottschald, Referendar	218
Grabe, Superintendent	103
Gräfe, Bureau-Assistent und Salar.-Kassen-Controleur	138
Grimm, Post-Expediteur	334
— Aufcultator	338
Großmann, Diaconus	238
Grote, Referendar +	218
Grühl, Förster	194
Grumbach, Justizrath	338
Grunert, Bureau-Assistent	254
Günther, Dr., Justizrath	221
— Referendar	338
Guischard, Pfarrer	238

H.	Seite
Habermeyer, Agent der Aachener und Münchener F. V. G.	78
Hädel, Kreisrichter	218
Hänert, Agent der Berl. F. V. A.	126
Häslar, Vorsteher der Windmühlen-Feuer-Societät für das Herzogthum Sachsen	202
Hagemeister, Referendar	306
Hagen, Kreisgerichts-Secretair	138
Hahn, Dr., Superintendent +	246
Halelich, Justizrath	221
Hanewald, Referendar	101

S.	Seite	S.	Seite
Handmann, Korkausseher . . . . .	146	Hoffmann, Schiffseigner und Befrachter . . .	73
Harnisch, Padvote . . . . .	46	— Bergmeister . . . . .	322
Hartmann, Bureau-Affistent . . . . .	306	Hofmann, Regierungs-Secret. -Affistent . .	176
Hasemann, Pfarrer . . . . .	266	— Aufcultator . . . . .	162
Hasper, Dr., 6. Lehrer am Gymnasium in Wittenberg . . . . .	154	Hofmeister, Pfarrer . . . . .	302
Haupt, Geheimer Regierungs-Rath . . . . .	309	v. Hollenuser, Landrath in Jels. . . . .	90. 321
Haus, Berg-Geschnorner . . . . .	58	Honigmann, Geh. Justiz-Rath . . . . .	337
Heidelberger, Kreisgerichts-Secretair . . .	138	Hoppe, Padvote . . . . .	62
Heine, Pfarrer . . . . .	42	— Agent der Preuss. Nat. -Vers. -Ges. . .	126
Heinze, Hülfsdiener . . . . .	218	— Bureau-Affistent . . . . .	136
Hesse, Kreisgerichts-Secretair . . . . .	138	Hudemann, Kreisgerichts-Secretair . . . .	234
Hesse, Referendar . . . . .	253	Hühne, Aufcultator . . . . .	306
— Polizei-Anwalt . . . . .	302	Hübner, Kreis- -Boniteur . . . . .	44
Helm, Agent der F. B. G. Borussia . . . .	321	Hübner, Superintendent . . . . .	103
Hempel, Aufcultator . . . . .	104	— Kreisgerichts-Secretair . . . . .	138
Hente, Aufcult., Extrabl. ad Nr. 5. S. 32.	322	Hurrelbrink, Prov. -Schul-Secretair und Prov. -Hülfskassen-Redant . . . . .	183
— Aufcultator . . . . .	338	<b>S.</b>	
Henning, Bote und Execlutor . . . . .	218	Jahn, Agent der Köln. F. B. G. . . . .	42
Hentschel, Pfarradjunct . . . . .	161	— Post-Expediteur . . . . .	334
Hersfurth, Referendar . . . . .	306	Jengsch, Pfarrer . . . . .	334
Hergetius, Oberps u. Superint. a. D. + . .	177	Jbn, Förster . . . . .	78
Hermann, Referendar . . . . .	138	Jllgen, Padvote, entlassen . . . . .	254
Hermersdörfer, Förster . . . . .	153	Jorde, Civil-Supernumerar und Prov. * Hülfskassen-Secretair . . . . .	183
Hermes, Pfarrer . . . . .	61	Jost, Agent der Magdeb. F. B. G. . . . .	202
Herrfurth, Referendar . . . . .	253	Jouanne, Referendar . . . . .	306
Herrmann, Aufcultator . . . . .	138	<b>R.</b>	
— Post-Expediteur . . . . .	322	Ranngießer, einstweil. Polizei-Anwalt . .	202
Herger, Stellvert. Mitglied der Provinzial- Hülfskassen-Direction der Prov. Sachsen	183	Ranler, Dr., Kreis-Physikus . . . . .	209
Hesse, Kammergerichts-Secretair + . . . .	104	Rapp, Agent der F. B. G. Borussia . . . .	6
— interimist. Polizei-Anwalt . . . . .	182	Regler, Bote und Execlutor . . . . .	306
Heubner, Dr., Consistorial-Rath + . . . .	58	Reitel, Deconomie-Commissions-Gehülfe .	194
Hendreich, Appell. Gerichts-Rath, Extra- blatt ad Nr. 5. S. 31. . . . .	31	Reiber, Pfarrer . . . . .	321
Henduck, Pfarrer . . . . .	177	Reite, Referendar . . . . .	338
Heym, Ober-Domprediger-Adjunct . . . .	337	Reussel, Kreisrichter . . . . .	233
Hildebrandt, Pfarrer . . . . .	321	Riechlich, Briefträgergehülfe . . . . .	30
— Consistorialrath . . . . .	346	Ritz, Förster . . . . .	246
Hille, Kreisgerichts-Secretair . . . . .	254	Ritzheim, Pfarrer . . . . .	103
Hirpenstiel, Referendar . . . . .	253	Rittler, Agent der Köln. F. B. G. . . . .	90
Hoche, Dr., 2. Lehrer am Gymnas. in Jels .	103	— Kläden, Pfarrer + . . . . .	33
Hönad, Agent der Köln. F. B. G. + . . . .	90	Rleemann, Briefträger . . . . .	322
Hönerkopff, Feldmesser . . . . .	337	Rleis, Diaconus . . . . .	182
Hörst, Waisenscheider . . . . .	322	Rleis, Graf, Aufcultator . . . . .	338
Höfer, Kreisrichter . . . . .	104	Rlingelstein, Bote und Execlutor . . . .	218
Hoffbauer, Pfarrer . . . . .	246	Rlingner, Forst- und Hülfskassen-Redant	134
Hofmann, Agent der Magdeb. F. B. G. . .	137	v. Knoblauch, Aufcultator . . . . .	338
— Geheimer Justiz-Rath . . . . .	221	Knoch, Pfarradjunct . . . . .	29
— Oberförster . . . . .	35		

<b>R.</b>	<b>Seite</b>	<b>K.</b>	<b>Seite</b>
Knoll, Referendar . . . . .	218	v. Ledebur, Domain-Rentmstr., Salzfactor	170
Koch, Pfarrer . . . . .	29	Lehmann, Gerichts-Doct.	306
— Hörner . . . . .	330	Leidenroth, Lehrer an der Klostersch. Kofleben	90
Ködel, Agent der Köln. F. B. G.	102	v. Lepziger, Gerichts-Assessor . . . . .	137. 337
Köhler, Vot. und Exekutor . . . . .	218	Lenke, Gerichts-Doct.	306
Körbin, Kammergerichts-Secretair†	104	Lepetit, Referendar† . . . . .	306
Kohlshmidt, Cand. der Theologie . . . . .	144	Leuschner, Obersörster . . . . .	217
Kopp, Post-Expediteur . . . . .	34	— Oberbergamts-Referendar, Berggeschw.	322
Koppe, Kreis-Doniteur . . . . .	44	Leutholtz, Agent der Leipz. F. B. A.	362
v. Kope, Stellverttr. Mitglied der Prov.		Lieberkühn, Kreisdoctozar in landw. Angel.	126
Hülfskassen-Direction der Prov. Sachsen	183	Liedloff, Vot. und Exekutor, Extrabl. ad	
Kramer, Referendar . . . . .	338	Nr. 5. S. 32.	
Kramer, Vot. und Exekutor . . . . .	104	Linde, Agent der F. B. G. Borussia . . . . .	6
Kranert, Pfarrer . . . . .	354	Kindig, Berggrath . . . . .	322
Krause, Pfarrer . . . . .	177	Kindner, Pfarrer† . . . . .	103
Krebel, Agent der F. B. G. Borussia . . . . .	321	— Pfarrer . . . . .	310. 318
Kricheldorf, Stellverttr. Mitglied der Prov.		Kinse, Bureau-Assistent . . . . .	138
Hülfskassen-Direction der Prov. Sachsen	183	Kippert, Aufcultator . . . . .	338
Kriebel, Post-Secretair . . . . .	274	Köbnig, Aufcultator . . . . .	138
Kröber, Kreisrichter . . . . .	218	Loel, Pfarradjunct . . . . .	334
v. Krohlig, Director des Mansfeld'schen Land-		Löfener, Vorstehender der Prov. Hülfskassen-	
armen-Verbandes . . . . .	51	Direction der Provinz Sachsen . . . . .	183
v. Krottnauer, Postconductor . . . . .	30	Ludwig, Agent . . . . .	46
Krögel, Briefträger und Wagenmeister . . . . .	322	Lüdecke, Kreis-Doniteur . . . . .	44
Kröger, Agent der Leipz. F. B. A.	350	Lüders, Aufcultator . . . . .	218
Krug, Amtsrath . . . . .	330		
Krummacher, Pfarrer . . . . .	69	<b>M.</b>	
Kühnau, Kreisrichter . . . . .	161	Mahlung, Referendar . . . . .	137. 218
— Kreisgerichts-Doct.	162	Mangelsdorf, Prediger† . . . . .	134
— Revier-Obersteiger . . . . .	322	Mann, Agent der Magdeb. F. B. G.	57
Küster, Referendar . . . . .	137	— Kreisgerichts-Secretair . . . . .	138
Kuhnt, Agent der Magdeb. F. B. G.	217	Martell, Pfarrer . . . . .	226
Kummann, Kreisgerichts-Secretair . . . . .	234	Martins, interimist. Polizei-Anwalt . . . . .	238
Kyrle, Pfarrer . . . . .	246	Marz, Pfarradjunct . . . . .	362
		Matthes, Referendar . . . . .	162
		Mayer, Domainen-Rentmeister . . . . .	210
<b>L.</b>		— Domainen-Rath . . . . .	330
Laade, Bau-Inspector . . . . .	182	Mehner, Bergmeister . . . . .	322
Ladebeck, Bergamtskassen-Rendant . . . . .	322	Meißner, Agent der Preuss. Nat. B. G.	69
Lammerhirt, Kreisgerichts-Secretair . . . . .	138	— Agent der Schlesischen F. B. G.	350
Lamm, Kreis-Doniteur† . . . . .	44	— Rechnungsrath, Salar. Kassen-Rendant	138
Lange, Domprediger-Adjunct . . . . .	29	Merbach, Agent der Preuss. Nat. B. G.	126
— Agent der Magdener u. Münch. F. B. G.	61	Merkewitz, Pladbote . . . . .	58
— Dr., Oberpfarrer und Superintendent . . . . .	137	Metsch, Aufcultator . . . . .	162
— Hörner . . . . .	146	Mey, Post-Secretair . . . . .	274. 322
Langenau, Pfarrer . . . . .	266	Meyer, Berg-Geschwörner . . . . .	6
Langenthal, Archidiaconus . . . . .	62	— Ober-Amtmann . . . . .	42
Langguth, 2. Lehrer am Gymnas. in Zeitz	104	— Agent der Schlesischen F. B. G.	50
Lautenschläger, Pfarrer . . . . .	321	— Kreisgerichts-Secretair . . . . .	138
Lautsch, Pfarrer† . . . . .	33	— Candidat der Theologie . . . . .	207

## M.

v. Meyern, Referendar	138.	306
Michaelis, Dr., Chirurg. Asses. beim Königl. Medizinal-Collegium der Prov. Sachsen	22	
v. Minnigerode, Bergmeister	322	
Mohr, Bureau-Assistent	254	
Moll, Dr. und Professor, Ober-Pfarradj.	126	
Morgenroth, Bureau-Assistent	138	
Moriz, Rechts-Anwalt	221	
Mühlberg, Auscultator	138	
Müller, Post-Expeditur	42	
— Dr., Kreis-Physikus	120	
— Bote und Exekutor	218.	254
— Post-Expeditur	182	
— Gerichts-Bote	306	
Mulert, Rechts-Anwalt	222	

## N.

v. Nathusius, Mitglied der Prov. Hülfskassen-Direction der Provinz Sachsen	183	
Naumann, Agent der Berl. F. V. A.	28	
Nebe, Referendar	306	
Neder, Post-Secretair	218	
Neidhardt, Bote und Exekutor, entlassen	254	
Nettmann, Pfarrer	310	
Neubert, Pfarrer	202	
Niewandt, Justizrath	221	
Noldchen, Dr., Kreis-Physikus	120	
— Consistorial-Director	174	
Nordmeyer, Begebaumeister, verwaltet die Bau-Inspection Mansfeld interim.	203	
definitiv	304	

## O.

Oelmann, Pfarrer	78	
Osig, Dom-Diaconus	103	
— Dr., ordentl. Hilfslehrer am Gymnas. zu Naumburg	177	
Oste, Kreis-Feuer-Societäts-Director	106	
Oswald, Referendar	218	
Ostertun, Deconomie-Commis. Gehülfe	246	
Otto, Referendar	338	

## P.

Baalow, Kanzlei-Rath	138	
Bäcker, Kreisatagator	23	
Beter, 4. Lehrer am Gymn. in Zeitz	102.	334
Bischof, Pfarrer	310	
Blager, Obersörster, Pol.-Anw. in Forst	318	
Blesch, Rechts-Anw. und Justiz-Rath	222.	338

## P.

Pöbbig, Bote und Exekutor, Extrablatt ad Nr. 5. S. 32.	302	
Pöpsch, Agent der Magdeb. F. V. G.	176	
Poller, Registrations-Secretair	138	
Preuß, Bureau-Assistent	273	
Pröller, Pfarrer	104	
Püschel, Gerichts-Assessor	238	
Puppendid, Diaconus	238	

## R.

Rabe, Appell.-Gerichts-Rath, Extrablatt ad Nr. 5. S. 31.	217	
— Königlich Amtsrath	138	
Rackwitz, Bureau-Assistent	126	
v. Radede, Staats-Anwalt	22	
Ramdorh, Vermessungs-Revisor	194	
Rathmann, Förster	346	
Rauschenfeld, Pfarrer	104	
Reichard, Referendar	138	
Reichert, Bureau-Assistent	103	
Reimann, Superintendent	104	
Reinelt, Bote und Exekutor	104	
Reinhardt, Referendar, Extrablatt ad Nr. 5. S. 32.	322	
Reisewitz, Ober-Post-Secretair	188	
Rettel, Appell.-Ger.-Kanzlei-Secretair		
Reuter, Bote und Exekutor, entlassen.	322	
Extrablatt ad Nr. 5. S. 32.	310	
Richter, Pfarradjunct	104	
— Vergamts-Buchhalter	29	
Riemann, Pfarrer	322	
Riese, Bote und Exekutor	310	
Rietdorf, Stellvertreter des Vorstehers der Windmühlen-Feuer-Societät des Herzogthums Sachsen	209	
Rimrod, Pfarrer	226	
Ringleb, Diaconus	262	
Ringleben, Post-Expeditur	106	
Rinne, Dr., 6. Lehrer am Gymnasium in Zeitz	103.	334
Ritter, Kreis-Doniteur	44	
Rösler, Bezirks-Postkasten-Controllleur	134	
Rost, candid. theol.	328	
Rothe, Pfarrer	302	
Rother, Pfarrer	57	
Rottmann, Pfarr-Adjunct	177	
Roux, Agent der Feuer-Versicher. Gesellschaft Borussia	153	
Rudolph, Referendar	162	
Rübe, Pfarrer	246	

R.	Seite	G.	Seite
Rämmler, Stellvertreter des Kreis-Heuer-		Schrön, Voté und Exekutor	<u>104</u>
Societäts-Directors	<u>154</u>	Schubert, Agent der Elberfelder F. B. G.	<u>102</u>
Ruß, Reg. Secret. Assistent	<u>176</u>	Schulze, Candidat der Theologie	<u>144</u>
<b>C.</b>		— Pfarrer	<u>362</u>
v. Sahr, interim. Forst- und Floßkassen-		Schulz, Deconomie-Commissar	<u>30</u>
Rendant	<u>134</u>	Schulze, Wagenmeister	<u>38</u>
Salzmann, Prediger †	<u>134</u>	— Forsthausfischer S. 103.; Förster S. 153.	
— Referendar	<u>104</u>	— interimist. Polizei-Anwalt	<u>182</u>
— Gerichts-Assessor	<u>253</u>	— Prediger	<u>217</u>
Sanno, Pfarrer	<u>62</u>	— Justiz-Rath	<u>221</u>
Schaaf, Förster	<u>153</u>	Schulze II., Gefangenwärter	<u>254</u>
Schaller, cand. theol.	<u>328</u>	Schuster, Pfarrer	<u>210</u>
v. Schaper, Landrathsamts-Verweser	<u>69</u>	Schwanitz, Förster	<u>153</u>
Schaum, Kreisger. Director	<u>58</u>	Schwarz, Agent der Magdeb. F. B. G.	<u>61</u>
Schede, Justizrath	<u>338</u>	Schwimmer, Referendar	<u>162</u>
Scheele, Pfarrer	<u>146</u>	Seidler, Refer., Extrabl. ad Nr. 5. S. 32.	
Schessler, Regierungs-Secretair	<u>176</u>	Seltmann, Kreis-Doniteur †	<u>44</u>
Schellermann, Bureau-Assistent	<u>138</u>	— Rechnungs-Rath	<u>321</u>
Scherrig, Kreisger. Deposit.-Rendant	<u>254</u>	Senft v. Piltsch, Aufcultator	<u>253</u>
Schieseröder, Pfarrer †	<u>154</u>	Sidel, Oberlehrer in Köslieben	<u>90</u>
Schildener, Postexped. Vorsteher	<u>22</u>	Siefert, Voté und Exekutor	<u>306</u>
Schmalling, Geh. Justizrath	<u>218</u>	Siedel, Pfarrer	<u>253</u>
Schlermann, Agent der Leipz. F. B. A.	<u>362</u>	Simon, Pfarradjunct	<u>62</u>
Schiller, Pfarrer	<u>302</u>	Simons, Aufcultator	<u>104</u>
Schirrig, Superintendent	<u>103</u>	Singer, Post-Expedient	<u>218</u>
— Kreis-Thiatarz	<u>38</u>	Sommer, Special-Commissar	<u>306</u>
Schlegel, Agent der Magdeb. F. B. G.	<u>202</u>	— Regierungs-Assessor	<u>322</u>
Schlotte, Pfarrer	<u>310</u>	Spangenberg, Rentenbank-Secretair	<u>162</u>
Schluttius, Bergamts-Secretair	<u>322</u>	Spreugler, Berggeschworener	<u>322</u>
Schmeyer, Justiz-Rath	<u>221</u>	Stamm, Referendar	<u>162</u>
Schmidt, Special-Agent der Preussischen		Staris, Agent der Magdeb. F. B. G.	<u>302</u>
Renten-Versicherungs-Anstalt	<u>22</u>	Starke, Referendar	<u>137. 161. 218</u>
— Agent der Elberfelder F. B. G.	<u>69</u>	Stebefeld, Kreisgerichts-Rath	<u>137</u>
— Oberlehrer in Kösleben	<u>90</u>	Steinbrecht, Superintendent	<u>103</u>
— Agent der Magdeb. F. B. G.	<u>102</u>	Steinmann, Aufcultator	<u>104. 253. 338</u>
— interimist. Polizei-Anwalt	<u>209</u>	Stendener, Dr., Kreis-Physikus	<u>120</u>
— Aufcultator	<u>218</u>	Stier, 5. Lehrer am Gymnas. in Wittenberg	<u>154</u>
— Kreisgerichts-Secretair	<u>218</u>	Stodmann, interim. Forst-Unterreceptor	<u>210</u>
— Briefträger	<u>274</u>	Stöckhardt, Aufcultator	<u>338</u>
— Voté und Exekutor	<u>306</u>	Stollberg, Briefträger, entlassen	<u>148</u>
— Referendar	<u>338</u>	Stüger, Agent der Köln. F. B. G.	<u>102</u>
— Justiz-Rath	<u>338</u>	Stüve, Förster	<u>29. 253</u>
Schmiedel, Kloster-Secretair	<u>226</u>	Sulze, Diaconus	<u>126</u>
Schneider, der Theologie Befähigter	<u>330</u>	Sufmann, Deconomie-Commiss. Gehülfe	<u>274</u>
Schönbrodt, Voté und Exekutor	<u>162</u>	Sylvanus, Special-Agent der Preussischen	
Schönwald, Aufcultator	<u>138. 161</u>	Renten-Versicherungs-Anstalt	<u>22</u>
Schredendberger, Pfarrer	<u>354</u>	<b>T.</b>	
Schreiber, Agent der Berl. F. B. A.	<u>126</u>	Tamms, Refer., Extrabl. ad Nr. 5. S. 32.	
Schroder, Kreisrichter	<u>104</u>		



T.		M.	
	Seite		Seite
Laubensped, Aufcultator . . . . .	338	Beigel, Aufcultator . . . . .	253
Leichmann, Vot. und Excultor, pensionirt	234	Beise, Pfarrer . . . . .	57
Lelle, Unterförster . . . . .	217	Beise, Pfarradjunct . . . . .	253
Leller, Ober-Pfarradjunct . . . . .	337	Beißborn, Berggeschworne + . . . . .	38
Thermann, Agent der Köln. K. P. G. . . . .	42	Bendler, Pfarrer . . . . .	134
Lhies, Bureau-Assistent . . . . .	306	Bennhaß, Referendar . . . . .	104, 338
Lhies, Aufcultator . . . . .	138	Bentrup, Dr., Lehrer-Adjunct am Gynn.	
Lhienemann, Agent . . . . .	50, 101	zu Wittenberg . . . . .	134
Lhilo, Director des Seminars für Stadt-		Berner, Vot. und Excultor . . . . .	104
schulen in Berlin . . . . .	98	b. Werthern, Aufcultator . . . . .	306
Lhoma, Pfarradjunct . . . . .	238	Begel, Appell.-Gerichts-Vot. . . . .	306
Lhümmler, Berggeschworener . . . . .	6	Beymann, Aufcultator . . . . .	338
Lhunde, Candidat der Theologie . . . . .	226	Wiedeburg, Aufcultator . . . . .	162
Lhurmann, Post-Expediteur . . . . .	106, 154	Wiedemann, Förster, Polizei-Anwalt in	
Liebe II., Post-Expedient . . . . .	90	Forstbach . . . . .	176
Ligges, Kreisgerichts-Secretair . . . . .	138	— Kreisförster . . . . .	217
Löpfer, Aufcultator . . . . .	306	— Oberförster . . . . .	350
Lrescher, Kreisgerichts-Rath . . . . .	137	Wilde, Kreisrichter . . . . .	137
II.		Wille, Pfarrer . . . . .	226
Ulrich, Pfarrer . . . . .	137	— Justiz-Rath . . . . .	338
Urbich, Pfarrer . . . . .	137	Willenbücher, Mitglied der Prov.-Hülfs-	
Urtel, Superintendent . . . . .	103	kassen-Direction der Provinz Sachsen .	183
B.		v. Wilmowsky, Aufcultator . . . . .	338
Willaret, Pfarrer . . . . .	33	Wismann, Regierungs-Assessor . . . . .	210
— Bureau-Assistent, Extrablatt ad Nr. 5.		Witte, Pfarrer . . . . .	253
E. 32.		Wölfer, Wagenmeister . . . . .	218
Wiol, Pfarrer . . . . .	330	Wölfer, Kreis-Doniteur . . . . .	44
Woißt, Referendar . . . . .	104	Wohlfarth, Regier.-Hauptkassen-Buchhalter	
— Steuer-Rath . . . . .	109	E. 32., Amtsblatt . . . . .	253
— Gerichts-Assessor . . . . .	137	Wolff, Post-Expeditionsgehülfe . . . . .	34
Woißel, Bau-Inspcctor . . . . .	182	Worch, Kreis-Doniteur . . . . .	44
Wolffmann, Agent . . . . .	73	Wrede, Förster . . . . .	78
B.		Wuttge, Rentendank-Buchhalter u. Rendant	162
Wachsmuth, Justizrath . . . . .	222	3.	
Wagner, Dr., Kreis-Physikus . . . . .	6	Zade, Kreisgerichts-Rath . . . . .	137
— Förster . . . . .	182	Zahn, Pfarrer . . . . .	57
— Pfarrer . . . . .	194	Zeller, Forst-Untereceptor . . . . .	120
— Kreisgerichts-Secretair . . . . .	234	Ziegler, Pfarrer + . . . . .	103
Walter, Pfarrer + . . . . .	177	— Pfarrer . . . . .	217
Weber, Gehülfe des General-Superint.	78	Ziemann, Inspector der Realschule, Prof.	306
— Gymnasial-Lehrer, Professor . . . . .	273	Zimansky, Schichtmeister, Calculator . . . . .	322
Wehrmann, Dr., Rector des Gymnasiums		Zinde, Post-Padbote . . . . .	22
in Zeitz . . . . .	103		

b) der Schiedsmänner und der Schiedsmanns-Stellvertreter.

NB. Et. bedeutet „Stellvertreter“.

M.		D.	
	Seite		Seite
Adermann zu Rolleben . . . . .	121	Dieke zu Brehna, Et. . . . .	105
Albrecht zu Schloßbeichlingen . . . . .	105	Dittmann zu Reinsdorf, Et. . . . .	78
Apel zu Verga . . . . .	152	Dorenberg zu Asendorf . . . . .	106
Arnold zu Langenbogen, Et. . . . .	122		
B.		E.	
Barthol zu Schwemfal, Et. . . . .	58. 70	Edardt zu Oberheldrungen . . . . .	104
Bauer zu Ober-Espersiedt, Et. . . . .	106	Ede zu Greifenhagen . . . . .	106
Becker zu Teutschenthal, Et. . . . .	122	Edler zu Tromsdorf . . . . .	70
— zu Endorf, Et. . . . .	122	Engelbrecht zu Wieberau . . . . .	321
— zu Wiskerode . . . . .	254	Engelhardt zu Artern, Et. . . . .	29
— zu Merseburg . . . . .	350	— zu Merseburg . . . . .	226
Verbig zu Hirschroda . . . . .	78	Ernst zu Strenz-Raundorf, Et. . . . .	121
Berger zu Schkeuditz . . . . .	58	— zu Dietersdorf . . . . .	178
Beitram zu Dorf Altleben . . . . .	105	— zu Strenz-Raundorf . . . . .	306
— zu Halle . . . . .	338		
Beyer zu Canaanwurs, Et. . . . .	104	F.	
Bieling zu Edartsbirga . . . . .	70	Fausser zu Düben . . . . .	104
— zu Bucha . . . . .	70	Feldhügel zu Stolberg, Et. . . . .	178
Bischoff zu Gröden, Et. . . . .	274	Fischer zu Beyersdorf, Et. . . . .	274
Bloßfeld zu Kosla . . . . .	162	Franke zu Pretzin . . . . .	33
Blumenau zu Liebenwerda . . . . .	110	Freund zu Gorden, Et. . . . .	274
Böhme zu Teutschenthal . . . . .	122	Frishbier zu Gröbzig . . . . .	105
Börner zu Kretschkau . . . . .	110		
— zu Heldrungen, Et. . . . .	104	G.	
Böttcher zu Albertstedt, Et. . . . .	106	Gebre zu Wenzendorf . . . . .	274
Böttger zu Hettstädt . . . . .	106	Geißler, Dr. med. zu Gräfenhainchen . . . . .	78
v. Bojanowsky zu Großmehlßen . . . . .	274	Geyer zu Reinsdorf . . . . .	78
Bolke zu Schodowiz, Et. . . . .	121	Gießler zu Batterode, Et. . . . .	121
Borges zu Kloster-Mansfeld . . . . .	29	Gottlöber zu Gölleda . . . . .	105
Bornschein zu Reinsdorf . . . . .	302	Granold zu Leubingen . . . . .	105
Bose zu Raumburg . . . . .	62	Grpengießer zu Hermannsdorfer . . . . .	154
Brachvogel zu Helbra, Et. . . . .	121	Große zu Kloster-Mansfeld, Et. . . . .	121
Brause zu Schwittersdorf . . . . .	121		
Brohmer zu Freyburg . . . . .	238	H.	
Brückner zu Boraß, Et. . . . .	273	Häber zu Mühlbeck . . . . .	69
Burkhardt zu Helfsa, Et. . . . .	121	Hänsel zu Gröden . . . . .	274
— zu Stolzenhain . . . . .	354	Hast zu Trebnitz . . . . .	110
		Hanf zu Großhelsdorf . . . . .	120
C.		Hart zu Lettin . . . . .	226
Clarus zu Creipau . . . . .	105	Hartmann zu Altleben, Et. . . . .	58
		Hartung zu Quenstedt, Et. . . . .	210
D.		Haub zu Raumburg . . . . .	210
Dammann zu Hettstedt, Et. . . . .	122	Hauer zu Wertendorf . . . . .	226
Demuth zu Halle . . . . .	338	Hauffe zu Mühlberg . . . . .	178
Diemann zu Bennenitz, Et. . . . .	34	v. Haufen zu Gordsleben . . . . .	104
Dierrich zu Gossa . . . . .	69	Haus zu Wattersdorf . . . . .	354
		Hayner zu Strohwalde . . . . .	42

S.		Seite	L.		Seite
Hebestreit zu Hohenmölsen	30	Leuschner zu Gremmin, St.	42		
Heder zu Lilleda	178	Licht zu Gräfenhainichen, St.	78		
— August, zu Lilleda, St.	178	Liebau zu Rammelburg	110		
Hempel zu Gisleben	62	Lindner zu Halle	338		
Hennicke zu Vibra, St.	70	Lucas zu Dittand	210		
Henze zu Wiederau, St.	274				
Herbst zu Seela	103	M.			
Herzer zu Asendorf, St.	106	Maquet zu Thierbach	110		
Hidmann zu Heringen	103	Mauer zu Schimmel	70		
Hille zu Kösa	69	Meise zu Gerbstedt	121		
Hochheim zu Polleben, St.	121	Meyer zu Kempel	30		
Hoffmann zu Artern	29	— zu Löbejün	62		
— zu Biehua	103	Morgenstern zu Raschau	34		
Hübner zu Köppla, St.	162	Müller zu Ermleben, St.	122		
Hünike zu Gerigsdorf, St.	121	— zu Wippa, St.	110		
Husier zu Weiboleben	122	— zu Zaberstedt, St.	121		
		— zu Möllendorf, St.	121		
		— zu Brösen, St.	273		
		— zu Uebigau, St.	274		
J.					
Jänike zu Dorna, St.	110	N.			
Jareis zu Kleinleinungen, St.	178	Ranmann zu Köppla	182		
Jaepfer zu Ködern	46	Renbert zu Rastib	110		
John zu Sangerhausen	178	Rietzschmann zu Halle	338		
— zu Höhnstedt	121	Rittruberger zu Bilzingöleben, St.	104		
Jost zu Weisensfels	42				
R.					
Reert zu Halle	338	D.			
Reiserstein zu Schfortleben	103	Demler zu Harraß, St.	104		
Reiler zu Schierau, St.	69	Dyck zu Saubach, St.	70		
v. Kirchenpanier zu Kösnig	330	Dito zu Hermerode, St.	110		
Kluge zu Wolsen	69	— zu Höhnstedt, St.	121		
Knabe zu Breitenstein, St.	154				
Kneifel zu Freyburg, St.	238	P.			
Kobitsch zu Werseburg	38	Päß zu Gossa, St.	69		
Koch zu Hornburg	121	Pape zu Streny-Naundorf, St.	306		
Körner zu Etößen	58	Petri zu Wöknig	34		
Kotlenach zu Gölleda, St.	103	Pesch zu Gossa	58		
Krall zu Schönewalde	154	Pfau zu Ostramondra	103		
Krengel zu Marzdorf, St.	274	Pfeiffer zu Rütten	46		
Kreyschmann zu Hohenleipisch	321	Pfeiffer zu Naumburg	62		
Krieg zu Bilzingöleben	104	— zu Vibra	70		
Kriependorf zu Seena, St.	70	— zu Helbra	121		
Krug zu Radisch	273	Pönike zu Bedra	302		
Künzler zu Rothenberga, St.	70	Pomnig zu Steinbach, St.	70		
Kunert zu Freiwinkel, St.	274	Poppe zu Dberespersiedt	106		
L.					
Landmann zu Wildschütz	103	Porje zu Burkersrode, St.	70		
Lange zu Gossa, St.	69	Prakmer zu Wiedebach	103		
Laub zu Gossa	70	Preßler zu Halle	338		



## H.

Heldert zu Möß	69
Reinhardt zu Wittenberg	330
Reuther zu Boragk	273
Rhäsa zu Heilbrungen	104
Richter zu Teuchern	58
— zu Krausichs	273
Riedel zu Duenstedt	106
Riederich zu Gosdorf, Et.	274
Richlmann zu Eckartsberga, Et.	70
Ritter zu Cannawurf, Et.	104
— zu Schraplau, Et.	106
Rodstroß zu Göthewitz	105
Röber zu Burzdorf, Et.	273
Röge zu Reuden, Et.	69
Roniske zu Quersfurt	58
Rudolph zu Wiehe	70
Rüdiger zu Battaune	178

## G.

Gachse zu Kelbra	58
— zu Döandorf, Et.	70
Gad zu Liebenwerde, Et.	110
Gehling zu Hohenmölsen, Et.	30
v. Gellieken zu Cypsal	178
Geläuter zu Rositz, Et.	69
Gehmelde zu Uebigau	194
Gehmidt zu Drobitz, Et.	46
— zu Vorgau	70
— zu Uebigau	274
— zu Beyersdorf	274
Gehöllner zu Friedeburg	121
Gehöder zu Büchel, Et.	110
— zu Gröbleben	122
— zu Wühlberg, Et.	178
— zu Wertendorf, Et.	226
Gehörter zu Breitenstein	154
Gehütte zu Eislberg	178
Gehüge zu Ietersdorf, Et.	254
Gehuller zu Verga, Et.	162
Gehwerdt zu Wittenberg	70
Gehert zu Kelbra, Et.	162
Gehrling zu Eissen	120
Göllner zu Zeig	178
Epiegel zu Halle	338
Etaub zu Horla	110
Etecker zu Schraplau	106
Stein zu Schloßbeichlingen, Et.	105
Steinmader zu Sangerhausen	234
Steinmeyer zu Möllendorf	121
Stenzel zu Döllau	38

## E.

Stephan II. zu Martinskirchen	273
Etliel zu Marzdorf	274
Etockmann zu Raumburg	62
Etrumpf zu Meisdorf, Et.	122
Etrum zu Großhörner	106
Etugbach zu Wiehe, Et.	70
— zu Allersiedt, Et.	70

## F.

Fänzer zu Helfta	121
Fammbach zu Hornburg, Et.	121
Fänbricht zu Albersiedt	106
Fhiem zu Kelbra	162
Fimmler zu Halle	338
Fraue zu Greisenbagen, Et.	218
Fröbs zu Wallrode, Et.	70
Fuschner zu Raumburg	62

## H.

Hlbricht zu Weissenfels	42
Hlrich zu Kloster Gerbstedt	121
Hnger zu Hermannsdorf, Et.	154
Hnterberg zu Gönern	254
Hshmann zu Großmonra, Et.	105

## J.

Jiol zu Leubingen, Et.	105
Jolk zu Eisdorf	134

## K.

Kadernann zu Meisdorf	122
Kähmer zu Eisleben	62
Kagner zu Breitenstedt, Et.	121
Kalthner zu Donndorf	70
Kelßbarth zu Altenrode, Et.	106
Kelsche zu Müdenberg	321
Kendrich zu Bittersfeld, Et.	69
Kendt zu Müdenberg, Et.	321
Kenzel zu Langendogen	122
Kerner zu Dölsdorf, Et.	46
— zu Heiligenthal, Et.	121
Kerther, Dr., zu Halle	338
Kiedenbeck zu Pansfelde Et.	122
Kindisch zu Schölen	58
Kittfad zu Dorf Alleben, Et.	105
Kolßbagen zu Halle	338
Kolßfram zu Wettelrode	146

## L.

Ladel zu Halle	338
----------------	-----

## Seite

273

274

62

122

106

70

70

121

121

106

162

338

218

70

62

42

121

154

254

105

105

134

122

62

121

70

106

321

69

321

122

46

121

338

122

58

105

338

146

338

338

338

338

338

338

338

338

338

338

338

338

338

338

338

338

338

338

	Seite		Seite
Zahnert zu Saubach . . . . .	70	Ziemann zu Goresleben . . . . .	121
Zeising zu Roßsch . . . . .	69	Zschinisch zu Friedersdorf, St. . . . .	69

c) über Patent-Ertheilungen.

Baich zu Berlin . . . . .	209	Leonhardt zu Berlin . . . . .	200
Beinhauer zu Ober-Bieber . . . . .	301	Löwenberg zu Berlin . . . . .	222
Beibren, Dr. in Benel . . . . .	98	Marquardt zu Bonn . . . . .	320
Böck zu Potsdam . . . . .	90	Meincke zu Breslau . . . . .	233
Bode zu Kassel . . . . .	194	Mende zu Potsdam . . . . .	349
Böhmeyer zu Brucke . . . . .	286	Meyer zu Berlin . . . . .	238
Brandt zu Erfurt . . . . .	134	Dechselhäuser zu Siegen . . . . .	329
Bräunhaus zu Aachen . . . . .	318	Philipp zu Ahrweiler . . . . .	98
Budenberg zu Magdeburg . . . . .	353	Rolko zu Jüterbog . . . . .	200, 354
Burchardt zu Berlin . . . . .	192	Reilwitz zu Berlin . . . . .	89, 200
Engelhardt zu Berlin . . . . .	50	Rauh zu Bamberg . . . . .	354
Glöner zu Berlin . . . . .	200	Remler zu Berlin . . . . .	252
Fleischer zu Berlin . . . . .	320	Rentrop zu Altena . . . . .	253
Gantert zu Barmen . . . . .	193	Rhodius zu Linz . . . . .	209
Geißler zu Poppelsdorf . . . . .	320	Rottbohm zu Königshütte . . . . .	182
Hadländer zu Kaiserswerth . . . . .	132	Sack zu Löben . . . . .	349
Hannes zu Berlin . . . . .	57	Schäfer zu Barmen . . . . .	329
Hedder zu Götting . . . . .	50	Schäfer zu Magdeburg . . . . .	353
Heil zu Schwientochlowitz . . . . .	152	Scheler zu Augsburg . . . . .	222
Helling zu Magdeburg . . . . .	252	Scherrig zu Berlin . . . . .	318
Heyden zu Barmen . . . . .	318	Schönmann zu Brandenburg . . . . .	329
Hoffmann zu Breslau . . . . .	253	Schönherr zu Chemnitz . . . . .	98, 193
Hoppe zu Berlin . . . . .	222	Schürmann, C. u. W. zu Barmen . . . . .	98
Jung zu Bonn . . . . .	320	Schwint zu Berlin . . . . .	301
Kesten zu Elberfeld . . . . .	301	Siemens zu Berlin . . . . .	223
Kiesel zu Cuxen . . . . .	200	Sigl zu Berlin . . . . .	252
Klingert zu Breslau . . . . .	253	Söding zu Börde . . . . .	222
Kraatz zu Berlin . . . . .	57	Stecher zu Elberfeld . . . . .	329
Kramer zu Berlin . . . . .	222	Stider zu Köln . . . . .	320
Kreuz zu Aachen . . . . .	90	Stolle, Dr., zu Berlin . . . . .	318
Krupp zu Essen . . . . .	176	Vogel zu Berlin . . . . .	329
Künne zu Altena . . . . .	253	Volkensborn zu Langenberg . . . . .	193
Lehrkind zu Haspe . . . . .	193	Walther, Gebrüder, zu Gühran . . . . .	89
Leonardt zu Köln . . . . .	222	Wappenhaus zu Berlin . . . . .	193, 301, 321

d) über Patent-Erlösungen.

Elliot zu Berlin . . . . .	57	Völkner zu Berlin . . . . .	134
Reilwitz zu Berlin . . . . .	90	Wappenhaus zu Berlin . . . . .	194
Scherrig zu Berlin . . . . .	330	Wegel zu Berlin . . . . .	301
Sparsenberg zu Berlin . . . . .	318		







